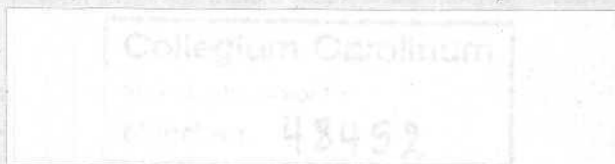


B O H E M I A

J A H R B U C H
des
C O L L E G I U M C A R O L I N U M

BAND 1



Verlag Robert Lerche München vormals Calve'sche Universitätsbuchhandlung Prag
München 1960

Die Jahrbücher des Collegium Carolinum / Forschungsstelle für die böhmischen
Länder / erscheinen in zwangloser Reihenfolge in Fortsetzung der vom ehemaligen
Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen herausgegebenen Jahrbücher. Für
Form und Inhalt der einzelnen Beiträge tragen ihre Verfasser die Verantwortung.

Satz, Druck und Einband:
Verlagsdruckerei Freisinger Tagblatt (Dr. Franz Paul Datterer) OHG.
Freising, Marienplatz 7

INHALT

	Seite
VORWORT	7
ABHANDLUNGEN	
Mayer, Theodor: Böhmen und Europa	9
Weizsäcker, Wilhelm: Die wissenschaftliche Arbeit an der Rechtsgeschichte der böhmischen Länder — einst und jetzt	22
Schwarz, Ernst: Deutsche, Tschechen und Polen	37
Zatschek, Heinz: Zur Geschichte der Handwerker aus den Sudetenländern	66
Wierer, Rudolf: Die psychologische Einstellung der Tschechen zum sudeten-deutschen Problem	88
Seibt, Ferdinand: Slyšte nebesa, Eine hussitische Propagandaschrift	112
Matthes, Erich: Die Anfänge der Bergstadt Platten	122
Prinz, Friedrich: Führende Sudetendeutsche im Jahre 1848	153
Preradovich, Nikolaus von: Die Leistungen der Sudetendeutschen in der Donaumonarchie 1848—1918	207
Hölzle, Erwin: Rußland und die Entstehung der Tschechoslowakei	221
Neuwirth, Hans: Begegnungen im böhmischen Raum	240
Rabl, Kurt: Neue Dokumente zur Sudetenkrise 1938	312
MISZELLEN	
Bachmann, Erich und Hilde: Die Ausstellung „L'Art ancien en Tchécoslovaquie“, Paris, Juni mit Oktober 1957	363
BUCHBESPRECHUNGEN	
Hammermayer, Gründungs- und Frühgeschichte der Bayer. Akademie der Wissenschaften (Karl Bosl)	376
R. Turek, Die frühmittelalterlichen Stämmegebiete in Böhmen (Ernst Klebel)	380
GEDENKTAGE UND NACHRUFE	
Im Gedenken an Wilhelm Wostry	383
Adolf Kindermann zum 60. Geburtstag (Augustinus K. Huber)	385
Karl Beer — † 6. November 1956 (Kurt Obendorfer)	387
Karl Gottfried Hugelmann — † 1. Oktober 1959 (Wilhelm Wegener)	391
Fritz Machatschek — † 25. September 1957 (Gustav Fochler-Hauke)	396
BERICHTE	
Aufgabe und bisherige Tätigkeit des Collegium Carolinum	399
Bericht über das Sudetendeutsche Mundartwörterbuch 1958/59 (Franz J. Beranek)	403
BIBLIOGRAPHIEN	
Hemmerle, Rudolf: Beiträge zur Bibliographie der böhmischen Länder	407
Hemmerle, Rudolf: Dissertationen zur Problematik des böhmisch-mährischen Raumes	445

MITARBEITER DES JAHRBUCHES

Bachmann, Erich, Dr. phil., Prof. a. d. Universität München.

Bachmann, Hilde, Dr. phil., Kunsthistorikerin, München.

Beranek, Franz J., Dr. habil., Leiter des Sudetendeutschen Mundartwörterbuches in Gießen.

Bosl, Karl, Dr. phil., o. Prof. a. d. Universität Würzburg.

Fochler-Hauke, Gustav, Dr. phil., Prof. a. d. Universität München.

Hemmerle, Rudolf, Angestellter der Universitätsbibliothek München.

Hölzle, Erwin, Reg.-Rat, Dr. habil., Universitätsdozent, Konstanz.

Huber, Augustinus Kurt, Dr. theol., Leiter des Königsteiner Instituts für Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas, Königstein/Taunus.

Klebel, Ernst, Dr. phil., o. Hochschulprofessor a. d. Phil.-Theol. Hochschule in Regensburg.

Matthes, Erich, Hartenstein im Erzgebirge.

Mayer, Theodor, Dr. phil., Dr. h. c., Universitätsprofessor und Präsident der Monumenta Germaniae a. D., Konstanz.

Neuwirth, Hans, JUDr. ehem. Rechtsanwalt, Haar bei München.

Oberdorffer, Kurt, Dr. phil., G.-Verwalt.Dir. a. D., Stadtarchivar Ludwigs-hafen a. Rh.

Preradovich, Nikolaus von, Dr. phil., Dozent für allgemeine, neuere Geschichte a. d. Universität Graz.

Prinz, Friedrich, Dr. phil., München, Ludwigsgymnasium.

Rabl, Kurt, Dr. jur., Dr. phil., München.

Schwarz, Ernst, Dr. phil., o. Prof. a. d. Universität Erlangen.

Seibt, Ferdinand, Dr. phil., Haar bei München.

Wegener, Wilhelm, Dr. jur., o. Prof. a. d. Universität des Saarlandes in Saarbrücken.

Weizsäcker, Wilhelm, Dr. jur., o. Prof. a. d. Universität Heidelberg.

Wierer, Rudolf, Dr. jur., früher Prof. der Tschechischen Universität in Brünn, z. Zt. Prof. der Freien Ukrainischen Universität München.

Zatschek, Heinz, Dr. phil., Hofrat, Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien und Lehrbeauftragter der Universität Wien.

VORWORT

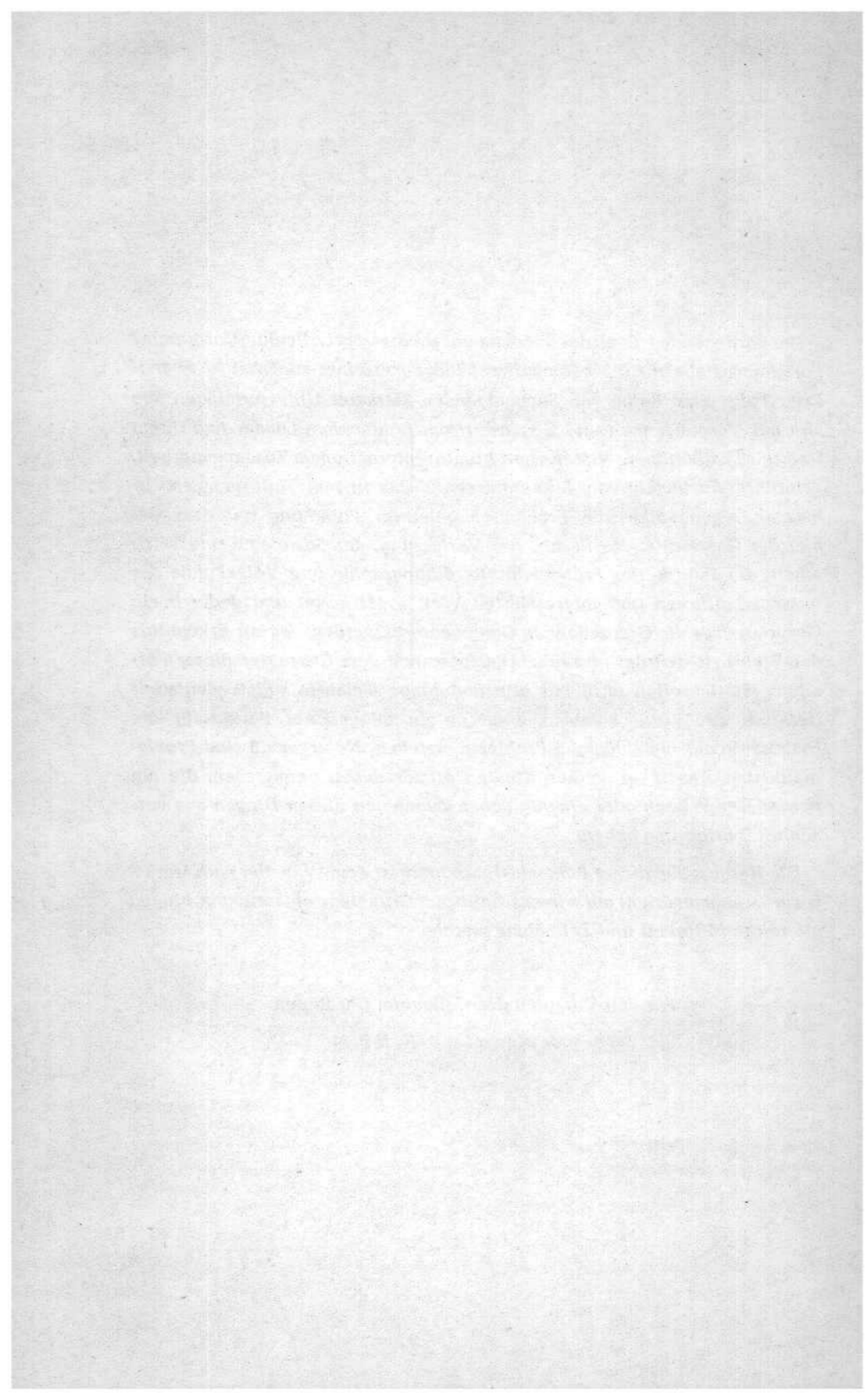
Der vorliegende 1. Band des Bohemia-Jahrbuches des Collegium Carolinum / Forschungsstelle für die böhmischen Länder / eröffnet zunächst in zwangloser Folge eine Reihe von Sammelbänden kleinerer Untersuchungen, die sich mit Vergangenheit und Gegenwart der böhmischen Länder und ihrem Umkreis beschäftigen. Wissenschaft braucht internationale Zusammenarbeit, erfordert Austausch von Erkenntnissen, Erfahrungen, Auffassungen. In diesem Organ sollen die Ergebnisse gelehrter Forschung auf dem Gebiet der Geschichte, des Rechts, der Verfassung, der Soziologie und Wirtschaft, der Politik, der Frühgeschichte, Ethnographie und Volkskunde der wissenschaftlichen und interessierten Welt unterbreitet und dadurch ein Gespräch über die Grenzzäune in Gang gebracht werden, das zur Erkenntnis der Wahrheit beiträgt und führt. Entsprechend dem Charakter dieser Forschungsstätte sollen nicht nur alte und junge Gelehrte sudetendeutscher Herkunft zu Worte kommen, sondern ein allgemeines Forum für die Diskussion der einschlägigen Probleme erstehen. Naturgemäß sind Problematik und Ansatz zu solchen Studien primär denen vorgegeben, die ein besonderes Wissen oder einen eigenen Zugang zu diesen Dingen aus persönlicher Erfahrung haben.

Die Herausgabe dieser Bohemia-Jahrbücher ist dem Wunsche nach fruchtbarer Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher Grundlage entsprungen. Mögen sie reiche Mitarbeit und Teilnahme wecken.

Für den Vorstand des Collegium Carolinum

Theodor Mayer

Karl Bosl



BÖHMEN UND EUROPA¹

Von Theodor Mayer

Als das römische Weltreich am Ende des 5. Jahrhunderts unterging, wurde eine Weltordnung aufgelöst, die alle Landschaften um das Mittelmeer bis weit nach dem Innern der Kontinente zu einer Einheit zusammengeschlossen hatte. Im Osten blieb aber das byzantinische Reich mit Konstantinopel-Byzanz als Hauptstadt trotz heftiger Bekämpfung durch die Araber und später die Türken noch fast ein Jahrtausend bestehen; es war Träger einer aus der Antike ererbten Hochkultur, die es weit nach dem westlichen Abendland ausstrahlte; auch im politischen Leben wahrte es seine einflußreiche Stellung und griff immer wieder nach Mittel- und Westeuropa über. Im Abendland wuchs das fränkische Reich zur Vormacht empor und zog der Reihe nach weite Landschaften in Mitteleuropa in seinen Schutz- und Herrschaftsbe- reich ein. Zwei Machtkomplexe standen sich also im europäischen Teil des römischen Reiches gegenüber, ihre gegenseitigen Interessen führten immer wieder zu Reibungen und Auseinandersetzungen, weil die Einflußsphären nicht klar voneinander abgegrenzt waren und sich nach der jeweiligen politischen Lage Verschiebungen ergaben. Neben diesen beiden politischen Gebilden gab es noch eine geistige Macht, das war das Papsttum in Rom, das

¹ Die folgenden Ausführungen sollen das Buch von Wilhelm Wegener „Böhmen, Mähren und das Reich im Hochmittelalter“, Untersuchungen zur staatsrechtlichen Stellung Böhmens und Mährens im Deutschen Reich des Mittelalters 919–1253 (Böhlau-Verlag Graz-Köln [1959], XI und 272 Seiten. Ostmitteldeutsche Vergangenheit und Gegenwart. Herausgegeben vom J. G. Herder Forschungsrat. Schriftleitung E. Birke. 5.) anzeigen.

Die eindringenden und gut fundierten Untersuchungen Wegeners behandeln die staatsrechtlichen Grundlagen des Verhältnisses Böhmens zum mittelalterlichen Reich. Wegener beginnt mit einer allgemeinen geografischen Einleitung, seine Darstellung setzt mit dem Anfang des deutschen Reiches unter Heinrich I. ein und reicht bis zur Regierung Přemysl Ottokars II.; es ist zu hoffen, daß der Verfasser seine Darstellung bis ins 15. Jahrhundert fortsetzt, dort ist ein klarer Abschnitt gegeben, der im 13. Jahrhundert nicht so deutlich zum Ausdruck kommt. Wegener bringt die Quellenbelege und bespricht sie in kritischer Wertung. Er behandelt die rechtlichen Bindungen Böhmens an das Reich, besonders auch die Pflichten des böhmischen Landesfürsten in Hinsicht auf die Hoffahrt und die Heeresfolge und stellt den böhmischen Herzog den deutschen Stammesherzogen gegenüber.

Eben erscheint das von Wilhelm Weizsäcker bearbeitete „Quellenbuch zur Geschichte der Sudetenländer I. Von der Urzeit bis zu den verneuten Landesordnungen (1627/28)“. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 7, München 1960, Verlag R. Lerche). Weizsäcker bringt die verfassungsgeschichtlich wichtigen, lateinischen und tschechischen Quellen mit deutscher Übersetzung und knappen, trefflich informierenden Einleitungen. Die beiden Werke, die unabhängig voneinander entstanden sind, ergänzen sich ausgezeichnet.

sich vom Druck des byzantinischen Herrschaftssystems des Cäsaropapismus mehr und mehr frei machte, sich aber gleichzeitig bestrebte, seinen kirchlich-religiösen Bereich auf die mitteleuropäische, besonders die Donaulandschaft auszudehnen, ja auch den zu Byzanz gehörigen Balkan für sich zu gewinnen.

Bei der Auflösung des römischen Reiches blieb zwischen den beiden Machtzentren im Osten und Westen ein großer Raum, ein breiter Streifen, der von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und zur Adria, von der Elbe bis zu den Pripjetsümpfen reichte; in diesem breiten Streifen spielte sich ein entscheidender Teil der gesamteuropäischen Geschichte, der Begegnung großer Völkergemeinschaften und ihrer staatlichen Gebilde und Organisationen ab. Dieser Raum war vornehmlich von germanischen Völkerschaften bewohnt; als sie im 5. und 6. Jahrhundert weite Räume aufgaben, setzten sich dort slawische Völkerschaften fest, die aber noch längere Zeit nicht zur Bildung größerer, selbständiger Staaten fähig waren; umso mehr waren sie dem Einfluß der beiden Mächte im Osten und im Westen und ihren Ausdehnungsbestrebungen ausgesetzt; außerdem stießen noch nomadische Völker aus dem Osten, die Hunnen, die Awaren und später die Magyaren in diesen Raum vor. Die Hunnen verschwanden im 5. Jahrhundert, dafür unterwarfen die Awaren seit dem 6. Jahrhundert große Teile der Slawen. Im 7. Jahrhundert gelang es dem fränkischen Kaufmann Samo, die Awarenherrschaft abzuschütteln und ein slawisches Reich, das vom nördlichen Böhmen bis nach Kärnten reichte und das Vordringen des fränkischen Reiches siegreich abwehrte, zu errichten. Nach Samos Tode verfiel dieses slawische Großreich, von neuem breitete sich die awarische Herrschaft über diese Räume aus, bis endlich Karl der Große das Awarereich endgültig zerschlug; er sicherte die Ostgrenzen seines Reiches durch Marken, die besonders im Donaauraum dauernde Gestalt annahmen und zur vollen Einbeziehung in das fränkische Reich führten; Böhmen wurde dem fränkischen Reich als tributpflichtiges Land angegliedert. Unter den schwächeren Nachfolgern des großen Karl, nach dem die slawischen Völker ihre Bezeichnung für den Begriff König, nämlich Kral, bildeten, lockerte sich die Abhängigkeit, in Mähren entstand wieder ein slawisches Reich, das weit nach dem Süden ausgriff, während die böhmischen Fürsten sich 845 dem ostfränkischen Reich anschlossen, sich in Regensburg taufen ließen und 895 sich durch Kommendation erneut unter die bairische Herrschaft begaben. Das bedeutete den Anschluß Böhmens an das Abendland, der durch die Verbindung mit Baiern eingeleitet wurde.

Durch die Wanderungen und Niederlassungen, durch die Vorgänge kriegerischer und politischer Art wurden die Voraussetzungen für die Begegnung zwischen Deutschen und Slawen geschaffen; sie traten in Kämpfen und Gegensätzen, aber noch vielmehr in friedlicher gegenseitiger Anziehung, in kulturellem und materiellem Austausch in Erscheinung. Seit der Angliederung an das fränkische Reich drang die christliche Missionierung hauptsäch-

lich von Baiern, Regensburg her in Böhmen ein, während 863 die beiden Slawenapostel, Cyrill und Method, die vom byzantinischen Reich hergesandt waren, den kirchlichen und geistigen Anschluß des großmährischen Reiches an Byzanz herbeizuführen versuchten; ihre Mission scheiterte aber schließlich am Widerstand vornehmlich der bairischen Bischöfe, sie blieb Episode. Das großmährische Reich wurde gegen Ende des 9. Jahrhunderts von den Magyaren, die sich in der ungarischen Tiefebene niedergelassen hatten, niedergeworfen und damit der Zusammenhang der Nord- und Südslawen gesprengt, der bairischen Mission der Weg nach Ungarn erleichtert. In wechselvollen Auseinandersetzungen bahnte sich allmählich eine neue Ordnung in diesem mitteleuropäischen, dem Einfluß des fränkischen Westen und des byzantinischen Osten unterworfenen Raum an.

Nach dem Vordringen slawischer Völker in den ehemals germanischen Raum vom Osten oder Nordosten und den darauf einsetzenden Gegenbewegungen von West nach Ost gewannen die Völker, die in diesen Landschaften wohnten, eine ihrer Eigenheit bewußte Gestalt, deutliche Grenzen ihrer Siedlungsräume und allmählich auch feste staatliche Formen; unter dem fördernden Schutz der beiden großen Machtgebilde und nicht selten in klarem Gegensatz zu ihnen erlangten sie weitgehende, sogar volle politische Selbständigkeit.

In diesem, durch einen häufigen Wandel seiner politischen Struktur gekennzeichneten Großraum lag auch Böhmen, das von einer slawischen Bevölkerung bewohnt und dünn, lagunenhaft besiedelt, politisch noch nicht zu einer geschlossenen Einheit gediehen war. Nach außen wird Böhmen durch seine Randgebirge zu einer geografischen Einheit zusammengeschlossen, diese Tatsache bildete die Grundlage für die Ausbildung und Erhaltung einer staatlichen Einheit des ganzen Landes, allerdings nicht im heutigen Umfange, sondern ohne das Egerland. Böhmen ist durch seine Randgebirge nach drei Seiten abgegrenzt, nur gegen Osten, gegen Mähren hatte es eine verhältnismäßig offene Grenze. Nördlich und südlich von Böhmen führten in breiten, offenen Landschaften gute und alt benützte Völkerstraßen nach Osten, die Böhmen ebenso flankierte, wie es selbst flankiert wurde. Wichtiger war die alte Völkerstraße im Süden, die nach der Römerzeit bestehen blieb, sie führte nach dem politisch und kulturell hochentwickelten Zentrum Byzanz. Die Slawen drangen deshalb in die Donaulandschaft vor und anderseits war es selbstverständlich, daß das fränkische Reich, sobald es in Berührung mit Byzanz geriet, trachtete, sich gegen die Flankierung von Böhmen und Mähren aus zu sichern. Das fränkische Reich trat mit Mähren früher als mit Böhmen in Berührung; Böhmen war noch lange Zeit zu schwach, um in die politischen Verhältnisse außerhalb seiner Randgebirge aktiv einzugreifen, während Mähren schon seit der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts, seit Samo und dann wieder im 9. Jahrhundert, aktiv hervortrat. Böhmen war aber durch einen friedlichen Verkehr mit den umliegenden Landschaften verbunden; schon wegen des Salzes, das in Böhmen fehlte, kam es zu einem ständigen Handel

nach dem heutigen Österreich und Bayern, aber auch nach Halle, also nach Landschaften, die schon früh deutsch besiedelt waren. Andererseits drangen frühzeitig deutsche Siedler in den breiten Grenzsaum der böhmischen Wälder vor. Es währte aber noch lange Zeit, bis aus dem breiten Grenzsaum eine lineare Grenze entstand; das Waldgebirge bildete seit den frühesten Zeiten die Grenze zwischen Böhmen und Baiern, die Wasserscheide wurde als Grenzlinie erst später festgelegt; wegen der klaren und strategisch eindeutigen und wirksamen Grenzen war Böhmen aber seit jeher als eine geopolitische Individualität anerkannt.

Die geopolitische Funktion Böhmens in Mitteleuropa wurde mit Recht so formuliert, daß, wer Böhmen in seiner Gewalt habe, Mitteleuropa beherrsche. Für die europäische Geschichte war es immer entscheidend wichtig, ob Böhmen zum west- oder osteuropäischen Staatensystem und Kulturkreis gehörte. Andererseits hat die Geschichte gezeigt, daß Böhmen für sich allein zu schwach war, über die natürlichen Grenzen hinaus eine dauernde Herrschaft zu begründen, ja sogar seine Selbständigkeit zu bewahren; es war aber zu wichtig, als daß die Nachbarn nicht den Wert und die Bedeutung Böhmens erkannt und es an sich zu ziehen versucht hätten. Deutschland gegenüber stellte Böhmen einen Keil dar, der vom Osten her in den deutschen Raum vorgeschoben war, der als Ausgangsposition für einen Angriff, aber auch als natürliche Verteidigungsstellung von entscheidender Bedeutung war. Schon der Krieg gegen Samo hat gezeigt, daß Böhmen von Deutschland aus durch Waffengewalt nicht dauernd niedergezwungen und besetzt, als staatliche Individualität nicht völlig ausgelöscht wurde; im Mittelalter behielt es auch dann, wenn es in das deutsche Staatsgebilde eingegliedert wurde, seine Individualität und wurde nicht als eine eroberte Provinz behandelt, sondern blieb ein Annex mit sehr selbständiger Verwaltung und Verfassung, dem nur die volle Souveränität im zwischenstaatlichen Verkehr fehlte. Eine dauernde An- und Eingliederung erfolgte durch andere Mittel in erster Linie durch geistig-kulturelle Gewinnung und durch christliche Missionierung der Bevölkerung und im Zusammenhang damit durch friedlichen, vertragsmäßigen Anschluß an das Reich und damit an das Abendland.

Böhmen war in den ersten Jahrhunderten nach der slawischen Besetzung keineswegs ein politisch einheitliches Land, es gab noch kleinere und größere Adelsherrschaften, die um die Vorherrschaft kämpften, im 10. Jahrhundert standen sich die Přemysliden und Slawnikinger gegenüber, bis endlich 995 das Haus der Slawnikinger durch Mord ausgerottet wurde, so daß die Přemysliden ihre Herrschaft auf den ganzen böhmischen Raum ausdehnen konnten. Es ist anzunehmen, daß die Organisation der Kastellanieverfassung das Instrument war, dessen sich die Přemysliden mit Erfolg bedienten; dieses Burgensystem dürfte auf einem deutschen Vorbild beruhen. Die Gefahr der Zerklüftung in verschiedene staatliche Gebilde wurde damit völlig überwunden, das Land bildete eine politische Einheit, es gelang den böhmischen Herrschern sogar, Mähren und später auch Schlesien ihrem

Machtgebiet anzugliedern. Die geschichtliche Entwicklung nahm also in Böhmen einen ganz anderen Gang als etwa in dem Raum nördlich bis zur Nord- und Ostsee, wo die kleineren slawischen Völkerschaften nicht zu einem einheitlichen Staate zusammengefügt wurden, sondern in kleine Herrschaftsgebiete aufsplitterten und ihre eigene staatliche Individualität innerhalb des deutschen Reiches verloren, während sie in Böhmen erhalten blieb. Die eigenartige geschichtliche Entwicklung Böhmens beruhte somit weitgehend auf den geopolitischen Besonderheiten.

Als das deutsche Reich im 10. Jahrhundert die inneren Schwierigkeiten, die sich aus dem karolingischen Erbe ergeben hatten, überwunden hatte, mußte die gefährdete Ostgrenze durch eine aktive Ostpolitik, durch die Aufrichtung einer dauernden staatlichen Ordnung bei den benachbarten Völkern gesichert werden. Heinrich I. wies die ungarischen Raubeinfälle zurück, Otto der Große besiegte die Ungarn 955 in der Schlacht auf dem Lechfelde und zwang sie dazu, ihre Beutezüge nach Deutschland, Italien und Frankreich aufzugeben und seßhaft zu werden. Er schob im Donaugebiet und jenseits der Elbe die Grenze des Reiches gegen Osten vor, daraus ergab sich die Notwendigkeit, auch das Verhältnis zu Böhmen, das schon Heinrich I. fest mit dem deutschen König verbunden hatte, neu zu ordnen. Während er an der Donau eine Grenzmark und an der Elbe eine Reihe von Markgrafschaften einrichtete, also diese Räume nicht nur herrschaftsmäßig einbezog, sondern auch die Verwaltungsorganisation des Reiches dorthin übertrug, wurde Böhmen als Ganzes, als eigene Individualität dem Reiche angegliedert. Damit war entschieden, daß Böhmen von da ab zum abendländischen Kulturkreis gehörte, und welche Rolle ihm dort zukam. Es blieb im Innern weitestgehend selbständig, nur in kirchlicher Hinsicht wurde das 976 gegründete Prager Bistum dem Erzbischof von Mainz unterstellt. Während der große Slawensturm seit dem Ausgang der Regierung Ottos II. die deutsche Herrschaft an der Elbe größtenteils zerstörte, blieb das Verhältnis Böhmens zur Reichsgewalt im großen Ganzen trotz mancher Rückschläge erhalten. Unter Otto III. trat im ostelbischen Raum wiederum eine Beruhigung ein, die Christianisierung machte sehr große Fortschritte, gleichzeitig wurde aber zwischen der römischen Kurie und Polen ein unmittelbares Verhältnis herbeigeführt. Otto III. sah in der Herrschaft des byzantinischen Kaisers über die Kirche und das von ihr christianisierte Gebiet das System, das auch auf den Westen übertragen werden sollte. Das geistige Erbe der Mutter, der Kaiserin Theophanu, und der von ihr mitgebrachten Erzieher des jungen Kaisers, die Gedanken Gerberts von Aurillac, des späteren Papstes Sylvester II., vereinigten sich bei Otto III. zu einem Weltsystem, in dem ihm als Kaiser die Herrschaft über die römische Kirche und alle ihr zugehörigen Völker und Staaten zustünde. In diesem Sinne richtete er die Verhältnisse in Polen ein, er billigte den Herrschern in Polen und Ungarn die Königswürde zu, denn sie waren — nach seiner Vorstellung — auch weiterhin ihm als dem Kaiser untergeordnet. Diese Pläne Ottos III. wurden aber gegenüber

Polen und Ungarn nicht dauernde Wirklichkeit; Böhmen wurde von ihnen überhaupt nicht berührt, es blieb das bisherige tributäre Verhältnis zum deutschen Königtum erhalten.

Im 11. Jahrhundert ergaben sich noch manche Störungen und Rückschläge, die aber überwunden wurden, gegen Ende dieses Jahrhunderts wurde das tributäre Verhältnis durch ein Lehensverhältnis ersetzt, der Böhmenherzog wurde Vasall des deutschen Königs, gleichgültig, ob dieser die Kaiserkrone trug oder nicht; als solcher gewann er einen steigenden Anteil an der Regierung des Reiches, er wurde aber nie ein Stammesherzog. Der Stammesherzog war der Repräsentant des Stammes und vertrat anderseits den König als den eigentlichen Herrn des Stammes, der die Gewere an den Herrschaftsrechten durch den Königsumritt empfing. Die Stämme waren Säulen, — Reiche nennt sie der Sachsenspiegel, — auf denen das Königtum ruhte. Böhmen war kein Stammesherzogtum, kein „Land“, keines der „reiche“ des Sachsenspiegels (Landrecht III, 57), es konnte in diese Stellung nicht einrücken, solange der Gedanke der Stammesverfassung in Kraft blieb. Anders war es, als an die Stelle der Stammesherzoge im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts die Landesfürsten, an die Stelle der Stammesherzogtümer und -staaten die Landesfürstentümer und die Territorialstaaten traten; die Behauptung, die von tschechischen Historikern schon vor langer Zeit aufgestellt worden war, daß der böhmische Herzog oder König nur für seine Person Lehensvasall des deutschen Königs war, Böhmen aber nicht ein Lehen, geht darum an der Wirklichkeit und am Reichsrecht vorbei. Damit fiel der grundsätzliche Unterschied zwischen Böhmen und den deutschen Landesfürstentümern weg, dagegen trat nun ein anderer Unterschied mit voller Wirksamkeit in Erscheinung.

Der böhmische Herrscher, der Herzog und dann der König, hatte von Anfang an die volle, innere staatliche Hoheit und Selbständigkeit, niemals hat der deutsche König den Versuch gemacht, in die inneren Angelegenheiten Böhmens einzugreifen, nur das Bistum Prag war längere Zeit ein Reichsbistum, wurde aber dann der Herrschaft des Böhmenkönigs unterstellt. In Böhmen gab es kein Reichsgut, auf das sich der deutsche König hätte stützen können; das Egerland mit seinem umfangreichen Reichsgut gehörte ja nicht zu Böhmen, zählte also hier nicht mit. Der böhmische Herzog hat das Recht zur Regierung seines Landes nicht vom König erhalten, er hat es, wenn auch als tributärer Herzog, bei der Eingliederung in das deutsche Reich mitgebracht, die Individualität Böhmens als eigener staatlicher Körper und die Rechte des Böhmenherzogs in seinem Lande sind nie in Frage gestellt oder aufgehoben worden. Der böhmische Herrscher hatte demnach von sich aus, nicht durch Verleihung von seiten des Königs, gegenüber seinem Lande eine Stellung, die die deutschen Herzoge und werdenden Landesfürsten anstrebten und erst allmählich durch Privilegien und durch die allgemeine Entwicklung erlangten. Bei der Mitwirkung in der Reichsregierung lagen die Dinge umgekehrt, die deutschen Fürsten waren seit jeher Teilhaber am Reich und

hatten einen Anteil an der Reichsregierung, der Böhmenherzog, der aus der tributären Abhängigkeit aufstieg, gewann diesen Anteil erst im Laufe der politischen Entwicklung seit dem 11. Jahrhundert; sobald er aber diesen Anteil besaß, war er allen deutschen Reichsfürsten überlegen, weil seine Macht die eines deutschen Landesfürsten weit überstieg, so daß seine Haltung schwer ins Gewicht fiel; infolgedessen hatte er eine Sonderstellung zum deutschen König, die politisch, aber nicht rechtlich der eines Bundesgenossen annähernd gleich kam, lange bevor man vom deutschen Reiche als von einem Bundesstaat sprechen konnte. Ganz allgemein aber gilt der Satz, daß die Stellung Böhmens im Reich und zum Reich viel stärker durch die tatsächlichen politischen Verhältnisse als durch gesetzliche Normen bestimmt war. Die reichsgesetzliche Regelung erfolgte im Laufe der Zeit durch Privilegien und Reichsgesetze, vornehmlich durch die goldene Bulle von 1356 Karls IV., der römischer Kaiser, deutscher und auch böhmischer König war; damit bildete ein deutsches Reichsgesetz von da ab die staatsrechtliche Grundlage für Böhmen. Darum darf man in der goldenen Bulle den tiefsten Einschnitt in der Geschichte des mittelalterlichen Staatsrechtes Böhmens sehen. Was die Goldene Bulle 1356 aussprach, wurde 1462 durch ein Privileg Kaiser Friedrichs III. noch ergänzt und genauer umschrieben.

Die goldene Bulle regelte reichsgesetzlich die Teilnahme des böhmischen Königs an der deutschen Königswahl, sie brachte auch andere Bestimmungen über die Rechte des Böhmenkönigs in seinem Königreich. Es ist nicht anzunehmen, daß dadurch die Hoheitsrechte des böhmischen Königs in seinem Lande wesentlich verändert wurden, diese Rechte bestanden und wurden von alters her anerkannt, sie waren auch nicht angefochten oder beeinträchtigt worden, als Rudolf von Habsburg und Přemysl Ottokar II. um die Herrschaft über Deutschland kämpften und als der Böhme Sieg und Leben verlor. Dagegen bedeutete die goldene Bulle rechtlich die völlige Einbeziehung Böhmens ins Reich, die Gleichstellung mit einem Kurfürstentum; die politische Absicht und Auffassung Karls IV. wurde am klarsten durch die Bestimmung in Kap. 31 illustriert, wonach die Söhne oder Erben und Nachfolger der Kurfürsten von Jugend auf die slawische Sprache lernen sollten. Die politische Stellung Böhmens im Reich und das tatsächliche rechtliche Verhältnis wurde aber immer durch die allgemeine politische Lage bestimmt. Das galt für die Zeit, da Karl IV. und seine Söhne Böhmen regierten und zugleich deutsche Könige waren; damals schien die Eingliederung Böhmens ins Reich endgültig zu sein, die Hussitenstürme brachten aber einen schweren, tatsächlichen Wandel; freilich das rechtliche Band zwischen Böhmen und dem Reich wurde nicht völlig zerschnitten, das zeigt wieder das Privileg Kaiser Friedrichs III. von 1462 für Georg von Podiebrad.

W. Wegener ist den rechtlichen Problemen in umfassender und gründlicher Untersuchung nachgegangen, er hat die einzelnen Vorgänge und Tatsachen trefflich geklärt und belegt; leider reicht aber seine Darstellung nur bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts; dort liegt allerdings ein tiefer politischer

Bruch, der durch das deutsche Interregnum und die Regierung Ottokars II. von Böhmen herbeigeführt wurde. In verfassungsrechtlicher Hinsicht lag der grundlegende Einschnitt jedoch um die Mitte des 14. Jahrhunderts, er wird durch die goldene Bulle nicht in allen Punkten neu herbeigeführt, aber es war doch von grundsätzlicher Bedeutung, daß die rechtliche Stellung Böhmens im Reich nun durch ein großes Gesetz geordnet wurde; diese Ordnung blieb dann bis zum Untergang des deutschen Reiches die rechtliche Grundlage, wenn auch die tatsächlichen Verhältnisse zeitweise ein anderes Bild gaben.

Für das Verhältnis Böhmens zum Reich und damit zum Abendland war die Tatsache wichtig, daß in Böhmen eine zahlenmäßig, wirtschaftlich und kulturell bedeutende deutsche Bevölkerung wohnte, die die Vermittlung und auch Verbindung mit dem europäischen Westen herstellte. Die deutsche Bevölkerung besaß seit früher Zeit eine gehobene Stellung, die Bürger der böhmischen Städte waren ursprünglich fast durchwegs deutsch, die deutschen Siedler auf dem flachen Lande hatten ein besseres Recht mitgebracht. Die politische Entwicklung im 13./14. Jahrhundert brachte eine Festigung des deutschen Elements, die allerdings schon im 14. Jahrhundert nachließ. Die Umwälzungen des Hussitensturmes wie später des Dreißigjährigen Krieges und dann wieder des 19. Jahrhunderts kamen in einem tiefgehenden Wandel der politischen und der nationalen Verhältnisse in Böhmen zum Ausdruck. Die Wissenschaft hat sich seit dem 19. Jahrhundert mit diesen Fragen beschäftigt. F. Palacky hat erklärt, daß die Deutschen als Emigranten, die aus ihrer Heimat vertrieben worden waren, nach Böhmen gekommen und von den Tschechen freundlich aufgenommen worden seien. B. Bretholz hat dem gegenüber die Theorie vertreten, daß die Deutschen in den Sudetenländern die Nachkommen der alten Markomannen und nicht deutscher Kolonisten des hohen Mittelalters seien. Th. G. Masaryk hat in einer Neujahrsansprache 1918/19 wieder die Anschauung von Palacky übernommen und daraus den Schluß gezogen, daß es in Böhmen zwei Völker gebe, von denen das eine, die Tschechen, die Rechte des Hausherrn besäßen, und daß sich die Deutschen, die als Flüchtlinge ins Land gekommen seien, dieser Ordnung fügen müßten. Diese Lehre bedeutete, daß die Deutschen ein Volk minderen Rechts seien, daß sie nur ein aus Mitleid gewährtes Recht besäßen, das jederzeit zurückgezogen werden könnte, wenn die Tschechen als die Hausherrn das für angezeigt oder berechtigt halten würden. Die deutsche Geschichtsforschung ist diesen Fragen in umfassender und objektiver Weise nachgegangen; sie hat die Theorie von Bretholz abgelehnt, dafür aber die deutsche „Kolonisation“ und ihre Leistungen untersucht. Sie kam zu dem Ergebnis, daß das Recht der Deutschen in Böhmen einerseits auf den Privilegien, durch die sie ins Land gezogen wurden, sowie auf den Verträgen, die mit ihnen bei der Niederlassung geschlossen wurden, andererseits auf der von ihnen geleisteten Arbeit und deren Früchten, die dem ganzen Land Böhmen zugute kamen, beruhe, daß sie daher die gleichen Rechte haben sollten wie die

Tschechen, sei es als Kollektivum, als Volk, sei es als Individuen. Die tschechische Auffassung konnte in der Richtung überspitzt werden, daß die Deutschen als Volk, aber auch jedes Einzelindividuum sich eine Illoyalität gegen den Staat als solchen zuschulden kommen lassen, wenn sie gegen Maßnahmen der tschechischen Mehrheit Stellung nahmen, ohne aber in eine Opposition gegen den böhmischen Staat zu treten oder treten zu wollen. Aus der Kolonisation und den verschiedenen Vorgängen konnten also sehr leicht durchaus verschiedene Schlüsse auf die rechtliche Stellung der Deutschen, einzeln und als Volk, gezogen werden.

Wenn zwei Völker nebeneinander wohnen, ergibt sich ein gewisser Bevölkerungsaustausch, der zeitweise einseitig nur nach der einen oder nach der anderen Seite gerichtet ist. In kleinerem Ausmaß führt er zu einer Amalgamierung der Zugewanderten, während eine stetige und starke Zuwanderung deren volkliche Eigenart bewahren kann; immer aber wird die Funktion, die die Eingewanderten übernehmen, bei diesen Vorgängen maßgebend werden. Wir sprechen deshalb heute nicht mehr schlechthin von einer ostdeutschen Kolonisation, obwohl die zugewanderten Deutschen sehr oft weite Gebiete kolonisiert, d. h. urbar gemacht haben, sondern von einer West-Ost-Bewegung, diese Bezeichnung ist dem im Ganzen als einer Begegnung zweier Völker betrachteten Vorgang besser angepaßt. An dieser West-Ost-Bewegung im hohen Mittelalter waren Menschen aus dem ganzen Abendland beteiligt, neben den Deutschen, die als die unmittelbaren Nachbarn der Slawen alle anderen an Zahl übertrafen, Flamen und Niederländer, Wallonen und Franzosen; Wallonen sind als Latini in Regensburg, in Prag und in Siebenbürgen nachweisbar, sie sind im Handel, aber auch in der Landwirtschaft tätig gewesen. Aber diese West-Ost-Bewegung hatte in den verschiedenen Räumen verschiedene Formen und verschiedene Auswirkungen hervorgerufen. In den ostelbischen Landschaften haben die Deutschen zu meist auch die politische Herrschaft übernommen, anders war es in Böhmen. Die Deutschen wurden dort als städtische Bürger angesiedelt und erhielten wie in Prag weitgehende Freiheitsrechte. Als ländliche Siedler wurden sie vom König und von einzelnen Adelsherren mit Neusiedlerrecht ausgestattet, d. h. sie wurden als frei für ihre Person erklärt und ihnen freie Leihverhältnisse gewährt. Sie waren damit besser gestellt als die tschechische Bevölkerung, die weniger günstige Rechte besaß. Die deutsche Besiedlung stieg bereits an mehreren Stellen die Waldgebirge hinan, deutsche Adlige erwarben jenseits der Wasserscheide Grundherrschaften. Damit war die Möglichkeit gegeben, daß die Wasserscheidegrenze durchlöchert und zersetzt und die Randgebirge zum Teil auf beiden Seiten in den Besitz deutscher Herren geriet und dadurch dem böhmischen Landesfürsten die gute Grenze verloren ging. Kolonisatorische Besetzung konnte sehr leicht zur politischen Erfassung und Inbesitznahme führen. Aus diesem Grunde hatte vor allem der böhmische Landesfürst an den Grenzen eigene Leute angesiedelt, die als „künische Bauern“, als Choden ein besseres Recht als „Freie“ erwarben,

oder er hat Klöstern, die in Böhmen ihren Sitz hatten, weite Gebiete geschenkt, die sie roden, damit in Besitz nehmen und für Böhmen sichern sollten. Es währte längere Zeit, bis diese Angelegenheiten geklärt waren. Ein treffliches Beispiel bieten die Grafen von Bogen, die mit dem böhmischen Herzogshaus in verwandtschaftlichen Beziehungen standen. Das markanteste Beispiel bietet aber das Geschlecht der Witigonen, die nahe daran waren, in Südböhmen eine selbständige Adels Herrschaft zu errichten und früher oder später aus Böhmen herauszuwachsen. Heinz Zatschek hat diese Vorgänge ausgezeichnet geklärt. Die Witigonen haben mit ihrer Politik, die zu dramatischen Höhepunkten führte, keine endgültigen Erfolge erreicht, die starke Zentralgewalt des böhmischen Königs hat alle Versuche zunichte gemacht. Es ist aber höchst interessant, wie von den Witigonen mit Ansiedlung von Bauern, mit Erbauung von Burgen und Städten Raum gewonnen wurde, wie anderseits der König die Stadt Budweis gründete und das Kloster Goldenkron errichtete, worauf die Witigonen mit der Gründung des Klosters Hohenfurt antworteten. Der endgültige Sieger war aber der böhmische König, ein Witigone, Zawisch von Falkenstein, wurde enthauptet. Die anderen Zweige lebten als böhmische Hochadlige weiter, die Grenzen Böhmens wurden sogar nach Süden vorgeschoben.

Für Böhmen war die Zugehörigkeit zum Reich ein großer Vorteil, das Land war dadurch nach außen gesichert und konnte im Innern seine staatlichen Einrichtungen ausbauen. Deutsche Ritter und Geistliche, die in großer Zahl im Dienste der böhmischen Könige standen, organisierten die staatliche Verwaltung, schufen feste Grundlagen für die königliche Macht. Daneben kamen Kaufleute, Handwerker und vor allem Bergknappen im Zuge dieser großen europäischen West-Ost-Begegnung nach Böhmen und brachten dem Lande die fortgeschrittenen Formen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, die sozialen Einrichtungen und des freien Städtewesens; dadurch und besonders durch den Bergbau wurde der Böhmenkönig einer der reichsten Fürsten Europas. Böhmen ist auf diese Weise in die westliche Kultur und Wirtschaft und auch selbständig in die große Politik der europäischen Mächte hineingewachsen, es hat in allen Belangen die Lebensformen des Westens übernommen. Am Prager Hof sprach man meist deutsch, Přemysl Otakar II. hat sich mit dem Plan getragen, selbst die deutsche Königskrone zu erwerben.

Es ist wiederholt die Meinung vertreten worden, daß dadurch eine volle Eindeutschung Böhmens erreicht worden wäre; dabei wird aber übersehen, daß die Landbevölkerung jederzeit tschechisch geblieben ist; wohl war das städtische Bürgertum im 13. und Anfang des 14. Jahrhunderts deutsch, aber seit der Mitte des 14. Jahrhunderts, seit der großen Pest, dem schwarzen Tod, hörte der Zuzug von deutschen Bürgern auf, dafür stieg die Zahl der Zuwanderer aus der tschechischen Umgebung, so daß das Deutschtum zurückging. In Prag, das unter Karl IV. die Hauptstadt des deutschen Reiches war, gründete Karl IV. als römischer und böhmischer König 1348 die erste Universität

im deutschen Reich, die aus allen Landschaften des Reiches großen Zustrom erhielt, Lehrer und Hörer waren zum größten Teil deutsch. Der Hussitensturm hat dieser kulturellen Entwicklung ein Ende gesetzt, ohne daß die Deutschen vertrieben wurden, wurde das Gesamtbild tschechisch, die deutschen Professoren und Studenten zogen nach dem Kuttenberger Dekret von 1409 weg und gründeten die Universität Leipzig. Böhmen zog sich, ohne aus dem Reiche formell auszuscheiden, aus ihm und aus der westlichen Kulturwelt auf sich selbst zurück.

Otokar II. hatte geglaubt, daß es nach dem Untergang des staufischen Hauses und dem Aussterben der österreichischen Babenberger möglich sein würde, ein großes Reich im östlichen Teil des deutschen Reiches aufzubauen; er erwarb durch Heirat und durch militärische Macht das Babenberger Erbe und damit die Herrschaft bis zur oberitalienischen Tiefebene. Auch nach Norden suchte er auszugreifen, er unternahm mehrere Züge nach Ostpreußen, um dem deutschen Orden zu Hilfe zu kommen, die Stadt Königsberg wurde nach ihm benannt. Er dachte an eine europäische Großmacht, deren Bevölkerung halb deutsch, halb slawisch besiedelt war. In der Schlacht bei Dürnkut verlor er Sieg und Leben, sein Traum war zerstoßen, sein Reich vernichtet. Aber der Gedanke lebte weiter.

Karl IV. hat, wie H. Zatschek gezeigt hat, Přemysl Otokars II. große europäische Konzeption als Kaiser wieder aufgenommen; er wollte das Schwerkgewicht des Reiches nach dem ostmitteldeutschen Raum verlagern. Er dachte, durch Erbverträge die Vereinigung mit dem habsburgischen Österreich für die Zukunft vorzubereiten, für sein Haus aber im nordöstlichen Deutschland eine starke Hausmacht als Grundlage für das Kaisertum zu erwerben; gleichzeitig suchte er in der Oberpfalz festen Fuß zu fassen, jedenfalls dachte er, der aus Westdeutschland stammte und in Paris seine geistige Ausbildung und dort und in Italien den Einblick in die große Politik seiner Zeit erhalten hatte, nicht daran, sich aus dem Westen zurückzuziehen, diesen vielmehr durch die goldene Bulle verfassungsrechtlich zusammenzuhalten und zu fundieren. Die Macht sollte im Osten ihren Sitz haben. Ein großer, europäischer Gedanke, der allerdings nach seinem Tode bald zerschlagen wurde. Karls IV. Söhne kamen ihrem Vater an Herrschereigenschaften nicht gleich, sie verstanden nicht seine ausgleichende Tätigkeit, als der Hussitensturm losbrach und die übernationale Konzeption vor der Welle des schärfsten Nationalismus zerbrach. Aber große Gedanken, die sozusagen in der Luft liegen, leben oft über den Bestand einer unmittelbaren politischen Realisierung hinaus weiter. Das Problem Böhmen in Europa war durch die Isolierung, die der Hussitensturm herbeiführte, nicht einer dauernden Lösung zugeführt. Kaiser Sigismund hat durch seine Heirat mit der ungarischen Thronerbin Maria die Vereinigung Ungarns mit Böhmen zu erreichen gesucht, Elisabeth, die Tochter Sigismunds und Marias, wurde Gemahlin des Habsburgers Albrecht V., als deutscher König zweiter dieses Namens, so daß vorübergehend Böhmen, Ungarn und Österreich vereinigt waren.

Die bleibende Verwirklichung dieser Gedanken erfolgte 1526, nachdem Ludwig II. in der Schlacht von Mohacs gegen die Türken Sieg und Leben verlor und die Habsburger das große Machterbe, aber auch die ungeheure Aufgabe, die auf ihm lastete, übernahmen. Dieses Machtsystem hatte die Verteidigung zum Zweck, wie es später die pragmatische Sanktion von 1713 ausdrückte, die Sicherung gegen auswärtige Gewalt — gedacht war damals an die Türkengefahr — war der Grundgedanke, nicht der Aufbau eines Herrschaftssystems, das Ostmitteleuropa östlich der Elbe einschloß. Der politische Schwerpunkt dieses Reiches lag im Donaauraum, dorthin zielte der türkische Angriff, dort mußte der Kern der Verteidigung eingerichtet werden. Von nun an wuchs Böhmen in den Machtkomplex und die politischen Aufgaben des Habsburgerreiches hinein. Der Habsburger, der in Wien residierte — nur Rudolf II. hatte seine Residenz in Prag —, war deutscher König und Kaiser und zugleich böhmischer König. Darin bestand in der politischen Wirklichkeit von da ab das Band, das Böhmen mit dem deutschen Reich verband. Durch die verneuerte Landesordnung von 1627 und die großen Verfassungs- und Verwaltungsreformen des 18. Jahrh. wurde Böhmen völlig in das Reich des Hauses Österreich eingegliedert und gehörte damit auch zum deutschen Reich. Durch die moderne zentralistische Verwaltung wurde der Feudalismus überwunden und die neue Staatsform ausgebaut. Seitdem der Gedanke der Verteidigung gegen auswärtige Gewalt und Gefahr im 18. Jahrhundert verblaßte und der moderne Nationalismus anfang, eine auswärtige Gewalt eher als Befreiung denn als Gefahr zu betrachten, seit die Magyaren in einer Fiktion von völliger Sicherheit glaubten, einen selbständigen Staat errichten und erhalten zu können, wurden die Grundgedanken des habsburgischen Reiches zersetzt. Die staatliche Organisation der habsburgischen Monarchie, des Hauses Habsburg hat durch eine Reihe von Jahren den Kampf gegen die übermächtigen Gegner des ersten Weltkrieges bestanden, ist aber schließlich darüber zusammengebrochen, daß die Völker der Monarchie mit Ausnahme der Deutschen sich von ihrer ideellen Grundlage losgelöst hatten, ja sie negierten. Damit wurde die Entwicklung von mehr als tausend Jahren annulliert, Böhmen, bis dahin ein integrierender Teil des christlichen Abendlandes, wurde eine Bastion des Ostens.

Ich habe versucht, die eigenartige Stellung des böhmischen Raumes in Europa seit dem Untergang des römischen Reiches zu skizzieren, sein Verhältnis zum christlichen Abendland als zentrales Problem der gesamteuropäischen Geschichte zu umreißen. Ich konnte von Wegeners grundlegender Untersuchung der rechtlichen Beziehungen Böhmens-Mährens zum deutschen Reich ausgehen, ich habe mich bemüht, die bedeutsamere Eingliederung Böhmens in die staatliche, wirtschaftliche, geistig-kulturelle Gemeinschaft des Abendlandes herauszustellen. Ich hoffe, daß die schöne Arbeit Wegeners ihre Fortsetzung in dieser Richtung finden wird; es soll dann die Begegnung zweier Völker im böhmischen Raum klargemacht werden. Das Geben und das Nehmen, das in der schönen Literatur und in der Musik, in der Wissen-

schaft wie in der Technik, im Handel und in der Industrie, in allen Belangen des öffentlichen und des privaten Lebens, von Volk zu Volk, von Mensch zu Mensch bleibende Früchte trug und eine Geistigkeit hervorbrachte, vollzog sich nirgends so fruchtbar wie in Böhmen; es umschloß beide Völker trotz aller Gegensätze und Kämpfe zu einer Einheit. Die sagenhaften böhmischen Überlieferungen wurden auch von der deutschen Bevölkerung Böhmens als einheitliches geistiges Erbgut aufgenommen und empfunden, ebenso die großen Ereignisse der böhmischen Geschichte. Die Werke der hohen Kunst, der Veitsdom und die Niklaskirche, der Hradschin und das Altstädter Rathaus, die glanzvollen Paläste und die bürgerlichen Bauten in Prag und in den böhmischen Städten, die Adelsschlösser im ganzen Land, die von kunstverständigen Bauherren, die aus aller Herren Länder gekommen waren, geplant und von großen Baumeistern aufgebaut worden waren, die herrliche böhmische Malerei, sie sprechen eine eindringliche und unüberhörbare Sprache, sie alle repräsentieren die böhmische Kultur, bei der der deutsche Anteil niemals geleugnet werden kann. Böhmen ist die zentrale Landschaft Europas, in die viele Kulturströme einmündeten und ein eigenes Gesamtbild formten; in Böhmen gab es einen Austausch, ein Geben und Nehmen, eine Vermittlung nach allen Seiten. Das ist die Rolle, die eine fast zweitausendjährige Geschichte dem Lande und seinen Bewohnern vorgeschrieben hat, diese Aufgabe, diese Funktion ist heute noch nicht zu Ende, diese Rolle soll Böhmen auch weiterhin übernehmen zum Segen für Europa².

² W. Wegener gibt in seinem oben erwähnten Buch „Böhmen, Mähren und das Reich“ eine Übersicht über die neuere Literatur zur böhmischen Geschichte. Ich verweise hier allgemein noch auf das wertvolle Sammelwerk „Das Sudeten-deutschtum“, an dem die namhaftesten Historiker, Philologen, Kunst- und Musikhistoriker mitgearbeitet haben. Grundlegend ist immer noch die Rechtsgeschichte der böhmischen Länder von Otto Peterka (1937). Eine besondere Hervorhebung gebührt den Arbeiten von W. Wostry: Drei St. Wenzel-Studien, Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen III (1933) und: Die Ursprünge der Primisliden in „Prager Festgabe für Theodor Mayer“ (1943), Neudruck (1953). Außerdem weise ich auf die Abhandlungen von H. Zatschek: Die Witigonen und die Besiedlung Südböhmens, Deutsches Archiv f. Landes- und Volksforschung I (1937), sowie auf: Baiern und Böhmen im Mittelalter, Zeitschrift f. bayer. Landesgeschichte 12 (1939) und endlich, Kaiser Karl IV. Ostdeutsche Wissenschaft I (1954) hin. Von neuerer Literatur hebe ich hervor: Böhmen und Bayern, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum I (1958). Der Band enthält Untersuchungen und Darstellungen von E. Schwarz, E. Klebel, K. Bosl, W. Weizsäcker, E. Bachmann und H. Sturm. Außerdem nenne ich zur allgemeinen Einführung in diese Probleme: W. Schlesinger, Die geschichtliche Stellung der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung, Hist. Zeitschr. 183 (1957), sowie vom gleichen Verfasser: Die deutschen Territorien. Der Osten, in Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte II, 8. Aufl. (1953) und H. Ammann, Die französische Südostwanderung im Rahmen der mittelalterlichen französischen Wanderungen. Festgabe dargebracht Harold Steinacker zur Vollendung des 80. Lebensjahres am 26. Mai 1955. München, Oldenbourg (1955).

DIE WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT AN DER
RECHTSGESCHICHTE DER BÖHMISCHEN LÄNDER —
EINST UND JETZT

Von Wilhelm Weizsäcker

Die folgenden Zeilen haben nicht den Zweck, eine Bibliographie¹ der sudetenländischen Rechtsgeschichte zu bieten. Es soll nur versucht werden, die hauptsächlichen Richtungen der wissenschaftlichen Arbeit zu geben, wobei ihre ideologische Grundlage besondere Beachtung finden soll. Der Berichterstatter ist dabei in der günstigen Lage, sich für den Verlauf einiger Jahrzehnte auf persönliche Erinnerungen als Mitstrebender stützen zu können.

I.

Mehr oder minder ausführliche rechtsgeschichtliche Begründungen für ein bestimmtes politisches Verhalten sind in der Geschichte der böhmischen Länder früh und vielfach bezeugt. Sie können aber noch nicht als rechtswissenschaftliche Forschung bezeichnet werden. Eine solche setzt vielmehr, deutlich erkennbar und bewußt betrieben, erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ein, wie in Deutschland, aber erheblich später, anknüpfend an den Vergleich heimischer Rechtsüberlieferung mit dem gemeinen Recht, das bisher neben dem kanonischen das ausschließliche Privileg wissenschaftlicher Behandlung beanspruchte. Wir denken da an den wissenschaftlichen Streit zwischen dem Appellationsgerichtsrat Johann Heinrich Proškovský von Krohenstein (1622—1688) und dem Professor Christoph Kyblin von Waffenburg (1617—1678) über die Zahl der Unterschiede zwischen dem gemeinen und dem böhmischen Recht und über die Frage der subsidiären Geltung des ersteren. Auch Wenzel Xaver Neumann von Puchholz (1670—1743) hatte rechtsgeschichtliche Interessen. Bei dem tschechischen Jesuiten Bohuslav Balbin (1621—1688) zeigen sich schon die Anfänge einer gewissen historischen Kritik. 1739 erscheint, wie kürzlich Kloubouch² festgestellt hat, in einer

¹ Vgl. Jozef Markov, Prehľad literatúry právnych dejín na území Československej republiky z rokov 1939—1945 in: Právny Obzor 30 (1947), H. 6 u. 7. V. Vaněček, Les études d'histoire du droit tchécoslovaque, problèmes à résoudre et résultats acquis, in: Rev. hist. du dr. fr. et étr. 1938, S. 47 ff. Derselbe, Les travaux d'histoire du droit en Tchécoslovaquie de 1938 à 1958, ebd. 1959, S. 62 ff. Derselbe, Právněhistorické práce v současném Československu. Auszug aus dem gleichnamigen Aufsatz im Časopis pro právo-historické 8/2 (1956), S. 183 ff. in: Právněhist. Studie 3 (1957), S. 226 ff.

² In dem unter IV erwähnten Buche S. 130, 132.

Dissertation von C. C. Debra die erste böhmische Rechtsgeschichte. Wenige Jahre später, 1746, wird an der Prager juristischen Fakultät eine Lehrkanzel für Geschichte, Geographie und Heraldik errichtet, und 1755 erscheint die *Synopsis historiae legalis* von Anton Fincken³, der 1765 der erste Band der *Institutiones juris boemici* von J. Feigl von Feiglshfeld folgt. Die ersten dieser Arbeiten sind erfüllt vom Geiste des böhmischen Landespatriotismus, der sich übrigens bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus erhält; man behandelt auch einschlägige Themen wie das staatsrechtliche Verhältnis Böhmens zum Reich. Seit Maria Theresia macht sich der aufklärerische Einfluß stärker fühlbar. Dazu gehört auch das Werk von dem Dobner-Anhänger Nikolaus Adauct Voigt „über den Geist der böhmischen Gesetze in den verschiedenen Zeitaltern“ (1788), das einem Preisausschreiben der Böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften seine Entstehung verdankt.

Schon gegenüber den Reformen Josefs II. beriefen sich die böhmischen Stände auf die alte böhmische Verfassung, was auch in der Neuherausgabe von Paul Stranskys *Res publica Boemorum* durch den Exjesuiten, Freimaurer und Professor Ignaz Cornova (1792—1803) hervortritt. Das Interesse und die innere Anteilnahme an den ehemaligen Rechtsverhältnissen in Böhmen wird bei beiden Völkern lebendig. Offensichtlich auch von der Freude am alten deutschen Recht veranlaßt und von Jakob Grimm mit einer Vorrede versehen, erscheint 1845 und 1852 das zweibändige Werk Emil Franz Rösslers „Deutsche Rechtsaltertümer aus Böhmen und Mähren“, noch heute unersetzt und unentbehrlich. J. A. Tomaschek, Professor an der Wiener Universität, befaßt sich in mehreren Schriften (1859, 1863, 1897) mit dem Stadt- und Bergrecht von Iglau, und selbst der tschechische Forscher J. Haněl handelt (in tschechischer Sprache) „über den Einfluß des deutschen Rechtes in Böhmen“ (1874). Daneben erscheinen Werke von Praktikern, die mit ihren Arbeiten eine historische Erläuterung des noch herrschenden Rechtszustandes geben wollen, wie die Arbeit von Eduard Pštros über die böhmischen Kronlehen (1861), die dem damaligen Obersthoflehenrichter im Königreiche Böhmen, Leopold Reichsgrafen von Thun und Hohenstein gewidmet ist; die Geschichte der Privatrechtsgesetzgebung und Gerichtsverfassung im Königreiche Böhmen von Johann Ferdinand Schmidt von Bergenhold (1866) und die Neuere österreichische Rechtsgeschichte von A. Domin-Petrushevecz (1869). Anderen Charakters sind die Werke zutiefst tschechisch gesinnter Männer wie Hermenegild Jirečeks *Recht in Böhmen und Mähren* (1865/66, 1863—1872 tschechisch erschienen); er war der Bruder Josef Jirečeks, der im Kabinett Hohenwart 1871 Unterrichtsminister wurde, und gab (mit ihm) seit 1867 das große Quellenwerk „*Codex Juris Bohemici*“ heraus. Hier sind wir denn auch bei der politischen Situation, die eine wissenschaftliche Behandlung des böhmischen Staatsrechts zu einer Angelegenheit von

³ Ebd. S. 226, 307.

eminentem politischen Interesse erhob. Hugo Toman beschäftigte sich in Schriften von 1870 und 1872 mit dieser Frage. Ihre „klassische“ Darstellung fand sie aber durch Josef Kalousek, dessen „České státní právo“ (Böhmisches Staatsrecht) 1871 und 1892 (auch deutsch) erschien. Auch der Reichsratsabgeordnete Karel Kramář hat noch 1896 in einem Artikel der Wiener „Zeit“ (auch selbständig ersch.) das „böhmische Staatsrecht“ kurz dargestellt, das nach seinen Worten „für beide Völker gleiche Vorteile bringt, ja... die Anbahnung neuer, gesunder Verhältnisse in unserem Reiche bedeutet.“ In diesen Zusammenhang paßt es, daß J. Emler 1870—1877 die Reste der 1541 verbrannten böhmischen Landtafel herausgab und 1877 der erste Band der wichtigen Ausgabe der Böhmischen Landtagsverhandlungen und Landtagsbeschlüsse erschien.

Die Deutschösterreicher und unter ihnen vor allem auch die deutschen Bewohner der Sudetenländer waren in ihrer Mehrheit liberal und verfassungstreu österreichisch eingestellt. Es ist daher begreiflich, daß sie von den staatsrechtlichen Plänen der Tschechen nichts wissen wollten. Dieser Einstellung entsprach auch ihre wissenschaftliche Betätigung, die in dem 1862 gegründeten Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen (in Prag) seinen Mittelpunkt fand. Dabei wurde der Rechtsgeschichte ein breiter Raum eingeräumt, offenbar vor allem deswegen, weil sie das hauptsächliche Anliegen des Vereins, die geschichtliche Berechtigung des Deutschtums im Lande, sehr eindringlich zu fördern vermochte. So kam es zur Herausgabe von städtischen Urkundenbüchern und Chroniken, Weistümern und Dorf-ordnungen sowie zu zahlreichen Darstellungen im Rahmen der „Mitteilungen des Vereins“ wie in Buchform. Die „Socialgeschichte Böhmens in vorhussitischer Zeit“ von Julius Lippert (1896) enthält eine Menge rechtsgeschichtlich bedeutsamen Stoffs, was ebenso für die verschiedenen Stadtgeschichten gilt. Als Auftakt zu der späteren ausgebreiteten Stadtrechtsforschung wandte man auch den Stadtrechten Böhmens und Mährens seine Aufmerksamkeit zu (Schmalfuß 1865, Kürschner 1868, Grunzel 1892, 1894).

In dem Maße als sich der Kampf um die Verfassung Österreichs allmählich abschwächte und in eine Art politischen Stellungskriegs überging, trat auch der ausgesprochen politische Charakter des rechtsgeschichtlichen Schrifttums in den Hintergrund und machte mehr und mehr der modernen wissenschaftlichen Literatur Platz, die bei aller Wahrung der nationalen Grundhaltung eine erfreuliche Objektivität wahrte und auch bei der Wahl der Themen nicht mehr an bloß politisch interessierenden Gegenständen haftete. Wir nennen auf tschechischer Seite etwa die Forschungen von Emil Ott über die Rezeptionsgeschichte des römisch-kanonischen Prozesses in den böhmischen Ländern (1879), die, deutsch geschrieben, für die deutsche Rechtsgeschichte eines der wenigen zugänglichen — und auch bekannten — Werke über innerböhmische Verhältnisse wurden. Oder die Arbeiten über die böhmische Landtafel, die sich von A. Ritter von Randa (1870) über Horaz Krasnopolski (Professor des österr. Privatrechts an der

deutschen Universität in Prag, 1884), L. Čelakovský (1911), V. Vojtišek und Teige (1920, 1921) bis zu Rudolf Rauscher (1936) ziehen. Jaroslav Demel hat 1909 eine Geschichte des böhmischen Fiskalamtes geschrieben und sie in schöner Dankbarkeit seinem Lehrer Randa, „dem modernen böhmischen Věšrd, dem weltberühmten Rechtsforscher“ gewidmet. Ein anderes, viel behandeltes und geradezu unerschöpfliches Thema war die Einteilung in Bezirke verschiedener Art (Bohuš Rieger 1889, M. Stieber 1901, 1905, der Deutsche Emil Werunsky 1908, Rauscher, Markov u. a.). Eine moderne Gesamtdarstellung für Böhmen unter dem Titel „Povšechné české dějiny právní“ hat zuerst Jaromír Čelakovský geschrieben, ursprünglich als Lexikon-Artikel, dann mit mehreren wertvollen Anhängen selbständig herausgegeben (2. Aufl. 1903). Er hat auch die Sammlung der Urkunden für die Prager und die übrigen königlichen Städte Böhmens herausgegeben (Codex juris municipalis 1886, 1895). Die auf ihn folgende Generation sollte die Hauptträgerin der Rechtsgeschichte des Gebiets in der ersten Tschechoslowakischen Republik werden. An der zeitlichen Grenze steht Jan Kapras (1880—1947), der — bei Otto Gierke in Berlin gebildet —, die große moderne Zusammenfassung des Stoffes schuf, deren Titel noch an die Zeit des „Staatsrechts“ erinnert, die aber erst zur Zeit der Republik zu Ende ging: „Právní dějiny zemí koruny České“ (1913—1920). Von ihm sind zahlreiche Schüler ausgegangen.

Eine ähnlich bedeutsame Stellung wie Kapras für die Tschechen hat für die Deutschen der böhmischen Länder Adolf Zycha (1871—1948)⁴ eingenommen. Auch er steht an der Scheide der Zeiten. Von der Geschichte des ältesten deutschen Bergrechts kam er zum „böhmischen Bergrecht auf der Grundlage des Bergrechtes von Iglau“ (1900). Als Professor für deutsche Rechts- und österr. Reichsgeschichte in Prag wandte er sich der Geschichte des Stadtrechts in Böhmen zu und verfaßte seine zwei bedeutenden Werke über Prag und über die Entstehung der Städte in Böhmen im Zeitalter der Přemysliden. (1912, 1914), die über das einige Jahre ältere, an sich schon sehr verdienstliche Werk von Georg Juritsch über „die Deutschen und ihre Rechte in Böhmen und Mähren“ erheblich hinausführten. Besonders wichtig war aber, daß er es verstand, auch jüngere Leute für das Fach zu begeistern und zu wissenschaftlicher Arbeit anzuregen. Sein ältester Schüler war Otto Peterka (1876—1945)⁵, der zu weiterer Ausbildung nach München zu Karl v. Amira ging. Er schrieb 1906 ein Buch über das Burggrafentum in Böhmen und 1909 eine Arbeit über das Gewerberecht Böhmens. 1907 hat er sich für deutsche Rechtsgeschichte an der deutschen Universität in Prag habilitiert. 1917 ist er mit einer weiteren Arbeit über die bürgerlichen Braugerechtigkeiten hervorgetreten. Ein anderer Schüler Zychas war Rudolf Schranil, der 1916 eine tschechische Rechtsquelle, die sog. Sobieslawschen Rechte, herausgab; er blieb aber nicht bei der Rechts-

⁴ Nachruf von H. Conrad ZRG.² 67 (1950), S. 502 f.

⁵ Nachruf von W. Weizsäcker ZOstf. 4 (1955), S. 104 f.

geschichte, sondern wandte sich dem Finanzrechte zu. Auch die wissenschaftlichen Anfänge von Wilhelm Weizsäcker (deutsches bäuerliches Kolonistenrecht) und Guido Kisch (Einlager in Böhmen und in Mähren) fallen in diese Zeit. Letztgenannter blieb aber nicht in Prag, sondern ging vorerst nach Leipzig zu Wach. Ein kleines Forschungsgebiet für sich, das auf seine geschichtliche Sonderstellung stolz war, bildete das Egerland. Dem rührigen Stadtarchivar von Eger Dr. Karl Siegl verdanken wir eine große Anzahl von Veröffentlichungen über Stadt und Land. Unabhängig von der akademischen Wissenschaft vertiefte sich auch der Brünner Advokat Dr. Alfred Fischel in die Geschichte des österreichischen Sprachenrechts (Das österr. Sprachenrecht 1901, 2. Aufl. 1910, Materialien zur Sprachenfrage in Österreich 1902). Zum Abschluß der österreichischen Zeit sei aber noch auf den Anteil hingewiesen, den das von Mischler und Ulbrich herausgegebene Österr. Staatswörterbuch (2. Aufl. 1907 ff.) mit seinen ausgezeichneten, rechtshistorisch fundierten Artikeln an der Rechtsgeschichte der böhmischen Länder genommen hat, wie denn auch in den verschiedenen Lehr- und Handbüchern der österreichischen Reichsgeschichte die böhmischen Länder wenigstens in kurzer Übersicht behandelt sind. Ist doch das Jahr 1526 als Epoche in der Geschichte und Verfassungsgeschichte der Monarchie angesehen worden, weil damals die drei Ländergruppen (die österreichische, die böhmische und die ungarische) zum ersten Mal „dauernd“ unter dem Zepter Habsburgs vereint worden sind.

II.

Die Lösung dieser fast vierhundertjährigen Verbindung vollzog sich bekanntlich nicht ohne Schmerzen. Sie hat vor allem auch politische Verhältnisse geschaffen, die von den Tschechen gewünscht und nach Kräften gestützt, von den Deutschen dagegen entweder ganz oder doch in der damaligen Form auf das entschiedenste abgelehnt wurden. Damit war — ähnlich wie zur Zeit des Kampfes um das böhmische Staatsrecht — eine Lage hergestellt, die auch der rechtsgeschichtlichen Forschung beider Völker eine verschiedene Stimmungsgrundlage gab. Die materiellen Voraussetzungen der Forschung wurden aber beträchtlich gebessert.

An den juristischen Fakultäten der neuen Republik, also auch an der deutschen, wurde das bisherige Fach der deutschen Rechtsgeschichte durch die „mitteleuropäische Rechtsgeschichte“ mehr umbenannt als ersetzt. An die Stelle der österreichischen Reichsgeschichte trat eigentlich ein Ausschnitt aus ihr, die „Rechtsgeschichte im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik“. An der tschechischen Universität war Jan Kapras der gegebene Fachmann dafür, während Karel Kadlec (1865—1928)⁶ sich mehr mit allgemein slawischen und rechtssprachlichen Themen befaßte. Kapras hat auch eine ganze Reihe von Schülern in ausgezeichnete Weise erzogen, so daß es möglich war, auch die Universitäten in Brünn und Preßburg mit tüch-

⁶ Nachruf von H. F. Schmid ZRG.² 49 (1929), S. 739 ff.

tigen Fachleuten zu besetzen. František Čáda kam an die neue Universität Brunn, Rudolf Rauscher an die von Preßburg. Dorthin kam 1922 auch Richard Horna⁷, der in Leipzig Rudolf Sohm gehört hatte und der besonders durch seine Studien über den Pranger (1937, 1941, 1951) auch in Westdeutschland bekannt geworden ist. Čáda hat u. a. über die landrechtlichen Quellen, Rauscher u. a. über das Silleiner Rechtsbuch gehandelt und eine auch für die deutsche Forschung bedeutsame Analyse dieser Rechtsquelle geliefert. Das Vorhandensein von zwei tschechischen und einer slowakischen Universität, auf die ebenfalls Tschechen berufen werden konnten, und die entsprechende Anzahl von Assistentenstellen erleichterte den tschechischen Rechtshistorikern die Heranziehung eines tüchtigen wissenschaftlichen Nachwuchses. Zur Veröffentlichung der Arbeiten solcher junger Forscher diente u. a. die Reihe „Práce ze semináře českého práva na Karlově universitě“ (Arbeiten aus dem Seminar für böhmisches Recht an der Karls-Universität).

Ohne eigentliche Planung wurde doch der gesamte Bereich der Landesrechtsgeschichte in einer großen Anzahl von Arbeiten durchackert. Wir können hier nur auf einige Komplexe von Themen verweisen. So entspann sich über die Würdigung des Sobieslawischen Privilegs für die Prager Deutschen eine Kontroverse zwischen Vojtěšek und Weizsäcker, ebenso über den Gebrauch oder Nichtgebrauch des Nürnberger Rechts in der Altstadt Prag zwischen letzterem und Bedřich Mendl. Über die älteren Agrarverhältnisse und insbesondere über die Fortdauer des deutschen Bauernrechts hat Josef Vacek wichtiges beigebracht. Über die Rechtsstellung der Prager Universität und die Bedeutung der Karolinischen Gründungsurkunde wurde mit Bezug auf das Universitätsgesetz von 1920 eine heftige wissenschaftliche Fehde durch Denkschriften mit Gutachten durchgeführt. Schließlich mag noch erwähnt werden, daß die Veröffentlichung von Rechtsquellen weitere bedeutende Fortschritte machte. So hat Gustav Friedrich einige Bände der Lehntafel (libri proclamationum) herausgegeben, František Čáda das Landrechtsbuch des Andreas von Duba, Bedřich Mendl Rechnungsbücher der Stadt Brunn.

Auf deutscher Seite war die wissenschaftliche Erforschung der Landesrechtsgeschichte ungleich schwerer. Adolf Zycha ist 1919 von Prag weg zunächst nach Gießen gegangen. Das war für Prag zweifellos ein bitterer Verlust. Dabei traf es sich glücklich, daß für das neue Lehrfach der tschechoslowakischen Rechtsgeschichte in Otto Peterka ein schon längst bewährter Fachmann bereit stand. Kurze Zeit war Guido Kisch Professor für mitteleuropäische Rechtsgeschichte. Als nach seinem Abgang nach Halle Peterka die mitteleuropäische Lehrkanzel erhielt, wurde diejenige für tschechoslowakische Rechtsgeschichte dem Berichterstatter übertragen. Diese Zeit war für die Pflege der Landesgeschichte durch die deutsche Forschung äußerst fruchtbar. Vor allem war die Zusammenarbeit mit allen Zweigen der

⁷ Nachruf von G. Kisch ZRG.² 71 (1954), S. 553 ff.

Landesgeschichte im allgemeinen so gut, daß man sie kaum besser wünschen konnte. Die Historiker Wilhelm Wostry, Emil Pirchan, Heinz Zatschek, Anton Ernstberger, Josef Pfitzner, durch sieben Jahre (1923—30) auch Theodor Mayer, der Theologe Eduard Winter, die Philologen Erich Gierach (Reichenberg) und Ernst Schwarz seien aus diesem Arbeitskreis besonders hervorgehoben. Die Deutsche Gesellschaft der Wissenschaften und Künste in Prag, die Sudentendeutsche Forschungsstelle in Reichenberg, der Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen (Prag) und der Deutsche Verein für die Geschichte Mährens und Schlesiens (Brünn) waren außerhalb der Universität Zentren dieser gemeinschaftlichen Arbeit. Natürlich ging nicht immer alles ganz glatt; aber die zeitweilige Rivalität zwischen Prag und Reichenberg wurde durch Zuständigkeitsabgrenzung beseitigt. Längere Zeit wurden die Gemüter durch die heftige wissenschaftliche Kontroverse erregt, die zwischen den Anhängern von Berthold Bretholz (mit der Behauptung fort-dauernder germanisch-deutscher Siedlung) und den Anhängern Zycha und Wostrys (mit der Verteidigung einer deutschen „Kolonisation“) durchgefochten wurde. Sie interessierte die Rechtsgeschichte vor allem deshalb, weil diese mit der Ausbreitung des deutschen Rechtes das stärkste Argument für die Besiedlungsthese lieferte.

Das neue Fach der „tschechoslowakischen Rechtsgeschichte“ bot dadurch besondere Schwierigkeiten, daß die Rechtsgeschichte in der Slowakei weitgehend vom ungarischen Recht beeinflußt wurde und auch sonst starke Besonderheiten aufwies, ganz abgesehen von den Sprachschwierigkeiten, die sich aus der notwendigen Heranziehung des madjarischen Schrifttums ergaben. Darum hat auch Otto Peterka in seinem Buch⁸ über die Rechtsgeschichte der böhmischen Länder (1923, 1928, erster Band auch in zweiter Auflage 1933) die Slowakei nicht mit behandelt. Das Werk ist bis heute die einzige zusammenfassende Darstellung des Themas in deutscher Sprache geblieben. Außer diesem großen Werke verdanken wir ihm noch eine große Anzahl kleinerer Arbeiten. Weizsäcker hat, ausgehend vom modernen Bergrecht und in Fortsetzung der dem Iglauer Bergrecht gewidmeten Arbeit von Zycha das Joachimstaler Bergrecht dargestellt, ein altes Bergbuch von Graupen ediert (1932) und später besonders verschiedene Fragen des heimischen Stadtrechts behandelt. Es war begreiflich, daß die Tätigkeit der deutschen Forschung hauptsächlich der Geschichte des deutschen Rechtes in den böhmischen Ländern gewidmet war, die wiederum weniger von den tschechischen Forschern gepflegt wurde; doch gibt es auf beiden Seiten bedeutsame Ausnahmen. Dafür, daß auch neuzeitliche Rechtsprobleme nicht unbeachtet blieben, seien wenigstens einige Beispiele angeführt: Rudolf Stanka handelte 1932 über die böhmische Konföderationsakte von 1619, und Karl G. Hugelmann behandelte in seinem Sammelwerk über das Nationalitätenrecht des alten Österreich natürlich auch die böhmi-

⁸ Besprechung mit eigenen Ergänzungen von G. Kisch ZRG.² 44 (1924), S. 363 ff.

schen Länder. Die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik war noch so sehr Zeitgeschichte, daß ihre Darstellung den Öffentlichrechtlern zufiel (Ludwig Spiegel; Hermann Raschhofer mit Veröffentlichung der tschechoslowakischen Denkschriften für die Pariser Friedenskonferenz). Nicht vergessen sei schließlich der Arbeiten rechtsgeschichtlichen Inhalts, die von Seiten der Historiker kamen. So stecken in den Arbeiten von Wostry, Pfitzner (Neisser Bistumsland), F. Pick (Wirtschaftsgeschichte Prags im Mittelalter), Rudolf Schreiber (Ellbogner Kreis), Kurt Oberdorffer (zahlreiche Arbeiten über Brüx), Herbert Weinel (Burgenkunde) und andern eine große Menge wertvollen rechtsgeschichtlichen Materials. Diese gute und fruchtbare Zusammenarbeit äußerte sich zum 60. Geburtstage Wilhelm Wostrys in dem Sammelband „Das Sudetendeutschum“ (2. Aufl. 1939) und in der Festgabe „Heimat und Volk“, die ihm seine Schüler und Freunde bei der gleichen Gelegenheit darbrachten. Diese Werke sind ein Zeugnis für den Stand, den die deutsche Forschung zur Landesgeschichte zur damaligen Zeit erreicht hatte.

Weder den tschechischen noch den deutschen Forchern wird man mit Grund den Respekt und die Anerkennung versagen können, daß sie nach ihrer ehrlichen Überzeugung und mit dem vollen Streben nach „objektiver“ Darstellung gearbeitet haben. Das schließt aber natürlich nicht aus, daß sie als bewußte Anhänger ihres Volkstums mit Vorliebe solche Themen gewählt haben, die ihrem Volke zur Ehre gereichten oder seine Vorzüge ins Licht stellten, ja sogar wissenschaftliches Rüstzeug für aktuelle politische Fragen zur Verfügung stellten. Die niemals ganz auszuschaltende Subjektivität des einzelnen Forschers konnte freilich dazu führen, daß für die Argumente des andern überhaupt kein Verständnis mehr übrig war. Dennoch sind damit nur Randerscheinungen gekennzeichnet. Denn über die wichtigsten Tatsachen der Landesrechtsgeschichte hat sich trotz aller nationalen Gegensätze doch eine Art übernationaler communis opinio herausgebildet. Das galt etwa von der Grundform der deutschen Siedlung und des deutschen Rechts oder von dem Lehnverhältnis Böhmens zum Reich; über die Wirkungen der Deutschensiedlung oder über die Tragweite des deutschrechtlichen Einflusses oder über die Art und Dauer des Lehnverhältnisses gingen freilich die Meinungen ebenso auseinander wie in manchen anderen Fragen, bei denen „Wertungen“ nationaler Art eine Rolle spielten.

Eine Zusammenarbeit von deutschen und tschechischen Gelehrten gab es nur in höchst eingeschränktem Maße. Die Fachgenossen schickten einander ihre Arbeiten zu, wie das z. B. zwischen K a p r a s und dem Berichterstatter der Fall war. Ersterer war starosta (Vorsitzender) der Matice školská (des tschechischen Schulvereins) und schickte mir auch darauf bezügliche Artikel zu. Der Austausch der Arbeiten unterstützte die gegenseitige wissenschaftliche Kritik und Kontrolle und war deshalb zu begrüßen. Zu persönlicher Berührung kam es aber nur selten. Gehässige persönliche Angriffe und Verunglimpfungen gehörten zu seltenen Ausnahmen.

III.

Nach der Begründung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ und der Schließung der tschechischen Hochschulen veränderten sich die Umstände erheblich zu Ungunsten der tschechischen Forschung, allein schon deshalb, weil die Seminarbibliotheken zwar nicht eingezogen, aber den entsprechenden deutschen Instituten zur Verwaltung übergeben wurden. Die tschechischen Forscher arbeiteten natürlich weiter, so Čáda, Rauscher, Vaněček, Markov, sowie junger Nachwuchs (J. Veselý, Jaromír Štěpán) vorzüglich über Fragen des altböhmisches Prozesses und über ältere Rechtsquellen. Gustav Friedrich konnte 1944 noch einen Band der Lehntafel herausbringen. Auf deutscher Seite erfreute sich die Arbeit über die Geschichte des deutschen Ostens und demnach auch die Rechtsgeschichte der Begünstigung durch die herrschenden Kreise und konnte (als angeblich politisch bedeutsam) von den verschiedenen Beschränkungen freigehalten werden, denen die schriftstellerische Betätigung im Verlauf des Krieges allgemein (nicht bloß die tschechische) in immer zunehmendem Maße unterlag. In Wahrheit hatte die Beschäftigung mit der Rechtsgeschichte des Ostens auf den Kriegsverlauf natürlich gar keinen Einfluß, so daß es den Anschein hat, als hätten der wissenschaftlichen Betätigung freundlich gesinnte Kreise auf diese Weise ein wenig geholfen. Das „Institut für deutsches Recht im Osten“, dessen Führung dem Berichterstatter übertragen war, konnte aber infolge der ungünstigen Zeitumstände keine großen Arbeiten ausführen; es diente der Bibliothek des tschechischen rechtsgeschichtlichen Instituts als Unterschlupf und bewahrte — durchaus legal — auch einen Teil des tschechischen Personals, das darin weiterarbeitete, vor dem manuellen Arbeitseinsatz. Immerhin konnte der Berichterstatter seine Sammlung Magdeburger Schöffensprüche für Leitmeritz nebst einigen anderen, kleineren Arbeiten herausbringen (1943). Seine letzte Schrift vor dem Zusammenbruch und damit für fast fünf aus der wissenschaftlichen Tätigkeit ausgestrichene Jahre waren (zusammen mit Peterka) die „Beiträge zur Rechtsgeschichte von Leitmeritz“ (1944). Auch die Studienfahrt in slowakische Archive, die Franz Klein-Bruckschwaiger unternahm⁹, konnte zwar nicht die erhofften Schätze an Magdeburger Sprüchen, aber immerhin erwünschte kleinere Ergebnisse zeitigen. H. Uhtenwoldt veröffentlichte 1943 eine Schrift über das böhmische Burgenwesen. Es kam sogar — ein Novum in der Geschichte unsrer Wissenschaft — zu einer von deutschen und tschechischen Forschern verfaßten Festschrift für Jan Koprás zu seinem 60. Geburtstag (*Miscellanea historico-iuridica* 1940).

IV.

Mit dem Zusammenbruch von 1945 war auch der deutschen Forschung über die Landesrechtsgeschichte ein vorläufiges Ende gesetzt. Die deutsche

⁹ Besprechung von Wilhelm Weiszäcker ZRG⁸ 72 (1955), S. 353 f.

Universität sowie alle wissenschaftlichen Zentren der deutschen Forschung gingen samt ihrer Ausstattung verloren. Otto Peterka kam in den Wirren ums Leben, ebenso der Historiker Emil Pirchan. Josef Pfitzner wurde hingerichtet.

Die tschechische Forschung hat vorläufig in der früheren Weise wieder eingesetzt, nur daß sie unter den Eindrücken der letzten Ereignisse eine besonders starke nationale Note erhielt. Ubrigens erlitt auch sie einen schweren Verlust durch den Tod ihres bisher führenden Mannes, Jan Kapras (1947). Die alten Streitfragen wurden wieder hervorgeholt. So behandelte V. Vaněček 1946 das Verhältnis des alten Przemyslidenstaates zum Reich als „eine während der Okkupation heimlich verfaßte Antwort auf die nazistische Propaganda, die behauptete, daß Böhmen und Mähren seit jeher einen Bestandteil des ‚Deutschen Reichs‘ gebildet hätten“. In 2. Aufl. erschienen 1946 seine „Kapitel aus der Rechtsgeschichte der Karlsuniversität.“ Aber auch andere, weniger verfängliche Themen sind in dieser Zeit von Markov, Saturník, Veselý und andern bearbeitet worden. Čáda und Vaněček verfaßten kurze Darstellungen der böhmischen Rechtsgeschichte. Dieser anfänglichen Idylle einer fortgesetzten „nationalistisch-bourgoisen“ Wissenschaft machte die kommunistische Machtergreifung vom 25. Februar 1948 allmählich, aber gründlich ein Ende. An die erste Stelle der Forscher, die sich mit böhmischer Rechtsgeschichte befassen, scheint V. Vaněček getreten zu sein. Er ist Leiter des Lehrstuhls für Staats- und Rechtsgeschichte an der Prager juristischen Fakultät¹⁰. An die Stelle der mitteleuropäischen Rechtsgeschichte trat die „allgemeine Geschichte von Staat und Recht“, die auch römisches Privatrecht und die Elemente des Kirchenrechts umfaßt. Grundlinie der Darstellung ist die Erfassung der gesellschaftlichen Entwicklungsstufen Sklavenordnung, Feudalordnung und kapitalistische Ordnung, auf die auch die Vorlesungen und Prüfungen abgestimmt sind. Die zweite Vorlesung heißt „Geschichte von Staat und Recht in der Tschechoslowakei“. Im Herbst 1952 trat die neue Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften (ČSAV.) ins Leben, die durch Umbau der Kgl. Böhmisches Gesellschaft der Wissenschaften und der alten Akademie errichtet wurde. Sie hat eine Sektion für Ökonomie, Recht und Philosophie, bei der ein Institut für Staat und Recht geschaffen wurde. Seit 1956 ist auch das bei der ČSAV. begründete „Kabinett für Geschichte von Staat und Recht in der Tschechoslowakei“ eine besondere Sektion des Instituts. Es werden insbesondere herausgegeben:

1. Rozpravy čsl. akademie věd (Abhandlungen der Akademie), Abt. Sozialwissenschaften;

¹⁰ Das folgende z. T. nach Rudolf Urban, Die Organisation der Wissenschaft in der Tschechoslowakei. Wissensch. Beitr. z. Gesch. u. Landesk. Ost-Mitteleurop., hrsg. v. Johann-Gottfried-Herder-Institut Nr. 30 (1957).

2. Právně-historická knižnice (rechtsgeschichtliche Bibliothek), hrsg. von der Sektion für Ökonomie, Recht und Philosophie ab 1957, für selbständige Arbeiten;
3. Právně-historické studie (rechtsgeschichtliche Studien), hrsg. vom Kabinet für Geschichte von Staat und Recht in der Tschechoslowakei ab 1955, für Aufsätze.

Für Aufsätze kommen aber auch andere Veröffentlichungsmöglichkeiten in Betracht, so vor allem der Sborník historický (Historisches Archiv), hrsg. vom Historischen Institut der Akademie, und der Právník (Jurist), hrsg. vom Rechtsinstitut der Akademie.

Als Richtschnur für die wissenschaftliche Arbeit überhaupt, also auch für die Rechtsgeschichte, gilt der Grundsatz, daß sie nicht objektiv, sondern parteilich zu sein habe, oder — anders ausgedrückt — objektiv und parteilich, weil Objektivität und Parteilichkeit einander notwendig gegenseitig bedingen; nationales Selbstbewußtsein im Gegensatz zu dem verwerflichen Kosmopolitismus wird dabei vorausgesetzt. Seit 1956 wird aber auch die Notwendigkeit betont, sich mit den Ergebnissen der kapitalistischen Wissenschaft auseinanderzusetzen (und dabei auch das kapitalistische Schrifttum zu benutzen).

Diese Grundsätze muß man sich stets vor Augen halten, wenn man die rechtsgeschichtliche Literatur der Tschechoslowakei entsprechend würdigen will. Besonders bedeutsam ist, daß einige Haupttrichtlinien für die Lenkung der rechtswissenschaftlichen Arbeit aufgestellt worden sind, nämlich die Behandlung von 1. der Geschichte der Vormünchener Republik; 2. der hussitischen Revolutionsbewegung; 3. des Beginns von Staat und Recht bei den Tschechen; 4. des Anfangs und der Entwicklung der feudalen Produktionsbeziehungen, der Zersetzung des Feudalismus und des Antritts der Bourgeoisie; schließlich wurde 5. von früher übernommen die Weiterarbeit an einem rechtsgeschichtlichen Wörterbuch (HiSP.).

In Verfolgung dieses Planes ist man sehr fleißig an die Arbeit gegangen und hat eine Reihe von wichtigen und auch für uns sehr lehrreichen Untersuchungen veröffentlichen können. Den Reigen eröffnete V. V a n ě ě k 1949 mit seiner Schrift über „die ersten tausend Jahre . . .“ Sie enthält nach den Worten des Verfassers¹¹ eine gründliche Revision seiner älteren Arbeiten vom Gesichtspunkt des historischen und dialektischen Materialismus und ist überhaupt „das erste rechtsgeschichtliche marxistische Buch in der Tschechoslowakei überhaupt.“ Danach kann man bei den Tschechen schon vom 9. Jahrhundert an von einem Feudalstaat reden, was auch vom Mährischen Staate gelte. 1954 schrieb V a n ě ě k das Buch „Tschechische Rechtswissenschaft während des Kapitalismus“. Aber darüber erhob sich eine heftige Diskussion, bei der eingewendet wurde, „es sei nicht nötig, die juristischen Größen der alten Welt aus dem Staube der Vergessenheit zu erheben, denn es gehe in der überwiegenden Mehrheit um Juristen, die der herr-

¹¹ Právněhist. Studie 3, S. 228.

schenden Ausbeuterschicht dienten“¹² Weiters wurde dem Buche ausgestellt, daß es eine zu günstige Wertung der Tätigkeit jener alten Juristen vorgenommen habe. Zweifellos hat V a n ě ě k richtig gefühlt, daß es nicht einfach angehe, von vorn anzufangen; er vermeidet es auch, wie manche andere von seinem Lehrer K a p r a s abschätzig zu reden. Wohl durch ihn sind einige tüchtige junge Rechtshistoriker herangezogen worden, von deren Werken wir hier freilich nur einige Beispiele anführen können. Wir nennen zuerst J i ř í K l a b o u c h mit seinem Buch¹³ über die Rechtswissenschaft der Aufklärung in den böhmischen Ländern, Rechtsgesch. Bibl. Bd. 2 (1956) mit einer Menge gut verarbeiteten Materials auch zur Universitätsgeschichte; vor allem der ungeheure Stoff der Dissertationen ist benützt. V a l e n t i n U r f u s schrieb (Bd. 3 ders. Bibliothek, 1959) über „die Einbürgerung des Wechselrechts in den böhmischen Ländern und die Anfänge des neuzeitlichen Handelsrechts“; es beackert ziemliches Neuland und ist nahezu eine Geschichte des Handelsrechts für den bezeichneten Zeitraum. Wie K l a b o u c h berücksichtigt auch U r f u s die einschlägige ältere Literatur und befließt sich einer gemäßigten, wissenschaftlicher Forschung angemessenen Sprache. Auf ein gefährlicheres Gebiet begibt sich J i ř í K e j ř in seinen Schriften über das Hussitentum (Rechtshist. Bibl. Bd. 1, 1958 und Rozpr. 64, 1954, Heft 5 sowie 66, 1956, Heft 4), hier macht sich die „dialektische“ Vereinigung von Objektivität und Parteilichkeit in einem Grade bemerkbar, daß von Objektivität in unserem Sinne kaum die Rede sein kann; das soll aber nach dem Willen des Verfassers auch gar nicht der Fall sein. Zu berücksichtigen ist, daß das Königtum als fortschrittlich gegenüber dem Feudalismus gilt, ebenso die Aufklärung, sogar die Bourgeoisie, die gegen die Feudalität ankämpft. Bei der Behandlung des Hussitentums steht dessen revolutionärer Charakter im Blickfeld; die Taboriten sind „fortschrittlich“ gegenüber den Utraquisten, die Hussiten überhaupt gegenüber den Katholiken, so daß der Kampf um die Prager Universitätsverfassung ein Kampf der Fortschrittler gegen die Reaktionäre ist, wobei konsequent unter den Fortschrittlern auch die wenigen Deutschen erscheinen, die auf Seiten der Hussiten stehen. Hingewiesen sei noch auf eine große neue Arbeit von V a n ě ě k (Pravně-histor. studie 3, 1957) über „das keltische und germanisch-römische Kapitel der Geschichte von Staat und Recht in der Tschechoslowakei“. Das Thema wird sogar objektiv in unserem Sinne behandelt; das Anliegen des Verfassers besteht darin, den Gegenstand in die von E n g e l s gezeichneten Linien der Entwicklungsgeschichte des Staates einzuordnen; danach spricht er den keltischen und germanischen sozialen Gebilden auf böhmischem Boden die Staatsqualität ab, weil von einem „Staat“ erst und zugleich mit dem Beginn des Klassenkampfes gesprochen werden könne. Aus dem Gesagten geht wohl hervor, daß der rechtsgeschichtlichen Literatur der heutigen Tschechoslowakei eine ansehnliche Menge wissen-

¹² Ebd. S. 232.

¹³ Besprechung von Wilhelm Weizsäcker ZOstf. 8 (1959), S. 300 f.

schaftlichen Ertrags innewohnt; nur muß die allen ihren Schriften zugrunde liegende linientreue Haltung berücksichtigt und gewissermaßen jede Arbeit erst in unsere wissenschaftliche Sprache übersetzt werden. Daß sich bei manchen Autoren eine Ausdrucksweise findet, die den gesitteten Gewohnheiten westlicher Wissenschaft schnurstracks zuwiderläuft, indem sie sich in rüden Angriffen gegen den Gegner ergeht, braucht kaum bemerkt zu werden. Es scheint aber, daß eine ganze Anzahl von Wissenschaftlern solche Sitten nicht mitmacht. Eine Eigenschaft der neuen Rechtsgeschichtsschreibung ist aber auch, daß sie bei allem selbstverständlichen Nationalbewußtsein und im Gegensatz zu der steten Polemik gegen die „kapitalistische“ Wissenschaft von gehässigen nationalistischen Angriffen gegen das Deutschtum ziemlich frei ist; denn das gilt als ein Zeichen der überwundenen bourgoisen Literatur und wird darum nicht in den Vordergrund gerückt.

Kehren wir von unserer — notwendigerweise sehr lückenhaften — Betrachtung aus dem Osten in den Westen zurück, um uns nach der landesrechtsgeschichtlichen Betätigung auf deutscher Seite umzusehen, so ist vorab festzustellen, daß es an rechtsgeschichtlich voll ausgebildetem Nachwuchs aus der Heimat fehlt. Weder P e t e r k a noch der Berichterstatter haben Schüler herangezogen. Mag dabei auch persönliches Versäumnis vorliegen, so spielen doch die Umstände eine verhängnisvolle Rolle, die jungen Deutschen bei intensiver Beschäftigung mit der heimischen Rechtsgeschichte eine akademische Zukunft sehr erschwerten. Denn bei der einzigen deutschen Universität der Tschechoslowakei in Prag war auf absehbare Zeit keine Aussicht auf Unterkommen, und andere deutsche Universitäten hatten keinen Bedarf nach derartigen Spezialisten. Ein Schüler, den ich heranbilden wollte und der zu den schönsten Hoffnungen berechtigte, ging dann doch unter Aufgabe wissenschaftlicher Pläne in die Praxis, heiratete und fiel zu meiner tiefen Betrübnis im Kriege. Aber auch abgesehen von der Nachwuchsfrage hat die Landesrechtsgeschichte in Westdeutschland einen schweren Stand. Die Entfernung von den heimatlichen Archiven, Mangel an Quellenausgaben und Schwierigkeit der Bücherbeschaffung tun ein übriges. Es ist daher umso anerkennenswerter, daß dennoch einiges geschaffen werden konnte. Nach dem Zusammenbruch war das Bedürfnis vorhanden, von dem in der Heimat Erarbeiteten wenigstens die wichtigsten Ergebnisse zu sichern, da alles auf den Kenntnissen weniger Einzelner aufgebaut schien. So kam es zu der Verfassung des Sammelbandes „Die Deutschen in Böhmen und Mähren“ (1. Aufl. 1950, 2. Aufl. 1952), worin der Berichterstatter — im Grunde ohne Hilfsmittel — den Aufsatz über die Rechtsgeschichte schrieb. Das Vorbild des Bandes „Sudetendeutschtum“ war dabei leitend. Auch sonst konnte der Berichterstatter nur kleine Beiträge veröffentlichen (der Aufsatz über Wien und Brunn in der Stadtrechtsgeschichte, ZRG² 70, 1953, beruht auf einer älteren Fassung). Allmählich kam jedoch die Forschung in Gang. H e r i b e r t S t u r m veröffentlichte (1951, 1952) sein zweibändiges Werk über Eger mit wichtigen Ausführungen über das Egerer Stadtrecht. R u d o l f S c h r e i b e r gab 1951 W o s t r y s letzte Schrift über Saaz heraus und schrieb 1952

sein Buch über „Prag, die vielgestaltige Stadt“. Wiederum bildeten sich zwei Zentren der wissenschaftlichen Forschung heraus: die „Historische Kommission der Sudetenländer“ (Vors. Kurt Oberdorffer) und das „Collegium Carolinum“ (Vors. Theodor Mayer). Die erstere gibt eine Reihe „Forschungen zur Geschichte und Landeskunde der Sudetenländer“ heraus. In ihr erschien als erster Band die Prager Festgabe für Theodor Mayer, deren Auflage 1945 durch Kriegseinwirkung zerstört worden war; sie enthält rechtsgeschichtliche Arbeiten von Otto Peterka, Joachim Prochno (auch dieser ein Opfer von 1945) und Wilhelm Weizsäcker; auch andere Beiträge enthalten einigen rechtsgeschichtlichen Stoff. Der zweite Band (Studien zur Geschichte der Karls-Universität zu Prag) bringt eine Übersicht über das Prager Universitätsarchiv von Josef Bergel sowie Beiträge von Anton Blaschka und Josef Hemmerle zur Universitätsgeschichte. Der dritte bringt das von Rudolf Schreiber betreute Spenderbuch für den Bau der protestantischen Salvatorkirche in Prag. Gesondert erschien 1958 der Sammelband von Kurt Oberdorffer über Brüx, darin der Abschnitt über Recht, Verwaltung und Wirtschaft von Leo Böhm. In den Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, historisch-philologische Reihe enthält der erste Band „Böhmen und Bayern“ einen Aufsatz von Weizsäcker über Stadtentstehung und Heimatkunde. Der dritte Band ist einem sehr instruktiven Werk von Kurt Rabl vorbehalten: „Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht 1918/19.“ Es bringt eine zusammenfassende Darstellung aus bisher zum Teil unzugänglichem Material und am Schluß eine Zusammenstellung des Schrifttums, wie man sie sonstwo wohl kaum findet. Der sechste Band (1959) von demselben enthält eine vortreffliche Untersuchung über „staatsbürgerliche Loyalität im Nationalitätenstaat, dargestellt an den Verhältnissen in den böhmischen Ländern zwischen 1914 und 1938“ vom Standpunkt des Völkerrechts. Im Anschluß daran mag gleich die schon früher (1953) erschienene Schrift von Hermann Raschhofer über die Sudetenfrage genannt sein, die zwar ebenfalls völkerrechtlichen Charakter trägt, aber zugleich eine Menge rechtsgeschichtlich bedeutsamer Daten bringt. Die wichtigen (für die jüngste Rechtsgeschichte bedeutsamen) Mitteilungen von Wenzel Jaksch, die in verschiedenen Aufsätzen niedergelegt sind, findet man bei Rabl angeführt. Seit 1958 liegt auch Jakschs umfangreiches Buch vor: „Europas Weg nach Potsdam“, das ebenfalls seine Hauptbedeutung in der Mitteilung eigener Erfahrungen und Erlebnisse hat. In Helmut Slapnicka hat sich ein Mann gefunden, der im besonderen die rechtswissenschaftliche Arbeit des letzten Jahrhunderts unter die Lupe nimmt. Ihm verdanken wir die hübsche Zusammenfassung „Zwischen Zentralismus und Föderalismus“ (1953), die besonders wegen ihrer personengeschichtlichen Daten von Bedeutung ist (so S. 38 ff. über österreichische Rechtshistoriker). Dazu kommen verschiedene andere Arbeiten, vor allem in der im Auftrag des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates herausgegebenen Zeitschrift für Ostforschung, in der auch rechtsgeschichtliche Artikel

von Franz Schubert, Josef Hemmerle, Eugen Lemberg und dem tschechischen Exilprofessor Rudolf Wierer enthalten sind. Sehr erfreulich ist es, daß K. G. Hugelmann, dessen Hinscheiden auch einen schweren Verlust für unsere Landesrechtsgeschichte bedeutet, mit seiner starken Aktivität an den Problemen des Ostens weiterarbeitete. Es steht zu hoffen, daß der zweite Band seines großen Werks über Nationalstaat und Nationalitätenrecht im deutschen Mittelalter noch erscheinen wird, der die böhmischen Verhältnisse mitbehandeln soll. Auf seine Veranlassung wandte sich Wilhelm Wegener der böhmischen Rechtsgeschichte zu. Sein Aufsatz über die Wenzelslanze (ZRG.² 72, 1955, S. 56 ff.) hat bereits den Widerspruch Vaněček¹⁴ gefunden, was in gewisser Beziehung, als beginnende Resonanz auf die gegenseitigen Arbeiten, nur zu begrüßen ist. Wegeners großes Werk „Böhmen, Mähren und das Reich im Hochmittelalter“ (1959) behandelt ein altes Thema in neuer und erfolgversprechender Sicht.

Weit entfernt von planmäßiger Lenkung zeitigt die freie Arbeit älterer und jüngerer Forscher auf dem Gebiete der Landesrechtsgeschichte Ergebnisse, die auch für die Zukunft eine bescheidene Hoffnung auf gedeihlichen Fortschritt berechtigt erscheinen läßt. Solche Tätigkeit kann in dem Wunsche liegen, der geliebten Heimat im Geiste nahe zu sein; sie kann dem Streben entspringen, über Erlebtes zu berichten und eigene Handlungen zu begründen. Aber der wahre und gültige Antrieb ist das einfache Streben nach Erkenntnis der Wahrheit und zu ihrer Verkündigung, auch wenn dies manchen nicht angenehm in die Ohren klingt. Dieses trotztige „Und wenn die Welt voll Teufel wär“ Martin Luthers, verbunden mit Lessings bescheidenem ewigen Streben nach der Wahrheit, sind der Stolz und die Kraft, die einer innerlich freien Wissenschaft innewohnen, freilich aber eine kritiklose Masse nicht wie ein gut gewähltes Schlagwort in Taumel versetzen können.

Nachtrag

In seiner „kurzen Geschichte von Staat und Recht in der Tschechoslowakei“ (1955) nennt Vaněček allerdings die Rechtsgeschichte von Kapras eine oberflächliche bourgoise Kompilation ohne selbständige Lösungen, formalwissenschaftlich und idealistisch; Petek wird gar nicht erwähnt.

¹⁴ Právněhist. Studie 3, S. 233.

DEUTSCHE, TSCHECHEN UND POLEN

Von Ernst Schwarz

In Mitteleuropa, besonders in seinem östlichen Teil, sind zwei Völker einander begegnet, von denen die Deutschen hier zu Hause, die Slawen aber zum Großteil eingewandert sind. Diese Feststellung ist wesentlich, wird aber von tschechischen und polnischen Forschern auf das lebhafteste bekämpft. Einige von ihnen behaupten, die slawischen Ursitze hätten bis zur mittleren Elbe gereicht. Als Argumente dienen Völkernamen, die als slawisch erklärt werden, trotzdem die Unmöglichkeit dieser Ableitungen schon lange klargelegt worden ist¹, Zuweisung von Funden der lausitzischen Kultur an Slawen, was an der vollständigen Verschiedenheit der späteren sicher slawischen Funde scheitert, unrichtige Ausdeutung alter Quellen. So heißt es von den Herulern, deren Reich an der Mittleren Donau um 505 von den Langobarden zerschlagen worden war, daß sie durch die Länder der Sklawenen in ihre Urheimat in Südschweden zurückziehen. Deshalb sollen die Slawen schon in Mähren wohnhaft gewesen sein². Aber eine Einsicht in die Stelle in Prokops Gotenkrieg³ zeigt, daß die Heruler nach der Vernichtung ihres Reiches Zuflucht bei den Gepiden gesucht haben, die in Siebenbürgen und besonders Südungarn gewohnt haben. Von hier ziehen die Heruler zurück und kommen nach dem Durchzug durch die slawischen Länder in Odenbüden und von diesen zu den Warnen an der Ostsee. Damals, am Anfang des 6. Jahrhunderts, lagen also noch öde, das heißt dünn bewohnte Gebiete zwischen den Germanen und den Slawen. Noch in der Mitte des 6. Jahrhunderts wohnten germanische Warnen in Westgalizien, wohin sie um 100 v. Christi Geburt gekommen waren. Ihre Nachbarn im Osten waren Slawen. Nur an der unteren Donau sind slawische Stämme schon in der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts sesshaft geworden⁴. So ergibt sich, daß erst seit der Abwanderung der germanischen Stämme aus Ostdeutschland, vor allem der Langobarden 568 nach Oberitalien, mit dem Vordringen der Slawen an die mittlere Elbe, nach Böhmen und Mäh-

¹ Vgl. E. Schwarz, Die Frage der slawischen Landnahmezeit in Ostgermanien (Mitt. d. öst. Inst. f. Gesch. 43, 1929, S. 187—260). Der Aufsatz setzt sich besonders mit den von L. Niederle, Slovánské Starožitnosti (Slawische Altertümer, 1906ff.) vorgetragenen Argumenten auseinander.

² Zuletzt u. a. geltend gemacht von J. Poulik, Jižní Morava, země dávných Slovanů (= Südmähren, Land der alten Slawen; Brünn 1948—1950), S. 32.

³ Prokop, Bellum Goth. II, c. 15.

⁴ Prokop, a. a. O. I, c. 27; II, c. 26.

ren, Ungarn und in die östlichen Alpenländer zu rechnen ist⁵. Die These, daß seit dem 3. Jahrhundert n. Chr. slawische Knechte bei Markomannen und Quaden allmählich die Oberhand über die germanischen Herren gewonnen hätten⁶, ist unbeweisbar und unwahrscheinlich, auch nicht von germanisch-slawischen Lehnwortbeziehungen begleitet. Die älteste Schicht germanischer Lehnwörter stammt aus der Zeit der Gotenherrschaft in Südrußland und ist deshalb gemeinslawisch geworden⁷. Demgegenüber läßt sich nur ein einziges slawisches Lehnwort im Gotischen mit Sicherheit nachweisen, *plinsjan* „tanzen“. Versuche, ihre Zahl zu vergrößern⁸, sind wenig aussichtsreich. Neue Bemühungen, die Slawen schon im Altertum bis zur mittleren Elbe reichen zu lassen⁹, haben zwar viel Zustimmung auf polnischer und gelegentlich auch auf deutscher Seite¹⁰ gefunden, haben aber keine neuen Argumente zur Stelle schaffen können.

Diese Feststellungen sind notwendig, um den zeitlichen Ausgangspunkt für den Beginn der deutsch-slawischen Beziehungen in Mitteleuropa zu finden. Wenigstens in Teilen des slawischen Landnahmerumes im Westen ziehen gleichzeitig Avaren ins Land, bekannt als Unterdrücker slawischer Stämme, z. B. der Dudleber in Ostgalizien. Dort wo das Siedelgebiet germanischer Reiche begann, haben die Slawen haltgemacht. Hier sind sie erst dann weiter nach Westen vorgedrungen, wenn sich durch politische Verhältnisse die Möglichkeit ergab. Die östlich der Saale wohnenden Warnen wurden erst 594 nach einem Aufstand gegen die Franken von Childebert fast bis zur Vernichtung geschlagen¹¹. In dem hier noch im 9. Jahrhundert genannten Warnenfeld wohnen bald darauf die Sorben unter fränkischer Hoheit. So sind die Slawen bis zur Saale gelangt. Ähnliches wiederholt sich in Holstein. Als es 798 zu einem Kriege Karls des Großen gegen die nordalbingischen Sachsen kam, waren die Abodriten Bundesgenossen der Franken. 804 hören wir von der Deportation dieser Sachsen in das Innere des Reiches. Es scheint, daß damals die Abodriten mit Ostholstein belohnt worden sind. Freilich kämpfen schon 817 Slawen und Dänen gemeinsam gegen die Franken. 819 ist der Limes Saxonicus erbaut. Die slawischen Stämme verstehen es also sehr gut,

⁵ Darüber zuletzt E. Schwarz, Das Vordringen der Slawen nach Westen (Südost-Forschungen 15, 1956, S. 86—108); H. Ludat, Die ältesten geschichtlichen Grundlagen für das deutsch-slawische Verhältnis (Das östliche Deutschland, 1959, S. 127 bis 160).

⁶ H. Preidel, Die Anfänge der slawischen Besiedlung Böhmens und Mährens I (1954), S. 40, 68.

⁷ Dazu A. Stender-Petersen, Slawisch-germanische Lehnwörterkunde (1927); V. Kiparsky, Die gemeinslawischen Lehnwörter aus dem Germanischen (1934).

⁸ V. Machek, *Slavia* 20—22 (1951—1954).

⁹ T. Lehr-Splawiński, O pochodzeniu i praojczyźnie Słowian (Von der Abstammung und der Urheimat der Slawen). Posen 1946.

¹⁰ R. Fischer, *Zs. f. Slawistik* 1 (1956), S. 148.

¹¹ Fredegar IV, c. 15.

eine politische Rolle zu spielen und dabei die eigene Stellung zu stärken¹².

Der Zusammenstoß bei *Wogastisburg* im Jahre 631 hatte den Franken eine Niederlage gebracht¹³. Der Schlachtort kann heute mit Sicherheit auf den Burberg bei Kaaden in Westböhmen bezogen werden, auf dessen Höhe das Dorf Atschau liegt, tschechisch *Úhošťany* „Leute von *Úhošť*“, das im 7. Jahrhundert *Ogašt'* geheißen haben wird, das von den fränkischen Kaufleuten als *Wogastisburg* übersetzt werden konnte¹⁴. Daraus ist zu entnehmen, daß hier der damalige Westort slawischer Siedlung in Böhmen zu suchen sein wird, also wohl das Saazer Becken, aber noch nicht das westlich davon liegende Egertal von Slawen besiedelt war, ferner, daß fränkische Kaufleute bereits den Handel mit den Slawen in Böhmen aufgenommen hatten, schließlich, daß Böhmen das Zentrum von Samos Reich war. Dieser war selbst ein Franke, der sich im Freiheitskampfe der böhmischen Slawen bewährt und zum König aufgeschwungen hatte. Der Sorbenherzog *Dervan* ist nach dem Siege bei *Wogastisburg* zu ihm abgefallen. Ob auch die Slowenen zu seinem Reich gehört haben, ist fraglich. Slawische Forscher bemühen sich, Verbindungsfäden von Samos Reich zum großmährischen des 9. Jahrhunderts zu ziehen¹⁵. Dieses steht aber zum benachbarten Avarnreich des 8. Jahrhunderts in zeitlich und räumlich gesehen engeren Beziehungen. Es wird auf den Trümmern des Avarnreiches, vielleicht durch die Tatkraft avarischer slawisierter oder slawischer Fürsten errichtet worden sein, als das avarische Hauptreich 791 von Karl dem Großen vernichtet worden war. Als Mähren in die Geschichte eintritt und sich das Großmährische Reich bildet, steht es unter fränkischer Hoheit, wohl schon seit den Avarenkriegen.

Die Grenze der freien Slawen, die ihr Gebiet durch eigene Landnahme gewonnen haben, zieht um 800 von Ostholstein zur Saalemündung und ist weiter durch den Böhmerwald und den Wiener Wald begrenzt. Außerdem sind Kärnten und Steiermark besetzt. Ostholstein und das Land bis zur Saale war unter Anerkennung der deutschen Hoheit slawisch geworden. Aber auch westlich dieser Linie mehren sich seit der Mitte des 8. Jahrhunderts die Anzeichen, daß Slawen angesiedelt sind. Sind sie als Eroberer ins Land gekommen oder von den deutschen Herren angesiedelt worden? Für die deutsch-slawische Begegnung ist das eine wichtige Frage.

Karl der Große hat, als er bei den Vorbereitungen zum Avarenkriege durch die Bamberger Gegend kam, Wenden angetroffen, die eben getauft

¹² W. Lammers, Germanen und Slawen in Nordalbingien (Zs. der Gesellschaft f. schleswig-holsteinische Geschichte 79, 1953, S. 17—80); H. Jankuhn, Geschichte Schleswig-Holsteins III (1956), S. 94 ff.

¹³ Fredegar IV, c. 68.

¹⁴ Dazu Mikkola, Samo und sein Reich (Archiv für slavische Philologie 42, S. 77 ff.); E. Schwarz, *Wogastisburg* (Sudeta 4, S. 154 ff.).

¹⁵ Vor allem G. Labuda, *Pierwsze panstwo slowianskie. Panstwo Samona* (= Der erste slawische Staat. Der Staat Samos). Posen 1949.

waren. Er befahl, Kirchen zu bauen, um sie beim Glauben zu halten, was wirklich in den nächsten Jahrzehnten ausgeführt worden ist. Der Abt Sturm hat auf der Reise nach dem eben gegründeten Kloster Fulda in der Mitte des 8. Jahrhunderts Slawen angetroffen, die in der Fulda badeten. Als das Stift Kremsmünster in Oberösterreich 777 vom bairischen Herzog Tassilo gegründet wurde, hören wir von Slawen, die unter einem *Jopan* standen, Bienenzucht trieben und rodeten, übrigens aber dem Herzog unterstanden. Diese Wenden haben sich also schon in dieser Frühzeit vor der schweren Rodungsarbeit nicht gescheut. Als 827 ein Grenzstreit bei Puchenu bei Linz beendet wurde, werden bairische und slawische Zeugen befragt. Angehörige beider Völker haben also friedlich beisammen gewohnt. Die ersten zwei Slawen tragen deutsche Namen. Wir hören niemals von einem feindseligen Verhalten dieser Slawen auf dem Gebiete Harz—Thüringen—Nordostbayern—Oberösterreich und Niederösterreich bis zum Wiener Walde gegen die Deutschen. Es ist keine slawische Stammesorganisation zu bemerken, die Wenden unterstehen deutschen Grundherren, dem Herzog und König, sie zahlen dieselben Abgaben wie die Deutschen, befinden sich in derselben sozialen Stellung wie die Deutschen, sind also Hörige oder frei, beteiligen sich am Landesausbau, bauen keine Burgen. Sie werden ebenso wie deutsche Bauern dorthin verpflanzt, wo man ihre Mitarbeit am Landesausbau benötigt, werden aber an ihrem Recht und ihrer Sprache nicht behindert. Das damalige deutsche Reich der Karolinger war kein Nationalreich. Entstanden aus dem fränkischen Reich, das Romanen und Deutsche vereinigte, konnte es auch Wenden aufnehmen, wenn sich diese den Gesetzen fügten. Man kann sie als *Reichswenden* bezeichnen. Wir finden ihre Siedlungen bis Unterfranken, Hessen und Nordbaden verstreut, dichter in Thüringen und Nordostbayern sowie in Niederösterreich. Sie wohnen entweder mit deutscher Bevölkerung zusammen oder gründen eigene Orte, die von den umwohnenden Deutschen als Windenorte bezeichnet werden¹⁶ (z. B. Bischofs-, Abts-, Immenwinden), daneben gibt es Mischnamen mit einem slawischen Personennamen im ersten Teil und einem deutschen Grundwort (z. B. Prölsdorf, alt *Preliubsdorf*). Dieses entspricht der Mode der Zeit, was zur zeitlichen Datierung dieser Gründungen herangezogen werden kann. Gelegentlich, nach Osten zunehmend, erscheinen slawische Ortsnamen, um den Frankenwald nicht wenige slawische Bachnamen, die in deutsch oder vordeutsch benannte Flüsse münden¹⁷. Das relativ dichte slawische Ortsnamengebiet bricht vor altbesiedelten deutschen Gauen ab, wo kein Platz für slawische Neugründungen war. Aber slawische Flurnamen auch in deutsch benannten Orten bezeugen, daß diese Wenden beim Landesausbau herangezogen wurden. Es kann sich keineswegs um Sklaven handeln, die auf Sklavenmärkten aufgekauft wurden, denn sie sind sozial nicht schlechter als die Deutschen gestellt. Auch Kriegsgefangene werden nicht in Betracht

¹⁶ Dazu E. Schwarz, Wenden beim Landesausbau in Deutschland (Zs. f. Ostforschung 7, 1958, S. 210—230).

¹⁷ Eingehend darüber E. Schwarz, Sprache und Siedlung in Nordostbayern. Im Druck.

kommen, denn diese Wenden sind schon vor den Feldzügen Karls und der Ottonen gegen die Slawen vorhanden. Ihre Ansiedlung ist in kleinen Gruppen erfolgt, am Landesausbau nehmen sie an der Seite der Deutschen teil. Am oberen Main erlischt ihre Sprache im 12., in Thüringen im 13. Jahrhundert, weiter westlich wird es früher erfolgt sein. Ob sie ein eigenes Recht besitzen, bleibt zu untersuchen. Viele slawisch benannte Orte werden erst im 11. und 12. Jahrhundert entstanden sein. Die ersten Nachrichten über Annahme des Christentums stammen aus dem Ende des 8. Jahrhunderts, aber noch 1059 tadelt Bischof Gunther von Bamberg auf einer Synode heftig, daß die Wenden seines Bistums den Zehent verweigern und bei ihren heidnischen Bräuchen bleiben. Es werden scharfe Maßnahmen dagegen angedroht und wir hören nichts mehr von ihrem Heidentum. Im Orlagau errichtet Erzbischof Anno von Köln 1063 in Saalfeld ein Benediktinerkloster, um die Slawen zu bekehren, noch 1126 sind sie zum Teil heidnisch¹⁸.

Es darf nicht damit gerechnet werden, daß diese Wenden schon im 6. oder 7. Jahrhundert in die genannten Landschaften gekommen wären, denn die Namenbeziehungen setzen erst um die Mitte des 8. Jahrhunderts ein. Man müßte annehmen, daß an der Grenze der beiden Völker bis zu dieser Zeit kein Verkehr bestanden hätte, was unwahrscheinlich ist, ist doch schon um 630 in Böhmen von fränkischen Kaufleuten die Rede, die den Namen *Wogastisburg* geprägt haben.

In den Ostgebieten des Deutschen Reiches ist vom Harz bis zum Wiener Walde seit der Mitte des 8. Jahrhunderts ein friedliches Zusammenleben beider Völker festzustellen. Was die Slawen veranlaßt hat, sich unter deutschen Schutz zu stellen, kann nur vermutet werden. In den östlichen Alpenländern kann Flucht vor den Avaren mitspielen, wie die Verhältnisse in Kärnten lehren, kaum am Main und in Thüringen. Im allgemeinen werden diese slawischen Gruppen Zuflucht vor Willkür gesucht und nach besseren sozialen Verhältnissen gestrebt haben. Die Beteiligung am Landesausbau zeigt, daß sie sich einordneten. Das wird den deutschen Grundherren bekannt gewesen sein. Damals wurde der Landesausbau stark ostwärts und in die Wälder vorgetrieben, dazu wurden viele Arbeitskräfte benötigt. Daher rührt die Bereitwilligkeit, auch wendische Bauern aufzunehmen. Nationale Gedanken lagen der Zeit fern, wie wir aus den Maßnahmen Karls des Großen in Ostholstein sehen. Missionseifer hat zwar bestanden, unterlag aber großen Schwankungen. In Böhmen und Polen wurde früher missioniert als im Orlagau, worauf noch zurückzukommen sein wird. Man wird dieses friedliche Einwachsen der Reichswenden in den deutschen Volkskörper von rechtsgeschichtlicher, sozialgeschichtlicher, geschichtlicher, frühgeschichtlicher, volkskundlicher und sprachlicher Seite noch genauer untersuchen müssen, handelt es sich doch um eine frühe und friedliche Begegnung der beiden Völker, die zur beiderseitigen Bekannt-

¹⁸ O. Dobenecker, *Regesta diplomatica necnon epistolaria Historiae Thuringiae I*, Nr. 892, 1205.

schaft viel beigetragen haben wird. Den besten Einblick in die Beziehungen beider Völker auf Reichsboden werden die Namen gewähren, deren genaues Studium deshalb angestrebt werden sollte. Vom 8.—12. Jahrhundert haben sich verschiedene lautliche Änderungen in den deutschen und slawischen Mundarten durchgesetzt, die eine zeitliche Schichtung des den Deutschen bekannt gewordenen slawischen Namenschatzes erlauben, was herauszuarbeiten wäre. Ähnliches gilt für Kärnten und Steiermark, wo es sich zwar nicht um Reichswenden handelt, aber um Slowenen, deren Fürst seit 743 vor der avarischen Herrschaft Anlehnung beim bairischen Herzog gesucht hat¹⁹, so daß sich seit der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts Baiern im Lande niederlassen und das Land unter deutsche Hoheit gerät. Auch hier vollzieht sich das Nebeneinanderleben beider Völker in friedlichen Formen. Der Landesausbau wird von beiden Seiten betrieben, die Namenbeziehungen setzen in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts ein.

Diese Gleichzeitigkeit des Beginnes von deutsch-slawischen Namenbeziehungen auf dem Raume Harz—Wiener Wald—Kärnten ist eine auffallende Tatsache. Sie wird mit dem Erstarken der fränkischen Macht zusammenhängen, die wirklichen Schutz gewähren konnte. Dabei steht es so, daß man den ins Reich kommenden Wenden in manchen Landschaften die Niederlassung dort gestattet hat, wo der deutsche Landesausbau noch nicht begonnen hatte, so am oberen Main. Hier haben sie offenbar als Bauern, Fischer und Waldroder gelebt. Darauf geht es zurück, daß sich in diesen Strichen auch eine nicht geringe Zahl von slawischen Bachnamen findet. Als hierher der deutsche Landesausbau im 11. Jahrhundert vorstieß, wurden diese Bachnamen ins Deutsche übernommen. An der weiteren Rodung haben sich beide Völker beteiligt. Sie müssen sich dabei gut kennen gelernt haben. Es handelt sich am oberen Main nicht, wie man gemeint hat, um eine Kolonisation gegen, sondern mit den Slawen.

Das Bild dieser frühen Begegnung der beiden Völker zeigt ein friedliches Nebeneinanderwohnen. Nationale Empfindlichkeiten spielen keine Rolle. Die Germanen scheinen nichts dagegen eingewendet zu haben, daß die Slawen den von ihnen geräumten oder nur dünn bewohnten Boden besetzt haben, die Wenden nehmen es als selbstverständlich hin, daß sich nun die Deutschen mit ihnen in das dem Wald abgerungene Kulturland teilen. Es gab genug Wälder, aber nicht genug Menschen für die schwere Rodungsarbeit. Aber diese hat man gelernt. Das kann nicht hoch genug als Vorstufe für die nun im 12. Jahrhundert einsetzende Arbeit östlich der alten Reichsgrenze eingeschätzt werden. Diese Deutschen im Osten des Reiches hatten es gelernt, neben Slawen zu leben²⁰.

¹⁹ A. Jaksch, Geschichte Kärntens bis 1335. I (1928), S. 55 f.

²⁰ Über die Namenbeziehungen in Kärnten E. Kranzmayer, Ortsnamenbuch von Kärnten I (Klagenfurt 1956), S. 84 ff. Zur Frage der Reichswenden E. Schwarz, Deutsch-slawische Namenbeziehungen von der Ostsee bis zur Adria (Vortrag auf dem VI. Internationalen Kongreß für Namenforschung in München am 25. 8. 1958). Erscheint demnächst im I. Band der Kongreßakten.

Für das Verhältnis der Deutschen und Slawen mußte die Missionierung wichtig werden. Nach den damaligen Auffassungen bedeutete die Annahme des Christentums die Aufnahme in die christliche Gemeinschaft. Man kann manche Zeugnisse dafür anführen, daß slawische Heiden bei Gastmählern gegenüber Christen zurückgesetzt wurden, doch wird dasselbe aus dem Frankenreich berichtet. Es handelt sich nicht um ein von nationalen Motiven bestimmtes Handeln, sondern um den Stolz der Christen auf ihren Glauben, der als etwas Selbstverständliches empfunden wurde. Der fränkische Gesandte bei Samo äußerte sich sehr beleidigend über das Heidentum seiner Leute, wenn er die Unmöglichkeit betont, daß Christen und Diener Gottes mit Hunden Freundschaft schließen²¹.

Nach unserem Empfinden war das ungeschickt und taktlos, die Zeit hatte wohl darüber auf christlicher Seite andere Vorstellungen. Ein Graf hat die christlichen Hörigen slawischer Herren an seinen Tisch geladen, die noch ungetauften Herren aber draußen gelassen²². Man darf darin wohl einen gewissen Druck sehen, durch die Taufe sich solcher zurücksetzenden Behandlung zu entziehen. Tritt uns hier der religiöse Gegensatz schroff entgegen, so ist doch die Lässigkeit in der Mission andernorts schon betont worden. Manche slawische Länder haben es verstanden, daß die Annahme der Taufe freundschaftliche Beziehungen herstellte. Aber auch Druck von deutscher Seite wird nachgeholfen haben. Wenn wir hören, daß sich 14 böhmische Fürsten 845 in Regensburg taufen lassen²³, so wird man vermuten dürfen, daß dies zur Vorbedingung politischer Verhandlungen auf dem Hoftage gemacht worden ist. Man glaubt, daß damit Böhmen für das Christentum gewonnen war und sofort Regensburger Missionäre ins Land kamen. Aber schon im nächsten Jahre mußte König Ludwig einen Kriegszug nach Böhmen (*contra Boemmanos, quos nos Beuwinitha vocamus*) unternehmen²⁴. Der Taufakt wurde offenbar auf christlicher Seite anders eingeschätzt als auf heidnischer. Man wird sich aber auch hier hüten müssen, darin eine slawische Untreue zu sehen. Die heidnischen, eben getauften Sachsen haben nicht anders gehandelt. Es geht hier letzten Endes um die Frage, wie eine erzwungene Taufe einzuschätzen ist. Auch Karl der Große hat sich am Ende seiner Sachsenmission Gedanken über die Richtigkeit seiner gewaltsamen Methode gemacht und nach dem Ende der Avarenkriege die Grundsätze einer friedlichen Missionsarbeit unter den Avaren festgelegt²⁵. Übrigens haben die neuen Ausgrabungen in der Hauptstadt des Großmährischen Reiches in Altstadt bei Velehrad (Bezirk Ung.-Hradisch) gezeigt, daß hier schon in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts christliche Kirchen gestanden haben²⁶.

²¹ Fredegar IV, c. 68.

²² *Conversio Bagoariorum et Carantanorum* (MG. SS. XI, S. 9).

²³ MGH. SS. V, S. 104.

²⁴ *Annales Xantenses*, hrsg. von B. de Simson (1909), S. 15.

²⁵ Vgl. dazu H.-D. Kahl, Die völkerrechtliche Lösung der „Heidenfrage“ (Zs. f. Ostforschung 7, 1958), S. 182 und die hier angegebene Literatur.

²⁶ Dazu Poulík a. a. O., S. 108 ff.

Diese relativ frühe Missionierung war nicht vereinzelt. Der Salzburger Erzbischof Adalram hat schon um 830 in Neutra in der Slowakei im Lande des Privina eine Kirche eingeweiht²⁷. Diese frühe Öffnung Mährens und der Slowakei für die Mission wird damit zusammenhängen, daß dieses neue Slawenreich, wie schon erwähnt, die endgültige Vernichtung der Avaren voraussetzt. Die Slawen in Mähren werden in engerer oder weiterer Abhängigkeit von den Avaren gestanden sein. An deren Stelle wird nun das Frankenreich getreten sein. Damit war der bairischen Mission das Land geöffnet²⁸. So erklärt es sich, daß die meisten Kirchenwörter des Tschechischen bairischer Herkunft sind (tschech. *mnich* Mönch, *klášter* Kloster, *opat* Abt, *papež* Papst u. a.) und z. T. auf die Zeit vor 850 zurückgehen. Auch die mährischen Großfürsten waren Christen. Trotzdem werden seit der Mitte des 9. Jahrhunderts die Beziehungen zum Ostfränkischen Reiche gespannt. Das Christentum wird aber nicht etwa aufgegeben wie bei den Slawen östlich der unteren Elbe, sondern man versteht es in Mähren, die Ostkirche gegen die Westkirche einzusetzen. Um 863 hat Rastislav die Absendung der beiden Slawenapostel Kyrill und Method von Konstantinopel erbeten, die mit einer ins Slawische übersetzten Bibel kamen, die slawische Kirchensprache einführten und die bairische Mission gegen sich aufbrachten, die darin einen Einbruch in ihre Rechte sah. Man pflegt in dieser Ostmission einen Gegenzug der mährischen Großfürsten gegen das Frankenreich zu sehen. Tatsächlich kämpfen beide Missionen um die Christianisierung der Slawen. Die Polen, Sorben, Tschechen, Slowaken, Slowenen und Kroaten haben sich dem römischen Christentum unterstellt, die anderen slawischen Völker dem byzantinischen, und bei der Missionierung hat es verschiedentlich Überschneidungen und einen Wettbewerb gegeben, bei dem auch politische Motive mitgespielt haben werden. Aber auch der Gedanke, daß man bei der mährischen Geistlichkeit und beim Großfürsten an eine größere kirchliche Selbständigkeit gedacht hat²⁹, ist erwägenswert, denn um 1000 spielen solche Gedanken in Polen und Ungarn eine große Rolle. Die byzantinische Mission hat in Böhmen und Mähren keine dauernden Erfolge erzielen können. Bald darauf wurde die politische Lage gefährlich, als die Magyaren in Ungarn einzogen. 906 hat der bairische Heerbann bei Preßburg eine große Niederlage erlitten, im nächsten Jahre erlag das Großmährische Reich. Nun mußte im 10. Jahrhundert die ganze Kraft Deutschlands der magyarischen Gefahr entgegengeworfen werden, wobei Böhmen auf die deutsche Hilfe angewiesen war.

Hier hat sich in dieser Zeit das Christentum gefestigt, trotzdem sich noch eine heidnische Reaktion bemerkbar macht, wobei der dem Christentum ergebene Herzog Wenzel von seinem dem Heidentum zuneigenden Bruder

²⁷ Conv. Bagoar., a. a. O., S. 12.

²⁸ Auf andere Darstellungen dieser frühen Mission im Großmährischen Reiche von tschechischer Seite kann hier nicht eingegangen werden.

²⁹ H. Preidel, Die Anfänge der slawischen Besiedlung Böhmens und Mährens II (1957), S. 142.

Boleslav erschlagen wurde. Die Gegensätze in der Missionsfrage gingen also auch durch die fürstlichen slawischen Familien. Es handelt sich dabei u. a. um das Problem, ob man eine politische Selbständigkeit mit hergebrachten religiösen Auffassungen behaupten könne. Man sah in Böhmen damals ein, daß das nicht möglich war. Boleslav hat selbst wieder den Anschluß an das Reich gesucht, böhmische Kontingente haben 955 in der Schlacht auf dem Lechfelde auf deutscher Seite gekämpft. Schon Ende des Jahrhunderts tritt neben den heilig erklärten Wenzel der heilige Adalbert, der bei den heidnischen Preußen 997 erschlagen worden war. So gewinnt das eben bekehrte tschechische Volk, das damals die Einigung Böhmens herbeiführte, nationale Heilige. 966 war die Taufe des polnischen Herzogs Mieszko erfolgt³⁰, Herübergreifen aus Böhmen ist dabei zu beobachten. Das Christentum verbreitete sich in Böhmen, Mähren und Polen zu einer Zeit, in der es bei den Reichswenden noch Heiden gibt, ein Beweis von der politischen Rolle, die mit der damaligen Missionierung verbunden ist. Die polnische Kirche erlangt die Freiheit, indem Herzog Mieszko sein Land dem hl. Petrus schenkt und so den Schutz des Papstes gewinnt. Diese Pläne gewinnen Gestalt, weil der damalige deutsche Kaiser Otto III. das römische Reich wieder aufrichten will, vermehrt um die inzwischen christianisierten Völker, die ursprünglich außerhalb der Grenzen des Imperiums Romanum geblieben waren. Er träumt von einer sakral gebundenen Gemeinschaft unter Führung von Kaiser und Papst mit Rom als Mittelpunkt³¹. Der Kaiser sah ein, daß die eben christianisierte Völkerwelt des Ostens nicht von Deutschland aus geeinigt werden konnte und eine übernationale Basis notwendig war. Otto III. eilt selbst im Jahre 1000 nach Gnesen und überträgt dem polnischen Herzog die kaiserlichen Rechte über die polnische Kirche. 1025 wird Polen zum Königreich erhöht. Zur selben Zeit ist Ungarn mit dem Erzbistum Gran kirchlich selbständig geworden. Diese Ereignisse spielen sich auf dem Hintergrund des Abfalls der ostelbischen Slawen in Norddeutschland 983 nach dem Tode Ottos II. ab. 968 war das Erzbistum Magdeburg errichtet und die kirchliche Organisation für das Sorbenland vollendet worden, indem Bistümer in Meißen, Zeitz und Merseburg geschaffen wurden³². Der Aufstand von 983 führte zur Zerstörung der Mission und zum Rückfall in das Heidentum. Freiheitsstreben und Heidentum verbündeten sich ähnlich, wie es bei den Sachsen zur Zeit Karls des Großen geschehen war. Aber es muß beachtet werden, daß sich Böhmen und Polen nicht dieser Bewegung angeschlossen, sondern an der Verbindung mit dem Reich und dem Christentum festgehalten haben. Es fehlt also die Gemeinsamkeit des Handelns bei den slawischen Ostnachbarn der Deutschen. Die zu Staaten gewordenen Länder betrieben eine eigene und nicht eine gemeinslawische Politik. Es ging hier um die

³⁰ Thietmar von Merseburg, Chron. (SS. rer. Germ., Nova Series, Bd. IX, hrsg. von R. Holtzmann) IV, c. 56.

³¹ P. Schramm, Kaiser, Rom und Renovatio (Studien der Bibl. Warburg, Bd. 17). Berlin 1929.

³² MG. Dipl. Ottonis I, Nr. 366.

große Auseinandersetzung zwischen West und Ost, um Christentum und Heidentum, um den teilweisen Anschluß des Ostens an Deutschland. Die slawische Landnahme im Westen reiht nun nach einigen Jahrhunderten diese Länder wieder in die westliche Kultur ein und sucht nach Grundlagen des staatlichen Zusammenlebens. Den Liutizen und ihren Bundesgenossen ist es nicht gelungen, ein Reich mit fester Organisation zu errichten. Seit 1157 ist Brandenburg wieder fest in deutscher Hand.

Boleslaw Chrobry versuchte auch Böhmen und Mähren in sein Reich einzubeziehen. Es bestand die Gefahr eines großen polnisch-böhmischen Reiches östlich der Elbe und so mußte sich Heinrich II., der Nachfolger Kaiser Otto III., entschließen, eine andere Politik einzuschlagen. In Polen dachte man realistisch und hielt nichts von dem neuen Reiche. So mußte Heinrich Stellung gegen Polen beziehen, ebenso realistisch denken, und er scheute sich, als es 1002 zum Krieg kam, nicht, ein Bündnis mit den heidnischen Luitizen zu schließen. Sie stießen 1005 an der Oder zum deutschen Heer. Bischof Thietmar, der sich bei diesem befand und der, wie wohl viele im damaligen Deutschland, dieses Bündnis des Kaisers mit Heiden gegen einen christlichen Staat nicht billigte, benützte doch die Gelegenheit, sich Kenntnisse vom slawischen Heidentum zu verschaffen³³. Man muß bedenken, daß die Kreuzzugszeit noch nicht da war und politische Gründe überwogen. Wesentlich war es für den Kaiser, eine Gefahr aus dem Osten für den Bestand des Reiches abzuwehren. Hundert Jahre später drangen andere Anschauungen durch, als 1108 zu einem Wendenkreuzzug aufgerufen wurde und der Gedanke eines heiligen Krieges gegen die slawischen Heiden in den Vordergrund trat. 1120—36 bricht der Liutizenbund zusammen³⁴.

Einzelheiten über den Einzug des Christentums bei den Elbslawen bietet uns die Chronik Thietmars, der mit einem wachen Blick diesen Dingen gegenüberstand. Um 968 hatte Boso, später Bischof von Merseburg, eine Anweisung in slawischer Sprache geschrieben und den Gesang des *Kyrie eleison* verlangt, dessen Sinn er den Slawen erläuterte. Diese aber verdrehten es zum Spott in *wkrivolša* (*v kri volša*), was Thietmar richtig übersetzt „Die Erle steht im Busch“³⁵. Für diese missionierenden Priester und Bischöfe an der Slawengrenze um Merseburg war es also selbstverständlich, die slawische Sprache zu beherrschen, wofür es bei Thietmar viele Beweise gibt. Man faßte die Mission ernster auf als im 8. und 9. Jahrhundert und bemühte sich wirklich um die geistige Auseinandersetzung mit dem Heidentum. Ähnlich handelte um 1000 die bairische Geistlichkeit in Krain, wo die sogenannten Freisinger Denkmäler niedergeschrieben wurden, Übersetzungen deutsch- und lateinischsprachiger Vorlagen in das Altslowenische mit Anwendung bairischer Orthographiegrundsätze. Aber auch der Geist des Bonifatius lebte

³³ Thietmar VI, c. 23.

³⁴ W. Brüske, Untersuchungen zur Geschichte des Lutizenbundes. Deutsch-wendische Beziehungen des 10.—12. Jahrhunderts (Mitteldeutsche Forschungen 3, 1955), S. 53, 56, 89, 94.

³⁵ Thietmar II, c. 37.

fort. Thietmars Vorgänger Wigbert ließ, um die Heiden seines Bistums zu bekehren, einen heiligen Hain, der bei den Umwohnern in göttlichem Ansehen stand, völlig vernichten und an seiner Stelle eine Kirche für den hl. Romanus errichten³⁶. Der heidnische Geist sollte vertrieben werden, die Leute aber brauchten den Ort der Verehrung nicht zu wechseln. Thietmar hat volles Verständnis für die sprachliche Verschiedenheit der ihm unterstellten Deutschen und Wenden in seinem Bistum, er zieht aber keineswegs die Folgerung, daß deshalb die beiden Völker in verschiedenen Staaten leben müßten, denn im deutschen Kaisertum seiner Zeit gab es Platz für viele Völker. Aber Mißtrauen konnte auf slawischer Seite entstehen, war doch damit die deutsche Herrschaft verbunden. So wird man die Skepsis des alten blinden Wenden in Merseburg begreifen, der es ablehnte, die Reliquien des Kaisers Heinrich II. zu berühren. Der Kaiser sei ein Deutscher gewesen und werde einem Wenden nicht helfen³⁷.

In das gegenseitige Verhältnis von Deutschen und Slawen Einblick zu gewinnen, ist nicht leicht, weil die Quellen selten darauf zu sprechen kommen, und wenn sie es doch tun, solche Bemerkungen nur für einzelne Vorfälle gültig sind. Ursprünglich müssen es wirklich zwei verschiedene Welten gewesen sein. Die Germanen wohnten weiter westlich und waren deshalb der römischen Kultur näher, sie hatten die Erbschaft des weströmischen Kaisertums angetreten und seit Karl dem Großen ein neues Reich errichtet, das sich als Nachfolger des alten betrachtete. Auch bei ihnen herrschten freilich, wie die Chroniken der Zeit verraten, z. T. recht barbarische Sitten, viele Fehden des Adels mit gegenseitigen Grausamkeiten, aber auf slawischer Seite muß das noch schlimmer gewesen sein. Thietmar spricht selbst von den rohen Sitten der Polen und den drakonischen Strafen, die über Ehebrecher verhängt werden. Man merkt den Abstand dazu von deutscher Seite, aber er findet die Strenge doch notwendig. Er weiß auch, daß es eine Witwen-tötung nach dem Tode des Mannes noch zur Zeit des Vaters von Boleslaw Chrobry, als er noch Heide war, gegeben hat³⁸. Es gibt verschiedene Nachrichten über den Handel mit slawischen Sklaven und Slawe und Sklave gehen auf die gleiche Bezeichnung zurück. Auch von den barbarischen Sitten in Böhmen ist manchmal die Rede³⁹. Man muß bedenken, daß die slawischen Stämme aus dem Osten gekommen waren, sich durch besondere Sitten unterschieden, z. T. von Nomadenvölkern unterdrückt worden waren, und die Nachfolge nicht dem ältesten Sohn, sondern dem Ältesten der fürstlichen Familie zusprachen. Sie werden oft genug die deutschen Bräuche nicht verstanden haben, auch dem Christentum fremd und mißtrauisch gegenübergetreten sein, wenngleich wir nur bei den Liutizen ein politisch betontes Heidentum antreffen. Aber die führenden adeligen Schichten kannten sich bald in dieser westlichen Welt aus, in der sie sich durch politische Bündnisse

³⁶ Thietmar VI, c. 37.

³⁷ *Miracula Heinrici II* (MG. SS. IV, S. 815 f.).

³⁸ Thietmar VIII, c. 3.

³⁹ Thietmar VI, c. 99.

und Annahme des Christentums zu behaupten verstanden. Wenn auf deutscher Seite so oft die Untreue der slawischen Fürsten, so z. B. der großmährischen, betont wird, so kommt dabei die andere Seite nicht zu ihrem Rechte. Oft haben die deutschen Herrscher ergebene Männer als Fürsten eingesetzt, hinter denen nur die fremde Macht stand, die zusammenbrach, wenn die deutschen Heere wieder fortgezogen waren. Man hatte Abgaben zu entrichten und sah ihren Sinn nicht ein, denn sie traten zu denen im eigenen Land hinzu und erschwerten das Leben. Die deutschen Könige machten es sich leicht, indem sie die Tribute durch den slawischen Fürsten eintreiben ließen. Sie übertrugen ihre Einrichtungen in eine fremde Welt, so daß sich Konflikte ergeben mußten. Die Begegnung von zwei verschiedenen Völkern konnte nicht sofort einen Ausgleich herbeiführen und es dauerte lange, bis sich die westlichen Sitten durchsetzten. Das ostfränkische Reich hatte eine ausgeglichene Rechtsordnung, eine besser gegliederte Gesellschaft und ein Übergewicht durch das Christentum. Im Großmährischen Reich wird man im 9. Jahrhundert noch nicht völlig die Avarenherrschaft überwunden haben. Um so mehr ist anzuerkennen, daß man bei den Herrschern Böhmens, Mährens und Polens die Notwendigkeit einsah, sich im Christentum den westlichen Nachbarn anzupassen. Dadurch trat man gewissermaßen gleichberechtigt diesen gegenüber, bewahrte volle oder halbe Selbständigkeit und führte das Volk in eine neue Zeit hinüber. Als Endergebnis konnte man die volle Bewahrung der eigenen Sprache erreichen. Der Liutizenaufstand dagegen versuchte mit Hilfe des Heidentums die volle Freiheit gegenüber den Deutschen zu verteidigen, brachte es aber zu keinem Staat und der Widerstand brach schließlich zusammen.

Man darf sich die großen Gegensätze, die selbstverständlich noch auf Jahrhunderte hinaus zwischen Deutschen und Slawen bestanden haben, nicht so vorstellen, daß nicht in Einzelfällen ein besseres Verhältnis möglich war. Die deutschen Könige haben fast immer unter den slawischen Fürsten Angehörige der führenden Schichten gefunden, die sich den Deutschen zuwandten, um persönliche Vorteile zu erlangen. Der Adel ist sich oft uneinig gewesen, wie man sich der deutschen Königsgewalt gegenüber verhalten sollte, es wird verschiedene Meinungen in dieser Frage gegeben haben. Vertriebene böhmische Fürsten erschienen beim deutschen Kaiser und ließen sich zurückführen, so Jaromír 1004 durch Heinrich II.⁴⁰ Auf deutscher Seite kämpften bisweilen slawische Adelige⁴¹.

Es bleibt beachtlich, wie beharrlich man in Böhmen und Polen in den Fürstenthäusern darnach strebt, sich deutsche Frauen zu holen. Kosmas erzählt von dem Stolz der Deutschen, ihrem Hochmut gegenüber den Slawen und ihrer Sprache. Darum beschließt ein junger böhmischer Adeliger eine deut-

⁴⁰ Thietmar VI, c. 11.

⁴¹ So der Ritter Heinrich, ein Slawe (*Henricus qui Slavonice Zolunta vocatur*; Thietmar III, c. 21), ein Mann Kaiser Ottos II.

sche Frau zu entführen⁴². Man muß dabei berücksichtigen, daß der Domherr Kosmas den Deutschen nicht freundlich gesinnt ist und nicht immer objektiv urteilt. Das Verhalten der Merseburger Bischöfe läßt keine Verachtung der slawischen Sprache erkennen. Wenn die Chroniken uns nicht selten von deutschen adeligen Frauen erzählen, die in das Slawenland als Gattinnen der Fürsten ziehen und deshalb das Kloster verlassen, so muß man bedenken, daß diese Frauen im Gehorsam zu ihren Familien erzogen waren und eine Aufgabe darin erblickten, deutsches Wesen und das Christentum im Slawenlande zu verbreiten. Die Politik der Fürsten sah weiter. Den slawischen Großen ging es darum, den deutschen gleichwertig zu werden. Es hat auf beiden Seiten Widerstände gegen diese Heiratspolitik gegeben. Wenn sie besonders bei den Sachsen hervortreten⁴³, so wird das darin begründet sein, daß hier seit der Zeit Karls des Großen ein tieferer Gegensatz zu den Slawen als sonst an der deutschslawischen Grenze vorhanden war.

Frühzeitig macht sich in den slawischen Quellen ein Deutschenhaß bemerkbar, so schon bei Kosmas. Seine betonte Abwehr und Geringachtung richtet sich aber, wenn man genauer zusieht, gegen die Bevorzugung von Deutschen in Böhmen durch den Herrscher, so wenn ein Deutscher Bischof werden soll, wenn er Eindringen des deutschen Klerus befürchtet, wenn er in übertriebener Weise und unverhohlener Freude von der Vertreibung der Deutschen aus dem Lande berichtet, ohne daß die wirklichen Verhältnisse dem Rechnung tragen. Man hat den Eindruck, daß hier nicht nur eine vermutete Geringschätzung der einheimischen Bevölkerung abgewiesen werden soll, sondern daß sich in dem im Standesdenken haftenden Manne eine instinktive Abneigung gegen die Überfremdung zeigt, die Furcht, die Aufstiegs- und Wirkungsmöglichkeiten erschwert zu sehen. Die deutsche Ostsiedlung hatte zu seiner Zeit noch nicht begonnen, die in Böhmen erscheinenden Deutschen waren Adelige oder Geistliche. Neid und Minderwertigkeitskomplexe werden hier mitsprechen. Auch in anderen slawischen Ländern ist man gegen zu starken fremden Einfluß, als dessen Förderer die eigenen Fürsten auftreten, empfindlich gewesen. Als Reaktion darauf bildet sich ein Stolz auf die eigene Art aus. Kosmas wendet sich nicht gegen die Deutschen überhaupt, sondern gegen die in seinem Lande, deren wachsenden Einfluß er bekämpft. Aus gegensätzlichem Standesbewußtsein entsteht ein zunächst noch primitives Nationalbewußtsein.

Daß deutsche Adelige und Geistliche in Böhmen seit dem 10./11. Jahrhundert in immer steigendem Maße erscheinen, ist bei der Hinwendung der Prschemysliden zum Westen, der durch Deutsche betriebenen Kirchenorganisation und den Ende des 10. Jahrhunderts einsetzenden Klostergründungen begreiflich. Man brauchte die Hilfe der Deutschen dazu. In den führenden Stellungen tauchen Leute mit deutschen oder kirchlichen Namen auf,

⁴² Kosmas von Prag (MG. SS. Nova Series II, hrsg. von B. Bretholz) I, c. 40 zum Jahre 1021.

⁴³ Helmold, *Chronica Slavorum* (MG. SS. rer. Germ. in usu schol. ed. B. Schmeidler, 1907), I, c. 16; 13.

die ins Tschechische dringen, ein Zeichen, daß diese Beziehungen schon vor der deutschen Ostbewegung beginnen. Namen wie *Sivrit*, *Sipoto*, *Heinrich*, *Heriman Wolfram*, *Hageno*, *Vridrich* und viele andere sind schon aus dem 12. Jahrhundert überliefert oder setzen aus lautlichen Gründen Eindringen ins Tschechische in dieser Zeit voraus (tschech. *Žibřid*, *Žipota*, *Jindřich*, *Jeřman*, *Olbram*, *Ahna*, *Bedřich*).

Der deutschen Ostsiedlung jenseits der alten Reichsgrenze geht das Zusammenwohnen mit den Reichswenden im Raume Harz—Wiener Wald und der gemeinsame Landesausbau voraus. Die letzte Erwähnung von Slawen links der Saale scheint solche in Fienstedt bei Erfurt 1227 zu betreffen⁴⁴.

Um das Entstehen der deutschen Ostbewegung zu begreifen, muß man sich den Lebensraum beider Völker seit der slawischen Landnahme im Westen vor Augen halten. Die Deutschen waren seit dem Abzug der germanischen Stämme im Osten und durch das Hereinschieben der slawischen auf das Gebiet Rhein-Saale, Ostsee-Böhmerwald-Wiener Wald beschränkt. Die Slawen hatten große Länder in Besitz genommen und nicht in demselben Maß mit Menschen füllen können wie die Deutschen, die sich seit dem 7. Jahrhundert mit dem Landesausbau beschäftigen mußten, denn Frankreich und Italien waren ebenso relativ dicht bevölkert. Dieser Landesausbau war so intensiv, daß, wie wir gesehen haben, auch Wenden willkommen waren. Um 1000 war von Westen und Süden her der Frankenwald und das Fichtelgebirge erreicht, auch gegen die Kämme des Böhmerwaldes schob sich die deutsche Besiedlung vor. Nun war auch in Böhmen, Mähren und Polen die besiedelte Fläche erweitert worden. In Böhmen und Mähren gibt es viele Hunderte von Ortsnamen, die *Lhota* „Frist“ oder *Ujezd* „Umritt“ bedeuten und kennzeichnend für tschechischen Landesausbau sind, der ja auch die anderen Ortsnamentypen für Neugründungen verwendete. Es begegnen darunter Namen, die mit christlichen Personennamen gebildet sind, z. B. *Janov*, *Janovici* (zu *Ján* „Johann“), die erst nach dem Siege des Christentums möglich sind. Diese Gruppen *Lhota*, *Ujezd*, Typ *Janov* fehlen im Gebiete der Reichswenden, denn diese folgen nicht den östlichen Neuerungen, sondern den westlichen und verlieren im 12. Jahrhundert ihr Volkstum. Es ist kein Zweifel, daß die westlichen Slawenländer (Böhmen, Mähren, Polen) auch ohne die deutsche Ostsiedlung manche der Errungenschaften des Westens angenommen hätten. Aber das Siedlungsgefälle ist nicht zu übersehen. Der Landesausbau hat in Deutschland früher eingesetzt als im Osten, weil das Kulturland knapper war. Darum sind früher fortgeschrittenere Rodungsmethoden eingeführt worden als im Osten. Man war dazu übergegangen, die deutschen Bauern durch Begünstigungen zur schweren Rodearbeit zu bewegen. Es hat sich die Selbstverwaltung der Dörfer ausgebildet, das Recht, den Schulzen zu wählen, gemeinsam die Lasten zu tragen, Freijahre zu bekommen, Kirche und Schule zu gründen, die niedere Gerichtsbarkeit auszuüben. Der Pflug war verbessert worden. Sy-

⁴⁴ O. Dobenecker, a. a. O. II, Nr. 2464.

stematisch wurden Städte gegründet, sie waren nicht mehr Handelsplätze wie früher, sondern wirtschaftliche Mittelpunkte von Distrikten. Auch die Verfassung der deutschen Städte war fortschrittlicher als die der slawischen Märkte und Vorburgen, die nicht die Selbstverwaltung in diesem Maße besaßen. Mit den Bürgern entstand ein Mittelstand. Wie sah es auf slawischer Seite aus? Hier war man deshalb im Landesausbau zurück, weil noch genügend fruchtbarer Boden im Tiefland zur Verfügung stand, so daß man nicht genötigt war, den schweren Boden im Gebirge unter den Pflug zu nehmen. Vor dieser schweren Arbeit scheute man zurück, deshalb suchten die Grundherren in Böhmen und Polen deutsche Bauern zu gewinnen. Burgen besaß man und sie spielten bei der Verwaltung des Landes schon vor der Ankunft der Deutschen eine ansehnliche Rolle. Aber um die wirtschaftliche Höhe der deutschen Länder zu erreichen und die Gebirgswälder in schnellerem Tempo zu roden, bedurfte man der Deutschen.

Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, das Wirken der deutschen Ostsiedlung in ihren einzelnen Phasen vorzuführen. Wenn ein slawischer Historiker urteilt: „Die Zukunft gehörte den Scharen landeshungeriger deutscher Bauern, die seit 1108 über die (untere) Elbe drängten“⁴⁵, so kann doch damit die deutsche Ostbewegung nicht erklärt werden, wenn nicht das Siedlungsgefälle berücksichtigt wird. Von Rechten einer Nation hat die Zeit noch nichts gewußt. Die Interessen der slawischen Fürsten und Großen waren darauf gerichtet, aus den Wäldern und neuen Städten sowie den Bergwerken Nutzen zu ziehen. Die Deutschen sind nach Böhmen, Mähren, Schlesien, Polen, Mecklenburg und Rügen gerufen worden. Es handelte sich hier um selbständige Staaten, die sich der Deutschen hätten erwehren können, wenn man den Willen dazu gehabt hätte. Es ging den slawischen Landesherren und Adeligen nicht, wie man ihnen heute und schon früher in ihren Ländern gelegentlich vorwirft, um die Unterdrückung des eigenen Volkes, sondern um Hebung des Landes, Gleichstellung im Landesausbau mit dem Westen, Rodung der Wälder, Schaffung von Städten, Gründung von Bergwerken, nicht zum geringsten um Vermehrung ihrer Einnahmen. Die Verquickung mit nationalen Erwägungen gab es nicht, obwohl der Unterschied der Sprachen und Volkstümer um so stärker bewußt werden mußte, als die beiden Völker zusammenlebten. Früher war es nur Nachbarschaft gewesen.

Natürlich hat es Reibungsflächen gegeben, so wegen der Errichtung der Kirchen, ihrer Stellung zur Burgwardverfassung in Sachsen östlich der Elbe und Saale⁴⁶, in der Frage des Kirchenzehnten, wegen verschiedener Auf-

⁴⁵ L. Hauptmann, Die Frühzeit der West- und Südslawen (Historia Mundi V, 1956), S. 331.

⁴⁶ H. F. Schmid, Die rechtlichen Grundlagen der Pfarrorganisation auf westslawischem Boden und ihre Entwicklung während des Mittelalters (1938); dagegen W. Schlesinger, Die deutsche Kirche im Sorbenlande und die Kirchenverfassung auf westslawischem Boden (Zs. für Ostforschung 1, 1952, S. 345—370); ders., Zur Gerichtsverfassung des Markengebietes östlich der Saale im Zeitalter der deutschen Ostsiedlung (Jb. f. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 2, 1953, S. 1—94).

fassung der kirchlichen Riten, der Dauer der Fastenzeit. Die Deutschen versuchten, den in den slawischen Ländern üblichen vollen Kirchenzehnten durch einen fixierten Zehent zu ersetzen. Die Träger der deutschrechtlichen Kolonisation hatten ein Interesse daran, die Deutschen gut zu behandeln und ihren Wegzug zu verhindern. Die mährischen Markgrafen z. B. waren nicht abgeneigt, unzufriedene deutsche Bauern des Breslauer Bistumslandes aufzunehmen ⁴⁷.

In der Oberlausitz, östlich der Saale, in Mecklenburg und Brandenburg sind die Deutschen schon im 12. Jahrhundert erschienen, seit dem Ende des 12. Jahrhunderts treten sie in Schlesien auf, schon vor dem Mongoleneinfall von 1241 üben sie hier einen merklichen Einfluß aus. Ab 1250 beginnt die deutsche Siedlung in Böhmen und Mähren rasch einem Höhepunkte zuzustreben. Das Egerland ist früher kolonisiert worden, es gehört in den Bereich des Landesausbaues im Reiche. Die hier tätigen Slawen sind als Reichswenden zu betrachten. Der deutsche Orden hatte sich zu Beginn des 13. Jahrhunderts in Ostpreußen festgesetzt. Die schlesischen Piasten neigten zum Westen, die polnischen hatten ihren Sitz von Gnesen nach Krakau verlegt und sich mehr dem Osten zugewendet. Auch in ihre Länder wurden die Deutschen gerufen, ebenso in die Slowakei. Tausende von deutschen Dörfern entstanden, andere von Slawen begründete wurden erweitert, viele Städte mit deutschem Recht geschaffen. Man kann es gewiß für möglich halten, daß das deutsche Recht und die Fortschritte der Kultur auch ohne Berührung mit den deutschen Bauern und Bürgern ihren Einzug gehalten hätten. Aber die Bewegung wäre viel langsamer vor sich gegangen, die Grundherren wären nicht zufrieden damit gewesen. Es ist immer wieder zu beobachten, daß durch die Deutschen wenigstens die Anfänge der neuen Entwicklung, einer neuen Stadt, eines nach deutschem Recht angelegten Bauerndorfes gelegt werden mußten. In Böhmen und Mähren kann man feststellen, daß die Deutschen die Grenzwälder, auch die zwischen Böhmen und Mähren, roden, also die Arbeit leisten, an die die tschechischen Bauern ungern herangingen, weil sie zu mühselig war und ihr Pflug nicht ausreichte, um den schweren Waldboden zu wenden. Daraus erklärt sich die spätere Lage der beiden Volkstumsgebiete, des tschechischen im Innern des Landes und in den fruchtbaren Strichen, des deutschen im Gebirge und an den Rändern. Man kann nicht sagen, daß die Deutschen bevorzugt worden wären, im Gegenteil, ihnen fiel die schwerere Arbeit zu. Die Grundherren sahen die Unterschiede zwischen den tschechischen und den deutschen Dörfern, denn die Leistungsfähigkeit der Bauern war verschieden, deutsche konnten andere Zinsen aufbringen als die tschechischen. So erklärt es sich, daß Deutsche auch in das Saazer Land, in die Leitmeritzer Gegend, nach Südmähren und

⁴⁷ J. Pfitzner, *Besiedlungs-, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Breslauer Bistumslandes* (Prager Studien aus dem Gebiete der Geschichtswissenschaft, Heft 18, Reichenberg 1926), S. 76 ff.; H. F. Schmid, *Zs. der Savigny-Stiftung, Kan. Abt.* 18, S. 484 f., 509 f., 537 f.

in die Hanna gerufen wurden. Sie sollten hier durch ihr Beispiel wirken. Erst dadurch eigentlich ist es zum Zusammenleben gekommen, sonst wären zwei verschiedene Wohngebiete entstanden. In der Ebene liegen deshalb die Hauptausgleichszonen der beiden Volkstümer. Zu Beginn der Hussitenzeit hat es viele Mischgebiete mit nationalen Mehr- und Minderheiten und zahlreiche Sprachinseln im tschechischen Gebiete gegeben⁴⁸. Der Großteil Schlesiens war deutsch geworden, auch in Oberschlesien hatten sich die Deutschen schon seit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts festgesetzt. Deutsche Sprachinseln waren hier in Schönwald bei Gleiwitz, in Kostenthal, um Bielitz entstanden. Noch in der Mitte des 14. Jahrhunderts sind deutsche Bauerndörfer in Mittelgalizien um Łancut gegründet worden⁴⁹.

Die polnischen und ungarischen Könige haben die Deutschen auch zum Grenzschutz eingesetzt. Die polnischen Herren haben deutsche Bauern an der Grenze gegen Mähren und am Dunajec gegen Ungarn angesiedelt, die ungarischen Könige Mittelfranken nach Siebenbürgen gerufen, wo sie den Grenzschutz gegen die Kumanen zu besorgen hatten. Gegen die Dunajeschlesier sollten die Zipser Deutschen die Grenze hüten. Die Deutschen schützten die Grenzen der Gastländer⁵⁰.

Nicht nur das Landschaftsbild hat sich geändert. Die Deutschen begannen auch in den slawischen Volksaufbau einzudringen. Es hat sich ein deutscher Klerus gebildet, der Ansprüche auf Besetzung führender Stellen erhob. Die deutschen Bürger stellten überhaupt ein neues Element dar, das ebenfalls nach politischem Einfluß strebte. Die deutsche Bevölkerung war besser gegliedert als die slawische, weil neben freie Bauern ein freies Bürgertum und damit ein Mittelstand getreten war, während bei den Tschechen und Polen immer noch Adel und meist unfreie Bauern einander gegenüberstanden. Ein Ausgleich in der Standesgliederung mußte den Fürsten erstrebenswert erscheinen, weil sie so den Machtbestrebungen des Adels entgegenwirken konnten. Schon vor dem Erscheinen der deutschen Bauern und Bürger war der deutsche Kaufmann privilegiert worden. Bereits unter Wratilaw (1061—98) hatten die deutschen Kaufleute in Prag ein Privileg erhalten, das Herzog Sobieslaw 1178 erneuert hat. Hier war grundsätzlich bestimmt worden, daß die deutschen Kaufleute ihre Gesetze und Gewohnheiten behalten sollten. Es zog also jetzt ein d e u t s c h e s R e c h t im Lande ein, in dem es nun zweierlei Recht gab. Das war nicht sehr wichtig im 12. Jahrhundert, als das Deutschtum noch zahlenmäßig

⁴⁸ Die Verteilung der deutschen und tschechischen Bevölkerung in den Sudetenländern vor den Hussitenkriegen sucht Blatt 7 im Sudetendeutschen Atlas (1954) zu veranschaulichen.

⁴⁹ E. Schwarz, Untersuchungen zur Mundart und Herkunftsfrage erloschener alt-schlesischer Sprachinseln in Galizien (Beitr. z. Gesch. d. dt. Sprache u. Lit. 61, 1937, S. 295 ff.).

⁵⁰ Darüber zuletzt E. Schwarz, Die Herkunft der Siebenbürger und Zipser Sachsen (Veröffentl. des Südostdeutschen Kulturwerks, Reihe B, Heft 8, 1957), S. 175 ff. mit weiteren Literaturangaben.

gering war, wurde aber im 13. Jahrhundert sehr bedeutsam. Dabei hat man das Sprachenrecht der tschechischen Bevölkerung nicht beeinträchtigt. Der Sachsenspiegel bestimmte, daß auch der Wende so angeklagt werden müsse, daß er die Worte verstehe⁵¹. Entscheidend war die Ungleichheit der Wirtschaftskraft und daß die Landesherren dem Gesetze der Wirtschaft folgten, um mit der deutschen Nachbarschaft Schritt halten zu können. Seit das Heidentum verschwunden war und die religiösen Gegensätze aufgehört hatten, bestand ein wirtschaftlicher und kultureller Wettbewerb, der sich, das darf nicht geleugnet oder verschwiegen werden, manchmal in deutschem Hochmut geäußert hat, indem die primitiveren slawischen Wirtschaftsformen verachtet wurden. Die Wirtschaft des Westens wächst in den Osten hinein. Die Vorteile der Landesherren lagen bei den wirtschaftlich kräftigeren Deutschen, dadurch ist freilich der Widerstand der eingeborenen Bevölkerung ausgelöst worden. Mit der deutschen Hilfe konnten bisher kaum besiedelte Gebiete, Wälder und Sümpfe, wirtschaftlich genutzt werden und Einnahmen erbringen.

Die polnische Geistlichkeit hat sich schon im Kirchenzehentstreit gegen die Deutschen gewandt, sie wird zum Wortführer zunächst unbewußter und dann immer deutlicher in das Bewußtsein tretender nationaler Gedanken. 1285 bereits ergreift der deutschefeindlichste der Gnesener Erzbischöfe, Jakob Swinka, Maßnahmen gegen die Deutschen, besonders gegen die deutschen Priester, von denen Kenntnis der polnischen Sprache verlangt wird. Das wird 1331 in das Breslauer Synodalstatut des polnischen Erzbischofs Nanker übernommen⁵². Schon 1306—1308 findet ein Prozeß des Erzbischofs gegen den Bischof Johann Muskata von Krakau wegen Bevorzugung der Deutschen und Verfolgung der Polen statt⁵³. Die Krakauer deutsche Bürgerschaft hatte schon im Anfang des 14. Jahrhunderts nach politischer Bedeutung gestrebt. Als 1312 ihr Widerstand gegen Wladyslaw Łokietek zusammenbrach, kam es bereits zu Deutschenverfolgungen⁵⁴.

In Böhmen war die Entwicklung ähnlich. Sogar die Heiligenverehrung bekommt eine nationale Prägung. Wenzel der Heilige war in die Front gegen die Deutschen gerückt, darum standen die deutschen Bürger Prags seiner Verehrung ablehnend gegenüber⁵⁵. Die Nationalheiligen treten zum Kampf für ihre Nation an⁵⁶. Die Reimchronik des sogenannten Dalimil (um 1311) ist von Deutschenhaß erfüllt, der sich gegen die Deutschen im Lande

⁵¹ Eike von Repgow, Sachsenspiegel, III 71 § 1.

⁵² J. Klapper, Das Breslauer Synodalstatut vom Jahre 1331 (Zs. f. Geschichte Schlesiens 65, 1931, S. 288).

⁵³ Dazu E. Maschke, Das Erwachen des Nationalbewußtseins im deutsch-slawischen Grenzraum (Leipzig 1933), S. 30.

⁵⁴ Maschke, a. a. O., S. 33.

⁵⁵ Chronik des Domherrn Franz von Prag (Fontes rer. Bohemicarum IV, S. 426 ff.).

⁵⁶ Maschke, a. a. O., S. 36.

richtet⁵⁷. Deutschfeindliche Pamphlete tauchen auf⁵⁸. Gewiß handelt es sich hier zunächst um Ressentiments des niederen Adels, der eine Benachteiligung durch die Deutschen fürchtet. Aber es ist doch bezeichnend, daß Otto-kar II. wegen seiner deutschfreundlichen Maßnahmen beschimpft wird und die deutschen Städte als die eigentlichen Nester des Unglückes betrachtet werden. Man fühlt sich bedroht und aus diesen Stimmungen heraus kommt es zu Äußerungen von Nationalhaß. Vom Adel und der Geistlichkeit greift das auf die Städte und Bauern über. Die Tschechen sind, weil sie sich als die Schwächeren gegen die deutsche Stellung wehrten, früher zum Bewußtsein ihrer besonderen Nation und ihrer eigenen Sprache gelangt als die Deutschen und haben diese als Eindringlinge bekämpft. Die Begriffe „Land, Volksraum“ beginnen eine Rolle zu spielen. Sogar ein Sprachenstreit, der an Erscheinungen des 19. und 20. Jahrhunderts erinnert, hat schon bestanden. Im Jahre 1416 fragt der Rat von Groß-Meseritsch in Iglau an, ob deutsche Sprache im Rate geduldet werden dürfe. Iglau, das als Oberhof angesehen wurde, sprach sich dafür aus. Unter den Iglauer Schöffen verstünden nur wenige Tschechisch und doch werde tschechischen Parteien Gelegenheit gegeben, tschechisch zu sprechen⁵⁹. Infolgedessen dürfen wir annehmen, daß die Iglauer immer in der Sprache der Anfragen antworteten, so daß wir auf die Amtssprache der anfragenden Städte schließen dürfen. Von und nach Chotieborisch wird z. B. deutsch geschrieben, aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts aber dürfte schon ein tschechischer Brief stammen⁶⁰. Amtssprache ist nicht Volkssprache und zeugt nur für den Willen der herrschenden Schicht, aber es handelt sich doch um frühe Volkstumsäußerungen. Nach Battelau wird deutsch geschrieben, aber 1519 erhält es einen tschechischen Spruch. Es wird nach den Hussitenkriegen tschechisch geworden sein.

Die Deutschen kannten diesen aus Minderwertigkeitsgefühlen erwachsenen Nationalhaß nicht, sie lebten noch in den Gedanken des großen Reiches, auch als dieses schon schwach geworden war. Dabei ist es so, daß sie merken mußten, daß ihre Stellung abzubröckeln begann und schon im 14. Jahrhundert an verschiedenen Orten das tschechische Element vordringt. Die Kraft des deutschen Eindringens begann nachzulassen, auf tschechischer Seite lernte man und beginnt, verlorene Stellungen wiederzugewinnen und neue zu erobern. Wenn man die Ratslisten von Städten Böhmens und Mährens auf ihren nationalen Aussagewert untersucht, deutsche Bildungen den Deutschen, tschechische den Tschechen zuordnet und die neutral bleibenden selbständig einreicht, bemerkt man nicht nur Unterschiede zwischen den Städten im Lande, sondern, wenn man diese Verhältnisse über einige Jahr-

⁵⁷ Die Reimchronik des Dalimil, hrsg. von J. Jireček (Fontes rer. Boh. III, 1882).

⁵⁸ W. Wostry, Ein deutschfeindliches Pamphlet aus Böhmen aus dem 14. Jahrhundert (Mitt. d. Vereins f. Gesch. der Deutschen in Böhmen 53, 1915, S. 193 ff.).

⁵⁹ J. A. Tomaschek, Der Oberhof Iglau in Mähren und seine Schöffensprüche aus dem XIII. bis XVI. Jahrhundert (Innsbruck 1868), S. 226.

⁶⁰ Dazu E. Schwarz, Die volksgeschichtlichen Grundlagen der Iglauer Sprachinsel (Abh. der Dt. Akad. d. Wiss., phil.-hist. Klasse, 3. Heft, Prag 1942), S. 25 ff.

zehnte ausdehnen kann, auch in den Städten selbst. In der Altstadt Prag gibt es 1288 noch keinen deutlich tschechischen Namen im Rat, der erste taucht 1330 auf, 1410 haben die tschechischen die Mehrheit. Die Neustadt Prag zeigt schon 1359 eine tschechische Mehrheit im Rat, 1397 überhaupt keinen deutschen Namen mehr, beruft aber noch 1411 den Saazer Notar Johannes von Tepl, den Schöpfer des Ackermannsdialogs, als Notar. In der Kleinseite wiegen die tschechischen Namen schon 1345 vor, 1413 gibt es nur noch einen deutschen Namen neben 10 tschechischen im Rat. Städte wie Brünn, Budweis, Deutsch Brod, Iglau u. a. behaupten ihre deutsche Mehrheit. Untersucht man dort, wo es möglich ist, wo z. B. Losungsbücher vorkommen, die Namen der Losungspflichtigen, kann man die nationalen Namenverhältnisse der Bevölkerung und das Verhältnis zum Rat beobachten, dessen Namensangaben also kontrollieren. In Königgrätz zeigt um 1400 der Rat das Verhältnis von 6 deutschen : 4 tschechischen : 3 unbestimmbaren Namen, im Losungsbuch von 1390—1403 stehen sich 312 deutsche, 394 tschechische und 104 unbestimmbare Namen gegenüber, in der Fischergasse haben die Tschechen, in der Webergasse die Deutschen die Mehrheit. Nach dem Chrudimer Losungsbuch von 1399—1402 stehen 444 deutschen 133 tschechische und 99 unbestimmbare Namen gegenüber, die Handwerkerzeichen zeigen dementsprechend überwiegend deutsche Namen, nur bei den Fuhrleuten und Golatschern (tschechischen Bäckern) überwiegen die tschechischen Namen⁶¹. Auch die Untersuchung der Namen der Zuwanderer und Abwanderer bietet Auskünfte über die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung⁶². Die Volkstumsmischung war noch nicht soweit gediehen, daß die Aussagen aus den Namen unzuverlässig würden, besonders wenn man viele Städte vergleichen und die Entwicklung im Laufe mehrerer Jahrzehnte übersehen, neben die Untersuchung der Verhältnisse im Rat die des Volkes setzen und weitere Beobachtungen über den Sprachgebrauch hinzufügen kann.

Es ist die Zeit König Johanns, des Luxemburgers, in der sich die Äußerungen tschechischen Nationalbewußtseins mehren. Sein Sohn Karl IV. hat ein schweres Erbe übernommen und war bemüht, auch den Tschechen gerecht zu werden. Als in Beraun Unstimmigkeiten über den Anteil der beiden Volksteile im Rat entstanden, bestimmte er, daß jeder die Hälfte stellen sollte. Man darf annehmen, daß der Rat dem nationalen Bevölkerungsschlüssel entsprechend zusammengesetzt wurde. Damit wurde ein Nationalitätenrecht geschaffen. Seine Entscheidung wurde berücksichtigt, wie die Namensnationalitätsverhältnisse im Rat zeigen. Es stehen sich gegenüber 1320 4 Deutsche : 0 Tschechen : 1 Unbestimmbarer, 1322 10 : 0 : 1; 1349 5 : 7 : 0 (es ist das Jahr von Karls Schiedsspruch), 1359 4 : 3 : 1, nach den Hussitenkriegen 1437 0 : 9 : 4. Der Prager Erzbischof Jo-

⁶¹ E. Schwarz im Sudetendeutschen Atlas, Blatt 8, Text S. 15 ff.; ders., Sudetendeutsche Familiennamen aus vorhussitischer Zeit (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 3, 1957), Abb. 17 u. 18, S. 33, 34.

⁶² Ebda., Blatt 9—11, S. 17—22.

hann von Dražitz hatte in Raudnitz ein Kloster begründet. Im Stiftungsbrief ist zu lesen, daß die anderen Völker erfahrungsgemäß den Tschechen feindselig gesinnt seien. Angehörige zweier verfeindeter Nationen könnten nicht in demselben Kloster leben, in Raudnitz sollten deshalb nur Tschechen aufgenommen werden⁶³. Wir sehen hier dieselbe feindselige Stimmung bei der hohen Geistlichkeit wie in Polen. Karl IV. hat die Entscheidung des Papstes angerufen und Papst Klemens VI. hat auf sein Drängen die Bestimmung des erzbischöflichen Stiftsbriefes aufgehoben⁶⁴. Nur selten gelingt es in diesen Jahrhunderten, einen Blick in das wirkliche Volksleben zu werfen, so daß das von den Urkunden gewährte Bild unterbaut wird. In Königgrätz, einer Leibgedingstadt der Königinwitwe, gab es um 1400 Reibungen zwischen der deutschen Bäcker- und der tschechischen Golatscherzeche, die nur billige Backwaren verkaufen durfte. Die Königin suchte zu Gunsten der Tschechen zu entscheiden. Die deutsche Sprache war in der Mitte des 14. Jahrhunderts weit verbreitet, so daß die scharfe tschechische Reaktion begreiflich wird. Die französische Gattin Karls IV. Blanka hat die deutsche Sprache gelernt, um sich der neuen Umgebung besonders am Hofe anzupassen, die tschechische Sprache scheint sie weniger gut beherrscht zu haben⁶⁵.

Auf den Niederschlag der Ostbewegung in der Sprache kann hier nur kurz hingewiesen werden. An der Hand der Ortsnamen, der deutschen und der tschechischen, kann das Fortschreiten des Siedelwerkes beobachtet werden, besonders wenn man die Lautersatzverhältnisse berücksichtigt und sich zu kartographischer Darstellung entschließt⁶⁶. Deutsche Personennamen dringen noch stärker als im 12. Jahrhundert ins Tschechische ein. Die Sitte der Familiennamen bürgert sich auch bei den Tschechen und Polen ein, die Heiligennamen, die den Aufschwung der Heiligenverehrung im Gefolge der neuen Bettelorden begleiten, erscheinen in westlicher Gestalt bei Sorben, Tschechen, Slowenen und Polen. Sie machen dort halt, wo das östliche Christentum beginnt. Im Gefolge der Ostsiedlung dringt eine große Zahl von deutschen Lehnwörtern in die westslawischen Sprachen und das Slowenische ein. Die Zahl der slawischen Lehnwörter in den deutschen Mundarten ist dagegen gering⁶⁷, nur in unbedeutendem Maße sind sie von der neuhochdeutschen Schriftsprache aufgenommen worden (Zeisig, Stieglitz, Halunke, Peitsche, Petschaft und einige andere). Das deutsche Recht ist auch auf tschechische Dörfer ausgedehnt worden, ebenso

⁶³ Regesta dipl. necnon epistolaria Bohemiae et Moraviae III, S. 781 z. Jahre 1333.

⁶⁴ Mon. Vaticana res gestas Bohemicas illustrantia I, Nr. 1052, S. 589, Nr. 1055. Dazu H. Zatschek, Das Volksbewußtsein. Sein Werden im Spiegel der Geschichtsschreibung (Brünn 1936), S. 27.

⁶⁵ Königsäaler Chronik (Fontes rer. Boh. IV), Buch III, c. 2.

⁶⁶ E. Schwarz, Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle (München und Berlin 1931).

⁶⁷ E. Schwarz, Probleme der sudetendeutschen Lehnwortgeographie (Zs. f. Mundartforschung 26, 1958), S. 128—150.

hat sich deutsche Bauweise der Höfe und Waldhufenform der Fluren eingebürgert. Die deutschen Stadtrechte werden in tschechischen und polnischen Städten angewendet. Auf die deutsch-slawischen Beziehungen in Literatur und Kunst kann hier nicht eingegangen werden. Im 14. Jahrhundert sind Polen und Böhmen-Mähren der westlichen Welt eingegliedert. Das Herrscherhaus ist in Böhmen deutsch und europäisch, der Hochadel germanisiert und z. T. deutscher Herkunft, das Bürgertum in der Hauptsache deutsch, der niedere Adel tschechisch und von leidenschaftlichem Nationalismus erfüllt, die Handwerker deutsch, aber z. T. im Innern des Landes schon in Tschechisierung begriffen, die Bauern im Innern des Landes tschechisch, abgesehen von den Sprachinseln, in diesen und in den Randgebieten deutsch. Wenn man in dieser Umwandlung eine Nationalisierung erblickt, überträgt man moderne Anschauungen auf eine feudale Zeit, die diese Vorstellungen nicht gekannt hat. Böhmen und Mähren, Schlesien und Teile Polens stellten Länder dar, die von zwei Völkern bewohnt sind, bei denen aber die Deutschen keineswegs zum Reich streben, sondern sich als Landesangehörige fühlen, besaßen sie doch alles, was man damals schätzte. Immer wieder muß betont werden, daß keine Gewalt angewendet worden ist — nur in Ostpreußen ist es unter dem deutschen Orden teilweise anders gewesen — und friedlicher Wettbewerb bestanden hat. Keinerlei Planung ist auf deutscher Seite zu beobachten. Sonst wäre es nicht allzu schwer gewesen, etwa die Lücke zwischen Schlesien und Ostpreußen über Posen oder zwischen Süd- und Nordmähren zu schließen. Überall gibt es nur Einzelaktionen, die von den tschechischen und polnischen Grundherren durchgeführt wurden. Ein neues freieres Recht, blühende Städte, aufstrebende Bergstädte, große Waldhufendörfer waren das Gegengeschenk der Deutschen.

Ähnlich wie in Böhmen ist entstehendes slawisches Nationalbewußtsein auch im nördlichen Ostdeutschland zu beobachten. Hier wird einem Wagrierfürsten Pribizlaw die Rede in den Mund gelegt, aller Schaden und alles Unheil rühre von Heinrich dem Löwen her, der die Slawen um das Erbe ihrer Väter gebracht und Flämen, Holländer, Sachsen und Westfalen an ihre Stelle gesetzt habe⁶⁸. Die Rede wird nicht gehalten worden, aber die unter den Wenden herrschende Stimmung wird damit getroffen sein. Es wird von deutscher Seite manches Unrecht geschehen sein, sagt doch ein deutscher Chronist selbst, daß die Slawen von den christlichen Richtern über alle Gebühr bedrückt worden und gezwungen gewesen seien, ihre Freiheit zu verteidigen⁶⁹. Man muß hier aber wieder daran erinnern, daß gerade die Beziehungen der Sachsen zu den benachbarten Slawen seit Jahrhunderten gespannt waren und die Bemerkung Adams sich auf die Zeit des slawischen Heidentums bezieht, denn er spricht davon, daß durch die Habgier der Sachsen der christ-

⁶⁸ Helmold, *Chronica Slavorum* II, c. 98.

⁶⁹ Adam von Bremen, *Hamburgische Kirchengeschichte* (SS. rer. Germ. in us. schol., hrsg. von B. Schmeidler) I, c. 42.

liche Glaube in den slawischen Gebieten gefährdet werde⁷⁰. Eine Verallgemeinerung solcher Bemerkungen darf nicht vorgenommen werden, denn anderswo herrschten andere Verhältnisse.

Wie sich in Böhmen der niedere Adel und die Geistlichkeit durch die Deutschen bedroht fühlten, so gibt es auch Stimmen aus Österreich, die sich scharf gegen die Tschechen wenden⁷¹. Es war die Zeit Ottokars II., der sich nach dem Aussterben der Babenberger der österreichischen Länder bemächtigt hatte. Damals werden tschechische Herren den Österreichern ihre Macht haben fühlen lassen, so daß sie unbeliebt wurden. Daß das Tschechische in dieser Zeit in Österreich bekannt war, sieht man aus dem Meier Helmbrecht. Der junge Helmbrecht grüßt bei einem Besuch seine Mutter tschechisch „*dobra ytra*“ („guten Morgen“)⁷².

Schon im 14. Jahrhundert ist trotz dem Vordringen der deutschen Sprache in Böhmen die deutsche Ostbewegung zum Stillstand gekommen. In vielen Städten geht, wie schon dargelegt, der deutsche Einfluß seit der Mitte des Jahrhunderts zurück. Eine der Ursachen wird in der Pestzeit liegen, die einen großen Bevölkerungsrückgang mit sich gebracht hat. Sie hat natürlich Deutsche und Tschechen in gleichem Ausmaß getroffen. Aber es gab nun keinen Menschenüberfluß mehr, die Deutschen blieben zuhause, wo große Lücken auszufüllen waren und zogen nicht mehr in die Fremde. Der Zuzug vom Lande in die innerböhmischen Städte nahm zu, so daß der Rückgang des Deutschtums in manchen innerböhmischen Städten begreiflich wird. Die Tschechen hatten viel von den Deutschen gelernt, sie wußten auch das Stadtrecht zu führen. Hinzu kam noch eine Wirtschaftskrise, die zu vielen Wüstungen und damit zu einem Rückgang der Siedlung geführt hat. Das, was in den Hussitenkriegen sichtbar wird, die Schwäche der Deutschen und die Stärke der Tschechen, war schon lange vorbereitet. Die Deutschen sind in dieser Zeit und noch lange darnach viel weniger nationalbewußt als die Tschechen. Der Angriffsfreudigkeit auf tschechischer Seite steht ein laues, sattes deutsches Bürgertum gegenüber, das sich auf die Verteidigung beschränkt. Während man von Haß gegen die Deutschen hört, ist davon bei den Deutschen nichts zu spüren. Karl IV. wollte der tschechischen Sprache eine größere Geltungskraft verleihen, denn er bestimmte in der Goldenen Bulle, daß die Kurfürsten verschiedene Sprachen lernen sollten, ihre Söhne und Erben sollten vom 7.—14. Jahre Lateinisch, Italienisch und Tschechisch lernen.

Seit dem 13. Jahrhundert hat sich bei Tschechen und Polen im Gegensatz zum vordringenden Deutschtum ein Nationalgefühl entfaltet. Man wurde sich der verschiedenen Sprache und der Überlegenheit der Deutschen in wirtschaftlicher Hinsicht bewußt, erkannte die Zugehörigkeit zu einem be-

⁷⁰ Ebda. III, c. 23.

⁷¹ Österr. Reimchronik Ottokars (MG. Deutsche Chroniken V 1, 1896), S. 296, v. 22400 ff.

⁷² Wernher der Gartenaere, Meier Helmbrecht, v. 728.

stimmten Volke, während die Deutschen als Angehörige eines großen Reiches mehr international dachten, aber natürlich bisweilen auch die Sprach- und Volksunterschiede fühlten. Erst allmählich merkten sie, welcher Gefahr aus dem Osten sie gegenüberstanden. Was im 11. und 12. Jahrhundert noch kaum vorhanden war, tritt im 13. und 14. stärker hervor.

In der Zeit der deutschen Ostbewegung war die Begegnung der beiden Völker von den Grenzen in das Volksinnere der slawischen Nachbarn gelangt, so daß mehr Angriffspunkte entstanden und immer größere Teile von ihnen, zunächst die führenden Schichten, die Unterschiede in der beiderseitigen Lebenshaltung und in der Wirkung auf die Entwicklung der Völker erkannten. Die norddeutschen Slawen sind im Laufe mehrerer Jahrhunderte deutsch geworden, nicht durch Ausrottung, sondern durch allmähliche Anpassung. Nur bei den Sorben hat sich um Bautzen und Kottbus slawisches Volkstum bis heute gehalten, wobei die Sprache aber mit deutschem Lehn- gut gesättigt ist⁷³. Die Slowinzen in Westpreußen, die Kaschuben in Ostpreußen, die Slonsaken in Oberschlesien und um Teschen neigten der deutschen Kultur zu. Aber die Volkssubstanz der Tschechen und Polen ist nicht angegriffen worden. Die Slowenen („Winden“) in Kärnten stehen den Deutschen bis zum heutigen Tag freundlich gegenüber, auch ihre Sprache ist reich an deutschen Lehnwörtern⁷⁴. Das ist keineswegs das Ergebnis einer Germanisierungspolitik, sondern die natürliche Folge eines jahrhundertelangen Zusammenlebens⁷⁵.

Am deutlichsten kann die weitere Entwicklung in Böhmen und Mähren übersehen werden, wo die Hussitenkriege von 1420—1437 in nationaler Hinsicht den schon seit der Mitte des 14. Jahrhunderts erkennbaren Rückgang des Deutschtums zu einem schnellen Abschluß bringen. Es war aber nicht durchaus eine nationale Bewegung, denn damit sind religiöse und soziale Bestrebungen verknüpft. Diese sind aber nicht so bedeutend gewesen, wie sie moderne tschechische Historiker ausgeben⁷⁶. Es hat religiöse und soziale Mißstände gegeben, auch deutsche Prediger haben dagegen geeifert, sich aber zurückgezogen, als die nationalen Aspekte deutlich wurden, die schon vor dem Ausbruch der Krise im Kuttenberger Dekret König Wenzels gipfelten, das das Stimmenverhältnis in der Prager Universität 1409 einseitig zu Ungunsten der Deutschen änderte, so daß eine große Zahl von deutschen Studenten mit ihren Lehrern nach Leipzig abwanderte. Die Verbrennung

⁷³ H. H. Bielefeldt, Die deutschen Lehnwörter im Obersorbischen (Veröff. des Slav. Inst. in Berlin, Bd. 8), Leipzig 1933.

⁷⁴ E. Kranzmayer, Die deutschen Lehnwörter in der slovenischen Volkssprache. Laibach 1944.

⁷⁵ Vgl. über Nationalgefühl bei Deutschen, Tschechen und Polen im Mittelalter K. G. Hugelmann, Nationalstaat und Nationalitätenstaat im deutschen Mittelalter. I. Stamm, Nation und Nationalstaat im deutschen Mittelalter. 1955.

⁷⁶ Vgl. F. Seibt, Hus und die Hussiten in der tschechischen wissenschaftlichen Literatur seit 1945 (Zs. f. Ostforschung 7, 1958, S. 566—590) und die hier angegebene Literatur. Über die Bedeutung des Hussitismus für die Ausbildung des tschechischen Volkes E. Lemberg, Geschichte des Nationalismus in Europa (1950), S. 137.

des Hus machte aus ihm einen nationalen Märtyrer. Die Deutschen blieben in Böhmen und Mähren dem Papst ergeben und traten so von selbst in einen Gegensatz zu den utraquistischen Tschechen, außerdem befanden sie sich in besseren sozialen Verhältnissen, so daß mit ihrer Tötung oder Vertreibung Bereicherungsmöglichkeiten verbunden waren. Städte wie Beraun, Jaromiersch, Böhmisch Brod, Komotau und andere gingen in Flammen auf. Jaromiersch hat vergeblich Hilferufe nach Schlesien geschickt. Als Königgrätz in die Hände der Hussiten fiel, wurde sofort ein tschechischer Rat eingesetzt. Als König Sigismund die Stadt zurückeroberte, mußte er einem deutschen weichen. Man sieht, daß sich die Geister nicht nur konfessionell, sondern auch national ausrichten. Die deutschen Sprachinseln, die sich um verschiedene Städte besonders in Ostböhmen gebildet hatten, sind damals verschwunden, so um Kolin, Kuttenberg, Holitz, Tschaslau, Leitomischl. Städte wie Kolin, die den Utraquismus annahmen, wurden geschont. Aber die Bürgerschaft mußte sich einem tschechischen Rat fügen und wurde schnell tschechisiert. Auch Saaz, Leitmeritz, Aussig erhielten eine tschechische Verwaltung. Von der schon um 1400 starken tschechischen Bevölkerung in Saaz ist im Ackermann aus Böhmen nicht das mindeste zu bemerken, so wenig hat es das Schaffen des doch im Mittelpunkt der Stadtherrschaft stehenden Dichters beeinflußt. Das geschlossene Deutschtum an den Rändern Böhmens und Mährens und in den größeren Sprachinseln hat sich halten können, z. T. geschützt durch tschechische Stadtherren. In Mähren ist diese schnelle Volkstumsumschichtung langsamer vor sich gegangen. Am Ende der Hussitenkriege war das erschöpfte Land ausgesogen. Ein großer Teil des tschechischen Landvolkes war umgekommen, die Wirtschaft stagnierte. Der eigentliche Sieger war der hohe Adel, die Lage des niederen war nicht gebessert.

Nun beginnt ein tschechisches Königtum, in Wirklichkeit eine Adelsherrschaft. Wie unbefriedigend die Zustände waren, zeigt die Selbstbiographie des Johannes Butzbach, der am Ende des 15. Jahrhunderts nach Böhmen verschleppt worden war und von tschechischen Herren wie ein Sklave behandelt wurde⁷⁷. Das Tschechische war die offizielle Staatssprache, mit den Zentralstellen in Prag mußte tschechisch verkehrt werden. Die Sprachgrenze erstarrte und erlitt stellenweise Einbußen. Erst die politischen Ereignisse des 16. Jahrhunderts und die Folgen der Reformation schafften den Deutschen wieder etwas Luft. Die Bergleute des Erzgebirges kamen von der sächsischen Seite und waren Deutsche, die Glashütten im Isergebirge und Böhmerwalde wurden durch Deutsche errichtet. Nach Kuttenberg hatte man sofort nach den Kriegen die deutschen Bergleute zurückgerufen, aber sie sind in den nächsten Jahrzehnten tschechisiert worden. Der Anschluß an Österreich unter den Habsburgern 1526 nahm dem Lande noch nicht die Selbständigkeit und durch Sprachgesetze suchte man den steigenden Einfluß der Deutschen in den Städten hintanzuhalten. Deutsche Handwerker in den

⁷⁷ H. Preiß, Böhmen, wie es Johannes Butzbach von 1488—1494 erlebte (Veröff. des Collegium Carolinum, Hist.-phil. Reihe, Bd. 4). München 1958.

Städten waren bei dem Niedergang des tschechischen Handwerks eine Notwendigkeit und stellten sich ein. Die staatliche Gesetzgebung bemühte sich, den deutschen Einfluß gering zu halten, indem die Zuzugserlaubnis von einer Sprachprüfung abhängig gemacht wurde. An der Sprachgrenze wurden einige Städte wie Leitmeritz, Aussig, Saaz u. a. allmählich durch starke deutsche Zuwanderung wieder deutsch, in den Städten Innerböhmens bildeten sich neue deutsche Minderheiten. Die Bauern waren in Leibeigenschaft herabgesunken, so fehlte die Lust zur Arbeit. In und nach den Hussitenkriegen waren im Innern des Landes viele Deutsche zu Tschechen geworden. Was das Tschechentum im 13. und 14. Jahrhundert an nationaler Substanz verloren hatte, gewann es wieder, wobei sich deutlichere Sprachgrenzen ausbildeten. Es gibt viel deutsches Blut im tschechischen Volk. Im 16. Jahrhundert tritt das Nationalgefühl wieder zurück, denn die tschechischen Utraquisten fühlten sich dem deutschen Protestantismus verwandt. Die Gegenreformation nach der Schlacht am Weißen Berge traf beide Völker, deutsche und tschechische Protestanten mußten auswandern. Am Aufstand des Adels gegen die Habsburger hatten Deutsche und Tschechen gleichermaßen teilgenommen. Die verneuerte Landesordnung von 1627 für Böhmen und 1628 für Mähren begründete einen höfischen Absolutismus und den Sieg des beide Sprachen gleichmäßig berücksichtigenden Sprachenrechtes⁷⁸. Der Dreißigjährige Krieg endet mit dem Sieg des Kaisers und des Katholizismus und mit der Niederlage des tschechischen Adels. Die Bevölkerung Böhmens war von zwei Millionen auf 800 000 gesunken. Im 17. Jahrhundert rückt in Böhmen die Sprachgrenze noch in einigen Grenzgegenden vor, indem tschechische Bauernhöfe von Deutschen angekauft wurden. Der neue höfische Adel war international und fand nicht zum tschechischen Volke, die tschechischen Bauern hüten jetzt die sprachliche und volkskundliche Tradition. Es mochte einem Beurteiler, der in den höheren Kreisen Prags verkehrte, scheinen, als ob das Tschechische aussterben sollte. Das Bürgertum schien in der deutschen Sprache aufzugehen, meinte Pelzel, der 1791 auf die neu errichtete Lehrkanzel der tschechischen Sprache und Literatur an der Prager Universität berufen wurde⁷⁹. Diese oft zitierte Äußerung muß aber genauer zergliedert werden, als es meist geschieht. Auf dem Markte und mit den Diensthofen sprach man doch tschechisch, das zeigt, daß man in den meisten Bürgerfamilien doppelsprachig war.

Nationales Denken war der Zeit fremd, das gilt nicht nur für die tschechische, sondern auch für die deutsche Seite. Auch die Deutschen hatten gegen lateinische Gelehrten- und französische Literatursprache zu kämpfen und es war eine unerhörte Neuerung, als Karl Heinrich Seibt 1764 an der Prager

⁷⁸ W. Weiszäcker, *Geschichte des Rechtes in Böhmen und Mähren* (Die Deutschen in Böhmen und Mähren, hrsg. von H. Preidel¹ 1950, ² 1952), S. 132—152, besonders S. 142.

⁷⁹ F. M. Pelzel, *Geschichte der Deutschen und ihre Sprache in Böhmen* (Abh. der kgl. böhm. Gesellschaft der Wiss. 1788, Prag 1789), S. 344 ff. und 1790 (Prag 1791), S. 281 ff.

Universität deutsche Vorlesungen zu halten und die neue deutsche Literatur bekannt zu machen begann⁸⁰. Beide Völker in Böhmen empfanden sich als „böhmische Nation“, ihre Einheit zu erhalten erschien als patriotische Pflicht. Herder fand freundliche Worte für die Slawen, die er als friedliebende Ackerbauer den kriegesischen Deutschen gegenüberstellt, die sich an ihnen durch Landnahme und gewaltsame Germanisierung schwer versündigt hätten⁸¹. Er prophezeite den Slawen eine große und ruhmreiche Zukunft. Sie seien dazu bestimmt, das neue Zeitalter der Humanität heranzuführen, an dessen baldigen Anbruch Herder glaubte.

So spielen Deutsche eine Rolle bei der tschechischen Wiedergeburt. Palacký hat Herders Gedanken von der slawischen Demokratie und ihrem Kampf gegen den deutschen Feudalismus aufgegriffen, ohne die Berechtigung solcher Anschauungen gründlich nachzuprüfen. So sollen die Tschechen seit den Hussitenkriegen Vertreter des demokratischen Prinzips gewesen sein, was dem 19. Jahrhundert großen Eindruck machte. Es befreien sich die Tschechen im 19. Jahrhundert von der deutschen Bevormundung⁸². Die Deutschen werden in eine Verteidigungsstellung gedrängt. Nun beginnen sich die Völker national zu scheiden, der Riß geht vielfach bis in die Familien. Ein neuer Staatsaufbau nach Nationalitäten wurde durch die Tschechen verhindert, die sich dort, wo es zu gebrauchen war, auf das böhmische Staatsrecht beriefen. Wie im 14. Jahrhundert ist der tschechische Nationalismus kräftiger als der deutsche. Der kulturelle Aufstieg der Tschechen wird vom wirtschaftlichen begleitet. 1918 ist der tschechische Nationalstaat entstanden, die Deutschen wurden durch ein erkünsteltes Sprachenrecht zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabgedrückt, so daß sich nun bei ihnen der Widerstand regte. Am Ende des Zweiten Weltkrieges steht die Ausweisung der Deutschen. Es sieht so aus, als ob die Hinwendung des tschechischen Volkes zum Westen seit dem 13. Jahrhundert ausgelöscht sei. Die Tschechen waren das westlichste Slawenvolk, darum ist ihr Nationalismus am schärfsten entwickelt worden.

Z. T. anders ist die Entwicklung in Kärnten und der Steiermark verlaufen. Was in Böhmen seit dem 14. Jahrhundert gestört worden ist, hat sich hier weiter entfaltet. Kärnten ist ein in sich geschlossenes Becken, das sich eine andere als die friedliche Lösung des Mehrsprachenproblems aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten kann. Dafür ist es in der Südsteiermark und in Krain zur Verdrängung des Deutschtums gekommen. Auch hier haben die Deutschen an der Entstehung des slowenischen Nationalbewußtseins mitgewirkt.

⁸⁰ J. Pfitzner, Das nationale Erwachen der Sudetendeutschen im Spiegel ihres Schrifttums. Augsburg 1926.

⁸¹ Dazu u. a. E. Lemberg, Grundlagen des nationalen Erwachens in Böhmen, Reichenberg 1932; ders., Wege und Wandlungen des Nationalbewußtseins (Deutschtum und Ausland, 57/58. Heft), Münster i. Westf. 1934, S. 188 f.

⁸² Vgl. E. Winter, Tausend Jahre Geisteskampf im Sudetenraum. Salzburg 1941.

In Polen⁸³ und seinen Nachbarländern ist im 15. Jahrhundert Stillstand und Rückgang der deutschen Ostsiedlung zu beobachten⁸⁴. Im 16. Jahrhundert wurde die Niederlassung von Deutschen vom polnischen Adel aus wirtschaftlichen Gründen wieder gefördert. Die Weichsel wurde bis vor Warschau von deutschen Dörfern begleitet, auch in Westpolen wurde das Deutschtum stärker, das die Industrie ins Land brachte. Wie in Böhmen im 15. Jahrhundert, so hat in Polen der Adel bis ins 18. Jahrhundert regiert. Er ist mit am Niedergang des Landes schuld, doch dürfen die Nachbarstaaten, die 1772, 1793 und 1795 Polen aufteilten, von ihrer Schuld nicht freigesprochen werden. Hier ist wirklich einem Volkstum Unrecht getan worden. Die staatlich geförderte Siedlung des preußischen Staates, die in den Oderbrüchen wertvolle Arbeit geleistet hat, ist von den Polen als ein nationales Unrecht betrachtet worden, weil die Deutschen dabei bevorzugt wurden, auch wenn unter Friedrich dem Großen vor allem wüste Feldmarken, Sandböden und Moore in Kulturland umgewandelt worden sind. Die Bauernbefreiung, die sich im 18. Jahrhundert anbahnte und im 19. vollendet wurde, kam beiden Völkern zugute⁸⁵.

Zwei Bewegungen sind aufeinander geprallt. Die Slawen kamen aus dem Osten und haben sich nach der germanischen Völkerwanderung in Mitteleuropa festgesetzt. Sie wurden nun zu direkten Nachbarn der Deutschen. Die Reichswenden, die sich den deutschen Gesetzen fügten, wurden gern aufgenommen, sie sind vom 10.—13. Jahrhundert im Deutschtum aufgegangen. Seit dem 12. Jahrhundert beginnt die deutsche Ostbewegung, letzten Endes im Siedelgefälle begründet, die sich friedlich vollzieht, denn diese deutschen Bauern, Bürger und Bergleute stärkten die Wirtschaftskraft der an Deutschland im Osten angrenzenden Länder. Moderne Gedanken darf man an diese Zeit nicht anlegen, denn der Nationalstaatsgedanke war noch nicht entwickelt. Aber die größere wirtschaftliche Kraft der Deutschen, ihr Eindringen in die Staaten des Ostens ruft bei Geistlichkeit und Rittern ein nationales Bewußtsein hervor. Im 14. Jahrhundert kommt es wegen der Pest und aus wirtschaftlichen Ursachen zum Stillstand und Rückgang der deutschen Ostbewegung. Die Hussitenkriege setzen in Böhmen und Mähren die schon vorher einsetzende Schwächung der deutschen Stellungen fort. Die neuzeitliche Siedlung hat die Kraft des Mittelalters nicht erreicht. Polen und Tschechen haben ihre Volkssubstanz erhalten und die Anregungen des Westens aufgenommen, sie sind dadurch in die westliche Welt hineingewachsen. Die Slawen in Norddeutschland sind zum größten Teil deutsch geworden, ebenso die Hauptmasse der Wenden in Kärnten, dafür sind viele Deutsche in Böhmen, Mähren, der Slowakei und in Galizien slawisiert worden, während sich Schlesien samt seinen Fürsten den Deutschen zugewendet

⁸³ Dazu K. Lück, Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens. Plauen i. V. 1934.

⁸⁴ Dazu W. Kuhn, Geschichte der deutschen Ostsiedlung in der Neuzeit. 2 Bände und Kartenmappe. Köln 1955 u. 1957.

⁸⁵ Vgl. den Atlas zur Geschichte der deutschen Ostsiedlung, bearb. von W. Kralert, ¹ Bielefeld 1958, ² 1959.

hat. Es war ein gegenseitiges Nehmen und Geben. Nur in Teilen Norddeutschlands hat das Schwert eine Rolle gespielt, sonst kommt es zu einem friedlichen Zusammenleben, das durch das Erwachen des Nationalbewußtseins und die Hussitenkriege gestört wird. Das tschechische und polnische Volk haben sich durch die Annahme des Christentums in den Westen eingefügt und Volkstumsverluste wieder rückgängig gemacht. Hier haben friedliche und feindliche Zeiten miteinander abgewechselt, die friedlichen haben überwogen. Dem lebhaften Nationalbewußtsein der Tschechen und Polen im Mittelalter steht kein entsprechendes deutsches gegenüber. Zuerst hat das Christentum die Völker genähert, dann hat sich die stärkere Wirtschaftskraft der Deutschen Geltung verschafft. Die Slawen haben gelernt und reagiert. Wir sehen zwei Völker, die aufeinander angewiesen sind und die es noch lernen müssen, wie sich die Nachbarschaft in ruhige Bahnen leiten läßt.

ZUR GESCHICHTE DER HANDWERKER AUS DEN SUDETENLÄNDERN

Von Heinz Zatschek

Der 1937 erschienene erste Jahrgang der „Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte“ enthält einen Beitrag über „Volksgeschichtliche Aufgaben für die ältere sudetendeutsche Geschichte“. Wenn man ihn nach mehr als zwei Jahrzehnten wieder zur Hand nimmt, will einen dünken, das Programm sei reichhaltig, wenn auch noch lange nicht vollständig, und mit den damals bereits von den verschiedensten Forschungszweigen entwickelten Arbeitsmethoden zu verwirklichen gewesen. In den knappen acht Jahren bis 1945 ist verhältnismäßig viel von dem Programm in die Tat umgesetzt worden, wenn auch wegen des Krieges die Zahl der Mitarbeiter immer kleiner wurde. Noch mehr ist Torso geblieben und wird es bleiben müssen, solange ein Zutritt zu den ungedruckten Quellen nicht möglich ist.

Damit soll nicht gesagt sein, daß es nicht noch Aufgaben zu bewältigen gäbe, an die damals niemand gedacht hat, die auch noch nicht vordringlich waren. Seit 1945 leben Sudetendeutsche in West- und Ostdeutschland und in Österreich. Man kann damit rechnen, daß in jeder bedeutenderen Stadt Sudetendeutsche ansässig geworden sind, die, soweit die Stadtarchive die Kriegs- und Nachkriegswirren überstanden haben, einmal prüfen sollten, welche Anziehungskraft diese Städte in früheren Jahrhunderten auf die Bewohner der Sudetenländer ausgeübt hatten.

Aus diesem Fragenkreis heben wir mit den Handwerkern einen Ausschnitt heraus. Als bekannt darf vorausgesetzt werden, daß die Lehrzeit durchaus nicht im Geburtsort zugebracht werden mußte und für die Handwerksgehlen Wanderjahre vorgeschrieben waren. Und die Gesellen haben sich durchaus nicht immer in ihrer Heimat als Meister niedergelassen, sondern sind häufig genug in der Fremde geblieben und haben es dort zu einer gesicherten Existenz und zu Wohlstand gebracht.

Das Problem wäre also, wieweit Kinder aus deutschen und tschechischen Familien ihre Lehrzeit außerhalb der Sudetenländer zugebracht, in welchem Ausmaß Gesellen aus ihnen Österreich und das Reich durchwandert haben, und wieviele dort als Meister geblieben sind. Es empfiehlt sich, in die Untersuchung die Tschechen mit einzubeziehen, weil heute noch niemand weiß, seit wann diese als Lehrjungen und Gesellen in deutsche Gebiete gezogen sind. Auf die Ergebnisse in dieser Hinsicht kann man mit Recht gespannt

sein. Erst recht kann heute noch niemand sagen, ob und für welche Gewerbe Deutsche oder Tschechen mehr Neigung und Geschick gezeigt haben¹.

Auf diesem Weg wird man aber auch auf Bevölkerungseinbußen aufmerksam werden, mit denen sich bisher niemand näher befaßt hat. Als unbestritten darf gelten, daß die im Zug der großen Ostsiedelbewegung abgewanderten Deutschen als Auslese gewertet werden müssen. Umgekehrt wird man damit rechnen dürfen, daß Handwerker aus den Sudetenländern, die in der Fremde ansässig geworden sind, mindestens zum guten Durchschnitt zählen. So einfach ist das nicht — und wer weiß das besser, als wir — sich in der Fremde eine Existenz zu schaffen, durchaus nicht immer gerne gesehen, weil man inmitten der bodenständigen Bevölkerung eben doch nicht bodenständig ist.

Untersuchungen wie die eben angeregten führen zu einer ganz bestimmten Schichte der Bevölkerung, zu den Handwerkern, über die man in Deutschland und Österreich auch heute noch nicht allzuviel weiß. Das ist weiter nicht verwunderlich. Berge buchartiger Aufzeichnungen ruhen in den Archiven und harren ihrer Erschließung. Keine Einführung in das Studium der Geschichte weiß von ihnen. Es gibt keine Übersichten und erst recht kein Schrifttum, das sich mit dem Aussagewert der einzelnen Quellengruppen befaßt, während über Annalen und Chroniken, Urkunden und Akten bereits in den Proseminaren den Anfängern alles Wissenswerte beigebracht wird. Es bedarf mühevoller Kleinarbeit, ehe sich die ersten Ergebnisse abzeichnen. Ein Tummelplatz für geistvolle Synthesen wird die Gewerbegeschichte auch dann nicht sein, wenn man endlich aufhört, nur den Handwerksordnungen sein Augenmerk zu schenken.

1.

Wo liegen die Quellen, denen wir uns zuwenden müßten, und was enthalten sie? Die Archive der Städte und die der einzelnen Innungen sind die Fundstätten, wobei es nicht so sehr darauf ankommt, ob Innungen — wie z. B. in Wien auf Veranlassung des Bürgermeisters Lueger — ihr Archiv in das Stadtarchiv übertragen haben, sondern daß bei der Stadt und bei jeder Innung buchartige Aufzeichnungen ganz verschiedenen Inhalts geführt wurden. Nur wo beide Quellengruppen erhalten geblieben sind, kann man mit einigermaßen gesicherten Ergebnissen rechnen.

Wir führen die Bücher in der Reihenfolge vor, die dem Entwicklungsgang des Handwerkers entspricht und beginnen mit den stets bei der Innung geführten Aufding- und Freisprechbüchern. Es gibt in zeitlicher Abfolge geführte, andere wieder verzeichnen in verschiedener Ausführlichkeit bei dem einzelnen Meister die bei ihm in Lehre stehenden Jungen. Genannt werden Tauf- und Familienname des Lehrjungen, sein Geburtsort, die Dauer der Lehrzeit, daneben auch die Bürgen oder die der Aufdingung beiwohnenden

¹ Wien kann nicht als Beispiel schlechthin gelten.

Handwerksgenossen, Meister wie Gesellen. Diese Angabe ist jedoch keinesfalls Regel und nur bei kleinen Gewerben möglich.

Für unsere Fragestellung sind der Geburtsort und der Name des Lehrherrn wichtig. Der Geburtsort, weil er, wie noch zu zeigen sein wird, in den buchartigen Aufzeichnungen des Gewerbes die einzige absolut zuverlässige Herkunftsangabe ist. Über den Lehrherrn wäre zu bemerken, daß viele Lehrjungen in einem Gewerbe zu einer bestimmten Zeit zu dem an sich naheliegenden Schluß verleiten könnten, der gute Ruf gerade dieses Gewerbes habe den Anreiz geboten, in dieser oder jener Stadt zu lernen. Erst jüngst haben Einzeluntersuchungen ergeben, daß mehrfach Meister aus ihrem Geburtsort und aus dessen Umgebung immer wieder Lehrjungen in die Stadt nachgezogen haben, teils Mitglieder ihrer Sippe, teils Söhne von Freunden und Bekannten².

Über die Gesellen gibt es weit mehr Aufzeichnungen. Sie enthalten — um wenigstens die Grundformen zu nennen — die Namen der den einzelnen Meistern bei der Suche nach einem Arbeitsplatz zugeschickten Gesellen, oder die zugewanderten Gesellen haben sich, sofern sie Arbeit gefunden hatten, in die Bücher eigenhändig eingetragen³. Über die Zuschick- und Einschreibbücher muß noch einiges gesagt werden, um Irrtümer auszuschalten. Bei den Einschreibbüchern sind die Fehlerquellen verhältnismäßig gering. Die gleiche Person kann in ihnen zweimal eingetragen sein, einmal als „Junger“, das ist der vor kurzem erst freigesprochene Lehrjunge, und dann nach dem „Gesellenmachen“⁴ als Geselle. Würde ein einfaches Durchzählen der aus den einzelnen Landschaften stammenden Gesellen schon zu Irrtümern führen, wenn man die Doppelnennungen nicht ausschaltet, kann das Ergebnis bei den Zuschickbüchern geradezu in Frage gestellt werden.

Es gab genug unruhige Geister — hier scheinen sich Unterschiede zwischen den Angehörigen der verschiedenen deutschen Stämme und der verschiedenen Völker zu ergeben —, die ihren Arbeitsplatz im Verlauf eines Jahres oder doch während ihres Aufenthaltes in der Stadt mehrmals gewechselt haben. Wer diese öfteren Nennungen der gleichen Person nicht ausscheidet, wird nicht nur eine viel zu große Zahl von Gesellen zusammenbringen, sondern dementsprechend für einzelne Teile Mitteleuropas einen viel zu

² Künftig H. Zatschek, Tiroler Handwerker in Wien, Festschrift für F. Huter zu seinem 60. Geburtstag.

³ Bis einmal über die Merowingerschrift wirklich nichts Neues mehr zu sagen sein wird, sollte man sich mit der Schrift des einfachen Mannes aus dem 17. und 18. Jahrhundert und mit bestimmten Schreibschulen näher befassen. Es stünde dafür.

⁴ Viel Material, vor allem auch die beim Gesellenmachen gehaltenen Ansprachen findet man in den beiden Bänden des 1929 von R. Wissell herausgegebenen Werkes „Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit“. Grundsätzliches bei F. Rauers, „Hänselbuch. Schleif-, Vexier-, Deponier-, Tauf- und Zeremonienbuch. Recht und Gewohnheit aller ehrlichen Kauf-, Fuhr- und Seeleute, eines ehrbaren Handwerks, der Universitäten, der Bauern, Jäger und Ritterschaft, aller Geschlechter und löblichen Vетterschaften“, 1936.

großen Anteil an der Gesamtzahl der zur Arbeit vermittelten Gesellen errechnen.

Es ist nicht gesagt, daß Lehrjungen und Gesellen aus den gleichen Teilen eines Landes in eine bestimmte Stadt gekommen sind. Beispiele dafür, daß die Zahl der Gesellen die der Lehrjungen um ein Mehrfaches übertrifft und daß Gesellen aus ganz anderen Gegenden innerhalb einer Landschaft und aus weit mehr Ortschaften stammten als die Lehrjungen, sind recht häufig. Hier heißt es allerdings aufpassen. Es besteht keine Gewähr dafür, daß die Herkunftsangaben bei den Gesellen den Geburtsort meinen. Seit bekannt geworden ist, daß Gesellen nicht das Heimatdorf, sondern den Ort ihrer Lehrjahre angegeben haben, ist eine Fehlerquelle aufgedeckt, von der man wissen muß⁵.

Es ist unmöglich, die Vielfalt der Bücher aufzuzählen und näher zu kennzeichnen, die sich mit Meistern befassen. Es gibt solche, in denen die Meister mit Anführung der Herkunftsorte in der Reihenfolge eingetragen wurden, in der sie das Meisterrecht erlangt hatten⁶. Anderswo wird jedem Meister eine linke und eine rechte Buchseite eingeräumt, damit seine Lehrjungen übersichtlich aufgezeichnet werden können. Überdies gibt es Quartalaufgabenbücher, in denen jedem Meister eine Seite für Vermerke über die Zahlung seiner Auflagen gewidmet ist⁷. Größere Innungen haben auch Bücher

⁵ Die Möglichkeit bestünde, daß aus ganz kleinen Dörfern stammende Gesellen aus einem gewissen Geltungsbedürfnis ihren Lehrort genannt haben, der eher bekannt sein mochte. Für weniger wahrscheinlich hielte ich, daß sie sich zu einem solchen Verfahren entschlossen, wenn im Handwerk der Ort ihrer Lehre einen guten Ruf hatte. Zu erwägen wäre ferner, ob nicht eben freigesprochene Gesellen an dem ersten Arbeitsplatz, den sie zu Beginn der Wanderschaft gefunden hatten, ihren Lehrort angegeben hätten; die Ortsangabe wäre dann eine „Herkunfts“angabe. Bei guten Überlieferungsverhältnissen und einer vernünftigen Zusammenarbeit zwischen den Archiven zweier Orte müßte man das in Einzelfällen klären können. Ob die aufzuwendende Mühe lohnt, ist mir nicht so sicher, denn im Verlauf der Arbeit werden wir noch auf Meister mit zwei verschiedenen Herkunftsangaben stoßen. Eine letzte Möglichkeit schiene noch die zu sein, daß der Geselle den Ort nannte, in dem er zum Gesellen gemacht worden war. Das Schrifttum über das „Gesellenmachen“ enthält darüber keinerlei Angaben.

⁶ Es empfiehlt sich, damit die Einträge in die Neubürgerlisten zu vergleichen. Nirgendwo wird der Unterschied zwischen Verfügungen und dem täglichen Leben klarer als bei gewerbegeschichtlichen Untersuchungen. Die Handwerksordnungen schreiben zur Ausübung eines Gewerbes den Erwerb des Bürgerrechts vor. Vergleiche haben ergeben, daß zwischen Meister- und Bürgerrecht mehrere Jahre liegen können.

⁷ Für die Wirtschaftshistoriker sei hier vermerkt, daß Quartalaufgabenbücher eine höchst aufschlußreiche Quelle sind. Je nachdem, ob einzelne Meister nicht im Stande waren, die vierteljährlichen Auflagen pünktlich zu zahlen, oder ob eine stattliche Anzahl von Meistern unregelmäßig, oft erst nach Jahren, wenn wieder größere Aufträge eingegangen waren, oder überhaupt nicht mehr gezahlt hat, ist ein einzelner Handwerkerhaushalt in Schwierigkeiten geraten, oder es geht mit dem ganzen Handwerk bergab. — In Wien hat im 19. Jahrhundert der Stadtrat die Streichung solcher Rückstände bewilligt. Wo diese gar 20 und noch mehr Gulden betragen, ist natürlich auch die Meisterlade in Mitleidenschaft gezogen worden.

mit Aufzeichnungen über die Beratungen während ihrer Zusammenkünfte geführt, in denen die Namen der anwesenden Meister verzeichnet sind, eine Art Präsenzliste⁸.

Sie stellen am bequemsten die in einem Jahr nebeneinander arbeitenden Meister des gleichen Handwerks zusammen. Zu dem gleichen Ergebnis gelangt man, falls die angeführten Quellengruppen fehlen, mit Hilfe der Steueranschlüge. Der Weg ist weniger bequem, weil die Aufzeichnungen über Steuerleistungen — mindestens in Wien — nicht nach Gewerben, sondern nach Straßen und Häusern angelegt sind und man sich die Meister des gleichen Gewerbes erst zusammensuchen muß. Herkunftsangaben findet man meist in den vorher genannten Büchern. Wo jene fehlen, wird man sie in den Neubürgerbüchern finden, falls es Brauch war, hier entsprechende Vermerke anzubringen; in Wien z. B. bilden Herkunftsangaben eine Ausnahme, in Prag waren sie üblich.

Wer wissen will, wieviele Sudetendeutsche oder Tschechen in einer Stadt oder in einer Landschaft des Reiches oder in Österreich als Handwerker gelernt, sich während der Wanderschaft in ihrem Gewerbe vervollkommen haben oder als Meister seßhaft geworden sind, wird bei guten Überlieferungsverhältnissen sein Auslangen finden. Ist man aber einmal auf einen Meister gestoßen, wird man noch ergründen wollen, wie sich seine wirtschaftliche Lage und soziale Stellung in der neuen Heimat gestaltet hat.

Dazu bedarf es aus der Gruppe der Justizbücher — wir bedienen uns der 1913 von P. Rehme getroffenen Einteilung — der Gewer- und Satzbücher über Grund- und Hausbesitz, auch Bücher über Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit können weiter helfen, so wie aus der Gruppe der Verwaltungsbücher fallweise Rats- und Ämterlisten brauchbare Angaben liefern. Neubürgerbücher halten fest, wann das Bürgerrecht erworben wurde, während die Steuerbücher die Möglichkeit bieten, den Einzelnen unter die Wohlhabenden, durchschnittlich Verdienenden oder Armen einzureihen. Rechnungsbücher können noch weitere Daten enthalten. Wo vorhanden, führen Testamente und Verlassenschaftsabhandlungen ein erhebliches Stück weiter. In jenen können die Legate an Verwandte über die Herkunft des Erblassers wertvolle Aufschlüsse liefern. Was sonst an Verfügungen über Schmuck, Kleider, Tisch- und Bettwäsche im Einzeltestament zu finden ist, läßt für jeden, der mit Testamenten bereits gearbeitet hat, einen Schluß zu, in welche der drei eben genannten Gruppen der Meister gehört hat. Noch wichtiger

⁸ Wenn infolge der Kriegseinwirkungen Innungsarchive in Verlust geraten sind, wenn eine Innung ihr ganzes Archiv oder doch Teile — mit Ausnahme der Originalurkunden — einem Altpapierhändler überantwortet hat, oder wenn von 10 Steueranschlügen 9 ins Wasser geworfen wurden, sind abschließende Ergebnisse nicht mehr möglich. Damit, daß man die hier vorgeschlagenen Untersuchungen für alle Gewerbe einer Stadt durchführen könnte, ist ohnehin nur in den seltensten Fällen zu rechnen.

freilich sind Verlassenschaftsabhandlungen, vor allem, seit sie auch das Mobiliar, das Handwerkszeug und den vorhandenen Vorrat an Rohstoffen verzeichnen, weil der Wert der einzelnen Gegenstände angegeben wird und man auf diese Weise eine Vorstellung von einem Handwerkerhaushalt gewinnt, die auf anderem Weg nicht zu erzielen wäre.

Bei derartigen Untersuchungen kommt zu Tage, wieviel in früheren Zeiten, u. zw. bereits im Mittelalter, die Handwerker so wie die übrigen Bürger an sozialen Lasten auf sich genommen haben, die heute der Staat zu bewältigen hat, gedacht sei z. B. der in Wien nahezu in jedem Testament auftauchenden Legate für Kranken- und Siechenhäuser. Es zeigt sich, wie wenig Bargeld in den einzelnen Handwerkerhaushalten vorhanden war und welche Rolle unbezahlte Rechnungen gespielt haben, wobei noch zu bemerken wäre, daß unter den Schuldnern der Adel auffällig hervortritt.

Diese Ausführungen beruhen nicht auf theoretischen Erwägungen, sie sind vielmehr das Ergebnis langjähriger Beschäftigung mit allen hier genannten Quellengruppen⁹. Es scheint jedoch wünschenswert, an einigen Beispielen zu zeigen, welche Ergebnisse möglich sind. Wir wählen zwei Innungen, die Tischler und die Taschner in Wien¹⁰.

Einführend einige Worte über ihre Stellung im Rahmen des Handwerks in Wien. Einen ersten Anhalt über die zahlenmäßige Stärke liefert eine Aufgebotsordnung aus dem Jahre 1454¹¹. Den einzelnen Gewerben wird die Stellung von 2 Meistern oder eines Vielfachen dieser Zahl vorgeschrieben, so daß man damit rechnen muß, daß bei etlichen Gewerben mehr Meister vorhanden gewesen sein müssen, mindestens alte und kranke, die nicht herangezogen werden konnten. Ungeachtet dieser Erwägungen vermittelt diese Aufstellung doch eine Vorstellung von dem Gefüge des Handwerks in Wien um die Mitte des 15. Jahrhunderts. Die Tischler hatten damals 12, die Taschner 2 Meister zu stellen. Ein Vergleich lehrt, daß die Taschner ein kleines Gewerbe bildeten, während die Tischler zu den mittleren Gewer-

⁹ Ich kann darauf verzichten, alle meine im letzten Jahrzehnt erschienenen Arbeiten hier anzuführen, andere einschlägige sind mir nicht bekannt geworden.

¹⁰ Ich habe 1952 eine sehr eingehende Geschichte der Tischler verfaßt, der 1954 eine bis 1700 geführte des Taschnerhandwerks gefolgt ist. In der als ersten entstandenen Geschichte der Sattler konnten die Herkunftsfragen nicht behandelt werden. Alle drei Arbeiten sind ungedruckt und erliegen bei den Wiener Landesinnungen. Das im Ganzen 800 Schreibmaschinenseiten umfassende Manuskript der Tischlergeschichte wurde in dem 1958 erschienenen Buch „550 Jahre jung sein. Geschichte eines Handwerks“ verwertet.

¹¹ Sie steht im Copey-Buch der Gemeinen Stat Wien 1454—1464, hrsg. von H. J. Zeibig. FRA. II. Abt., Bd. 7, S. 11. Vgl. dazu auch H. Zatschek, Die Handwerksordnungen der Stadt Wien 1364—1430. Mitteilungen des Instituts f. österr. Geschichtsforschung 63, S. 9, Anm. 6.

ben gehörten. Eine weitere Bestandsaufnahme aus dem Jahr 1620¹² weist 26 Tischler und 3 Taschner nach. Noch ist nicht erkennbar, daß die Tischler in der Gegenwart zu den zahlenmäßig stärksten Innungen Wiens zählen werden. Die starke Zunahme setzt erst im 18. Jahrhundert ein. Eine weitere Aufstellung aus dem Jahre 1736 ergab 544 bürgerliche Tischlermeister und 13 Taschner¹³. In Wirklichkeit haben noch mehr Menschen das Gewerbe ausgeübt, aber es besteht kein Grund, auf die Hofbefreiten, die Dekretisten, Störer und Soldaten der Stadtguardia einzugehen. Mit ihnen haben wir uns auch im weiteren Verlauf der Arbeit nicht zu befassen.

Über die wirtschaftliche Lage wäre zu vermelden, daß in den hier zu untersuchenden Zeiten keines der Gewerbe geblüht hat. Die Tischler sind zwar später als viele andere Wiener Gewerbe von der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage erfaßt worden, wirklich wohlhabende Meister findet man unter ihnen selten und in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts gab es große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Bei den Taschnern hatte das Handwerk im 14. Jahrhundert goldenen Boden. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts haben sie eine Krisenzeit durchstehen müssen, deren Ursachen einstweilen noch nicht geklärt sind.

2.

Das älteste Aufding- und Freisprechbuch der Tischler umfaßt die Zeit von 1675—1740. Wir machen bei dem Jahr 1700 einen Einschnitt, weil wir zunächst mit tastenden Anfängen oder doch mit auffälligen Unregelmäßigkeiten zu rechnen haben. Die Einträge der beiden ersten aus Wischau und Brünn stammenden Lehrjungen sind gestrichen, gestrichen ist auch der nicht zu Ende geführte Eintrag eines dritten Lehrjungen aus Beraun und der vierte eines Lehrjungen aus Budweis. Erst 1688 treten an Stelle dieser in einer derartigen Häufung bisher nicht beobachteten Tilgung des Lehrverhältnisses normale Zustände.

Bis 1700 haben wir 320 Einträge gezählt, dabei aber auch angefangene und gestrichene Einträge berücksichtigt, weil die Absicht bestanden haben muß, die Genannten in Wien in die Lehre zu geben. In diesem Vierteljahrhundert kamen 9 Lehrjungen aus den Ländern der böhmischen Krone, 5 aus Böhmen, je 2 aus Mähren und Schlesien¹⁴. Diese Zahlen besagen nichts, solange wir sie nicht mit anderen vergleichen können. Aus dem damaligen

¹² Vgl. dazu V. Thiel, *Gewerbe und Industrie, Geschichte der Stadt Wien*, Bd. IV, S. 416 f. und Anm. 3 auf S. 416, R. Mattis, *Festschrift der Genossenschaft der Wiener Handschuh- und Bandagenmacher zur Fünfhundertjahrfeier ihres Bestandes 1930*, S. 41 ff. und H. Zatschek, *Handwerk und Gewerbe in Wien*, S. 40 ff. Die Aufstellung befindet sich in 2 Ausfertigungen im Archiv der Stadt Wien, Hauptarchivsakten, Fasz. 33, 2/1620.

¹³ Diese Aufzeichnung ist 1927 bei dem Brand des Justizpalastes vernichtet worden, eine Bearbeitung in Tabellenform findet sich bei V. Thiel a. a. O. S. 432—437.

¹⁴ Aus Preßnitz (2 Lehrjungen), Joachimsthal, Beraun und Budweis; aus Brünn und Wischau; aus Lemb (?) und Troppau.

Wien (heute der 1. Bezirk) stammten 66 Lehrjungen, weitere 15 aus dem Gebiet des heutigen Groß-Wien, 49 aus Niederösterreich, 37 aus Tirol, 9 aus dem heutigen Bundesland Vorarlberg, je 6 aus Oberösterreich und Krain, 5 aus der Steiermark, je 3 aus Kärnten und dem damals noch nicht zu Österreich gehörigen Salzburg, aus Westungarn 11. Wenn wir noch auf 30 Lehrjungen aus Schwaben und 26 aus Bayern verweisen, entsteht ein Bild, das der Leser selbst deuten kann. Mit 2,8% ist der Anteil der Sudetenländer an der Gesamtzahl der Lehrjungen sehr gering¹⁵.

In der Zeit von 1700—1740 waren unter 789 Lehrjungen 19 aus Böhmen, 13 aus Mähren, wozu noch 2 aus Schlesien kommen. Zunächst fällt auf, daß die Zahl für Schlesien unverändert geblieben ist. Das bedeutet in dem Fall einen Rückgang. Gegenüber dem letzten Viertel des 17. Jahrhunderts hat der Zuzug aus Mähren augenfällig zugenommen und steht nicht allzusehr hinter dem aus Böhmen zurück¹⁶. Im ganzen bedeuten rund 4,4% Anteil an der Gesamtzahl eine fühlbare Zunahme.

Es fällt auf, daß kein einziger Lehrjunge aus Prag stammt. Man kann das nicht mit der weiten Entfernung erklären, denn die eben angeführten Orte aus dem Erzgebirge, nämlich Preßnitz und Joachimsthal, aber auch Lichtenstadt, Lauterbach und Petschau, Kladrau, Ober-Politz und Braunau liegen nicht so nahe an Wien wie Prag. Die stärkste Gruppe ist aus Nordwestböhmen nach Wien in die Lehre gekommen; die gleiche Beobachtung werden wir bei den Gesellen anstellen. Hervorhebenswert ist, daß die meisten Lehrjungen aus Ober-Liebig bei Böhmisches-Leipa nach Wien gekommen sind¹⁷, aus einem Ort, der in dem Gesellenzuschickbuch nicht vorkommt, wohl aber als Herkunftsort bei einem Meister genannt wird.

Der Süden ist mit Krumau und Ledenitz ausgesprochen schwach vertreten. Aus Mittelböhmen sind überhaupt keine Lehrjungen nach Wien gekommen, was doch wohl den Schluß zuläßt, daß die Tschechen bis 1740 ihre Kinder noch nicht nach Wien in die Lehre geschickt haben¹⁸.

In Mähren liegen die Orte überwiegend in der östlichen Hälfte: Nikolsburg, Dürnholz und Kaidling, Brünn und Austerlitz, Prenditz, Milotitz und Liebau. Ziemlich abgesprengt liegen Langendorf und Mährisch-Trübau — falls man „Truebau aus Österreich“ so deuten darf¹⁹.

¹⁵ Bei zwei Lehrjungen ist klar, warum sie nach Wien gekommen sind: ein Bruder von ihnen war hier Tischlermeister, bei dem sie in die Lehre gegangen sind. Mit Hilfe dieser Angaben können wir in dem später noch zu besprechenden Meisterbuch bei dem einen Meister Herkunftsort und -land, bei dem zweiten den Herkunftsort ergänzen.

¹⁶ Die Zusammenfassung kleinerer Zeiträume macht sich bezahlt. Bei einer einfachen Durchzählung des ganzen Buches wären die Verschiebungen seit 1700 nicht deutlich geworden.

¹⁷ In der Schreibung Oberliewig, Ober Liwich, Ober Libich,, Ober Libig und Ober Libuth. Die Identifizierung verdanke ich Herrn Univ.-Prof. Dr. E. Schwarz.

¹⁸ Einige Namen waren nicht bestimmbar.

¹⁹ Mit Frelerstorff vermag ich nichts anzufangen.

Für die Gesellen mag das die Zeit vom 8. VI. 1738 — 5. VI. 1748 umfassende Zuschickbuch genügen. Die unmittelbar anschließenden Bände verzeichnen die Herkunft nicht, und was zu sagen ist, kann an diesem einen Beispiel veranschaulicht werden. Ein Zuschickbuch verzeichnet sowohl die Gesellen, die nach Wien gewandert waren und hier Arbeit gefunden hatten (Fremde) als auch jene, die hier ihren Arbeitsplatz gewechselt hatten (Umstehende). Man darf somit nicht erwarten, alle in Wien beschäftigten Gesellen in dem Buch zu finden. Wer bei seiner Anlage bereits in Arbeit stand und, während es in Gebrauch stand, entweder weiter wanderte oder sich als Meister niederließ, ist nicht verzeichnet. Zudem ist natürlich zu fragen, wem zugeschickt wurde. In dem vorliegenden Band in der Hauptsache nur den Stadtmeistern, von den Gesellen bei den Vorstadtmeistern erfahren wir demnach meistens nichts.

Das Zuschickbuch ist nicht mit der Genauigkeit geführt worden, die uns erwünscht wäre, das heißt, die Herkunftsangaben fehlen gar nicht so selten²⁰. Bei 787 Einträgen ohne Herkunftsangaben ist in 314 Fällen doch eine Ergänzung geglückt. Wichtiger ist aber etwas anderes. Nicht jedem Eintrag entspricht ein neuer Geselle. Es gab solche, die ihren Arbeitsplatz mehrfach gewechselt haben, deren Name also bei jedem Wechsel von neuem erscheint²¹. Man darf sie nur einmal zählen, sonst erhält man falsche Zahlen, die u. U. bestimmte Landschaften weit stärker hervortreten lassen, als es der Wirklichkeit entsprach.

Verdeutlichen wir das mit Hilfe einiger Zahlen. Das Zuschickbuch enthält 2770 Einträge, denen nur 1792 Gesellen entsprechen. Anders ausgedrückt: rund 36% der Einträge kommen für uns nicht mehr in Betracht, weil sie Namen bringen, die vorher mindestens bereits einmal eingetragen worden waren. Der Prozentsatz ist sehr groß und läßt erkennen, daß mit einem einfachen Durchzählen eines Gesellenzuschickbuches nur an Hand der Herkunftsangaben keine brauchbaren Ergebnisse zu erzielen sind. Man muß derartige Aufzeichnungen verzetteln. Keine angenehme Arbeit, wenn die Einträge in die Tausende gehen, aber sie ist unvermeidbar. Wer sich ihr nicht unterziehen will, sollte von derartigen Untersuchungen überhaupt Abstand nehmen. Bei dem Verzetteln wird man auch bei zahlreichen Einträgen ohne Herkunftsangabe eine Ergänzung vornehmen können, denn wenn der gleiche Geselle mehrmals eingetragen wurde, steht häufig wenigstens bei einem der Einträge der Herkunftsort oder das Land.

Die Zahl 1792 wird vermutlich noch zu hoch gegriffen sein. Wenn z. B. 1743 ein Andreas Miller ohne Herkunftsangabe und zwei Jahre später ein

²⁰ Zu Beginn der Jahre 1743 und 1745, Mai und Juni 1746, August 1746 bis März 1747. Mitte September 1747 hören sie nahezu auf. Von 226 Einträgen, die nun folgen, sind 161 ohne Herkunftsangaben.

²¹ Ein aus Prag zugewandelter Geselle hat zwischen 1742 und 1748 noch zehnmal den Arbeitsplatz gewechselt, sein Name begegnet daher elfmal. Ob 1 Geselle oder 11 aus Prag nach Wien gekommen waren, ist für alle Berechnungen ein gewaltiger Unterschied.

Andreas Müller aus Bamberg begegnet, können das zwei verschiedene Gesellen sein, ebenso gut aber auch nur einer. Der Andreas Miller könnte aber auch dem von 1740—1744 nachweisbaren gleichnamigen Gesellen aus Waiblingen gleichgesetzt werden. Es bleiben also noch kleine Fehlerquellen, sie können aber kaum Schaden stiften, weil Gesellen ohne Herkunftsangaben aus unserer Untersuchung ohnehin ausscheiden.

Wenn man sich in Erinnerung ruft, wie gering die Zahl der aus den Sudetenländern stammenden Lehrjungen gewesen ist, dann wird man aufmerksam, wenn man feststellt, daß nahezu 10% der Gesellen aus Böhmen und Mähren gekommen waren, nämlich 177. Vielleicht wird es als Schönheitsfehler empfunden, wenn Schlesien nicht mehr mitberücksichtigt wird, aus dem mehr als ein halbes Hundert Gesellen stammte. In das Jahrzehnt von 1738—1748 fallen aber die Kämpfe mit Preußen um Schlesien und der Verlust weiter Teile dieses Kronlandes 1742. Es hätte wenig Sinn gehabt, Gesellen aus Breslau oder Neisse bis zu dem Jahr mitzuzählen, dann aber auf sie zu verzichten. Und was soll man mit Einträgen machen, etwa zu 1744, mit der Herkunftsangabe Schlesien. Sind die Gesellen nun Österreicher oder Preußen?

123 Gesellen, von denen 12 nur als Böhme gekennzeichnet sind, stammten aus Böhmen. 111 Gesellen kamen aus 69 Orten, nämlich 27 aus Prag, 3 aus Eger, je 2 aus weiteren 15 Orten, u. zw. in alphabetischer Reihenfolge Blatna, Böhmisches-Leipa, Chlumetz, Chrudim, Königgrätz, Luditz, Pardubitz, Pilsen, Příbram, Schlaggenwald, Schlackenwerth, Trautenau und Wegstädtl²².

Alle übrigen Ortschaften anzuführen, aus denen nur ein Geselle stammte, wird nicht notwendig sein, bei etlichen ist auch eine Identifizierung nicht geglückt. Wenn man alle Namen in eine Karte einzeichnet, ergibt sich ein recht eigenartiges Bild. Am stärksten ist der Nordwesten Böhmens vertreten. Die Kette zieht von Eger über Schlaggenwald, Karlsbad, Neudek und Schlackenwerth, Saaz, Komotau und Görkau, Dux, Leitmeritz, Bensen, Böhmisches-Leipa, Reichstadt, Schluckenau und Rumburg, daneben ist noch Friedland zu nennen. Eine weitere Gruppe bilden Heiligenkreuz und Plan, im NO Luditz, im SO Kladrau, Bischofteinitz und Taus.

Von Pilsen zieht ein Streifen ostwärts mit Žebrák, Příbram, Königsaal, Prag, Říčany, Nimburg, Časlau, Chlumetz, Chrudim und Pardubitz; Elbe aufwärts ist noch Königgrätz, und dann noch Skalitz und Trautenau zu nennen.

Eine weitere Gruppe bilden Wallern, Krumau, Budweis, Wittingau, Neuhaus und Pilgram.

In einem Gebiet, das durch die Orte Prag, Königsaal, Žebrák, Příbram, Blatna, Budweis, Wittingau, Neuhaus, Pilgram, Chrudim, Časlau und Říčany abgesteckt wird, gibt es keine Orte, aus denen Tischlergesellen nach Wien abgewandert wären. Wenn man damit Sprachenkarten aus früherer Zeit vergleicht, wird der Eindruck bestätigt, den man bei der Durchsicht der Namen gewinnen mußte, daß bis 1748 Tschechen verhältnismäßig selten als

²² Trausnitz konnte ich nicht identifizieren.

Tischlergesellen nach Wien gekommen sind. Die Sudetendeutschen stehen bei weitem im Vordergrund²³.

54 Gesellen aus Mähren hatten auf ihrer Wanderschaft auch Wien aufgesucht. Von ihnen werden 8 als Mährer bezeichnet, die übrigen stammten aus 26 Orten. Es kamen 8 aus Brünn, 7 aus Olmütz, je 3 aus Znaim, Jarmeritz und Kremsier, 2 aus Wischau, aus den restlichen 20 Orten jeweils nur ein Geselle. Diese Orte sind, soweit identifizierbar Iglau, Teltsch, Zlabings und Mährisch Budwitz im Westen, Nikolsburg und Göding im Süden, Groß-Meseritsch, Raußnitz, Proßnitz, Kosteletz und Groß-Aujezd in Mittelmähren, Greifendorf, Müglitz, Liebau, Fulnek und Neutitschein im Norden. Mittelwalde und Ullersdorf haben 1738/39 noch zu Mähren gehört²⁴.

Diese Aufstellungen sind, es muß an dieser Stelle ausdrücklich gesagt werden, vermutlich nicht ganz zuverlässig. Zum 30. Juni 1743 findet sich bei dem eben zugewanderten Gesellen Antony Koltschoffzy die Angabe „von Brünn aus Raußnitz“. Der Geselle ist zweifellos in Raußnitz geboren, es heißt ja auch „aus“ Raußnitz, dort ist er aber nicht in die Lehre gegangen, sondern in dem ca. 20 km westlich liegenden Brünn. „Von“ dort ist er nach Wien gewandert, ob direkt oder mit Zwischenstationen, wissen wir nicht. Mit anderen Worten: Gesellen, die in einer kleinen Ortschaft geboren wurden, haben nicht diese, sondern den Ort ihrer Lehrjahre angegeben. Wo für den gleichen Gesellen zwei Orte genannt werden, kann als Regel gelten, daß der kleinere Ort der Geburtsort gewesen ist, während die Lehrjahre in der Stadt zugebracht wurden²⁵. Das ist eine ebenso einschneidende wie unangenehme Feststellung. Man wird überall dort, wo sehr viele Gesellen nach den Angaben der Zuschick- oder Einschreibbücher aus der Hauptstadt eines Landes stammen, den Eindruck nicht los, daß nur ein Teil von ihnen wirklich in ihr geboren wurde.

Wir gehen zu dem Meisterbuch über, das die Zeit von 1656—1774 umfaßt. Wir verzichten auf den Versuch, den Anteil Böhmens und Mährens an der Gesamtzahl in Prozenten auszurechnen, weil das Buch nicht alle Meister anführt. 1686 wurde ein Meister mit der Herkunftsangabe „aus Böhmen“ ein-

²³ Als Tschechen könnten in Frage kommen Johannes Bartainschek, Josef Blatarz, Johann Bratätz, Wenzel Broszgy, Martin Buzeckh (auch Wuthstock), Franz Chribog, Daniel Wolfgang Ewanzizky (auch Ewansichke, Ehemanschützgi und Ekartschitschky), Johann Halauböckh, Wenzel Herkutschkä, Wenzel Hrdliczka, Peter Irasöckh, Josef Lubowinsky, Johann Nostierak, Wenzel Prochaska, Wenzel Schläwackh, Anton Sellenkhä, Mathias Urpanekh, Anton Wandaräschko, Josef Wichodil, Wenzel Wischohratzky (auch Wischerouzky und Wischogräth), Josef Wüsottil (vielleicht mit Wichodil identisch) und Mathias Zeleny. Das wäre ungefähr 1/5 der Gesamtzahl. Wahrscheinlich würde ein Sprachforscher noch andere Namen als tschechisch bezeichnen. Alle Genannten als Tschechen anzusprechen würde ich nur dann wagen, wenn anzunehmen wäre, daß Wenzel Betzwarz aus Leitmeritz ein Tscheche gewesen ist und trotzdem Deutschböhmen als Herkunftsort angegeben hätte.

²⁴ Maria Strebau und Pausch konnte ich nicht identifizieren.

²⁵ Bis jetzt kenne ich nur eine Ausnahme von dieser Regel. Ein aus Wien gebürtiger Taschnergeselle hat Preßburg als Herkunftsort angegeben.

getragen. Mit Hilfe des Aufdingbuches können wir ermitteln, daß er aus Preßnitz stammte. Es kamen Meister 1690 aus Olmütz, 1694 aus der freien Bergstadt Sebastiansberg, 1695 aus Pardubitz. Vier unter 76 Meistern in der Zeit zwischen 1657 und 1699 ist nicht viel. Da aber bei 34 Meistern die Herkunftsangaben fehlen, stellen die 4 Meister immerhin ein Zehntel derer, über die man etwas aussagen kann.

Seit 1700 ließen sich aus folgenden Orten Tischlermeister aus den Sudetenländern in Wien nieder: aus Engelsberg 1701, aus Brünn 1710, aus Friedland 1712, aus Ober-Liebich 1713, aus Saaz 1716, aus Klattau 1721, aus Schlackenwerth 1725, aus Prag 1731, 1737 (2 Meister), 1747 und 1773, aus Elbogen, Maria Graupen und aus „Manetin in Pilsen“ 1737²⁶, aus Oberplan, Manetin und Hohenfurth 1738, aus Klösterle 1739, aus Humwald aus dem Herzogtum Krumau im Königreich Böhmen 1740, aus Olmütz 1742, aus Turas 1749, aus Lichtenau 1751, aus Osterau nächst Olmütz 1757, aus Ledetsch 1760, aus Wittingau und Holleschau 1772.

27 Meister aus den Sudetenländern unter 338 Meistern ist keine überwältigende Zahl, rechnet man aber die Einträge ohne Herkunftsangabe ab, kommt man abermals auf rund 10%. Interessanter ist das Verhältnis von 21 Meistern aus Böhmen zu 6 aus Mähren. Bei den Gesellen lag der Anteil Mährens erheblich höher. Einer Erklärung bedarf die Aufnahme von 8 Meistern in den Jahren 1737/38. Sie hatten nicht die Entwicklung vom Lehrlingen über den Gesellen zum Meister mitgemacht, sondern ohne Meisterprüfung als Störer gearbeitet, bis ihnen 1724 durch die Einführung der Schutzdekrete die Möglichkeit geboten wurde, ihrem Gewerbe abseits von der Organisation der bürgerlichen Meister, der Zeche, nachzugehen²⁷. Als nicht-bürgerliche, aber befugte Handwerker hatten sie keine Strafen oder Verfolgungen mehr zu gewärtigen. 1737/38 haben dann 8 Meister aus den Sudetenländern sogar das Meister- und Bürgerrecht erlangt und sind damit Mitglieder der bürgerlichen Zeche geworden.

Im Archiv der Landesinnung Wien der Tischler, in dem alle hier behandelten buchartigen Aufzeichnungen liegen, findet sich noch eine undatierte, in den vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts niedergeschriebene Meisterliste mit 97 Namen, auf die unter der Überschrift „Die Statmeister“ weitere 13 folgen; den Beschluß bilden 2 Meisterwitwen. Wir finden 12 Meister aus Böhmen, u. zw. aus Friedland, Ober-Liebich, Prag (4 Meister), Klösterle, Manetin, Pilsen, Klattau, Böhmisches Kratz (?) und Oberplan sowie 2 aus Mähren, nämlich aus Olmütz und Nikolsburg. Auch da ergibt sich ein auffälliges Übergewicht der Meister aus Böhmen über die aus Mähren.

Ein Vergleich dieser Liste mit den Einträgen im Meisterbuch lag nahe. Bei den Herkunftsangaben stößt man, und zwar nicht nur bei den Meistern aus den Sudetenländern, auf Widersprüche; etwa bei dem gleichen Meister

²⁶ Hier ist wieder Geburts- und Lehrort kombiniert.

²⁷ Vgl. dazu Pribram, Die Einführung der Schutzdekrete unter Karl VI. in Wien. Jahrbuch f. Gesetzgebung, Verwaltung u. Volkswirtschaft, NF. 29. Jg., S. 883 ff., 1905.

Ingolstadt und Neuburg am Inn, Wien und Traiskirchen, Innsbruck und Burgeis. Uns geht an Pilsen (in der Schreibung Bolzen) und Manetin in Pilsen, Prag und Maria Graupen, Prag und Poysdorf. Dieses war der schwierigste Fall, weil diese beiden Orte in ganz verschiedenen Kronländern liegen. Nicht 4 Wiener Tischlermeister waren in Prag geboren, sondern nur 2, von den beiden andern ist einer ein Niederösterreicher und hier überhaupt auszuschneiden. Mit Schwierigkeiten dieser Art hat man bei vielen Untersuchungen über geschichtliche Themen nicht zu rechnen. Sie sollen und dürfen von der Fortführung dieser Untersuchungsreihen nicht abschrecken.

3.

In der hier zu behandelnden Zeit stehen wir in der Zeit des sogenannten Landespatritismus. Man fühlt sich als Böhme oder Mährer, nicht aber als Deutscher oder Tscheche. So liest man es überall und findet die Feststellung mit Aussprüchen namhafter Zeitgenossen belegt. Wie aber, wenn es gegen die Stichhaltigkeit dieser Darlegungen doch Einwände gäbe?

Das Aufdingbuch umfaßt 65 Jahre. Da fällt nun auf, daß erstmalig 1736 bei 2 Lehrjungen aus Ober-Liebich und aus dem Markt Lichtenstadt zu dem Herkunftsort noch „aus Deutschböhmen“ hinzugesetzt wird. Der gleiche Zusatz findet sich ferner bei 2 Einträgen aus dem Jahr 1737, die Lehrjungen stammen aus den beiden eben genannten Ortschaften.

Das Gesellenzuschickbuch wurde 1738 angelegt. Seit 1739 begegnet man in ihm mehrfach dem Zusatz „aus Deutsch-Böhmen“ oder der Kennzeichnung eines Gesellen als „Deutsch-Böhme“. Wir stellen zusammen: Leitmeritz 1739, 1740 ein Geselle als Deutsch-Böhme, bei dem ein Jahr zuvor Wegstädtl aus Böhmen angegeben worden war, Wallern 1740, Blatna 1741, Lichtenstadt 1743, Irgau mit dem Zusatz „ein deutscher Böhme“ ebenfalls 1743, Wegstädtl 1744 und Plan ebenso²⁸, 1745 ein Geselle aus Deutsch-Böhmen und Schlaggenwald, Trausnitz (?), Neudeck und Bischofteinitz²⁹ 1746, Eger³⁰ und Weinberg³¹ 1747, ebenso Trautenau, Heiligenkreuz und ein Geselle als Deutsch-Böhme, bei dem 1745 Nowarsiten (?) aus Deutsch-Böhmen angegeben war³². Bei 18 von 123 aus Böhmen stammenden Gesellen ist ein Zusatz gegeben, der jene als Deutsch-Böhmen kennzeichnet oder ihre Heimat als in Deutsch-Böhmen gelegen hervorhebt. Ein Siebentel ist ein so großer Hundertsatz, daß man an dieser Feststellung nicht vorbeigehen kann.

Aber welche Schlüsse aus ihr ziehen? Es wäre gefährlich, alle Gesellen nun als Tschechen zu bezeichnen, bei deren Nennung der Zusatz fehlt. Ebenso wenig dürfte ein Ort als tschechisch angesehen werden, bei dem der Zusatz „in Deutsch-Böhmen“ fehlt. Auch dort, wo aus dem gleichen Ort mehrere

²⁸ Bei drei früheren Einträgen des gleichen Gesellen fehlt dieser Zusatz.

²⁹ Bei dem Eintrag des gleichen Gesellen 1744 ohne Zusatz.

³⁰ Bei dem Eintrag des gleichen Gesellen 1745 ohne Zusatz.

³¹ Bei dem ersten Eintrag dieses Gesellen wenige Monate vorher ohne Zusatz.

³² Bei einem etwas früheren Eintrag des gleichen Gesellen aus dem Jahr 1747 fehlt die Herkunftsangabe.

Gesellen stammten, wird man sich hüten müssen, alle als Tschechen zu bezeichnen, bei denen der Zusatz „aus Deutsch-Böhmen“ oder „Deutsch-Böhme“ fehlt.

Sehen wir noch weiter. In dem 1656 begonnenen Meisterbuch setzen 1737 Herkunftsangaben mit dem Zusatz „aus Deutsch-Böhmen“ ein, und zwar bei den Orten Graupen, Elbogen, Oberplan, Hohenfurt 1738, Klösterle 1739, Lichtenau 1751.

In den buchartigen Aufzeichnungen der Tischler beginnen, wie wir sehen, schlagartig 1737 Kennzeichnungen der Zugehörigkeit eines Menschen zum deutschen Volk oder eines Ortes zum deutschen Sprachgebiet, 1751 hören sie auf. Zu der Vorstellung von einem „Landespatriotismus“ passen die angeführten Beispiele schlecht. Ausgehen müssen diese Angaben von den Lehrjungen, Gesellen und Meistern selbst, von Menschen, denen man keine höhere Bildung zumuten kann. Eben deswegen möchte ich diesen Stimmen mehr Gewicht beilegen als den im Schrifttum immer wieder angeführten Äußerungen von Adeligen und Gelehrten. Vielleicht wird man die Ursachen für diese Erscheinung später einmal, bis mehr Material gesichtet ist, erkennen. Ich halte es aber nicht für ausgeschlossen, daß etwas ganz anderes dahinter steckt als Regungen eines Volksbewußtseins unter den Deutschen in Böhmen, wobei immerhin auffällig wäre, daß nicht ein einziger Beleg aus Mähren stammt. Ich bin nämlich in dem Zuschickbuch auf einen Gesellen gestoßen, als dessen Herkunftsort Bitsch aus „Deutsch-Lothringen“ angegeben ist (1746).

4.

Nichts wäre falscher, als eine Verallgemeinerung der auf neuen Wegen gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse. Um das zu erhärten, machen wir nicht schon hier Schluß, was an sich durchaus möglich wäre, denn was gezeigt werden sollte, ist an dem Beispiel der Tischler geschehen. Wir gehen daher auf die Taschner über, weil dieses Handwerk eine ganz andere Zusammensetzung aufweist, soweit die Herkunft in Frage kommt. Es wird stärker als die Tischler und so manches andere Gewerbe durch die Bodenständigen bestimmt, als Zuzugsgebiet spielen Schlesien und Sachsen eine Rolle, die bei anderen Wiener Gewerben bisher nicht beobachtet werden konnte.

Das älteste Aufdingbuch scheint auch das erste gewesen zu sein. Es wurde Ende 1633 angelegt, die ersten, bis 1607 zurückreichenden Einträge gehen auf „etliche Zetln“ zurück, die bei den alten Meistern noch gefunden worden waren und rühren von der gleichen Hand her. Dieses Buch führt bis zum Jahr 1710 und unterscheidet sich von dem ersten Aufdingbuch der Tischler dadurch, daß die bei der Aufdingung anwesenden Meister und Gesellen, später auch die Bürgen angeführt werden. Es fällt daher nicht schwer, die Zahl der gleichzeitig arbeitenden Gesellen und Meister zu ermitteln⁸³.

⁸³ Archiv der Stadt Wien, Innungsbücher 54/8.

Von 1607—1672 und von 1682—1699 wurden 65 Lehrjungen aufgedingt, aber nur bei 27 finden sich Herkunftsangaben, an sich ein recht dürftiges Material. 12 Lehrjungen stammten aus Wien, rund 45%. Die übrigen waren aus Nieder- und Oberösterreich, aus dem heutigen Burgenland und aus Westungarn, 6 aus verschiedenen Teilen des Reichs, davon einer aus der Neumark. Wenn „Grosen Deix in Österreich“ mit Großtaxis in Südmähren gleichgesetzt werden dürfte, hätten wir wenigstens einen Lehrjungen aus den Sudetenländern.

Es erscheint überflüssig, die Suche nach solchen im 18. Jahrhundert fortzuführen, beachtlich ist nur, daß sich von diesen 65 Lehrjungen dann 30 in das Geselleneinschreibbuch eingetragen haben. Von diesen haben 6 Lehrjungen nach ihrer Freisprechung Wien als Herkunftsort angegeben, obwohl sie ganz wo anders geboren waren.

Für die Gesellen gibt es ein die Jahre 1591—1724 umfassendes Einschreibbuch. Es wurde 1642 angelegt, die vorhergehenden Einträge sind aus einem älteren, heute verlorenen Band übernommen worden. Das hat zur Folge, daß bei den einzelnen Einträgen Jahreszahlen mit wenigen Ausnahmen bis 1614 fehlen und nicht alle Gesellen verzeichnet sind. Erst ab 1642 ist es verläßlich³⁴.

Bis 1618 sind 154 Namen eingetragen, im Anfang nur Taufnamen und Herkunftsort. Dieser fehlt auch später in den seltensten Fällen. Das Bild ist bunter als bei den Tischlern. Gesellen sind sogar aus Elbing, Danzig, Rostock, Lübeck (4 Gesellen) und Hamburg gekommen. Man möchte schließen, das Wiener Taschnerhandwerk habe damals eine große Anziehungskraft ausgeübt. Anders als bei den Lehrjungen sind viel weniger Gesellen aus Österreich gebürtig. Neben 13 Gesellen aus Wien waren 4 aus Salzburg und je 2 aus Steyer und Graz. Um den verhältnismäßig geringen Anteil der Sudetenländer in das rechte Licht zu rücken, stellen wir 11 Gesellen aus Breslau und 15 aus Nürnberg, 5 aus Prag (stets Praga geschrieben) und einen aus Olmütz gegenüber³⁵. Bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges war Franken ein beachtliches Zuzugsland, neben dem in Mitteldeutschland Sachsen eine rund 20 Gesellen starke Gruppe gestellt hat, Naumburg und Halle allein je sechs.

In der Zeit zwischen 1618 und 1699 haben wir 273 Namen gezählt, dabei aber keinen Unterschied gemacht, ob sich jemand bei dem ersten Eintrag als „Junger“ oder Geselle bezeichnet hat. In der ungedruckten Arbeit „Aus

³⁴ Ebenda, Innungsbücher 54/4. Da in späterer Zeit die Einträge fast immer eigenhändig sind, einzelne sogar in lateinischer Sprache, ist dieses Buch eine wahre Fundgrube auch für Palaeographen. Eine Bearbeitung ist 1935 erschienen: Das Einschreibbuch der Wiener Taschnergesellen 1591—1724. Die Matrikel. Quellen zur Familienforschung, 1. Jg., S. 37—40 und 49—51. Einzelne Einträge sind übersprungen, die Lesung der Personen- und Ortsnamen nicht immer zuverlässig, trotzdem wäre es begrüßenswert, wenn es mehr Veröffentlichungen dieser Art gäbe. Unser Text baut auf der Handschrift auf.

³⁵ Die Namen der Gesellen aus Prag und Olmütz lassen nur den Schluß zu, es seien Deutsche gewesen.

der Vergangenheit des Taschnerhandwerks in Wien" hatten wir jeweils 10 Jahre zusammengefaßt, weil bei einer Zusammenfassung größerer Zeiträume Besonderheiten leicht verwischt werden können. Hier wählen wir einen anderen Weg und nehmen das Menschenalter von 1618—1648 als Einheit. 1621, 1633/34 und 1644 war überhaupt kein Taschnergeselle nach Wien gekommen, je länger der Krieg währte, desto zögernder die Zuwanderung. Waren 1622 noch 9, vielleicht sogar 11 Gesellen zugewandert, sind es 1643, 1645 und 1647 nur mehr je 2, 1646 gar nur einer. Die Schrumpfung der Zuzugsgebiete ist augenscheinlich. Von den Küsten der Ost- und Nordsee kommt kein Geselle mehr. Auffällig ist auch die große Zahl von „Jüngern“ unter 94 Zugewanderten. Der Krieg scheint das „Gesellenmachen“ beeinflusst, genauer gesagt hinausgezögert zu haben. Wien und Nürnberg mit je 9 Gesellen sind nun gleich stark vertreten, ebenso Breslau und Graz, das sich nun stärker in den Vordergrund schiebt, mit je 6 Gesellen. Demgegenüber treten die Sudetenländer stark zurück: aus Prag und Znaim kamen je 2 Gesellen³⁸. Bei einem so kleinen Gewerbe wie die Taschner müssen weniger Gesellen aus den Sudetenländern gearbeitet haben als bei den Tischlern. Mit einem Anteil von 5,3% an der Gesamtzahl ist der Unterschied zwischen beiden Gewerben in dieser Hinsicht deutlich genug gekennzeichnet.

Wir fassen nun die Jahre 1649—1682 zusammen, um etwaige Folgen der zweiten Türkenbelagerung schärfer zu erkennen. Der Zeitraum ist unmerklich länger als der vorhergehende. Wenn nur 100 Gesellen zugewandert kamen, ist von einer raschen Erholung nach dem Frieden von Münster und Osnabrück nichts zu verspüren. Vier Gesellen haben sich ausdrücklich als Meistersöhne bezeichnet, unter ihnen 3 Schlesier. Ob das als Zeichen für einen guten Ruf des Handwerks gewertet werden darf, bleibe offen, solange nicht ähnliche Beobachtungen in größerer Zahl vorliegen.

Mit 14 Gesellen steht Nürnberg an der Spitze, gefolgt von Breslau mit 13, Wien mit 12 und Halle mit 10 Gesellen. Straubing scheidet aus, dafür kommt Regensburg mit 4 und München mit 5 Gesellen neu hinzu. Im ganzen also recht beachtliche Verschiebungen. Aus Graz kamen gleichfalls 5 Gesellen, dagegen aus Böhmen und Mähren nicht einer, und das bleibt so bis 1705. Um es ganz genau zu sagen: zwischen 1632 und 1705 taucht kein einziger Geselle aus den Sudetenländern bei den Wiener Taschnermeistern auf, eine eigenartige Erscheinung, für die wir einstweilen keine Erklärung wissen.

Wir brauchten auf die letzten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts gar nicht mehr einzugehen. Wir wollen aber doch die Folgen der zweiten Türkenbelagerung bei dem Handwerk wenigstens streifen. Zwischen 13. Juni 1683 und 10. August 1685 ist kein Taschnergeselle nach Wien gekommen und dann dauert es noch bis in den Mai des folgenden Jahres, bis endlich wieder normale Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt dieses Handwerks eintreten. Von den Gesellen der Tischler liegen aus dem 17. Jahrhundert keine Auf-

³⁸ Die Gesellennamen lassen auch diesmal den Schluß auf die Zugehörigkeit ihrer Träger zum deutschen Volk zu.

zeichnungen mehr vor. Bei den Lehrjungen hat die Unterbrechung nur von Pfingsten 1683 bis Mitfasten 1684 gedauert.

Wenn wir nun die Zeit von 1705 bis zum Tod Karls VI. zusammenfassen, erhalten wir neuerdings eine annähernd so große Zeitspanne wie bisher. Die Ergebnisse werden allerdings dadurch beeinträchtigt, daß, anders als bisher, bei einer größeren Anzahl von Gesellen Angaben über den Herkunftsort nicht aufgenommen worden sind. Wüßten wir ihn von allen, wäre das Ergebnis möglicherweise ein anderes.

228 Gesellen und „Junger“ haben sich bis 1740 eingetragen, wobei der starke Anteil der nicht „gemachten“ Gesellen auffällt. Im Hinblick darauf, daß bis 1724 eine Veröffentlichung vorliegt, vor allem aber wegen der plötzlich einsetzenden Umschichtung machen wir bei dem genannten Jahr eine Zwischenbilanz. Mit 16 Gesellen steht Wien an der Spitze, es folgen Leipzig mit 13 und Dresden mit 12 Gesellen. Sachsen tritt als das alle anderen deutschen Landschaften weit überragende Zuzugsgebiet hervor, während Breslau, das so wie Halle mit je 8 Gesellen vertreten ist, seine Bedeutung einbüßt, und mit ihm Schlesien überhaupt. Aus Bayern kommen wohl Gesellen, aus Freising, aus Landshut, Stadthof und Passau, aber immer nur 1—2, Nürnberg ist nicht mehr vertreten. Aus den Sudetenländern sind 2 Gesellen aus Prag zu vermelden, 1705 und 1712³⁷. Unter 134 Gesellen verschwinden diese beiden. Es folgen aber auch bis 1740 keine mehr, so daß man, da bereits durch 73 Jahre keine Gesellen mehr aus Böhmen und Mähren gekommen waren, von einem Versiegen der Zuwanderung aus den Sudetenländern sprechen könnte.

Für die Zeiten Maria Theresias begnügen wir uns mit stichwortartigen Angaben. Im ersten Jahrzehnt ihrer Regierung bleibt die Zahl der nach Wien zugewanderten Taschnergesellen unverändert, im folgenden setzt ein leichter Rückgang ein, der sich bis 1769 noch verstärkt. Jetzt machen sich die Folgen des Siebenjährigen Krieges doch bemerkbar, in den Jahren 1760 bis 1762 haben sich nur 4 Gesellen in das Buch eingetragen.

Wie zu erwarten, kommen aus Schlesien viel weniger Gesellen, als vorher. Nicht zu erwarten war dagegen, daß nun aus den Ländern Friedrichs II. Gesellen den Weg nach Wien einschlagen und damit eine Entwicklung fortsetzen, die sich bereits vor 1739 angekündigt hatte: 7 Gesellen aus Berlin, 2 aus Magdeburg und 1 aus Frankfurt an der Oder. In der gleichen Zeit sind aus Prag und Olmütz je 2 Gesellen zu verzeichnen.

Ganz unerwartet und vorläufig auch nicht erklärbar tritt in der Hinsicht in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts ein Wandel ein. Bis 1785 verzeichnen wir 3 Gesellen aus Olmütz, bis 1789 3 aus dieser Stadt und 4 aus Brünn, bis zu Ausgang des Jahrhunderts noch weitere 2 aus Brünn und einen aus Prag.

Was bis 1863 gesagt werden kann, in welchem Jahr die Einschreibbücher bei den Taschnern ein Ende finden, ist bald gesagt. Das erste Jahrzehnt des

³⁷ Einer hieß Miller, der andere Mülle, beide könnten miteinander verwandt gewesen sein.

19. Jahrhunderts steht im Zeichen der schweren Kämpfe gegen Napoleon. 1809 ist kein Taschnergeselle nach Wien gekommen, aber auch die Gesamtzahl der Zugewanderten ist niedriger, als im 18. Jahrhundert und sinkt bis 1829 ständig weiter. Von 46 Gesellen sind 13 aus Sachsen gekommen, aus Wien 7; mit je 4 Gesellen sind Graz, die Sudetenländer³⁸ und Ungarn³⁹ in gleicher Weise vertreten.

An diesem Bild verändert sich auch in der Folgezeit nicht viel. Sachsen bleibt weiterhin das wichtigste Zuzugsland und in ihm sind Leipzig und Dresden die am häufigsten genannten Orte⁴⁰. Hinter ihnen tritt sogar Wien zurück⁴¹. Nennenswert ist seit 1820 nur noch Bayern, aus den Sudetenländern kamen 5 Gesellen, einer aus Prag, 2 aus Brünn und je einer aus Kremsier und Olmütz.

Um 1840 setzt bei den Taschnern eine Art Schrumpfungsprozeß ein. Noch vor 1866, was, soweit mir bekannt, bisher noch nie beobachtet worden ist, treten die außerösterreichischen Zuzugsgebiete immer mehr zurück und Wien steht an der Spitze. Zu der Geschichte der Atomisierung Mitteleuropas ist das freilich nur ein winziger Beitrag. Trotzdem erscheint er uns wichtig genug, denn er stammt aus Quellen, die für dieses Problem noch niemand herangezogen hat, für andere Probleme allerdings auch nicht! Es nimmt also nicht nur die Zahl der aus Wien gebürtigen Taschnergesellen zu, sondern auch die der aus den Sudetenländern Zugewanderten. Das setzt wie ein voller Akkord schon mit dem 1830 beginnenden Jahrzehnt ein: 8 Gesellen aus Prag, je einer aus Brünn und Olmütz. Auf dieser Höhe hält sich die Zuwanderung aus den Sudetenländern allerdings nicht. Bis 1863 sind an den verschiedensten Stellen der Geselleneinschreibbücher⁴² noch je ein Geselle aus Reichenberg und Prag, einer aus Boskowitz und 2 Mährer eingetragen, bei denen kein Herkunftsort angegeben ist⁴³.

Wir haben rund 270 Jahre überschaut. Das Bild unterscheidet sich sehr beachtlich von dem, was wir sonst über den Aufbau der Wiener Gewerbe in Wien bereits wissen. Bei den Taschnern hat die Osthälfte des alten Reiches ein klares Übergewicht, während sonst Bayern und Schwaben bis zu

³⁸ Je 1 Geselle aus Prag, Brünn, Kremsier und Olmütz.

³⁹ 3 Gesellen aus Pest, einer aus Waitzen.

⁴⁰ Von 1800—1819 sind es 19 Gesellen aus Leipzig und 13 aus Dresden, von 1820 bis 1829 dagegen 5 aus Leipzig und 12 aus Dresden.

⁴¹ Von 1800—1829 sind es 20 Gesellen.

⁴² Ein Geselleneinschreibbuch umfaßt die Jahre 1725—1785, auf fol. 58—59 finden sich dann noch Einträge aus den Jahren 1854—1863 (Innungsbücher 54/5). Im anschließenden Einschreibbuch für die Jahre 1786—1861 (Innungsbücher 54/6) stellen die Nachrichten bis 1811 eine Abschrift eines anderen, in Verlust geratenen Buches dar. Auf S. 181—214 sind die in den Jahren 1787—1860 Freigesprochenen verzeichnet.

⁴³ In einem Wanderprotokoll für die Zeit von 1815—1830 (Innungsbücher 54/7) stehen mehr Gesellen als in dem Einschreibbuch, die Einträge in dieses sind später erfolgt als der Eintritt in die Arbeit. Eine genauere Untersuchung dieses Bandes, der auch zeigt, wieviel Zeit zwischen der Ankunft in Wien und der Zuweisung eines Arbeitsplatzes verstreichen konnte, steht noch aus.

Beginn des 19. Jahrhunderts bestimmend waren, wobei hier Schwaben, dort Bayern die meisten Zuzügler gestellt hat. Man vermißt bei den Taschnern aber auch eine Reihe von Erzbistümern und Bistümern, die man in den Büchern anderer Gewerbe immer wieder verzeichnet findet: Mainz, Münster, Paderborn, Würzburg, Bamberg und Eichstätt. Für das zeitweilige Versiegen der Zuwanderung aus Böhmen und Mähren haben wir noch keine Erklärung, ebenso nicht dafür, daß zeitweise aus Böhmen, dann wieder aus Mähren die größere Zahl von Gesellen nach Wien wandert. Einstweilen muß es genügen, auf Erscheinungen aufmerksam gemacht zu haben, von denen man bisher nichts gewußt hat.

Sind die Taschnergesellen aus den Sudetenländern im Stadtbild Wiens nicht hervorgetreten, dann darf man annehmen, daß sich nur wenige von ihnen später in der Stadt als Meister niedergelassen haben. Es sind von 1607 bis 1779 nur 3. Man ist überrascht, daß die Zahl der aus Wien gebürtigen Taschnermeister verhältnismäßig groß war, weil weit mehr Taschnergesellen aus anderen Orten stammten. Von 41 Taschnermeistern aus dieser Zeit, deren Herkunft ermittelt werden konnte, haben 23 Wien als Herkunftsort angegeben. Wir sagen angegeben, weil im 17. Jahrhundert 3 von ihnen nicht gebürtige Wiener, 2 nicht einmal gebürtige Österreicher waren. Einer stammte aus Rechnitz in Ungarn, der andere aus Passau, womit neuerdings unterstrichen sei, daß man den Herkunftsangaben eine besondere Aufmerksamkeit widmen muß. Nach Wien wäre Halle mit 4 Meistern zu nennen, Breslau und Znaim mit zwei, aus allen anderen Städten und Orten stammte nur ein Meister⁴⁴.

Mit den beiden aus Znaim stammenden Taschnermeistern wollen wir uns zum Abschluß näher befassen, weil die Quellenlage verhältnismäßig günstig ist und ein Muster für einschlägige Untersuchungen geboten werden kann. Zacharias Pauer hat sich im Jahre 1626 in das Zuschickbuch eingetragen⁴⁵, wurde am 20. März 1631 Meister⁴⁶ und erlangte im April des gleichen Jahres das Bürgerrecht⁴⁷. Vor dem 17. Januar 1659 ist er gestorben.

Pauer hatte es von allem Anfang nicht schwer, denn durch die Heirat mit Maria, der Tochter des Taschnermeisters Michael Purkhart und seiner Frau Anna, waren ein Haus, Weingärten und die Werkstatt samt dem Kundenkreis in seinen Besitz gekommen⁴⁸. Er begann mit der sehr hohen Erwerbssteuer von 14 ₰ 8, die sich noch über den Dreißigjährigen Krieg hinaus in dieser

⁴⁴ Wir führen sie in der durch den Erwerb des Bürgerrechts bedingten Reihenfolge an: Lübeck, Augsburg Passau, Weißenburg, Straubing, Niederndorf, Prag, Leipzig und Linz.

⁴⁵ Innungsbücher 54/4, fol. 9.

⁴⁶ IB. 54/8, fol. 97.

⁴⁷ Oberkammeramtsrechnungen 1/153, fol. 41. Die Berufsangabe fehlt hier.

⁴⁸ Purkhart hatte 1621 ein Haus erstanden, das mit 250 ₰ 8 in die Steuer eingelegt war und das er allein bewohnte (Grundbuch 1/13, fol. 365—365v; der Eintrag datiert vom 28. April 1621. Vgl. auch Steueranschlätze 52/16, fol. 2). Sein Weinbergbesitz war ansehnlich, 1626 mußte er nahezu 14 000 Liter versteuern.

Höhe gehalten hat⁴⁹. Ob das nicht vielleicht doch Kriegskonjunktur gewesen ist? Zacharias Pauer hat bereits 2 Jahre nach dem Friedensschluß seine Weingärten abstoßen müssen, 1651 wurde seine Erwerbssteuer auf 10, im Folgejahr auf 6 ₰ herabgesetzt und ist 1656 sogar auf 4 ₰ gesunken.

Pauer hat sein Testament am 28. Januar 1658 gemacht⁵⁰, 4 Armenhäusern zusammen 3 fl., seiner kleinen Tochter 30 fl. und ein eingerichtetes Bett, seinem Söhnlein 40 fl. vermacht. Universalerbin wurde seine zweite Frau Maria, die bis zur Volljährigkeit der Kinder die 70 fl. „ohne Raichung ainiches Interesse“, also zinsenfrey nutzen durfte. Unter den mit je einem Reichstaler bedachten Zeugen finden wir 4 Gewerbetreibende und ein Mitglied des äußeren Stadtrats.

Das Testament besagt wenig. Umso wichtiger ist für uns eine Verlassenschaftsabhandlung von Anfang Dezember 1644 nach der ersten Frau Maria, die ohne Testament gestorben war⁵¹. Der Witwer hatte angegeben, daß seine Frau die meiste Zeit krank gelegen und für sie mehr aufgegangen sei, als sie ihm zugebracht hatte. Das Häuschen von dem Stiefvater der Frau habe er „als ain erkhaufftes Guett an sich bracht“, weil er die Schulden des Stiefvaters bezahlt hatte. Das Häuschen am Hof war mit 1700 fl., das „Handtwerckh sambt den Wahren, wie es der Pauer antretten“, mit 200 fl., ein öder Weingarten mit 50 fl. und die Fahrhabe mit 150 fl. geschätzt worden, macht zusammen 2100 fl.

Der Witwer wies nach, daß er für den Stiefvater seiner Frau Schulden in der Höhe von 1608 fl. und für das Leichenbegängnis 226 fl. bezahlt hatte. Für das halbe Haus stehe er neben seiner Frau in Nutz und Gewer, so daß 850 fl. „in defalcationem“ zu legen waren, d. h. in Abzug gebracht werden mußten. Schließlich waren „stante matrimonio“ 700 fl. Schulden gemacht worden, die noch nicht bezahlt waren. Auch ohne diesen Betrag hätten von der Verlassenschaft der Verstorbenen und ihrem zugebrachten Gut 2684 fl. dem Witwer bezahlt werden müssen.

Die Raithandler kamen zu dem Schluß, „daß bey gehörter gleichwol demonstrierter Beschaffenheit diße Haereditet nit so gar lucrosa sein kahn“, dem Witwer demnach das vorhandene Vermögen völlig verbleiben solle. Für den Fall, daß sich Verwandte der Frau melden sollten, mußte der Witwer 100 fl. gleich in das Oberkammeramt erlegen. Pauer hatte den üblichen Satz von 5 fl. 60 ₰ mit der Begründung beantragt, seine Frau habe von ihrem Stiefvater nichts und von ihren leiblichen Eltern wenig geerbt. Am 9. Dezember wurde dieser Bericht vom Bürgermeister und Stadtrat genehmigt.

Seine Angaben sind für uns in zweifacher Hinsicht wichtig. Das Haus war auf 1700 fl. geschätzt, in die Steuer aber nur mit 250 ₰ eingelegt gewesen. Das ist ein bindender Beweis dafür, daß die Summen in den Steueranschlägen nicht den Haus-, sondern nur den Mietwert ergeben, der in

⁴⁹ Sie ist ebenso hoch wie die seines Vorgängers.

⁵⁰ Archiv der Stadt Wien, Testamente, 17. Jahrhundert, Nr. 5849.

⁵¹ Ebenda, alte Ziviljustiz, Fasz. 24/26.

unserem Fall mit etwa einem Siebentel bemessen worden wäre. Zum anderen ergeben sich zwischen dem Eintrag im Gewerbuch und dem Bericht der Raithandler Widersprüche. Während es dort ausdrücklich heißt, das Haus sei der Frau Pauers von ihrer Mutter „gancz eigenthumblichen und allein erblichen gevolgt und zuegefallen, die hat also dan umb cohnlicher Lieb und Trew willen anfangs ermelten Zachariaßen Pauern, ihren Haußwürth, zu ihr an die Gewöhr schreiben und komben lassen“, steht in dem Bericht der Raithandler, Pauer habe das Haus wegen der von ihm bezahlten Schulden Purkharts „als ain erkhauffts Guett an sich bracht“. Wir werden dem Eintrag in das Gewerbuch größeren Glauben beimessen, zumal in dem Bericht an anderer Stelle ja ausdrücklich steht, Pauer sei für das halbe Haus an Nutz und Gewer geschrieben gewesen. Daß er die Schulden bezahlt hat, ist durchaus glaubwürdig, die weitere Angabe, seine Frau habe von ihrem Stiefvater nichts geerbt, an sich richtig, in der Fassung jedoch irreführend. Von dem Stiefvater hat sie nichts geerbt, wohl aber von ihrer Mutter.

Das Haus ist zu Ablegung eines auf ihm haftenden Pupillensatzes von 400 fl. im Jahre 1647 mit 400 ₰ belastet worden⁵². Der Satzbrief wurde erst 1657 kassiert, wobei 195 ₰ verfallenes Interesse bei dem Kammeramt erlegt werden mußten. Die 400 ₰ wurden am 18. Dezember 1657 vom Käufer des Hauses bezahlt⁵³. Damit stimmt überein, daß Pauer im Steueranschlag zu 1658 nicht mehr als Hausbesitzer und in einem anderen Stadtviertel geführt worden ist.

Andreas Pauer, zweifellos ein Verwandter des vorigen, hat sich 1631 in das Gesellenbuch eingeschrieben⁵⁴, wurde am 21. August 1641 Meister⁵⁵, im März 1645 Bürger⁵⁶ und ist bereits am 6. Januar des folgenden Jahres gestorben⁵⁷. Zwischen dem Zeitpunkt, zu dem er das Meisterrecht erworben hatte, und dem Empfang des Bürgerrechts sind bei ihm mehr als dreieinhalb Jahre verstrichen. Was macht ein Meister, ehe er Bürger wird? Kann er da bereits sein Handwerk ausüben? In den Steueranschlagen kommt ein Meister erst vor, wenn er das Bürgerrecht erworben hat, so auch Andreas Pauer. Wir müssen uns nach anderen Quellen umsehen, und da kommt uns das Aufdingbuch zu Hilfe. Pauer hat bereits am 12. März 1642 und am 26. Dezember 1644 Aufdingungen beigewohnt⁵⁸. Da in einem annähernd gleichzeitigen Fall gezeigt werden kann, daß ein Meister einen Lehrjungen aufgedingt hat, ehe er Bürger wurde, scheint für die Ausübung eines Gewerbes der Besitz des Bürgerrechts keine unerläßliche Voraussetzung gewesen zu sein, auch wenn diese Verfügung immer wieder in Handwerksordnungen begegnet.

⁵² Grundbuch 1/41 (Satzbuch L), fol. 684—685; der Eintrag datiert vom 2. Oktober 1647.

⁵³ Ebenda fol. 804.

⁵⁴ Innungsbücher 54/4, fol. 10v.

⁵⁵ Innungsbücher 54/8, fol. 97.

⁵⁶ Oberkammeramtsrechnungen 1/167, fol. 32v.

⁵⁷ Innungsbücher 54/8, fol. 118v.

⁵⁸ Innungsbücher 54/8, fol. 13v und fol. 14.

Nach dem Eintrag in das Gesellenbuch hat Andreas Pauer noch 14 Jahre warten müssen, bis er Meister wurde. Er hat nur 2 fl. 30 kr. Erwerbssteuer gezahlt, den geringsten Steuersatz, war aber so kurz Meister, daß man daraus keine weiteren Schlüsse ableiten kann.

Mit diesen Ausführungen über die beiden Taschnermeister aus Znaim ist veranschaulicht, was im methodischen Teil bereits angedeutet worden ist.

5.

Wir fassen kurz zusammen. Es hat sich gezeigt, daß bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts kaum damit zu rechnen ist, daß Kinder aus tschechischen Familien in Wien in die Lehre gegangen sind. Wohl aber haben in der Zeit Gesellen tschechischer Volkszugehörigkeit auf ihrer Wanderschaft Wien berührt. Die Deutschen aus den Sudetenländern sind auf jeden Fall in erheblich größerem Ausmaß während der Wanderjahre nach Wien gekommen und haben hier auch als Meister eine Existenz gegründet. Soviel wird man behaupten dürfen, wenn auch nur für 2 Gewerbe bisher einschlägige Untersuchungen angestellt worden sind. Wie es in anderen Städten in Österreich und im Reich aussah, das sollen Untersuchungen zeigen, wie wir sie anregen möchten.

Noch wissen wir nicht, wann die Tschechen in Bewegung geraten sind, ob sie überhaupt in Länder gingen, die zwar Teile des Reiches waren, aber nicht die Habsburger zu Landesfürsten hatten. Außer jeder Debatte steht, daß Wien im 19. Jahrhundert auf die Sudetenländer eine außergewöhnliche Anziehung ausgeübt hat. 1918 war Wien nach Prag die Stadt mit den meisten tschechischen Einwohnern. Aber wie das möglich war, wobei wir uns kurz in Erinnerung rufen, daß noch 1848 zwei Drittel der Einwohner Prags Deutsche gewesen sind, das wissen wir nicht. Sind zuviele sudetendeutsche Handwerker aus Böhmen ausgewandert?

Was das übrige Österreich, was das Reich für die Handwerker aus Böhmen und Mähren bedeutet hat, das gilt es nun zu erforschen. Wie immer die Ergebnisse sein mögen, sie werden für beide Völker wichtig sein. Deshalb haben wir eingangs vorgeschlagen, man möge bei dieser Forschungsrichtung den böhmischen Raum als Einheit nehmen. Hier ist eine Frage angeschnitten, von deren Beantwortung wir uns viel versprechen dürfen. Wir können aber noch nicht voraussehen, welche neuen Erkenntnisse uns die Ergebnisse erschließen werden.

DIE PSYCHOLOGISCHE EINSTELLUNG DER TSCHECHEN ZUM SUDETENDEUTSCHEN PROBLEM, VORAUSSETZUNGEN UND TATSACHEN*

Von Rudolf Wierer

Beim Versuch, die psychologische Einstellung der Tschechen zum Sudetenproblem zu analysieren, ist vor allem eine sehr kritische Stellungnahme zu den wissenschaftlichen Hypothesen über den Charakter der betroffenen Völker notwendig. Es wurde öfters hervorgehoben, daß das Bild des nationalen Charakters eines Volkes je nach der nationalen Zugehörigkeit und weltanschaulichen Einstellung des Beobachters stark abweicht¹. Besonders die erwähnte weltanschauliche bzw. philosophische Einstellung führt einzelne Forscher leicht in Versuchung, bestimmte Teile ihres persönlichen Kredos unbewußt als ein selbstverständliches Apriori in das Bild des nationalen Charakters eines Volkes hineinzuprojizieren.

Wir wollen uns in unserer Analyse auf induktiv gewonnene, womöglich allgemein anerkannte oder unbestrittene Tatsachen stützen, wobei wir nur mit äußerster Vorsicht die Stimmen einseitiger, oder parteilich allzu ausgeprägter Autoren benützen werden. Andererseits berücksichtigen wir in diesem Zusammenhang auch Fragen, die auf den ersten Blick nicht mit der psychologischen Einstellung der Tschechen zum sudetendeutschen Problem unmittelbar zusammenhängen. Wir halten es jedoch für notwendig, auch auf die wichtigsten Voraussetzungen dieser Einstellung hinzuweisen.

Zuletzt müssen wir auf den besonderen Charakter der nationalen Gesinnung bzw. der ethnischen Zugehörigkeit aufmerksam machen. Bei allen Völkern kann der kritische Beobachter die tiefe Verankerung der nationalen Gesinnung im Irrationalen feststellen. Diese Erkenntnis, die besonders von den erfahrenen Experten der nationalen Frage im alten Österreich bestätigt

* Es werden in diesem Zusammenhang vorwiegend tschechische Autoren angeführt, um die psychologischen Reaktionen der Tschechen ganz unmittelbar belegen zu können.

¹ Müller-Freienfels Richard: Psychologie des deutschen Menschen und seiner Kultur. Ein volkscharakterologischer Versuch, 2. Aufl., München 1930, S. 3 ff.; Masaryk erzählt sein Leben. Gespräche mit Karel Čapek, Berlin 1936, S. 346; Peroutka Ferdinand: Jací jsme (Wie sind wir?) 2. Aufl. Prag 1934, S. 10—13.

wurde², schließt eine einseitig rationalistische Arbeitsmethode, die besonders in der Aufklärung vorherrschend war, aus. Sie verpflichtet jedoch den Forscher, objektiv und rational, wenngleich auch psychologisch verstehend, in der Analyse der nationalen Probleme zu bleiben. Mit anderen Worten, der Forscher darf nie in den Subjektivismus — den z. B. besonders der Nationalsozialismus forderte — übergehen, sondern soll immer richtend und wertend den betreffenden Fakten und Problemen überordnet bleiben.

I.

Historisch-genetisch unser Problem prüfend, können wir zunächst die Frage des autochthonen Charakters der Bevölkerung in Böhmen, Mähren und Schlesien unbeachtet lassen. Dagegen ist die Feststellung, daß in der tschechischen Sprache sowie in den meisten slawischen Sprachen das Hauptland des böhmischen Staatsgebildes — Böhmen — seit der Vereinigung des Landes im 10. Jahrhundert durch die Eroberungspolitik der Herrscher des Stammes der Tschechen aus dem Přemyslidengeschlecht — den Namen Čechy trägt, sehr wichtig. Dieser Stammesname wurde höchstwahrscheinlich von den anderen unterworfenen slawischen Stämmen dank ihrer sprachlichen sehr engen Verwandtschaft sowie dank der einheitlichen kirchlichen Organisation und Verwaltung verhältnismäßig rasch und ohne weiteren Widerstand übernommen. So gab diese Benennung die Grundlage zur Anschauungsweise des tschechischen Volkes: Böhmen ist die Heimat der Tschechen, die Tschechen sind Einwohner und Eigentümer dieses Landes und infolgedessen erscheinen andersnationale Zuwanderer als Fremdlinge.

Diese selbstverständlich erscheinende Feststellung ist für unsere Untersuchung wesentlich. Bei der erwähnten Einstellung erschien der deutsche Einfluß sowie die Einwanderung der Deutschen den Tschechen dann wenigstens als bedenklich, wenn nicht geradezu gefährlich, als die innere Integrität des Landes oder seine Stammeseinheit — bedroht erschienen. Dazu müssen wir betonen, daß uns hier in erster Linie der Eindruck der Befürchtung vor der Gefahr der Überfremdung, nicht jedoch die tatsächlich vorhandene Wirklichkeit einer Gefahr der Überfremdung interessiert. Der Eindruck der Bedrohung war offenbar unter den Přemysliden wohl

² So meint Spiegel Ludwig: Die böhmische Frage in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Prag 1914, Seite 5—6: „Wäre die nationale Frage wirklich, wie so oft behauptet wird, eine bloße Geld- und Magenfrage, dann würde der Ausgleich nicht so schwer sein, dann wären wir längst einig geworden.“ Rückblickend sagt Sieghart Rudolf: Die letzten Jahrzehnte einer Großmacht. Berlin 1932, S. 398—399: „Die Staatsmänner der Welt, die sich um das Minderheitenproblem zu bemühen haben, können aus Österreichs Erfahrung die Lehre ziehen, daß Vernunft, Folgerichtigkeit und selbst Wohlwollen nicht ausreichen, sondern daß vor allem eine sorgfältige psychologische Auffassung und Durchdringung des Problems geboten ist. In der Regel ist der Weg über die Seele des zu behandelnden Volkes zu seinem Sprachenprobleme gangbarer als über kluge Sprachregeln zur Seele.“ Diesem Standpunkte näherte sich bereits Bolzano Bernard: Über das Verhältnis der beiden Volksstämme in Böhmen. 3 Vorträge, Wien 1849, S. 22, 32, 45.

kaum in größerem Ausmaße vorhanden. Einzelne Vertreibungen der Deutschen scheinen eher eine Folge von höfischen Auseinandersetzungen als von allgemeiner Abneigung gegen die Deutschen zu sein³. Andererseits stieß bereits im 13. Jahrhundert die deutsche Kolonisation, zusammen mit der Vorliebe für deutsche Sprache und deutsche Sitten, auf eine wachsende Opposition, die sich klar auch in der Literatur (Alexandreis, Dalimil) äußert. Trotzdem sollte man bei der Wertung dieser Tatsache nie vergessen, daß ein Herrscher aus dem einheimischen Herrschergeschlechte⁴ nie im wahren Sinne des Wortes als Fremdling erscheinen konnte, da die modische Vorliebe für eine fremde Sprache oder Heiraten mit fremden Prinzessinnen gar nicht plötzliche politische Wendungen ausschließen konnten, die gewissermaßen eine antideutsche Färbung gewannen. Diese Tatsache bestätigt uns besonders die Geschichte der Auseinandersetzungen Přemysl Otokars II. und Wenzels II. mit dem Hause Habsburg. Daher kann man kaum der Auffassung einiger deutscher Historiker⁵ zustimmen, die von den eingedeutschten letzten Přemysliden sprechen.

Die neue fremdstämmige Dynastie der Luxemburger rief die nationale Wachsamkeit der Tschechen viel stärker und tiefer hervor, als dies in der Zeit der letzten Přemysliden der Fall war. Im Bewußtsein des Volkes war ein „eingedeutschter“ Přemyslidenfürst immer noch im ethnischen Bereich etwas anderes als ein Mitglied des Hauses Luxemburg, selbst dann, wenn dieses, wie Kaiser Sigismund, ein Sohn des Vaters des Vaterlandes Karls IV. und ein Bruder des wenigstens in seinen späteren Jahren tschechisch denkenden und handelnden Wenzel IV.⁶ war. Wir könnten eine Hypothese aufwerfen, daß die fremde Dynastie indirekt ein weiteres Vordringen des Deutschtums unmöglich machte. Jedenfalls ist der Vergleich mit der raschen Germanisierung Niederschlesiens unter den polnisch-stämmigen, jedoch verhältnismäßig sehr rasch germanisierten Piastenlinien sehr aufschlußreich. Freilich dürfen wir dabei, bei aller Ablehnung des geographischen Determinismus nie vergessen, daß die Tschechen im Vergleich zu den Elbe-, Balten- und schlesischen Slawen für sich noch die schützende Barriere des Grenzgebirgsgürtels hatten, auch dann, als das Grenzgebiet durch die Kolonisation deutsch besiedelt wurde.

³ Kapras Jan: *Právní dějiny zemí koruny české*, 2. Bd. *Dějiny státního zřízení*, I. Teil *Doba předbělohorská* (Rechtsgeschichte der Länder der böhmischen Krone, Geschichte der Staatsverfassung, Die Zeit vor dem Weißen Berge), Prag 1913, S. 23.

⁴ Kapras: *Dějiny II/1*, S. 149. Bosl Karl: *Der Eintritt Böhmens und Mährens in den westlichen Kulturkreis im Lichte der Missionsgeschichte*, Böhmen und Bayern, Vorträge der Arbeitstagung des Collegium Carolinum in Cham, München 1958, besonders S. 51—56.

⁵ So z. B. Lemberg Eugen: *Das Geschichtsbewußtsein der Sudetendeutschen*, Gräffling 1955, S. 17.

⁶ Kapras Jan: *Dějiny II/1*, S. 155; Novotný Václav: *Václav IV. Ottův slovník naučný* (Otto's Konversationslexikon) Bd. 26, Prag 1907, S. 290—296.

Die Kolonisation⁷ änderte das Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen in psychologischer Hinsicht sehr beträchtlich. Während früher, trotz der nie direkt angefochtenen und nur hie und da unangenehm empfundenen und im ganzen losen Zugehörigkeit zum römisch-deutschen Reiche⁸, die breite Masse des Volkes nur am Anfang der Entwicklung mit deutschen Priestern in Berührung kam, geriet nach der Kolonisation fast das ganze tschechische Volk wenigstens ökonomisch in Kontakt mit deutschen Kaufleuten, Gewerbetreibenden und hie und da auch mit deutschen Bauern. Zur Zeit des tschechischen Chronikschreibers Kosmas († 1125) trat eine Rivalität gegen deutsche Geistliche und Hofleute nur unter der tschechischen Geistlichkeit und dem Adel zutage — vielleicht nur unter den höheren Stufen beider sozialer Körper —; jetzt verbreitete und vertiefte sich die Front der direkten Berührung sehr wesentlich. Da die deutschen Einwanderer aus wirtschaftlich und kulturell fortgeschrittenen Ländern kamen, erlangten sie einerseits einen beträchtlichen Wohlstand, riefen jedoch andererseits, besonders im ökonomischen Bereich eine starke Rivalität hervor. Zweifellos ging zugleich eine teilweise, wohl kaum geringe sprachliche Assimilierung der Einwanderer im Innern Böhmens und Mährens vor sich. Trotzdem rief die Kolonisation ein Gefühl der Befürchtung, ja der Furcht vor dem deutschen wirtschaftlichen, kulturellen und sprachlichen Einfluß hervor. So erklären wir uns auch die übertrieben vönationalistischen Töne des im Vergleich mit Kosmas weniger geistig hervorragenden Chronikschreibers Dalimil⁹.

Als nun die Tätigkeit der im Jahre 1348 gegründeten Karls-Universität eine Gärung in der tschechischen gebildeten Schicht hervorrief¹⁰, waren objektive Voraussetzungen für ein Gefühl der Bedrohung kaum noch gegeben. Das tschechische Element drang bereits in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts langsam in die königlichen Städte, die tschechische Geistlichkeit schob allmählich ihre deutschen Amtsbrüder in den Hintergrund und die

⁷ Chaloupecký Václav: The period of princes and kings. At the cross — roads of Europe. A historical outline of democratic idea in Czechoslovakia. Prag 1938, S. 44—50; Kapras: Dějiny II/1, S. 155—160; Krofta Kamil: Das Deutschtum in der tschechoslowakischen Geschichte, Prag 1934, S. 23—31; Schwarz Ernst: Siedlungsgeschichte der Deutschen in den Sudetenländern im Lichte der Namensforschung von der Markomannenzeit bis zu den Hussitenkriegen. Prag 1924, S. 18 ff.

⁸ Chaloupecký: The period S. 38—39; Kapras: Dějiny II/I, S. 12—16, 129—136, 321 bis 327; Krofta: Deutschtum, S. 10, 14—20, 31—32; Novák Jan Bedřich: Idea císařství římského a její vliv na počátky českého myšlení politického. (Die Idee des römischen Kaisertums und ihr Einfluß auf die Anfänge des tschechischen politischen Denkens) Český časopis historický, Prag 1924. Typisch zeitbedingt subjektiv urteilt Vaněček Václav: Stát Přemyslovců a středověká říše (Der Staat der Přemysliden und das mittelalterliche Reich), Prag 1945. passim.

⁹ Čapek Jan B.: Záření ducha a slova. Literární stati a studie československé (Das Leuchten des Geistes und des Wortes. Tschechoslowakische literarische Aufsätze und Studien), Prag 1948, S. 11—26; Kapras: Dějiny II/1, S. 151; Krofta: Deutschtum, S. 36—38; Rádl Emanuel: Kampf zwischen Tschechen und Deutschen, Reichenberg 1928, S. 55—58.

¹⁰ Chaloupecký: The period, S. 53—60; Krofta: Deutschtum, S. 39—43.

sprachliche Deutschtümelei des Adels war ebenfalls im Absinken. Jedoch rief der überwiegende deutsche Einfluß im führenden Personal der neuen Kulturstätte psychologisch zugleich ein Gefühl der Zurücksetzung unter den aufstrebenden tschechischen Studenten und Universitätslehrern hervor. Die gewissermaßen demokratische Organisation der Studentenschaft, ihre Abstammung von breitesten Schichten sowie ihr Zusammenleben mit den Einwohnern der Hauptstadt gaben sehr starke nationale Impulse einer Bewegung, die im ethnischen Bereich sich bereits dem Charakter einer modernen nationalen Bewegung näherte.

Den Hussitismus ethnisch typisierend, gehen wir entgegen der Meinung von Emanuel Rádl¹¹ kaum fehl, wenn wir *cum grano salis* der älteren Meinung, der sich auch Jacob Burckhardt und Jan Huizinga angeschlossen haben, zustimmen und diese Bewegung, eben dank ihrer religiösen Differenz zur Nachbarwelt, als eine zugleich vernationalistische Bewegung erklären. Psychologisch empfand die hussitische Mehrheit der Tschechen die Auseinandersetzungen mit Rom als einen wenigstens stark national gefärbten Kampf: die Tatsache der Einflüsse Konrad Waldhausers, des süddeutschen Waldensertums, der beiden Dresdner Meister sowie das Echo des Hussitismus in Deutschland — dies alles blieb der breiten Masse unbekannt, bzw. unbewußt und konnte daher den national religiösen Gegensatz nicht beeinträchtigen oder mäßigen¹². Das Faktum, daß die einheimischen Deutschen bis auf geringe Ausnahmen den Hussitismus ablehnten, und daß der Kampf „der ganzen katholischen Welt“ eigentlich nur vom Reich (und Ungarn) getragen wurde, ließ der hussitischen tschechischen Mehrheit die Deutschen als Feinde der „Anhänger der Heiligen Schrift“ erscheinen. Es ist sehr interessant, dazu noch auf eine unbestrittene Folge der hussitischen Bewegung hinzuweisen: der Hussitismus vertrieb nicht nur die deutschen Städter aus Innerböhmen und wohl auch viele Bauern, sondern führte noch eine psychologische Entfremdung zwischen den nun ganz überwiegend tschechischen Ländern Böhmen und Mähren und den überwiegend deutschen Ländern der böhmischen Krone herbei. Diese Entfremdung und Schwächung des Zusammenhaltes der böhmischen Krone hemmte bekanntlich Georg von Poděbrad sehr stark und führte indirekt zur Berufung der Dynastie der Jagellonen.

Die hussitische und nachhussitische Zeit stärkte das tschechische Nationalbewußtsein trotz aller inneren Schwäche der böhmischen Krone sehr nachhaltig, da ja die tschechische Sprache, dank den vorslawophilen Neigungen

¹¹ Rádl: Kampf, S. 30—69, besonders S. 50—51 sieht beim Hussitismus im ethnischen Bereich nur Stammesgegensätze; dazu Chaloupecký: *The period*, S. 61—72; Burckhardt Jacob: *Weltgeschichtliche Betrachtungen*. Mit einem Nachwort von Alfred von Martin. Krefeld 1948, S. 188.

¹² Bartoš František M.: *Husitství a cizina* (Hussitentum und die fremden Länder), Prag 1931, S. 135; Krofta: *Deutschtum*, S. 50—54.

des Hussitismus, in einem bestimmten Umfang als Verständigungssprache auch in Polen und Ungarn gebraucht wurde¹³.

II.

Die Thronbesteigung des Hauses Habsburg im Jahre 1526 fiel fast in dieselbe Zeit, in der das Einsickern des Luthertums in die böhmischen Länder begann. Dadurch verschob sich wiederum die psychologische Einstellung der nun allmählich protestantisch gewordenen Mehrheit der Tschechen (sog. Neuutraquisten) zum Deutschtum und besonders zu den Deutschen in den böhmischen Ländern sehr wesentlich. Einige Aussprüche Luthers über Hus als seinen Vorgänger wurden freudig aufgenommen, die lutherischen Deutschen als Glaubensgenossen empfangen und daher wurde der Stammes- und Sprachenkampf im 16. Jahrhundert schwächer, da ja eben das subjektive Gefühl der nationalen Bedrohung sich trotz der starken deutschen Einwanderung nur hier und da äußerte¹⁴.

Andererseits mußte das neue Herrschergeschlecht die Abwehr gegen die Türken intensiv führen, deshalb auch materielle Opfer von seinen Ländern fordern und in letzter Konsequenz alle seine drei Staatsgebilde im Bereich der Herrschergewalt durch eine allmählich entstehende, zahlenmäßig noch unbedeutende, deutsch-korrespondierende Beamtenschaft zu einem Staatskörper gewissermaßen zu vereinigen versuchen. Da nun das Haus Habsburg die Reformation fast immer bekämpfte, konzentrierte sich der politische Gegensatz eigentlich auf den religiösen und ständischen Bereich. So hatte die Bestätigung der Alleinherrschaft der tschechischen Sprache in Böhmen im ständischen Landesbereich durch das Sprachengesetz vom Jahre 1615 keine größere faktische Wirksamkeit erlangen können¹⁵.

Die Niederlage der ständischen Revolution im Jahre 1620 traf sowohl Tschechen als auch Deutsche und bedeutete zugleich den Sieg des barocken Absolutismus des katholischen Herrschers. Die Prager Hinrichtungen vom Jahre 1621, die Konfiskationen und die Vertreibungen der Protestanten wurden vom Volke auch nach dem Erfolg der Gegenreformation mehr oder weniger klar als eine Katastrophe empfunden. Nun kam, besonders nach Wallensteins Tode 1632, eine neue fremde Oberschicht sowohl romanischer als süddeutscher Abstammung mit ihren manchmal schwer aussprechbaren

¹³ Kapras: Dějiny II/1, S. 345, 359—360.

¹⁴ Hrubý František: The Habsburgs and Czechs at the period of the reformation and counter-reformation. At the cross roads, S. 134—138; Kapras: Dějiny II/1, S. 351; Klik Josef: Národnostní poměry v Čechách od válek husitských do bitvy bělohorské (Die nationalen Verhältnisse in Böhmen von den Hussitenkriegen bis zur Schlacht am Weißen Berge) Český časopis historický, 1921, 1922, S. 290; Krofta: Deutschtum, S. 63—74.

¹⁵ Kapras: Dějiny II/1, S. 354; Krofta: Deutschtum, S. 82—100.

Namen¹⁶ und fremdem Lebensstil, der die Absonderung vom Volke noch förderte, ins Land hinein. Dazu erklärte die Verneuerte Landesordnung vom Jahre 1627 die deutsche Sprache mit der tschechischen als gleichberechtigt; faktisch jedoch geriet die tschechische Sprache ins Hintertreffen, da sich die eigentlichen landesherrlichen Behörden immer mehr der deutschen Sprache bedienten¹⁷.

Obwohl das Übergewicht der deutschen Sprache als Amtssprache das Volk nicht direkt traf, und obwohl tschechische und tschechisch-stämmige Adelige eine bedeutende Rolle im gesamthabsburgischen Staatsgebilde gespielt haben (Lobkowitz, Wratislav, Kaunitz), empfanden die Tschechen — sowohl einwandfreie Katholiken als auch die verkappt protestantische Minderheit — den allmählichen Niedergang der tschechischen Sprache schmerzlich¹⁸.

Dazu sahen die Gebildeten noch den Verlust der staatspolitischen Selbstständigkeit der böhmischen Krone. Das Bauernvolk wurde im ganzen sozial bedrückt, größtenteils von fremdnationalen Obrigkeiten, gegen die es sich ab und zu empörte. Die Tatsache der Fremdherrschaft wurde also von der Mehrheit des Volkes dumpf, von den Gebildeten klar erkannt. Diese Fremdherrschaft erschien bereits in der barocken Zeit (vor 1740) als eine ethnisch-deutsche.

Bei den Gebildeten war das Gefühl der Bedrohung der nationalen Existenz tatsächlich vorhanden. Objektiv betrachtet, schob sich die deutsche Sprachgrenze dank der Einwanderung von deutschen Kolonisten in das durch den Dreißigjährigen Krieg verwüstete Land gegen das Landesinnere vor¹⁹.

Die Aufklärung ab 1740 brachte die administrative Vereinigung der böhmischen und österreichischen Länder (1749) sowie einen systematischen Aufbau der staatlichen Verwaltung, die ihre Befugnisse erweiterte und deren Personal zahlenmäßig vergrößert wurde²⁰.

Dadurch verbreitete sich wiederum die deutsche Amtssprache. Obwohl der Abbau der staatspolitischen Eigenständigkeit der böhmischen Krone nicht einmal von den Gebildeten immer richtig erkannt wurde, stieß die Zentralisation, die unter Josef II. den Charakter einer ausgesprochenen Germani-

¹⁶ Der Verfasser erinnert sich noch an die verballhornte Aussprache einzelner adeliger Namen in Hannakisch-Mähren: Liechtenstein — Lechrstán, Saint-Genois — Žamžola, Sylva-Taroucca — Sylvaparuka; Koerner Eduard: Národnostní a jazyková otázka v Předlitavsku. (Die nationale und Sprachenfrage in Zisleitanien). In Tobolka Zdeněk: Česká politika (Tschechische Politik), I. Bd., Prag 1906, S. 342 bis 343; Pražák Albert: The spirit of modern Czechoslovak literature. At cross-roads, S. 177—178; Raupach Hans: Der tschechische Frühnationalismus. Ein Beitrag zur Gesellschafts- und Ideengeschichte des Vormärz in Böhmen. Essen 1938, S. 21—25; Toman Hugo: Das böhmische Staatsrecht und die Entwicklung der österreichischen Reichsidee 1527—1848, Prag 1872, S. 83.

¹⁷ Kapras: Dějiny, Bd. III: Doba pobělohorská (Die Zeit nach dem Weißen Berge), Prag 1920, S. 43—44; Koerner: Otázka, S. 363—369.

¹⁸ Krofta: Deutschtum, S. 114—115; Pražák: The spirit, S. 186.

¹⁹ Kapras: Dějiny III., S. 40—43; Krofta: Deutschtum S. 108—109.

²⁰ Kapras: Dějiny III, S. 134—147, besonders S. 140—141.

sation gewann²¹, auch bei der breiteren Masse auf Ablehnung, obwohl diese, speziell am Lande, die sozialen Reformen begrüßte und besonders Josef II. überwiegend als den Befreier betrachtete. Das Verhältnis des tschechischen Volkes zum Staat besserte sich außerhalb der Sphäre der Sprache, da die Steuerkraft nicht mehr auswärts abfloß und die Bereitschaft gegen Preußen wirtschaftlich überwiegend den böhmischen Ländern zugute kam. Das Verhältnis des Bauernvolkes zu den Herrschaften blieb im ganzen gespannt.

Die mariatheresianischen und josefinischen Reformen²² brachten die breiten Massen zum erstenmale in steigendem Ausmaße in Berührung mit der staatlichen Beamtenschaft, verbreiteten die deutsche Sprache in den Ämtern und besonders in den mittleren und höheren Schulen — auch in den Volksschulen waren solche Tendenzen trotz aller von oben empfohlenen Pflege der Volkssprache zu merken — und führten eine breitere Zahl der Jugendlichen der Schulbildung zu. Diese Tatsachen erzeugten vielschichtige psychologische Reaktionen, die nicht leicht einheitlich zu qualifizieren sind. Die fremde deutsche Amtssprache und besonders die Unterrichtssprache wurde innerlich abgelehnt und der meistens deutschen Bürokratie vielfach Mißtrauen entgegengebracht. Andererseits ergriff die Jugend mit Begeisterung die Gelegenheit zum kulturellen und sozialen Aufstieg. So gingen viele — öfters ohne es zu merken — von der deutschen Amts-, Unterrichts- und Befehlssprache über die deutsche Umgangssprache allmählich zum deutschen Volkstum über²³. So erweiterte sich ein gewisser psychologischer Gegensatz der deutschsprechenden Oberschicht zum tschechischen Volke in die Breite. Die Verbreitung der deutschen Verkehrssprache schien den Tschechen — wohl meistens dumpf — bedrohlich zu werden.

Der Josefismus brachte jedoch auch einen mächtigen Antrieb der Bewegung der sogenannten Erwecker des tschechischen Volkes. Die Pflege der Geschichte des Landes rief einen mehr bewußten Gegensatz zur Gegenreformation hervor, sowie andererseits einen, durch die Ideen J. G. Herders und der deutschen Frühromantik genährten Kontrast gegen den überspitzten Rationalismus der josefinischen Bewegung und gegen die sprachliche Germanisation der Regierung hervor. Daher näherten sich die entschiedenen Josefiner gewissermaßen den Tschechen dank ihrer Verehrung für das Husitentum, während sich die Gegner des josefinischen Rationalismus dem tschechischen Volkstum noch mehr näherten, da sie die gefühlsbedingten Volkswerte bedroht sahen. Diese tschechenfreundliche Tendenz ergriff auch

²¹ Kapras: *Dějiny III*, S. 44—45; Koerner: *Otázka*, S. 341—344, S. 373; Kraus Arnošt: *Die sogenannte tschechische Renaissance und die Heimatdeutschen*. Prag 1928, S. 39 ff.

²² Huber Alfons — Dopsch Alfons: *Osterreichische Reichsgeschichte, Geschichte der Staatsbildung und des öffentlichen Rechts*. 2. Aufl., Wien 1901, S. 267.

²³ So z. B. der Generalmajor Matthias Polák (literarisch: Milota Zdirad Polák, der sich in seinen Jugendjahren als tschechischer Dichter betätigte 1788—1856). *Ottův slovník naučný*, Bd. 20, Prag 1903, S. 61—62.

viele geborene Deutsche unter den erwähnten Erweckern und ließ lange Zeit eine klare Grenzziehung zwischen beiden Völkern nicht zu²⁴.

Die Entwicklung legte freilich auch die Grundlagen zum Reifen späterer nationaler Gegensätze. Die Kriege mit dem revolutionären und napoleonischen Frankreich waren nicht populär und die Ressentiments, die durch den Krieg verursacht wurden, trafen unmittelbar den Staat, bzw. sein führendes Personal, mittelbar jedoch die mit Wien gleichsprachigen Deutschböhmen²⁵. Weiter wurde in Vormärz der Ansatz zur modernen Industrie besonders im nördlichen Teil der böhmischen Länder von den fast ausschließlich deutschen, oft binnendeutschen Unternehmern gelegt, und dadurch verbreitete sich die latente soziale Kluft zwischen beiden Völkern um den Gegensatz der tschechischen Arbeiter gegen die deutschen Kapitalisten. Wichtig war auch das ansteckende Beispiel der nationalen Erhebungen in Europa und besonders die ungarische Bewegung, die ebenfalls um die Befreiung von der Wiener bürokratischen Bevormundung kämpfte. Dieses Beispiel entfachte das Interesse an verfassungspolitischen Fragen.

Einen sehr wesentlichen Impuls gab der tschechischen Bewegung die aufblühende tschechische Literatur. Diese Literatur stützte sich ideologisch besonders auf die slawophilen Gedichte und Schriften Jan Kollárs, der nach dem Muster von Leibnitz und Herder den Slawen einen besonderen, apriorischen Hang zur Humanität zuschrieb²⁶. Politisch noch stärker wirkte die Geschichte Böhmens von František Palacký, der ebenfalls die apriorische These von der urslawischen und daher ortschechischen Demokratie und Friedfertigkeit im Gegensatz zum germanischen bzw. deutschen kämpferischen Feudalismus prägte. Er faßte die tschechische Geschichte als eine dialektische Auseinandersetzung der Tschechen mit dem Deutschtum und dem römischen Katholizismus auf²⁷. Da nun die tschechische Belletristik im Vormärz stark historische Themen bevorzugte und vom Geiste der slawi-

²⁴ Dazu die Einleitung M. J. Fesl's zur Schrift Bolzanos: Verhältnis, S. 4; Krofta: Deutschtum, S. 117—122; Valjavec Fritz: Der Josefinismus. Zur geistigen Entwicklung Österreichs im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert. München 1945, S. 25—27.

²⁵ Bolzano: Verhältnis, S. 25—26, 34; wohl zu stark antiösterreichisch beurteilt die damalige Lage Pražák: The spirit, S. 194—195.

²⁶ Krofta: Deutschtum, S. 132; Pražák: The spirit, S. 190—192; ein skeptisches Urteil über Kollár bringt Peroutka: Jací jsme, S. 117, 174.

²⁷ Heidler Jan: O vlivu hegelismu na filosofii dějin a na politický program Františka Palackého. (Über den Einfluß des Hegelismus auf die Geschichtsphilosophie und das politische Programm F. Palackýs) Český časopis historický, Jg. 27, Prag 1911, S. 1—12, 152—166, besonders S. 154, 156 bis 157; Kalousek Josef: O vůdčích myšlenkách v historickém díle Palackého (Über die Hauptgedanken im historischen Werk Palackýs). Památník na oslavu stých narozenin Františka Palackého (Gedenkschrift zur Feier des 100jährigen Geburtstages von F. Palacký), Prag 1898, S. 177—232, besonders S. 209—215; Krofta: Deutschtum, S. 5—7; Rádl: Kampf, S. 28—29; Wierer Rudolf: F. Palackýs staatspolitisches Programm, Zeitschrift für Ostforschung, Jg. 6, Marburg 1957, S. 246—258, besonders 248.

schen Gegenseitigkeit erfüllt war, wirkte sie dadurch in den Augen der Nation, unter der sich die Zahl der Interessenten für die Literatur vermehrte, politisch erzieherisch im historisierenden und slawophilen Sinne. Beide Tendenzen legten zweifellos die Grundlage zur ideologischen Begründung einer Reserviertheit, wenn nicht geradezu eines Gegensatzes zu den Deutschen in den böhmischen Ländern.

III.

Zunächst ging man noch tschechischerseits und deutscherseits überwiegend gemeinsam vor. Dies war sowohl bei den „vaterländischen“ deutschen Dichtern wie bei den deutschen Hochadeligen, die an den staatsrechtlichen Kämpfen des späten böhmischen Vormärz sich maßgebend beteiligten, der Fall. Jedoch bot diese Zusammenarbeit der breiteren tschechischen Öffentlichkeit kein genügend ansprechendes politisches Betätigungsfeld und ermöglichte auch dadurch indirekt das psychologische und bald auch praktisch-politische Auseinandergehen beider Völker ab 1848.

Bei der richtigen Wertung der erwähnten Tatsachen verstehen wir nun die vielfach paradox anmutende Tatsache, daß Palacký einerseits noch anfangs 1848 von Zweifeln über die Erhaltung der tschechischen Nation mindestens teilweise ergriffen wurde und daß er andererseits nach einigen Monaten bereits Programmpunkte verfaßte, die eine starke autonome Stellung bald der böhmischen Länder, bald des tschechischen und slowakischen Volksgebietes im Rahmen der Gesamtmonarchie im Einvernehmen mit den Wünschen der Mehrheit der tschechischen Nation beanspruchten²⁸.

Die Verbreitung der deutschen Verkehrs- und Umgangssprache in den gehobenen und mittleren Schichten war derartig, daß man diese Schichten als deutsch oder verdeutscht betrachten oder deren weitere äußere Germanisation erwarten konnte. Andererseits waren die historischen und historisierenden Traditionen und Erinnerungen im Volke wieder innerlich so stark, daß sie plötzlich als eine wenigstens rudimentäre Grundlage eines staatspolitischen Programmes sich äußern konnten. Der entwickelte böhmische Landespatriotismus ermöglichte manchen umgangssprachlich selbst stark eingedeutschten Gebildeten, sich als Böhmen, ja sogar als Tschechen im staatspolitischen Bereich zu betrachten²⁹.

²⁸ Rieger Bohuš: Ústava Rakouska dle F. Palackého v letech 1848—49 (Die Verfassung Österreich nach F. Palacký in den Jahren 1848—49), Památník, S. 602—645; Srb Adolf: Politická činnost Františka Palackého (Die politische Tätigkeit F. Palacký), daselbst S. 548—566; Stloukal Karel: Die tschechoslowakische Staatsidee bei F. Palacký in „Die Tschechoslowakische Republik. Ihre Staatsidee in der Vergangenheit und Gegenwart“. I. Bd., Prag 1937, S. 81—88, besonders 82—85; Wierer: Programm, S. 249—255.

²⁹ Ein sehr aufschlußreiches Beispiel bieten in dieser Hinsicht der Mitarbeiter Palackýs im Reichstag 1848—49, Adolf Pinkas und seine Schwiegersohn, der Historiker Anton H. Springer, bei denen das „schwebende Volkstum“ unverkennbar zutage tritt. Dazu Heidler Jan: Antonín Springer a česká politika v letech 1848 bis 1850 (A. Sp. und die tschechische Politik in den Jahren 1848—1850), Prag 1914, passim.

Nun beharrten die Tschechen seit dem späteren Vormärz auf dem Gebrauch der deutschen Benennung „b ö h m i s c h“ für ihr Volkstum und ihre Sprache und lehnten, überwiegend bis zum Jahre 1918, die Bezeichnung „t s c h e c h i s c h“ oder „c z e c h i s c h“, die bereits vor 1848 hie und da unter den Deutschen in den böhmischen Ländern aufkam, als hetzerisch ab³⁰. Auch diese Benennung, die an den Sinn der tschechischen Worte „Čechy“ und „Češi“ (Tschechen) anknüpft, läßt die tschechische Auffassung durchblicken: die Tschechen erscheinen in der deutschen Benennung als Böhmen — als ursprüngliche bzw. ältere Einwohner des Landes.

Dieser tschechische Patriotismus war sich, besonders dank den erwähnten terminologischen Gründen, des Gegensatzes zwischen dem staatsrechtlich-territorial-historischen böhmischen Standpunkt (föderative Sonderstellung der böhmischen Länder im Rahmen Österreichs) und dem naturrechtlich-revolutionär-nationalen tschechischen, bzw. tschechoslawischen (später tschechoslowakisch genannten Standpunkt d. h. — föderative Sonderstellung des tschechischen, bzw. tschechischen und slowakischen Siedlungsgebietes im Rahmen der Gesamtmonarchie), fast gar nicht bewußt. Selbst bei den Gebildeten wie Palacký sehen wir seit 1848 ein lebenslängliches Schwanken zwischen beiden gegensätzlichen Prinzipien³¹.

So erklären wir uns auch die absolute Ablehnung der Wahlen in die Frankfurter Nationalversammlung sowie einer Möglichkeit des Anschlusses der böhmischen Länder an ein selbst noch so föderalistisch organisiertes, modernes Deutsches Reich. Die tschechische Auffassung sah in den Frankfurter Bestrebungen eine, durch das geschichtliche Verhältnis Böhmens zum römisch-deutschen Reich nach der Darstellung Palackýs unbegründete Forderung, die weiter auch noch die Zukunft des tschechischen Volkes durch eine Vereinigung aller deutschen Staaten, bzw. aller deutschen Stämme in einem relativ einheitlichen Reich, bedrohen könnte.

Die tschechische Stellung war jedoch in einem Teilgebiete schwach und sie blieb es in gewissem Grade bis in die 70er Jahre des 19. Jahrhunderts hinein. Die Tschechen in Mähren und Schlesien neigten, dank dem dargelegten, relativ losen Zusammenhang der Länder der böhmischen Krone nach der verwaltungspolitischen Vereinigung der böhmischen und österreichischen Länder zur gesamtösterreichischen Monarchie, bezeichneten sich auch in Schlesien im Volksmunde überwiegend als „M ä h r e r“ (Moravané oder Moravci), sonderten sich nicht genügend von den Deutschmähren und

³⁰ Beer Antonín: K dějinám slov böhmissch a čechisch (Zu der Geschichte der Wörter „böhmisch“ und „tschechisch“), Prag 1917; Kraus Arnošt: Boehmisch nebo tschechisch. Naše doba, 1917; derselbe: Ještě jednou böhmissch, tschechisch a Anti-Beer (Noch einmal b. t. und Anti-Beer), Prag 1921; Spiegel: Frage, S. 13.

³¹ Kann Robert A.: The multinational Empire, Nationalism and National Reform in the Habsburg Monarchy 1848—1918, New York 1950, Bd. II, S. 134; Rieger: Ústava, S. 641/42; Stloukal: Staatsidee, S. 86—87, Srb: Činnost, S. 551—553; Wierer: Programm, S. 248, 255—257.

Schlesiern ab — besonders bei den Wahlen in die Vertretungskörper — und lehnten den Zusammenschluß der böhmischen Länder ab³².

Das moderne Verfassungsleben mit seinen wichtigsten Folgeerscheinungen: der Meinungsfreiheit, besonders der Pressefreiheit und dem System der Volksvertretung verstärkte nun die nationale Front³³ sowohl in die Breite als auch in die Tiefe. Vor allem wurden die national Gleichgültigen und Unausgeprägten allmählich gezwungen „Farbe zu bekennen“ und eine nationale Partei zu ergreifen.

Nur wenn wir diesen, durch die Revolution des Jahres 1848/49 eingeleiteten Problemen Rechnung tragen, begreifen wir, weshalb die deutsche Verkehrs-, Amts- und Unterrichtssprache in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von den Tschechen immer stärker angefeindet wurde³⁴. Hier half der Hinweis der Deutschen und der österreichischen Regierung, daß man ja in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts tschechischerseits den breiteren Geltungsbereich dieser Sprache nicht besonders stark angegriffen, ja nicht einmal besonders kritisiert hätte, sehr wenig. Diese Haltung der Tschechen, die von den Deutschen manchmal als Undank den Verdiensten der deutschen Förderer der tschechischen Wiedergeburt gegenüber bezeichnet wurde, wurde tschechischerseits nie als begründet betrachtet, da man im Gegenteil in den Vorstellungen und Kritiken der Sudetendeutschen nur die deutsche Herrschsucht sah, die veraltete und überholte nationale Vorrechte erhalten oder sogar wieder erobern möchte³⁵.

Im einzelnen ging diese zusammengefaßte Entwicklung nur langsam vor sich. Die Wiedereinführung des Absolutismus in Österreich brachte eine erneute Germanisationswelle im öffentlichen Bereich und wurde von den Tschechen dem deutschen, vielfach dem sudetendeutschen Schuldkonto zugeschrieben³⁶.

Nach der Rückkehr Österreichs zur Verfassung in den Jahren 1860/61 gingen fast alle wahlberechtigten bürgerlichen Deutschen aus den böhmischen Ländern in das liberale, verfassungstreue politische Lager über, das die Notwendigkeit des Einheitsstaates betonte und die Erhaltung der führenden Stellung der deutschen Kultur und Sprache forderte.

³² Hugelmann Karl: Die österreichischen Landtage im Jahre 1848, III. Teil. Archiv für österreichische Geschichte, 115 Bd. (1940), S. 36—40, 85—86, 241—243.

³³ Mit dem Ausdruck „nationale Front“ wollen wir nicht sagen, daß diese Front immer oder notwendigerweise sogar eine eigentliche Kampffront darstellt.

³⁴ Darüber Masaryk T. G.: „Naše nynější krise. Pád strany staročeské a počátkové směrů nových.“ (Unsere gegenwärtige Krise — Der Fall der altschechischen Partei und die Anfänge von neuen Richtungen), Prag 1895, S. 3—4.

³⁵ So Kraus: Renaissance, S. 8, 93—94 (Gegen J. Pfitzner).

³⁶ Deutscherseits (und magyarischerseits) wies man öfters auf die tschechischen Beamten hin, die in Ungarn germanisierten („Bachusaren“) und in der Lombardei-Venetien bedrücken halfen. Dieses Argument sprach die Tschechen nicht besonders an, denn die betreffenden Beamten wurden kurzerhand für tschechische Renegaten erklärt.

Andererseits führte das politische Zusammengehen der Tschechen mit dem konservativ-landesautonomistischen böhmischen Adel auch zur Annahme des böhmischen staatsrechtlichen Programmes hin. Das böhmische Staatsrecht³⁷ entsprach mindestens in Böhmen auch der tschechischen volkstümlichen Auffassung von der ursprünglichen Identität zwischen Land und Volk und der historischen Priorität der Tschechen als Einwohner des Landes. Außer den Sozialdemokraten wagte es nur T. G. Masaryk, sich vom Staatsrecht zu distanzieren, um so, wie er sagte, über das natürliche Recht dem staatsrechtlichen Programm einen modernen Sinn und Inhalt geben zu können³⁸. Diese durch das starke historische Interesse der tschechischen Öffentlichkeit unterbaute Einstellung äußerte sich charakteristischerweise auch in der Bezeichnung für den staatsrechtlich eingestellten Adel sowie für die wenigen, zahlenmäßig rasch zusammengeschrumpften deutsch-böhmischen Landesautonomisten; sie wurden als „vaterländisch“ bezeichnet, im klaren Gegensatz zu den zentralistischen, nach Wien tendierenden, deutsch-böhmischen Liberalen³⁹.

Das Beispiel der Madjaren hat sich psychologisch sehr nachhaltig beim ungarischen Ausgleich vom Jahre 1867 auch auf die tschechische staatsrechtliche Einstellung ausgewirkt. Da kurz darauf im Jahre 1871 der Versuch einer föderativen Sonderstellung der böhmischen Länder an dem Widerstand der Deutschliberalen (und Magyaren) scheiterte, wurden dadurch breite tschechische Volksschichten befremdet, die in der verwickelten Ausgleichsfrage besonders die böhmische Krönung als eine logische Folge der monarchischen Staatsverfassung erblickten. Dadurch kam es zum Sinken der dynastischen Loyalität bei den Tschechen, die parallel mit dem Wachsen des Gegensatzes zu den Deutschböhmen ging, die die Befriedigung der historischen, nach der tschechischen Auffassung in einem monarchischen Staate vollberechtigten, staatsrechtlichen Forderung abgelehnt haben.

Die psychologischen Gegensätze verschärften sich, als die Deutschböhmen nach dem Verlust der verfassungstreuen Mehrheit im böhmischen Landtage eine Sonderstellung des deutschen Siedlungsgebietes in Böhmen zuerst im Rahmen Böhmens (1883), später auch außerhalb dessen zu fordern angingen. Dazu kamen die Versuche der Deutschliberalen, die deutsche Staatsprache durch ein Gesetz in Österreich einzuführen. Die Tschechen sahen in der ersten Forderung den Auftakt zur Zerreißung der traditionellen Einheit Böhmens und lehnten jede Teilung schon deshalb ab, um die etwaige Ger-

³⁷ Kramář Karel: Böhmisches Staatsrecht, Prag 1896; Lisický Karel: Československá cesta do Mnichova, II. Bd., London 1955, S. 1; Masaryk erzählt, S. 111—113, 132 bis 133; Srb: Činnost, S. 595; Tomsa Bohuš: Masarykův zápas o právo přirozené Současné příspěvek k ideologii českých politických stran (Masaryks Kampf um das Naturrecht. Zugleich ein Beitrag zur Ideologie der tschechischen politischen Parteien), Preßburg 1928, passim.

³⁸ Masaryk erzählt: S. 111—113, 132—133.

³⁹ Diese Bezeichnung gebrauchte besonders die deutschgeschriebene politisch alt-tschechisch orientierte Prager Zeitung „Politik“ konsequent.

manisation der in das deutschböhmisches Bergbau- und Industriegebiet strömenden tschechischen Arbeiter zu verhindern. In der zweiten Forderung sah man nicht nur die Ablehnung der Gleichberechtigung der Sprache, sondern auch darüber hinaus (besonders die Volksschichten) die Herabsetzung der tschechischen Sprache, die die deutschen Staatsbeamten nicht lernen wollten⁴⁰.

Zur Verschärfung des nationalen Gegensatzes trugen noch andere Gründe beträchtlich bei. Die weitere Entfaltung der tschechischen Literatur und Wissenschaft (besonders nach der Teilung der gemeinsamen Karl-Ferdinand-Universität) führte die Tschechen zum Kontakt mit der französischen Literatur und angelsächsischen Philosophie und Soziologie (T. G. Masaryk)⁴¹, was zwar den kulturellen Zusammenhang mit den Deutschen nicht beträchtlich abschwächte, aber dafür politische Folgen zeitigte.

Außenpolitisch begrüßten die Tschechen den Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bunde im Jahre 1866, um nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich eine Annäherung an Rußland und sogar Frankreich zu versuchen. Später erblickten die Tschechen im österreichisch-ungarischen Bündnis mit Deutschland vom Jahre 1879 eine Versicherung der deutschen Vorherrschaft in Österreich und bekämpften dieses Bündnis in immer schärfer werdenden Tönen. Tschechischerseits hielt man der österreichisch-ungarischen Außenpolitik ihre wirkliche und vermeintliche Abhängigkeit von Deutschland vor⁴². Zu diesem Bereich gehörten auch die Fälle der Drohungen der Sudetendeutschen mit Preußen-Deutschland sowie der Tschechen mit Rußland an die Adresse der „Anderen“⁴³.

Das Reifen der südslawischen Völker im sinkenden Osmanenreiche radikalisierte auch die slawophilen und dadurch auch russophilen Neigungen der Tschechen, wiederum im betonten Gegensatz zu den Sudetendeutschen.

Weiter wurde das beiderseitige Verhältnis durch das raschere natürliche Wachsen der Tschechen den Deutschen gegenüber verschlechtert, denn es rief bei den Sudetendeutschen wachsende Befürchtungen, bei den Tschechen das Siegesbewußtsein für die Zukunft hervor.

Dabei verschärfte sich der soziale Gegensatz zwischen beiden Völkern trotz aller Reformen und der Verbesserung der materiellen Lage der Arbeit-

⁴⁰ Über die Abneigung der Deutschen Tschechisch zu lernen; Hugelmann Karl: Die rechtliche Stellung der Nationalitäten in Österreich. Historisch-politische Studien, Wien 1915, S. 204, 206, 209—210; Koerner: Otázka, S. 399.

⁴¹ Masaryk erzählt: S. 85—86, 91; Masaryk: Česká otázka (Tschechische Frage), II. Aufl., Prag 1908, S. 147—152.

⁴² In Wirklichkeit kann man bei manchen österreichisch-ungarischen Außenministern von einer Abhängigkeit von Deutschland gar nicht sprechen. So z. B. von Grafen Kálnoky, darüber Bismarck Otto von: Gedanken und Erinnerungen, III. Bd., Volktausgabe, Stuttgart u. Berlin 1925, S. 163—167.

⁴³ „Den Hilferuf zum Ausland“ stellen psychologisch auch die beiden Volkshymnen „Wacht am Rhein“ und „Hej Slované“ (Auf Slawen) dar, trotzdem, daß sie sich ursprünglich gar nicht auf das deutsch-tschechische Verhältnis bezogen haben.

terschaft. Denn sowohl der nationale als auch der klassenbewußte tschechische Arbeiter empfand seinen Gegensatz zum deutschen Großbürgertum viel schärfer als dies früher der Fall war. Dieser Gegensatz wurde auch von der tschechischen Literatur sowohl mit traditionellen als auch modernen Argumenten betont⁴⁴. Interessanterweise blieb die nationale, ja nationalistische Welle, die sich auch in der politischen Struktur beider Völker äußerte, nicht einmal vor dem Machtbereich der internationalen Sozialdemokratie stehen. Das Wachsen radikal nationalistischer Parteien drängte den, wenigstens theoretisch national gemäßigteren Liberalismus in den Hintergrund und förderte das Aufkommen der — bald darauf gemäßigten — Jungtschechen sowie der radikalen Staatsrechtler (Nationalsozialisten und einiger kleineren Gruppen) auf der tschechischen Seite und der verschiedenen deutsch-nationalen Gruppen, besonders der Alldeutschen auf der anderen Seite. In dieser Atmosphäre trennten sich die Mehrheit der tschechischen Sozialdemokraten von der übernationalen österreichischen Partei in den Jahren 1907 bis 1910 auch deshalb, da sie nicht wagten oder wollten, die Verwandlung Österreichs in nationale Teilstaaten, die aus Siedlungsgebieten einzelner Völker bestehen würden, im Gegensatz zum staatsrechtlichen Prinzip der Einheit Böhmens, vor den breiten tschechischen Massen zu verteidigen.

Zuletzt fühlten sich die Tschechen trotz großer Erfolge ihrer parlamentarischen Vertretung in vielen Zentralbehörden in Wien nicht genügend vertreten. Auch hier, besonders im diplomatischen Dienst, empfanden sie ihre nichtproportionelle Vertretung als eine Herabsetzung eines den Deutschen kulturell ebenbürtigen Volkes mit dessen Tendenz in der Weltöffentlichkeit zu erscheinen⁴⁵. Dazu wurde der äußerlich deutschsprachige Charakter der k. u. k. Armee, besonders im Offizierskorps unangenehm empfunden⁴⁶.

Diese Beweggründe traten in der Zeit der ab 1908 schwellenden Balkankrise gefährlich an die Oberfläche, als im Jahre 1913 in Böhmen die verfassungsmäßige autonome Verwaltung gegen die Bestimmungen der Landesordnung von der staatlichen Bürokratie übernommen werden mußte. Die Tschechen beharrten auf der Einheit des Landes und der Gleichberechtigung beider

⁴⁴ Mit diesem Problem befassen sich besonders: der Dichter Čech Svatopluk: *Lešetinský kovář* (Der Schmied von Leschetin), Prag 1884, und der Romanschriftsteller Jirásek Alois: *Na Ostrově* (In Ostrov), Prag 1888.

⁴⁵ Eine übersichtliche Tabelle der Vertretung der österreichischen Nationen in den Zentralbehörden bietet Hugelmann Karl G.: *Das Nationalitätenrecht des alten Österreich*, Wien-Leipzig 1934, S. 280. Dazu Chalupný Emanuel: *Národní filosofie československá*, I. Teil, *Národní povaha československá* (Tschechoslowakische Nationalphilosophie. Tschechoslowakischer Nationalcharakter), Prag 1932, S. 185; Peroutka Jací jsme, S. 28.

⁴⁶ Aus dieser psychologischen Einstellung wurde bekanntlich Jaroslav Hašek's „Svejk“ geschrieben, der ideologisch freilich aus ganz anderen Motiven hervorgeht. J. Hašek war nämlich ein ideologischer Anarchist, der sich dann den russischen Bolschewisten zugesellte. Dazu Pražák: *The Spirit*, S. 221—222. Im sprachlichen Bereich traten Schwierigkeiten bei der Meldung in den tschechischen Regimentern um 1900 hervor; Hugelmann Karl G.: *Das Nationalitätenrecht des alten Österreich*, Wien-Leipzig 1934, S. 210—211.

Sprachen in ganz Böhmen und lehnten nicht nur die Organisation eines „Deutschböhmens“ im Rahmen Böhmens, sondern auch diesen Namen selbst ganz entschieden ab. Den Deutschen wurde tschechischerseits vorgehalten, einerseits die Sicherung des minderheitlichen Deutschtums in Prag zu fordern, anderseits in Wien keine tschechische öffentliche Schule zulassen zu wollen. Auch hier wandte sich die Unzufriedenheit mit dem Wiener Zentralismus gegen die Sudetendeutschen. Der mährische Ausgleich beider Völker vom Jahre 1905 trat in den Hintergrund, da auch im kleinen Schlesien ein analoger nationaler Ausgleich nicht zustande kam. Interessanterweise wurden in den Ausgleichsverhandlungen die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen nie ernstlich umstritten⁴⁷.

IV.

In diese teilweise gespannte Stimmung fiel der Ausbruch des ersten Weltkrieges. Der Krieg war von allem Anfang den Tschechen unsympathisch. Wenn auch beträchtliche Unterschiede zwischen der Haltung einzelner Landschaften, Schichten und besonders Richtungen vorhanden waren, die grundsätzlich negative Einstellung war eine Tatsache. Neben den erwähnten Gründen wirkten hier auch andere Motive; österreichfeindliche sog. Negativisten waren überzeugt, daß ein etwaiger Erfolg der Zentralmächte eine nationale Katastrophe bedeuten könnte, die sich in der stärkeren Zentralisation Österreichs zu Gunsten der Deutschen, wenn nicht in einer Germanisation des tschechischen Volkes äußern würde⁴⁸. Da, wie angedeutet, die volkstümliche Auffassung zwischen einzelnen deutschen Stämmen sowie zwischen Wien, Deutschböhmen und Deutschland keinen bedeutenden Unterschied machte, wandte sich die Abneigung der Tschechen gegen die Sudetendeutschen. Einzelne Aussprüche reichsdeutscherseits, die vom Entscheidungskampf zwischen Slawen und Germanen sprachen, die Ausschaltung des österreichischen Reichsrates sowie die repressiven und präventiven Maßnahmen der Regierung förderten erst recht die Entfaltung einer Flüsterpropaganda, die noch ganz wesentlich durch die steigende Lebensmittelknappheit, ja Not gefördert wurde. Daher entstanden die Gerüchte: „Man schafft alles nach Wien bzw. zu den Deutschen“ (ohne Unterschied), die ihre Parallele in den sudetendeutschen Beschwerden: „Die Tschechen wollen uns aushungern!“ fanden⁴⁹. Im politischen Bereich fanden die radikalen Forderungen, die von den sudetendeutschen Politikern der Wiener Regierung vorgelegt wurden,

⁴⁷ Spiegel: Frage, S. 20.

⁴⁸ Chmelář Josef: *Le problème allemand en Tchécoslovaquie*, 2. Aufl., Prag 1936, S. 24—25; Pražák: *The spirit*, S. 220; Tobolka Zdeněk: *Politické dějiny československého národa od r. 1848 až do dnešní doby*. Teil IV, (1914—1918), Prag 1937, besonders S. 85—87.

⁴⁹ Neben den persönlichen Erinnerungen des Verfassers wäre dazu zu erwähnen: Souhrnná hlášení presidia pražského místodržitelství o protistátní, protirakouské a protiválečné činnosti v Čechách 1915—1918 (Zusammenfassende Meldungen des Präsidium der Prager Statthalterei über die staatsfeindliche, österreichfeindliche und kriegsfeindliche Tätigkeit in Böhmen), Prag 1957, passim.

tschechischerseits ein aufgeregtes, negative Echo; man verwarf nach wie vor die Teilung Böhmens.

Inzwischen begann der revolutionäre tschechische Widerstand im Auslande, der von allem Anfang von der Entente die Errichtung eines tschechoslowakischen Staates in gebietsmäßigem Umfang der historischen böhmischen Länder (und der Slowakei) forderte. Diese Forderungen wurden auch von der tschechischen parlamentarischen Delegation ab 1917 erhoben, obwohl hier die Bedenken der Anhänger des reinen staatsrechtlichen Prinzips erst durch die tschechoslowakisch-orientierte Mehrheit beseitigt werden mußten. Jedoch waren sich beide Richtungen in der Forderung der Integrität der böhmischen Länder (die Sudetendeutschen inbegriffen) einig⁵⁰. Diese Forderungen wurden von den sudetendeutschen Vertretern im österreichischen Reichsrat abgelehnt und die nationale Abgrenzung erneut gefordert. Im Jahre 1918 gab die österreichische Regierung diesen Forderungen wenigstens teilweise nach, freilich um sich dadurch andererseits nur die letzten Reste der tschechischen österreichfreundlichen sog. Aktivisten zu entfremden⁵¹.

So siegte praktisch der Standpunkt der tschechoslowakischen revolutionären Bewegung im Auslande, ideologisch der Grundsatz Masaryks „das böhmische Staatsrecht mit dem Naturrecht zu vervollständigen“⁵². Daher wurde die Tschechoslowakische Republik auf diesen beiden widerstreitenden Prinzipien aufgebaut, während die Sudetendeutschen sich in den zu errichtenden Ländern der Republik Deutschösterreich zu organisieren versuchten. Es ist nach dem bereits früher Dargelegten eigentlich selbstverständlich, daß dieser logische Gegensatz der erwähnten Prinzipien nie in das Bewußtsein des tschechischen Volkes, ja nicht einmal der Mehrheit der Akademiker je getreten ist. Dabei darf man nicht vergessen, daß diese Tatsachen in tschechischer Sprache einem der deutschen oder wenigstens der lateinischen Sprache unkundigen Tschechen in der Tat nur äußerst schwer oder vielmehr gar nicht zu erklären sind. Die praktischen Schwierigkeiten, die sich aus diesem Gegensatz bei der Erziehung der sudetendeutschen Schulkinder sowie bei der staatsbürgerlichen Formung der sudetendeutschen Soldaten im kommenden tschechoslowakischen Staat ergeben könnten, vergegenwärtigen sich nur wenige führende tschechische Schulexperten und Beamte. Die Ablehnung der Eingliederung in die Tschechoslowakische Republik und das Bekenntnis zu Deutschösterreich bei den Sudetendeutschen wurde tschechi-

⁵⁰ Tobolka: *Dějiny IV*, S. 237—248.

⁵¹ Dazu die Anfrage der Mehrheit der tschechischen bürgerlichen Herrenhausmitglieder in der Sitzung vom 21. Oktober 1918, siehe: *Stenographische Protokolle der Sitzungen des Herrenhauses des österreichischen Reichsrates*, S. 1173—1174. Hier versucht man, dem Einwand des Widerstreites der tschechoslowakischen Staatsidee mit dem böhmischen und ungarischen Staatsrecht zu begegnen. Weiter dazu Tobolka: *Dějiny IV*, S. 384.

⁵² Masaryk erzählt, S. 111—113; derselbe: *Světová revoluce* (Die Weltrevolution), Prag 1925, S. 16, 33, 70; Tobolka: *Dějiny IV*, S. 6—7.

scherseits als ein Verstoß gegen die traditionelle Einheit der böhmischen Länder und gegen die „vaterländischen“ Verpflichtungen, wenn nicht geradezu als Verrat aufgefaßt⁵³.

Weiter blieben die Bedenken der USA-Vertreter an der Friedenskonferenz zur Einverleibung der sudetendeutschen Randgebiete sowie die Versprechungen E. Beneš', eine Verfassung nach dem Schweizer Muster zu gewähren, der breiten tschechischen Öffentlichkeit unbekannt. Demzufolge wurden die Grenzen, die die Friedensverträge von Versailles und besonders von St. Germain der neuen Republik zubilligten, als eine durchaus gerechte Bestätigung der uralten Grenzen aufgefaßt. Darüber, daß andere als staatsrechtlich-böhmische Gesichtspunkte in Paris entschieden haben, machte sich wohl niemand tschechischerseits Gedanken⁵⁴.

Als nun die ernannte tschechoslowakische revolutionäre Nationalversammlung die Verfassung vom 29. Februar 1920 Nr. 121 Slg. beschloß, begnügte sich die tschechische Öffentlichkeit mit der offiziellen Erklärung, es wäre widersinnig, die Sudetendeutschen, die den neuen Staat abgelehnt haben, zum Verfassungswerk einzuladen. Im ganzen war die tschechische Öffentlichkeit mit Masaryks Worten vom „u n s e r e n“ (also tschechoslowakischen) Staat, den „w i r“ aufgebaut haben und von den Sudetendeutschen, „welche ursprünglich in das Land als E m i g r a n t e n und K o l o n i s t e n“ gekommen sind, einverstanden⁵⁵. Die nationalitätenrechtlichen Bestimmungen der neuen Verfassung, die einen demokratischen, unitarischen und zentralistischen Nationalstaat der „tschechoslowakischen“ Nation organisierte und die „tschechoslowakische“ Sprache zur staatlichen, offiziellen Sprache erhob, wurden für genügend liberal und für weitgehender gehalten, als die Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages von St. Germain vom 10. September 1919 es erfordert hätten. Die nicht juristisch gebildete Öffentlichkeit, von der erwähnten hohen Schätzung der Nationalsprache erfüllt, befaßte sich begreiflicherweise nicht damit, daß gewisse Bestimmungen des eben erwähnten Vertrages nicht unerheblich verengt durch die Verfassung (VI. Kap.) rezipiert wurden. Dazu wäre daran zu erinnern, daß die tschechischen Juristen, ebenso wie ihre sudetendeutschen Kollegen, im Geiste des Zentralismus und Unitarismus erzogen wurden und daher für etwaige föderative Muster wenig übrig hatten⁵⁶.

Bei dieser Einstellung wurden die sudetendeutschen Klagen über die Durchführung der Bodenreform im Grenzgebiet sowie die Regelung der österreichisch-ungarischen Kriegsanleihen mit gleichheitlich klingenden Argumenten abgetan, während man bei den deutschen Schulforderungen tsche-

⁵³ Tobolka: Dějiny IV, S. 394. Charakteristisch war die tschechische Bezeichnung für diese versuchten Landesregierungen „vzdorovlády“ (Trotzregierungen).

⁵⁴ Lisický Karel: Československá cesta do Mnichova, II. Teil (Der tschechoslowakische Weg nach München), London 1955, S. 2—3.

⁵⁵ Konsequenter gedacht, konnte eine solche Sprache vom historisch-traditionellen Standpunkt nur ein böhmischer König aus dem Přemyslidengeschlechte führen.

⁵⁶ Sobota Emil: Die Schweiz und die Tchechoslowakische Republik, Prag 1925, S. 45.

chischerseits darauf hinwies, daß die Zahl der deutschen Schulen verhältnismäßig höher als die relative Zahl der Sudetendeutschen sei. Einen besonderen Beweis lieferte der tschechischen Einstellung das Bestehen von je zwei tschechischen und deutschen Technischen Hochschulen im Staat. Die schwierigen wirtschaftlichen Folgen der Zerschlagung des großen einheitlichen österreichisch-ungarischen Zollgebietes für die sudetendeutsche Industrie und ihre Belegschaft wurden nur von wenigen tschechischen Fachleuten richtig verstanden. Dasselbe war mit dem sudetendeutschen Hinweis auf die relativ hohe sudetendeutsche Steuerleistung der Fall. Daher war die überwiegende Mehrheit des tschechischen Volkes überzeugt, daß es den Sudetendeutschen in der Republik gut gehe und zwar besser als es den Tschechen im alten Österreich ging bzw. wie es den Deutschen in Südtirol, Jugoslawien u. a. geht⁵⁷. Die meisten Klagen der Sudetendeutschen erschienen als eine typische Folge einer apriorischen Querulanteneinstellung.

Unsere These von der stark irrationalen Grundlage der nationalen Gesinnung findet eben im sprachlichen Bereich des tschechisch-sudetendeutschen Verhältnisses einen besonders charakteristischen Beweis: Schwierigkeiten bereitete die Benennung des von den Sudetendeutschen besiedelten Territoriums. Während das früher von den Tschechen verpönte „Deutsch-Böhmen“ kurz nach 1918 verschwand, griff man deutscherseits zu dem 1902 von Franz Jesser geprägten Ausdruck „sudetendeutsch“. Die tschechoslowakische amtliche Terminologie wollte jedoch eine Bezeichnung, die auf ein überwiegend deutsches Gebiet in der Tschechoslowakei hinweisen könnte, vermeiden und deshalb benützte man lieber abwechselnd die Ausdrücke „gemischtes Gebiet“, „Grenzgebiet“ oder sogar „verdeutsches Gebiet“, was, besonders die letzte Benennung, die Sudetendeutschen zum Widerspruch reizte. Aus dieser Atmosphäre kam auch der heftige Widerstand gegen die kurzlebige Bezeichnung „Sudetendeutschland“⁵⁸. Die Schwierigkeit war in der tschechischen Sprache groß, da hier die Übersetzung des Ausdruckes „Deutschböhme“ „Čechoněmec“ geradezu grotesk unlogisch klingt. Eine weitere Folge dieser Einstellung war die Bevorzugung der französischen Sprache als internationaler Verständigungssprache, oft auch dann, wenn man französisch schlechter als deutsch sprach.

Hervorzuheben wäre endlich noch der beträchtliche Einfluß der populistischen Vermehrungskurve, die sich bei den Sudetendeutschen ungünstiger gestaltete und Eduard Beneš zu der Prognose von der kommenden Zwanzig-millionenrepublik mit 75 Prozent Tschechoslowaken anregte⁵⁹.

In dieser psychologischen Atmosphäre erschienen die vereinzelt tschechischen Kritiker der tschechoslowakischen Minderheitenpolitik — und be-

⁵⁷ Lisický: Cesta, S. 9.

⁵⁸ Rádl: Kampf, S. 172—173; derselbe: Tschechische Politik, in Schausberger Dominik, Die sudetendeutsche Politik im Lichte der Parteien, Reichenberg 1931, S. 92.

⁵⁹ Beneš Eduard: Unsere nationale Hauptaufgabe in „Die Tschechoslowakische Republik“, II. Bd., S. 226—227. Das Argument von der kommenden 15 Millionen-Nation wurde von Beneš bereits früher gebraucht; Masaryk erzählt, S. 344—345.

sonders der Deutschenpolitik — der rechtsliberale Historiker Josef Pekař, sowie der rechtssozialistische Philosoph Emanuel Rádl — als Sonderlinge und wurden im nationalpolitischen Bereich auch wenig beachtet⁶⁰. Auch dadurch erklären wir uns das Erstaunen über ungünstige Kritiken der tschechoslowakischen Minderheitenpolitik und ganz besonders die niederschmetternde psychologische Wirkung der Münchner Entscheidung auf die tschechische öffentliche Meinung⁶¹.

V.

Nach der kurzen Periode der psychologischen Niedergeschlagenheit nach München kamen nach der Errichtung des Protektorats und besonders nach dem Kriegsbeginn neuer Widerstandsgeist und neue Hoffnungen bei den Tschechen auf. Bereits die Errichtung des Protektorats, die Germanisierung in Behörden und Schulen sowie erst recht die nationalsozialistische Repression von Verschwörungen, die in eine Verfolgung, ja Terrorisierung der Tschechen ausartete, schienen den indirekten Beweis zu liefern, daß die frühere tschechoslowakische Deutschenpolitik doch richtig, wenn nicht zu liberal war, da man ja doch nicht die Deutschen und ganz besonders die Sudetendeutschen überhaupt befriedigen könne. So kam es zuletzt zum leidenschaftlichen Ausbruch des Deutschenhasses, der stark massenpsychologisch bedingt war⁶².

Dieser negativen Psychose, die die Vertreibung der Sudetendeutschen als Sühne für alle Verfolgungen, die der Münchner Entscheidung folgten, erscheinen ließ, fand ihre positive psychologische Parallele in dem Ausbruch einer kurzen slawophilen, ja russophilen Begeisterung, die den wohl vorbereiteten, — organisierten und — disziplinierten Kommunisten bis zum Februar 1948 zugute kam. Nun kam — vielfach ab 1945 — die Ernüchterung und das allmählich wachsende, unklar dumpfe Empfinden der Fremdherrschaft auf, das zugleich bereits hie und da das zunächst meistens ganz unklare Gefühl der nationalen Bedrohung vom Osten (auf lange Sicht gesehen), aufsteigen ließ^{62a}. Daher schwinden auch für den kritischen Beobachter, der weder die linientreue kommunistische Minderheit sowie die Nutznießer der Vertreibung der Sudetendeutschen im Grenzlande (aus dem wohl ein wesentlicher Teil der Emigranten ab 1948 nach dem Westen kam), noch die deutschversippten Bewohner der früheren sudetendeutschen Insel- und Streusiedlungen als typische Repräsentanten der tschechischen mehrheitlichen Einstellung zu den Sudetendeutschen betrachtet, die deutschfeindlichen Gefühle und

⁶⁰ Deshalb betonte z. B. Rádl des öfteren, er spreche nur als Privatmann.

⁶¹ Mnichov, II. Ausgabe, Prag 1945, passim.

⁶² Dazu Wierer Rudolf: Das deutsch-tschechische Problem. II. Der europäische Osten. Jg. 1955, München, S. 621.

^{62a} Das Aufkommen dieser Stimmung gibt selbst die offizielle kommunistische Schrift: Hájek Miloš-Staňková Olga: Národnostní otázka v lidově-demokratickém Československu (Die Nationalitätenfrage in der volksdemokratischen Tschechoslowakei), Prag 1956, S. 66—67, zu.

Komplexe ganz wesentlich. Dies beweisen die Berichte der kritischen Beobachter, die sowohl der tschechischen Sprache als auch Mentalität kundig und keinem Sonderinteresse verschrieben sind, ganz eindeutig⁶³.

VI.

Wenn wir nun diese historischen und psychologischen Tatsachen und Erscheinungen synthetisch auswerten und ein zusammenfassendes Bild der tschechischen Einstellung bieten wollen, müssen wir bei aller kritischen Vorsicht die Arbeiten über den tschechischen Nationalcharakter berücksichtigen. Analysen des tschechischen Nationalcharakters bieten, wenn wir zunächst von allzu kurzen Abhandlungen absehen, besonders Josef Holeček, Emanuel Chalupný, Jiří Mahen, Ferdinand Peroutka und Ladislav Radimský. Sehr wesentliche Beiträge lieferten zur tschechischen nationalen Charakterologie in ihren anders ausgerichteten Schriften besonders T. G. Masaryk und bis zu einem gewissen Grade auch Josef Pekař.

Von diesen Persönlichkeiten bleibt der bedeutende Romanschriftsteller Josef Holeček ganz in den romantischen Vorstellungen der älteren Slawophilen befangen; er glaubt es bestehe zwischen den Tschechen und Deutschen in Bezug auf die Harmonie von Geist und Gemüt ein unüberbrückbarer Abgrund, da die einen das Ideal des Guten nicht aus den Augen verlieren, während die anderen für das Böse kämpfen⁶⁴. Der Jurist und Soziologe Chalupný hat die These vom tschechischen Hang zur Antizipation geprägt, die sehr gut viele Ergebnisse auf allen Gebieten tschechischen Schaffens charakterisiert, obwohl sie etwas zu stark aprioristisch gefaßt ist⁶⁵. Der Dramatiker Mahen (eigentlicher Name: Antonín Vančura) bietet eher eine geistreiche als zutreffende Synthese seiner großen und kritischen Kenntnisse der tschechischen und Weltliteratur⁶⁶. Die wohl treffendste Charakterologie des überwiegenden Typus der Tschechen, der weder ausgeprägt katholisch noch — so müßten wir heute beifügen — überzeugt kommunistisch orientiert ist — bietet der Publizist Peroutka, der besonders scharfsinnig den tschechischen Hang zum Kompromiß erkannt hat⁶⁷. Endlich verfaßte vor kurzem der ehemalige Industrielle Radimský von spiritualistischer Warte eine durchdringende kritische Schau der tschechischen Men-

⁶³ Die Tschechoslowakei im Urteil der Spätheimkehrer. Ein Erfahrungsbericht, München 1956, S. 8.

⁶⁴ Holeček Josef: Národní moudrost. Studie a úvahy, (Nationale Weisheit, Studien und Erwägungen), Prag 1919, besonders S. 30, 35. Derselbe: Zrcadlo naší národní společnosti. (Der Spiegel unserer nationalen Gemeinschaft), Prag 1881, passim.

⁶⁵ Chalupný Emanuel: Der Nationalcharakter der tschechoslowakischen Bevölkerung in: Die Tschechoslowakische Republik, Bd. II, S. 17—22; derselbe: Národní povaha, S. 49—118; derselbe: Národní povaha jihočeská, Prag 1926, passim.

⁶⁶ Mahen Jiří: Kniha o českém charakteru. (Das Buch vom tschechischen Charakter), Wischau 1924, passim.

⁶⁷ Peroutka: Jací jsme, S. 157—158, 161, 198, 202; derselbe: A portrait of Czechoslovak democracy in At the cross-roads, S. 250—257; diese Eigenschaft gibt indirekt selbst Holeček: Moudrost, S. 419—420, zu.

talität^{67a}. So können wir, wenn wir an die notwendige Relativität solcher charakterologischer Urteile erinnern, folgende zwei für die Gestaltung der Einstellung zum sudetendeutschen Problem wesentlichen Trends der tschechischen Mentalität hervorheben:

a) Der Wille zur nationalen Selbsterhaltung

Es ist ein Hang oder Trend zur sogenannten Initiative oder Antizipation, d. h. ein Hang, jede großangelegte oder auf längere Sicht vorbereitete Arbeit bzw. Aufgabe im ersteren Abschnitt gut und mit Begeisterung auszuführen, dann aber in etwas selbstbewußter Zufriedenheit zu erschaffen und in einer lässigeren Weise die Arbeit zu Ende zu führen, in der tschechischen Mentalität vorhanden⁶⁸. Diesbezüglich besteht also ein Unterschied im Vergleich mit den mehr folgerichtigen Sudetendeutschen. Freilich sind da andererseits auch charakterliche Züge vorhanden, die eher das Gegenteil zu beweisen scheinen, wie z. B. die berühmte zähe nationale Kleinarbeit, mit der die Tschechen es verstanden haben, z. B. Budweis um die Jahrhundertwende zu erobern, indem sie buchstäblich um den Besitz jedes Ladens kämpften und vieles auch durch die Befolgung ihrer Losung „svůj k svému“ (Landsleute sollen zusammenhalten) erreichten⁶⁹. Andererseits stellt da jedoch eine im Vergleich mit den Sudetendeutschen größere Beweglichkeit der Tschechen einen Charakterzug dar, der zu der erwähnten Antizipation gut paßt. Doch läßt sich dieser Widerspruch erklären, wenn man bedenkt, daß diese Ausdauer die Tschechen in Zeitpunkten entwickelt haben, als sie sich wenigstens lokal bzw. regional bedroht gefühlt haben. Wenn wir sonst viele tschechische Eigenschaften betrachten, die als von den Deutschen übernommen gelten⁷⁰, wie Vorsicht, Konsequenz, Planmäßigkeit, Sparsamkeit, Gelehrigkeit und den Hang zum Bürokratismus, wenn wir uns weiter an die vielen Gegensätze zu den Ostslawen erinnern, die wir nach einigen Stunden einer gesellschaftlichen Plauderei feststellen können, dann müssen wir uns fast wundern, weshalb der Gegensatz zwischen Tschechen und Sudetendeutschen so groß sein konnte.

Jedoch ist die Erklärung dieser Tatsache sowie der zähen Kleinarbeit, die dem erwähnten Hang zur Antizipation gar nicht entspricht, aus dem Ob-

^{67a} Radimský Ladislav: Rub a líc našeho národního programu v atomovém věku, (Die Rück- und Vorderseite unseres nationalen Programms im Atomzeitalter), Rom 1959. Zu bemerken wäre, daß Radimský in seiner Autokritik zwar nicht immer konsequent, jedoch immer maßvoll bleibt, und nicht der bewegten Stimmung der Gegenwart verfällt. (Anders lautet z. B. der Artikel von Jiří Kolár-Cato in der „Sklizen“ [Die Ernte] 1956).

⁶⁸ Chalupný: Národní povaha, S. 72—82, 112; Peroutka: Jací jsme, S. 17—19.

⁶⁹ Chalupný: Národní povaha, S. 158—159.

⁷⁰ Chalupný: Národní povaha, S. 152—154, 168; Mahen: Kniha, S. 76—78, 81—82, 88—89, 134—135; Pekař Josef: Der Sinn der tschechischen Geschichte, Brünn 1935, S. 53—55; Peroutka: Jací jsme S. 181—182; eine andere Meinung verteidigt nur Holeček: Moudrost, passim.

erwähnten nach unseren Erfahrungen nicht so schwierig: es ist der tschechische nationale Wille zur Selbstbehauptung, besonders zur sprachlichen Selbstbehauptung, der in der unmittelbaren Berührung mit dem bis 1945 relativ übermächtigen Deutschtum sich verschiedenartig geäußert hat. Dies ist auch im psychologischen Bereich der Fall. Man kann als wohlbegründete Hypothese folgenden Leitsatz prägen:

„Wenn die Tschechen nur den subjektiv begründeten Verdacht haben, daß sie von den Deutschen unterdrückt oder übervorteilt werden, reagieren sie unmittelbar deutschfeindlich.“ Diesen Leitsatz wollen wir als eine ebenso begründete Hypothese auch im individuell psychologischen Bereich umprägen:

„Wenn der Tscheche nur den subjektiv begründeten Verdacht hat, daß der Deutsche ihn — selbst bei einer eigentlich unpolitischen Berührung — herabsetzend behandelt, reagiert er unmittelbar deutschfeindlich.“

b) Die tschechische Einstellung zum Kompromiß

Bei der Schilderung der tschechischen Mentalität dürfen wir sowohl die Gründe als auch die Konsequenzen des tschechischen Hanges zum Bürokratismus nicht außer acht lassen, denn diese Tatsachen sind für unsere Betrachtung sehr wichtig. Die hohe Wertung des Beamtentums, des „pod pensí“ (pensionsberechtigt) gerade bei den breiteren Schichten ist ja allgemein bekannt⁷¹. Nun stellen diese Neigungen Folgen der indirekten Erziehung der Nation durch die österreichische Bürokratie seit Maria Theresia und Josef II. dar. Die josefinischen Einflüsse sind in das tschechische Volk tief eingedrungen. Selbst Arbeiten, die in der Tschechoslowakischen Republik nach 1948 erschienen sind, beweisen diese Tatsache, allerdings in einer vorsichtigen Fassung⁷². Nun wird häufig vergessen, daß der Josefismus, wie es Fritz Valjavec nachgewiesen hat⁷³, fast immer zum Kompromiß geneigt und nie besonders radikal war.

Dieser Hang zum Kompromiß dürfte jedoch wohl schon früher der Mehrheit der früheren Tschechen entsprochen haben, wie dies ein Blick auf den mehrheitlichen, nicht-taboritischen Hussitismus, auf Georg von Poděbrad und die Mehrheit der Utraquisten vor der Schlacht am Weißen Berge beweist. Der Josefismus hat diesen Hang zum Kompromiß in der tschechischen Mentalität zweifellos noch stark gefördert. Dieser Hang kommt nun immer zum Vorschein, wenn man die nationale Existenz nicht im Spiel sieht und wenn man überhaupt nicht unter dem Druck der Massenpsychose steht. So erklären wir uns, weshalb sich die tschechischen Erinnerungen an den starren Ferdinand II. so unangenehm gestaltet haben, weshalb der zackig befehlende Ton des nationalsozialistischen Protektorates den Tschechen auch

⁷¹ Chalupný: Národní povaha, S. 177—181; Radimský: Rub, S. 47.

⁷² Z. B. Kutnar František: Sociálně myšlenková tvářnost obrozeného lidu (Das sozialgedankliche Gesicht des wiedergeborenen Volkes), Prag 1948, S. 63—67.

⁷³ Valjavec: Josefismus, passim, besonders S. 100—101, 168.

in Kleinigkeiten noch vor den beiden Standrechtsperioden von 1941 und 1942 und weshalb auch ähnliche Erscheinungen in der heutigen roten Republik so verhaßt sind.

Es ist klar, daß heute, in Anbetracht der Verschiebung der Rolle des übermächtigen Nachbarn von den Deutschen auf die russisch beherrschte und russisch sprechende Sowjetunion, ganz andere Voraussetzungen und Aussichten für die tschechische Einstellung zu den Sudetendeutschen für die Zukunft geschaffen sind.

SLYŠTE NEBESA

EINE HUSSITISCHE PROPAGANDASCHRIFT

Von Ferdinand Seibt

I.

40 Jahre lang, von 1917 bis 1957, ist kein einziger deutscher Beitrag zur Erforschung des Hussitismus erschienen. Die letzte größere deutsche Arbeit zu diesem Thema kann man gar erst um die Jahrhundertwende finden. Aber was noch schwerer wiegt: deutsche Darstellungen, Übersichtswerke und Handbücher gründen vielfach auf Forschungsergebnissen, die nahezu ein Jahrhundert alt sind. Moderne tschechische Arbeiten sind in erstaunlichem Maß unbekannt geblieben — Slavica non leguntur!

Das ist recht zu bedauern. Nicht nur, weil die Hussitengeschichte auch im deutschen Spätmittelalter eine oft unterschätzte Rolle spielt; und nicht nur weil sie, in zeitgenössischer, jeweils wechselnder Interpretation, das tschechische Geistesleben seit anderthalb Jahrhunderten bis zum heutigen Tag nachhaltig mit politischem Selbstbewußtsein versorgt; und schließlich nicht nur deshalb, weil allein schon die Geschichte der tschechischen Hussitenforschung mit ihrer wahrhaft respektgebietenden Gesamtleistung von Palacký über Goll und Novotný bis zu Bartoš und Urbánek,^{1a} ausgewachsen zu einem speziellen Forschungszweig, der „Hussitologie“, in beispielhafter Weise die Entwicklung der europäischen Geschichtswissenschaft erläutern könnte — sondern einfach der Sache wegen:

Da tritt man vor die Ergebnisse einer bewundernswerten Editionsarbeit, die sich, in wohl ganz seltener Intensität, auf alle möglichen Spuren von 2 Generationen spätmittelalterlichen Lebens konzentriert. Es ist deshalb von mancher Seite möglich, aus der Fülle gesammelten Quellenmaterials zu detaillierten Textuntersuchungen zu schöpfen. Das darf ich an einem Beispiel aus der hussitischen Publizistik erläutern, denn gerade uns ist ja heute der Blick für die Rolle der Publizistik in der Entfaltung einer jeden revolutionären Bewegung besonders geschärft.

II.

Ein neuerdings berühmter Bestandteil der hussitischen Propaganda sind die tschechisch geschriebenen Satiren der sogenannten Gersdorfer Handschrift aus der Bautzener Bibliothek. Ihr Inhalt, zunächst von Palacký und

^{1a} Über neuere tschech. Arbeiten m. Beitrag i. d. Zs. f. Ostforschung 1958, S. 566—90.

Jungmann verkannt, wurde 1936 von R. Jakobson¹ die „kennzeichnendste Äußerung der tschechischen Poesie innerhalb des Hussitismus“ genannt. Aber er blieb bis zu seiner Editio im Jahre 1952² der breiteren wissenschaftlichen Beachtung entzogen. Die Satiren — der Name ist eingeführt, aber er deckt sich nur zu einem kleinen Teil mit dem wissenschaftlichen Begriff — dienen der politischen und, im zweiten Teil der Schrift, der theologischen Propaganda. Sie sind um 1420 entstanden. Ihr Autor und Übersetzer aus dem Lateinischen ist, wie zuletzt 1951 R. Urbánek darlegte, in Lorenz v. Březova zu suchen³.

Je länger man sich mit der Schrift beschäftigt, desto aufschlußreicher erscheint ihr Inhalt für die Erkenntnis des inneren Gefüges der hussitischen Bewegung im Jahre 1420. Hier soll nur ein besonderer Gesichtspunkt betrachtet werden.

Die ersten beiden Schriften — in Prosa gehalten und jeweils mehr als acht Druckseiten umfassend — bringen Anklagen gegen König Sigmund. Alle beide sind auch anderswo in lateinischen Fassungen erhalten und in dieser Form schon vor Jahrzehnten ediert worden⁴.

Urbánek sagt 1951, man könne an gewissen Wendungen die Ursprünglichkeit des lateinischen Textes erkennen. Die tschechische Übersetzung sei danach aber nur teilweise ausgerichtet, sie weiche ab, „damit sie sich auch für die tschechischen Verhältnisse eigne“⁵. Eine ähnliche Ansicht hat vor 30 Jahren auch schon F. M. Bartoš vertreten, und J. Daňhelka, der Herausgeber der tschechischen Texte, bemerkte schließlich 1952 eine herzhaftere Färbung im Tschechischen, demgegenüber ihm die lateinische Fassung „kürzer und lapidarer“ erscheint⁶.

Diese Urteile werden zunächst gar nicht der Eigenart der lateinischen Fassung gerecht, die man sicherlich zu den gelungensten Erzeugnissen der mittellateinischen Publizistik zählen darf, elegant in der Form, wuchtig in ihrer Rhetorik und mit zeitgenössischen Kunstmitteln, mit Alliterationen und Cursus, sehr wirkungsvoll und sehr überlegt ausgestattet.

Beide Urteile lassen auch die Kunstfertigkeit der tschechischen Übersetzung nicht erkennen. Ihr ist zwar eine Wiedergabe des lateinischen Cursus verschlossen, aber sie liefert darüber hinaus wortwörtliche Übertragungen und erfaßt vielfach sogar die auf drei, vier Wörter bezogenen lateinischen Alliterationen! Wenn man sich schließlich noch in das grammatische Gefüge der beiden Fassungen vertieft, dann bleibt der tschechischen Übersetzung tatsächlich nur die schmale Grenze gezogen, welche die mittellateinische

¹ Úvahy o básnictví doby husitské, in: Slova a slovesnosti II, 1936.

² Husitské skladby Budyšínského rukopisu, ed. J. Daňhelka, Prag 1952.

³ Satirická skládání Bud. ruk. M. Vavřince z Březové v rámci ostatní jeho činnosti literární in: Věstník král. č. spol. nauk 1951, III.

⁴ C. v. Höfler, Geschichtsschreiber der huss. Bewegg. II, Wien 1862, S. 321 ff. und F. M. Bartoš in: Listy filologické Bd. 55, 1928, S. 339 ff.

⁵ w. o. S. 30.

⁶ Daňhelka w. o. S. 167.

Syntax von der tschechischen trennt: Es gibt im Tschechischen keine Entsprechungsform für den lateinischen absoluten Ablativ mit dem Partizip des Perfekts und keine für den absoluten Ablativ im temporalen Sinn. Nur hier muß deshalb die tschechische Wiedergabe zu Umschreibungen greifen und weicht von der lateinischen Wortfolge ab.

Dennoch gibt es auch andere *Abweichungen* beider Texte. Aber aus der angeführten wahrhaft verblüffenden Übereinstimmung im allgemeinen erwächst doch zunächst eine Berechtigung, diese Abweichungen alle sehr eingehend zu vergleichen und jede davon ganz ernst zu nehmen. Nach einer solchen Prüfung zeigt sich schließlich: Für die *zweite* der beiden Schriften trifft das Urteil der tschechischen Forschung über die Priorität der lateinischen Fassung zu. Für die *erste* der Schriften aber ist es falsch: Es gibt da wohl eine ursprüngliche lateinische Fassung als Vorlage für die tschechische, aber die uns erhaltene lateinische Version ist das Ergebnis einer späteren nochmaligen Überarbeitung. Diese Schrift mit dem Anfang *Slyšte nebesa — Audite coeli* soll uns nun weiter beschäftigen.

III.

Das Fehlurteil der tschechischen Fachleute verdeckt hier einen Sachverhalt, der für die Geschichte des Hussitismus im Jahre 1420 wohl einen beachtenswerten Beitrag liefern dürfte: Der lateinische Text — bisher nur für die Grundlage der schmuckfreudigeren Version in der Volkssprache gehalten — zeigt nämlich recht nachhaltige *sachliche* Abweichungen vom tschechischen. Die erste Mutmaßung über diesen Umstand wäre nun wohl: Dem Hörer des Lateinischen bot man also Äußerungen, die dem tschechischen Publikum vorenthalten werden sollten und umgekehrt. Das würde ein — nicht belangloses und im allgemeinen noch viel zu wenig untersuchtes — Licht auf das Fingerspitzengefühl der hussitischen Propaganda. Ich möchte die Aufmerksamkeit aber auf einen anderen Umstand lenken: Die tschechische Fassung ist auf den 20. Juni 1420 datiert, die lateinische hingegen genau um einen Monat später. Dazwischen liegt — die Niederlage des ersten Kreuzheeres gegen die Hussiten am seither so benannten Žižkaberg⁷.

IV.

Ich möchte zeigen: Die Abweichungen des tschechischen Textes lassen sich im Sinne bisheriger tschechischer Urteile *nicht* als Klärungen, Verbesserungen und schließlich Verschärfungen des lateinischen Wortlautes deuten, sondern es läßt sich am lateinischen Text beobachten, daß auch er ursprünglich schärfer gefaßt war, und daß seine Aussagen nach dem hussitischen Sieg am Žižkov gemildert wurden.

⁷ Diese Datendifferenz ist der tschechischen Forschung natürlich nicht entgangen, sie ist zuletzt bei R. Urbánek a. a. O. S. 28 erwähnt — aber ohne Kommentar. Auch Bartoš hat bei der Edition der lat. Fassung 1928 (vgl. Anm. 3) über diesen Unterschied keine Überlegungen angestellt.

Schon im 15. Jh. hat ein Abschreiber der lat. Fassung am Rande bemerkt, daß der tschechische Text an einer bestimmten Stelle ausführlicher sei. Dort werden Sigmunds Schandtaten aufgezählt — und es reicht eine ununterbrochene Kette von der Einkerkung des Markgrafen Prokop v. Mähren 1400 über den Geleitsbruch an Jan Hus bis zur Hinrichtung des hussitischen Kaufmanns Jan Krása in Breslau im Frühjahr 1420. Die lateinische Fassung erhebt hingegen nur Vorwürfe, welche die Zeit von 1400 bis 1403 betreffen. Bisher hat man sich hier mit der Feststellung begnügt, die der unbekannte Abschreiber schon im 15. Jh. getroffen hatte.

Dabei ist aber doch mehr als auffällig, daß die lateinische Fassung an dieser Stelle nicht etwa wortkarger argumentiert, wie man ihr allgemein nachsagt, sondern daß ihr — dieser Unterschied muß mit allem Nachdruck überlegt werden — das Hauptargument fehlt: Der allbekannte Vorwurf, Sigmund sei durch den Geleitsbruch schuld am Feuertod des Johannes Hus! Selbst dann, wenn man die Führerrolle des Prager Predigers nicht übertreiben will, — wie in den meisten Darstellungen — unbestritten bleibt doch, daß er unter den Märtyrern der Bewegung den ersten Platz einnahm. Und gerade diesen Vorwurf sollte man Sigmund aus Wortkargheit erspart haben?

Betrachten wir die Aussagen selber: Im tschechischen Text legt die personifizierte Krone Böhmens vor Gottes Richterstuhl dar, wie mütterlich gut sie sich stets zu Sigmund gezeigt habe, trotz aller Untaten, die dabei aufgezählt werden — „und“ ruft sie schließlich aus, „was alles Maß der größten Güte übersteigt, nun, als Witwe, wollte ich diesen gemeinen Übeltäter zum Mann nehmen, hätte er seine Verbrechen, nachdem er schon meine Lande betreten hatte, nicht so abscheulich erneuert und unverschämt verkündet, und in meiner Stadt Breslau viele mir liebe Söhne der Wahrheit Deines Gebotes wegen wie Verbrecher bestraft, darunter meinen lieben Sohn Jan Krása . . .“.

Die lateinische Fassung berichtet, parallel zur tschechischen, bei der Aufzählung der Untaten Sigmunds vom Tode Prokops in Sigmunds Kerker, von der Haft König Wenzels und von damit verbundenen Kampfhandlungen — alles im Zeitabschnitt 1400 bis 1403. Von Hus wird nichts gesagt, die Krone fährt hier gleich fort, ihre unerschütterliche Muttergüte zu beteuern — „und was alles Maß der größten Güte übersteigt, nun wollte ich jenen Ungeratenen sogar selbst zum Manne nehmen, wenn nicht das Unmaß der oben genannten Ungehörigkeiten im Wege stünde.“

Wo also die tschechische Fassung als Gipfel ihres Arguments den Hinweis auf das neueste, erst drei Monate alte Urteil über Jan Krása und andere Husiten in Breslau anführt, greift die lateinische zurück — auf das in anderem Zusammenhang schon Gesagte! Die Widersprüchlichkeit einer solchen Darlegung ist offenbar, aber um sie noch zu verdeutlichen: Es hieß lateinisch dem Sinn nach: „Und was das Maß aller Güte übersteigt, nun wollte ich ihn heiraten, wenn nicht das vor 20 Jahren Begangene im Wege stünde.“ Eine solche Argumentation kann man — bei einem im übrigen bis aufs

äußerste ausgefeilten und durchdachten Sprachgebrauch — nicht als ursprüngliche Flüchtigkeit auffassen. Dafür ist sie zu sinnlos. Sie ist nur erklärlich als spätere Korrektur — wobei wir uns an das Prinzip der geringsten Änderung in einem schon fertigen Text erinnern werden.

Gerade dieses Prinzip hilft uns auch, weitere Korrekturen zu finden. Da heißt es z. B. an anderer Stelle von Sigmund im tschechischen Text: „Svedený svedenec svých rotníkov s rúhavú rotú“ (= „Der verführte Verführer mit der lästernden Rotte seiner Spießgesellen“) — in der einprägsamen Häufung der gleichen Anlaute nebenbei ein anschauliches Beispiel für die angemerkte sprachliche Eindringlichkeit der Texte. Dabei ist auch die Anlautfolge, nicht nur die wörtliche Wiedergabe, ganz dem Lateinischen nachgebildet, wo wir erwarteten „Seductus seductor cum suorum complicum blasphema cohorte.“

Aber da fällt uns auf, daß wir im Lateinischen anstelle von „seductus seductor“ lesen: „Seductus princeps“ — eine bemerkenswerte Milderung: Aus dem verführten Verführer ist nun, ganz passiv, ein verführter Fürst geworden. Nach dem Vergleich der angewandten stilistischen Feinheiten im Tschechischen und im Lateinischen ist aber wohl keine Darlegung nötig zu zeigen, daß der flinken Feder des Autors die Alliteration „seductor“ zu „seductus“ nicht entgangen sein konnte, zumal der Autor im Tschechischen ja die Anlautreihe wirklich verwendet und zumal sich aus dem übrigen Text leicht ein Dutzend Belegstellen finden ließe, bei denen Alliterationen immer — zunftgemäß — vom gleichen Stamm gebildet wurden.

Ein drittes Beispiel noch, das gleich der Entkräftung eines möglichen Gegeneinwandes dienen soll: Wenn wir im ganzen von geringfügigen Abweichungen absehen, die darauf beruhen, daß der tschechische Text eher zum Hören und eher einem ungebildeten, der lateinische zum Lesen und einem gebildeten Publikum dienen sollte, dann erforderte es eine saubere Durchführung unserer These, alle Differenzen zwischen dem Tschechischen und dem Lateinischen zu klären, um nicht noch dritte, unklare und vielleicht unbestimmbare Abweichungsursachen einräumen zu müssen. Da findet sich aber an einer Stelle in der lateinischen Version ein 2-zeiliges lat. Bibelzitat, während die Parallele im Tschechischen nur ein paar Worte der Bibelstelle umfaßt. Hier ist also der lateinische Text, sonst eigentlich⁸ nur durch Kürzungen verändert, einmal breiter. Wie kann man das erklären?

Gar nicht anders als durch einen Blick auf den größeren Zusammenhang an dieser Stelle, der etwa eine Druckseite umfaßt: Gott wird — wieder in wörtlicher Übereinstimmung — tschechisch und lateinisch — als Richter, als Herrscher, als Rächer angerufen, in logisch klarer Steigerung. Und nun ist es wiederum gerade die kräftigste Anklage des tschechischen Textes, die Sigmund mit Nebukadnezar vergleicht und — noch breitenwirksamer — die

⁸ Wiederholt zeigt sich der lateinische Text an Kleinigkeiten dabei auch kritischer.

hussitische Defensivlage mit der Bedrängnis des auserwählten Volkes durch die Babylonier⁹ — welche wir im lateinischen vermissen.

Es war aber der Aufbau der ganzen Anklage im tschechischen Text räumlich wohl proportioniert¹⁰. Die Auslassung im lateinischen hinterließ eine ziemliche Lücke. Und die ist nun zugestopft — nicht völlig, aber doch nach Kräften, wobei wir immer das Prinzip der geringsten Korrektur vor Augen haben — durch die Ausweitung eines knappen Matthäuszitats im Tschechischen auf zwei Druckzeilen im Lateinischen. Wären die beiden Texte in umgekehrter Abhängigkeit, hätte sich die lateinische Stelle bei der Übersetzung ins Tschechische schon an ihrem Platz *b e f u n d e n*, so bliebe tatsächlich unbegreiflich, warum in einer Propagandaschrift ausgerechnet ein Bibelzitat, das noch dazu durch seinen Wortlaut sehr nachhaltig den Sinn des zuvor Dargelegten bekräftigt, fortgeblieben sein sollte.

Sigmund wird also, soweit die wenigen Beispiele zeigen, im lateinischen Text viel milder behandelt. Nicht Jan Hus und nicht Jan Krása werden als Blutzeugen für seine Einstellung zitiert, sondern es bleibt nur bei allgemeineren Hinweisen auf Verfolgung und Kriegszüge. Er wird zwar ein Mörder genannt, aber er erscheint doch als Verführer (die Hauptschuld liegt — in beiden Texten — auf dem päpstlichen Legaten Ferdinand von Lucca). Die Anklage gipfelt zwar in beiden Texten in der Gleichstellung von Sigmunds Person mit dem apokalyptischen Drachen — aber wieder kann ich mir schnell eine Unterscheidung nicht versagen: Die tschechische Fassung widmet dieser Gleichstellung einen ganzen Abschnitt, die lateinische nur einige Zeilen. Im Lateinischen heißt es: *Hic est, ut conicio, draco ille magnus etc. . . .*, im Tschechischen: *Tentot' jest, jakožt sě jistě domnievám . . .* Die Vermutung ist im Tschechischen durch *dast jistě, gewiß, verstärkt und die gleiche Verstärkung fehlt im Lateinischen*. Aber sie dürfte auch dort ursprünglich gestanden haben: Nur so ergibt sich nämlich für den lateinischen Einschubsatz der Rhythmus des gerade an dieser Stelle deutlich herangezogenen cursus im Satzbau: nicht „ut conicio“ hat es also ursprünglich geheißen, sondern „ut securum conicio“! Aber dieser kleine Hinweis ist entsprechend der ganzen Beweisführung nicht sehr wichtig, und der Hinweis auf den apokalyptischen Drachen überhaupt hat in der Zeit schon längst an Farbe verloren und wird zudem noch aufgehoben durch den Schluß beider, der tschechischen und der lateinischen Fassung, Gott möge den Sünder doch noch bekehren, damit er in sich gehe und einen rechten böhmischen König abgebe. Der apokalyptische Drache wäre nicht zu bekehren. Die Anspielung hat also in beiden Fassungen nur rhetorischen Charakter.

⁹ Der Text, was dem Kommentar der tschech. Ausgabe fehlt, beinhaltet nämlich Anspielungen auf Dan. 3/5!

¹⁰ Über die Beachtung derartiger räumlicher Gliederungen in den zeitgenössischen böhmischen Diplomen vgl. A. Blaschka, Vom Sinn der Prager Hohen Schule nach Wort u. Bild ihrer Gründungsurkunden, in: Studien z. Gesch. d. Karls-Univ. Prag, ed. R. Schreiber, Freilassing-Salzburg 1954, S. 39—80.

V.

Nun aber, abgesehen von dem Dienst, den uns die gerade erwähnte Schlußwendung für die Erkenntnis des rhetorischen Charakters der apokalyptischen Anspielung geleistet hat, wird die Frage regt: Hat denn die Schlußwendung ihrerseits nicht auch rhetorischen Charakter — oder bildeten sich die Hussiten wirklich ein, mit dieser Aufforderung an Sigmund, Hussit zu werden um Anerkennung als böhmischer König zu finden, hätten sie ein realpolitisches Verhandlungsangebot aufgestellt? Und diese Frage führt uns genau in den Kern der Auswertung unserer bisherigen Textanalyse. Beide Fassungen dieses Manifestes sind unmittelbar vor der Neu-Konzeption der vier Prager Artikel geschrieben¹¹. Noch sind die Hussiten insgesamt im politischen Sinne keine feste Partei. Noch hat die royalistische Partei trotz wiederholter Enttäuschungen eine erhebliche Anhängerschaft im belagerten Prag und schafft eine Kluft zu den Táboriten, die man gleichwohl hatte zu Hilfe rufen müssen. Aber nicht die Differenz zwischen einer beleidigenden und herausfordernden und einer versöhnlicheren Anrede Sigmunds, wie sie bisher gezeigt worden ist, bildet in diesem Zusammenhang das eigentlich Entscheidende, sondern die Frage einer beachtlichen, wenn auch viel knapperen Differenz der hussitischen Selbstdarstellung in den beiden Texten. Diese ist allerdings geeignet, die ersten Schritte der selbständigen, bald sich einigenden aktiven hussitischen Politik in einem ganz neuen Licht zu zeigen.

Es geht um die Beziehungen des Hussitismus zur organisierten Christenheit, zur Kirche, und es scheint mir da doch eine recht bemerkenswerte Beobachtung zu sein, daß die tschechische Fassung sich als durchaus revolutionär, die lateinische aber — als katholisch gibt. „Věčný biskup“ (= „ewiger Bischof“) heißt die Anrede Gottes im Tschechischen an einer Stelle. — Die Formel ist wiklifistisch, man findet sie wieder in dem Hustraktat „De ecclesia“¹². Sie ist ein Ausdruck der Lehrmeinung Wiklifs und Hus, nur Christus sei das wahre Oberhaupt der Christenheit. Im Lateinischen fehlt diese Anrede. „Pán a Mistr apoštolský“ (= „apostolischer Herr und Meister“ heißt Christus an anderer Stelle, und die lateinische Fassung wendet das elegant ins Rechtgläubige: *Magister et Dominus apostolorum*. (In größerem Zusammenhang würde die Eleganz dieser Wendung mit dem geringsten möglichen Schreibaufwand noch deutlicher — die Untersuchung des Satzbaues ergibt mit größter Wahrscheinlichkeit, daß die tschechische Formulierung auch im Lateinischen ursprünglich war.)

Der Papst wird im Tschechischen angesprochen mit „římský biskup“ (= „römischer Bischof“) — die bekannte Herabsetzung der päpstlichen Stellung zur römischen Bischofswürde, und im Lateinischen neutral mit *antistes Romanus* bezeichnet — und, damit es kein Mißverständnis gibt: im Tsche-

¹¹ Darüber zuletzt J. Kejř, Čtyři pražské artikuly (Die 4 Prager Artikel) in: Jihočeský sborník historický 1950, S. 15—28.

¹² M. J. Hus Tractatus De ecclesia, ed. S. H. Thomson, Cambridge/Mass. 1956, S. 96 f., XII. Kap.

chischen kommt die Fortsetzung „Deines (= Gottes) Wortes Stellvertreter, aber in Wahrheit Widersacher“ — damit ist also der Papst eindeutig der Antichrist — im Lateinischen fehlt diese Bemerkung natürlich.

Übrig bleibt demnach — was auch wörtlich dargelegt ist — vom hussitischen Credo im Lateinischen nur der Kelch. Und das ist gerade so versöhnungsbereit, wie die Haltung des lateinischen Manifestes gegen Sigmund persönlich, ist aber politisch von viel größerer Tragweite. Die Bekehrung zum Hussitismus als Bedingung für die böhmische Königswürde aus der Hand einer Gruppe, die den Papst als den Antichristen bezeichnete, konnte wohl niemand dem deutschen König tatsächlich auch nur einen Augenblick ernsthaft zumuten. Die Aufforderung nach dem Wortlaut der lateinischen Quelle nahm aber eine zwanzigjährige Entwicklung vorweg: Das sind — natürlich in nuce — die Übereinkünfte von Basel und Prag nach der Niederlage der Táboritenheere.

VI.

Hiermit genug. Unsere kleine Textanalyse könnte man noch ausweiten, um jene erstaunliche Anpassungsfähigkeit des Tschechischen an die lateinische Wortfolge zu beobachten, die wir natürlich nicht allein mit der persönlichen Begabung des Übersetzers erklären können. Daran ließe sich exemplifizieren, in welchem Ausmaß ein vor wenigen Jahren erschienenenes deutsches Übersichtswerk die Entwicklung verkennt, wenn es angibt: „Das Tschechische des 14. Jahrhunderts war noch ziemlich arm und unbeholfen. Hus und Chelčický bezeichnen bereits einen Aufstieg. Die Brüderunität (= gemeint sind Entwicklungen des 16. Jhdts.!) aber hat erst eine wirkliche Literatursprache geschaffen.“

Doch dieses Zitat kann man viel umfassender an der slawistischen Fachliteratur korrigieren. Von größerem Belang hingegen ist wohl noch ein Blick auf den historischen Verlauf: Der lateinische Text zeigte immer wieder Korrekturen von entscheidender Bedeutung, die sich aber auf ganz kleinen Umfang beschränkten. Hatte denn der Verfasser nicht Zeit genug für eine umfassende Neubearbeitung?

Das lateinische Manifest trägt das Datum vom 20. Juli 1420. Sechs Tage zuvor erlitt eine Abteilung der Belagerer am Žižkaberg die bekannte Niederlage. Eine gewisse Zeit werden die siegreichen Verteidiger danach wohl zur Besinnung und zur Beratung benötigt haben. Dann aber war ihnen klar: die Zeit sei nun reif zum Verhandeln.

Solchen Verhandlungen suchte J. Kejř nach einer anderen Quelle auf den Grund zu kommen¹³. Wir können seine Ausführungen mit unserer Erkenntnis nun ergänzen: Kejř meint, daß man etwa zwischen dem 22. und dem 26. Juli diplomatischen Kontakt aufgenommen habe. Das Schlußdatum ist anderweitig gesichert. Der Eingangstermin aber läßt sich offenbar mit der Datierung unseres Manifestes bestätigen. Lorenz von Březova hatte also tat-

¹³ Vgl. oben Anm. 11.

sächlich nur eine kurze Frist, sein Manifest zur propagandistischen Vorbereitung von Unterhandlungen mit dem König zu verändern.

Lorenz — wir haben keinen Grund, seine Autorschaft an einer der beiden Fassungen zu bezweifeln — steht nach den Worten Urbánek's im Jahr 1420 ursprünglich ganz auf Seiten der Radikalen in Prag. Urbánek sagt sogar im Hinblick auf die tschechische Fassung, Lorenz sei von dem extremen Prager Volksführer Jan Želivský in dieser Zeit förmlich „fasziniert“ gewesen¹⁴. Želivský's Meinung nach dem Sieg am Žižkov kennen wir nicht. Ob Lorenz auch dann noch sein Interpret gewesen sei, bleibe also dahingestellt. Jedenfalls aber gibt er berechtigt Zeugnis für eine politische Mäßigung im hussitischen Lager, die Kejř auch in anderem Zusammenhang bemerkt hat. Erst nach dem Scheitern der Verhandlungen, meint Kejř, habe man in Prag unter dem Druck des Pöbels die reichen Deutschen vertrieben, erst dann habe man die 4 Artikel in einer neuen Fassung verschärft. Diese Mäßigung bis zu jenen Unterhandlungen sollte uns ein Anlaß sein, Sigmund und auch seine Gegner in anderem Licht zu sehen. Man wird dabei die hussitische Seite aber nicht nur nach Überlegungen über ihre politische Klugheit oder nach dem Überwiegen konservativer Elemente in ihrer politischen Führung beurteilen dürfen — man wird auch fragen müssen, wie denn die Hussiten selber ihren Erfolg vom 14. Juli bewerteten.

Über die Bedeutung dieser Schlacht herrscht noch heute Uneinigkeit in der Historiographie. Während F. v. Bezold — noch immer einer der maßgeblichen deutschen Hussitenforscher — 1872 von einer „in Wirklichkeit ziemlich unbedeutenden“ Niederlage Sigmunds spricht¹⁵, bezeichnet sie J. Borecký 1945¹⁶, — und damit drückt er eine durchaus verbreitete tschechische Ansicht aus — als einen „machtvollen Sieg Žižka's“. Ein anderer Vergleich mit der Schlacht von Valmy 1792 geht sicher fehl¹⁷. Man muß die Unentschiedenheit berücksichtigen, die Sigmund aus sachlichen und persönlichen Gründen von ernsthaften militärischen Entscheidungen fernhielt, um zu erkennen, daß jenes Scharmützel, durch welches Sigmunds Heer in Wirklichkeit nur 2 bis 3 pro Mille (!) seiner Gesamtstärke eingebüßt hatte (wenn auch auf eine Weise, die für weitere Auseinandersetzungen mit den Hussiten nichts Gutes ahnen ließ) doch keinesfalls die Kreuzfahrer zum Abzug hätte zwingen können. Man muß allerdings auch an Hand der Ausführungen Heymanns¹⁸ die strategische Situation beachten, um zu verstehen, daß erst der Besitz des eilig errichteten hussitischen Holzbollwerks den Belagerungsring hätte bilden lassen können. So hat, im Augenblick, auch nur ein kleiner Kreis im belagerten Prag, allen voran natürlich der militärisch scharfblickende Žižka, die Bedeutung dieses Punktes erkannt. Aber, wie die so-

¹⁴ Wie oben Anm. 3, S. 27.

¹⁵ K. Sigmund und die Reichskriege gegen die Hussiten, I. München 1872, S. 41.

¹⁶ Jakoubek ze Střibra, Prag 1945, S. 51.

¹⁷ Literatur bei F. G. Heymann, John Žižka and the Hussite Revolution, Princeton N. J. 1955, S. 136.

¹⁸ Heymann w. o., S. 136—149.

fort nach dem Gefecht von ihm befohlenen umfassenden Fortifikationsarbeiten auf dem soeben behaupteten Höhenzug beweisen, auch er maß dem hussitischen Erfolg keinesfalls eine entscheidende Bedeutung zu. Offenbar hielt jedermann die Aktion nur für die Eröffnung der definitiven Belagerung, wenn man es auch als gutes Vorzeichen ansah, daß sie zunächst den Belagerern eine Schlappe einbrachte. Die Bedeutung des Gefechts wuchs erst später ganz von selber, dann nämlich, als sich herausstellte, daß es die einzige Kampfhandlung vor der hussitischen Hauptstadt geblieben war. Und so ist auch zu erklären, daß unser Manifest wenige Tage danach, verfaßt von einem strategisch ungebildeten Augenzeugen, den Sieg am Žižkov noch gar nicht würdigt, ja nicht einmal erwähnt.

Am 28. Juli krönte sich Sigmund auf dem Hradschin, jenseits der Moldau, zum böhmischen König. Und erst damit hat er die Brücke zu den böhmischen Revolutionären abgebrochen und sichtbar gemacht, daß er nur die Unterwerfung des rebellierenden Landes anzunehmen geneigt sei. Kompromisse sind nun für lange Zeit ausgeschlossen: wir sind am Beginn einer 14jährigen Auseinandersetzung angelangt. Die Frontstellung der Hussitenkriege ist, nach außen zumindest, endgültig abgesteckt und jeder Partei ihr Feldgeschrei zugewiesen: Hie Kelch — hie König! Lorenz hat gleich im nächsten Flugblatt davon zu berichten gewußt.

DIE ANFÄNGE DER BERGSTADT PLATTEN¹

Von Erich Matthes

Der hohe Teil des sächsischen Erzgebirges, nur durchschnitten von einigen Paßstraßen nach Böhmen, wurde erst gegen Ende des 15. Jahrhunderts durch das Eisen der Bergknappen erschlossen. 1516 bei der Auffindung der überaus reichen Silbererzgänge in der böhmischen Herrschaft des Grafen Schlick am Südhang des Gebirges, die zur Gründung von St. Joachimsthal führte, begann auch in den wilden Wäldern bis hinauf zum Gebirgskamm das Schürfen nach edlen Metallen.

Die Grundherren waren aus leicht begreiflichen Gründen daran sehr interessiert. Der Bergbau förderte ihre „Intraden“ bedeutend mehr als die sehr lax betriebene Waldwirtschaft. Die Schürfer und Neufänger auch um diese Zeit waren fast nur Einheimische, meist Bergleute, die hofften auf diese Weise vorwärts zu kommen, nachdem der Silberbergbau im zweiten Drittel des 16. Jahrhunderts wie eine Art Platzregen vorübergerauscht war und viele Zechen auflässig wurden.

Eine der letzten Bergstädte, die 1534 im hohen Gebirge entstand, war Platten; das Stück Landschaft gehörte zur Herrschaft Schwarzenberg, seit 1533 kurfürstlich sächsischen Besitz, und lag dicht an der böhmischen Grenze.

Schürfe und Mutungen in den Wäldern an der Schlickischen Rainung waren der sächsischen Landesherrschaft sehr erwünscht und wurden unterstützt, obgleich die Landesgrenzen nicht genau geregelt waren, was mancherlei Streitigkeiten heraufbeschwor.

Auch Wolf und Barthel Schaller, beide Bergleute aus Buchholz, hatten im Kammgebiet nahe der böhmischen Grenze geschürft und gegen Ende 1532 „auf der Platt“ sehr reiche Zinnerzvorkommen entdeckt, aber Silber nicht gefunden.

Sie und ihre Arbeiter müssen recht kernfeste Männer gewesen sein, die da oben in den tiefen Wäldern, weit ab von jeder menschlichen Siedlung und bei oft ungünstiger Witterung ihrer schweren Arbeit nachgingen; der Winter kam dort zeitig und blieb lange.

Ehe überhaupt mit Bergwerk begonnen werden konnte, mußten erst Wege und Stege und Brücken gebaut werden, die Unterkunft in den Kauen wird nicht bequem gewesen sein, am Wochenende der weite Heimmarsch der

¹ Für diese Abhandlung wurden Archivalien des Thüringischen Landeshauptarchivs in Weimar, Register T No. 117, 120, 121, 123, 381, 382, 385, 388, 389, 415, 615 und 678 benützt.

Arbeiter nach Breitenbrunn, Eibenstock, Schwarzenberg, Buchholz, das waren drei bis sechs Stunden Weg.

Das angefangene Unternehmen überstieg die Mittel der Brüder Schaller und brachte sie in Schulden. Nach anderthalb Jahren Aufbauarbeit hatten sie noch kein Pfund Zinn ausbringen können, die kurfürstliche Hilfe, auf die sie gehofft hatten, blieb bis zum Frühsommer 1534 immer noch aus, mit Vertröstungen konnten sie ihre 25 Bergknappen nicht satt machen. Aufschluß über ihre Lage gibt das erneute Gesuch der Brüder Schaller an den Landesherrn:

„Gnädigster Kurfürst und Herre!

Demnach unser lieber Vater seliger, Merten Schaller, aus göttlichem Geschäft ein fürnehmlicher Anfänger und erster Baumann auf dem Buchholz gewesen, der viel ehrliche Bergebäude erhoben und sein Leben allda zugebracht bis zum Ende, hat es unserm lieben Gott gefallen, daß wir, seine nachgelassenen Kinder, ich Barthel Schaller in Sonderheit, auf dem Buchholz bis auf diese Stunde gebaut haben.

Auch hat uns beiden Brüdern als fleißige, bergsuchende Leute auf dem wilden rauhen Wald, dem Plattenberg, innerhalb anderthalb Jahren der liebe Gott ein wunderlich Zinnbergwerk bescheert, des wir erste Anfänger und Anheber sind, und mit solcher Begierde, daß ehe wir einige Pfund Zinn gemacht, eine große Summe an Wegen, Stegen und Pochwerken zu bauen zugesetzt hatten.

So wir dann das Bergwerk mit allem unsern Vermögen aus getrostem Herzen, mit stetem Anhalten und durch viele Mühe anderer herzu gebrachter Bergleute bis jetzt bestanden, mit großem Gelde Brücken, Wege und Stege, wie allen wissentlich, zur öffentlichen Bergwerksförderung angelegt; nachdem unsere Nahrung und Vermögen zu Grunde erschöpft, haben wir Vorlage bei andern Leuten suchen müssen.

Sind Vorleger angekommen, die nun auf fünf Jahre Vorlage zusagen haben wollen, aber wir sollten von Euer kurf. Gnaden eine Gunst auf fünf Jahre ausbringen und sie mit solcher Gunst versichern, welches wir dem gestrengen Herrn Hans von Dölzig, Euer kurf. Gnaden Rat (ehe denn die Bergleute geführt und das Bergwerk in solchen Ruf als jetzt steht, kam), angezeigt, hat uns aber Se. Gestrengigkeit zu endlicher Antwort gegeben, daß Eure kurf. Gnaden nicht willens wären, eine fremde Gesellschaft zuzulassen, sondern wären Bedenkens zu unserer Notdurft uns um gleiches und ziemliches selbst zu verlegen. Dies sollte ins Werk kommen, sobald die Bergleute² das Bergwerk beschaut würden haben.

Wir haben auch zu unserm merklichen Schaden mit vielen Arbeitern, die wir bis in die vierundzwanzig haben, auf solche Vertröstung gewartet, uns ist aber bis auf diese Stunde kein Trost, keine Antwort, keine Hilfe zugekommen.

² Im Auftrage des Landesherrn eine Kommission von Sachverständigen.

Sind aus solcher angstiger Not Paulus Schmidt³ um Hilfe und Rat angelaufen, bei dem wir bis in dreißig Gulden entlehnt, welcher uns an Euer Gnaden Statt (vielleicht auf Befehl) eröffnet, daß Eure Gnaden diesem Bergwerk wollten zwei Jahre die Vorlage frei sein lassen.

Nun wir aber nach Vorleger ansuchen, so wollen die uns nicht mehr denn 9 alte Schock oder Zehn minus 1 Orth (etwa 8½ Gulden) für einen Centner Zinn zu leihen geben, mögen und wollens doch auf viele Jahre verschrieben haben. Durch solches unchristlich Gebot wir bauenden Leute verdorben werden müssen, den über gewohnten Gewinn, der unsern Kindlein gebühren sollte, dem Händler zu geben, das ist ja zu erbarmen.

Derhalben wir auch einen hohen Vorrat an Zwittern⁴ haben, daß wir wollten, so Vorlege vorhanden gewesen, bis sechzig Centner Zinn in diesem Sommer hätten gemacht.

Damit wir nicht in so übermäßigen geschwinden Gesuch der Händler geraten dürften und uns des Unrates, darein wir aus Versäumnis der Vorlage geführt worden, wieder etwas ergötzt und mit dem angefangenen Bergwerk uns erheben möchten, bitten wir, E. kf. Gn. wollten uns zu diesem Vorhaben aus kurfürstlicher Kammer 400 fl. Münze auf drei Jahre lang vorstrecken, davon wir jährlich 4 Centner Zinn oder 40 fl. zu verzinsen, und bitten E. kf. Gn. uns arme Untersassen nicht in Nöten stecken lassen, denn ohne Hilfe wissen wir unsere Gebäude und Arbeiter, die allein auf diese Reise vertröstlich hoffen und bisher mit Hunger und Not ausgehalten und in Geduld getragen, nicht zu erhalten und müßten mitsamt dem Bergwerk zu unendlichem Unglauben und endlichem Verderb kommen.

Bitten auch E. kf. Gn., dieweil wir Mangel und Fehls der Vorlage halber unsere belehnte Massen und Gebäude nicht alle belegen und bauen können, wär jetzt auch E. kf. Gn. Bergwerke zu gut, der ganzen Knappschaft zu Gefallen, wenn E. kf. Gn. wollten befehlen, daß wir um unsere belehnten Gänge und Maßen, dieweil viel fremdes Volk täglich zuläuft, mittler Zeit nicht versehrt würden.

Buchholz, 8. Juni 1534.

Wolf und Barthel Schaller, Gebrüder"

Ende Juni traf nun auf dem Plattenberg eine Kommission von sechs Sachverständigen ein, geführt von dem Amtshauptmann Caspar Röder auf Schwarzenberg, darunter waren die Bergmeister von Geyer, Gottesgab, Eibenstock, Buchholz und der Zinnfloßmeister Fabian Schmatzner aus Ehrenfriedersdorf. Sie blieben drei Tage auf dem Berge und befuhren an die 20 Zechen und Fundgruben, sowie die erschürften Gänge.

Wahrscheinlich hatten Gutachter den Plattener Bergleuten gesagt, daß die Schneeberger Bergordnung auch für die neue Bergstadt, die man nun errichten wollte, vorgesehen war. Die Gewerken und die Knappschaft hatten unter Federführung des Wolf Schaller der Kommission eine Denkschrift für

³ Kurfürstlicher Zehntner in Schneeberg.

⁴ Zinnstein.

eine zweckmäßige Bergordnung und ihre Sonderwünsche mitgegeben, in der Hoffnung, daß man das alles beim Bergregiment in Schneeberg berücksichtigen würde; denn die Schneeberger Bergordnung war für ein Silberbergwerk zugeschnitten, und dieses hatte ganz andere Gepflogenheiten als ein Zinnbergwerk.

Das Schriftstück umfaßt 10 Artikel, die Abfassung der Vorschläge und Wünsche ist klar und gewandt, Verfasser und Schreiber war Wolf Schaller, der überhaupt in allen wirtschaftlichen und technischen Fragen zu Rate gezogen worden und bis zu seinem Zwangsausscheiden die treibende Kraft der neuen Siedlung gewesen ist.

Im 1. Artikel wird vorgeschlagen, eine Gemeinde zu bauen, da „dies Orts ein höfflich Bergwerk mit vielen zinnreichen Gängen, die bereit und noch immer erschürft werden können“. Würde ihnen Häuser und Wohnungen zu bauen nicht vergönnt, „wird es an Arbeitern fehlen, an vielen Jungen und Knaben, die neben ihren Eltern im Pochwerk, Waschwerk ein Verdienst haben können, ermangeln, dadurch sonst das Bergwerk unstatthlich erhalten werden muß, wie durch solchen Mangel das ganze große, weite Gebirge ungebaut liegen bleibt.“

2. Zu einer Bergstadt gehören auch Bergfreiheiten, wie Freiholz, Backen, Schlachten, Brauen, Schenken, Fischwasser, Hasen- und Rehjagd wie bei andern Zinnbergwerken in Altenberg, Geyer, Ehrenfriedersdorf, die damit „viele alte Jahre befreit sind“.

3. Bergordnung. Der Unterschied zwischen Silber- und Zinnbergwerk ist weit, besonders was Freimachen (nicht dauernd belegter Gruben), Muten, Aufnehmen, Bestätigen und Nachlassen der Zechen anbelangt. Wird der Zinnstein z. B. für die Schmelzperiode in den Pochwerken aufbereitet, so sind die Fundgruben wochenlang ohne Belegschaft, weil diese auch die Aufbereitung besorgen muß. Daher ist auch die Rechnungslegung aller Quartale im Zinnbergwerk untunlich, weil nicht alle Quartale Zinn gemacht wird.

Würde die Silberbergordnung strikte auch für Platten angewendet, so reichte dann eine Beschwerung der andern die Hand. Die vielen neuen Gruben sind Zwergbetriebe, die nicht alle einen eigenen Steiger halten können oder alle Zechen einen eigenen Schichtmeister oder Grubenvorsteher; diese müssen mehrere Gruben, soweit sie imstande sind, versorgen dürfen.

4. Ganz unannehmbar scheint die Festsetzung der Löhne und das Verbot von Lohnerhöhungen: „dieweils arme Arbeiter betrifft, bei Strafe an Leib und Gut, den Lohn der Arbeiter nicht erhöhen solle, weil die Arbeit schwer und alles teuer auf der Platten.“

Wir sagen, daß wir um solchen Lohn keinen Arbeiter wissen zu bekommen, so vermag sich auch keiner hier zu erhalten; es geht deswegen unserm gnädigsten Herren kein Verlust noch Abgang zu; unser Schaden ist es, so wir mehr geben . . . kein Arbeiter davon sein Unterhalt haben mag und wenss um 15 Groschen fünf Tage und alle Tage 12 Stunden, sechs Vormit-

tage und sechs Nachmittage dazu auch genugsam gearbeitet werden soll, um solchen Lohn wohl und weh zutun."

5. Schmelzhüttenzwang. Alle Zinnerze sollten in Zukunft nur in einer kurfürstlichen Schmelzhütte geschmolzen werden und nur vereidigte Schmelzer in Zukunft zugelassen sein. Die Zinner hielten das für unsinnig, sie baten darum, daß die Gewerken und Fundgrübnern je nach Bedarf und wegen der Weitläufigkeit des Grubengebietes eigene Hütten bauen dürften, wie das in den andern Zinnorten ja von altersher zugelassen wurde. „Nun wißt ihr lieben Herren Bergleute alle, daß einer besser Ofenfeuer legen und schmelzen kann, denn der andere, einem Schmelzer, zu welchem einer Lust trägt, heimisch oder fremd zu wählen, dann gewiß ein jeglicher Gewerken durch seinen selbst gewählten Schmelzer viel und nicht wenig Zinn zu machen gedenkt, unserm gnädigsten Herrn geht deshalb an seinem Zehnten nur zu".

6. Zinnmarken für Zinn als Kaufmannsgut. Sie wünschten eine eigene Marke für das „schöne Spiegel Zinn" und wollen das weniger gute ohne Zeichen liefern.

7. Notwendig ein eigener, verständiger Bergmeister, der täglich anwesend ist, „damit dies Orts nicht, wenn einer muten oder anderes begehren wollte und Irrtümer vorkämen, so weit reisen und Zehrung und Zeit zubringen dürfte. Zu seiner Besoldung wollen sie zwei oder drei Groschen mehr von jeder Zeche zum Quatembergeld geben.

8. Die Erbteile. Im Zinnbergbau war es üblich gewesen, daß ein Achtel (16 Kuxe) von jedem Zinnbergwerk oder -Seifen dem Grund- oder Landesherrn gebührte, die Zeche zahlte dann keinen „Zehnten", sondern nur ein amtliches Wagegeld (zur Kontrolle des Umsatzes). Der Landesherr mußte wie jeder Gewerke auch seine Anteile vorlegen und bei Verlusten den Verlustanteil tragen; vielfach verzichtete der Kurfürst oder wünschte nur $\frac{1}{16}$ selbst zu bauen. Da aber ein solches Achtel oder Sechzehntel von der ersten Zubeße frei zu halten ist, befürchtete die Knappschaft, daß bei strikter Durchführung dieser Bestimmung eine „Abscheu", die manchen Muter abschrecken könnte. „Ist doch mancher arme Mann, der eine lange Zeit mit Hunger und Kummer geschürft und gesucht, ehe er dann Erz antrifft, so hat er fast alle seine Teile vergewerken müssen bis auf ein Achtel oder Sechzehntel, sollte er nun noch das Erbteil gewähren, muß er mit leeren Fäusten davon gehen, so treffe der Schaden allein arme Leute; es müßten dann viele Gänge unerschürft bleiben."

9. Zinnvorlage. Die Plattener wünschten freie Vorlegerwahl⁵, also nicht

⁵ Die Bergleute mußten sich bei einem Vorlage-(Vorschuß)-Vertrag verpflichten, zu einem bestimmten Termine und festgelegtem Preise entsprechende Mengen Zinn zu liefern. Ein solcher Abschluß war nie kurzfristig, da das Ausbringen von Erzen mengenmäßig nur geschätzt werden konnte. An irgendwelchen Konjunkturgewinnen während der Vertragszeit hatte der Geldnehmer keinen Anteil, aber auch kein Risiko bei fallenden Metallpreisen. Als Sicherheit mußten die Schuldner „Hab und Gut" verpfänden oder, wo solches nicht vorhanden, kreditwürdige Bürgen stellen. Das Risiko des Gläubigers war nicht gering, zumal Bergwerksbesitz oder Kuxe nicht gepfändet werden konnten.

gebunden an eine bestimmte Kapital- oder Handelsgesellschaft, sondern sich den am besten zahlenden Geldgeber selbst suchen; auch ein Vorlage-monopol des Landesherrn hielten sie nicht für erstrebenswert. „So aber die Vorlage nicht frei steht, sondern auf eine Gesellschaft verbunden, so muß man zu solcher Gesellschaft genötigt und verpflichtet sein. Das Zinn steige so hoch es wolle, wie es gemeiniglich in der Gesellschaften Macht und Hand steigt, darf aber kein Zinner der Besserung gewärtigen.“

Die Gutachter-Kommission hatte am 3. Juli 1534 von Schwarzenberg aus dem Kurfürsten Bericht erstattet, die Artikel der Knappschaft und Gewer-ken beigelegt, aber auch gleich Stellung zu den Wünschen genommen. Wenn sie auch einiges gut hießen, so überließen sie doch die Entscheidung in mehreren Fällen dem Fürsten, und diese fiel in einigen Punkten nicht zu Gunsten der Arbeiter und Fundgrübler aus.

1. Sie schlugen vor, da jetzt schon zwanzig Zechen voll gebaut würden und noch viele Muten bereit seien aufzunehmen, vor allem auch, weil die Bergwerke weit ab in den Wäldern lagen, an einem geeigneten Platz Häuser bauen zu lassen und Baustellen auszuteilen. Das müßte aber nun sehr rasch, ehe es Winter würde, geschehen.

2. Sie sehen für notwendig an, daß man den Bergleuten frei backen, schlachten, mälzen, brauen, Bier und Wein ausschenken zu gewähren habe, aber was jagen und fischen anbelange, so „stünde das bei Seiner kurfürstlichen Gnaden“.

3. Die Zechen, welche 8 Tage hintereinander nicht belegt wären, sollten ins Freie fallen, wenn die angelegten Arbeiter nicht grade mit Aufbereiten des Zinnsteins im Pochwerk beschäftigt würden.

4. Lohnhöhe der Arbeiter. Da an diesem Ort schon die Anfuhrkosten aller Güter wegen der großen Entfernungen sehr hoch sind (das Brot z. B. wurde aus dem Kloster Grünhain dahin gefahren), ist für 10—12 Groschen Wochen-lohn kein Arbeiter zu haben, die Lohnhöhe sollte man den Gewerken über-lassen.

5. Schmelzhütten. Ungünstig gelegene Schmelzhütten verursachen zu hohe Transportkosten, schon jetzt müssen einige entlegene Fundgruben für ein Fuder Zinnstein in die alte Schmelzhütte 2 Gulden Fuhrlohn aufbringen. Es stehe im Ermessen des Fürsten, wie weit dem Gesuch zu entsprechen sei.

6. Bergmeister. Zur Verhütung von Zank und Streit ist die Verordnung eines Bergmeisters auf diesem wilden Ort dringend nötig.

7. Erbteile des Landesherrn. In den bisherigen Zinnbergorten Ehrenfrie-dersdorf, Geyer und Altenberg wird kein Erbteil gegeben, „da die Platten ein gar wildes Gebirge ist, von den Leuten entlegen, deucht uns gut, daß auf den weiten Wäldern das Achtteil gnädiglich nachgelassen würde“.

8. Die Vorlage. Da der größte Teil der Bergleute „arm und unvermögend, auch nicht angesessene und fremde Bergleute ihr Glück allda suchen“, achten sie es, daß man wenigstens auf vier Jahre die Vorlage frei zu neh-men gestatten sollte.

Nachdem man nun durch das Gutachten so vieler bergverständigen Fachleute — aus Graupen hatte noch Bergmeister Peter Richter nur „Höflichkeit“ der Zinngruben bestätigen können — höhern Orts davon überzeugt war, daß in der Wildnis am Plattenberg doch für „Seiner Gnaden Intraden und Zehnten“ Nutzen entstünde, wenn man das Vorhaben so vieler Bergleute unterstütze, wurde bald nach Eingang der Gutachten der Bergmeister Spannseil, Schwarzenberg, beauftragt, unterhalb des Plattenberges das Geviert für eine Wohngemeinde durch einen Markscheider vermessen zu lassen. Nach Besichtigung der „Malstadt zur neuen Bergstadt“ durch den kurfürstlichen Bergvogt von Buchholz Mattes Pusch verfügte der Landesherr die Austeilung der Hofstätten — vermessen waren 199 Hofstätten je 30 Ellen Breite und 60 Ellen Länge — an die Baulustigen. Die Stadtanlage war schachbrettartig, vier Hauptstraßen streckten sich nach den Himmelsrichtungen. Am Marktplatz hatten repräsentative Häuser zu stehen, die wenigstens ein steinernes Untergeschoß haben mußten.

Am 30. Juli 1534 hatte jeder, der sich zum Bau eines Hauses entschlossen hatte, seine Hofstätte erhalten; es waren immerhin bereits an die 60 Bergleute und Handwerker. Freilich, mit dem Bauen sollte es nicht so rasch vorwärts gehen, erst mußte der Grund und Boden „geräumt“ werden. Über die nicht verteilten Hofstätten hatte die Gemeinde in Zukunft das Verfügungsrecht.

Knappschaft und Gewerken hatten erwartet, daß mit der Hofstätten-Austeilung auch die gewünschte Bergordnung aus diesem Anlaß öffentlich verlesen würde; begreiflicherweise hatten sie auch gehofft, daß man ihre Wünsche und ausführlich begründeten Vorschläge berücksichtigen werde.

Da nichts geschah, richtete die Knappschaft an den Kurfürsten ein umfangreiches Bittgesuch, das in Schneeberg beim Berghauptmann Hans von Weisenbach zur Weiterleitung abgegeben wurde.

„Die dringende Not“ bewegte sie zu folgenden Bitten: 1. Einen „tauglichen Mann (Bergmeister), der Verstand des Zinnbergwerkes habe, auf unser Wochengeld und Besoldung, der bei uns täglich wohne und mit andern Diensten nicht beladen, von einer Zinnstadt verordnet werde, denn daß derselbe Verstand, Gunst und Liebe zum Zinnwerk, welche Gnade nicht allen Bergleuten gegeben ist, trage . . .“. 2. Eine „schickliche Zinnordnung, denn die neulich ergangene habe kein Zinnverständiger, noch, der Zinnbergwerk baut, gesehen.“ Sie möchten vermeiden, daß durch die unpassende Ordnung allerlei Gebrechen entstehen könnten.

3. Bitten sie nochmal um Bergfreiheit. Von der Erfüllung dieser Bitten würde alles Gedeihen in Zukunft überhaupt abhängen, zudem sei ruchbar geworden, daß in Frage der Schmelzhütten keine Freiheit gegeben werden solle, was einer „Verengerung“ der Plattener Bergwerke gleichkommen würde.

4. Dringend sei die Erledigung der Vorlage; das Freistehen für zwei Jahre sei gänzlich untunlich, sie wünschten, daß sie für wenigstens vier Jahre frei sei.

„Das neue Bergwerk brauchte starke, ständige Hilfe, wenn man alle die Wohn-, Zechen- und Pochhäuser, Pochwerke, Wäschchen und Schmelzhütten und die vielen Wege und Stege zu den Gruben jetzt bauen möchte...“ Es sind keine Vorleger auf so kurze Zeit zu bekommen, „auf sechs, sieben, acht Jahre möchten sie sich wohl mit uns einlassen“. Mancher kleine Grubenbesitzer hatte sich bei Hergabe eines kurzfristigen Darlehens seinem Geldgeber verpflichten müssen, den Centner Feinzinn für 8 $\frac{1}{2}$ fl. zu liefern, während die Leipziger Zinnhändler in den Bergstädten viel geringeres Zinn für 10 $\frac{1}{4}$ fl. kauften, das bringt solchem „eigennützigem Betragen auf hundert Gulden Vorlage, bei jährlich dreimaligem Schmelzen, fast 60 Gulden Überlauf, welches je ungöttlich, wie uns da armen Leuten mitgespielt wird.“

Verfasser dieser Bittschrift war wieder Wolf Schaller, der auch von der Knappschaft als „Gesandter“ erwählt worden war. Schaller übergab persönlich das Schreiben in Schneeberg dem Berghauptmann von Weisenbach, von dem er aber keinerlei Zusagen erhalten konnte. Die Wünsche der Knappschaft waren durchaus im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung berechtigt und stellten nichts außergewöhnliches dar; es ist aber anzunehmen, daß dieses Schreiben nie in die Hände des Kurfürsten kam.

Am Michaelistag 1534 hatte Hans von Weisenbach die Plattener Gewerken und die Vertreter der Knappschaft aufs Schloß Schwarzenberg beschieden, dort hatte der Kammersekretär des Kurfürsten Bastian Fischer aus Weimar in Gegenwart der Amtleute von Schlettau und der Herrschaft Schwarzenberg die Bergordnung und die kurfürstliche Verordnung über die Bergfreiheit verlesen lassen. Die Schriftstücke konnten aber den Bergleuten von Platten noch nicht übergeben werden, weil sie erst auf Pergament umgeschrieben werden sollten, wie das bei derartigen Urkunden üblich war. Nach der Verlesung ist die Bergordnung noch 1 $\frac{1}{2}$ Stunden den Knappschaftsältesten zur Durchsicht überlassen worden.

Diese fühlten sich enttäuscht und beschwert, weil einige wesentliche Wünsche überhaupt nicht berücksichtigt waren, und übersandten nun nochmal fünf Artikel dem Schneeberger Berghauptmann, mit der Bitte diese an „Seine Gnaden gelangen zu lassen“, damit die endgültige Fassung der Bergordnung keine weiteren „Gebrechen“ verursache.

Der Widerspruch der Knappschaft und der Gewerken richtete sich 1. Gegen die kurze Frist bei Freimachen einer Grube, sie wünschten eine Spanne von dreimal 14 Tagen, wie das auch in Geyer, Ehrenfriedersdorf und Altenberg Gewohnheit war. — Gegen eine solche Fristerweiterung sprachen sich aber Hans von Weisenbach und der Schneeberger Zehntner Paulus Schmidt aus, weil das sehr leicht mißbraucht werden könnte.

2. Gegen das Schmelzhüttenmonopol des Kurfürsten. Gestand man ihnen keine eigenen Hütten zu, dann ersuchen sie, den Zehnten auf 6 Groschen

je Centner Zinn zu belassen. — Auch dagegen sprach sich das Schneeberger Bergregiment aus.

3. Wüschten sie nochmals, die Vorlage auf wenigstens 4 Jahre frei zu haben. In diesem Falle, damit kurfürstliche Gnade nicht alles abschläge, befürwortete der Zehntner eine Vorlage-Freiheit bis zu 6 Jahren.

4. Baten sie, daß die fremden Geldgeber, die von außerhalb der sächsischen Länder sich in Platten niederlassen, auch mit der „Befreiung“⁶ versehen würden. — Das lehnten die kurfürstlichen Beamten ab, „da solches nicht wohl einzuräumen ist, damit dem Argen nicht stattgegeben ist, nachdem solches auch nicht mit gutem Gewissen geschehen mag“.

5. Das Quatember- und Schreibgeld bitten sie herabzusetzen, da es zu hoch sei. — Dazu äußerte sich der Zehntner ablehnend, weil man aus dem Quatembergeld zwei Berggeschworne unterhalten könnte, das Schreibgeld „sei gemein und gering“.

Die gutachtlichen Äußerungen konnte der Berghauptmann zunächst gar nicht mit dem Zehntner beraten, weil der kurfürstliche Kammerschreiber den Text der Bergordnung wieder mit nach Weimar genommen hatte und die Schneeberger Verwaltung nicht genau wußte, was eigentlich in der Bergordnung festgelegt worden war.

Wenn also auch die Bergordnung in einigen wesentlichen Bestimmungen den Unwillen der Bergleute erregt hatte, so konnten sie doch mit den „Befreiungen“ zufrieden sein; diese lauteten:

„Nachdem uns unsere lieben getreuen Richter und Schöppen unseres Bergwerks auf der Platten untertänigst angelangt und gebeten, daß wir ihnen und gemeinen Einwohnern daselbst zu ihrem Besten und Aufnehmen, Ordnung und Artikel, die sich auf bürgerliche Gewerbe und Handierung beziehen täten geben und bestätigen wollen.

So haben wir in Ansehung ihrer Bitte, fürnehmlich aber des Bergwerkes, nachfolgende Ordnung bis auf unser Widerruf, Verbesserung oder Veränderung gegeben und sie damit begnadet:

Zum ersten: Backen, brauen, mälzen, schlachten, wie das auf andern unsern Bergwerken auf dem Schneeberg, Buchholz und andern gebräuchlich nachgelassen ist, ohne Zoll und Geleit gebrauchen und nutzen, doch sollen sie sich der Schneebergischen Ordnung gemäß halten, damit die arme Knappschaft und bauenden Gewerken in Erkaufung des Brotes und Fleisch nicht übersetzt und übernommen werden.

Zum andern: Dieweil bisweilen durch übermäßiges Brauen einer neben dem andern nicht aufkommen kann, so wollen wir, daß Richter und Schöppen, samt den Verordneten in der Gemeinde und Knappschaft unter ihnen selbst nach Gelegenheit und Befinden, wie sie das Bier vertreiben können, Ordnung und Satzung machen, wieviel Gebräu ein jeder jährlich tun soll, damit der Arme neben dem Vermögenden sein Bier brauen auch gelassen

⁶ Steuerfreier Bezug von Lebens- und Genußmittel, freies Schlachten, Backen, Brauen und Schänken von Bier.

und anwenden möge. Es soll auch das Brauen allein denen, so eine Behausung haben, und nicht den Hausgenossen zugelassen und erlaubt sein. So sie sich aber der Anzahl der Gebräue nicht vergleichen könnten, sollen sie solches an uns gelangen lassen und unsern Entscheid erwarten.

Zum dritten: Nachdem wir befinden, daß den Einwohnern samt der Knappschaft und bauenden Gewerken nicht wenig an der Zufuhr allein an Essen und Trinken der Speise, sondern an allerlei anderer Ware zur Unterhaltung des Bergwerkes und ihres Leibes Notdurft gelegen ist, so haben wir sie mit dem Zoll und Geleit gnädiglich bis auf unser Widerrufes befreit und zwar dergestalt, welcher Einwohner auf der Platten sich der Zufuhr an Proviant und anderer Notdürft gebrauchen und die Freiheit vom Geleit und Zoll genießen und fähig sein will, der soll allein der Gemeinde auf der Platten es zu Gute tun und jederzeit von Richter und Schöppen Bekenntnis und Kundschaft nehmen, damit solches Gewerbe ohne Betrug geschehe.

Da aber einer oder mehrere das verachten und die Befreiung mißbrauchen und außerhalb der Platten an andere und fremde Orte oder Gebiete ausführen und damit handeln würden, der soll auf den Fall ordentliche Gebühren für Geleit zu geben schuldig sein. Würde auch dies von jemand übergangen werden, der soll in gebührliche Strafe gefallen sein und diese Begnadung und Freiheit nicht genießen.

Zum vierten: Wiewohl nicht unbillig gewesen, den Zins für Fleisch- und Brotbänke und Badstube in unserm Amt zu nehmen, so haben wir doch zur Förderung und Aufnahme des Bergwerkes den Einwohnern auf der Platten bis auf Widerruf bewilligt, dieselben gebrauchen und nutzen, doch daß Richter und Schöppen den Ertrag der Nutzung und Einkommen treulich und ordentlich verzeichnen und diese Register unserm jetzigen oder künftigen Schösser oder Befehlshaber zu Schwarzenberg zustellen sollen.

Zum fünften: Haben wir gewilligt und nachgelassen, einen freien Salzkasten auf der Platten zu halten, also daß des Orts niemand ein feiler Kauf aus dem Salzkasten gestattet wird.

Wiewohl das Wagegeld uns gebührt und wir Fug gehabt daselbe unserm Amt zuzuschlagen, so haben wir doch aus Gnaden nachgelassen, daß sie dasselbe genießen und von einem jeden Centner Zinn einen halben Groschen Wagegeld nehmen mögen, doch daß sie solches Geld mit unsern oder Amtsvorwissen der Gemeinde zu gute anlegen und ordentlich Rechnung halten müssen.

Damit dieser Ordnung und Nachlassung gelebt würde, gebieten wir unsern jetzigen und künftigen Amtsleuten und Befehlshabern zu Schwarzenberg, die von der Platten zu schützen und handhaben zu lassen, und da hierinnen noch Mangel befunden, uns zu berichten."

Alle erwähnten Gesuche hatten keinerlei Erfolg, da die maßgebenden Amtsleute sie in der Hauptsache aus eigennützigen Gründen nicht befürworteten. Zwar wurde Hans Glaser zum Bergmeister von Platten ernannt, ein erfahrener Bergmann, der seit 1532 Bergmeister auf den Schwarzenber-

gischen Wäldern war, auch zwei Berggeschworene wurden zu seiner Unterstützung eingesetzt; aber noch konnte keiner von ihnen am Plattenberg wohnen, weil nun erst Häuser gebaut werden mußten.

Die Freiheit der Vorlage vergönnte der Knappschaft und der ganzen Gemeinde ein kurfürstliches Rescript vom 20. Mai 1535:

„Befreiung auf 6 Jahre lang, der Datum hältet Donnerstag nach dem heiligen Pfingstfest des verschieenen 35ten Jahres, daß ein jeder auf sein Zinn die Vorlage, wie er die zu tun und zu versprechen wüßte, seines Gefallens suchen, nehmen und versprechen möchte.

Also haben wir zur weiteren Aufnehmung, Förderung und Besserung zu Ausgang bemeldeter 6 Jahre, die sich in dem künftigen 1541ten Jahre enden werden, noch zwei Jahre länger nach Ausgang aber die Vorlage uns vorbehalten.

Die Vorleger sollen wöchentlich die Vorlage geben. Da solches etwa übergangen wird und wöchentlich nicht erfolgen werde, daß der oder die, so oft das geschieht, mit 5 Centner Zinn gestraft, unserm Bergvogt ohne jeden Behelf oder Ausflucht geben und reichen soll.“

Diese freie Wahl des Vorlegers nützte aber den Bergleuten ohne verpfändbaren Besitz wenig oder nichts, sie wurden von skrupellosen Geldleuten oder Händlern ausgenützt.

Es war erstaunlich, wie rasch in dieser absoluten Wildnis oben am Kamm des Gebirges ein Gemeinwesen entstand, geordnet und die Versorgungsschwierigkeiten gemeistert wurden; vor dieser Leistung und Disziplin können wir nur große Achtung haben.

Mit dem Häuserbau gings nicht so rasch vorwärts, Handwerker mußten untergebracht, Holz geschlagen und geschnitten werden; die Sägemühlen lagen bei Breitenbrunn, es gab Schwierigkeiten über Schwierigkeiten zu überwinden. Der Berghauptmann, der Mitte Oktober in Platten war, schreibt in seinem Bericht an Kurfürst Johann Friedrich, daß bis jetzt nur ein klein Häusel gebaut ist, daß viele ihre Häuser zu bauen vorhaben, aber schwerlich vor dem Ungewitter fertig werden können, „doch man tut in dem so viel als möglich“.

Nach der Schneeschmelze 1535 setzte eine außerordentliche Bautätigkeit ein, nicht nur, daß Wohnhäuser errichtet wurden, auch der Bau von vier Brettmühlen am Schwarzwasser, einer kurfürstlichen Mahlmühle, Schmelzhütte und Pochwerk wurden durchgeführt. Der Kurfürst selbst ließ am Markt ein besonderes Amtsgebäude errichten, als Wohnsitz für den künftigen Bergvogt, mit einer Anzahl Gastkammern für hohen Besuch, Schreib- und Gerichtsstube. Es ist ein weitläufiges Gebäude gewesen; das beweisen die hohen Baukosten von fast 2500 Gulden. Es enthielt auch eine Schankstube und die „Thymitz“, das Ortsgefängnis; wir wissen sogar die Kosten für Einbau und Ausstattung des Haftlokals: es hatte zwei Fenster, dafür berechnete der Glaser Hans Nürnberger aus Schwarzenberg 8 Groschen am Sonntag nach Michaelis; 10 Groschen erhielt Merten Meyer, Schneeberg, für das

Ofensetzen und für einen Ofenfuß⁷; für die Decke zu „klaiben und Estrich zu schlagen“ wurde 1 fl. 10 Gr. 6 Pf. dem Paul Klotz bezahlt.

Das Stroh für den Stampflehm für das kurfürstliche Haus z. B. wurde vom Pfarrer in Lichtenstadt gekauft, Peter Schmidt trug 105 Bund auf dem Ast herauf.

Drei Weiber erhielten 12 Groschen für das Herantragen von Nägeln und Eisenbändern aus Eibenstock; der Schlosser Thomas Hahn aus St. Joachims-thal, der für die Knappschaft einen Saiger in ein Uhrentürmchen auf dem kurfürstlichen Haus einbaute, erhielt 2 fl. 10 Groschen 6 Pf., das war ein ganz respektabler Lohn, wenn man bedenkt, daß ein Bergarbeiter nur 12 Groschen für eine Woche bekommen sollte.

Der Berggeschworne Wolf Thiel, Gregor Stübner, ein vermögender Zinnbergmann aus Graupen — verwandt mit dem kurfürstlichen Rentmeister Hans von Taubenheim — bauten sich am Markt stattliche Häuser, ebenso der Bergmeister Hans Glaser und der Bergschreiber Urban Dietloff. Ein Gastwirt aus Schwarzenberg, Markus Müller, baute einen Gasthof am Markteck, seine Nachbarhäuser gehörten Hans von Weisenbach, Wolf Schaller und andern Fundgrübnern, die sich einen Steinbau leisten konnten. Auch Handwerker wie Fleischer, Schmiede, zwei Böttcher, zwei Köhler bauten sich an.

Aus Thierbach in Böhmen ließ sich der Zimmermeister Jorg Beck, genannt Buttlauer, mit seinen beiden Söhnen Wolf und Zacharias nieder, aus Gey-sing kam der Bader Liborius Liebernikel und baute sich ein Markteckhaus, er betrieb auch mit seinem Sohn eine Zinngrube.

Beck baute Häuser auf Vorrat und verkaufte diese nach Bedarf. Die meisten Ansiedler kamen aus den umliegenden Bergstädten und Dörfern.

Der größte Teil der neuen Häuser waren Holzbauten, das Holz dazu war an sich umsonst, aber die Kosten der Holzzurichtung und sonstiger Bauzubehör waren für die Masse Bergarbeiter noch hoch genug. Gegen Ende des Sommers sind rund 50 Häuser und Häuschen beziehbar, die Liste der Bauhandwerken nennt eine Menge Zimmerleute aus den umliegenden Städten, die beschäftigt gewesen sind; dazu kamen die Schindelmacher für die Dächer, Maurer, Ofensetzer, Schmiede und Glaser.

Auf Kosten des Kurfürsten wurden außer dem Amtshaus ein Nebenhause, eine Schmelzhütte mit einem Wohnhaus daneben, ein Pochwerk mit Wohnungen, das Kohlhaus und die Brettmühle gebaut. Dazu kamen noch Wege, Stege und Brückenbauten, sodaß der Schneeberger Zehntner mehr als 2000 Gulden bereit stellen mußte.

1535 waren als Bauhandwerker in Platten tätig: ein Baumeister, ein Polier, sieben Maurer, ein Schmied, drei Zimmermeister, neunundzwanzig Zimmerleute, sechzehn Handlanger, vier Schindelmacher und ein Töpfer für Ofen; wieviel die Bergarbeiter dabei selbst geholfen haben, kann man sich

⁷ Die rauhen Kacheln dazu wurden aus Lichtenstadt (Böhmen) heraufgetragen, das war ein steiler, stundenlanger Weg.

leicht vorstellen, denn vor Eintritt der kühlen Witterung wollte schließlich jeder ein sicheres Dach über den Kopf haben.

Der Besitzwechsel aber setzte schon im Spätherbst 1535 ein, denn viele gaben ihren Hausbesitz in den folgenden Jahren wieder auf; wahrscheinlich konnten sie doch nicht gut in dieser wilden Ecke existieren, abgesehen davon, daß Bergleute an sich damals ein wanderlustiges Volk waren. Ende 1538 werden 97 Häuser gezählt, davon sind 70 von Familien bewohnt, in weiteren sieben Häusern wohnen nur Hausgenossen, vermutlich ledige Bergarbeiter oder Handwerksgesellen, 20 Häuser sind ohne Besitzer, zugeschlossen und stehen zur Verfügung der Gemeinde, Richter und Schöppen sind befugt, sie an Zuziehende zu vergeben.

Stadtregiment und Stadtverwaltung waren im Frühjahr 1535 geordnet, Richter und Schöppen gewählt und bestätigt. Der Richter als Stadtoberhaupt wurde von der Knappschaft und den Vertretern der „Gemeine“ (letztere bestand aus den Schmelzern, Handwerkern, Gewerken, die nicht Bergleute waren) jährlich neu gewählt, seine Wiederwahl war nur nach vier Jahren möglich. Schriftführer war der Stadtschreiber, eine gewichtige und rechtskundige Persönlichkeit, der alles Urkundenwesen, Lehn- und Gerichtsbücher führen und in Ordnung halten mußte, ebenso die Register für das Kassenwesen der Stadt. In Gelddingen war ein ehrenamtlicher Stadtkämmerer verantwortlich.

Den Gerichten von Platten unterstanden alle Bewohner im „Weichbild“ der Stadt; Richter und Schöppen hatten für Ordnung in den Fleisch- und Brotbänken, der Badstube und im Salzverkauf zu sorgen, sie waren verantwortlich für eine gute Feuerordnung, hatten alle Frevler ohne Ansehen der Person rechtmäßig und gebühlich zu strafen, und der „Genieß von Gerichtsfällen“, d. h. Geldstrafen, Gerichtsgebühren etc. kam der neuen Bergstadt zu. Es durften nur Gewichte und Maße in Gebrauch sein, die in der Stadt Zwickau geeicht waren, zur Verhütung des Betruges; auch die Verkaufsordnung sollte der von Schneeberg oder Zwickau angepaßt sein, „damit die Armut nicht mit unziemlichen Preisen übersetzt werde“.

Neben der Stadtverwaltung stand das Bergregiment, dessen Bürokratie den Bergleuten auf den Taschen lag. Ein Bergvogt, ein Bergmeister, zwei Geschworne, ein Bergschreiber und ein Berggegenschreiber, ein Waldförster, ein Kohlmesser verursachten nicht geringe Kosten. Die Wochengeld-Umlage war infolgedessen ziemlich hoch, denn auch der jeweilige Richter — da er für das Ehrenamt kein festes Einkommen hatte — bekam aus der Wochengeldeinnahme jährlich 3 Gulden. Die Bergleute klagten über zu hohe Schreibgebühren, die nach ihrer Auffassung nicht berechtigt waren. Jede Holzanzweisung des kurfürstlichen Waldförsters mußte mit 3 Groschen honoriert werden.

Schon beim Brauhausbau hatte man sich in ziemliche Schulden gestürzt, die abgedeckt sein wollten. Große Ausgaben standen der jungen Gemeinde noch bevor: Spitalbau, Rathaus, Schule, Kirche, Wohnung des Pfarrers.

Im Frühjahr hatte die Gemeinde um einen Prediger gebeten, der, ehe ein Kirchenbau nach Jahren zustande kam, in der großen Wohnstube eines vermögenden Gewerken mit dem Spitznamen Zuckermacher (sein Familienname war Werner) einmal wöchentlich predigte und zur Untermiete in einem kleinen Häusel wohnte. Seine Besoldung konnte die arme Gemeinde nicht erschwingen, sie erfolgte zunächst aus der Liquidationskasse der enteigneten Klöster.

Da alle bisherigen Vorstellungen und Gesuche beim Bergamt in Schneeberg erfolglos geblieben waren, versuchte die Gemeinde es mit einer umfassenden Eingabe an den Kurfürsten selbst. Wolf Schaller setzte sie am 27. Februar 1536 im Namen von Richter, Schöppen und der Knappschaft auf:

Klageschrift von Richter, Schöppen und Knappschaft auf der Platten an den Kurfürsten, nach Schneeberg an Hauptmann Hans von Weisenbach, Ritter, gesandt.

„Gnädigster Kurfürst und Herr, wir armen Bergleute haben uns auf der Platt untertan gemacht in Hoffnung, das Bergwerk dies Orts und an umliegenden andern zu erregen, E. kf. Gn. Zehnten zu fördern und unsere Nahrung zu suchen. Es will aber am Bergwerk den gemeinen Gewerken und uns an Förderung gemeinen Nutzes noch zur Zeit keine gedeihliche Folge widerfahren aus Ursachen, welche E. kf. Gn. vielleicht verborgen sind, darum uns die allerhöchste und heftigste Not Ursache gibt, solche zum Teil ein wenig zu melden, welche Beschwerde E. kf. Gn. nicht alleine am Bergwerk und Zehnten zu merklichen Abfall gereicht, sondern uns armen Leuten also schwer fallen will.

Wo E. kf. Gn. jetzt zur höchsten Not nicht gnädige Hilfe und Einsehung tun würden, das uns wie den fremden Gewerken geschehen möchte, die mit ihrem geringen Schaden zeitig wieder aufgehört, eine Scheu gewonnen und nun ausbleiben, wir aber nicht viel mehr mit aller unserer Vermögens-Daransetzung und großen Schulden, den wir nicht entgehen können, mit Macht ablassen und nun mit ledigen Händen davon gehen müssen. Dieweil wir aber wissen, daß E. kf. Gn. ein gnädig geneigt Gemüt zum Bergwerk tragen, tun wir auch den fernerer Bericht, was E. kf. Gn. Zehnten gehindert, das Bergwerk abfällig gemacht, die fremden Gewerke vertrieben und uns Armen in solche Schulden und Verderb geführt hatte, ihn zu Gnaden annehmen lassen und verbessern, welches uns armen Leuten zu Trost und Heil gemeinen Nutz ersprießlich und dem ganzen Bergwerk und bauenden Gewerken zur Förderung gereichen wird und unsere untertänige Bitten und Antragen gnädiglich verlesen lassen und eine gnädige Hilfe und Einsehung tun.

Zum ersten haben wir durch Mittel E. kf. Gn. Vorstreckung von 100 fl. ein Brauhaus gebaut, darein wir aber auch eine Braupfanne samt andern zugehörigen Geräte von Leonhard Bygern, Bergvogt im Buchholz, erborgt haben müssen für 14 fl., welche 14 fl. wir dem Bergvogt auf künftige Ostern

zum Teil und Michaelis völlig bezahlen sollen, wie wir uns das haben verschreiben müssen.

Nun wollen wir als ehrsame Leute gerne Glauben halten und uns mit der Bezahlung geschickt machen, wo es immer möglich gesein konnt. Aber, gnädigster Herr, da ist zu der Gemein Not zur Zeit kein Einkommen, wovon solche Bezahlung geschehen möchte. Wir sind auch im Fürhaben gewesen, auf die Häuser eine Steuer anzulegen, welche sich auch nicht hat tun lassen, denn noch viele fremde Leut nur Hofstätten haben und erst zu bauen gedenken, welche dieser Steuer halber ungebaut lassen möchten, dazu auch der größte Haufe unserer Einwohner solcher Armut und Unvermögens sind, daß ihrenthalben nicht mag Glauben⁸ gehalten werden.

Darum uns die Not treibt, Hilfe und Rat zu holen, denn sollten wir mit Zahlung säumig funden werden, daraus wollt dem Bergwerk und uns allen merklicher Nachteil erwachsen.

Derhalben unsere demütige Bitte, E. kf. Gn. wolle uns an einen ehrsamem Rat zu Zwickau verschreiben, damit uns 200 fl. vier Jahre lang um einen ziemlichen Zins geliehen und vorgestreckt werden möchte, davon wir solche Schuld bezahlen, um Glauben zu haben und mit dem Überschuß unsere Notdurft ferner erstrecken möchten.

Zum andern bitten wir armen Leute, E. kf. Gn. wolle einem jeden von uns zu seiner Behausung Stockraum und Wieswachs gnädig verleihen lassen, damit sich ein Armer mit seinen Kindern desto baß erhalten helfen möchte, welches auch dem Bergwerk, insonderheit was zur Zwitterfuhren gehörig, nicht wenig Kosten und Beschwerung abwenden wird, dieweil aber soviel bloße Plätze⁹ vorhanden, darauf soviel desto leichter zu Wieswachs geräumt werden möchte, bitten wir E. kf. Gn. wolle solches leihen und austheilen, derer Räume den Gerichten allhier auf der Platt zu tun befehlen möchten.

Zum dritten. Dieweil wir das schönste und schmeidigste Zinn machen, also daß nach unserem Zinn vor allen andern in diesen Landen zum ersten gefragt, auch lieber denn anderes Zinn gekauft wird, so werden wir auch das solcher Kauf und das Zinn in seinem Wert bleiben möcht. Dieweil aber viel Hütten gebaut werden, dadurch viel Betrug zu besorgen, wie bereits bemerkt wird, so will uns vonnöten sein eine Zinnfloß, wie es zu Ehrenfriedersdorf und Schlackenwalde gebräuchlich, damit das Zeichen rein und ungefälscht gebraucht bleiben möcht, darvon denn das Bergwerk und auch das Zinn in Städten würdig gehalten wird.

Deswegen unsere untertänige Bitte, E. kf. Gn. wolle solche Floß hierzu unserer Gemeinde zu gut kommen und aufrichten lassen.

Zum vierten geben wir E. kf. Gn. untertänig zu erkennen, daß man das Schwarzwasser herunter auf das Bergwerk und zu uns auf die Stadt führen kann, welches berechnet wird, daß es über 500 fl. nicht kosten würde. Wo nun solches geschehe, hätte E. kf. Gn. leichtlich abzunehmen, was für treff-

⁸ D. h. der Zahlungstermin nicht eingehalten werden kann.

⁹ Durch Abholzung von Bau- und Grubenholz.

lichen, mächtigen Nutzen dem Bergwerk, den Gewerken und uns allen daraus erfolgen müßte, was dem Bergwerk fürwahr nicht einen geringen Ruf einbringen würde. Dieweil denn E. kf. Gn. sonst ein vergeblich Geld zu verlegen allhier liegen hätte, welches E. kf. Gn. und uns nicht nützlich ist noch werden kann, bitten wir, E. kf. Gn. wollte doch solch Geld der Gemein auf eine Zeit darlehen und vorstrecken, damit wir das Schwarzwasser herumführen möchten, dafern denn guter Gewinn von denen, die solch Wasser brauchen wollen. Wo nun aber E. kf. Gn. uns zu gemeinem Nutzen solche Vorstreckung nicht tun wollen, so bitten wir, E. kf. Gn. wollte uns Einwohnern soviel wir das vermögen diese Belehnung des Schwarzwassers hineinzu führen vor Anderen und Fremden vergönnen und nachgeben.

Zum letzten, wird uns auch vonnöten sein, weil uns die allerheftigste und höchste Not dazu drängt und Ursache gibt, E. kf. Gn. aus schuldiger Pflicht anzuzeigen, mit was für Beschwerden wir armen Leut durch Vorlage und Gebühren mitsamt dem ganzen Bergwerk in Grund verwahrlost und verderbet sein. Wo E. kf. Gn. durch und mit anderen gleichmäßigen Wegen nicht gnädig Einsehung tun werden, daß wir alle zugleich über solches Aufsetzen und ungebräuchlichen Beschwerden der Bergordnung und des Verlags halber zu Bettlern werden und in Summa in Grund verderben müssen.

Dieweil es denn öffentlich am Tage, daß kein fremder Bergmann, der von einem Zinnbergwerk ist oder sonst Zinnwerkverstand hat, hier auf der Platten nicht baut, viel weniger zu bauen gedenkt, wie wohl etliche zum Teil erstlich hier gewesen und zu bauen angefangen, aber nachdem sie die Schwindigkeit vermerkt, bald wiederum davon abgelassen, so hätten wir gehoffet, es solle doch bei E. kf. Gn. eine Warnung oder aufs wenigste eine Einsicht gewonnen haben, warum doch die Zinner bei uns nicht entstehen wollen; daraus haben E. kf. Gn. zu ermessen, warum das Bergwerk solchen täglichen Abfall gewinnt, daß der Mangel entweder an Leuten oder am Bergwerk oder an E. kf. Gn. selbst sein muß. Nun ist es einmal wahr, daß der Mangel an den Leuten nicht gewesen und noch nicht ist, denn viele ehrliche Leute groß Summen Geldes gewaget, wiewohl noch wenig oder in Summa keiner da etwas ausgericht und auch noch viel verständige Bergleute, die willens wären sich einzulassen, wo es einen leidlichen Brauch gewinnen möchte; das Bergwerk hätt auch an einem bequemerem Ort der Bergleut halben nicht besser mögen gelegen sein, so sind auch die Arbeiter täglich nach Notdurft zu bekommen, darum es niemals an Leuten gebrochen.

Zum andern ist, Gott hab Lob, am Bergwerk der Mangel auch nicht und in gar keinem Wege Schuld zu geben. Man hat z. B. auf dem Geyer einen Zwitter, der auch fest zu gewinnen und deshalb auch ein eben Geld fortzuführen kostet. Nun macht man dort aus einem Schock Fuder nicht volle zwei Centner Zinn und haben davon ein jahrlang einen sehr großen Überschuß.

Dagegen haben wir auf der Platten viel mehr und mächtigere Zwitter, die 4, 5, 6, 8 Centner Zinn geben und können doch zu keinem Überlauf kommen!

Darum kann dem Bergwerk mit Wahrheit keine Schuld zugemessen werden. Und ob man sagen wollte, es wäre allerdings auf der Platten teurer zu erzeugen wie auf dem Geyer, dagegen sagen wir, daß auch die Zwitter auf der Platten noch um so viel reicher sind, als auf dem Geyer, darzu ist auch das Holz auf der Platten viermal feiler zu bekommen.

Item, das Wasser ist auch wieder mehr auf dem Geyer, dieweil dann die vom Geyer auf zweien Centner Zinn aus einem Fuder durchs Jahr so gewaltigen Überlauf haben, wieviel mehr sollten wir auf 4, 6, 8 oder 10 Centner Zinn Überlauf gewinnen?

Aber gnädigster Herr, was nun die Schuld und Ursach ist, das haben E. kf. Gn. leicht abzunehmen, indem das Bergwerk mit neuen Ordnungen und Aufsetzen¹⁰ beschwert ist, welche Ordnung dem Silberbergwerk gemäß, aber auf keinem Zinnwerk üblich und nicht erhört ist, denn ein Centner Zinn gilt 10 fl. und ein Centner Silber fünfzehnhundert Gulden. Ob nun nützlich sein kann, daß die 10 fl. den fünfzehnhundert Gulden die gleichen Unkosten ertragen können, das wollen E. kf. Gn. gnädiglich bedenken!

Darum uns nicht wenig verwundert, daß auf diesem neuen Bergwerk und an uns armen Leuten eine neue Ordnung versucht werden soll! Und ob E. kf. Gn. so vermeinet, diese neue Ordnung etwas besseres oder unvergleicherer hat sein sollen?

Warum versucht E. kf. Gn., da vor zweien Jahren solche Gebrechen angezeigt und darüber die Bergleute erfordert, Erkenntnis und Bericht E. kf. Gn. zustellen müssen? So E. kf. Gn. den Bergleuten gefolget hätten (da wir erstlich von E. kf. Gn. gute Vertröstung empfinden!), es sollten auf der Platten noch eins soviel Zechen und über 100 Häuser mehr gebaut sein worden. Wir wollten auch dreimal mehr Zinn gemacht und mehr Gulden wie jetzund Groschen haben. Nun aber haben wir den Schaden und stecken in großen Schulden und müssen den Spott darzu leiden.

Weil aber nun E. kf. Gn. in Sonderheit wissen, was die Aufsätze, Mangel und Gebrechen der Ordnung sein, daraus solcher Unrat entstanden ist, so sind wir erbötig, E. kf. Gn. solches auch anzuzeigen, aber wollte Gott, daß E. kf. Gn. nicht einerlei, sondern andere bergverständige Leute mehr des Zinnwerkes vernehmen und befragen, es sollt ohne Zweifel mit uns besser werden, desgleichen was für Unlustes uns arme Leuten dieser Vorlage halber zugezogen ist worden und noch füglich geschicht, das erbarme Gott!

E. kf. Gn. sollt wissen, was für Unmut E. kf. Gn. bei männiglich darauf entstanden ist, des wir jetzt geschweigen müssen. Es wollten sonst E. kf. Gn. darob einen Ungefallen tragen.

¹⁰ Erhöhte Gebühren der Bergverwaltungsbürokratie.

Wir haben jetzt, Gottlob, einen verständigen Mann zu einem Bergmeister, gewißlich weiß er, was dem Bergwerk mangelt und auf seine Pflicht befragt würde, er sollt die Wahrheit nicht sparen. Derohalben bitten wir untertanen arme Leut zum besten des ganzen Bergwerks, Nutzens und Förderung willen, E. kf. Gn. wolle mit dieser Ordnung und ewigen freien Vorlage wie und damit andere Zinnbergwerk im Haus von Sachsen, nämlich Altenberg, Geyer und Ehrenfriedersdorf auch begnadet sind, uns damit auch gnädiglich versehen und in solche bräuchliche Wege ordnen helfen und die schweren, unleidlichen, unnützen Unkosten samt dem Mißbrauch abwerfen und weiter nicht nachgeben. Und auch unser und gemeines Nutzen gnädigen Fürschub, Hilfe und Förderung des Landes obliegen. Bitten gnädiglich untertänige und gehorsame Richter, Schöppen und Knappschaft. Platten, Estomihi (27. 2.) 1536."

Diese Klageschrift gelangte auch nicht an den Kurfürsten; der Berghauptmann und die Zehntner von Schneeberg hatten verlangt, daß Richter, Schöppen und Knappschaft eine Delegation am Osterdienstag (18. 4.) nach Schneeberg zur Rechtfertigung schicken sollten. Wolf Schaller ist mit noch einem Bergmann dort gewesen, sie wurden „angeblasen“, sie sollten bekennen, wer die Schrift verfaßt und geschrieben, sie sollten ihnen in aller Ausführlichkeit angeben, worüber sie zu klagen hätten.

Die Auseinandersetzung mit den Amtleuten in Schneeberg muß ziemlich heftig gewesen sein, beliebter wurden dadurch die Plattener Knappschaft und ihr Wortführer Wolf Schaller nicht.

Am Plattenberge hatten auch viele „arme“ Bergleute Fundgruben gemutet; sie betrieben diese als Eigenlöhner, waren also ziemliche Zwergbetriebe. Für diese war es schwer, Vorlage zu bekommen, weil sie für diese Darlehn keine Sicherheiten oder Bürgen anbieten konnten.

Eine kurfürstliche Anordnung hatte seinerzeit bestimmt, daß solchen Kleinbetrieben aus einem Fond von 200 fl. Vorlagen gewährt werden sollten.

Wahrscheinlich kam dieses Geld nicht rechtzeitig oder der Zehntner von Schneeberg erhielt keine besondere Anweisung des Rentmeisters, vielleicht war auch kein Geld dafür in den kurfürstlichen Kassen übrig. Der reiche Amtsverweser von Schneeberg Paulus Schmidt und andere Amtleute benützten die Gelegenheit und gaben den in Geldnot steckenden Bergleuten Vorlage zu recht drückenden Bedingungen.

Ein Beispiel, wie gewinnbringend für den Geldgeber die Vorlage sein kann, wenn er den Zinnpreis bestimmen, also drücken darf, gibt eine Gewinnrechnung des Zehntners Paul Schmidt an den kurfürstlichen Kämmerer Hans von Ponikau: Schmidt, der Kämmerer, und Hans von Weisenbach hatten dem Wolf Schaller und Hans Richter auf der Platten Ende 1534 Vorlage gegeben, beide mußten den Centner Zinn für 10 alte Schock = $8\frac{1}{3}$ Gulden liefern. Der Zehntner Schmidt verkaufte den Centner Zinn für $11\frac{1}{4}$ Gulden. Schaller hatte 81 Centner 26 Pfund Zinn gemacht, 64 Centner davon gingen an Bau- und Unkosten darauf. Während die drei Geldgeber in reichlich 8 Mo-

naten rund 227 fl. verdienten, konnte Wolf Schaller von seiner aufgenommenen Schuld nur den Gegenwert für 4 Centner 34 $\frac{1}{2}$ Pfund Zinn = rund 41 Gulden abtragen, blieb also für seine Zeche, die rote Grube, noch 183 fl. 16 Groschen 1 Heller und 2 Pfennige schuldig. Bei Hans Richter ist das Verhältnis ebenso; wahrscheinlich sind die andern Fundgrübler genau so aufgenommen worden. Dies war nur möglich, weil die Regelung der Vorlage ungebührlich von der Berg-Verwaltungsbürokratie hinausgezögert worden war.

In dem folgenden Anschreiben an den Landesherrn, dem eine besonders geharnischte Denkschrift „Beschwerung der Vorlage und Beschwerde der Bergordnung“ beigelegt war, wurde die Ausbeutung der armen Leute und der Hochmut der Bergbeamten stark gegeißelt. Bitter beschwerte man sich darüber, daß der Rechtsuchende für mutwillig und aufrührerisch von den Beamten gescholten werde.

Damit nun diesmal die Schriftstücke nicht in Schneeberg hängen blieben, wurde ein besonderer Bote ins Hoflager des Kurfürsten nach Eilenburg gesandt; nach der üblichen langen Anrede stand da zu lesen:

„Es hat sich aber, gnädiger Herr, mittlerweile zugetragen, daß beide Amtsleute von Schneeberg auf Befehl E. kf. Gn. uns geschrieben, daß wir Dienstag in den Osterfeiertagen auf dem Schneeberg vor ihnen stehen sollen. Demnach wir uns gehorsamlich dahin begeben und erschienen sind. Hat man uns angezeigt, daß wir das Fürhaben der Artikel unserer Beschwerde wegen der Vorlage und Ordnung ihnen melden und vortragen sollten, welches wir nicht bedacht gewesen, da zu unserer und E. kf. Gn. selbst Verbesserung, sich ganz nichts hat tun lassen wollen. Nicht aus geringer Ursache, des wir nun schier gewitziget sind, denn hätten wir armen Leute aus Einfältigkeit diese Artikel und Gebrechen (die sie wohl wissen) ihnen abermals übergeben zu urteilen, so wäre es blieben heuer wie zuvor und forthin.

So ginge es vor zwei Jahren also auch zu, da unverdächtige Bergleute, die auf E. kf. Gn. Befehl geschickt wurden, Urteiler waren, da wurde das Bergwerk und E. kf. Gn. mit Treue gemeint, aber sobald es aus E. kf. Gn. Hand andern Leuten zugestellt wurde, da wurde dem Eigennutz ein Mäntelein umgehüllt, den konnten die Amtsleute dazumal (wie man sagen will) acht Bergleute zurücksetzen um E. kf. Gn. zu bereden, daß weiß schwarz sein soll.

Wieviel mehr hätten sie, da diesmal nur zween kommen, für die Köpfe stoßen, daß sie auf wenigste hätten müssen schweigen und was sie darüber grübelt und beschlossen, hätten sie ohne Zweifel E. kf. Gn. zugeschrieben.

Welcher unter uns wollet sich in solche Ehrlichkeit gegeben und an E. kf. Gn. noch weiter suppliciert haben, um dafür als mutwillig und aufrührerisch gescholten worden sein?

Da sie aber (die Amtsleute) so hart drauf drängen, wir sollten ihnen die Gebrechen anzeigen und überliefern, da gaben wir ihnen zu erkennen, weil wir vor zwei Jahren den damals geschickten Bergleuten diese übergeben

hätten und wenn sie nun geneigt gewesen wären zu ändern oder um zu helfen, hätten sie unsers Achtens Anleitung genügsam darin gehabt, damit sie draus erkennen möchten und damit auch unserer Bergleute Bedenken der Notdurft und Aufrichtigkeit zu Gute möchten gespürt und angesehen. In Bergsachen kann kein Mann auslernen, wie sollten denn in einem oder zwei Köpfen allerlei Fälle und Bedenken der Billigkeit nach geachtet werden.

Aber das wollte ihnen nicht schmecken, anderer Leute Gutbedünken gelten zu lassen, wollten uns das bald für Ungehorsam deuten, daß wir ihnen nicht nachkommen wollten. Ließen uns heftig an, vergaßen der Hauptsachen und nahmen ein anderes für sich. Ermahnten uns aus einem Ernst, daß wir sollten anzeigen, wer die wären, die solche Klagschrift gemacht, wer sie geschrieben und ob wir auch der ganzen Knappschaft und Gemeinde Vollmacht aufzulegen hätten und was nun der Dinge wären, welche wir in Sonderheit in E. kf. Gn. tiefes Bedenken gestellt wollten haben.

Daraus die Vermutung, daß man an einem armen Mann sein Anliegen und Gebrechen an E. kf. Gn. selbst gelangen nicht zu lassen, jene Vorsprache wolle, wie denn das Werk mit sich bringt, das sie unsere Mitbewohner einen, der nicht das Wenigste beim Bergwerk getan, den sie im Verdacht diese Klagschrift gemacht soll haben, eine Schuld vom Zaune gebrochen um ihrer Furcht willen.

Derhalben übersenden wir die Artikel: Gebrechen der Vorlage und Ordnung E. kf. Gn. hiermit selbst aus dem Bedacht, daß E. kf. Gn. Gelegenheit nehmen, von den Bergverständigen und unverdächtigen Zinnern (ob die vorigen zu wenig gewesen waren?) gnädiglich zu erkunden, hieran nach beständigem und wahrhaftem Bericht zu forschen, wie, was darin vorzunehmen sein sollte, auf daß unser Suchen nicht ein Mutwille (wie sie sagen und uns vielleicht bei E. kf. Gn. verbittern wollten!) gespürt, sondern daraus pure, lautere Wahrheit und höchste Notdurft erkannt werden möchte, denn da ist nicht mehr Harrens, Seide spinnen am höchsten; unser Geld ist hin bis auf den Beutel.

Wird E. kf. Gn. gnädige Einsehung tun, wie wir das alle hoffen, so sind wir zu Gott tröstlicher Zuversicht, dieweilen am Bergwerk keine Schuld, wir werden uns aller Schäden erholen, wo aber keine Änderung ungefähr genommen werden wollte (dafür Gott sei!), so wüßten wir es unserer Torheit zumessen, daß wir uns auf solche Fährlichkeit in eine solche Wildnis so leichtfertig begeben haben und wollen hiermit auf diesen Bericht unsere Treue, Ehre und Pflicht, die wir E. kf. Gn. schuldig genug getan haben und wollens weiter dabei bleiben lassen, denn wir vermerken und sehens, daß Unglumpf uns auf dem Kopf liegen bleibt und wollen uns hiermit Gott und E. kf. Gn. untertäniglich befohlen haben. Richter, Schöppen, Knappschaft und ganze Gemein auf der Platten."

Die beigegefügte Denkschrift lautete:

„Artikel wegen Beschwerung der Vorlage.

Also sagen sie¹¹, solche Vorlage sei den Armen zu dienen und zu Gute aufgerichtet worden, darum sie es auch ein Gutwerk geheißen haben wollen. Was geschieht dabei: wie arm einer sei, so leiht man ihm noch keinen Pfennig, er hab gleich so gute Zwitter am Stein als er immer wolle, damit kann man klar abnehmen, daß man weder den Armen noch auch das Bergwerk meint, sondern er muß ein Gut haben und gewissen Pfand, welches zuvor zum Überfluß geschätzt werden muß¹², auf daß das ohne Verlust und Entgeld der Wucher aufs allergewisseste nicht außen bleiben kann, das seine und haussen gewonnene Zwitter auf der Halden, daß das da sei und das ist das gute Werk, das man meint. Alsdann kann man Vorlage mit Undult bekommen, nämlich nicht mehr, denn was wöchentlich auf das Schürfen und Aufbereiten gehet, es wäre dann so, daß man mehr Zinnstein in der Schmelzhütte stehen habe. Nun kann man in vier Wochen ein Schock Fuder schürfen und aufbereiten, jedoch wollen wirs zum Überfluß auf acht Wochen rechnen. Geben sie nun in 8 Wochen 40 Gulden Darlehen und man schmelzt daraus 6 oder 7 Centner Zinn, so behalteten für ihre 40 fl. innen vier Centner Zinn, also haben sie die acht Wochen mit den 40 fl. einige 10 oder 12 fl. erwuchert¹³ und ob ein armer Bergmann da treulich am Bergwerk angehalten, ein dreißig oder vierzig Gulden zugebüßt und viel Hungersnot mit seinen Kindern erlitten hätte, fragen sie nicht nach, wenn sie einen trösten können, sprechen sie „läuft Hinz hin, so kummt Kunz erwieder!“

Darüber geben wir Euer Gnaden ferneren Bericht und sagen: also haben wir Pfand, so leihen uns die Juden auch Geld, jedoch können wir bei den Juden vierzig Gulden leihen in 8 Wochen mit 40 Groschen Wucher¹⁴ erhalten, da wir zu diesem guten Werk aber 10 und 12 fl. haben müssen, welche nun gnädigster Kurfürst und Herr, christlich, jüdisch oder monopolisch geheißen werden soll, wollen wir E. kf. Gn. selbst urteilen lassen.

Nun ist keiner, der Verstand hat, versucht, seine Vorlage lieber bei den Juden zu nehmen, weder dies Orts wie denn auch geschieht ein jeglicher sein Vorlage nach seinem Besten zu suchen hat, es ist aber um das Zutuen, daß solche offene Vorlage nach Besagung der Freiheit geht, Endschaft gewinnt, alsdann werden wir an ein solch gut Werk geknüpft, genäht und verbunden werden, welches sonder Zweifel viele ehrliche Bergleute, auch tapfere Gesellschaft, förlängst wohl gewußt werden haben, daß sie sich ins Bergwerk und in die Vorlage nicht haben einlassen wollen. Obs aber nun dem Bergwerk E. kf. Gn. und uns nicht zu merklichem Nachteil hat reichen sollen, das haben E. kf. Gn. gnädiglich zu bedenken, es ist ja augenscheinlich worden!

¹¹ Gemeint sind der Amtsverweser Paulus Schmidt, Schneeberg, und der Berghauptmann Hans von Weisenbach, Ritter.

¹² Kostete entsprechende Gebühren des Bergmeisters.

¹³ Der Centner Zinn wurde mit 11½ bis 12 fl. gehandelt.

¹⁴ 40 Groschen = 1⅔ Gulden!!

Man hat in Vermutung, dieweil man E. kf. Gn. dafür beredet hat, daß man auf E. Gnaden Namen die Vorlage hat ausrufen und anschlagen lassen, da es darum und deshalb geschehen sei, daß eine solche neuerfundene Vorlage unerhörter und unredlicher Brauch nicht durch ihren Namen sondern durch E. kf. Gn. Namen und Wohlmeinung und Ernst (dem niemand widersprochen hat) an Tag und ins Werk gebracht werden soll, damit nicht gleichsam jemand darüber zu klagen sich unterstehen darf. Aber sobald ein solcher Brauch eingeschlichen und nun in die Übung gebracht wird, alsdann wollen sie einen Gulden auf einen Centner Zinn mehr leihen und ein neue Vorlage aufrichten! Damit sollen E. kf. Gn. nicht mehr als den Namen und die Fürbitt armer Bergleute (davor der allmächtig Gott E. kf. Gn. gnädiglich behüten wolle!) haben, sie aber den Genieß und das Einkommen haben, wie man dann bereits E. kf. Gn. Geld nicht weiter mehr bedarf.

Also ist es auch vor einem Jahr mit der Schmelzhütten zugegangen; wie man sagen will, daß sie E. kf. Gn. beredet haben, nicht andern zuzulassen, andere Hütten zu bauen, wie im Sinne sie gewesen, und noch neben E. kf. Gn. für sich eine Hütten auszubitten und bauen zu lassen, wie denn vor Augen, daß sie für sich die gelegenste Stelle wählten und das Wasser dazu abgehen ließen.

Derhalben ist der große Verdacht und Schein, daß sie E. kf. Gn. Hütten an den allerunflätigsten und ungelegensten Ort haben bauen lassen, damit sie alle Gewerkschaften in ihre besser gelegene Hütte desto füglicher brächten. Deshalb halten sie noch am Leder, daß sie die armen Gewerken auf diese Stund noch mutwillig zu Fuhrlohn und Unkosten dingen und nicht in anderen Hütten schmelzen wollen lassen, sondern in E. kf. Gn. Hütte zuerst zwingen, damit sie letztlich dieselbigen in ihrer eigenen Hütte der Unkosten halber an der Fuhr desto leichter sich selbst zuzuweisen hätten!

Derhalben haben sie ihre bestellten Amtleute angewiesen zu besorgen, mehr zu ihrem Dienst, denn zum gemeinen Bergwerk Nutzen abgerichtet, denen sie die anderen Beschwerden desto geringlicher übersehen und wollen ihnen gestatten nach ihrem Gefallen schätzen lassen, damit sie helfen ihr Liedlein singen wie denn auch alle mit einstimmen müssen.

Wo es ungewarnter Sache zugehen sollt, ehe das Jahr herum käme, so sollt die Vorlage die Hütten, die beste Zechen oder in die Massen die besten Pochwerke, die besten Wiesen, Brett- und Mahlmühlen, Unschlit- und Eisenkauf, in summa alles, woran Geld zu verdienen wäre, alles der Amtsleute vom Schneeberg sein, wie sie bereits schon alles haben.

Alleine Hütten und Mahlmühlen sind noch ungebaut, das andere ist alles im Wege gewesen. Sind wir nun nicht die ärmsten Bergleute, die der Erdboden trägt, daß wir uns in ein solch eigennützig Regiment begeben haben, da sich vielhundert Bergleute dafür gescheuet und noch hüten, ja freie Bergleute sind wir wie Bauern, die alle Tag zur Fron fahren müssen! —

Artikel und Beschwerde durch die Bergordnung:

Es ist nicht eine kleine Beschwerde und für gering anzusehen, daß eine jede Gewerkschaft gezwungen wird, einen Steiger und einen Schichtmeister zu haben, dazu auch, daß er noch gar alle Quartal dem Bergmeister Rechnung tun muß, welches alles auf andern Zinnwerken in der Gewerken Willen und ihrer Gelegenheit Gefallen steht, allhier aber an vielen Orten vergebliche unnütze Unkosten gebiert, weder E. kf. Gn. noch uns Nutzen bringt.

Mancher arme Mann würde einen Seifen oder eine Zeche bauen, so ihm nachgelassen würde, Zinnstein zu verkaufen, der also des Vermögens nicht ist, selbst zu schmelzen und es nun ungebaut lassen muß, welches auch in der Ordnung verboten ist.

Was Unträglicheres ist je erhört worden auf einem Zinnwerk, daß man dem Gegenschreiber von einem Sechzehntel¹⁵ zween Groschen, einem Achteil¹⁶ drei Groschen, von einer Schicht¹⁷ vier Groschen und von einer ganzen Zeche 10 Groschen geben muß, jedoch wann einer eine Zeche¹⁸ schichtweis läßt abtreiben, muß er sechzehn Groschen geben. Läßt er sie achteilweise abtreiben, muß er vierundzwanzig Groschen geben, und sechzehntelweise zweiunddreißig Groschen. Lieber Gott, wie mancher Mann hat sein Teil liegen lassen müssen um soviel Schreibgeld willen, der sonst andere acht Gewerken gern hätte. Dem Gegenschreiber, einem vereidigten Bergbeamten, hatten die Grubenbesitzer namentlich die Mitgewerken und deren Anteile zu melden, um sie ins Berggegenbuch eintragen zu lassen. Die Schreibgebühren mußte der Lehnträger zahlen.

Und wenn einer auf einem Silberbergwerk eine Zeche hätte, die 100 000 fl. wert wäre, so dürfte er doch dem Gegenschreiber davon abzuschreiben nicht mehr geben, denn ein Schwertgroschen, da er (bei uns in Platten) allein 10 Groschen dazu geben muß.

In Summa: dieser Gegenschreiber schätzt die Leute seines Gefallen, wie er will, und ob er eine Schrift armen Schmelzern oder sonst etwas schreibt und sonst von Amtswegen ohne Lohn gebrauchen solle, so muß man ihm teuer genug bezahlen und weiß nicht wie er die Leut genugsam schätzen soll.

Man hat auf dem Altenberg, Ehrenfriedersdorf und Geyer keinen Gegenschreiber und hält dennoch gut Ordnung, dorten ist auch kein Vorteil noch Betrug gefunden, viel weniger davon gehört worden! Ob man je Gegenschreiber halten wolle, so konnte es man doch mit leichteren Gebühren tun, auch Leute dazu gebrauchen, die des Bergwerks verständig und demselben von Nutzen wären!

Also ist es auch mit den Geschwornen, denn wenn man einem Geschworenen ein Steigeramt eingäbe und die Knappschaft schenkt ihm ein jahrlang ungefährlich fünf oder zehn Gulden, wie aufm Altenberg, so könnte man die übrigen Einkommen einer Gemeinde zu gut verrechnen und dennoch die

¹⁵ 2 Kux.

¹⁶ 4 Kux.

¹⁷ 32 Kux.

¹⁸ 128 Kux = 4 Schichten.

Notdurft versorgen, man könnte auch das Quatembergeld etwas gelindern und mit demselben Einkommen andere und bessere Wege richten.

Es steht übel, wo auf einem Dorfe mehr Edelleute denn Bauern sind, wie bei uns mehr Amtleute denn Berggesellen. Das Zwitterwerk ist ein Ding, wann man ein wenig raufen will, so ist die Schwarte schon mitgegangen, denn ist das nichts anders, denn rips raps in meinen Beutel, wenn man nun bereits eine Maß im Jahre, viermal verschreiben lassen muß, wir wollen geschweigen des schändlichen Mißbrauchs, so im Schein der Ordnung um Eigennutz geschehen: mit Freimachen, mit Verdingen, mit Verschreiben und was des Dinges ist, wieviel hundert Menschen hat man verjagt, die gesehen haben, daß Zinnwerk solche vergebliche Unkosten nicht vertragen können, ungeachtet wie bösllich die Dinge wider Gott und die Welt gebraucht worden sind, da allmal die Ordnung ihr Schanddeckel hat sein müssen.

Wie genau hatte man dem Eigennutz nachgestellt, da ein Artikel in der Ordnung verbiete, man solle die Zwitter nicht teilen, welche sonst auf allen Zinnwerken vielhundert Jahr im Brauch gewesen ist und noch ist und keinem Menschen Beschwerde getragen hat. Allhier aber muß ein Besorg sein umb einen andern Willen, daraus erfolget bereits an, daß man nun in etlichen Mühlen¹⁹ von einem Schock Fuder muß Mühlzins geben fünfeinhalb alte Schock, da man dagegen nicht eingreifen werde, so sollt es wohl täglich höher steigen, wie es bereits in kurzen Wochen in Paul Schmidts Pochwerk auf sechs alte Schock gestiegen ist.

Auf allen anderen Zinnwerken ist es der Brauch, so lange ein Gewerkschaft in den Mühlen aufzubereiten hat, so lange gelten seine Zechen und Gebäude für bauhaffig, bei uns aber soll es nicht so sein, darum auch die Bergverständigen beides, Berg und Mühlen, ungebaut lassen.

In einem Zinnwerk kann man gar keineswegs solche hohe Unkosten ertragen, denn man kann keine Zeche nur mit einem Jungen belegen, daß die in Schuld kummt und liegen bleibt.

Derhalben, wo diese Beschwerde abgeworfen wird, so ist zu vermuten, daß sich in kurzer Zeit ein groß merklich Volk die erste Versammlung macht, darein denn viele ihre Ohren recken, daß wir auf diese Veränderung was fruchtbars durch solch unser Vortragen bei E. kf. Gn. geschafft werden haben, wie wir zu Gott und E. kf. Gn. tröstlich verhoffen, gnädige Einsehung tun werden.

Davon denn auch unser aller Zuversicht kam, denen in den andern umliegenden Gebirgen allerlei Bergwerke zu erregen, dabei uns dazu sonder Zweifel der allmächtige Gott sein göttlich Gedeih auch geben wird.

E. kf. Gnaden untertänigste Richter und Schöppen, Gemein und Knappschaft auf der Platten.

Gegeben auf der Platten am Sonntag Trinitatis (12. Juni) 1536."

¹⁹ Gemeint sind Zinnpochwerke.

Wenn das Bergvolk zu Platten nun glaubte, daß der Kurfürst diese Denkschrift und Bittgesuche durch Sachverständige prüfen lassen würde, so befand es sich im Irrtum.

Der überaus erboste Landesvater schickte mit Eilboten die Dokumente nach Schneeberg (16. Juni), auch der Berghauptmann und der Zehntner hatten es eilig mit ihrer Verteidigung. Sie erklären alles für böswillige Verleumdung, die „unerfindliche Beschwerde geschieht ohne alle Ursache“, sie wünschen, daß „diese Bosheit ihre Belohnung empfängt. Dies ist eine Schrift, welche das Höchste, so wir haben, unser Ehr und Gut, berühren tut, daß ob Gott will, kein Mensch, der in der Welt lebt, und dermaßen bereden kann, denn was ein Schalk zu finden bedenkt, der muß in anderen das Böse suchen denn in uns. Damit wir ungebührlicher Auflage und Verdachte freistehen, wollen gnädiger Herr unsern einfältigen Bericht über die Supplikation der von der Platten vernehmen . . . Wir lassen mit Fleiß erkunden, wer diejenigen wären, so zu dieser Klageschrift Förderung und Anleitung getan, wie denn solches emsig dem Zehntner auf der Platten Urban Dittloff befohlen.“ Vermutlich hat Dittloff eine größere Anzahl Bergleute und Einwohner von Platten als verdächtig dem Kurfürsten angezeigt, denn am 25. Juni wird an den Amtmann zu Schwarzenberg und Grünhain folgender Befehl erlassen:

„Liebe Getreuen, wir wollen Euch nicht verbergen, daß sich in unserer neuen Bergstadt auf der Platten etliche Personen, deren Namen Du auf innen verwahrtem Zettel verzeichnet finden werdest, unterstanden, unsere Amtleute und Befehlshaber aufm Schneeberg und Schwarzenberg gegen uns gröblichst mit Unwahrheit unerfindlich beschwert, überdies auch unsere daselbst aufgerichtete Bergordnung aufs höchste versprochen, vor nicht gut und verachtet haben, welches uns als den Landesfürsten nicht wenig, sondern aufs höchste beschwert; wir auch bedacht, solche sträfliche Mißhandlung und Verachtung ändern zum Abscheu ernstlich zu strafen; ist derhalben unser ernster Begehr, Ihr wollet geheim Bestellung tun und angesagte Personen alle gefänglich annehmen und gegen Zwickau unserm Schösser daselbst überantworten und wohlverwahrt alle halten lassen. Könnten aber bei diesem Schösser alle nicht verwahrlich gehalten, so (nachdem wir sie nicht gerne beisammen in ein oder zwei Gefängnis, sondern einen jeglichen allein verwahrt haben) gegen Weida und Plauen den Amtsleuten und Schössern daselbst zu überschicken. Den haben wir hiermit schreiben lassen, dieselben von Euch anzunehmen.

Und wenn solches geschehen, so wollet uns dieses schriftlich berichten, wollen wir alsdann gegen ihnen zu erzeigen wissen, in dem keinen Fleiß sparen noch unterlassen. Daran tut Ihr unsere gänzliche Meinung.

Sonntag nach Joh. Bapt. (25. 6.) 1536 in Altenburg Johann Friedrich

Verhaftet sollten folgende Personen werden: Gregor Stübner, der jetzige Richter, die Schöppen Lorenz Tischer, Hans Retz, Lorenz Röder, Wolf Schaller, der Fleischer Peter Schön, der Gastgeber Marcus Müller. Von der Knapp-

schaft: Wolf Drehmer, Ägidius Lotter, Hans Richter, Andreas Barthel, die Knappschaftsältesten Andreas Seeling und Wolf Göpfert, der Geschworne Wolf Thiel und der Bergschmied Benedix Schmiedt.

Zu diesem Zwecke wurde die Gerichtsfolge in Grünhain und Schwarzenberg aufgeboten; insgesamt marschierten unter Führung des Richters von Schwarzenberg am Freitag den 30. Juni 45 Mann bewaffnet nach Platten, um die 17 Männer zu verhaften. Sie trafen aber im Ort nur den Richter Gregor Stübner, den Gastwirt Müller, die Bergleute Richter, Göpfert und Tischer an. Alle andern waren weit verstreut in den Wäldern auf ihren Gruben. Den man für den Hauptübeltäter hielt, den Wolf Schaller, konnten sie nicht festnehmen, weil er auch nicht daheim war.

Um nun Wolf Schaller zu fangen, ist am 5. Juli nochmal eine Garde von 40 Mann ausgerückt, die übrigen verdächtigen Bergleute waren auch bei dem zweiten Zuge nicht daheim gewesen, ihre Festsetzung unterblieb daher.

Man brachte den Trupp zunächst bis Schneeberg und nach Eintreffen Wolf Schallers alle nach Zwickau ins Schloß Osterstein.

Das Unternehmen hatte allerhand gekostet; die 45 Männer des ersten Zuges verzehrten 2 Gulden 17 Groschen, das zweite Aufgebot beinahe eben soviel: 2 Gulden 10 Groschen. Hierzu kamen noch weitere Ausgaben des Schwarzenberger Amtsschössers lt. seiner Amtsrechnung:

„3½ Groschen der Schreiber zum Grünhain bei Michael Winzberger, Schwarzenberg, mit einem Pferd verzehrt, daß man die Leute auf der Platten auf Befehl m. gn. Herrn hat gefangen. 7. 7. 1536

22 Gr. die Leute vom Grünhain, so Georg Trützschler, Amtshauptmann, gen Schwarzenberg geschickt hatte, mit nach der Platten zu ziehen, die Gefangenen belingend. 7. 7. 36

55 Groschen haben 14 Personen auf dem Schneeberg eine Nacht verzehrt, daß man die Gefangenen auf der Platten auf Befehl m. gn. Herrn nach Zwickau geführt hat (14 Gr. für Mahlzeiten, 24 Gr. für Getränke, 16 Gr. für 4 Pferde Futter, 1 Gr. Trinkgeld). 8. 7. 1536

14 Gr. 6 Pfg. für Amtsverweser, Zehntner von Platten, dem Förster und Ilg, dem Einspänner, bei Michael Winzberger verzehrt, daß man die Gefangenen nach Zwickau geführt hat (5 Gr. für 5 Mahlzeiten, 6 Gr. für drei Kannen Wein, 3 Gr. für Bier, 6 Pf. Trinkgeld).

1 Schock und 35 Groschen Sonntag zu Abend und Montag früh zu Zwickau mit den Gefangenen verzehrt²⁰ bei Heinz Weihrauch (36 Gr. für zwei Mahlzeiten für 17 Personen, 43 Gr. vertrunken, 14 Gr. Hafer und Raufutter für 3 Pferde, 2 Gr. Trinkgeld dem Hausknecht).“

Das Vorgehen des Herrschers erregte in den umliegenden Bergstädten großes Aufsehen und ziemlichen Unwillen, sodaß Graf Schlick sich gedrängt fühlte, seinen fürstlichen Nachbarn zu ersuchen, die Untersuchung zu be-

²⁰ Diese Ausgaben beweisen, daß der Schösser von Zwickau Wolf Beham auf strikte Sonntagsruhe hielt und die Gefangenen erst am Montag nach dem Frühstück annahm.

schleunigen, weil seine Bergleute in St. Joachimsthal „Murmelingen“ veranstalteten und leicht ein „Unrat“ darum erwachsen könne.

Die nachträglich noch verlangte Festnahme der übrigen „Verdächtigen“ lehnte aber der Schwarzenberger Amtsschösser Andreas Maihöfer ab; er hatte alle andern auf der Liste stehenden Männer zu sich vorgeladen, sie vernommen, aber jeder hatte erklärt — wie das in solchen Sachen wohl immer der Fall ist — entweder nichts von der lästerlichen Klageschrift gewußt zu haben, oder sie schoben alles auf Wolf Schaller.

Die Gefangenen wurden nicht zusammen, sondern „in gesonderte Gefängnis eingesetzt, damit man sich desto baß bei einem jeden insonderheit von wem und von wann die vergifteten und bösen Schriften geursacht, wer dazu Hilfe und Förderung getan, denn wenn sie beisammen sitzen, werden die Erkundungen so füglich nicht von ihnen zu erlangen sein, als wenn sie gesondert.“

Die Verhöre der sechs Männer hatte der kurfürstliche Amtsschösser von Zwickau auftragsgemäß Anfang September besorgt und folgende Niederschrift davon gemacht:

„Aussage der Gefangenen von Platten, auf geschehener Fragen, am Sonntag nach Ägidius (3. 9.) 1536.

Gregor Stübner, Richter, sagt, daß Wolf Schaller der erste Anheber und vornehmste Hauptsacher zur Schrift gewesen, Rat und Tat dazu gegeben, die Schriften artikelweise selber gestaltet, aber seins Achtens, wie er es auch selber nicht anders verstand, so sei es allein um der billigen Förderung des Bergwerks geschehen, allein den Artikel, die Vorlage betreffend, habe ihm keiner bewilligen wollen zu schreiben, haben alle gebeten, denselbigen auszulöschen. Vor Wegschickung der Artikel habe der Richter neben den andern den Schreiber auf dem Perniger (Bärringen)²¹ zu Wolf Schaller geschickt, er solle den Brief schreiben lassen und den Artikel der Vorlage nicht mit hinein setzen, aber der Schaller hat zum Schreiber gesagt, er solle solchen Artikel nur schreiben und sei der Brief also verschickt, dabei er nicht gewesen.

Folgte Marcus Müller, der andere Gefangene, sagt: er sei auf der Platten ein Gastgeber, ein Laie (in Bergsachen), der nicht lesen und schreiben kann, sei aber der Schöppen einer, derhalben er neben den andern im Rat gesessen, da haben sich Richter und Schöppen sämtlich beratschlagt, wie dem Bergwerk zu helfen sei und da er die gestaltten Artikel die Vorlage betreffend hat hören lesen, hat er gesagt, daß man den Artikel die Vorlage betreffend und auch andere Schimpfworte in keinem Wege soll schreiben. Seins Achtens haben der Richter, Wolf Schaller und Lorenz Tischer die Artikel gestaltet, er habe ihn aber nicht anders verstanden, daß solches zur Förderung des Bergwerkes, außer der Schimpfworte, solle reichen, er selbst aber habe noch kein Bau des Bergwerks vorgehabt, habe sich allein des Gasthofes erhalten.

²¹ Bärringen im nahen Böhmen war „Ausland“, der Schreiber nicht zu fassen!

Ich, Lorenz Tischer, der dritte Gefangene, sage, daß Wolf Schaller die Copie der Artikel gestallt, die habe er mit im Rat hören lesen und habe dem Artikel der Vorlage widersprochen zu schreiben, habe nichts anders gewußt, daß die andern Artikel zur Förderung des Bergwerkes sollten reichen, denn Schaller habe die Supplication selbst gemacht, er, Tischer, sei bei dem Abschuß des Schreibens nicht dabei gewesen.

Ich, Wolf Göpfert, der vierte Gefangene, sage aus: Er und Hans Heelinger seien Verordnete der Knappschaft. Der Richter und seine Schöppen haben nach ihm geschickt und gefragt, ob er von wegen der Knappschaft bei Richter und Schöppen auch der ganzen Gemeinde für seine Gesellen stehen wolle. Auf das hat er sich mit seinen Gesellen unterreden, ihnen auch Gewähr geben, was die Sache sei. Das sollen sie sich in der Knappschaft unterreden. Darauf der Richter gerannt gekommen wäre, es bedürft das nicht, sie sollens allen den Obersteigern ansagen und seien ihm als von Richter und Schöppen die gestallten Artikel, die Wolf Schaller aus dem Busen habe gezogen, vorgelesen. Da sie solchs den Steigern zum Teil angesagt, habe keiner in die Artikel der Vorlage zu schreiben willigen wollen. Nun habe also Richter und Schöppen von wegen der Knappschaft ihm auch wiederum angesagt, sie sollen schreiben, was zum Bergwerk und zum gemeinen Nutzen förderlich dartun, wollen sie aus der Büchsen Zehrung geben (für den Boten nach Eilenburg) wie sie denn getan haben.

Ich, Hans Richter, der fünfte Gefangene, sage, daß der Richter und sonderlich Wolf Schaller seines Achtens die Artikel gestallt haben, er habe aber öffentlich neben andern ihnen den Artikel der Vorlage vor Richter und Schöppen nicht wollen verhehlen und gesagt, es möchte ihnen allen zu Ungemach reichen, die habe Wolf Schaller gemacht und geachtet, man soll es schreiben, er weiß es zu verantworten, denn es sei ihm begegnet und er, Hans Richter, sei bei dem Beschluß und Versiegelung des Briefes nicht gewesen, wisse auch nicht, wie es Richter und Schöppen und Wolf Schaller ferner gehalten haben...

Item Wolf Schaller, der sechste Gefangene, welchen ich mit besondern Fleiß befraget, auch mit der Schärfe der Pein bedräuet, saget: er wisse von gar nichts anderem zu berichten, denn die Wahrheit und sei es der Räte eingangs dieser Sachen. Er habe sich mit Richter und Schöppen beratschlagt, wie das Schwarzwasser zur Förderung der Pochwerke auf die Platten zu bringen sei, dabei ein Bergmann gewesen, Bäreisen genannt, der habe gesagt, was hülfe es, wenn wir gleich Wasser haben, wenn ich einen Gang erschürfe, so muß ich einen halben Gulden im Gegenbuch zubüßen. Wenn man nicht Einsehung tut, so ist es nicht waglich, daß dem Bergwerk geholfen werde. Da habe er, Richter und Schöppen einträchtig gesagt, wir haben sonst noch viel mehr Gebrechen, ist eben ein Unkost, daß wir dieselben zugleich an den Landesfürsten mitschreiben.

Bekennt nicht, daß er diese Dinge allein angehoben, denn Richter und Schöppen haben sich zugleich vereinigt wegen des Schreibens und haben alle

zugleich miteinander Ursache solchen Schreibens gehabt, verhoff solch ein Schreiben soll ihnen zu Gnade und Förderung des Bergwerkes dienen . . .“

Diese Niederschrift des Zwickauer Amtsschössers ging am 3. 9. mit folgendem Schreiben an den Kurfürsten, der sich um diese Zeit in Schneeberg aufhielt:

„Euer Gnaden Befehls habe ich die Gefangenen von der Platten in der Güte mit Fleiß befragt, sie auch mit der Schärfe, die Wahrheit zu sagen, bedroht. Aus ihrer Aussage, die ich E. kf. Gn. hierin beilege und untertäniglich überschicke, daraus zu sehen, daß sie meine erste Frage in ein Schimpf geschlagen, aber sie meines Achtens die Wahrheit gesagt und hat ein jeglicher insonderheit geschlossen, daß er von diesem Handel mehr nicht weiß, denn wie ich geschrieben habe. Das habe E. kf. Gn. ich untertänig hiermit wollen vermelden. Wolf Beham, Schösser zu Zwickau.“

Der Kurfürst traf sogleich in Schneeberg die Entscheidung und ließ am 5. September an den Zwickauer Schösser schreiben:

„Wir haben Deinen abermaligen Bericht samt der Gefangenen von der Platten hören lesen, darauf ist von uns und von wegen des hochgeborenen Fürsten Johann Ernst von Sachsen unseres lieben Bruders unser Begehr, Du wollest Gregor Stübner, Wolf Schaller und Lorenz Tischer auf eine gewöhnliche, verbürgte Urfehde und daß sie unser und unseres lieben Bruders Fürstentum und Lande auf Zehen und Wegen nicht mehr berühren sollen, solches alles verschwören lassen. — Die andern drei, Marcus Müller, Wolf Göpfert und Hans Richter, auch auf eine gewöhnliche geschworne Urfehde wieder zu ihren Gütern, doch daß sie hinfort zu keinem Amt und Rates Stande genommen werden, auskommen lassen. Und wenn also die Urfehde obgesagter Gestalt geschworen und genügsam verbürgt, solches dem Zehntner auf der Platten, welchergestalt sie ausgelassen worden, vermelden, denn er Wissenschaft davon empfangen und sich darnach richten und gegen ihnen, sonderlich der letzten Dreien, daß sie im Ratsstand oder sonstigem Amte nicht verordnet noch gebracht oder zugezogen werden mögen. Daran geschieht unser Wille. Johann Friedrich.“

Ein etwas ungewöhnliches Verfahren, daß er die Männer ohne Gericht frei ließ, selbst das Urteil fällte und so rasch die Durchführung anordnete.

Die Vollstreckung der Enteignung lag in den Händen des Schwarzenberger Amtsschössers; sie war nicht ganz einfach. Bei Wolf Schaller war für den Landesherrn nicht viel zu holen: sein Wohnhaus am Markt war gegen Vorlage von 155 fl. dem Schneeberger Amtsverweser Schmidt verpfändet. blieb nur das halbe Pochwerk übrig, das auf 60 Gulden geschätzt und dem Kurfürsten zugeschrieben wurde. Davon gingen noch die Schätzungs- und Schreiberkosten ab, mehr als 50 Gulden betrug dieser Raub nicht. Die Anteile an den Bergwerken blieben von der Enteignung unberührt. Wolf Schaller hielt sich im benachbarten St. Joachimsthal auf, von hier aus gab er seiner Frau Vollmacht, sein Haus zu verkaufen und die Gläubiger abzufinden, d. h. was nach Abzug ihres eingebrachten Gutes noch verblieb; an-

scheinend hat Schmidt das Haus übernommen, hatte aber „aus Mitleiden und Erbarmung, dieweil sie jetziger Zeit im harten Winter nirgendhin zu ziehen gewesen, Stillstand gegeben.“

Gregor Stübner ließ sich im benachbarten Orte Bärzingen auf böhmischer Seite zunächst nieder, blieb also ganz in der Nähe seiner Gruben. Seine Arbeiter Michel und Nikol Arnold, Jorg Gerschner, Peter Kupper, Nikol und Jocoff Müller, Matz Partsteiger, Kilian Peuker, Bastel Resch, Jorg Roland, Nikol Schick, Bendix Schwotzer, Michel Senkler, Wolf Zedlitz, Hans Zimmer, Valten Zorn und die Schwester Hans Hirschs hatten noch Lohnforderungen; auch meldete sich der Zwickauer Metallhändler Wolf Engel, der eine „ungesicherte“ Forderung von 100 Gulden hatte. Nach den bestehenden Bestimmungen hatte er diese Summe nicht einklagen können, da die Schuld nicht ins Bergbuch eingetragen war. Der Sohn Hans Stübner versprach aber, auch diese Schuld zu bezahlen, wenn erst die Arbeiter ihren Lohn bekommen hätten. Die Stübnerschen Zechen wurden auch weiterhin von den Söhnen bauhaftig gehalten (Fundgrube auf dem Auerhahn und St. Niklas); und als der Bergmeister Georg Thiel 1537 den Gregor Stübner aufforderte, zum „Anschnitt“²² nach Platten zu kommen, ließ dieser erklären, „die Zeche sei sein und niemand hab ein Recht, ihm da hineinzureden!“

Ein Caspar von Taubenheim in Diensten des Markgrafen von Brandenburg hatte an die Kurfürstin geschrieben und um Aufhebung der Ausweisung seines Schwagers Gregor Stübner gebeten, der seine Schwester zur Frau hatte, „weil meine Schwester mit Kinder begeben, sie ist dies Haushalten und Bergwerk nicht verständig, dadurch meine Schwester samt ihren Kindern in groß Ungedeih kommt, ist herauf meine ganz fleißige Bitte an E. kf. Gnaden, eine Fürbitte an Seine kf. Gnaden für meine arme Schwester tun, dadurch ihr Mann möcht wieder zu seiner Behausung kommen . . .“

Lorenz Tischer zog nach seiner Ausweisung ins Schönburgische nach Elterlein, sein Haus in Platten wurde pfandshalber im Dezember 1536 dem Gläubiger Michel Winzberger in Schwarzenberg überlassen.

Dem Gastgeber Marcus Müller hatte diese Sache wahrscheinlich so sehr zugesetzt, daß er bald nach seiner Freilassung starb. Seine Hinterlassenschaft betrug 214 Gulden 14 Groschen 3 Pfennige; seine Brüder erbten die für einen Gastwirt sehr vornehmen Kleidungsstücke: eine Brokat-Schaube, ein pelzverbrämtes Atlaswams, Damasthemd usw.

So ganz umsonst war aber der „freche Mutwille der unbequemen Leute von Platten“ doch nicht gewesen, denn Unrecht hatten sie nicht mit ihrer Beschwerde getan.

Der Berghauptmann Weisenbach legte sein Amt Ende des Jahres nieder; die zu hohen Gebühren des Bergamtes wurden herabgesetzt, die unfleißigen Beamten abberufen oder entlassen. Wolf Schallers Vorschlag, das Schwarz-

²² Zum Anschnitt hatten laut Bergordnung nur die Schichtmeister oder Grubenverwalter von den Zechen zu kommen, die Gewerkengelder oder Vorlage verbauten, zur Kontrolle über die anvertrauten fremden Gelder.

wasser nach Platten zu leiten, kam zur Ausführung. Dieser 20 km lange Kunstgraben ist eine wasserbautechnische Meisterleistung; einige Jahre dauerte sein Bau, er rief eine neue Blüte der Bergstadt hervor.

Die Mehrzahl der Einwohner war dem Protestantismus zugetan, das beweisen auch die Grubennamen der Gründungszeiten. Nach Heiligen wurden noch benannt: St. Anna Zeche, Fundgruben St. Bartholomäus, St. Christof, St. Jacob, St. Katharina, St. Ursula und St. Wolfgang, Peter und Paul, auf dem himmlischen Schlüssel, Heilige Dreifaltigkeit am Hirschberg, König David. Dem standen gegenüber Fundgruben, Maßen und Zechen Uffm rheinischen Wein, Sichübel, Auerhahn und Auerhenne, Altväter, Biermaul und Bierkrug, Freibergische reissiges Gezeug, die Bäckerzeche, Haueisen, Hauefort, Hirschbrunst, Kisszeche, Lampertischer Nußgarten, Auf dem schwarzen Mohr, Neujahr am Hirschberg, Rabenberg, Reichertrost am Hirschberg, Rote Grube, Sprengkessel, Am kalten Brünnelein, Schöne Ritter (deren Gewerken waren Albrecht Graf Mansfeld, Franz Herzog von Braunschweig, Caspar von Minkwitz, Hans von Dölzig, Hans von Weisenbach, Graf Wilhelm von Nassau etc.), Wilde Brüder, Wildgrube am Zottenberg, Zween Brüder, Zwölf Apostel am Hirschberg; natürlich waren auch Gruben nach dem ersten Muter benannt. Dies alles waren „fündige“ Bergwerke, einige gaben sogar schon 1535/36 Ausbeute, z. B. hatte, wie erwähnt, die „Rote Grube“ einen Überschuß zu verzeichnen.

FÜHRENDE SUDETENDEUTSCHE IM JAHRE 1848

Von Friedrich Prinz

Die vorliegende Literaturübersicht ist der erste Abschnitt einer größeren Arbeit über die sudetendeutschen Abgeordneten im Wiener Reichstag des Jahres 1848, die der Verfasser mit Unterstützung des Collegium Carolinum in Angriff nehmen konnte. Dieser Arbeit vorausgegangen waren „Studien zur Gestalt Hans Kudlichs“, die im 2. und 3. Heft des Jahrgangs 1958 der „Zeitschrift für Ostforschung“ erschienen sind. Die dortige Literaturübersicht ist in vorliegendem Bericht, wenn auch wesentlich erweitert, verändert und dort, wo es tunlich schien, auch gekürzt, mit eingearbeitet. So hofft der Verfasser, die Arbeit nicht ungebührlich mit Wiederholungen belastet zu haben.

I. KUDLICH

Eine Behandlung der Literatur, die sich mit dem Bauernbefreier beschäftigt, kann sich nicht auf die wenigen Monographien beschränken, die über ihn erschienen sind. Vielmehr müssen auch die allgemeineren historischen Werke über die Epoche herangezogen werden, in der Kudlich tätig gewesen. Gerade für diese Zeit, nämlich die Revolution des Jahres 1848, bleibt der Geschichtsschreibung noch vieles aufgegeben. Die faszinierende Gestalt Bismarcks hat die Aufmerksamkeit und das Interesse so vieler und hervorragender Gelehrter auf die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts gelenkt, so daß es kaum noch einen Mann gab, der so viel Glanz um das Haupt Metternichs, des mächtigsten Mannes im Mitteleuropa der ersten Jahrhunderthälfte, daß für das revolutionäre Intervall der Jahrhundertmitte noch manches zu tun und zu sagen bleibt.

Wenn im Folgenden die Literatur zum Thema Kudlich chronologisch abgehandelt wird, dann heißt dies nicht, daß es an sachbezogenen Gesichtspunkten mangelte, um den Stoff zu gliedern. Die chronologische Reihenfolge hat aber den Vorzug, dem Leser zugleich mit dem Wandel des Urteils den Wandel des Zeitbewußtseins vor Augen zu führen.

Bereits im Jahre 1865, also 6 Jahre bevor Kudlich — nach seiner Flucht aus Österreich — wieder heimatlichen Boden betrat, findet sich in Wurzbachs „Biographischem Lexikon des Kaisertums Österreich“ ein kurzes Lebensbild des Bauernbefreiers, dessen abfälliger Ton nichts zu wünschen übrig läßt. An Tatsachen erfährt der Leser wenig, dafür wird alle Kraft für den Nachweis aufgewandt, daß Kudlich gar keine bedeutende Persönlichkeit sei, sondern ein Mann, „den eine in jenen Tagen allgemeiner Begriffsverwirrung sehr zahlreiche Partei zum Manne des Tages gemacht“ habe, und daß er zu jenen Führern der äußersten Linken gehörte, „deren Aus-

schreiten die Glorie der Märztage mit Bürgerblut befleckte und die den siegreichen Bruch eines unhaltbaren Systems zu einer Auflehnung gegen Gesetz und Recht für Utopien benützt hatten. Im Reichstag war es Kudlich, welcher als der Erste die Idee der Grundentlastung aussprach, welche aber, wenn sie in der Form, in der er sie zu begründen beliebt hatte, angenommen worden wäre, unübersehbares Elend und eine Verwicklung in den sozialen Verhältnissen hervorgerufen haben würde, deren Ausgang sich gar nicht ermessen läßt¹.

Gemeint ist offenbar Kudlichs ursprüngliche Absicht, die Grundentlastung ohne Entschädigung durchsetzen zu können. Des weiteren wird ihm Aufwiegelung der Bevölkerung zum Widerstand gegen die Regierung, republikanische Neigungen und Mitschuld an den Ausschreitungen des 6. Oktobers 1848 vorgeworfen, die schließlich zur Ermordung des damaligen österreichischen Kriegsministers Graf Latour geführt hatten. Wurzbachs biographische Skizze erweckt den Eindruck, als bestehe Kudlichs Bedeutung lediglich in der illegalen, politischen Tätigkeit, die er in den Oktobertagen 1848 in Wien sowie auf dem flachen Lande und, nach seiner Flucht aus der Donaumonarchie, in Deutschland und im Ausland ausgeübt hatte.

Nicht viel günstiger ist das Urteil Anton Springers, das er im 2. Bande seiner Geschichte Österreichs über Kudlich fällt². Springer, ein gebürtiger Prager, dessen Muttersprache nach eigenem Zeugnis das Tschechische gewesen, war später nicht nur einer der berühmtesten deutschen Kunsthistoriker, sondern auch ein betont preußisch-deutscher Denker. Er hatte die Revolution in seiner Heimat mit wachem Auge verfolgt. Durch den 2. Band seiner Geschichte Österreichs weht der Hauch persönlichen Erlebens, die ironische Distanz, womit er die österreichische Revolution schildert, unterstreicht eher noch seine innere Anteilnahme am Schicksal der Donaumonarchie, als daß sie dadurch verhüllt würde.

Voll sarkastischer Zwischentöne sind auch jene Partien seines Werkes, die Kudlichs parlamentarische Initiative in der Bauernfrage schildern. Umso größeres Gewicht kommt daher der Tatsache zu, daß Springer die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Antrages sehr klar herausarbeitet. Am 26. Juli hatte Kudlich die Bauernbefreiung beantragt, 3 Tage darauf sollte die Debatte darüber stattfinden, doch als diese Frist verstrich, ohne daß etwas geschah, regte sich die Ungeduld der Bauern in und außerhalb der Versammlung. Die letzteren schrieben an die Deputierten derbe Mahnbriefe: „Lassen Sie es nicht darauf ankommen, daß die Unterthanen zu Ihnen hinaufsteigen, denn Gott weiß, was daraus entstehen könnte.“ In einzelnen

¹ C. von Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaisertums Österreich, enthaltend die Lebensskizzen der denkwürdigen Personen, welche seit 1750 in den österreichischen Kronländern geboren wurden oder darin gelebt und gewirkt haben. 13. Theil 1865, S. 301—303.

² A. Springer, Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809, 2 Bde. Leipzig 1863/65, (I. Der Verfall des alten Reiches; II. Die österreichische Revolution), Bd. II S. 411ff.

österreichischen Bezirken drohten sogar die Wähler, die Häuser der Deputierten anzuzünden, wenn aus dem Reichstag nicht bald eine Stimme zugunsten des Landvolkes gehört werde. Dadurch wurde der Eifer namentlich der Bauerndeputierten im Reichstag in hohem Maße angespornt. Täglich interpellierten sie den Präsidenten über die fortdauernde Verzögerung der Debatte und setzten es mit Hilfe der Linken durch, daß Kudlich's Antrag endlich am 8. August auf die Tagesordnung kam³. Die Erbitterung der Bauern geht auch aus den Diskussionen hervor, die im Reichstag um die Frage der Entschädigung der Grundbesitzer entbrannte. Springer zitiert, — ebenso wie Kudlich in seinen „Rückblicken“ — die haßerfüllte und erbitterte Rede des galizischen Bauernabgeordneten Kapuscza k, der die Leiden seiner Standesgenossen vor der Befreiung schilderte und sich sehr energisch gegen den Anspruch der polnischen Edelleute wehrte, sie hätten ihren Bauern schon vor dem Erlaß des Grafen Stadion (17. April 1848) die Robot geschenkt⁴.

Kudlich, den Springer einen „unerfahrenen, jungen Mann“ nennt, griff also mit seinem Antrag in eine politisch hochexplosive Situation ein, und man sollte meinen, daß der Verfasser diesem Erfassen einer kritischen Lage einige Anerkennung zollen würde, dies umso mehr, als Springer selbst in seinem Gesamturteil über Kudlich's Antrag viel Einsicht in dessen Bedeutung verrät⁵. Aber Kudlich's Initiative erscheint ihm nur als eine eiskalt vorausberechnete Einzelaktion im politischen Plan der Demokraten. „Die Reichstagslinke, zu deren eifrigsten Mitgliedern Kudlich gehörte, billigte diese That, da sie ihrer Partei die Ehre, die Initiative in der Robotfrage ergriffen zu haben, um jeden Preis sichern wollte, und merkte erst viel zu spät, welchen Schaden dadurch gerade die Parteiinteressen erfuhren. Ihr Augenmerk mußte darauf gerichtet sein, den Reichstag unmittelbar nur den allgemeinen Grundsatz der Robotaufhebung aussprechen zu lassen. Sie blieb dann Herr der Situation, hielt das Landvolk in der gespanntesten Erwartung und konnte zu gelegener Zeit entweder durch Verweigerung der Entschädigung oder durch Nachgiebigkeit die Gegenpartei zu Zugeständnissen in anderen politischen Fragen zwingen“⁶.

³ A. Springer, Österreich II S. 413.

⁴ A. Springer, Österreich II S. 420, Kudlich, Rückblicke II, S. 151 f.

⁵ A. Springer, Österreich II S. 430. „Man kann daher immerhin sagen, die Erledigung des Kudlich'schen Antrages hat den unmittelbaren, raschen Fortgang des Verfassungswerkes gehemmt, den vollständigen Sieg der Revolution verhindert. Man darf aber darüber nicht vergessen, daß erst seit dem 7. September (Tag der Verabschiedung des Grundentlastungsgesetzes) Österreich in Wahrheit in die Reihe der modern organisierten Staaten eintrat, mit dem Mittelalter gründlich und für immer brach und daß in dem Beschlusse vom 7. September der Reaction eine unübersteigliche Schranke gesetzt wurde. Dieselbe konnte viele Thaten der Revolution vernichten, an dem Beschlusse vom 7. September konnte und durfte sie nicht rütteln.“

⁶ A. Springer, Österreich II S. 414.

Folgerichtig legt Springer daher Kudlichs Worte, die er anlässlich der Begründung seines Verbesserungsantrages am 8. August sprach, ebenfalls als diabolisches Parteimanöver der Demokraten aus. Kudlich hatte damals für die Ausarbeitung eines erschöpfenden Gesetzes, welches auf die Verhältnisse in den einzelnen Provinzen Rücksicht nehmen sollte, eine Kommission vorgeschlagen, der auch die Entscheidung über die Frage, ob und welche Entschädigung für die aufgehobenen Lasten zu leisten sei, vorbehalten sein sollte. Diese Frage lag nach Kudlichs Auffassung nicht im dringenden Interesse des Landes, mit ihrer Entscheidung, so meinte er, habe es keine Eile, da die Bauern gewiß zufrieden seien, wenn sie auch erst nach Wochen erfahren, ob sie entschädigen sollten⁷. Kudlich war von seiner ursprünglichen Überzeugung, daß die Aufhebung der Grundlasten entschädigungslos erfolgen müsse, vor allem deshalb abgerückt, weil er sich völlig richtig ausrechnete, daß er mit einem so radikalen Antrage in einer hoffnungslosen Isolierung verbleiben würde; es war also ein taktisches Entgegenkommen für die politischen Gegner damit gemeint⁸. Springer dagegen sah darin nichts anderes als den Wunsch der Linken, die Bauern durch die offene Entschädigungsfrage in fortdauernder Spannung zu halten, um sie auf diese Weise „für den politischen Radikalismus empfänglich zu machen“⁹.

Kudlich hat später diese Ausdeutung seiner Haltung in der Bauernfrage ausdrücklich abgelehnt, für ihn war das Eintreten für die Freiheit des Bauern kein parteitaktisches Manöver, sondern ein Lebensauftrag, eine Verpflichtung seiner bäuerlichen Herkunft gegenüber. So entgegnete er denn: „Die weisen Historiker der Reaktion sahen in dem Antrag ein revolutionäres Manöver, um die Millionen des bäuerlichen Standes an die Politik der Linken zu fesseln. Die klugen Füchse durchschauten den Plan! Die Bauern sollten frei werden, — die Frage der Entschädigung aber wie ein Schwert des Damokles über dem Haupte des Bauern in der Schwebe bleiben . . . Nur in der Linken sollten die Bauern ihre Freunde sehen, für jede nächste Revolution, für jeden Putsch sollten sie in Bereitschaft gehalten werden. Ich war leider planloser, als die Gegner glaubten!“¹⁰

Kudlich fand es zwar richtig und nützlich, wenn infolge seines Antrags die Bauern sich der Linken im Reichstage zuwandten, beklagte aber gleichzeitig, daß die Bauern 1873, als er seine Rückblicke schrieb, ins konservative Lager übergegangen waren. Genau das aber hatten ihm Parteifreunde schon vorher prophezeit und in Kudlichs Polemik merkt man, daß es wirklich etwas mit Springers Vermutung auf sich hatte, ein Teil der Demokraten habe die Bauernfrage lediglich als ein taktisches Mittel zur Sicherung, bzw. Stärkung ihrer politischen Stellung betrachtet, ohne mit dem Herzen dabei zu sein. Wenn man es auch billigerweise einer politischen Gruppe oder Partei nicht

⁷ Ebenda S. 417.

⁸ Kudlich, Rückblicke II S. 169.

⁹ A. Springer, Österreich II S. 417.

¹⁰ Kudlich, Rückblicke II S. 102 f.

ankreiden sollte, daß sie ihre Maßnahmen auch unter dem Gesichtspunkt eines möglichen Wählerzuwachses trifft, wird man Kudlich in diesem Falle von jenem rein taktischen Verhalten freisprechen müssen.

„Die Radicalissimi der demokratischen Partei“ — so gesteht er, „denen am Bauern wenig oder gar nichts gelegen war, denen nur der Sieg des abstrakten Freiheitsbegriffes vorschwebte, machten mir nachträglich allen Ernstes folgenden Vorwurf: Es war sehr unklug, den Bauern zu entlasten, denn nach Verkündung des Gesetzes vom 7. September verlor er jegliches Interesse an dem Erfolg der Revolution.“¹¹ Es besteht kein Anlaß, Kudlich diese deutliche Distanzierung von den Radikalen des eigenen Lagers nicht zu glauben, Springer hat also unrecht, ihn nur als den Exponenten der Parteiinteressen zu betrachten.

An dieser Stelle muß mit Nachdruck auf den staats erhaltenden Charakter des Kudlichschen Antrages hingewiesen werden. Die Lösung der Bauernfrage war geradezu die unabdingbare Voraussetzung für die reibungslose Entwicklung eines konstitutionellen Lebens, eine Ordnung der bäuerlichen Verhältnisse beseitigte gleichzeitig viel sozialen Zündstoff und beugte der Radikalisierung vor. Diese staats erhaltende Tendenz war nicht nur die von den „Radicalissimi“ gefürchtete Konsequenz seines Antrages, sondern lag auch im Willen des Antragstellers. In der Begründung desselben sagte Kudlich, durch diesen Schritt solle zu Ende geführt werden, was Kaiser Joseph II. begonnen habe. Erst dadurch werde die Gleichheit der Staatsbürger gesichert. „Welche Ironie, wenn man sagt, daß das souveräne, österreichische Volk sich selbst eine auf demokratischen Grundlagen zu erbauende Verfassung gibt, während doch in allen Provinzen noch ein Zustand herrscht, der im wesentlichen von der alten Leibeigenschaft nicht sehr verschieden ist. Mag auch der Umfang dieser Freiheitsbeschränkungen nicht mehr so groß sein wie zur Zeit des Mittelalters . . ., so bleibt doch immer noch ein Widerspruch, wenn wir hier in diesem Saale ‚Unterthanen‘ neben Staatsbürgern sitzen sehen, zwei Dinge und Begriffe, die sich nun einmal miteinander nicht vertragen.“ Wenn Kudlich im weiteren Verlauf seiner Rede auf die drohende Haltung der Bauern verwies, dann tat er das nicht im Tone eines Demagogen, der auf die Zahl und Stärke seiner Hilfstruppen pocht, sondern die Sorge vor unkontrollierbaren Explosionen, die den ruhigen Entwicklungsgang Österreichs zum konstitutionellen Leben bedrohen könnten, klingt überall mit an¹². Damit tat er im Grunde genau dasselbe, wie der mährische Landtag, der noch vor Zusammentritt des Wiener Reichstages auf Antrag der Grundbesitzer die Bauernbefreiung beschloß. Die Initiative der mährischen Grundbesitzer entsprang wie bei Kudlich der Einsicht in die drohende Gefahr für die staatliche Ordnung. In beiden Fällen wurde ein Ge-

¹¹ Ebenda, S. 104.

¹² Ebenda, S. 92 f. und 120 ff.

bot der Stunde erkannt und befolgt. Ähnliches gilt für Stadions Grundentlastung in Galizien¹³.

So sehr Anton Springer auch die „buntschillernde Rhetorik“ des unerfahrenen jungen Mannes belächelt, in einem wesentlichen Punkt stimmt er mit Kudlichs Meinung vollkommen überein: Es ist die Haltung der tschechischen Abgeordneten in der Frage der Entschädigung der Grundbesitzer. „Die meisten unter ihnen hätten gern gegen die Entschädigung gestimmt, mußten aber bei der strammen Disziplin, welche die Parteiführer hielten, auf die ausgegebene Parole horchen. Diese lautete für die Entschädigung.“ Die nationalen Ziele hatten eindeutig den Vorrang vor den sozialen und Springer wie Kudlich sparen nicht mit beißender Ironie über die tschechische Haltung¹⁴. Der parlamentarische Kampf für oder wider die Entschädigung der Grundbesitzer schied den Reichstag also nicht nur in soziale Interessengruppen, sondern offenbarte auch die nationalen Gegensätze. Schon die Tagespresse jener Zeit erkannte, daß sich die Tschechen aus nationalen Gründen von der Revolution distanzieren¹⁵.

Aufs ganze gesehen, hatte Kudlich allen Grund zur Erbitterung über das, was man bisher über ihn und seinen Anteil an der österreichischen Bauernbefreiung geschrieben. Es war zu erwarten, daß er sich gegen das Totgeschwiegenwerden ebenso zur Wehr setzen würde, wie gegen den offiziellen „Rufmord“. Die Gelegenheit dazu bot sich ihm, als er 1867 in Österreich end-

¹³ So leidenschaftlich sich Kudlich für die Revolutionsideale einsetzte, so wenig hielt er schon als Student von den häßlichen Demonstrationen der Gasse gegen konservative oder gemäßigt liberale Persönlichkeiten, die sich in Wien unter dem Namen „Katzenmusiken“ eingebürgert hatten und teilweise von radikalen Studenten organisiert worden waren. Ein gewiß unverdächtigster Zeuge, der konservative Historiker Helfert, zitiert bei der Schilderung der Wiener „Katzenmusiken“ eine Stelle aus Kudlichs „Rückblicke“, worin sich dieser in dem während der Revolutionstage geschriebenen Tagebuch (es ist in die „Rückblicke“ mit aufgenommen worden) entschieden gegen dieses Treiben ausspricht. „Unsere Wiener Anarchie fängt allmählich an, viel von ihrem gemütlichen Charakter zu verlieren. Das Ministerium, schwach wie ein Wickelkind, führt durch seine Kraftlosigkeit und seine Schwäche uns an den Abgrund einer neuen Revolution. Diese furchtbaren Katzenmusiken sind eine förmliche Institution geworden.“ („Rückblicke“ I, S. 173. A. v. Helfert, Geschichte der österreichischen Revolution im Zusammenhang mit der mitteleuropäischen Bewegung der Jahre 1848—1849. 2 Bde. Freiburg i. Br. 1907/09, II S. 46.) Erst als Kudlich einsehen mußte, daß die Gegenseite um keinen Preis eine konstitutionelle Staatsordnung wollte, vollzog er die Schwenkung zum Radikalen. Vgl. F. Prinz, Kudlich II, S. 441 in: Zschr. f. Ostforschung Jg. 1958 Heft 3.

¹⁴ A. Springer, Österreich II S. 417 f.; Kudlich, Rückblicke II S. 51 f.

¹⁵ J. Mentschl, Die Wiener Presse und das Problem der Bauernbefreiung des Jahres 1848. Phil. Diss. Wien 1948 (Maschinenschrift) S. 118.

Gertrud Szabo, Die Revolution des Jahres 1848 in der österreichisch-ungarischen Monarchie im Spiegel der Memoiren und Tagebücher der Zeitgenossen. Phil. Diss. (Maschinenschrift), Wien 1949 S. 196 f.

Paula Geist-Lányi, Das Nationalitätenproblem auf dem Reichstag zu Kremsier 1848/49. Ein Beitrag zur Geschichte der Nationalitäten. München 1920, S. 56 ff. und S. 102.

lich amnestiert wurde. Nun war der Rückweg in die Heimat frei. Im Jahre 1872 kehrte Kudlich das erste Mal nach Österreich zurück. Er trug sich mit dem Plan, wieder ins politische Leben einzugreifen. Was ihm dabei als Ziel vorschwebte, war eine übernationale Einheitsfront der liberalen Kräfte der Donaumonarchie. Aber der Zeitpunkt für die Schaffung einer solchen liberalen Sammelpartei war denkbar schlecht gewählt. Deutsche und Ungarn hatten sich auf Kosten der slawischen Völker Österreichs geeinigt, während die Ausgleichsbestrebungen mit den Tschechen, die zwischen 1865 und 1871 in immer neuen Anläufen stattgefunden hatten, nun endgültig gescheitert waren. Kudlich warb vergeblich für seine Idee, das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen hatte sich entscheidend verschlechtert, die Gründung des Deutschen Reiches war ebenfalls nicht dazu angetan, die tschechischen Besorgnisse vor der Germanisierung zu vermindern. Das ursprüngliche Ziel der Tschechen, mit Österreich nach dem Vorbilde des ungarischen Ausgleichs zu einem grundsätzlichen Übereinkommen zu gelangen, verschwand seit dem Scheitern der Verhandlungen mehr und mehr aus dem Blickfeld der tschechischen Politik¹⁶. Diese ablehnende tschechische Haltung konnte nicht ohne Einfluß auf den Ton und die Tendenz der „Rückblicke und Erinnerungen“ bleiben, die Kudlich während dieses Europaaufenthaltes schrieb. Bittere Anklage gegen den tschechischen Nationalegoismus im Jahre 1848, Anklage gegen den immer noch wachsenden Nationalismus der Tschechen zur Zeit seines Europaaufenthaltes — das ist geradezu der Grundtenor dieser Autobiographie und der Ausdruck seiner grenzenlosen Enttäuschung über seinen mißglückten politischen Neuansatz in Österreich¹⁷.

Ein zweiter hervorstechender Zug der „Rückblicke“ ist das verständliche Bestreben, sich und seine politische Haltung während der Revolutionszeit zu erläutern und zu verteidigen. Die oben behandelte Literatur über Kudlich zeigt, wie notwendig und berechtigt dies war, da bisher eigentlich nur die Gegenseite zu Wort kommen durfte. Verständlich ist daher auch die Erbitterung des heimgekehrten politischen Flüchtlings über die einseitigen, teils ironischen, teils verächtlichen Darstellungen seiner Tätigkeit als Abgeordneter aus der Feder Anton Springers und in Wurzbachs Biographischem Lexikon.

Der 1. Band der „Rückblicke“ schildert Kudlichs Jugend, seine Schul- und Studentenzeit und die Ereignisse der Wiener Revolution bis zu seiner Wahl

¹⁶ A. O. Zeithammer, Zur Geschichte der böhmischen Ausgleichsversuche 1865 bis 1871, 2 Bde. Prag 1912; vgl. H. Lades, Die Tschechen und die deutsche Frage. Phil. Diss. Erlangen 1938 S. 270 ff.

¹⁷ H. Kudlich, Rückblicke und Erinnerungen, 3 Bde. Wien, Pest, Leipzig 1873. (Die 2. Auflage, Budweis 1923, war dem Vf. nicht zugänglich.) I, 228 f.; 231 f.; II, 44 ff.; 51 f.; 243, 248 f.; III, 183.

Anläßlich der Schilderung des Fackelzuges der Bauern für ihn, an dem „auch viele Slawen, namentlich Mährer“ teilnahmen, schreibt Kudlich 1873 die bezeichnenden Worte: „Der Nationalhaß war in jenen Zeiten noch nicht so tiefgehend und leidenschaftlich wie jetzt.“ (Rückblicke II, S. 202).

zum Abgeordneten des Kreises Bennisch in Sudetenschlesien. Durch seinen Bruder Hermann waren ihm in Wien die Wege in die höhere, liberal eingestellte Gesellschaft geebnet worden, er selbst hatte Zugang zu einem kleinen Kreis junger Leute gefunden, den der Professor für Nationalökonomie, Ritter von Holger, um sich versammelt hatte. Kudlich nennt Holger einen, „nach den Begriffen der vormärzlichen Zeit sehr freisinnigen Professor“. In dessen Bibliothek fehlte keines der in Österreich verbotenen Bücher, und er gab den jungen Leuten reichlich davon zu lesen, ohne allerdings damit großen Dank zu ernten, denn Holger, ein Mann josephinischer Prägung und Mitglied der niederösterreichischen Landstände, rannte vergeblich gegen die „nivellierenden“, d. h. demokratischen Grundsätze der jungen Studenten an. Holger führte die jungen Leute in die „geheime Geschichte der josephinischen Reformen“ ein, sein Ideal war „eine liberale Monarchie nach josephinischen Grundsätzen, aber kontrolliert durch die verstärkten Stände“ — und das war den freiheitsdurstigen Seelen viel zu wenig¹⁸. Kudlich hat sich später oft, wie viele österreichische Liberale, auf Kaiser Joseph II. berufen, aber es gehört zur Tragik der österreichischen Revolution, daß die Fortschrittsparteien im Grunde doch zum josephinischen Beamtentum kein rechtes Verhältnis hatten, sonst hätte ein Mann wie Graf Franz Stadion, den man ironisch einen Joseph II. nannte, „der um siebzig Jahre zu spät gekommen“ sei¹⁹, im Wiener Reichstag nicht so isoliert dastehen können. Die Chance einer Zusammenarbeit zwischen dem reformerischen Beamtentum und den Revolutionsparteien lag durchaus im Bereich des Möglichen. Ludwig von Löhrner beispielsweise, im Wiener Reichstag neben Franz Schuselka der unbestrittene Führer der Linken, scheint zu Stadion kein schlechtes Verhältnis gehabt zu haben, pflegte er ihn doch „die Ehrlichkeit des Schwarzenberg'schen Kabinetts“ zu nennen²⁰.

Noch am Vorabend der Revolution, am 12. März, schlich sich Kudlich in Professor Holgers Wohnung als eine Art Verbindungsmann zwischen den Studenten und den niederösterreichischen Landständen, die für den nächsten Tag eine Adresse an den Kaiser geplant hatten. Holger erklärte, „es wäre allerdings den Ständen sehr erwünscht, wenn sie sich bei ihrem Vortrag auf sichtbare und hörbare Äußerungen des Volkswillens berufen könnten. Bisher seien die Anträge der liberalen Ständemitglieder von der konservativen Seite immer damit beantwortet worden, daß das eigentliche Volk vollkommen zufrieden und den Ständen abgeneigt oder wenigstens gleichgültig sei“²¹. Mit diesem folgenschweren Bescheid kehrte Kudlich zu seinen studentischen Freunden zurück, deren Entschlossenheit teilweise schon wieder nachzulas-

¹⁸ H. Kudlich, Rückblicke I S. 123 ff.

¹⁹ J. A. v. Helfert, Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktober-Aufstandes 1848. Bd. I—IV, 3, Prag 1869/86; Bd. III (1872) S. 27.

²⁰ C. v. Wurzbach, Biographisches Lexikon, Bd. 15 (1866) S. 394. (Lebensbild Löhrners).

²¹ Kudlich, Rückblicke I, S. 175.

sen begonnen hatte, und so kam es am nächsten Tage zu jener denkwürdigen Demonstration der Studenten vor dem Wiener Ständehaus, die den Sturz Metternichs herbeiführte und damit die Revolution in Gang brachte. Kudlich konnte den Bauernsohn nicht verleugnen. Er vermißte in den Reden, die an jenem 13. März in und vor dem Ständehaus gehalten wurden, einen Hinweis auf die Notwendigkeit der Befreiung des Bauernstandes. „Keiner der Redner gedachte desselben. Ich rief öfter auf den Brunnen (wo die Redner standen), hinauf: Robot, Robot, — allein dort oben die schienen das Wort nicht zu verstehen. Juden, Presse, Gewissen, Lehren und Lernen, — alles wurde emancipiert, nur nicht der Bauer.“²²

Dieser Gedanke an die Freiheit seines Standes erfüllte ihn in zunehmendem Maße, er verhalf ihm schließlich in der Heimat zu seinem Mandat als Abgeordneter und gab ihm den Mut, als jüngstes Mitglied des Reichstages seinen berühmt gewordenen Antrag zu stellen. Der 2. Band der „Rückblicke“ ist fast ausschließlich dem Thema der Bauernbefreiung, dem Verlauf der diesbezüglichen Verhandlungen im Reichstage und den Stellungnahmen der einzelnen Redner gewidmet; daß dabei die tschechischen Politiker wegen ihrer Haltung in der Bauernfrage schlecht wegkommen, wurde schon erwähnt.

Der 3. Band der „Rückblicke“ behandelt sehr ausführlich die einzelnen Phasen des Wiener Oktoberaufstandes, Kudlichs vergeblichen Werbezug zu den Bauern Ober- und Niederösterreichs um Hilfe für die bedrohte Hauptstadt und schließlich die Arbeit und das Ende des Reichstages in Kremsier. Kudlichs „Rückblicke und Erinnerungen“ sind ein durch und durch politisches Werk. Nicht nur auf seine politischen Gegner, wie Helfert und Bach, sondern auch auf die Parteifreunde fällt dabei manches scharfe, bezeichnende Schlaglicht, worüber noch andernorts zu sprechen sein wird.

Hatte sich Alexander von Helfert, der konservative, slavophile Historiker eben in seiner Geschichte der österreichischen Revolution voll hämischer Parteilichkeit über Kudlich geäußert²³, so konnte es nicht ausbleiben, daß letzterer in Helferts Buch, das sich besonders mit der Bauernbefreiung beschäftigte, ebenfalls recht schlecht wegkam. Helferts „Aufzeichnungen und Erinnerungen aus jungen Jahren“ vermitteln aber gerade wegen ihrer unverhohlenen Parteilichkeit ein sehr lebendiges Bild der Verhandlungen im Reichstage über die Bauernfrage²⁴. Zwar gibt er bei der Schilderung Kudlichs eine nicht unfreundliche Charakteristik seines Wesens²⁵, doch in dem Augen-

²² Ebenda S. 179.

²³ A. v. Helfert, Geschichte Österreichs, II. Bd. (1870) S. 330, IV 3, S. 225.

²⁴ A. v. Helfert, Aufzeichnungen und Erinnerungen aus jungen Jahren. Im Wiener konstituierenden Reichstag Juli bis October 1848, Wien 1904.

²⁵ Ebenda, S. 38: „Es war Hans Kudlich, eine schlanke, ebenmäßige Gestalt, über Mittelgröße, von sehnigem Gliederbau und aufrechter Haltung, blond von Haupthaar und sprossendem Schnurr- und Knebelbart; sein ganzes Wesen trug den Stempel burschenhaften Selbstgefühls und heiterer Jugendlust, die ein frisches, blaues Augenpaar munter belebte, alles in allem eine nicht unsympathische Erscheinung ...“

blick, wo Kudlich seinen berühmten Antrag als Mitglied der großdeutschen Linken stellt, kann Helfert nicht umhin, das jüngste Mitglied des Reichstages scharf und bis ins Persönliche zu kritisieren. Kudlichs erste Rede vor dem Reichstag, die er am 26. Juli 1848 zur Begründung seines Antrages hielt, nennt er zwar „nicht ohne Geist, im ganzen maßvoll, wenn auch nicht ohne manche jugendliche Übertreibung“²⁶. Mit Recht hebt er dabei als wichtige Stellen der Rede diejenigen hervor, wo Kudlich die Aufhebung der Grundlasten als eine Fortführung des josephinischen Befreiungswerkes darstellt und als den Zweck seines Antrages „die Gleichstellung der Unterthanen (d. h. der robot- und zinspflichtigen Bauern) und der Staatsbürger“ bezeichnet. Des weiteren zitiert er Kudlichs beschwörende Mahnung an den Reichstag, nicht durch die Verweigerung dieses Zugeständnisses an die Bauern einen „Brand entstehen“ zu lassen, den der junge Verfassungsstaat zu lösen außerstande wäre²⁷.

Anerkannt wird diese verantwortungsbewußte Haltung aber ebensowenig wie bei Springer. Anläßlich der Schilderung von Kudlichs zweitem verbesserten Antrag heißt es nämlich: „Der junge Mann, kaum den Studien entwachsen, hatte nicht einen klaren Begriff von dem Gewicht und Umfang dessen, was er so kurzweg der Versammlung hatte aufdringen wollen.“ Helfert zitiert in diesem Zusammenhang eine aus dem konservativen Lager stammende Anekdote, die Kudlich als völlig sachunkundigen Anwalt in der Bauernfrage charakterisieren sollte und nennt ihn schließlich glattweg einen „vorlauten Jungen“²⁸. Nun war es zweifellos schlimm genug, dem Sohn eines robotpflichtigen Bauern einfach „jeden Begriff vom Gewicht und Umfang dessen“ abzusprechen, was mit der bäuerlichen Robot- und Zinspflicht zusammenhing. Schlimmer noch muß man aber Helferts willentliche Verkennung von Kudlichs Absicht werten, durch eine rasche Proklamation der grundsätzlichen Bauernbefreiung einen innerpolitischen Krisenherd ersten Ranges zu beseitigen. Daß es sich bei der wachsenden Unruhe der Bauern nicht um ein leeres Schreckgespenst handelte, das die radikale Propaganda für ihre Zwecke an die Wand gemalt hatte, geht eindeutig aus K. H u g e l m a n n s Forschungen über die Verhandlungen des mährischen Landtages zur Bauernfrage hervor, die der Behandlung des Problems im Wiener Reichstage bereits voran gegangen war (S. u. S. 177). Auch dort brannte den Landtagsvertretern die Bauernfrage auf den Nägeln und nur durch eine rasche Verkündung der Grundentlastung glaubten sie Gewaltmaßnahmen der Bauern vorbeugen zu können. In Helferts böhmerwäldischem Wahlkreis Tachau scheinen die Verhältnisse nicht so kraß gewesen zu sein, sonst hätte bei ihm wohl nicht der Eindruck entstehen können, daß die Bauern bei ihren

²⁶ Ebenda, S. 67.

²⁷ Ebenda, S. 68.

²⁸ Ebenda, S. 90 f.

Beschwerden nur nach dem Rezept handelten, das ein Bauer in Schillers „Wallenstein“ seinem Buben gibt: „Mußt dich nur recht erbärmlich stellen“²⁹.

Eines aber geht aus Helferts Darstellung hervor: Kudlich gehörte nicht zu den „Radicalissimi“, ja in einem späteren Werk zitiert er sogar Kudlichs „Rückblicke“ als Zeugnis dafür, daß man im liberalen Lager die radikalen Umtriebe, vor allem die sogenannten „Katzenmusiken“ mißbilligte³⁰. Als Zeitdokument besitzt Helferts Schilderung der Reichstagsverhandlungen über die Bauernfrage zweifellos großen Wert, da die Leidenschaftlichkeit des parlamentarischen Kampfes, gleichsam gegen den Willen des Verfassers, die Wichtigkeit der von Kudlich angeschnittenen Frage klar erkennen läßt.

Die bisher genannte Literatur über Kudlich befaßte sich vornehmlich mit Autoren, die mehr oder weniger alle (Springer, Helfert, Wurzbach) der Revolution und der darauffolgenden Epoche der Restauration entstammten und also eine betont persönliche Beziehung zu dieser Zeit besaßen. Die spätere Literatur behandelte Kudlich naturgemäß entweder rein wissenschaftlich oder benützte ihn für politische Zwecke ihrer Gegenwart.

Letzteres ist bei dem Kudlichbuch von H. Walter der Fall³¹, das im treuerzigen Gewande einer parteipolitischen Propagandaschrift für die „Deutsch-agrarische Bauernpartei“ auftritt und wenig mehr als eine auswählende Nacherzählung der „Rückblicke“ darstellt. Mit einer eindringlichen Warnung vor Adel, Klerus, Großkapital und Sozialdemokratie schließt das Büchlein und fordert die Leserschaft schlankwegs zum Eintritt in die Deutsch-agrarische Bauernpartei auf.

Es ist sicher kein Zufall, daß ein rein wissenschaftliches Werk, nämlich H. F r i e d j u n g s Buch über die revolutionäre und nachrevolutionäre Epoche Österreichs, Kudlichs Verdienst im parlamentarischen Kampf um die Grundentlastungsfrage zum ersten Male knapp und gültig umrissen hat. Dort heißt es: „Die Regierung hätte das Haus gern dazu bestimmt, sich mit der Annahme der Grundsätze der Reform zu begnügen und die Ausarbeitung des Gesetzes (über die Bauernbefreiung) im Einzelnen einer Kommission zu übertragen. Darauf ging aber die Mehrheit nicht ein, sondern faßte die Beschlüsse in langwierigen und mitunter verworrenen Abstimmungen. Man hat dem Reichstag daraus einen Vorwurf gemacht und über die Unbehilflichkeit der Verhandlung gespottet. Mit Unrecht. Parlamentarische Beratungen und Abstimmungen, besonders in einer unerfahrenen Körperschaft, werden immer an gewissen technischen Mängel leiden und so war es auch damals. Es ist aber ein Segen für den österreichischen Bauernstand, daß Kudlich und seine Genossen auf sofortige Entscheidung drangen; denn einen Monat später brach die allgemeine Verwirrung und darauf die Reaktion herein, und es ist mehr als fraglich, ob die Bestimmungen über

²⁹ Ebenda, S. 75.

³⁰ A. v. Helfert, Geschichte der österreichischen Revolution. 2. Bd. S. 46.

³¹ H. Walter, Hans Kudlich, der Bauernbefreier des Jahres 1848. Budweis 1907.

die Ablösung der Frohnden dann für die Bauern ebenso günstig ausgefallen wären.“³²

Zur politischen Erbauungsliteratur gehört wiederum O. Wenzelides Büchlein über den Bauernbefreier³³.

Eine wissenschaftliche und vorsichtig abwägende Beurteilung von Kudlichs politischer Wirksamkeit im Wiener Reichstage unternahm zuerst K. Koberg³⁴. Er arbeitet die mannigfachen Einflüsse des Zeitgeistes heraus, die Kudlich schon im Elternhause durch seinen von den liberalen Ideen betroffenen Vater und später, während seiner Gymnasial- und Studienzeit, durch Freunde und Lehrer erfuhr. Vielleicht wird dabei der Anteil der liberalen Gedanken zu sehr in den Vordergrund gestellt, was allerdings durchaus Kudlichs späterem Selbstverständnis entsprach. Daß jedoch auch geistige Einflüsse anderer Art Kudlichs Jugend bestimmten, wissen wir nicht nur aus der frommen Wesensart der Mutter, — worauf auch Koberg hingewiesen hat³⁵ —, man muß es auch aus Äußerungen Kudlichs schließen, etwa, wenn er als junger, wandernder Student sich an der Schönheit des Stiftes Melk an der Donau erfreut und dabei eingesteht, daß „der Gedanke, im stattlichen Stift, in einer der schönsten Gegenden der Welt zwischen Donau und Alpen, unter gebildeten Männern der Wissenschaften, der Volkserziehung oder der Landwirtschaft zu leben, sogar für mich etwas Bestechendes hatte“³⁶. Eine geheime Sympathie mit jenem anderen, christlichen und zugleich josephinischen Österreich klingt in diesen Worten gleichsam als „konservative Versuchung“ eines Fortschrittgläubigen mit an, eine Zuneigung zu jener bedeutenden österreichischen Geistes- und Lebenstradition, die vom militanten Erneuerungsstreben der Revolution genauso weit entfernt war wie von der konservativen Machtpolitik eines Windischgraetz oder Schwarzenberg.

Trefflich bringt Kobergs Darstellung den bäuerlich-realistischen Zug in Kudlichs Wesen zur Geltung, der ihm niemals, vor allem nicht während der zähen, zermürbenden Verhandlungen über die Bauernfrage im Reichstag verloren ging. Auch bei der Wahlkampagne in der schlesischen Heimat bewährte sich Kudlichs bäuerlicher Sinn für Realitäten. Er sprach dort als Bauernsohn zu Bauern, er erschöpfte sich in seinen Reden nicht in liberalen Schlagworten, sondern setzte sich für eine grundlegende Veränderung ihrer sozialen Lage, d. h. für ihre Befreiung von den Grundlasten, ein. So konnte er, bezeichnenderweise mit Hilfe der tschechischen Bauernstimmen, seine Gegenkandidaten aus dem Felde schlagen, die mehr von den allgemeinen

³² H. Friedjung, Österreich von 1848—1860. 2 Bde. Stuttgart 1908/12, I. S. 32.

³³ O. Wenzelides, Hans Kudlich. Ein Leben für Freiheit und Recht. Warnsdorf, Wien, Leipzig 1925 (2. Bd. der Reihe: Sudetendeutsche Größen, hrg. von F. Dörre und Müller-Rüdersdorf).

³⁴ K. Koberg, Die Bauernbefreiung 1848. Zum 100. Geburtstage Kudlichs. Leitmeritz 1923. ders., Hans Kudlich in: Sudetendeutsche Lebensbilder, hrgg. v. E. Gierach, 1. Bd. Reichenberg 1927 S. 284—292.

³⁵ K. Koberg, Hans Kudlich. S. 285.

³⁶ H. Kudlich, Rückblicke I, S. 130.

liberalen Forderungen redeten, als von den konkreten politischen und wirtschaftlichen Nöten der Bauern. Die parlamentarische Tätigkeit Kudlichs, sowie dessen Wirksamkeit im Rahmen der in Wien kämpfenden politischen Kräfte werden bei Koberg besonders klar dargestellt, wenn auch Kudlichs Einstellung zum österreichischen Nationalitätenproblem dabei außer acht bleibt. Aber gerade sein Verhalten den anderen Nationalitäten Österreichs gegenüber ist sehr typisch für einen großen Teil der großdeutschen Demokraten während der Revolution. Zusammenfassend kann über Kobergs Lebensbild des Bauernbefreiers gesagt werden, daß es nüchtern und objektiv die Gestalt Kudlichs sowohl von den oft böswilligen Entstellungen des konservativen Lagers wie auch vom gemütvollen Überschwang liberaler Legende befreit hat und damit die gesicherte Grundlage für jede Beschäftigung mit Kudlich abgeben kann.

Die erste umfangreichere Monographie über den sudetendeutschen Bauernbefreier ist eine ungedruckte Prager Dissertation von W. B e n n e s c h³⁷. Was dieser Arbeit an Verarbeitungs- und Schilderungsvermögen abgeht, gewinnt sie wiederum durch die Menge des fleißig gesammelten Stoffes. Den größten Wert besitzt wohl der Anhang der Arbeit mit einer Reihe bisher unveröffentlichter Briefe Kudlichs, die in der Zeit nach dem Zusammenbruch des Kremsierer Reichstages und vor der Auswanderung nach Amerika geschrieben wurden. Hauptmerkmal dieser Briefe ist ein krasser Radikalismus, eine unmittelbare Folge der Empörung über die gewaltsame Beseitigung des ersten, freigewählten Reichstages der Donaumonarchie. Immer wieder fordert er in diesen Briefen an der Bruder Hermann, die Paulskirche solle endlich ihre ängstlich festgehaltene Loyalität den Fürsten gegenüber aufgeben und zur revolutionären Tat schreiten. Der Zusammenbruch des österreichischen Parlamentes hatte Kudlich offensichtlich dahingehend belehrt, daß mit den alten, nun wieder regierenden Mächten und dem jungen Parlamentarismus damals kein legaler Kompromiß möglich war.

Aufschlußreich sind auch Bennesch's Darlegungen über die soziale und wirtschaftliche Lage in Kudlichs Heimat vor dem Jahre 1848. Aus ihnen geht klar hervor, daß dort, wie auch anderswo, gerade die wohlhabenden Bauern die Träger der revolutionären Bewegung waren und unter ihnen wiederum besonders Kudlichs Vater Johann, der als Gemeindesprecher und Lokalpolitiker Lobensteins eine nicht unbedeutende Stellung einnahm³⁸. Am Fall der Familie Kudlich wird klar, welche große Rolle das sozial und wirtschaftlich höher entwickelte deutsche Bauerntum der Monarchie im Jahre 1848 zu spielen vermochte und zum Teil auch spielte, — nämlich bis zur Erfüllung seiner sozialen Forderungen durch das Gesetz über die Bauernbefreiung. Bennesch skizziert auch die Entwicklung der Bauernfrage im tschechischen Lager und kommt zu dem Ergebnis, daß es die tschechischen politi-

³⁷ W. B e n n e s c h, Hans Kudlich, der Bauernbefreier Österreichs. Phil. Diss. (Maschinenschrift), Prag 1932.

³⁸ Ebenda, S. 12 ff. und 118 ff., 219 ff.

schen Führer verstanden hatten, das begreifliche Interesse der tschechischen Bauern an der Besserung ihrer Lage hinter den nationalen Zielen zurücktreten zu lassen. Kudlichs erbitterte Urteile über das tschechische Verhalten in der Bauernfrage sind der treffendste Kommentar zu dieser grundsätzlich nationalen Politik³⁹. Die tschechische Publizistik spielte in der Bauernfrage ihren Parteimann František Brauner gegen Kudlich aus, soweit man die politische Arbeit des letzteren nicht einfach verschwieg. Das Widerspiel sozialer und nationaler Belange wird in diesen Tatsachen offenbar, doch geht Bennesch dieser Problematik nicht weiter nach. Und doch liegt hier der neuralgische Punkt der Revolution im Vielvölkerstaat Österreich: Die wechselseitige Lähmung sozialer und nationaler Interessen bot sich den konservativen Kräften geradezu als Chance an, beider Herr zu werden. Allerdings war die Festlegung der tschechischen Partei im Reichstag auf den Vorrang der nationalen Belange keineswegs so eindeutig, wie es nach den Äußerungen der tschechischen Parteiführer Palacký, Rieger und Brauner den Anschein hatte und wie auch Kudlich und seine Freunde von der demokratischen Linken nach den Verhandlungen im Parlament anzunehmen Grund hatten. Schon Bennesch zitiert eine tschechische Pressestimme, die das von Nationalinteresse diktierte Verhalten der eigenen Abgeordneten in der Entschädigungsfrage heftig anprangerte⁴⁰, und eine neuere sowjetische Arbeit von J. J. U d a l z o w hat dargelegt, daß es das von Palacký geschmiedete Bündnis zwischen dem tschechischen Bürgertum und Adel gewesen sei, das die entschlossene Lösung der Bauernfrage durch die tschechischen Revolutionspolitiker, bzw. die Zusammenarbeit mit Kudlich in dieser Angelegenheit verhindert hatte⁴¹.

Zusammenfassend kann man über Bennesch's Dissertation sagen, daß sie durch ihren dankenswerten Stoffreichtum viele Ansatzpunkte zu einer Vertiefung des Kudlichbildes geliefert hat jedoch weitgehend darauf verzichtete, diese Ansatzpunkte selbst auszuwerten.

Im selben Jahr wie Bennesch's Dissertation erschien J. P f i t z n e r s wichtige Untersuchung über den russischen Revolutionär und Anarchisten Mi-

³⁹ Ebenda, S. 171 ff.

⁴⁰ Ebenda, S. 181. Vgl. dazu die besonnene Kritik, die nach dem Zusammenbruch der Revolution der tschechische Demokrat Emanuel Arnold an der blind nationalistischen Politik der Tschechenführer Palacký, Rieger und Brauner übte, wobei er gleichzeitig zur Versöhnung mit den Deutschen aufforderte. Zitiert bei E. Wolfgramm, Deutsche und tschechische Demokraten im Jahre 1850. Die Korrespondenzberichte aus Prag in der „Deutschen Monatsschrift“. In: Deutsch-slawische Wechselseitigkeit in sieben Jahrhunderten. Ges. Aufsätze (E. Winter z. 60. Geburtstag) S. 436 bis 510. Deutsche Akad. d. Wiss., Berlin 1956, S. 467.

⁴¹ J. J. U d a l z o w, Aufzeichnungen über die Geschichte des nationalen und politischen Kampfes in Böhmen im Jahre 1848. (Übersetzung aus dem Russischen) Berlin 1953. Udaltow sieht in Palackýs Bündnis zwischen Adel und Bürgertum eine bewußte „Finte“ im Klassenkampf, wodurch die besitzenden Klassen die revolutionäre Unterschicht vom sozialen Kampf auf den Nationalitätenkampf ablenken wollten. Vgl. dazu U d a l z o w, Aufzeichnungen S. 54 f.

chail Bakunin, die auch für Kudlichs Entwicklungsgang nach der Sprengung des Kremsierer Reichstages aufschlußreiche Einzelheiten bringt⁴². Bakunin war durch seine Beteiligung am Prager Slawenkongreß im Mai 1848 mit den österreichischen Nationalitätenproblemen vertraut geworden, andererseits hatte er enge freundschaftliche Beziehungen zu den sächsischen Demokraten. Nach dem Wiener Oktoberaufstand, welcher der Revolution endgültig die Wendung zum Schlechten gab, drängten ihn die deutschen Freunde dazu, die Tschechen von ihrer regierungsfreundlichen, konservativen Politik abzumahnen. „Donnere dagegen, Liebster“, schrieb ihm damals Hermann Müller-Strübing, „Du mußt es tun! Ein S l a w e muß seine Stimme erheben für die Demokratie und muß diese perfiden Nationalitätsritter mit ihrem verlogenen Royalismus förmlich brandmarken“⁴³. Bakunin verfaßte daraufhin nicht nur seinen berühmten Aufruf an die slawischen Völker, sondern griff im Frühjahr 1849 auch aktiv in die österreichischen Verhältnisse ein. Als wichtigste Voraussetzung für das Gelingen einer neuen Revolution erschien ihm ein Zusammengehen von Tschechen und Deutschen in Böhmen, wofür gerade jetzt, nach der Sprengung des Kremsierer Reichstages, der Boden günstig war. Die liberalen Kreise beider Völker traten sich nun ernsthaft näher, und Bakunin traf sich in Dresden mit Karl Zimmer, dem deutschen Demokraten und Parteifreund Kudlichs in Wien und Kremsier. Zimmer, Abgeordneter des Wahlkreises Tetschen, war bis zum Ende des Reichstages Großdeutscher geblieben; wie Kudlich hatte er in Kremsier Ludwig Löhners föderalistisches, angeblich tschechenfreundliches Programm abgelehnt und dem Aufgehen Österreichs samt seiner nichtdeutschen Völker in einem deutschen Reiche das Wort geredet⁴⁴. Man muß es wohl Bakunins faszinierender Persönlichkeit zuschreiben, daß er gerade Zimmer, der ihm gegenüber kein Blatt vor den Mund nahm, was die tschechische Politik im Reichstag anbelangte, schließlich doch für einen Umsturzplan gewann, der von Prag, Sachsen und Nordböhmen ausgehen sollte und an dem Deutsche und Tschechen gleichermaßen beteiligt waren⁴⁵. Am 30. April schrieb Zimmer aus Dresden an den nach Frankfurt geflüchteten Kudlich, er solle unverzüglich nach Leipzig kommen, „da es sich um eine Unternehmung im nördlichen Böhmen handle“, in die auch der Warnsdorfer, mit Kudlich in Frankfurt weilende Abgeordnete S t r a c h e eingeweiht sei⁴⁶. Kudlich eilte sofort nach Leipzig, fand aber zu seiner bitteren Enttäuschung Zimmer nicht vor. Dieser war bereits nach Böhmen abgereist, sah dort, wie schwach die zur Verfügung stehenden Kräfte — vor allem Prager Studenten — waren,

⁴² J. P f i t z n e r, Bakuninstudien. Quellen und Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte. 10. Heft Prag 1932.

⁴³ Ebenda, S. 80. Der Text von Bakunins Aufruf an die Slawen in der französischen Fassung. S. 94—105.

⁴⁴ K u d l i c h, Rückblicke III, S. 188 f. In Wurzbachs, Biographisches Lexikon, Bd. 60 (1891) S. 108 ff. kommt Zimmer womöglich noch schlechter weg als Kudlich.

⁴⁵ J. P f i t z n e r, Bakuninstudien S. 181 ff.

⁴⁶ Ebenda, S. 189.

und riet dringend von der ganzen Unternehmung ab. Kudlich dagegen, ohne genauere Kenntnis des Geplanten, gab sich noch Illusionen über die Erfolgsaussichten einer neuerlichen Revolution hin, Illusionen, die sich vor allem an den Dresdner Aufstand knüpften, der um diese Zeit von preußischen Truppen erstickt wurde. „Siegt Sachsen“, so schrieb er damals an den Bruder nach Frankfurt, „so bildet es eine Burg in deren Kanonenschußweite ganz Deutschböhmen liegt, in welche die Vorkämpfer des Deutschtums in Österreich sich zurückziehen, aus welcher sie Ausfälle machen können. Militär ist nur in kleiner Anzahl in deutschböhmischen Städten zu finden. Und wo es ist, besteht es aus verbannten Magyaren, Welschen und anderen zweideutigen Truppen. — Es fehlt nur an unternehmenden einflußreichen Männern; aus Troppau wurden alle Truppen nach Jablunka weggezogen. Hört!

Es wäre an der Zeit, daß Deutschböhmen seine Ehre und seinen Vorteil verstünde! Sollen sie wieder im Kampf gegen eine verhaßte Regierung sich von den verhaßten Tschechen den Vorsprung abgewinnen lassen . . .“⁴⁷. Der antitschechische Ton des Briefes läßt erkennen, daß er über Art und Planung des Aufstandes nichts Näheres wußte und die übertriebenen Hoffnungen, die er sich machte, lassen sich nur aus der verzweifelten Lage des politischen Flüchtlings erklären, dem jeder Strohalm recht sein mußte, denn was er in andern Berichten an den Bruder über die sächsischen, besonders über die Leipziger Demokraten schrieb, ließ von vornherein nichts Gutes erhoffen. Ebenso fällt er ein scharfes Urteil über die Haltung der politischen Emigranten aus Österreich⁴⁸ und über die Professorenfischblütigkeit der Paulskirche, deren halb legales, halb revolutionäres Verhalten ihm das Grundübel der ganzen Revolution zu sein schien. Diese Briefe aus Leipzig sind zusammen mit jenen, die er bald darauf aus der Pfalz und aus dem Schweizer Exil an den Bruder richtete, bedeutsame Zeugnisse aus Kudlichs radikalster Lebens-epoche. Der Wortbruch, den der Kaiser mit der Beseitigung des Parlamentes begangen hatte, war zweifellos die Ursache seines Radikalismus und ebenso seine beinahe hoffnungslose persönliche Lage. Der aufs Ganze gehende, politische Flüchtling Kudlich jener Tage darf bei einer abgerundeten Darstellung seiner Persönlichkeit nicht über dem legalen Reichstagsabgeordneten, und schon gar nicht über dem patriarchenhaften Europaheimkehrer späterer Jahrzehnte vergessen werden.

Eine weitere Dissertation über den österreichischen Bauernbefreier stammt von W. Seifert⁴⁹. Sie bezieht erstmals auch Kudlichs Leben und Wirken in Amerika mit in das Bild des Bauernbefreiers ein⁵⁰. Seine Bedeutung als

⁴⁷ Ebenda, S. 194.

⁴⁸ Ebenda, S. 191 ff.; S. 194 f.

⁴⁹ W. Seifert, Der Bauerbefreier Hans Kudlich. Phil. Diss. (Maschinenschrift) Wien 1939. Neudruck (leider ohne Fußnoten) in der Schriftenreihe „Die Burgbergwarte Nr. 8/9; 2 Teile. Hrg. vom Jägerndorfer Heimatbrief. Burgberg-Verlag, Grettstadt über Schweinfurt 1954. Da der Neudruck leichter zugänglich ist als die ungedruckte Dissertation, wird im folgenden nach ihm zitiert.

⁵⁰ Ebenda, II, S. 36 ff.

einer der Führer des amerikanischen Deutschtums im Staate New Jersey, seine unermüdliche Tätigkeit bei der Gründung vieler deutscher Vereine, unter anderem der Hoboken-Akademie, einer der besten deutsch-amerikanischen Schulen, zeigen ihn in einem ganz anderen Licht, das dennoch seinem idealistischen, tätigen Grundcharakter sehr gemäß ist. Bei dem „amerikanischen“ Kudlich, wie bei Karl Schurz und anderen deutschen Flüchtlingen des Revolutionsjahres kann man den Verlust des Deutschtums an politischen und moralischen Potenzen ermessen, den man sonst, etwa bei dem früh verstorbenen Löhner, nur errahen kann. Kudlich hat gewissermaßen die Gegenrechnung zu diesen deutschen Substanzverlusten aufgestellt, als er in den „Rückblicken“ schrieb, daß nach 1848 die Tschechenführer die politische Organisation ihres Volkes fortsetzen durften, „während die deutschen Agitatoren totgeschossen oder gehenkt waren, im Gefängnis oder im Exil ihrem Volke verloren gingen und der Rest eingeschüchtert sich jeder organisatorischen Tätigkeit enthielt... Das Resultat liegt zutage. Die Führer (der Tschechen) haben das wohlorganisierte Volk so fest und sicher in der Hand, wie ein Kutscher sein Gespann“⁵¹.

Neben seiner nationalen, d. h. betont deutschen Arbeit in Amerika verdient auch sein Eintreten für Lincoln und gegen die Sklaverei erwähnt zu werden, da es sehr seinem Charakter entsprach. Seifert hebt mit Recht die ethischen und sozialen Motive dieser Haltung hervor, der tiefe sittliche Kern seines politischen Handelns tritt in der Negerfrage womöglich noch schärfer hervor, als bei der österreichischen Bauernbefreiung, wo seine Haltung immerhin noch als die eines Bauernsohnes, d. h. eines Interessenvertreters seines Standes gedeutet werden kann.

Am wichtigsten jedoch sind jene Teile der Seifertschen Arbeit, die Kudlichs spätere Haltung zum österreichischen Staats- und Nationalitätenproblem beleuchten. In Briefen und Reden nahm Kudlich immer wieder zu den politischen Grundfragen Österreichs Stellung, wobei in dieser späteren Lebensperiode für ihn immer schärfer das Nationalitätenproblem in den Vordergrund des Interesses rückte. Bereits die „Rückblicke“ zeigen dies und in noch stärkerem Maße die Reden und Aufsätze späterer Jahrzehnte. Er fand jetzt sogar die tschechischen und polnischen Demokraten schlechter als 1848⁵². Da ihm die Rückkehr ins politische Leben Österreichs mißglückte, kam etwas Zwiespältiges in Kudlichs Haltung zu österreichischen Tages- und Lebensfragen. Die Zitate in Seiferts Arbeit machen dies sehr deutlich. Einerseits „blieb für ihn Österreich immer das rückständige, tief in vormärzlichen Ideen steckende, dem Fortschritt feindliche Staatengebilde der Metternich-Ära“⁵³ und der „konzessionierte Liberalismus von 1866 erschien ihm im Vergleich zur Freiheitspartei des Revolutionsjahres wie blasse

⁵¹ H. Kudlich, Rückblicke II, S. 46.

⁵² W. Seifert, Kudlich II, S. 46.

⁵³ Ebenda, II, S. 53.

Abendröte beim Abendglühen gegen die Morgensonne" ⁵⁴. Andererseits nahm er mit einer Leidenschaftlichkeit immer wieder in politischen Fragen Österreichs Partei, die seine resignierende Verurteilung der Zustände der Donaumonarchie im Grunde Lügen strafte. Ähnlich wie Schuselka in den 70er Jahren fand er aber kein richtiges Verhältnis mehr zu den österreichischen Zuständen. Ihm, dem großdeutsch denkenden Demokraten des Jahres 1848, war es zeitlebens unmöglich, die Zementierung des deutsch-österreichischen Verhältnisses durch Bismarcks kleindeutsche Lösung als endgültig und berechtigt hinzunehmen. Er konnte sich Österreich nie und nimmermehr als eigenständiges, lebensfähiges Staatsgebilde vorstellen und so überkam ihn in späteren Jahren ein tragisches Gefühl der Nutzlosigkeit und bitteren Resignation, dem er 1903 mit folgenden Worten Ausdruck verliehen hat: „Bis vor einigen Jahren hatte ich mich in die Hoffnung eingewickelt, daß ich die alten Tage in einem deutschen Österreich oder einem vereinigten Deutschland beschließen würde... Traurig, wenn man auf ein so gescheitertes, politisches Leben zurückblicken muß. Sogar ‚mein Bauer‘ ist in Österreich von Steuern und Abgaben so zerquetscht, daß er als Leibeigener vor 48 faktisch besser daran war.“ ⁵⁵

Seifert geht auch kurz auf Kudlichs Haltung zur sozialen Frage ein, deren Bedeutung dieser schon bei seinem ersten Europaaufenthalt im Jahre 1872 hervorgehoben hatte. Damals setzte er sich bei einem Vortrag im Toppauer Arbeiterverein für die genossenschaftliche Selbsthilfe ein, wie sie Schulze-Delitzsch vertrat. Lassalles Prinzip der Staatshilfe dagegen lehnte er — sicherlich unter dem Einfluß seiner amerikanischen Umwelt — als schädlich ab ⁵⁶.

Auf der Machthöhe Hitlerdeutschlands im Jahre 1939, erschien in einer Sammlung von Kurzbiographien großer Auslandsdeutscher auch ein Lebensabriß Kudlichs von J. Küh l. Er trägt den bezeichnenden Untertitel: „Der sudetendeutsche Bauernführer und Kündler Großdeutschlands.“ ⁵⁷ Zweifellos war und blieb Kudlich Großdeutscher, Seifert bringt eine Menge von Zitaten, die dies für alle Lebensepochen Kudlichs belegen; aber ebenso war er ein glühender Verfechter der parlamentarischen Demokratie, kann also kaum als ein Kündler dessen verstanden werden, was man 1939 Großdeutschland nannte. Kühls Lebensbild des Bauernbefreiers, das keinen wissenschaftlichen, eher einen tagespolitischen Anspruch stellt, hebt naturgemäß die nationalistische Seite des 48er Revolutionärs stark hervor, ebenso die protestantische Tradition der Familie Kudlichs und dessen Verehrung für Luther, den ja der Liberalismus des 19. Jahrhunderts zu einer Art Ahnherrn der deutschen Einigung und sogar der Reichsgründung vom Jahre 1871

⁵⁴ Ebenda, II, S. 50.

⁵⁵ Ebenda, II, S. 55.

⁵⁶ Ebenda, II, S. 43.

⁵⁷ J. H. Beyer, O. Lohr, Große Deutsche im Ausland. Eine volksdeutsche Geschichte in Lebensbildern. Stuttgart 1939. S. 233—238.

machte. Das war auch Kudlichs Überzeugung. Die Freiheitsbewegung des Jahres 1848, ja sogar die Einigungen von 1866 und 1871 sah er als segensreiche Folgen der Reformation an. In einer New Yorker Rede heißt es demgemäß: „Alle diese erfrischenden und reinigenden Quellen entsprangen dem protestantischen Boden und endlich trug der Baum Früchte, den Luther gepflanzt und den das deutsche Volk mit seinem Blute gedüngt hatte.“⁵⁸ Kühl betont ferner den starken Einfluß, den Franz Schuselka auf Kudlich hatte, doch legen die „Rückblicke“ beredtes Zeugnis davon ab, daß sich ihre Wege eigentlich schon vor Auflösung des Kremsierer Reichstages getrennt hatten. Noch mehr war das später der Fall, als Schuselka konservativer Föderalist und betont österreichisch gesinnt war, während Kudlich bis an sein Lebensende großdeutsch, liberal und antiklerikal blieb. Ferner entspricht es nicht den Tatsachen, wenn der Verfasser meint, Kudlich sei, im Gegensatz zu Schuselka, der Meinung gewesen, daß „eine deutsch-tschechische Zusammenarbeit eine Utopie“ sei⁵⁹. Es wurde oben bereits dargelegt, daß der Bauernbefreier bei seiner ersten Rückkehr nach Österreich durchaus noch an eine solche Zusammenarbeit glaubte und für sie warb, allerdings vergeblich.

Eine zeitgemäße Neuwertung Kudlichs unternahm im Jahre 1940 W. Pollak⁶⁰. Ihm zufolge war die Revolution von 1848 eine „jüdische Revolution“, eine Revolte „lebensfremder Intellektueller“⁶¹, wobei sich besonders die Deutschen vor den „jüdischen Emanzipationskarren“ hatten spannen lassen. Kudlich wird dann gewissermaßen als ein Fremdkörper in dieser jüdisch-liberalistischen Umgebung geschildert, seine politische Leistung weit von der Arbeit des Reichstages abgerückt. Da es Pollak u. a. darum geht, das „parlamentarische Puppenspiel“ lächerlich zu machen, kann er dem Wiener und Kremsierer Reichstag keinerlei Bedeutung zumessen. Dem nationalen Ausgleich, den die Volksvertreter im Kremsierer Verfassungsausschuß erstmals für die Donaumonarchie erarbeitet hatten, widmet Pollak keine Zeile. Es ist das Verdienst der Arbeiten von J. Redlich, Paula Geist-Lányi und H. Lades, gezeigt zu haben, daß Kremsier eine wirkliche, ja die einzige Chance für ein friedliches Nebeneinanderleben der Völker Österreichs in einem Verfassungsstaate war und daß der Schwarzenberg'sche Neoabsolutismus

⁵⁸ Ebenda, S. 236. Die kurze, gute biographische Notiz über Kudlich von G. Franz im „Biographischen Wörterbuch zur deutschen Geschichte“ von H. Rössler und G. Franz, München 1953, S. 481, gibt als Literatur neben den „Rückblicken“ und einer Arbeit über Kudlichs Ahnen- und Sippentafel die Arbeit J. Kühls und das nachfolgend zu besprechende Lebensbild Kudlichs von W. Pollak. Eine knappe, gute Charakterisierung von Kudlichs Bedeutung hat kürzlich G. Franz gegeben. (Die agrarische Bewegung im Jahre 1848, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte Bd. 9 (1959) S. 165.

⁵⁹ Ebenda, S. 236.

⁶⁰ W. Pollak, Hans Kudlich und die Revolution von 1848. Wien—Leipzig 1940. (Reihe Süd-Ost, hrsg. von W. Pollak, 1. Folge: Werdendes Volk Nr. 25).

⁶¹ Ebenda, S. 13 f.

diese Möglichkeit verschüttet hat. Dafür taucht bei Pollak die bekannte und längst überholte These auf, daß die Deutschen in der Revolution „noch auf rosaroten Wolken der imaginären Freiheit und den Menschenrechten nachsegelten, welche sie für die ganze Menschheit erkämpfen wollten, als die Tschechen bereits eindeutige, territoriale Forderungen stellten“. Mit einigen Bemerkungen Kudlichs über die geschlossene politische Willensbildung der Tschechen sucht der Verfasser seine Meinung zu erhärten⁶². Bereits Kudlichs eigene politische Tätigkeit ist ein Beispiel dafür, daß es sehr bald nach Beginn der Revolution eine entschiedene, deutschböhmische Opposition gegen die slawischen, von Palackýs Historismus genährten Machtansprüche gab, ganz zu schweigen von Ludwig von Löhnerns politischer Arbeit. Das wirkliche Verhalten der Sudetendeutschen findet man sorgfältig abwägend und in allen Entwicklungsphasen dargestellt bei L a d e s, R o l z h ä u s e r und P f i t z n e r⁶³. Am Ende der Revolution gab es, durch Löhnerns Initiative ins Leben gerufen, in den Sudetengebieten über 100 Zweigvereine des ersten deutschen Selbsthilfeverbandes. Das Schwarzenbergregime zerschlug diese Organisation und fügte damit den deutschen Interessen in Österreich schweren Schaden zu.

Am schwächsten ist Pollaks Bild des Bauernbefreiers dort, wo er versucht, den bäuerlichen, nationalbewußten Kudlich möglichst weit von dem „komischen parlamentarischen Puppenspiel“ abzusetzen⁶⁴, wobei ihm einige kritische Bemerkungen desselben über die Arbeit des Reichstages als Handhabe dienen. Der Verfasser übersieht dabei jedoch geflissentlich, daß Kudlichs Kritik am Revolutionsparlament immer die Kritik eines selbstbewußten Mitgliedes eben dieses Parlamentes war.

Eine marxistisch-leninistische Eindeutung von Kudlichs politischer Tätigkeit versuchte E. F i s c h e r in seinem Buch über die Revolution des Jahres 1848⁶⁵. Dabei ist bemerkenswert, daß Kudlichs scharfe, antitschechische Haltung, die u. a. durch die reaktionäre Politik der Tschechen im Reichstag herausgefordert wurde, als störendes Detail übergangen wird. So heißt es denn mit vorsichtiger Auswahl aus dem geistig-politischen Gesamtbild des Bauern-

⁶² Ebenda, S. 39 ff. In ähnlichem Sinne äußert sich an einer Stelle seines Buches F. H a u p t m a n n, Die staatsrechtlichen Bestrebungen der Deutschböhmen 1848 bis 1849, Komotau 1926, S. 27, obwohl seine eigenen Darlegungen bereits ein Gegenbeweis für seine Behauptung sind.

⁶³ H. L a d e s, Die Tschechen und die deutsche Frage. V. R o l z h ä u s e r, Grenzlandkämpfe des Deutschtums und seine Stellung in fremden Staatsgebieten im Spiegel der Cotta'schen Allgemeinen Zeitung 1815—1848. Immenstadt 1931; J. P f i t z n e r, Zur nationalen Politik der Sudetendeutschen in den Jahren 1848 bis 1849 in: Jb. d. Ver. f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen, 3. Jg., Prag 1930/33, S. 210 ff.

⁶⁴ W. P o l l a k, Hans Kudlich, S. 60.

⁶⁵ E. F i s c h e r, Österreich 1848. Probleme der demokratischen Revolution in Österreich. Wien 1946, S. 82 ff.

befreiers: „Kudlich selbst, ein Bauernsohn, war allen seinen Mitkämpfern an revolutionärer Kühnheit und politischer Vernunft weit überlegen und gehört zu den wahrhaft bedeutenden Gestalten der österreichischen Geschichte. In seiner deutschböhmischen Heimat unermüdlich bestrebt, eine feste Einheit zwischen den deutschsprechenden und tschechischen Bauern herzustellen, wurde er im Reichstag zum Sprecher aller Bauern, zum gefürchtetsten Feind aller Reaktionäre . . .“ Liest man Kudlichs eigenen Bericht über seine Wahlkampagne in der Heimat, dann merkt man allerdings wenig von seinem unermüdlichen Streben, „eine feste Einheit zwischen den deutschsprechenden und tschechischen Bauern herzustellen“. Seine Wahlrede, so klug sie auf die bäuerlichen Bedürfnisse zugeschnitten war, ließ an großdeutscher „frankfurterischer“ Gesinnung nichts zu wünschen übrig⁶⁶. Man muß sich sogar wundern, daß die tschechischen Bauern und ihr kluger Führer Mička weniger auf diese national-deutschen Töne horchten, sondern als Bauern für ihre bäuerlichen Interessen entschieden und daher — man möchte sagen, dennoch — Kudlich wählten.

Nach dem zweiten Weltkriege erschien — abgesehen von der Drucklegung der älteren Seifertschen Arbeit — keine Monographie über Kudlich. Doch nimmt eine Wiener Dissertation von J. Mentschl über die Pressestimmen zur Bauernbefreiung auch zur Bedeutung Kudlichs Stellung⁶⁷. Der Hauptmangel dieser fleißig zusammentragenden Arbeit besteht darin, daß es ihr an Einfühlungsvermögen in die naive oder pathetische Begeisterung für die liberalen Zeitideen fehlt. Ohne dieses Verständnis für den Denk- und Redestil der Revolutionsepoche gerät man leicht in die Gefahr, im historischen Rückblick vieles für leere Phrase zu nehmen, was damals ernst gemeint und oft mit Blut besiegelt wurde. Die Tatsache, daß uns nach einer hundertjährigen Entwicklung manches aus jener Zeit notwendig als abgedroschener politischer Gemeinplatz in den Ohren klingen muß, darf aber den Historiker nicht abhalten, durch die verwelkte Schicht zeitbedingter oder gar fragwürdig gewordener Formeln zum wirklichen Anliegen einer Epoche durchzudringen. Mentschl erliegt stellenweise der Gefahr, die Pressepolemiken um die Bauernbefreiung unangemessen ironisierend darzustellen. Doch hat seine Dissertation das unbestreitbare Verdienst, aus dem verarbeiteten Stoff eine Auffassung zu berichtigen, die sich aus Kudlichs „Rückblicken“ bewußt oder unbewußt auch in manche Darstellungen von der Wirksamkeit des Bauernbefreiers eingeschlichen hat. Sein Antrag im Reichstag kam nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel auf die Häupter der Deputierten herab, sondern war der erste umfassende Schritt der Legislative, eine Frage in Angriff zu nehmen, die nach Mentschls Darlegungen schon zuvor von der

⁶⁶ H. Kudlich, Rückblicke I, S. 279 ff.

⁶⁷ J. Mentschl, Die Wiener Presse und das Problem der Bauernbefreiung des Jahres 1848. Phil. Diss. Wien 1948 (Maschinenschrift).

Presse aufgegriffen und erörtert worden war⁶⁸. Im Verlauf der Reichstagsverhandlungen haben dann die Kudlichs Partei nahestehenden Blätter das Werk der Grundentlastung propagandistisch sehr unterstützt. Wenn allerdings Mentschl meint, das Verdienst Kudlichs und seiner Partei bestehe lediglich darin, „die Beseitigung von Verhältnissen beschleunigt zu haben, die früher oder später fallen mußten“⁶⁹, dann huldigt er bewußt oder unbewußt einer deterministischen Geschichtsauffassung. Ein Blick auf die süditalienischen Agrarverhältnisse vor 1945 zeigt, daß bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts die massivsten Formen bäuerlicher Abhängigkeit bei nomineller Freiheit möglich waren, und daß es daher immer und überall der schöpferischen Initiative bedarf, um überfällige Formen sozialen Lebens zu beseitigen.

Hier ist der Ort, noch einige Worte über die staatspolitische Bedeutung der Bauernbefreiung zu sagen, sowie über die Möglichkeit, sie als politische Waffe zu verwenden. In Kudlichs eigener Darstellung und in den Arbeiten, die sich mit ihm beschäftigen, wird die Bauernbefreiung hauptsächlich als ein Anliegen der revolutionären Partei aufgefaßt; zweifellos mit Recht, denn für die Fortschrittspartei im Reichstag war das ebenso sehr eine Grundsatzfrage wie auch ein politischer Hebel, um die Landbevölkerung an der Revolution zu interessieren. Bei Kudlich selbst war das bäuerliche Selbstbewußtsein der stärkste Antrieb im Kampf für die Bauernbefreiung. Dennoch darf darüber nicht vergessen werden, daß auch von konservativer, bzw. maßvoll reformerischer Seite her Kräfte am Werke waren, die für die Grundentlastung eintraten. Anders wäre es gar nicht zu erklären, daß nach dem militärischen Sieg der kaiserlichen Partei das Grundentlastungsgesetz in der vom Wiener Reichstag verabschiedeten Form erhalten blieb und mit Energie durchgeführt wurde⁷⁰. Es war dies vor allem das Verdienst Graf Franz Stadions und Alexander Bachs, die die Durchführung des Gesetzes gegen eine starke politische Gruppe um den Fürsten Windischgraetz erreichten⁷¹. Das Bemerkenswerteste dabei ist jedoch, daß neben dem josephinischen Reformgeist auch bei Stadion sehr handfeste, staatspolitische Überlegungen mit im Spiel waren,

⁶⁸ Daß die Bauernbefreiung als Problem schon lange im allgemeinen Bewußtsein lebendig war und daß Metternichs System gerade auch an der Nichtbewältigung dieser brennenden Frage scheiterte, hat schon C. Grünberg (*Die Bauernbefreiung und die Aufhebung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Böhmen, Mähren und Schlesien*. 2 Bde., Leipzig 1894. Vgl. bes. I, S. 375 ff.) dargelegt. Neuerdings ist auch gezeigt worden, daß im Vormärz der Adel selbst aus wirtschaftlichen (Unrentabilität der Robot) und politischen Gründen eine Agrarreform, allerdings mit weitgehender Entschädigung für seine grundherrlichen Rechte, gefordert hatte. (J. Blum: *Noble Landowners and Agriculture in Austria 1815 bis 1848*. Diss. Baltimore, USA, 1948).

⁶⁹ J. Mentschl, *Bauernbefreiung*, S. 150.

⁷⁰ Über die bedeutende Rolle des josephinischen Beamtentums bei der erfolgreichen Durchführung der Bauernbefreiung vgl. F. Prinz, *Kudlich I*, S. 280 ff.

⁷¹ H. Friedjung, *Freunde und Gegner*, S. 42 ff und S. 58 ff. Denkschrift des Fürsten Windischgraetz über die Grundentlastung.

die bereits während seiner Statthalterschaft in Galizien zutage traten. Dort hatte er am 17. April 1848, also lange vor dem Zusammentritt des Reichstages, aus eigener Machtvollkommenheit die völlige Befreiung der Bauern auf Kosten des Staates angeordnet⁷². War dies eine überstürzte Maßnahme, die ihm die Angst vor der Revolution diktierte? Keineswegs. Stadion hatte bis zum Ende seiner Tätigkeit als galizischer Statthalter das Heft fest in der Hand, wäre also gar nicht zu diesem Vorpellen in der Grundentlastungsfrage genötigt gewesen⁷³. Er hatte gute Gründe, es dennoch zu tun.

In Wirklichkeit verhinderte nämlich Stadions Grundentlastung die Bildung einer national-polnischen Einheitsfront zwischen Bauern und Grundbesitzern; das galizische Landvolk blieb kaisertreu. Von Kudlich erfahren wir aus dem Bericht des polnischen Abgeordneten Mahalski, „daß die meisten Edelleute in Galizien den Bauern die Robot schon geschenkt haben und daß dort alle Lasten seit 15. Mai aufgehoben sind, daß aber die Kreiskommis-säre das Verdienst dafür den Gutsherren entziehen und es ganz allein der unendlichen Güte des Kaisers zuschreiben wollen“⁷⁴. Es ist bemerkenswert und in diesem Zusammenhange auch verständlich, daß die polnischen Edelleute über Stadions Befreiungsdekret zugunsten der Bauern maßlos erbittert waren.

Die Grundentlastung wurde hier zur Waffe der Regierung im Kampf gegen den Nationalismus der polnischen Oberschicht. Die politische Führung der Tschechen hat es dagegen verstanden, jeden Einbruch in ihre nationale Front zu verhindern, ja, sie hat die Bauernfrage bewußt um der völkischen Belange willen in den Hintergrund gestellt, was ihr Kudlich bekanntlich sehr verübelt hat⁷⁵.

Friedjung verdanken wir ein weiteres Musterbeispiel dafür, wie die Bauernbefreiung zur nationalen Waffe werden konnte. In seinem Aufsatz über „Freunde und Gegner der Bauernbefreiung in Österreich“ zitiert er einen sehr aufschlußreichen Brief des Erzherzogs Johann an den Innenminister Alexander Bach, dem die Durchführung des Grundentlastungs-

⁷² H. Friedjung, Österreich I, S. 346.

⁷³ J. A. v. Helfert, Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener October-Aufstandes 1848, Bd. III, Prag 1872, S. 30 ff.

⁷⁴ H. Kudlich, Rückblicke II, S. 145 f. A. Springer, Geschichte Österreichs II, S. 418 f., stellt mit beißender Ironie diese angebliche Großzügigkeit der polnischen Edelleute in Frage und beruft sich dabei auf Stadions Zeugnis, wonach im April zwar etwa 70 bis 80 Edelleute die Robot geschenkt hätten, aber die meisten unter ihnen seien so verschuldet gewesen, daß die Schenkung ihnen nicht den geringsten Nachteil gebracht habe. Stadion ist freilich in diesem Falle allzusehr Partei, aber das vergebliche Bemühen der „Frackpolen“, ihre Bauern im Reichstage für eine gemeinsame Politik zu gewinnen, wird daraus sehr deutlich. A. Helfert, Aufzeichnungen und Erinnerungen S. 54 nennt als Motto für Stadions Politik in Galizien das „divide et impera“, bezieht dies jedoch vor allem auf die Mobilisierung der Ruthenen gegen die Polen durch Stadion. Die Befreiung der Bauern durch den letzteren war aber gerade das Kernstück dieser Mobilisierung gegen den nationalpolnischen Adel.

⁷⁵ H. Kudlich, Rückblicke II, S. 51 f.

gesetzes oblag⁷⁶. Darin machte der Erzherzog den Vorschlag, die Bauern Oberitaliens und Welschtirols, die als Pächter der Herren wirtschafteten und als solche ihres Besitzers nie ganz sicher und froh werden konnten, mit dem Erbrecht an Haus und Hof auszustatten. Das Landvolk in den italienischen Gebieten Österreichs war während der Revolution vielfach kaisertreu geblieben, die führende nationalistische Schicht rekrutierte sich dagegen aus den Grundherren, den Signoris. Schwächte man deren Stellung, dann schwächte man zugleich den italienischen Nationalismus. Der Erzherzog schrieb:

„... Hat man sich nicht gescheut, in den treuen deutschen Provinzen den großen Grundbesitz um die Hälfte seines Vermögens unwiderruflich zu bringen (als Folge der Bauernbefreiung) ... warum sollte nicht eine Maßregel gerecht sein, die das Vermögen der Besitzer weniger schmälert und in einem gesegneten Lande und (aus) abhängigen gedrückten Menschen einen Bauernstand bildet, der daselbst gänzlich mangelt. Ich würde alle bestehenden Pachtungen zu unveränderlichen Erbpachtungen erklären, mit dem Beisatze, daß es dem Pächter freisteht, wenn er das Kapital erleget, das, was er bisher gepachtet, als Eigentum zu erwerben und dadurch alle Rechte eines freien Grundbesitzers in der Gemeindevertretung sowohl als in der Provinzialvertretung zu erwerben. Diese freie Lösung hätte ohne Unterschiede sowie der Erwerb von größeren und kleineren Besitzungen stattzufinden. Die Folge dieser Maßregel wird die Signori lähmen und die anderen an Fürst und Regierung ketten.“ Bauernbefreiung, bzw. Besserstellung der gedrückten Pächter als Waffe gegen nationalistische Aufsässigkeit, — dieser Aspekt der Grundentlastung darf über der Initiative der Liberalen und Demokraten in dieser Frage nicht übersehen werden.

Ähnliche Ansatzpunkte zur Entmachtung des national führenden Adels ergaben sich in Ungarn. Der ungarische Historiker Gustav Beksics warf der österreichischen Regierung vor, sie habe bewußt die Verarmung der ungarischen Gentry betrieben und zwar durch die Art und Weise, wie nach der Niederwerfung der Revolution in Ungarn die Bauernbefreiung durchgeführt wurde⁷⁷.

⁷⁶ H. Friedjung, Freunde und Gegner S. 55 ff. bes. S. 57 Brief v. 21. Februar 1851.

⁷⁷ Zitat nach H. Friedjung, Österreich I, S. 352. Beksics führt an, daß die Robot schon 1848 aufhörte, während die Entschädigung erst einige Jahre später ausgezahlt wurde; unterdessen waren die Grundbesitzer auf die Aushilfe von Wuchern angewiesen. Als der Übelstand zu drückend wurde, gewährte die Regierung zwar Vorschüsse, verweigerte sie aber denjenigen, deren oppositionelle Haltung bekannt war. Auf diese Weise sei ein Teil der Gentry, besonders in Siebenbürgen, zugrunde gerichtet worden. Friedjung hält diese Schädigung des Adels zwar für eine bloße Folge des langsamen bürokratischen Arbeitsganges, muß aber im gleichen Atemzuge zugeben, daß die österreichische Regierung ihr Ziel, den politischen Einfluß des Adels zurückzudämmen, nicht besser erreichen konnte, als indem sie soziale Gerechtigkeit übte und sich des Schwächeren annahm.

Noch bevor Kudlich im Wiener Reichstag die Initiative durch seinen Grundentlastungsantrag ergriff, war im mährischen Landtag ausführlich und sachkundig über diesen Gegenstand verhandelt worden. K. H u g e l m a n n hat die Arbeit des Landtages in der Frage der Bauernbefreiung ausführlich dargestellt⁷⁸. Danach stellte der Vertreter des Großgrundbesitzes im provisorischen Landtag Mährens, Adalbert Freiherr von Wiedmann, einen Initiativantrag, der bereits am 5. Juni in der 2. Sitzung auf die Tagesordnung kam. Der Antrag Wiedmanns stützte sich auf das kaiserliche Patent vom 28. März 1848, welches die Aufhebung der Naturalrobot in Mähren gegen eine Entschädigung mit 31. März 1849 in Aussicht genommen hatte. Wiedmann schlug vor, daß alle verfassungsmäßigen Grundlasten schon vom 1. Juli 1848 ab gegen Entschädigung aufzuheben seien⁷⁹. Sein Antrag ging jedoch nicht in dieser Form durch, der Landtag bildete einen Dreierausschuß und bereits am 7. Juni konnte Dr. Cajetan Mayer, der Berichterstatter des Ausschusses, einen fünf Punkte umfassenden Vorschlag unterbreiten, demzufolge ab 1. Juli 1848 nicht nur die patentmäßigen Naturalroboten und alle Naturalzehente, sondern auch alle anderen aus dem Untertanenverbande herrührende Naturalentrichtungen und ebenso alle Vorkaufsrechte und Laudemien in eine billige Geldentschädigung umzuwandeln seien. Der Grundsatz der Entschädigungspflicht wurde vom mährischen Landtag niemals in Frage gestellt. Höhe und Art der Entschädigung sollte von einer paritätisch aus Bauern und Grundbesitzern zusammengesetzten Kommission baldmöglichst ermittelt, durch einen Landtagsbeschluß und kaiserliche Bestätigung gesetzlich festgelegt und mit Hilfe einer Landeskreditkasse durchgeführt werden. Dieses Programm gab zu einer erschöpfenden Debatte Anlaß, in der bezeichnenderweise vor allem auf beschleunigte Durchführung desselben gedrungen wurde. Man empfand die Entlastungsfrage als die brennendste und Praschak, eines der Mitglieder des Dreierausschusses, der das Programm ausgearbeitet hatte, betonte, daß zur Beruhigung des Landes die rasche Bekanntmachung eines billigen Robot-Entschädigungspreises dringend notwendig sei. Ein anderer Redner schilderte zur Illustration, wie wichtig und vordringlich die Bauernbefreiung sei, die gereizte Stimmung der Bauern und prophezeite, „daß die Landtagsabgeordneten bei ihrer Nachhausekunft am Vermögen und Leben bedroht wären, wenn sie nicht befriedigende Auskunft erteilen könnten.“ Woraus man wiederum die Berechtigung von Kudlichs Auffassung erkennt, daß eine schnelle Lösung der Bauernfrage die unabdingbare Voraussetzung für den Aufbau eines Verfassungslebens in Österreich sei. Ohne diese Lösung war das Chaos unvermeidlich⁸⁰. Kudlich lehnte allerdings als deutscher Zentralist die Regelung der Bauernfrage durch die

⁷⁸ K. H u g e l m a n n, Die österreichischen Landtage im Jahre 1848, III. Teil in: Archiv f. österreichische Geschichte 115. Bd., 1. Hälfte, Wien-Leipzig 1940, S. 24 bis 221 (Mähren).

⁷⁹ Ebenda, S. 60 ff.

⁸⁰ H. K u d l i c h, Rückblicke II, S. 120 ff.

Provinziallandtage ab⁸¹. Tatsächlich brach mit dem Beginn der Arbeit des Wiener Reichstages und mit Kudlichs Grundentlastungsantrag die Initiative des mährischen Landtages in dieser Frage ab. Der Reichstag löste das Problem nun „zentralistisch“ für die gesamte Monarchie. Doch diente das Vorangehen Mährens in der Bauernbefreiung der konservativen „Wiener Zeitung“ im Jahre 1888 dazu, die Bedeutung Kudlichs nach Möglichkeit zu verkleinern, als man ihn zum vierzigsten Jahrestag der Bauernbefreiung vielerorts in Österreich feierte⁸².

Auf zwei knappe Streiflichter, die auf Kudlich und seine Bedeutung in anderen Zusammenhängen fallen, mag hier am Schluß noch verwiesen werden.

Über die Lage in Sudetenschlesien während der Revolution hat 1956 B. Šindelář bemerkenswerte Einzelheiten mitgeteilt, wobei auch die große Rolle deutlich wird, die in jener Zeit Kudlichs Vater Johann als Lokalpolitiker spielte⁸³. Nach der Niederschlagung des Wiener Oktoberaufstandes leitete er eine Versammlung der bäuerlichen Vertreter des Kreises Bennisch, auf der u. a. die Forderung erhoben wurde, die Steuern zu verweigern und die beim Militär stehenden Söhne nach Hause zu holen, weil Windischgrätz die Revolution in Wien niedergeschlagen habe. Als kaiserlich eingestellt zeigte sich auf jener Versammlung nur jener tschechische Bauer Mička, der seinerzeit bei Kudlichs Wahl zum Reichstagsabgeordneten eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Alle anderen Teilnehmer der Versammlung, Tschechen wie Deutsche, erklärten sich dagegen für die Wiener Revolution⁸⁴.

Auf die Möglichkeiten zur Überwindung des Nationalitätenkampfes, die in Kudlichs politischer Arbeit lagen, hat neuerdings W. Jaksch hingewiesen⁸⁵. Kudlichs Antrag auf Befreiung der Bauern aller Völker Österreichs und das gemeinsame Vorgehen der Bauernvertreter im Reichstag unter Kudlichs Führung ist ihm ein Modellfall für die Chance, aus gleichem sozialem Interesse heraus die nationalen Gegensätze zu überwinden. Zweifellos war diese Möglichkeit vorhanden, und die Sympathie und Verehrung, womit sich die galizischen Bauern im Parlament um den deutschen Bauernsohn scharten, gehört zu den erhebendsten Bildern des Jahres 1848. Aber gerade diejenigen, die für eine völkische Verständigung innerhalb Österreichs am nötigsten gewesen wären, die tschechischen Bauernabgeordneten,

⁸¹ H. Kudlich, Rückblicke II, S. 134 ff.

⁸² K. Hugelmann, Landtage, S. 70 f.

⁸³ B. Šindelář, Kúloze lidových mas v revolučním dění roku 1848 na Moravě a ve Slezsku. (Die Rolle der Volksmassen im revolutionären Geschehen des Jahres 1848 in Mähren und Schlesien). In: Československý časopis historický Jg. IV (1956) S. 207—231; S. 388—417.

⁸⁴ Ebenda, S. 409. Vgl. auch W. Bennesch, Kudlich, S. 219.

⁸⁵ W. Jaksch, Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donaauraum. Stuttgart 1958, S. 40 ff.

fehlten im Reichstage und die tschechische politische Führung war grundsätzlich und in erster Linie auf ihre nationalen Ziele bedacht. So mußte dieser hoffnungsvolle Anlauf scheitern.

LÖHNER und SCHUSELKA

Wenn Kudlichs Wirken in der wissenschaftlichen und politischen Literatur einen verhältnismäßig starken Widerhall gefunden hat, so dürfte dies dem Umstande zuzuschreiben sein, daß die Bauernbefreiung die einzige weithin sichtbare Leistung des ersten österreichischen Reichstages gewesen ist. Die politische Arbeit anderer maßgeblicher Männer des Sudetendeutschums blieb dagegen wegen des baldigen Zusammenbruchs des Reichstages und seiner schließlichen Beseitigung vielfach Fragment, unausgeführte Skizze, bestenfalls ein Wegweiser für die Zukunft. Nichtsdestoweniger verdient das Wirken dieser Politiker eine gründliche wissenschaftliche Darstellung, denn gerade in ihrer Arbeit stoßen wir auf den demokratischen Ursprung eigenständiger sudetendeutscher Volkstumspolitik. Dies gilt besonders für Ludwig v. Löchner, der in der Literatur bis jetzt recht stiefmütterlich behandelt worden ist, wogegen Franz Schuselka eine Reihe z. T. recht ausführlicher Darstellungen gewidmet sind. Kudlichs Urteile über die beiden Parteifreunde mögen hier als Ausgangspunkte der Literaturangaben über sie dienen, da aus ihnen gleichzeitig hervorgeht, wie wenig geschlossen jene politischen Gruppierungen im Reichstag waren, die man nur mit großen Vorbehalten als Parteien in unserem Sinne bezeichnen kann.

Löchner galt zwar als einer der Führer der Linken im Reichstage, die Sympathien für ihn reichten aber bis weit ins „schwarzgelbe“ Zentrum und auch Wurzbachs „Biographisches Lexikon“, so abfällig er über Kudlich urteilt, findet für ihn sehr anerkennende Worte⁸⁶. Bei Kudlich wird Löchner weniger vorteilhaft eingeführt. Als Leiter des Vereins der Deutschen in Böhmen hatte er zu Beginn des Reichstages in Wien die großdeutsch eingestellten Abgeordneten zu einer Versammlung in das Hotel „Munsch“ am Mehlmarkt zusammengerufen. Etwa 80 Deputierte erschienen, unter ihnen der Buchhändler Alois Borrosch aus Prag. „Löchner — so schreibt Kudlich — der bisher die Angelegenheiten des Vereins der Deutschen in Böhmen mit Geschick und Energie geleitet hatte, zeigte sich sehr unvorteilhaft von einer Seite, die ihn als Parteiführer entschieden unbrauchbar machte . . . Löchner beschuldigte ihn (Borrosch), daß er, das ehemalige Mitglied des Prager Nationalausschusses, gar nicht in diese Versammlung, sondern zu den Tschechen gehöre, daß er bei uns, den Freunden Deutschlands, nichts zu suchen habe“⁸⁷. Borrosch antwortete scharf und grob, schilderte die schwierigen Prager Verhältnisse, den Swornost-Terror, die Flucht und Auswanderung vieler Deutscher und Juden, und schloß seine Verteidigungsrede mit den Worten: „Was wißt ihr hier (in

⁸⁶ Wurzbach, Biographisches Lexikon, Bd. 15 (1866), S. 390—396.

⁸⁷ H. Kudlich, Rückblicke II. S. 13 ff.

Wien) von deutscher Nationalität. Als Deutscher in Prag leben und ein Märtyrer für das Deutschtum sein, ist ganz dasselbe . . ." Kudlich macht aus seiner Sympathie für Borrosch kein Hehl, er empfindet Löhners schroffen Nationalismus als ungerecht. Bei der Charakterisierung des Tetschner Abgeordneten und Parteifreundes Karl Zimmer nimmt er gleichfalls die Gelegenheit zu einem kritischen Einwand gegen Löhner wahr. „Zimmer besaß sehr viel Ähnlichkeit mit Löhner. Doch fehlte ihm Löhners oft titanische Beredsamkeit. Dafür zeigte er sich im Laufe der Begebenheiten prinzipientreuer, beharrlicher im Dienste der deutschen Sache als dieser" —, womit sich Kudlich auf Löhners slawenfreundliche Haltung in Kremsier bezog⁸⁸. Dies geht auch aus Kudlichs zusammenfassender Kennzeichnung des Parteiführers hervor, in der er ihn einesteils das „größte oratorische Talent in der Versammlung" nannte und seine prophetische Voraussicht der kommenden Entwicklungen rühmte, aber andererseits seine Tauglichkeit als Parteiführer, schon wegen seiner Schwindsucht und Reizbarkeit, bezweifelte. „In Wien hat er durch übertriebenen Eifer oft unserer Sache geschadet, die Gegner oft unnötiger Weise gereizt, während er in Kremsier nach meiner Ansicht das deutsche Banner zu rasch verließ⁸⁹.

Das nächste, was Kudlich von Löhner mitteilt, kennzeichnet jenen als einen Politiker, der sehr wohl um die Gefahr des Radikalismus auf dem eigenen linken Parteiflügel wußte. Nach der Verabschiedung des Grundentlastungsgesetzes hatte Mahler in seiner Bauernzeitung zu einem Fackelzug für Kudlich aufgerufen. Löhner, Borrosch und Fischhof, ein anderer führender Kopf der Linken, hatten den Wunsch geäußert, daß dieser Fackelzug lieber unterbliebe, denn man kenne Mahler als einen Ultra-Radikalen, man könne nicht wissen, ob er nicht ganz andere Absichten verfolgte, als bloß eine unschuldige Demonstration⁹⁰. Das war aber nicht der Fall; Mahler war es lediglich um „etwas Reklame" für seine Zeitung zu tun.

Noch einmal, diesmal in sehr negativem Sinne, kommt Kudlich auf Löhner zu sprechen und zwar anläßlich Löhners politischer Schwenkung vom Großdeutschen zum Kleindeutschen⁹¹. Löhner hatte in einer Rede vor den Parteifreunden mit leidenschaftlicher Bitterkeit die Schwäche des Frankfurter Parlaments gegeißelt, er trat nun für die kleindeutsche Lösung und vor allem

⁸⁸ Ebenda, II S. 61.

⁸⁹ Ebenda, II S. 63.

⁹⁰ Ebenda, II S. 200. Kudlich teilte übrigens Löhners Befürchtungen und distanzierte sich ebenfalls vom Treiben der „Radicalissimi". Er befürchtete, daß der Reaktion nur willkommene Handhaben zum Eingreifen geboten wurden durch das „Treiben und Hetzen Tausenau's, sowie der Knaben des ‚Studenten-Couriers' und ähnlicher Elemente, die blind in den offenen Rachen der Reaction hineinzustürzen beabsichtigten." (Ebenda).

⁹¹ Ebenda, III S. 185 f. „Die Führung der deutschen Linken war schon während des Oktobers den Händen Löhners entfallen. Als rein poetische, nervös reizbare Natur war er nahe daran, in ein anderes Extrem zu fallen. Daß Wien im Oktober vom deutschen Parlament (in Frankfurt) so elendiglich im Stiche gelassen worden war, das konnte er nicht verwinden. Seine edle, keusche Braut hatte ihm

für Verständigung mit den Tschechen ein, um auf diese Weise die liberalen Interessen vor der immer mächtiger werdenden Reaktion zu retten. Kudlich hatte für diese Programmänderung kein Verständnis, er blieb Großdeutscher. Er und Zimmer warfen Löhner Wetterwendigkeit vor. Das bedeutende Nationalitätenprogramm für Österreich, das Löhner und im Anschluß an ihn Palacký in Kremsier entwickelte, erwähnt Kudlich überhaupt nicht.

Auch in Wurzbachs „Biographischem Lexikon“ wird es nicht erwähnt, obwohl Löhner dort sehr sympathisch geschildert und das, was politisch an ihm Unbehagen bereitete, mit einer nachsichtigen Geste dem Poeten in ihm gutgeschrieben wird. Sommarugas kurzer biographischer Abriß von Löhner in der „Allgemeinen deutschen Biographie“ läßt gleichfalls sein Nationalitätenprogramm unerwähnt⁹². Bei Sommaruga wie bei Wurzbach steht Löhners maßgebliche Beteiligung an der Entstehung und Arbeit des deutschen Vereins für Böhmen, Mähren und Schlesien zur Wahrung der deutschen Interessen im Vordergrund.

Der erste, der sich mit Löhners Plan ethnisch abgegrenzter und föderativ zusammengesetzter Staaten innerhalb Österreichs auseinandersetzte, war der konservative Historiker A. v. Helfert in seiner „Geschichte Österreichs“⁹³. Löhners Programm sah die Einteilung der Monarchie in fünf Nationalstaaten vor, deren Grenzen sich so genau als möglich mit den Sprachgrenzen decken sollten.

1. Deutsch-Österreich (die Erzherzogtümer Nordtirol, die deutschen Teile der Steiermark und Kärntens, von Böhmen und Mähren, und der Troppauer Kreis)

2. Tschechisch-Österreich (die slawischen Teile von Böhmen und Mähren, der Teschener Kreis von Schlesien)

3. Slowenisch-Österreich

4. Italienisch-Österreich (mit Südtirol, Dalmatien und Istrien)

5. Polnisch-Österreich.

Jeder dieser ethnisch möglichst scharf abgegrenzten Staatskörper hätte seine eigene Gesetzgebung und Verwaltung, sein eigenes Parlament und verantwortliche Staatssekretäre für Inneres, Justiz, Kultur, Unterricht, Finanzen und Landwirtschaft besessen. Als übergeordnetes Organ der Staatsverwaltung war ein oberster Rat der Krone vorgesehen mit Ministern für jeden dieser Nationalstaaten, ihm zur Seite ein, teils aus direkten Wahlen, teils aus den Länderparlamenten hervorgegangener Senat und ein Staats-Gerichtshof zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten, sowie zur Ministeranklage. Helfert meint dazu, „daß an diesem ganzen Plane

einen Korb gegeben, und ihr zum Ärger, in des Weltschmerzes Raserei, war er geneigt, sich einer Straßendirne in die Arme zu werfen. Er überfloß von Rücksicht für die ehemals gehaßten Tschechen und seine ganze Weisheit bestand jetzt darin, daß man um jeden Preis mit den Tschechen sich vertragen müsse.“

⁹² Allgemeine Deutsche Biographie (ADB), 19. Bd. Leipzig 1884, S. 132 f.

⁹³ A. v. Helfert, Geschichte Österreichs, Bd. III, S. 316 f.

nichts anzuerkennen war als allenfalls der gute Wille; seinem Gehalte nach war er geradezu verrückt zu nennen und es haben sich auch die öffentlichen Organe der verschiedensten Farbe in diesem Sinne darüber ausgesprochen". Was er dann in der Anmerkung als Kritik am Löhnerschen Programm zitiert, beschränkt sich auf Einwände einiger weniger zentralistisch orientierter Blätter. Es wäre sicher mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen, aus den vielfältigen Streulagen der Völker Österreichs einigermaßen geschlossene Volkskörper zu schaffen, aber wenn der „Österreichische Lloyd" von einem „Auseinanderreißen und Zusammenkleben des Troppauer Kreises zu den Bewohnern Vorarlbergs" spricht, dann ist dies eine absichtlich verzerrende und unsinnige Kritik⁹⁴. Der Anschluß Troppaus an die übrigen sudetendeutschen Gebiete wäre bei weitem nicht so unnatürlich gewesen wie die Zerreißung Schlesiens durch die Kriege Friedrichs des Großen, über die Helfert kein Wort verliert. Schon allein die Tatsache, daß in Kremsier František Palacký Löhners Föderationsplan aufnahm und ihn zum Heile der Slawen unter madjarischer Herrschaft auch auf Ungarn ausgedehnt wissen wollte, verdient Beachtung. Die Ablehnung von Löhners ethnischem Einteilungsplan kommt allerdings nicht von ungefähr, sondern muß mit Helferts grundsätzlichen Abneigung gegen den unbestrittenen Führer des Sudetendeutschums zusammen gesehen werden, die vor allem in seinen „Aufzeichnungen" schroff zutage tritt. Löhner erscheint hier als „unversöhnlicher Tschechenfresser", als ein Haßhysteriker, der auf die harmlosesten Wünsche der friedlichen tschechischen Partei nicht anders als krankhaft gereizt zu reagieren vermochte⁹⁵.

Nicht viel besser kommt aber das Deutschtum in Böhmen-Mähren in seiner Gesamtheit bei Helfert weg. Es wird als chauvinistisch, unduldsam und aggressiv gegenüber den Tschechen geschildert und lege sich „in den herausforderndsten Kundgebungen für Frankfurt nicht den geringsten Zwang an"⁹⁶. Vor allem übersieht Helfert geflissentlich, daß die nationale Organisation des Sudetendeutschums nur ein notgedrungenes Nachhinken hinter der politischen Organisation der Tschechen war, die 1848 mit einem Schlage ins Rampenlicht des Volkstumskampfes treten konnte⁹⁷. Freilich bildete sich dann unter Löhners Führung der deutsche Widerstand gegen die von den

⁹⁴ Österreichischer Lloyd Nr. 272 vom 3. Dezember 1848.

⁹⁵ A. v. Helfert, Aufzeichnungen S. 18 f., 30, 46 f., 55 f.

⁹⁶ A. v. Helfert, Geschichte Österreichs, 2. Bd. S. 186 f. Ders., Aufzeichnungen, S. 55., S. 180 f. Für eine sehr paradoxe Seite des Nationalitätenkampfes in Böhmen-Mähren-Schlesien hat Helfert ein scharfes Auge. So schreibt er: „Vorkämpfer des Deutschtums in Böhmen: Jiskra (= Giskra), Kuranda, Makovička, Šuselka, Klučák; Vorkämpfer des Slawentums: Rieger, Brauner, Strobach, Erben, Jungmann."

⁹⁷ Alexander von Helfert stammte aus einer deutschen, patriotischen und streng katholischen Bürgerfamilie thüringischer Herkunft, die seit einigen Generationen in Plan bei Pilsen beheimatet war. Er wurde als Abgeordneter von Tachau in den Wiener Reichstag gewählt, gehörte zu den Konservativen und trat für die Entschädigung der Grundeigentümer bei der Bauernbefreiung ein. Dies,

Tschechen geforderte Landesautonomie, welche die Deutschen hoffnungslos majorisiert hätte, im Verlaufe des Jahres 1848 sehr rasch und sehr entschieden. Mit dem, Deutsche wie Tschechen umfassenden, alten Landespatriotismus ist es nun endgültig vorbei, der Frontverlauf war geklärt und Löhners Nationalitätenprogramm stellte einen Versuch dar, durch die ethnische Neugliederung der Monarchie die zerstörerischen Kräfte des Nationalismus auf administrative Weise zu bändigen.

Es ist wohl kein Zufall, daß erst nach dem 1. Weltkriege, also nach dem Zusammenbruch der Monarchie, Löhners Programm in der Literatur eine bessere Würdigung erfuhr.

Paula Geist-Lányi's Arbeit über das Nationalitätenprogramm auf dem Reichstag zu Kremsier⁹⁸ hebt das Positive an Löhners Plan hervor, eine genauere Darstellung und gerechte Würdigung desselben gab einige Jahre später zum ersten Male F. Hauptmann⁹⁹ und gleichzeitig Paul Molisch.

Löhners Plan der Einteilung Österreichs nach ethnischen Grenzen geht übrigens bereits in jene Zeit zurück, als er noch im Wiener Reichstag für das großdeutsche Programm eintrat. Der Plan hätte sicherlich das Schicksal der deutschen Sprachinseln und des Prager Deutschtums besiegelt. Aber Molisch hebt mit Recht als Vorteil dieses „radikalsten Lösungsversuchs“ hervor, daß seine Durchführung den österreichischen Deutschen ungefähr jenes Gebiet gesichert hätte, das sie 70 Jahre später beim Zerfall der Monarchie mit nur teilweisen Erfolg in Anspruch nahmen¹⁰⁰. In Kremsier entwickelte Löhner dann sein Nationalitätenprogramm als eine rein inner-österreichische Angelegenheit, er hatte den großdeutschen Gedanken als undurchführbar aufgegeben. In dieser Kremsierer Form wurde sein Plan 1899 im Brünner Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie wieder aufgenommen.

sowie die konservative und tschechenfreundliche Haltung seiner Geschichtswerke zog ihm die Gegnerschaft der demokratisch-großdeutschen Linken, vor allem auch die Kudlichs zu. (Vgl. „Rückblicke“ II, S. 75; 147 f; 297; III, S. 171 ff.). Trotz seiner tschechenfreundlichen Haltung mußte es Helfert erleben, daß seine Berufung ins Ministerium Schwarzenberg-Stadion (1849) von den Führern der tschechischen Partei, Palacký, Rieger und Brauner, keineswegs als eine Konzession zu ihren Gunsten betrachtet wurde, was ihn sehr enttäuschte. Über Helfert vgl. J. Hlawacek: Josef Alexander Helfert. Seine Jugend und seine politische Tätigkeit bis zu seiner Ernennung zum Unterstaatssekretär mit besonderer Berücksichtigung des deutsch-tschechischen Problems. Phil. Diss. Wien 1936 (Maschinenschrift) bes. S. 97 ff. und S. 111. Hlawacek arbeitet mit Recht die Verständnislosigkeit heraus, mit der Helfert dem in Böhmen-Mähren entbrannten Nationalitätenkampf gegenüber stand.

⁹⁸ Paula Geist-Lányi, Das Nationalitätenproblem, S. 71 f.

⁹⁹ F. Hauptmann, Die staatsrechtlichen Bestrebungen der Deutsch-Böhmen 1848/49, Komotau 1926, S. 53 ff und 69 ff.

¹⁰⁰ P. Molisch, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich von ihren Anfängen bis zum Zerfall der Monarchie. Jena 1926 S. 46 f. und S. 56.

Im positiven Sinne wird Löhners Nationalitätenprogramm und sein politisches Wirken noch bei V. Bibl, J. Pfitzner, V. Valentin, H. Ritter von Srbik und H. Lades erwähnt¹⁰¹. Da sich in Kremsier das von Löhner entworfene und von Palacký aufgenommene ethnische Föderationsprogramm gegen die Tradition der historischen Provinzeinteilung nicht durchzusetzen vermochte, hatten es die Tschechen in der Folgezeit leicht, ihre alten Forderungen nach dem historischen Staatsrecht wieder aufzunehmen und der Errichtung eines Königreiches der Wenzelskrone in den alten „historischen Grenzen“ Böhmen—Mähren—Schlesiens nachzustreben. Damit war ein politisch günstiger Augenblick versäumt und der für die Deutschen so verhängnisvolle Anspruch auf die historischen Grenzen der Länder der Wenzelskrone entfaltete mehr und mehr seine zerstörerische Kraft. Dies war vor allem von dem Augenblick an der Fall, wo die Madjaren den historischen Anspruch der Stephanskrone durchsetzten und mit fanatischem Eifer ihre nationalen Minderheiten madjarisierten^{101a}. Eine Verwirklichung von Löhners Idee hätte vermutlich diese verhängnisvolle Entwicklung verhindern können, welche die Slawen aus Österreich herausführte.

Eine Monographie über diesen sudetendeutschen Politiker der 48er Revolution ist ein dringendes Erfordernis, gerade im Hinblick auf Löhners Wandlung vom deutschen Zentralisten zum österreichischen Föderalisten, vom angriffslustigen Nationalisten zum versöhnungsbereiten Politiker der Kremsierer Zeit.

Der andere Politiker, dem Kudlich in seinen „Rückblicken“ eine ausführliche Charakteristik widmete, ist Franz Schuselka, Deputierter des Wahlbezirktes Budweis. Die erste ausführliche Bezugnahme auf ihn ist sehr kritisch. Kudlich bedauert das spätere Abschnwenken des ehemaligen Partei-

¹⁰¹ V. Bibl, Der Zerfall Österreichs, Bd. II, Von Revolution zu Revolution. Wien-Berlin-Leipzig-München 1924, S. 178; J. Pfitzner, Das Erwachen der Sudetendeutschen im Spiegel ihres Schrifttums bis zum Jahre 1848, Augsburg 1926, S. 395 ff.; V. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, 2 Bde., Berlin 1930/31, Bd. II, S. 188; H. Ritter von Srbik, Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz. 1. Bd. München 1935, ² 1936, S. 424; H. Lades, Die Tschechen S. 134 ff. Löhners Schriften finden sich bei Wurzbach a. a. O. aufgezählt.

^{101a} F. Rottler, Staat und Nation. Ein Beitrag zum österreichisch-ungarischen Staats- und Reichsproblem. Phil. Diss. Erlangen 1949, S. 144. Der Verfasser betont sehr stark den negativen Einfluß des ungarischen Ausgleichs von 1867 auf die nationalen Verhältnisse Cisleithaniens. „Zwar hatte es 1848/49 geschienen, daß der gemeinsame Kampf um die Verfassung und die Mitarbeit einer Volksvertretung an der Regierung die Nationalitäten zusammenführen würde. Aber die Erfolglosigkeit und ihre Niederlage gegen die Krone in dem um die Neugestaltung des Reiches geführten Kampfe in Kremsier und die Ära Schwarzenberg-Bach gruben dieser damals zweifellos vorhandenen Verständigungsbereitschaft das Grab. Vom Jahre 1867 ab waren die Möglichkeiten, in dieser Richtung hin weiterzukommen, durch den (ungarischen) Ausgleich weitgehend verschüttet.“ (S. 81).

freundes ins klerikale Lager¹⁰². Er betrachtete ihn als einen im Grunde konservativen Mann, als einen noblen Idealisten, dessen politische Haltung von dem ritterlichen Bestreben bestimmt werde, der jeweils schwächeren Partei zu helfen, und mit dieser Schilderung traf er wirklich einen Hauptwesenszug Schuselkas. Außerdem deutet Kudlich eine gewisse Rivalität zwischen Löhner und Schuselka in der Frage der Führung der deutschen Linken im Reichstage an. Als Kudlich den Parteifreunden seinen Plan eröffnete, auf dem flachen Lande die Bauern für das revolutionäre Wien zu mobilisieren, war es Schuselka, der sich keinen Illusionen über die Wirksamkeit einer solchen Maßnahme hingab. Er äußerte damals zu seinen Parteifreunden: „Meine Herren, wir würden uns nur blamieren! Wenn ich denken könnte, daß es etwas nützte, daß die Landbewohner wirklich in einer formidablen Masse sich erheben würden, so würde ich mit größter Bereitwilligkeit dafür sein, daß man den Landsturm berufe. Allein die Herren Bauern werden einfach nicht kommen! Sie haben ihr Teil, die Robot ist abgeschafft und jetzt sehen die Bauern nicht mehr ein, wofür sie sich sollten totschiessen lassen. — Übrigens, wenn Du, Kudlich, so viel Zutrauen zu den Bauern hast, warum gehst Du nicht und versuchst es zuerst? Du bist ja bekannt und beliebt und giltst bei ihnen mehr als der ganze Reichstag. Geh' einmal, und wenn Du mit 100 000 Bauern kommst und uns befreist, so sollst Du dafür gesegnet sein“¹⁰³.

Kudlich fühlte sich durch den ironischen Ton Schuselka verletzt, er brachte es aber nicht übers Herz, Schuselka recht zu geben, obwohl der Ausgang von Kudlichs Werbefahrt zu den Bauern dessen pessimistische Voraussage vollauf bestätigte. Andererseits hatte wiederum Kudlich recht, wenn er den Parteifreunden auseinandersetzte, daß die Lage Wiens hoffnungslos geworden war, daß Halbheiten alles nur schlimmer machen würden und daß eine klare Entscheidung des Reichstages für oder gegen den Oktoberaufstand notwendig sei.

Bei Beginn des Kremsierer Reichstages riet Schuselka Kudlich dringend, außer Landes und an eine deutsche Universität zu gehen, um dort etwas Tüchtiges zu lernen. „Du darfst Dich weder erschießen, noch aufhängen, noch einsperren lassen. Das sind alles affectierte, theatrale, polnische Ideen!“

Auf Kudlichs Einwand, daß er, Schuselka, doch ebenfalls kompromittiert sei und dennoch zu bleiben gedenke, entgegnete dieser, daß er sich keiner Gesetzesübertretung schuldig gemacht hätte; er sei stolz darauf, daß er selbst es gewesen sei, der in Wien den Reichstag, ohne sich zu erniedrigen, „die sehr schmale Linie der Legalität“ geführt habe¹⁰⁴. Kudlich hatte dieses Vertrauen in die Möglichkeit legalen Handelns für die Sache der Freiheit

¹⁰² H. Kudlich, Rückblicke II, S. 64—69. Kudlich konnte es nicht fassen, daß er den ehemaligen liberalen Parteifreund bei seiner Rückkehr aus Amerika „Hand in Hand mit Bischof Rudigier“ finden mußte. (Über Bischof Rudigier vgl. W u r z b a c h, Biographisches Lexikon, Bd. 27 (1874) S. 215—220.)

¹⁰³ H. Kudlich, Rückblicke III S. 78 f.

¹⁰⁴ Ebenda, III S. 165 ff.

und des Reichstages schon verloren, er konnte darin nur die allgemeine Krankheit des Reichstages, seine Halbheit, sehen¹⁰⁵.

Nach Kudlichs Darstellung blieb Schuselka in Kremsier der Führer der Linken, obwohl er „seinem Geschmacke nach“ eigentlich ins linke Zentrum gehörte, da er damals (in Kremsier), ein gewaltiger Centralist und ein tüchtiger Verarbeiter der übermüthigen Magyaren war“¹⁰⁶. Nicht ohne einen ironischen Unterton heißt es in den „Rückblicken“ weiter, daß damals, d. h. in Kremsier, eine Einverleibung der Ungarn in eine große, deutsch-österreichische Gesamtmonarchie „natürlich mit dem obligaten Cultur zum schwarzen Meere tragen“ ganz nach Schuselkas Herzen gewesen wäre. „Doch wie hätte er, der Ritterliche, die Linke im Unglück verlassen können?“ Dagegen nannte Kudlich die Rede des Parteifreundes, die jener anlässlich der Grundentlastungsdebatte im Wiener Reichstage gehalten hatte, „die Perle der ganzen Verhandlung, sowohl was Form und Inhalt anbelangt“¹⁰⁷. Desgleichen lobte er Schuselkas erbitterte und großartige Anklagerede gegen die unehrliche Politik des Schwarzenberg-Regimes, die jener am 3. März in Kremsier, kurz vor der Auflösung des Reichstages, der Regierung ins Gesicht geschleudert hatte. Nach Kudlichs Meinung hatte Schuselka mit dieser Rede einen glänzenden Sieg errungen, „sogar seine erbitterten Feinde, die Tschechen, konnten nicht umhin, ihm ihre Achtung zu bezeugen“¹⁰⁸.

Im Gegensatz zu Schuselkas moralischer Persönlichkeit wird sein politischer Charakter aus den Streiflichtern der „Rückblicke“ nicht ganz klar. Dabei ist er eine Testfigur des deutsch-tschechischen Verhältnisses; an dem Verhalten der Tschechen Schuselka gegenüber lassen sich geradezu die Phasen des Nationalitätenkampfes in Böhmen ablesen.

Schuselka hatte bereits vor Ausbruch der Revolution den deutschen Charakter Österreichs betont; kein Wunder, daß er gerade deshalb von tschechischer Seite scharf angegriffen wurde. Damals entstand Karel Havlíček's berühmtes politisches Spottlied auf ihn, das die deutschen Ansprüche auf Böhmen-Mähren entschieden zurückwies¹⁰⁹. Umso bemerkenswerter war es daher, daß Schuselka nach der gewaltsamen Auflösung des Kremsierer Reichstages auch von tschechischer Seite Vertrauensbeweise erhielt¹¹⁰. Die maßvolle und den Slawen entgegenkommende Politik der deutschen Demokraten unter Löhners Führung und das weitverbreitete Gefühl unter den Liberalen aus allen nationalen Lagern, daß sie nun gemeinsam von der Reaktion bedroht wurden, war die Ursache für diesen Stimmungsumschwung.

¹⁰⁵ Ebenda, III S. 168.

¹⁰⁶ Ebenda, III S. 186 f.

¹⁰⁷ Ebenda, II S. 151.

¹⁰⁸ Ebenda, II S. 67. Ebenso bewunderte er die Würde, womit Schuselka zu Beginn des Kremsierer Reichstages den wilden tschechischen Angriffen wegen der Haltung der deutschen Linken beim Oktober-Aufstand entgegengetreten war. Ebenda, III S. 186.

¹⁰⁹ K. H u g e l m a n n, ADB Bd. XXXIV S. 761.

¹¹⁰ J. P f i t z n e r, Zu nationalen Politik der Sudetendeutschen, S. 228.

Noch zu Beginn des Kremsierer Reichstages schienen die nationalen Fronten hoffnungslos verhärtet und Schuselka sprach wohl damals die Gefühle aller Abgeordneten der großdeutschen Linken aus, wenn er zu Kudlich äußerte¹¹¹:

„Ich sage Dir, ich habe eine wahre Angst vor der Eröffnung des Reichstages (in Kremsier); ich schäme mich, hineinzugehen! So haben die alten Generale gefühlt, wenn sie nach verlorener Schlacht mit ihrer Mannschaft unter dem Joch hindurch gehen mußten! Was werden sie für Gesichter machen, dieser höhnische Palacký, der in der Welt weder Sonne, Mond noch Sterne, sondern überall nur die Krone des heiligen Wenzel sieht, — dieser fanatische Rieger, dem der Deutschenhaß förmlich aus den Fingerspitzen herausschwitzt, dieser grobe Bauer Jonák . . .!“ Umso erstaunlicher war der Stimmungsumschwung während und nach den Kremsierer Beratungen.

Schuselkas weiterer politischer Weg führte ihn 1861, beim Wiedererwachen des Verfassungslebens in Österreich erneut zur liberalen Partei. Später jedoch ging er zu deren Empörung ins konservative Lager über. Schuselkas Lebensbild in Wurzbachs „Biographisches Lexikon“¹¹², noch zu seinen Lebzeiten erschienen, legt den Gedanken nahe, als sei der einstmals gefeierte Politiker mit diesem Frontwechsel politisch, gesellschaftlich und moralisch erledigt gewesen; was für seine politische Bedeutung einigermaßen zutraf.

Schuselkas Abkehr von der liberalen Partei hat vor allem zwei Gründe: Erstens wurde er in seinem späteren Leben ein überzeugter österreichischer Föderalist, was dem liberalen Programm der 70er Jahre zuwider lief. Der Grund zu diesem Wandel seiner Auffassung muß schon durch die von Löhner im Kremsierer Reichstag eingeleitete Versöhnungspolitik gegenüber den Slawen gelegt worden sein, denn bereits 1851 erschien Schuselkas Schrift „Völker-Einigung. Ein Beitrag zur Versöhnung der Nationalitäten Österreichs“¹¹³. Die Versöhnung der liberalen völkischen Kräfte anläßlich der Auflösung des Kremsierer Reichstages hatte also in ihm feste Wurzeln geschlagen und mußte ihn daher später, in der deutsch-liberalen Ära, mit den ehemaligen Parteifreunden in Konflikt bringen. In der genannten Schrift schwebte ihm als Verfassung Österreichs ein Völkerkongreß vor, der sich die Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Vorbilde nehmen und dieses Muster noch übertreffen sollte, ein Plan, dessen utopischer Charakter einen Mangel an politischem Realitätssinn verrät. Andererseits zeugt sein Eintreten für das föderalistische Prinzip zu einer Zeit, als seine Partei mit Erfolg zentralistisch regierte, von Mut zur eigenen, unpopulären Meinung. Wurzbach meint zu dieser Seite seines Wesens kühl, daß Schuselkas Haltung „immer eine eigenthümliche, aber niemals eine consequente gewesen“ sei¹¹⁴.

¹¹¹ H. Kudlich, Rückblicke III, S. 166.

¹¹² Wurzbach, Biographisches Lexikon Bd. 32 (1876) S. 223—233. Dasselbst auch ein Verzeichnis seiner Schriften.

¹¹³ Erschienen in Leipzig 1851.

¹¹⁴ Wurzbach, Biographisches Lexikon S. 227.

Als zweiter Grund für Schuselkas Abkehr von den liberalen Parteifreunden muß seine tiefe Religiosität genannt werden, die sich Zeit seines Lebens, wenn auch in den verschiedensten, oft recht schwärmerischen Formen zeigte. Kein Wunder, daß Kudlich, der nach der Befreiung der Bauern die „Befreiung von Rom“ als größtes politisches Erfordernis betrachtete, in diesem Punkte bestenfalls gutmütige Ironie für ihn übrig haben konnte¹¹⁵.

Wenn Wurzbachs Darstellung im Grunde auf eine Verurteilung von Schuselkas Gesinnungswechsel hinausläuft, so wird die Abhandlung von K. Hugelmann über Schuselka, die er für die „Allgemeine deutsche Biographie“ schrieb, dessen Charakter und Wirken gerechter. Der abgerundete, gediegene Aufsatz ist geradezu eine Ehrenrettung für Schuselka, ohne daß der Verfasser dabei kritiklose Lobsprüche austeilen würde¹¹⁶. Von diesem ausgewogenen Lebens- und Charakterbild kann jede Beschäftigung mit dem sudetendeutschen Politiker ausgehen. Vor allem gelingt es dem Verfasser, den tief religiösen Grundton in Schuselkas Wesen darzustellen, der ihm bei allen Wandlungen seines Bekenntnisses niemals verloren ging und der seinem Charakter jene subjektive Wahrhaftigkeit verlieh, die seine hervorstechendste Eigenschaft war. Des weiteren macht Hugelmanns Darstellung deutlich, daß Schuselka die Existenzberechtigung Österreichs niemals in Frage gestellt hat, dies im Gegensatz zu Kudlich und seinen Gesinnungsfreunden von der demokratischen Linken, die ohne weiteres bereit waren, die deutschen Gebiete der Donaumonarchie im äußersten Falle zu einem erneuerten Deutschland zu schlagen und den Kaiser von Österreich auf den ungarisch-slawischen Reststaat zu beschränken¹¹⁷.

Hugelmann spricht mit Recht von Schuselkas „wenig praktischem Idealismus“ in politischen Fragen. „Es stimmt hiermit vollkommen überein, daß gerade Schuselka, der angebliche Tschechenfeind, es war, welcher das Aufgebot von Waffengewalt aus Anlaß der Wahlverweigerung in Böhmen bekämpfte und hiermit einen seiner wenigen Erfolge in der Nationalversammlung (Paulskirche) errang“¹¹⁸.

¹¹⁵ H. Kudlich, Rückblicke II S. 69, III S. 186 f.

¹¹⁶ K. Hugelmann, ADB 34. Bd. Leipzig 1892, S. 755—769.

¹¹⁷ H. Kudlich, Rückblicke I S. 259.

¹¹⁸ K. Hugelmann, ADB, S. 761. Ebenso war Schuselka zuvor im Frankfurter Fünfziger-Ausschuß für das unabdingbare Recht der Slawen Österreichs eingetreten, ihre Nationalität unter deutschem Schutz frei entfalten zu können, eine Forderung, die mehr von seinem Gerechtigkeitsgefühl als von Sinn für politische Realitäten zeugt, denn Palackýs berühmter Absagebrief auf die Einladung nach Frankfurt zerstörte endgültig die Illusion, daß die Tschechen eine freie Entwicklung ihres Volkstums innerhalb eines erneuerten deutschen Staatsverbandes für gewährleistet hielten.

A. v. Helfert, Geschichte der österreichischen Revolution, 1. Bd. S. 365, ansonsten als konservativer Parteimann kein Freund Schuselkas, schrieb über das Verhalten der Österreicher im Fünfziger-Ausschuß folgendes: „Gleich in der Sitzung vom 11. April, wo zwischen den österreichischen und außerösterreichischen Mitgliedern des Ausschusses entgegenkommende Begrüßungsreden ge-

Hugelmann hebt ferner die verantwortliche Rolle hervor, die Schuselka als einer der maßgeblichen Männer des Reichstages in der Wiener Oktoberrevolution spielte, fügt aber sogleich hinzu, daß er den Ruhm eines praktischen Politikers dabei nicht in Anspruch nehmen konnte, wenn auch seine Haltung im Oktober seinem Herzen und Opferrute nur zur Ehre gereichte. „Wenn er es nach dem 6. Oktober noch für möglich hielt, daß, wie er sich ausdrückte, der Reichstag zugleich seinem Mandate und dem monarchischen Prinzip treu, zwischen der Wiener Bevölkerung und der Krone vermittelte, daß ferner der Reichstag die Frage des Widerstandes gegen die Truppen den lokalen Gewalten Wiens zu überlassen und seinerseits nur die ärgsten Schrecken abzuwehren habe, so hat er allerdings gezeigt, daß ihm die Fähigkeit, eine Revolution zu führen oder zu bannen, nicht eigen war; er hat damit nur eine Haltung beobachtet, welche, wenn auch von entschlossener politischer Konsequenz entfernt, gewiß eine dem österreichischen, zumal dem Wiener Volkscharakter verwandte war“ ¹¹⁹.

Schuselka selbst hat sich auf diese rein passive Haltung des Reichstages, an der er einen entscheidenden Anteil gehabt, einiges zugute getan; daß sie dennoch eine recht fragwürdige war, erhellt wiederum aus Kudlichs „Rückblicken“. Kudlich setzte Schuselka und den anderen Zauderern des Reichstages auseinander, daß eine klare Entscheidung für oder gegen den Oktoberaufstand allein ehrlich und männlich sei ¹²⁰. Schuselka forderte ihn dann sehr ironisch auf (s. o. S. 185), selbst die Bauern für den Reichstag zu mobilisieren. Schuselka überantwortete ihn damit also der Illegalität, während er selbst und der Reichstag weiter jenen verkrampften und nutzlosen Balanceakt zwischen Legalität und Illegalität vollführten, der letzten Endes von der siegreichen Gegenrevolution in keiner Weise honoriert wurde.

Während Schuselka vor und im Laufe der Revolution Österreichs Bedeutung vor allem in seinem deutschen Berufe erblickte und sich daher für eine deutsch gelenkte Zentralisation einsetzte, erschien ihm später, d. h. schon seit 1850, die Donaumonarchie gewissermaßen als ein politischer

wechselt wurden, hatten Kuranda und Baron Andrian der Slawen ihrer Monarchie gedacht, denen die künftige Nationalversammlung die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität verbürgen müsse. Den gleichen Standpunkt hielten die Österreicher auch bei den weiteren Verhandlungen ein. Schuselka beantragte eine Erklärung, daß die Slawen „nicht als Untertanen, sondern als gleichberechtigte freie Verbündete“ zu gelten hätten, und ebenso verlangte Wiesner, daß die Slawen an allen Rechten und Errungenschaften der Deutschen gleichen Anteil haben sollten“.

¹¹⁹ Ebenda, S. 762.

¹²⁰ H. Kudlich, Rückblicke III, S. 78. „Ich setzte den Herren die hoffnungslose Lage Wiens auseinander; — die Herren gaben mir dies zu. Ich fuhr fort, wenn Ihr nun, wie ich, überzeugt seid, daß sich Wien nicht halten kann, so gibts, wollt Ihr ehrlich und männlich sein, nur zwei Wege: Entweder Ihr müßt andere Elemente entfesseln, also den Landsturm aufrufen oder die Ungarn herbeirufen — oder, wenn Ihr keines der beiden Mittel ergreifen wollt — müßt Ihr als ehrliche Leute den Wienern zurufen: Ergebt Euch — legt die Waffen nieder!“

Selbstzweck. Er trat nun mit aller Entschiedenheit für einen konsequenten Föderalismus der Völker Österreichs ein, wenn er auch nirgend die genaue politisch-staatsrechtliche Form, in der dies geschehen sollte, näher erläuterte. Am besten tritt diese neue Auffassung vom übernationalen Berufe der Monarchie in seiner 1850 erschienen Schrift: „Völker-Einigung, ein Beitrag zur Versöhnung der Nationalitäten in Österreich“ zutage. Hugelmanns Darstellung bringt sehr klar zu Bewußtsein, daß die Wendung zum Föderalismus grundsätzlicher Natur war. Es ist kein Zufall, daß er der genannten Schrift als Motto den Ausspruch Herders voraussetzte: „Kein Vorwurf ist drückender als der, fremden Nationen Unrecht getan zu haben.“ Einen ad hoc brauchbaren Vorschlag zur Verwirklichung des Föderalismus in Österreich, wie ihn Löhner in Kremsier versucht hatte, blieb Schuselka schuldig, seine politische Tätigkeit spielte sich trotz vieler richtiger Einsichten, bildlich gesprochen, immer einige Zoll über der politischen Tageswirklichkeit ab. Hugelmanns Schuselka-Bild, dies wird man zusammenfassend sagen dürfen, bedarf in den großen, sicher hingeworfenen Zügen wohl keiner grundlegenden Korrektur. Doch blieb auch nach Hugelmann immer noch die Aufgabe, nun im einzelnen Schritt für Schritt die Haltung des sudetendeutschen Politikers im österreichischen, besonders im böhmischen Nationalitätenkampfes zu verfolgen, die ihn von einem fast gleichen Ausgangspunkt mit Kudlich im Jahre 1848 schließlich zur entgegengesetzten Position eines „schwarzgelben, konservativen und konfessionell“ ausgerichteten Politikers führten.

Zum 100. Geburtstag veröffentlichte 1911 R. Ch a r m a t z einen Nachruf auf Franz Schuselka; er gilt dem liberalen Kämpfer des Vormärz und der Revolutionszeit, nicht dem konservativ-katholischen Mann der „Reform“^{120a}. Diese seine spätere Entwicklung wird mit schonendem Bedauern erwähnt. Mag Charmatz' Schuselkabild — dem Anlaß, für den es geschrieben wurde, entsprechend — glänzend und idealistisch, ja stellenweise sogar lobrednerisch sein, so entbehrt es doch nicht der charakteristischen Schlaglichter, beispielsweise, wenn der Verfasser schreibt, man könne „Schuselka in gewissem Sinne einen Don Quichote, einen Idealisten der Politik nennen; er folgte — so fährt Charmatz fort — nicht der klaren Vernunft, sondern seinem glühenden Herzen und dieses führte ihn schließlich, ohne daß er es wollte, zur Verleugnung seines besseren Selbst, zur Verdunkelung seiner hellen Vergangenheit.“ Des weiteren streitet Charmatz Schuselka die Fähigkeit zum Politiker ab, weil er sich zu sehr von seinen Gefühlen leiten ließ, und nennt ihn sehr treffend einen „fanatischen Anwalt der Minderheit“, der er schon deshalb diene, weil sie eben die Minderheit war. Es sind dies alles scharf erkannte Wesenszüge, die dann später (s. u. S. 197 ff.) Anlaß zu einer radikalen Umwertung Schuselkas in negativem Sinne gaben. Hier, bei Charmatz, sind sie dagegen noch Bestandteil seiner positiven Lebensleistung, ge-

^{120a} R. Ch a r m a t z, Franz Schuselka. Zu seinem hundertsten Geburtstag, in: Österreichische Rundschau Bd. 28 (1911) S. 264—75.

hören notwendig mit zu seinem Charakterbilde und dienen dazu, Schuselkas Abfall vom Liberalismus in milderem Lichte erscheinen zu lassen.

Noch vor dem ersten Weltkrieg hat W. K o s c h ein kurzes Lebensbild Schuselkas verfaßt¹²¹. Es ist sehr anschaulich und flüssig geschrieben, der idealistische Grundton im Wesen des deutschböhmischen Politikers und Publizisten, sein oft schwärmerischer Schwung, der ihm manche Inkonsistenz, manchen Wechsel seiner Auffassungen gar nicht zu Bewußtsein kommen ließ, all diese Momente, mit einem Wort: der Mensch Schuselka tritt in Kosch's Schilderung lebendig in Erscheinung. Zwar werden dem gewissenhaft abwägenden Bilde bei Hugelmann keine wirklich neuen Züge hinzugefügt, ja, die sorgfältige Nachzeichnung der geistigen Wandlungen Schuselkas durch Hugelmann erscheint bei Kosch in sehr viel dürtigeren Strichen und eher angedeutet als ausgeführt; dennoch behält diese einfühlsame biographische Skizze ihren Wert.

Dagegen bleibt das Bild des Politikers Schuselka, das uns heute besonders angeht, wesentlich verschwommener als bei Hugelmann und betont vor allem jene politischen Züge, die zu der entschieden national-deutschen Einstellung des Verfassers passen. Berichtet Hugelmann beispielsweise rein sachlich und im Tone wissenschaftlicher Objektivität davon, daß Schuselka im Frankfurter Fünfzigerausschuß für die nationalen Belange der nicht-deutschen Völker Österreichs und für die Hinzuziehung slawischer Österreicher (Palacký) eingetreten war, so wird dieser gewiß bedeutungsvollen Tatsache in der Schilderung Kosch's als wirkungsvoller Kontrast die „frechste deutschfeindliche Gesinnung“ als Dank der Slawen entgegen gesetzt¹²². Gewiß ein eindrucksvoller Gegensatz zu Schuselkas noblem Gerechtigkeits-sinn, aber er bedarf um der sachlichen Erkenntnis willen zur Ergänzung der Feststellung, daß die erwachende tschechische Nationalität wirklich einigen Grund hatte, von einem straffen, erneuerten Deutschland für ihre eigenen Volkstumsbelange einiges zu befürchten¹²³.

Während des ersten Weltkrieges erschien in der „Deutschen Arbeit“ ein kurzer Aufsatz über Schuselka aus der Feder von W. S c h m i d - K o w a r z i k¹²⁴. Der Verfasser behandelt fast ausschließlich eine einzige Gelegen-

¹²¹ W. K o s c h, Franz Schuselka S. 190—210 in seiner Sammlung: Menschen und Bücher. Gesammelte Reden und Aufsätze, Leipzig 1912.

¹²² Ebenda, S. 199.

¹²³ Vgl. dazu die Motivierung des deutschen Anspruches auf Böhmen, wie er von E. M. A r n d t in einer berühmten Rede formuliert wurde (zitiert bei H. L a d e s, Die Tschechen, S. 120f.), und die Verwahrungen und Drohungen den tschechischen Ansprüchen gegenüber, wie sie in den Reden Riehls, Achleitners, Giskras und Beidtels zum Ausdruck kamen. (Vgl. W. S c h ü ß l e r, die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament. Berlin-Leipzig 1913, Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, hrsg. v. G. v. Below, H. Finke, F. Meinecke, Heft 51, S. 28f.)

¹²⁴ W. S c h m i d - K o w a r z i k, Ein vergessener österreichischer Weltpolitiker, Abgeordneter Franz Schuselka aus Budweis (1811—1886), S. 149—153 in: Deutsche Arbeit 16. Jg. (1917) 4. Heft.

heitsschrift Schuselkas, die den Titel trägt: „Deutsch oder Russisch? Die Lebensfrage Österreichs“. Sie entstand 1849, als russische Interventionstruppen auf Ersuchen Österreichs in Ungarn einmarschierten, um dort der Revolutionsarmee in den Rücken zu fallen.

Schuselka, den diese Schrift vermutlich in persönliche Gefahr brachte, geht von der grundsätzlich möglichen Alternative aus, ob Österreich sich mit Rußland oder mit Deutschland verbinden solle und welches dieser Bündnisse in seinem eigenen Lebensinteresse liege. Schuselka stellt fest, daß Rußlands „kirchlich fromme Idee, das griechische Kaisertum zu erneuern“ und sein Ziel, alle Slawenstämme zu einem großen Weltreich zu vereinigen, eine tödliche Bedrohung Österreichs als Vielvölkerstaat darstelle. Dabei ahnte er auch die Möglichkeit eines französisch-russischen Bündnisses voraus. Es ist klar, daß diese Gedanken aus der politisch-militärischen Lage des Jahres 1917 heraus Interesse erwecken mußten. Für die Erkenntnis der politischen Persönlichkeit Schuselkas ist diese Schrift nur von beschränktem Wert, vor allem deshalb, weil der Verfasser sie allein herausgegriffen und Schuselka zu einer Art Apostel des deutsch-österreichischen Kriegsbündnisses gemacht hat.

Mit dem Zusammenbruch Groß-Österreichs scheint sich auch das Interesse an dem größtösterreichischen Publizisten sudetendeutscher Abkunft gemindert zu haben, jedenfalls fehlt es in den folgenden zwei Jahrzehnten an umfangreicheren Arbeiten über ihn. Doch geben zwei Spezialarbeiten über die Tätigkeit des Wiener Reichstages während der Oktoberrevolution Aufschlüsse über Schuselkas Wirken während dieser tödlichen Krise des Wiener Parlaments. Aus den Arbeiten von H. Traub¹²⁵ und F. Walter¹²⁶ geht hervor, daß Schuselka in dieser Zeit die Seele und der eigentliche Leiter des Permanenzausschusses des Reichstages war und in dieser Eigenschaft Übermenschliches leistete, daß es aber letztlich nutzlose, mehr moralisch als politisch zu rechtfertigende Tätigkeit war, die weder der Revolution noch der Gegenrevolution diene, und die zwar auf Schuselkas Charakterzug, immer auf der Seite der Bedrängten zu stehen, das schönste Licht warf, aber ebenso

¹²⁵ H. Traub, Die Reichstagspermanenz im Oktober 1848, in Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (MJOG), Bd. XXXVI (1915), S. 96—155, bes. S. 107 f. Traub stellt auch mit Recht heraus, daß das krampfhaftes Festhalten des von Schuselka maßgeblich beeinflussten Permanenzausschusses an einer unmöglich gewordenen Loyalität nach beiden Seiten hin, das Ansehen des Reichstages überhaupt in der Bevölkerung stark herabminderte.

¹²⁶ F. Walter, Der permanente Ausschuß des österreichischen Reichstages 6. bis 31. Oktober 1848 in: Mitteilungen des Vereins f. Geschichte der Stadt Wien, Bd. V (1925) S. 42—78, bes. S. 46: „Er (Schuselka) hatte nicht immer leichten Stand; aber durch seine im Sachlichen wie im Formellen stets beobachteten Mäßigung, durch gut durchdachte Begründung und nicht zuletzt durch die immer wieder hervorbrechenden Gefühlswärme, die klar werden ließ, daß da ein Mann stand, der nicht bloß aus Pflichtgefühl oder gar persönlichem Ehrgeiz sprach, sondern ein Mensch, der mit dem Herzen bei der Sache war, wußte er doch fast immer den Standpunkt des Ausschusses durchzusetzen.“

seine Unfähigkeit, eine Revolution zu leiten, bestätigte. Sehr gut bemerkt A. Helfert, daß ihn in dieser Zeit „eine Sehnsucht nach politischem Märtyrertum“ beherrschte¹²⁷, eine Haltung, die sein Unvermögen zu praktischer Politik nur unterstreicht.

Die literarische Bedeutung Schuselkas hat J. N a d l e r hervorgehoben¹²⁸. Sein Buch von 1849, die zweibändigen „Deutschen Fahrten“, ein Rechnungsabschluß seiner ersten Lebenshälfte, nennt er „das Meisterwerk einer edlen, Verstand und Herz bezwingenden Sprachkunst“; seiner politisch-literarischen Gesamtleistung räumt er einen hohen Rang ein. „Schuselkas Werk bildet staatsbürgerlich und schrifttümlich die Mittelachse der österreichischen Entwicklung von 1813 über 1848 zu 1918, dieses zeitgewaltige Werk des ungehörten Rates, anstößiger Wahrheit, der unbegangenen Wege. Wie wenige außer ihm haben so furchtbar recht bekommen, als hereinbrach, was Grillparzer vorgeschaut hatte.“ Die zwangsläufig sich erhebende Frage, warum sein Rat ungehört, sein Weg unbeschritten geblieben, beantwortet sich m. E. bereits aus Hugelmanns Darstellung. Es ist wohl vor allem jener idealistische, irreale Zug des moralisierenden Politikers Schuselka, der es ihm versagte, kräftig und nachhaltig in das Rad der österreichischen Geschichte einzugreifen.

Als im Jahre 1940 von G. S c h n e i d e r eine Dissertation über Schuselka erschien, war es naturgemäß der großdeutsche Politiker der Jahre 1848/49, der Interesse erwecken mußte^{128a}. Großdeutsch und zentralistisch, diese Parolen der demokratischen Linken im Wiener Reichstag entsprachen damals auch Schuselkas Auffassung, mochte im übrigen auch bei ihm, wie bei vielen anderen großdeutsch eingestellten Österreichern, in jenem ersehnten, erneuerten Deutschland grundsätzlich Österreich die führende Rolle gebühren. Wenn Schuselka bereits 1850 sich für eine Versöhnung der Nationalitäten Österreichs einsetzte, hinderte ihn das aber nicht, 1861 immer noch Hoffnungen auf eine dem Deutschtum günstige Lösung des Nationalitätenproblems zu setzen. Für ihn ist „Böhmen ein integrierender Bestandteil Österreichs und des Deutschtums. Die Westslawen müssen schließlich germanisiert werden, weil es unmöglich ist, der deutschen Bildung zu widerstehen“. Man kann nicht umhin, hier einen Widerspruch zu seiner sonstigen föderalistischen Einstellung zu sehen, wie sie so klar in der oben genannten Schrift „Völker-Einigung“ zutage tritt. Es ist zweifellos eine lohnende Aufgabe, diesen und ähnlichen Widersprüchen in Schuselkas politischer Literatur nachzugehen, die wohl mit dem vorwiegend polemischen Charakter seiner Schriften zusammenhängen. Auf eine recht eigenwillige Art wurde diese Auf-

¹²⁷ A. v. Helfert, Geschichte Österreichs, Bd. III, S. 192.

¹²⁸ J. N a d l e r, Literaturgeschichte des Deutschen Volkes. Dichtung und Schrifttum der deutschen Stämme und Landschaften, 4 Bde. 1938/41. 3. Bd. S. 362 (auf S. 363 findet sich ein Porträt Schuselkas a. d. Jahre 1865).

^{128a} G. S c h n e i d e r, Franz Schuselkas publizistisches und politisches Wirken vor und während der Revolution von 1848. Phil. Diss. Wien 1940 (Maschinenschrift).

gabe in einer späteren Wiener Dissertation zu lösen versucht (s. u. S. 197 ff.) Schuselkas Hoffnung auf eine Germanisierung der Westslawen setzte eine wesentliche Verkleinerung des österreichischen Staatsgebietes voraus. Er wollte Galizien abstoßen und ebenso die rein italienischen Gebiete Italiens, die zu einem italienischen Einheitsstaat geschlagen werden sollten. Dadurch würde der Grund zu einer deutsch-italienischen Freundschaft gelegt und gleichzeitig der französische Einfluß auf der Apeninnenhalbinsel hintangehalten¹²⁹.

Schneiders Dissertation über Schuselka beschränkt sich auf die Behandlung der Schriften des deutsch-böhmischen Politikers vor, während und bald nach der Revolutionszeit, wobei eine systematische Ordnung nach Problemkreisen, die ein Gesamturteil ermöglichen würden, zwar versucht, aber nicht erschöpfend genug durchgeführt wird. Das 7. Kapitel behandelt Schuselkas parlamentarische Tätigkeit im Wiener und Kremsierer Reichstag. Gerade dieses Kapitel aber, das nach Lage der Dinge das Kernstück der Arbeit hätte sein müssen, weil diese Epoche seines Lebens gewissermaßen die Probe auf seine theoretischen Pläne und Einsichten darstellt, bleibt unzulänglich und skizziert im Grunde nur nach der bekannten wissenschaftlichen Literatur die Vorgänge im Parlament. Dagegen wird die Tätigkeit Schuselkas in der deutsch-katholischen Bewegung ausführlich geschildert und auch seine richtige Erkenntnis, daß Rußland in Zukunft der eigentliche Gegner Österreichs sein werde, erfährt gebührende Würdigung¹³⁰.

Gertrude Szabo's Dissertation über die Memoirenliteratur der Revolutionszeit stützt sich im wesentlichen auf Schneiders Arbeit und trägt daher nichts Neues zum Bilde Schuselkas bei¹³¹.

Eine längst fällige Gesamtdarstellung Schuselkas unternahm nach diesem Kriege M. Meh r i n g e r¹³². Um es gleich vorweg zu nehmen: Es wäre sehr zu wünschen, daß diese ebenso gewissenhafte wie umfassende Münchner Dissertation aus ihrem maschinenschriftlichen Schattendasein möglichst bald erlöst und durch den Druck einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht würde. Der Untertitel der Arbeit zeigt bereits den Ansatzpunkt des Verfassers an, nämlich die durch und durch großösterreichische Gesinnung des sudetendeutschen Publizisten. In vielen Punkten hat Schuselka seine politischen Auffassungen geändert, aber gerade seiner Grundüberzeugung, daß Österreich in seiner Gesamtheit notwendig und erhaltenswert sei, ist er immer, auch und gerade während seiner großdeutschen Epoche, treu geblieben. Sie ist der Grundtenor aller seiner Schriften und von hier aus ergibt sich dem Verfasser die fruchtbare Möglichkeit, Schuselkas Lebensepochen

¹²⁹ G. Schneider, Franz Schuselkas Wirken, S. 29 ff.

¹³⁰ Ebenda, S. 43 ff. und 62 ff., 74.

¹³¹ Gertrude Szabo, Die Revolution des Jahres 1848 in der österreichisch-ungarischen Monarchie im Spiegel der Memoiren und Tagebücher, S. 18—20.

¹³² M. Meh r i n g e r, Franz Schuselka (1811—1886). Ein publizistischer Vorkämpfer der Donaumonarchie. Diss. München 1946 (Maschinenschrift).

nach den jeweiligen Modifikationen dieses großösterreichischen Standpunktes zu verfolgen. Mehringers sorgfältige Analyse der Schriften Schuselkas in ihrer zeitlichen Abfolge ermöglicht zugleich, den Wandel seiner Auffassungen bis ins Einzelne zu verfolgen. Dabei ergibt sich von selbst, wie in einem Spiegel, eine übersichtliche Abfolge der politischen Zeitprobleme, welche die Donaumonarchie im Verlaufe seines Lebens bewegten.

Allen voran ist es das Nationalitätenproblem, das immer wieder Schuselkas Aufmerksamkeit erregt. Der Verfasser arbeitet heraus, daß Schuselka im Vormärz sehr optimistisch über die Möglichkeit dachte, die erwachten Nationalinstinkte der österreichischen Völker mit der Neugestaltung Österreichs im Rahmen eines verjüngten deutschen Reiches zu vereinigen, dies im Gegensatz etwa zum Freiherrn Andrian-Warburg, der, „an kritischem Weitblick allen andern voraus“, bereits ein „deutliches Bewußtsein von der unaufhebbaren Inkongruenz des österreichischen Staates gegenüber der deutschen Nationalidee“ hatte¹³³. Schuselkas Staatsauffassung ist dagegen, „ein Österreichertum ‚vor der Vertreibung aus dem Paradies‘, das noch keinen Blick in die eigene, tödliche Problematik getan hat“¹³⁴. Noch mehr, Schuselka geht im Vormärz, wie viele andere deutsche Liberale, so weit zu glauben, daß mit der Gewährung einer liberalen Verfassung gleichsam von selbst die nationalen Gegensätze schwinden würden, ja, er ist sogar so optimistisch, anzunehmen, daß die vormärzliche nationale Opposition häufig primär gar nicht von nationalen, sondern von freiheitlichen Beweggründen geleitet sei¹³⁵. Dieser Glaube an die völkerversöhnende Kraft freiheitlicher Verfassungseinrichtungen sollte ihm durch die Ereignisse des Jahres 1848 zerstört werden. Wie sehr das Nationale eine Eigenkraft war, der man nicht mit freiheitlichen Konstitutionen beikommen konnte, zeigt am krassesten die berühmte Parole Karel Havlíčeks, die er gegen die Wahlen zum Frankfurter Parlament ausgab: „Lieber die russische Knute als die deutsche Freiheit!“

Das Charakteristische an Schuselkas vormärzlichem, politischem Schrifttum ist nach Mehringer die deduktive Denkweise. „Nicht aus der unmittelbaren Anschauung konkreter, politischer Einzelprobleme gewinnt er seine Einsichten und baut sie schlußfolgernd zusammen, sondern er geht meist von politischen Zielen, von Wünschbarkeiten, die ihm von vornherein feststehen, aus und sucht ihnen die Tatsachen einzuordnen“¹³⁶.

Wenn man mit Mehringer das Österreichertum Schuselkas als die Konstante seiner politischen Anschauungen annimmt, dann erscheint auch sein politischer Wandel nach 1849 vom Großdeutschen zum Großösterreicher

¹³³ Ebenda, S. 15.

¹³⁴ Ebenda, S. 16 f.

¹³⁵ Ebenda, S. 62. — „Es ist die Opposition gegen das System, nach welchem Österreich beherrscht wird, durch dieses System fühlt man sich gedrückt, gekränkt, beschimpft; da man aber nicht den Mut hat, gegen dieses System offene Opposition zu machen, so flüchtet man hinter die Nationalität.“ (Schuselka, Österreichische Vor- und Rückschritte, S. 34).

¹³⁶ Ebenda, S. 45.

nicht so kraß, wie er bei flüchtiger Betrachtung sich ausnimmt. Da die Ereignisse gezeigt hatten, daß Deutschland und Österreich sich in ihren politischen Zielen und Bedürfnissen nicht so deckten, wie er angenommen hatte, war es für Schuselka nur logisch und natürlich, daß die Belange der Donaumonarchie nun endgültig vor den deutschen Belangen rangierten. Konsequenter Weise verläßt er jetzt seine frühere Überzeugung, daß Österreich ein wesentlich deutscher Staat sei und immer mehr werden müsse, weil der Prozeß der Kultivierung und Zivilisierung der nichtdeutschen Völker Österreichs gleichzeitig eine Germanisierung bedeute. Die Revolution hatte unverkennbar gezeigt, daß die bürgerliche Oberschicht der Slawen, insbesondere in Böhmen und Mähren, gar nicht daran dachte, deutsch zu werden, sondern im Gegenteil sich zum Bannerträger des völkischen Wiedererwachens aufgeschwungen hatte¹³⁷.

Schuselka tritt nun für einen echten Föderalismus ein, doch „sieht er nicht in den Nationen als solchen die gegebenen Glieder eines föderalistisch aufzubauenden Österreich, sondern in den Ländern, d. h. in den historischen Teilstaaten der Monarchie“. War die Föderalisierung nach geschichtlichen Ländereinheiten eine wirkliche Lösung des österreichischen Staatsproblems? Man wird dies in Frage stellen dürfen. Selbst Schuselka sah deutlich, daß sich bei einer historischen Gliederung der österreichischen Föderation neue nationale Herrschafts- und Minoritätsfragen ergeben würden. Dennoch hielt er am historischen Prinzip fest, weil nach seiner Überzeugung eine Neuordnung des Reiches nach rein ethnischen Gesichtspunkten unmöglich und gleichbedeutend mit der Dekretierung der Auflösung der Monarchie war¹³⁸.

Hier tritt eine Lücke in Mehringers Arbeit zutage. Nichts hätte näher gelegen, als an diesem Punkte Schuselkas Föderalismus dem ethnischen Föderationsplan seines Parteifreundes Ludwig von Löhrner gegenüber zu stellen, der zweifellos Schuselkas Polemik zugrunde liegt. Damit hätte sich auch die irrije Feststellung vermeiden lassen, daß „Schuselka erstaunlich früh — schon unmittelbar nach der Revolution — und zunächst als Einziger innerhalb des deutsch-österreichischen Liberalismus“ föderalistische Gedankengänge vertreten habe¹³⁹. Löhrner hat dies vor ihm getan und zwar in wesentlich konkreterer Form, als es Schuselka jemals getan hatte.

Das Fehlurteil Mehringers in diesem Punkte hängt mit seiner Unterlassung zusammen, die wir bereits in viel größerem Maße in Schneiders Dissertation feststellen konnten. So sorgfältig und präzise der Verfasser Schuselkas politische Tätigkeit während der Revolutionszeit auch schildert, fehlt es doch noch an einer Charakterisierung der anderen Parteiführer der deutschen Linken, der sich Schuselka zurechnete. Gerade ein scharfes Profil von Löhrners Anschauungen und von seiner parlamentarischen Arbeit hätte,

¹³⁷ Ebenda, S. 150 ff.

¹³⁸ Ebenda, S. 152.

¹³⁹ Ebenda, S. 267.

gleichsam als Gegenbild, den politischen Ort Schuselkas und die oft widerstrebende Vielfalt der Kräfte in seiner Partei klarer werden lassen. So aber bleibt seine parlamentarische Arbeit — also jene Epoche seines Lebens, in der er wirklich aktive Politik an verantwortungsvoller Stelle betreiben konnte, in der Darstellung zu isoliert und man gewinnt leicht den sicherlich unrichtigen Eindruck, als habe es unter den großdeutschen Liberalen des Wiener Reichstages neben Schuselka keine maßgeblichen Köpfe gegeben. Dieser Mangel der Arbeit dürfte aber verhältnismäßig leicht zu beheben sein, wenn es auch schlimm genug ist, daß Schuselkas umfangreicher schriftlicher Nachlaß, „der ein kleines Archiv für sich dargestellt haben muß“¹⁴⁰, verschollen ist und für den genannten Zweck nicht mehr herangezogen werden kann. Manches läßt sich über Schuselkas Stellung zu den anderen Führern seiner Partei aus Kudlichs „Rückblicken“, manches aus Löhners Schriften und aus den Stellungnahmen der Tagespresse entnehmen, eine genaue Durchsicht der Reichstagsprotokolle und stenographischen Berichte dürfte mehr darüber zutage fördern.

Traten in den bisherigen Studien über Schuselka die biographischen Einzelheiten mehr oder weniger stark hinter der Behandlung seines politischen Schrifttums zurück, so hat die bis jetzt letzte Arbeit über den österreichischen Politiker diesen Mangel weitgehend behoben. Es handelt sich um eine anregende und stoffreiche Wiener Dissertation von F. Fellner¹⁴¹, deren radikale Angriffe auf die bisher fast unbestrittene Bedeutung Schuselkas sich auf umfassende Literatur- und Quellenkenntnis stützen können. In dieser wahrhaft „bilderstürmerischen“ Arbeit sind es vor allem vier Axiome, nach denen das Material durchleuchtet und gedeutet wird.

1. Schuselkas „chauvinistisches Deutschtum“ ist eine Kompensation seiner slawischen Abstammung.
2. Schuselkas jeweilige politische Einstellung entspringt vornehmlich seiner ins Krankhafte gesteigerten Oppositionslust.
3. Minderwertigkeitskomplexe und verletzte persönliche Eitelkeit liegen dieser Oppositionslust zugrunde.
4. Schuselkas Charakter entspricht durchaus nicht jenem Idealbild, das Zeitgenossen und Biographen von ihm entworfen haben.
5. Schuselkas politisches Denken ist utopisch, hohl und phrasenhaft.

Nach diesen fünf Leitsätzen durchleuchtet Fellner sein umfangreiches Material. Versuchen wir an einzelnen Beispielen darzulegen, wie er dabei zu Werke geht und ob es ihm gelingt, das bisherige positive Schuselkabild überzeugend umzuwerten.

Wie steht es mit Fellners 1. Axiom, wonach Schuselkas „chauvinistisches Deutschtum“ seinen Grund in seiner slawischen Abstammung habe und da-

¹⁴⁰ Ebenda, S. 3.

¹⁴¹ E. Fellner, Franz Schuselka. Ein Lebensbild. Phil. Diss. (Maschinenschrift), Wien 1948.

her nur der Haß eines „Konvertiten“ gegen andere Nationalitäten sei?¹⁴² Fellners eigene Darlegungen lassen seine Behauptung fragwürdig erscheinen, stellt er doch mit dankenswerter Klarheit an anderer Stelle heraus, daß Schuselka in seinen Frühschriften „vollauf den eigentümlichen Beruf und selbständigen Wert der slawischen Völker“ anerkennt und sogar Metternich den Vorwurf macht, „daß seine Politik in gänzlicher Verkennung des slawischen Wesens auf eine Ausrottung des wertvollen slawischen Volkstums hinziele“¹⁴³. Auch weiß der Verfasser sehr gut, daß Schuselkas nationalistische Wendung seit seiner Verbindung mit Jenaer Burschenschaffern einsetzte, also durchaus in jene allgemeine nationale Frontenbildung hineingehört, die sich in Mitteleuropa in den Jahren vor der Revolution vollzog und die H. L a d e s, (den Fellner leider nicht kennt), für Böhmen-Mähren ausführlich beschrieben hat¹⁴⁴. Jenes gar zu simple psychologische Axiom vom Konvertitenhaß verstellt also nur die Einsicht in die wirklichen Vorgänge und macht einen Grundfehler der Dissertation deutlich, den Fellner mit Recht Schuselkas politischem Denken vorwirft: Sie ist auf weite Strecken hin deduktiv und wählt aus einem vielfältigen Gesamtbilde oft nur jene Züge aus, die zu einer der vorgenannten Behauptungen passen; wofür weiter unten noch Beweise angeführt werden sollen. Dagegen muß als neu und über Mehringers Darlegungen hinausführend hervorgehoben werden, daß Fellner jene vormärzliche, „slavophile“ Phase in Schuselkas Denken herausgearbeitete hat, die ja nach der Revolution bei dem F ö d e r a l i s t e n Schuselka wieder in etwa zu ihrem Rechte kam.

Fellners 2. Axiom, wonach Schuselkas krankhafter Oppositionstrieb ein bestimmendes Moment seiner jeweiligen politischen Einstellung war, kommt der Wirklichkeit wesentlich näher als das 1. Axiom. Der Verfasser kann sich

¹⁴² Fellner, Schuselka, S. 29. „Schuselkas chauvinistisches Deutschtum ist so auffallend und so übersteigert, daß man nicht vorbeigehen kann, ohne nach einer tieferen Erklärung zu suchen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man sie in seiner slawischen Abstammung sucht.“ Ähnlich S. 90 und S. 115. Immer wieder taucht bei Fellner der Vorwurf „chauvinistischer, dunkelhafter Deutschtümelei“, „deutschtümelnder Schwärmerei“ etc. auf (S. 22, 111, 113, 115, 117 usw.), wodurch in die Arbeit ein unnötig aggressiver Ton kommt. Man kann einer geistesgeschichtlichen Entwicklung, die Deutsche wie Slawen gleichermaßen ergriffen hatte, dem erwachenden Nationalbewußtsein nämlich, auf diese Weise sehr schlecht beikommen, auch hätte den Verfasser ein flüchtiger Blick in die zeitgenössische, politische Literatur beider völkischen Lager darüber belehren können, daß es Schuselkas slawischer Abstammung wahrhaftig nicht bedurfte, um sein Nationalgefühl psychologisch zu erklären.

¹⁴³ Ebenda, S. 107 f., vgl. auch S. 23.

¹⁴⁴ Fellner erkennt jenen auch für Schuselka bestimmenden, damals aufbrechenden Gegensatz der völkischen Lager, wenn er (S. 110) betont: „Es muß festgehalten werden, daß es erst die Feindschaft der (tschechischen) nationalistischen Kreise gewesen ist, die Schuselka in eine Gegnerschaft zum tschechischen Volk getrieben hat.“ Aber er macht den Wert dieser Einsicht wieder zunichte, wenn er damit zeigen will, daß es nur persönliche Gekränktheit über die Angriffe aus tschechischen Kreisen gewesen sei, die Schuselka ins national-deutsche Lager getrieben habe.

dabei auf Äußerungen Schuselkas berufen, die diesen angeborenen Hang zur Opposition freimütig eingestehen, und ebenso auf eine aufschlußreiche Bemerkung Kudlichs, der Schuselkas Haltung als einen „Justament-net“-Standpunkt ironisiert¹⁴⁵. Aber gerade in letzterem Falle kann man sehr gut die Arbeitsweise des Verfassers studieren, die Quellenzitate nach Maßgabe ihrer Brauchbarkeit für seine Zwecke auszuwählen. Was Kudlich Positives über den älteren Parteifreund zu sagen hatte, bleibt unerwähnt, weder die „Ritterlichkeit“ seines Wesens, noch seine noble, sachliche Haltung gegenüber den wütenden tschechischen Angriffen bei der Wiedereröffnung des Reichstages in Kremsier finden sich unter Fellners Kudlich-Zitaten, obwohl diese Charakterzüge in Kudlichs Darstellung einen mindestens ebenso breiten Raum einnehmen und schon deshalb ernst genommen werden müssen, weil Kudlich alles andere als ein kritikloser Lobredner des Parteifreundes gewesen ist. Dennoch, die Hervorhebung von Schuselkas Oppositionsfreude ist begründet und findet sich sowohl im Schrifttum des Politikers, wie auch in den Charakterisierungen der Zeitgenossen durchaus bestätigt, so daß Wurzbachs oben zitierte Feststellung, daß Schuselkas Haltung „immer eine eigenthümliche, aber niemals eine consequente“ gewesen sei, nicht der Berechtigung entbehrt.

Etwas anderes ist es aber, wenn, wie Fellners 3. Axiom es will, seine oppositionelle Einstellung mit Minderwertigkeitskomplexen, Ehrgeiz und grenzenloser Eitelkeit erklärt wird¹⁴⁶.

Die verletzte, persönliche Eitelkeit ist dem Verfasser geradezu eine Haupttriebfeder der Oppositionshaltung Schuselkas und seiner politischen Tätigkeit überhaupt. Daß man ihn für „einen politischen Dilettanten erklärt hatte, gerade das ließ Schuselka nicht ruhen, das trieb ihn dazu zu zeigen, welche hohe politische Begabung ihm zu eigen war. Es sind rein persönliche Gründe, die Schuselka in die politische Opposition getrieben haben und es schlägt dieses persönliche Sich-verletzt-fühlen in der Bitterkeit aller seiner Schriften auch immer wieder durch“¹⁴⁷. Wenn man nach dieser schwerwiegenden Feststellung des Verfassers nun gespannt ist, welche Beweise er für seine Auffassung beizubringen gewillt ist, gerät man in einige Verwirrung. Er fährt nämlich, als wäre dies die einleuchtendste Erklärung, folgendermaßen fort: „Auf dieses Streben, zu zeigen, was er auf politischem Gebiete zu leisten imstande ist, ist es wohl auch zurückzuführen, daß sich die „Deutschen Worte“ (eines Österreicher, eine der wenigen Schriften Schuselkas, die in Fellners Augen bedingt Gnade finden — Anm. d. Verf.) so günstig von den

¹⁴⁵ Fellner zeigt diese Oppositionslust um jeden Preis besonders am Beispiel von Schuselkas Haltung im Laufe der Revolution und im Frankfurter Parlament. Vgl. S. 112 ff. und 150, ferner S. 158 ff.). Kudlichs Äußerung Rückblicke II S. 67. Schuselkas Selbstbekenntnis findet sich im II. Bd. seiner „Deutschen Fahrten“ (S. 59 f.). „Es gibt nun einmal Menschen, die zur Opposition geboren sind, ich bin ein solcher Mensch.“

¹⁴⁶ Fellner, Schuselka, S. 117 ff., S. 131 u. a. O.

¹⁴⁷ Ebenda, S. 25 f.

vorhergehenden Schriften unterscheiden. Man spürt bei aller Einseitigkeit und sachlichen Anfechtbarkeit der einzelnen Behauptungen doch deutlich, daß dieses Werk auf ernster und eingehender Arbeit aufgebaut ist. Ernst, überlegt und in seiner Einseitigkeit gründlich durchdacht, diese Vorzüge muß auch ein Gegner Schuselkas dem Verfasser zugestehen¹⁴⁸. Wie denn? Geht es hier um den sachlichen Inhalt einer politischen Schrift (über den man bei dieser Gelegenheit leider wenig erfährt), oder um eine psychologische „Hintergründekrämerei“, die nichts zutage fördern kann als schreckliche Vereinfachungen? Entweder ist die Schrift ernst, überlegt und gründlich durchdacht, dann soll man sie gelten lassen, oder sie ist es nicht, dann sollte man es füglich bei einer immanenten Kritik bewenden lassen; aber ausgerechnet eine anerkannte gute, nüchterne Arbeit als Beweis für eitlen Dilettantismus anzuführen, übersteigt entschieden die Fähigkeit des Lesers, Fellners Folgerungen mit zu vollziehen. Ebenso fragwürdig ist der Versuch, Schuselkas vormärzliche Angriffe auf die herrschende „Kabinettspolitik“ dadurch zu erklären, daß die Vertreter jener Politik seine publizistischen Erzeugnisse spöttisch abgelehnt hätten, Schuselkas „verletzte persönliche Eitelkeit“ daher das Motiv seiner Angriffe gewesen sei¹⁴⁹.

Die Abneigung gegen die vormärzliche „Kabinettspolitik“ teilte Schuselka bekanntlich mit allen liberalen Publizisten jener Zeit, es bedarf also gar nicht jenes interessanten Motivs der verletzten Eitelkeit, um sie zu erklären, es sei denn, der Verfasser wollte jenes Motiv auch der gesamten liberalen Journalistik implizite unterstellen. Hier hat sich der Verfasser m. E. in einen unfruchtbaren Gesichtspunkt verrannt, der Schuselkas Charakter allzu einseitig ausdeutet.

Das Bestreben, hinter dessen Schriften ungute, zumindest rein private Motive zu vermuten, hängt mit Fellners 4. Axiom zusammen, wonach Schuselkas Charakter durchaus nicht jenem schönen Idealbilde entspreche, das Zeitgenossen und spätere Biographen von ihm entworfen haben. Gerade in diesem Punkte sind der Materialkenntnis des Verfassers wertvolle und reichhaltige Aufschlüsse zu verdanken, die dem Bilde Schuselkas wirklich neue und wesentliche Züge hinzu fügen. Die biographischen Daten, bei deren Behandlung sich die bisherigen Autoren zu sehr auf Schuselkas eigene Angaben gestützt hatten, kann der Verfasser sehr aufschlußreich aus Briefen und zeitgenössischen Berichten ergänzen, so daß wir nun auch für die eigentliche Revolutionsepoche mehr von seiner Tätigkeit wissen. Auf die einander

¹⁴⁸ Ebenda, S. 26. Wie positiv dieses bedingte Lob zu werten ist, begreift man erst, wenn man zuvor auf S. 12 gelesen hat, was der Verfasser von S.'s Gesamtwerk hält. „In diesen Artikeln (der publizistischen Frühzeit, Anm. d. Verf.) läßt sich auch schon jene hohle, platte Phrasenhaftigkeit erkennen, die Schuselka zeitlebens auch in den politischen Schriften eigen gewesen ist.“ Ebenso S. 28. Vgl. dagegen J. Naders oben S. 193 zitiertes Urteil.

¹⁴⁹ Ebenda, S. 117f. Ähnlich leitet der Verfasser (S. 75) den oppositionellen Hauptcharakterzug Schuselkas aus einem überempfindsamen Selbstgefühl und dieses wiederum aus Minderwertigkeitskomplexen wegen seiner niederen Herkunft ab.

widersprechenden Darstellungen seines Übertritts zum Deutschkatholizismus, die Schuselka in den 40er Jahren und später nach seiner Rekonversion zum Katholizismus gegeben hat, wird schon in Mehringers Arbeit eingegangen. Fellner tut dies noch wesentlich ausführlicher¹⁵⁰. Dagegen taucht als neuer Wesenszug ein merkwürdiger Extremismus seiner Lebensführung auf, der in den Briefen an den Freund Rollett deutlich wird. Während er nämlich in der ersten Zeit seines Hamburger Aufenthaltes ein ausgesprochen lockeres Leben führte, — Fellner spricht sogar von einem „wildem Genußleben“ —, trat er kurze Zeit später als „deutsch-katholischer Sittlichkeitsapostel“ auf¹⁵¹. Der Verfasser hält dies nicht für Unehrllichkeit, sondern eher für jene Unbekümmertheit und das stete Schwelgen in Extremen, das Schuselkas ganzes Leben kennzeichne. „Schuselka konnte schnell vergessen und lebte vom Tag und für den Tag, ging völlig auf in dem, was ihn bewegte und war sich seiner eigentümlichen und inkonsequenten Sprünge gar nicht bewußt.“ Nur bei der späteren Beurteilung seines Übertritts zum Deutsch-Katholizismus, so meint der Verfasser, sei Schuselka bewußt unehrlich gewesen, weil seine Eitelkeit und sein Stolz unter einem offenen Bekenntnis zur Wahrheit hätte leiden können, wenn er im Rückblick auf vergangene Zeiten die Unberechenbarkeit seiner skurrilen Schwankungen hätte eingestehen müssen“¹⁵².

Des weiteren zieht Fellner zur biographischen Erhellung die von C. Glossy im Grillparzerjahrbuch veröffentlichten Confidentenberichte heran, eine gewiß dankenswerte Ergänzung unseres reinen Tatsachenwissens. Der Charakter dieser Berichte österreichischer Überwachungsorgane im Ausland bringt es naturgemäß mit sich, daß mancher Schatten auf Schuselka fällt. Diese Berichte hätten daher mit mindestens derselben Vorsicht herangezogen werden müssen, wie die positiven Äußerungen liberaler Parteifreunde¹⁵³.

Sehr aufschlußreich ist ferner, was Fellner den Erinnerungen E. Bauernfelds über Schuselkas Haltung während der Wiener Oktoberrevolution entnimmt. Die von Walter und Traub betonten Verdienste, die sich Schuselka im Permanenzausschuß des Reichstages erworben haben soll, werden zwar von Fellner — mit bedeutenden Einschränkungen — anerkannt, aber die Tatsache des Ausharrens in den wilden Oktobertagen erfährt durch Bauernfelds Aussagen eine weitgehende Entwertung. Es war kein heroisches Durchhalten bis zum bitteren Ende, sondern Schuselka handelte in optimistischer Verkennung der Lage, er glaubte bis zum Schluß, daß alles zum Besten ausgehen werde und Windischgraetz mit der Belagerung Wiens nur drohe¹⁵⁴. Schuselkas mangelnder politischer Realitätssinn wird an diesem Beispiel schlagartig klar.

¹⁵⁰ Ebenda, S. 48 ff.

¹⁵¹ Ebenda, S. 60 ff., bes. S. 63 f.

¹⁵² Ebenda, S. 64 f.

¹⁵³ C. Glossy, Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz, in: Jahrbuch der Grillparzergesellschaft, Jahrg. 21—22—23 (1912—14).

¹⁵⁴ Fellner, Schuselka, S. 188 ff. E. Bauernfeld, Erinnerungen aus Alt-Wien, hrsg. v. J. Lindtner, Wien 1923, S. 297, 299. „Der sanguinische Mensch (Schuselka)

Schuselkas Verhalten in den Oktobertagen nimmt der Verfasser überdies zum Anlaß, um ihm Unehrllichkeit aus Eitelkeit vorzuwerfen. Nach Fellner hat Schuselka nicht, wie er sich in den „Deutschen Fahrten“ rühmt, unerschütterlich und seelenruhig bis zum Ende des Aufstandes in Wien ausgeharrt, sondern war beim Zusammenbruch des Widerstandes in das Kloster Heiligenkreuz geflüchtet. Aus einer Aufzeichnung des dortigen Subpriors, die allerdings erst Jahrzehnte später entstand, gehe dies eindeutig hervor¹⁵⁵. Träfe dies zu, dann ergäbe sich allerdings ein neuer Charakterzug bei Schuselka, der grell gegen das bisherige Bild von ihm abstäche. Jedoch die Tatsache, daß diese Aufzeichnung erst viel später erfolgte und kein genaues Datum angibt, sollte zumindest zur Vorsicht mahnen, dies umsomehr, als Fellner an diesen Fall weitergehende Behauptungen knüpft, für die er jedoch zwingende Beweise schuldig bleibt. Er wirft Schuselka vor, daß er sich 1859/60, beim Wiederaufleben des Liberalismus, als verfolgter, aber ungebrochener Freiheitsheld der 50er Jahre habe feiern lassen, während er in Wahrheit niemals verfolgt, sondern durch Alexander Bach sogar im „Solde der Regierung“ gewesen sei¹⁵⁶. Fellner nimmt hier einen alten Vorwurf auf, der nach seinem Übertritt ins konservative Lager vor allem von seinen ehemaligen Parteifreunden erhoben worden ist. Die diesbezüglichen Darlegungen Mehringers, der sehr eingehend das schrittweise und in seiner Art durchaus konsequente Überwechseln zur konservativen Auffassung aufgezeigt hat, scheinen aber eine derart negative Ausdeutung seiner Haltung auszuschließen. Überhaupt hat Mehringers Arbeit gegenüber Fellners Dissertation den Vorzug, durch die chronologische Behandlung von Schuselkas Schrifttum eine Entwicklung aufzuzeigen, während Fellner, beispielsweise in der Zusammenfassung der vormärzlichen Schriften des Publizisten eine Art Momentaufnahme, einen summarischen Querschnitt gibt¹⁵⁷, bei dem es dann oft leicht ist, in Widersprüchen geradezu zu schwelgen. Die Methode der Stoffbehandlung war also nicht ohne Einfluß auf die Wertung.

äußerte mir wiederholt seine bestimmte Überzeugung, es werde sich mit Windischgrätz verhandeln lassen und alles noch zum besten ausgehen . . .“ und an anderer Stelle: „Sollte Schuselka recht haben? Du bist kein politischer Kopf, hatte er mir in Wien lachend zugerufen, wie kannst Du glauben, daß Windischgrätz ernsthaft daran denkt, Wien zu belagern? Er will nur drohen und schrecken und zuletzt wird sich alles ausgleichen.“

¹⁵⁵ Fellner, Schuselka S. 192 ff., bes. S. 193. „Für uns bedeutet diese Aufzeichnung den ersten greifbaren Beweis, daß Schuselkas viel gerühmte Ehrlichkeit gerade in persönlichen Dingen nicht immer sehr fest gewesen sein dürfte. Sein ausgeprägtes Ehrgefühl, das vielleicht besser mit dem Wort Eitelkeit zu bezeichnen wäre, verleitete ihn auch später dazu, bedenkliche Momente der Vergangenheit zu verschweigen oder sie in der Betrachtung etwas zu verfälschen.“ (Die diesbezügliche Notiz von Subprior P. Ludwig Sieber, Stiftsarchiv Heiligenkreuz, Rub. 78, 4, 1848—60).

¹⁵⁶ Ebenda, S. 194 ff.

¹⁵⁷ Ebenda, S. 87 ff. III. Kap. Schuselkas Gedankengut vor der Revolution.

Damit sind wir beim 5. Axiom Fellers, wonach Schuselkas politisches Denken utopisch, hohl und phrasenhaft sei. Was das letzte anbelangt, so gilt hier dasselbe, was bereits bei Mentschls Dissertation über die Pressestimmen zur Bauernbefreiung zu sagen war. Man kann den literarischen Stil einer zurückliegenden Epoche nicht einfach nach dem eigenen, gleichfalls zeitgebundenen Stilbewußtsein beurteilen; umsomehr wird man bei einem dichterisch veranlagten Gemüt, wie es Schuselka besaß, vieles in Abzug bringen müssen, was seinen Zeitgenossen durchaus entsprach, heute aber zwangsläufig als hohle Phrase erscheinen muß. Es gilt also, die gedankliche Substanz von den stilistischen Zeitmoden der liberalen Journalistik zu trennen. Was bleibt dann noch bei Schuselka erhalten? Nach Feller, außer einem Wirrwarr von Widersprüchen, so gut wie gar nichts. Als Hauptmerkmal nennt er die *Verschommenheit* seiner politischen Ideen¹⁵⁸, und stimmt damit bis zu einem gewissen Grade mit Mehringers Auffassung überein, wenn er sagt, Schuselka habe politische Fragen nicht politisch, sondern idealistisch und ideologisch beurteilt¹⁵⁹. Bei Mehringer trifft dieses Urteil jedoch vor allem die vormärzlichen Schriften, während er nach der Revolution, nach dem Schiffbruch seiner Ideale, die „sich als erfahrungsfremde Deduktionen enthüllt hatten“, ein engeres Verhältnis zur politischen Wirklichkeit gewann¹⁶⁰. Ganz wurde er sein deduktives Denken nie los, dazu war er viel zu sehr politischer Moralist, „Stubenpolitiker“, wie er sich selbst ironisch genannt hat.

Wertvoll ist ferner Fellers Nachweis, daß Schuselkas Eintreten für das föderalistische Prinzip tief in seinen Grundüberzeugungen verwurzelt war. Im Gegensatz zu vielen liberalen Schriftstellern seiner Zeit machte er nicht in erster Linie die deutschen Fürsten für die politische Zersplitterung Deutschlands verantwortlich, sondern den deutschen Volkscharakter und dessen Streben nach individueller Freiheit und Selbständigkeit. Schon im Vormärz stellt Schuselka dem „asiatischen Prinzip der Zentralisation“, das er in Frankreich, vor allem aber in Rußland verwirklicht sieht, das germanische Prinzip der Föderation gegenüber. Wenn irgend eine Gesamtstaatsform dem Charakter des deutschen Volkes entspreche, so sei das die freie Bundesform¹⁶¹.

Aber der Nachweis des Verfassers, daß Schuselka niemals, auch während der Revolution nicht, deutscher Zentralist gewesen sei, scheint m. E. nicht gelungen. Die in diesem Zusammenhange angeführten Zitate sprechen zu sehr gegen diese Behauptung¹⁶². Den utopischen Zug in Schuselkas Denken

¹⁵⁸ Ebenda, S. 103, 116.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 137 ff. über die polnische Frage. Vgl. dazu Mehringers Urteil (s. oben S. 39), wonach Schuselkas Denkweise „deduktiv“ sei und von „Wünschbarkeiten“ ausgehe.

¹⁶⁰ Mehringer, Schuselka, S. 145 ff.

¹⁶¹ Feller, Schuselka, S. 129.

¹⁶² Ebenda, S. 136.

hat Fellner besonders an dessen außenpolitischen Ideen aufgezeigt, hier mit vollem Recht, denn nirgend wird seine deduktive Denkweise deutlicher, als auf diesem Gebiet, wo ihm jede persönliche Erfahrung, wie er sie immerhin in den österreichischen Fragen besaß, völlig abging¹⁶³.

Das die gesamte Dissertation beherrschende Streben, Widersprüche in Schuselkas Denken aufzuspüren, führt den Verfasser verschiedentlich zu weit. Ein kleines, aber sehr bezeichnendes Beispiel mag hier zum Abschluß angeführt werden. Fellner stellt zwei Sätze aus zwei verschiedenen Schriften Schuselkas nebeneinander und meint, sie ständen in krassem Widerspruch, während gerade seine voraufgehenden, sehr sachlichen Darlegungen zeigen, daß sie sehr wohl zu vereinbaren sind¹⁶⁴. Die beiden Sätze lauten: „Österreich ist durch die Geschichte und durch die Natur darauf hingewiesen, dem deutschen Volk den Weg nach Osten zu bahnen. Diese natürlich notwendige Stellung Österreichs hindert aber nicht, daß die einzelnen Völker ihre Eigentümlichkeit in Sprache, Sitte und Nationalität beibehalten und entwickeln“¹⁶⁵. „Die selbständige, nationale Entwicklung soll Österreich eben im Geiste des germanischen Staatsprinzips, auf welches als Nachbildung das deutsche Reich basiert ist, gestatten und schützen, alles aber, was sich auf das Staatsleben des Ganzen bezieht, soll und muß deutsch sein und werden“¹⁶⁶. Fellner meint dazu, Schuselka vertrete in einem Satz neben der immer weiteren Ausbreitung des Deutschtums nach Osten die Erhaltung und Pflege der in jenen Gebieten heimischen Völker, ohne auch nur mit einem Gedanken die Undurchführbarkeit solcher Ideen zu erwägen. Besteht hier wirklich ein Widerspruch? Die deutsche Stellung, die Österreich naturgemäß im Südosten hat, ist die einer politischen Ordnungsmacht und keinesfalls identisch mit der „weiteren Ausbreitung des Deutschtums nach Osten“, wie Fellner die Sätze verstanden wissen will. Daß Schuselka mit den angeführten Gedanken letzten Endes auf einen mitteleuropäischen Föderalismus unter deutscher Oberleitung hinaus will, geht deutlich aus der Berufung auf das „germanische Staatsprinzip“ hervor, das Fellner ja einige Seiten zuvor richtig und durchaus im Sinne Schuselkas als föderalistische Gegenposition zum asiatischen Zentralismus bezeichnet¹⁶⁷.

Abschließend wird man sagen dürfen, daß Fellners mutige und kritische Arbeit die Erkenntnis der politischen und menschlichen Persönlichkeit Schu-

¹⁶³ Ebenda, S. 117 ff.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 134.

¹⁶⁵ F. Schuselka, Deutschland, Polen und Rußland. Hamburg 1846. S. 148 f.

¹⁶⁶ F. Schuselka, Mittelmeer, Ost- und Nordsee Leipzig 1845, S. 261.

¹⁶⁷ Fellners Mißdeutung muß umso mehr überraschen, als er im selben Atemzuge (S. 134) Schuselkas Gedanken sehr treffend und klar folgendermaßen zusammenfaßt: „Ein unter deutschem Einfluß stehender Bund nichtdeutscher Staaten, durch den deutschen Teil Österreichs eng mit dem einigen deutschen Bund verknüpft, das ist Schuselkas großartiges Konzept der wahren politischen Gestaltung Mitteleuropas. Österreichs Beruf ist die Vermittlung und Versöhnung der Nationalitäten unter deutschen Auspizien.“

selkas dennoch ungemein gefördert hat und das Bild jenes einflußreichen Publizisten vor idealisierter Erstarrung bewahrt hat. Mag er dabei vielfach über sein Ziel hinausgeschossen sein und mögen auch seine psychologischen Kategorien — die Eitelkeit Schuselkas und seine krankhafte Oppositionslust aus eben dieser Eitelkeit heraus — zu grobschlächtig und oftmals auch unfruchtbar sein, so hat er doch für die Wesenserkenntnis Schuselkas Wertvolles geleistet. Vielleicht kann erst jetzt aus Mehringers „These“ und Fellners „Antithese“ als „Synthese“ eine wirklich runde, Licht und Schatten einbeziehende Würdigung Schuselkas entstehen.

Rückblickend und zusammenfassend kann man sagen, daß wir durch Mehringers und Fellners Arbeiten sehr gute Grundlagen für die Neubewertung Schuselkas im Rahmen einer zeitgemäßen sudetendeutschen Geschichtsschreibung besitzen, daß im Falle Kudlichs zumindest mannigfache Vorarbeiten für den nämlichen Zweck vorhanden sind, während bei Löhner noch so gut wie alles getan werden muß.

Für alle drei Politiker gilt aber eines, — und hier wird man am besten ansetzen können: Das deutsch-tschechische Verhältnis war im Guten wie im Bösen der Kristallisationspunkt, die Urzelle ihrer politischen Konzeptionen. Dieses Verhältnis der beiden Völker im böhmisch-mährischen Raum ist der Prüfstein ihrer Ideen zur politischen Neugestaltung Österreichs und gleichzeitig deren Ursprung. Mehr noch, auch das Verhältnis Österreichs zu Deutschland und überhaupt alle Pläne zur Neuordnung Mitteleuropas und ebenso Österreichs Politik gegenüber Rußland werden am deutsch-tschechischen Zusammenleben gemessen. Bei Schuselka liegt diese enge Verknüpfung von Weltpolitik und tschechisch-deutscher Beziehung in allen Phasen seiner publizistischen Tätigkeit klar zutage. Ludwig von Löhner gelangte als führender Kopf der ersten demokratischen Volkstumsorganisation der Sudetendeutschen zu politischer Bedeutung und entwickelte seinen ethnischen Föderationsplan aus den Erfahrungen der Deutschen in Böhmen und Mähren. Hier, an Ort und Stelle, hatte er blitzartig das Grundproblem jeder nationalen Minderheit begriffen, nämlich die Gefahr, auf völlig legalem, konstitutionellem Wege ständig majorisiert und schließlich nach allen Spielregeln des Parlamentarismus ausgeschaltet und letzten Endes vernichtet zu werden. Daraus entstand folgerichtig sein Plan der Einteilung der Monarchie nach Volkstumsgrenzen. Ebenso war für Kudlich das deutsch-tschechische Verhältnis der Ausgangspunkt aller politischen Überlegungen, die Grundlage seiner Gedanken über die Zukunft der Donaumonarchie und ihres Verhältnisses zum deutschen Nachbarn.

Man kann daher die Bedeutung der politischen Zustände im böhmisch-mährischen Raum wohl kaum überschätzen; das beweist auch neuerdings W. Jaksch's Buch über „Europas Weg nach Potsdam“. Schon deshalb wäre es eine dankenswerte Aufgabe, nun im einzelnen die Wechselwirkung nachzuzeichnen, die bei den sudetendeutschen Politikern des Jahres 1848 zwi-

schen ihrer politischen Gesamtkonzeption und ihren Erfahrungen im tschechisch-deutschen Volkstumskampf besteht. Wenn Kjellén sagt, das Problem der habsburgischen Monarchie sei „nichts anderes und nichts geringeres als das des Weltstaates im Kleinen“, nämlich verschiedene und sich ihrer Verschiedenartigkeit voll bewußte Menschen zu einer höheren, politischen Einheit zu verbinden¹⁶⁸, dann besitzt auch das geistige Ringen der sudetendeutschen Politiker der Revolution von 1848 um eine neue politische Konzeption eine Bedeutung, die den Rahmen landesgeschichtlichen Interesses bei weitem übersteigt.

¹⁶⁸ R. Kjellén, Die politischen Probleme des Weltkrieges. Leipzig 1916, S. 137.

DIE LEISTUNGEN DER SUDETENDEUTSCHEN IN DER DONAUMONARCHIE*

1848—1918

Von Nikolaus v. Preradovich

In diesem Kreise erscheint es an sich nicht nötig den Nachweis zu führen, daß ein Unterschied in der stammesmäßigen Herkunft besteht zwischen den Deutschen der Alpen- und Donauländer — den Österreichern und den Deutschen des böhmisch-mährischen Raumes — den Sudetendeutschen. Dennoch soll die unterschiedliche stammesmäßige Zusammensetzung der beiden Volksgruppen nochmals kurz dargelegt werden, um manchen Unterstellungen zu begegnen, die von Zeit zu Zeit auftauchen.

Der größte Wiener Geschichtsforscher, Heinrich Ritter v. Srbik, unterscheidet die folgenden drei ostdeutschen Kolonialräume: Den preußisch-baltischen, den donau-österreichischen und den sudetenländisch-schlesischen. Er trennt somit ganz bewußt die Geschichte der Besiedlung der Donau- und Alpenländer von jener des böhmisch-mährischen Raumes. Ernst Klebel erklärt: Ist es anzunehmen, daß die Siedler in Südböhmen und Südmähren, teilweise auch bei Iglau und im Egerland Bayern und Österreicher waren, so sind jene in Nordböhmen und Nordmähren aus Meißen und Thüringen, vielleicht mitunter aus Flandern, gekommen. So läuft mitten durch Böhmen und Mähren, etwa nach der Linie Laun-Prag-Kuttenberg-Iglau-Prerau, die Grenze zwischen der Südostsiedlung des bayerischen Stammes und der Nordostsiedlung der von Sachsen geführten Mitteldeutschen. Zu weitgehend den gleichen Ergebnissen kommt die Sprachforschung, welche von der sogenannten Apfel-Appel-Linie spricht, die den bayerischen Siedlungsraum von jenen der Mittel- und Norddeutschen trennt. Somit kann zusammenfassend festgestellt werden: Die Siedlungsgeschichte Südmährens und Südböhmens schließt sich weitgehend jener der Ostalpenländer an. Die von Nordmähren und Nordböhmen ist ein Teil der Nordostdeutschen Siedlungsgeschichte. Die große Mehrzahl der Sudetendeutschen lebte im Norden des böhmisch-mährischen Raumes. Sie tendierte geistig nicht nach Prag und Wien, sondern nach Dresden und Berlin. Dieser ihrer zahlenmäßigen Stärke wegen brachten die Deutschen aus dem nördlichen Böhmen und Mähren auch eine ungleich höhere Anzahl an Begabungen hervor, als der Süden. Bei einer von mir durchgeführten Untersuchung von 150 Familien, die einen sozialen Aufstieg genommen hatten, ohne jedoch ganz Außerordentliches zu erreichen — es handelt sich um je 50 Offiziers- und Beamtenfamilien, sowie um weitere 50 Familien

aus Industrie und Wissenschaft — ergab sich das folgende Bild geographischer Herkunft. Bei den Soldaten stammten 43 aus dem Norden und sieben aus dem Süden, von den Beamten kamen 48 aus nördlichen, 2 aus südlichen Gebieten, bei den Industriellen und Gelehrten endlich liegen die Zahlen für Nord und Süd wie 46:4. Somit insgesamt 137 aus dem Norden, 13 aus dem Süden. Ferner wurden noch 20 Geschlechter untersucht, die ganz Besonderes geleistet hatten. Auch hier ergibt sich dieselbe Erkenntnis, 18 stammen aus Nord-, 2 aus Südböhmen und Mähren.

Über die geistige Hinneigung nach Sachsen und Preußen hinaus wanderten zahlreiche Sudetendeutsche dorthin zurück, woher sie gekommen waren — ins Reich. Hier sollen nur zwei besonders einprägsame Beispiele derartiger Rückwanderer aufgeführt werden. In Schwitz und Schirmitz, später in Kokaschitz bei Plan lebte eine Kleinbauernfamilie mit Namen Schill. 1736 wurde Johann Georg Schill geboren. Er ergriff den Beruf eines Soldaten und brachte es in österreichischen Diensten vom gemeinen Reiter bis zum geadelten Rittmeister, sodann trat er ins preußische Heer. Dort erreichte er den Rang eines Oberstleutnants. Im Jahre 1809 hatte auch der ältere Schill, mit immerhin 73 Jahren, ein Freikorps errichtet, welches allerdings nicht zum Einsatz kam. Alle vier Söhne dieses alten Soldaten wurden preußische Offiziere, Ferdinand hat als Freiheitsheld historische Bedeutung erlangt. Aber auch seine drei Brüder, besonders Heinrich und Xaver, taten sich rühmlich hervor. Der erste erhielt im Oktober 1812 als Major im 2. schlesischen Husarenregiment, der andere im September 1792 als Leutnant im Regiment Wolfradt Husaren die höchste preußische Tapferkeitsauszeichnung — den Orden pour le mérite. Ein weiterer Abkömmling des Sudetenlandes, dessen Ruhm den der Brüder Schill jedoch noch bei weitem überstrahlt, stammt aus einer Troppauer Familie. Der Stammvater des Geschlechtes, Bürgermeister seiner Heimatstadt, floh während des 30jährigen Krieges nach Sachsen. Dessen Sohn wurde Pfarrer zu Reibersdorf und vermählte sich einer Martha Seidel aus Bunzlau. Die Sippe blühte in Sachsen weiter und erreichte einen ersten Höhepunkt in Gestalt eines Professors der Theologie an der Universität Halle. Drei Enkel dieses Gelehrten brachten es zu preußischen Generalen. Zwei Brüder erkämpften sich in den napoleonischen Kriegen den Orden pour le mérite mit Eichenlaub. Der Jüngste wurde nicht so hoch ausgezeichnet. Er errang jedoch eine Bedeutung, die bis in unsere Tage nichts an Gewicht verloren hat — sein Name ist Carl von Clausewitz.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Der weit überwiegende Teil des Sudetendeutstums lebte in den nördlichen Gebieten Böhmens und Mährens und in Schlesien. Diese Landschaften wurden von Nord- und Mitteldeutschen besiedelt. Deshalb sind die Deutschen der Sudeten ihrer stammesmäßigen Herkunft nach nicht mit den Deutschen in den Alpen gleichzusetzen. Nicht von ungefähr wurden die Sudetendeutschen die „Preußen Österreichs“ genannt.

In der Folge wird es versucht werden den Einfluß des Deutschtums aus Böhmen, Mähren und Schlesien in der Doppelmonarchie darzustellen. Die nachfolgenden Sparten des öffentlichen Lebens sollen vorzüglich betrachtet werden: Politik und Beamtentum, Heerwesen und Wissenschaft, Industrie und Kirche. Zwei deutschsprechende und vielfach mit deutschen Namen begabte Bevölkerungsgruppen werden in die Betrachtung nicht einbezogen, weil sie dem Blut und der Gesinnung nach nichts mit den Sudetendeutschen zu tun hatten und auch in ihrer Mehrheit nichts mit ihnen zu tun haben wollten: Der Adel und die Judenschaft. Die Aristokratie des Königreichs Böhmen und den ihm inkorporierten Landen war — soferne sie überhaupt ursprünglich deutsch gewesen ist — zu ganz anderen Zeiten und aus ganz anderen Gründen in den böhmisch-mährischen Raum gekommen, als die übrige deutsche Bevölkerung. Sie bildete im Gegensatz zu den adeligen Oberschichten in Preußen, in Ungarn oder Galizien nicht die aus dem Volke erwachsene und mit ihm verbundene Spitze der sozialen Pyramide. Die tschechische Ritterschaft war auf dem Weißen Berge vernichtet worden. Romanen und Deutsche aus Österreich und dem Reich wurden sodann mit den Gütern der Vertriebenen bedacht. Diese Gewinner des 30jährigen Krieges und ein ganz geringer Teil des tschechischen Adels bildeten seit der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts die Aristokratie. Die „böhmischen Herren“ waren weder Deutsche noch Tschechen, sondern — Böhmen. Im 19. Jahrhundert allerdings, dem Zeitalter des extremen Nationalismus, hieß es Farbe bekennen. Mit übergewaltig-ideologischen Schlagworten war wenig zu bestellen. Der Adel wurde zwischen den Nationalisten beider Völker zerrieben. Dies war keine Aufgabe, die einen besonderen Kraftaufwand erfordert hätte, denn die böhmische Aristokratie war nicht mehr imstande ihrer politischen Aufgabe gerecht zu werden. Sie nahm zunehmend eine unpolitische Haltung ein, die häufig bis zur völligen Interesselosigkeit führte. Der Adel zog den ernstesten Beschäftigungen mit den Angelegenheiten des öffentlichen Lebens jenen Freuden vor, die mit Reichtum und Ansehen verbunden sind. Soweit die Edelleute sich aber überhaupt noch mit Politik befaßten, versuchten sie in völliger Verkennung aller Realitäten eine anachronistisch anmutende Art von Ständeopposition zu inaugurierten. Da sie sich allein offenbar zu schwach fühlten, fanden sie sich unter dem Vorzeichen des sogenannten böhmischen Staatsrechtes mit den nationalen Tschechen zusammen, die jedoch keineswegs geneigt waren Bauhelfer einer Art Adelsrepublik zu werden, sondern tatkräftig ihre völkischen Ziele verfolgten. Die Tschechen bedienten sich gerne der großen Beziehungen der „böhmischen Herren“, jedoch nur solange als sie dies notwendig hatten. Nach dem Jahre 1918 war mancher Aristokrat aus Böhmen oder Mähren erstaunt mit welcher kalten Ablehnung die Tschechen ihm nun entgegentraten. Der Adel hatte die slawisch-nationale Bewegung nicht aus Nationalgefühl, sondern aus seinem ständischen Eigeninteresse heraus unterstützt. Sie fühlten sich nicht als Deutsche und auch nicht als Tschechen, sondern nur als Böhmen, wie aus

der Broschüre „Der Slawismus in Böhmen“ von Mathias Graf v. Thun mit großer Deutlichkeit hervorgeht. Trotzdem unterstützte der Adel die Tschechen in ihrem Sprachkampf und befließigte sich zu diesem Zwecke selbst des Gebrauchs der tschechischen Sprache. Somit erstaunt es nicht, daß die Sudetendeutschen den böhmischen Adel nicht zu den ihren zählten, sondern ihn im Gegenteil als Verbündeten ihres nationalen Gegners betrachteten. Deshalb nimmt die zum Teil sehr scharfe Ablehnung des einheimischen Adels durch sudetendeutsche Politiker nicht Wunder. Der Abgeordnete Ludwig v. Löhner kleidete seine Meinung über die „böhmischen Herren“ in die folgenden drastischen Worte: „Keine Provinziallandtage mehr! Dann verröchtelt das zum Tode getroffene Junkertum auf seinen einsamen Schlössern.“ Damit erhärtet sich die Meinung, daß der Feudaladel des Königreiches Böhmen — auch wenn er deutsche Namen trug — nicht zu dem Sudetendeutschtum gerechnet werden kann, dessen politischer Gegner er meist gewesen ist. Aus dem Volksboden des Deutschtums erwuchs ein Briefadel im ausgehenden 17. und noch stärker im 18. und den folgenden Jahrhunderten. Diese tatsächlich aus dem Volke aufgestiegenen und mit weitgehend verbundenen Familien etwa die Eissner v. Eisenstein, die Streer v. Streeruwitz, die Schreitter v. Schwarzenfeld, die Pillerstorff und Pecher oder die zahlreichen geadelten Generäle, Beamten und Offiziere werden naturgemäß dem Sudetendeutschtum zugerechnet, dem sie in Wahrheit entstammen. Mit dem böhmisch-mährischen Feudaladel verband diese kleinadeligen Familien allerdings nichts und dies allein ist schon ein Beweis ihrer Zugehörigkeit zum Deutschtum in Böhmen, Mähren und Schlesien.

Die Sudetendeutschen zählten rund dreieinhalb Millionen, sie waren somit ein Drittel der Deutschen und etwa 13% der Gesamtbevölkerung der cisleithanischen Hälfte der Donaumonarchie. Welchen Einfluß aber vermochte diese zahlenmäßige Minderheit auf den Gesamtstaat und somit auf Europa auszuüben. Das politische Wollen der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien wurde in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts durch jenen Landespatritismus wiedererweckt, der sich gegen die zentralistischen und nivellierenden Einflüsse des Josefinismus wandte. Der sogenannten böhmischen Nation verschrieben sich zahlreiche deutsche Bürger, ohne zu erkennen, daß diese angeblich alle im Königreich Böhmen lebenden Menschen umfassende Nation sich doch vorwiegend slawisch präsentierte. Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts erkannten dies und die damit verbundene Gefahr weitere Kreise. Nun begaben sich die Sudetendeutschen als Deutsche in die politische Arena. Seit diesem Zeitpunkt beherrschten die Deutschböhmen — wie man in der Doppelmonarchie sagte — weitgehend das politische Feld des Kaiserstaates.

In den Jahren 1848/1849 waren die exponiertesten Köpfe auf allen Seiten — dies ist besonders hervorzuheben — Sudetendeutsche. Von der radikalen zur reaktionären Seite vorgegangen zeigt sich als erster der Revolutionär Cäsar Wenzel Messenhauser aus Proßnitz. Er wurde Offizier und diente bis

zu dem Ausbruch der Revolution als Oberleutnant im Regiment Hoch- und Deutschmeister. Nebstbei war er unter dem Pseudonym Wenzeslaus March ein fruchtbarer Schriftsteller. Nachdem Messenhauser sich der Revolution angeschlossen hatte, wurde er am 11. Oktober zum Oberkommandanten der Wiener Nationalgarde ernannt. Nach dem Sieg der kaiserlichen Truppen ist er am 16. 11. standrechtlich erschossen worden. Nicht revolutionär aber im höchsten Grade radikal war der Bauernsohn, Jurist und spätere Abgeordnete Hans Kudlich aus Lobenstein. Der beredte Anwalt der Bauern stammte selbst aus diesem Milieu. Allerdings hatte sich sein Vater durch Fleiß und Geschick als Robothbauer zwei Wirtschaften erworben, er ließ zwei seiner Söhne studieren und war vermögend und interessiert genug, sich eine reichhaltige Bibliothek zu halten. Kudlich, ein mitreißender Redner von gutem Aussehen, war der geborene Volkstribun. Er wurde alsbald zum Abgeordneten gewählt und brachte am 24. und 26. Juli 1848 den Antrag über die Aufhebung der bäuerlichen Lasten ein, der sodann unter dem Jubel vor allem der Abgeordneten aus dem Bauernstand am 7. September von dem Reichstag angenommen wurde. Hans Kudlich war, dies sei noch festgestellt, das jüngste Mitglied der parlamentarischen Versammlung. Als nächster Deutscher der Sudetenländer tritt uns der Schlesier Franz Freiherr Piller v. Pillerstorff entgegen. Zu Brünn geboren entstammte er einer Familie, die 1719 den böhmischen Adel und 1733 das Inkolat im Ritterstand erworben hatte. Freiherr wurde der Vater des späteren Staatsmannes im Jahre 1792. Pillerstorff wandte sich der Beamtenlaufbahn zu und tat in seinen jüngeren Jahren in der Finanzverwaltung Dienst. 1830 wurde er Kanzler der vereinigten Hofkanzlei und trat somit — vorerst als Beamter — in die Innenpolitik. Da seine liberalen Grundsätze mit dem herrschenden System nicht übereinstimmten, konnte er sich nicht durchsetzen. Allerdings gewann Pillerstorff durch seine Haltung Ansehen bei den Liberalen. Deshalb wurde er schon im März 1848 zum Innenminister und zwei Monate danach zum Ministerpräsidenten erwählt. Gegen die radikalen Elemente, die eine revolutionäre Entwicklung zu erzwingen bestrebt waren, während der Staatsmann eine ruhige und evolutionäre Neuordnung der Dinge erhoffte, vermochte er sich nicht durchzusetzen. Pillerstorff verließ schon am 8. Juli sein hohes Amt. Im darauffolgenden Jahr mußte er sich einer Disziplinaruntersuchung unterziehen, die nichts Nachteiliges über sein Verhalten während des Revolutionsjahres feststellen konnte. Trotzdem wurde ihm das Erscheinen bei Hofe untersagt. In der Folge wurde der ehemalige Min.-Präsident 1861 in den niederösterreichischen Landtag gewählt, verstarb jedoch schon im folgenden Jahre. Pillerstorff war keineswegs eine so mitreißende Persönlichkeit wie Messenhauser oder Kudlich. Er empfahl sich weniger durch stürmische Tatkraft als durch Ruhe und eine tiefgründige Kenntnis der politischen und Finanzverwaltung. Dennoch ist er der Mann, der die erste parlamentarische Verfassung in Österreich ausgearbeitet hat. Das Elaborat hielt sich stark an das Muster der belgischen Charte. Es sollte nur für die österreichischen Erblande Gültigkeit

besitzen und trat somit für den Dualismus ein. Nach dem Revolutionär, dem Radikalen und dem Liberalen sei der Konservative, Karl Kübeck, genannt. Der spätere Staatsmann wurde 1780 als Sohn eines Schneiders zu Iglau geboren. Der Beruf des väterlichen Großvaters ist nicht zu ermitteln, der Ahn auf der Mutterseite, Franz Langof oder Langkopf, war Bindermeister in Znaim. Kübeck ist einer der ersten Sudetendeutschen, der aus sozial niedrigen Kreisen zu den höchsten Staatsämtern aufsteigt. Diese Entwicklung setzt in größerer Zahl erst ein bis zwei Generationen nach ihm ein. Kübeck war gleich Pillerstorff ursprünglich Verwaltungsbeamter zuerst in Olmütz, später bei der vereinigten Hofkanzlei. Seiner großen Talente wegen wurde er schon mit 34 Jahren zum Staatsrat ernannt. Namentlich bei der Neuorganisation des lombardo-venezianischen Königreiches und Tirols tat er sich besonders hervor. Deshalb wurde er in den Ritterstand erhoben und unter die Landstände Tirols aufgenommen. 1840 sehen wir ihn schon als Präsidenten der Hofkammer — also Finanzminister. Im Revolutionsjahr nahm Kübeck den Abschied, wurde aber schon 1849 wieder in Dienst gestellt und zwei Jahre danach zum Präsidenten des neubegründeten Reichsrats befördert. Kurz später starb er an der Cholera. Über diese rangmäßig greifbare Laufbahn hinaus war Kübeck ein Mann von gewaltigem Wissen, geradezu einzig dastehenden Erfahrungen in allen Zweigen der Regierungsgeschäfte und der Verwaltung, der eigentliche Wegbereiter des sogenannten Neoabsolutismus. Er war neben dem Fürsten Felix Schwarzenberg einer der Hauptberater Kaiser Franz Josefs in dessen ersten Regierungsjahren und verfügte als solcher über einen kaum abzumessenden Einfluß auf das gesamte Staatswesen weit über seinen Dienstrang hinaus. Auf den Konservativen Kübeck folgt der Reaktionär Johann Freiherr Kempen v. Fichtenstamm aus Pardubitz. Bereits im Juli des Jahres 1849 war der damalige Feldmarschalleutnant einer der einflußreichsten Generale des schwarz-gelben Heeres. Er wurde zum Organisator der österreichischen Gendarmerie ernannt. Sogleich machte er sich im Sommer 1849 an die Aufstellung von 16 Gendarmerieregimentern, insgesamt 12 000 Mann zu Fuß und 2000 Mann zu Pferd. Da sich keine ausgedienten Soldaten zu dem neuen Korps meldeten, wurden einfach von jeder Infanteriekompanie 3 und von den Jägerkompanien 2 Mann der Gendarmerie zugewiesen. Der Chef des Korps, der Gendarmeriegeneralinspektor, unterstand militärisch dem Kriegsminister, verwaltungsmäßig dem Minister des Innern. Eine minder energische Persönlichkeit wäre zwischen diesen beiden Dienststellen zerrieben worden. Die Durchschlagskraft Kempens brachte es jedoch dahin, daß er die Minister gegeneinander ausspielte und sich eine erstaunlich unabhängige Stellung zu sichern wußte. Der große Organisator brachte sein Korps bis 1853 auf mehr als 20 000 Mann. Nach dem Tode Schwarzenbergs wurde die Gendarmerie aus dem Innenministerium herausgehoben und eine eigene „Oberste Polizeibehörde“ begründet. An die Spitze dieses neuen Amtes trat General v. Kempen, der überdies noch Militärgouverneur von Wien war und somit eine ungeheure Machtfülle auf sich

vereinigte. Mit Recht galt er als eine der einflußreichsten Persönlichkeiten des gesamten Kaiserstaates. Der Einfluß Kempens und der ihm unterstellten Organisation war so stark, seine Amtsführung so tatkräftig, daß nicht nur weite Kreise des Bürgertums, sondern sogar die Offiziere der Gendarmerie mit Mißtrauen und Abneigung gegenüberstanden. Aus diesen Gründen wird es verständlich, wenn nach der Niederlage gegen Frankreich im Jahre 1859, die eine völlige Neuorientierung der Innenpolitik mit sich brachte, die Ablösung Kempens unvermeidlich wurde. Er verließ die Aktivität unter der ehrenden Verleihung des Charakters eines Feldzeugmeisters. So tüchtig und pflichtgetreu die ihm nachfolgenden Gendarmeriegeneralinspektoren auch waren, so ist doch keiner ein so großer Organisator und eine so kraftvolle Persönlichkeit gewesen wie der erste Chef des Korps Johann Freiherr Kempen v. Fichtenstamm. Eine weitere Persönlichkeit, die auf dem wissenschaftlichen und dem politischen Gebiete um das Jahr 1848 Bedeutendes geleistet hat und sudetendeutscher Herkunft war, ist der Minister und Univ.-Professor Andreas Freiherr v. Baumgartner. Er wurde als Bürgerssohn zu Friedberg in Böhmen 1793 geboren. Sein Geschlecht gehörte bis zu seinem Vater herab dem Bauernstande an und läßt sich bis auf einen Gregor Baumgartner verfolgen, der um die Mitte des 17. Jahrhunderts Hofbesitzer zu Wörles bei Malsching im südlichen Böhmen gewesen ist. Baumgartner war ursprünglich Professor für Physik und angewandte Mathematik an der Universität Wien. Mit vierzig Jahren zum Direktor der staatlichen Porzellanfabriken ernannt, leitete er später sämtliche Tabakfabriken und wurde Chef des neuengerichteten Telegraphenwesens. Als Arbeitsminister ordnete er 1848 den Bau der Semmeringbahn für den Lokomotivbetrieb an. Dieses Projekt wurde sodann unter seiner Amtsführung als Handels- und Finanzminister vollendet. Der ökonomische Nutzen, der der Donaumonarchie hiedurch geschenkt wurde, ist kaum abzusehen. Von 1851 bis 1865 wirkte Freiherr v. Baumgartner als Präsident der neubegründeten kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien. Dieser kurze Überblick zeigt, daß neben Schwarzenberg, Bach, Bruck und Stadion die wichtigsten Akteure in Politik, Verwaltung und Militärwesen, aber auch in Wissenschaft und Handel Sudetendeutsche gewesen sind, die, mit der einzigen Ausnahme des Freiherrn v. Pillerstorff, durchaus einfacher oder einfachster Herkunft waren und sich nur durch ihre persönliche Tüchtigkeit und keineswegs durch irgendwelche im Dunkeln waltende Kräfte der Protektion bis zu den höchsten Stellen des Staates emporgearbeitet hatten.

Nach den beiden verlorenen Kriegen von 1859 und 1866 wurde der innere Aufbau der Monarchie völlig geändert, besonders die staatsrechtliche Stellung Ungarns erfuhr eine grundlegende Neuordnung. Eine Tatsache, die auf Österreich naturgemäß stärkste Rückwirkungen hatte. Das erste Kabinett, welches nach dem sogenannten Ausgleich die Geschäfte führte, war das „Bürgerministerium“ des Fürsten Carlos Auersperg. Von den zwölf Mitgliedern dieser Regierung waren nicht weniger als sechs sudetendeutscher

Herkunft, wenngleich das Deutschtum Böhmens, Mährens und Schlesiens nur wenig mehr als ein Zehntel der Gesamtbevölkerungszahl der cisleithanischen Hälfte des Staates ausmachte. Es waren dies Leopold Ritter Hasner v. Artha aus Prag, der nach dem Rücktritt Auerspergs selbst das Ministerpräsidium übernahm, Karl Giskra aus Mährisch-Trübau hatte das wichtige Innenministerium zu verwalten. Der große parlamentarische Führer und Univ.-Prof. Herbst, zubenannt König Eduard von Nordböhmen, hatte das Ressort der Justiz inne. Ignaz Plener, der ebenso wie sein Sohn Ernst durch Jahrzehnte maßgebenden Einfluß auf die politische Entwicklung des Donaustaates ausübte, wurde Handelsminister. Anton Banhans, der Sohn eines Volksschullehrers aus Michelob, stand dem Ressort für Ackerbau vor. Er war zuerst Güterdirektor eines Grafen Waldstein und wurde in den böhmischen Landtag gewählt, der ihn sodann in den Reichsrat entsandte. Nach dem Ackerbau- hatte er das Handelsministerium inne, hier bewirkte er die Einführung des metrischen Systems und schuf ein einheitliches Betriebsreglement für die Eisenbahnen. Sein Sohn war in den Jahren 1917/18 Eisenbahnminister und erwarb sich große Verdienste um die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes in dieser so besonders schwierigen Zeit. Minister ohne Geschäftsbereich wurde Johann Berger aus Proßnitz. Ursprünglich Gelehrter wurde Berger in die Frankfurter Paulskirche gewählt und wandte sich sodann ganz der Politik zu. Als Kabinettsmitglied trat er vor allen für den Ausgleich des Nationalitäten-Kampfes ein. Als sein Minoritätsmemorandum nicht angenommen wurde, trat er zurück. Sein Sohn Alfred machte sich als Theaterdirektor einen Namen.

Neben Leopold Hasner waren noch die nachfolgenden Sudetendeutschen Ministerpräsidenten der österreichischen Reichshälfte: Paul Freiherr Gautsch v. Frankenthurn, Heinrich Ritter v. Wittek, Max Wladimir Freiherr v. Beck, Richard Graf v. Bienerth-Schmerling und Max Freiherr Hussarek v. Heinlein. Also von vierundzwanzig: sieben.

Zu den wichtigsten dieser Staatsmänner zählte Paul Gautsch, der die Würde des Regierungschefs dreimal bekleidete und Max W. Beck, der das allgemeine Wahlrecht durchsetzte. Die Familie Gautsch stammt aus Markersdorf in Böhmen. Hier wurde 1753 Augustin der Urgroßvater des Staatsmannes geboren. Dessen Sohn Karl brachte es zum Oberleutnant, er hatte wiederum einen Sohn, der Beamter wurde und der Vater des späteren Ministerpräsidenten werden sollte. Die Familie Beck kommt aus Schiltern in Mähren und übersiedelte sodann nach Butsch. Dort lebte der Großvater des späteren Vertrauten Franz Ferdinands als Bauer. Dieser einfache Landwirt hatte drei Söhne: Max wurde Domherr, Anton und Josef Hofräte. Von den fünf Enkeln des Landwirts aus Butsch in Mähren erreichte einer den Rang eines Ministerpräsidenten, drei wurden Sektionschefs, und einer war Ordinarius an der Universität Prag. Einen besseren Beweis für die erstaunliche Leistungsfähigkeit des Deutschtums in den Sudeten, als ihn diese Familie lieferte, wird man schwerlich beibringen können. Die Beck aber stehen kei-

neswegs allein. Anton Bienenrth war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Weber und Häusler in Gerlsdorf. Sein Sohn Andreas diente in 19 Jahren vom gemeinen Soldaten bis zum Offizier. Der Enkel, Karl, starb als Geheimer Rat, Feldmarschalleutnant und Freiherr. Der Urenkel endlich, Richard Bienenrth, brachte es zum Ministerpräsidenten und erwarb den Titel eines Grafen v. Bienenrth-Schmerling. Im Rahmen dieses Referates würde es zu weit gehen, die unzähligen Sudetendeutschen, die in der Doppelmonarchie ministerielle Würden erreichten, oder als Statthalter, Landespräsidenten und Sektionschefs wirkten, aufzuzählen.

Aber nicht allein im zivilen Staatsdienst oder im politischen Leben stoßen wir so häufig auf die Namen hervorragender Sudetendeutscher. Vor allem hat auch das Kriegshandwerk unzählige Sprossen des böhmisch-mährischen Raumes angezogen. Von den vier großen Organisatoren, die das k. u. k. Heer in den Stand versetzt, die Jahre des ersten Weltkrieges mit unerwarteter Zähigkeit zu durchkämpfen, waren nicht weniger als drei Sudetendeutsche. Franz John, Franz Kuhn und Franz Conrad. Johns Vater wurde im Jahre 1780 in Kotzen im Kreise Leitmeritz geboren. Mit achtzehn Jahren trat er bei dem Infanterie-Regiment Nr. 17 als gemeiner Soldat ein. Nach 21 Jahren brachte er es zum Offiziersrang und verstarb in relativ jungen Jahren, 1831, zu Preßburg als Kapitänleutnant. Sein Sohn gleichen Namens durchlief eine meteorgleiche Karriere, wie sie für einen Sudetendeutschen typisch genannt werden kann. Er war Neustädter Militärakademiker, 1848 erreichte er den Rang eines Hauptmannes im Gen.-Quartiermeisterstab und zeichnete sich bei den Kämpfen in Italien hervorragend aus. Im darauffolgenden Jahr wurde ihm für diese Leistungen die höchste Auszeichnung für Tapferkeit, der Militär-Maria-Theresien-Orden, verliehen. Den Feldzug des Jahres 1859 machte John schon als Oberst mit. 1866 aber sollte er den höchsten Ruhm ernten. Als Chef des Gen.-Stabes der Südmarmee ist er der eigentliche Sieger von Custoza. Er wurde außer der Tour zum Feldmarschalleutnant befördert und mit dem Kommandeurkreuz des Theresienordens dekoriert. John war in der Folge zweimal Chef des Gen.-Stabes der gesamten bewaffneten Macht und von 1866 bis 1868 Reichskriegsminister. Aber auch in den Jahren 1869 bis 1874, in welchen er als kommandierender General in Graz Dienst tat, wurde er ständig zu den Beratungen über die Heeresreformen herangezogen. In den berühmten Kriegs- und Ministerrat zu Beginn des deutsch-französischen Krieges, der über ein eventuelles Eingreifen Österreichs gegen Deutschland beriet, nahm John aus praktischen und aus politischen Gründen eine entschieden ablehnende Stellung gegen ein Zusammengehen mit Frankreich ein. Einer seiner Söhne brachte es zum Viceadmiral.

Franz Freiherr Kuhn v. Kuhneneffelds Geschlecht stammt aus Rothwasser in Mähren. Der Großvater war Erbrichter, der Vater brachte es zum Major. Kuhn war gleich seinem Landsmann John Neustädter Militärakademiker. Er nahm desgleichen an dem Feldzug 1848 rühmlichsten Anteil und wurde auch mit dem Theresienkreuz ausgezeichnet. 1866 leitete Kuhn als General-

major die Landesverteidigung von Tirol und erhielt für seine hohen Verdienste — ebenso wie John — das Kommandeurkreuz des Maria-Theresien-Ordens. Von 1868 bis 1873 verwaltete er das Reichskriegsministerium — als Nachfolger Johns. In dem schon erwähnten Kriegs- und Ministerrat sprach er sich allerdings und in genauem Gegensatz zu dem Freiherrn v. John — für ein Eintreten Österreichs in den deutsch-französischen Konflikt aus. Er wünschte sich „jetzt in Frankreich das Ganze zu leiten“. Kuhn wird von Heinrich Ritter v. Srbik als einer der fähigsten und gebildetsten Generale geschildert. Auf der anderen Seite aber meinte er alles und jedes zu beherrschen, machte sich durch seine geistige Arroganz viel Feinde und neigte auch in militärischen Dingen ein wenig zum Phantastischen. Ein Bruder Kuhns war General, von seinen Söhnen erreichte der eine den Rang eines Gesandten, ein weiterer brachte es zum Feldmarschalleutnant. Ein Urenkel dieses bedeutenden Soldaten, Oberleutnant Franz Freiherr Kuhn v. Kuhnfeld, fiel als Artillerist im Jahre 1941 vor Leningrad.

Über den größten Soldaten im Abendrot der Habsburger Monarchie, Franz Graf Conrad v. Hötzendorf, weitere Worte zu verlieren hieße Eulen nach Athen tragen. Der Feldmarschall selbst äußert über seine Herkunft: „Mein Vater der k. u. k. Oberst Franz Conrad v. Hötzendorf, entstammte einer deutschen Familie in Mähren.“ Conrad durchlief die bekannte steilaufsteigende Bahn. Er war der erste Feldmarschall, der während des ersten Weltkrieges in Österreich ernannt wurde, er war nebstdem preußischer Gen.-Feldmarschall, er war der einzige österreichische Heerführer der mit dem Großkreuz des Militär-Maria-Theresien-Ordens ausgezeichnet worden war. Ohne sein Genie hätten die Russen in dem Winter von 1914 auf 1915 die österreichische Armee vernichtet. Zwei seiner Söhne haben im Weltkrieg I das Leben gelassen, einer diente im vergangenen Krieg als Oberst i. G. des deutschen Heeres.

Von den sechs Feldmarschällen, die — ohne die Erzherzoge Eugen, Friedrich und Josef — im ersten Weltkrieg innerhalb der österreichischen Wehrmacht ernannt wurden, waren drei, somit die Hälfte, Sudetendeutsche. Conrad v. Hötzendorf, von welchem eben die Rede war, Freiherr v. Böhm-Ermolli und Baron Rohr v. Denta. Böhm entstammte, wie so viele der Männer, die uns bisher begegnet sind, aus einfachsten Verhältnissen. Der Großvater Georg, war Häusler und Kirchendiener zu Kunewald im Kreise Neutitschein. Dessen Sohn wurde 1833 Soldat und diente sich in 17 Jahren bis zum Unterleutnant II. Klasse empor. Er verstarb als Major und wurde 1885 geadelt. Dessen Sohn war der spätere Feldmarschall. Der gleich manchem großen Vorbild als Neustädter Akademiker begann, sodann bei der Cavallerie seine Laufbahn fortsetzte und bald in den Gen.-Stab übernommen wurde. Schon vor dem Weltkrieg I war Böhm-Ermolli kommandierender General des 1. Armeekorps in Krakau. Zu Beginn der Kampfhandlungen führte er die 2. Armee im Osten. Im Verlaufe des Völkerringens erreichte der General den Rang eines Feldmarschalls, er wurde mit dem Kommandeurkreuz des

Theresien-Ordens dekoriert und in den Freiherrenstand erhoben. Böhm-Ermolli galt als einer der befähigsten Heerführer Österreichs. Nach dem Abgang Conrads dachte man daran ihn zum Chef des Gen.-Stabs der gesamten bewaffneten Macht zu ernennen.

Feldmarschall Franz Baron Rohr v. Denta, wie seine Titel zuletzt lauteten, war der Enkel eines Tischlermeisters aus Langendorf in Böhmen. Der Sohn des Handwerkers wandte sich dem Militär zu. 1850 trat Josef Rohr als unobligater Fourier in das Ulanenregiment Nr. 7 ein, in 19 Jahren diente er bis zu dem Rang eines Oberleutnantrechnungsführers herauf. Josef Rohr verstarb als Hauptmannrechnungsführer i. R. im Jahre 1917. Der Tischlerssohn und ehem. Unteroffizier hatte noch den Aufstieg seines Sohnes zum Heerführer mitgemacht. Franz Rohr absolvierte, gleich John und Kuhn, Conrad und Böhm, die Theresianische Akademie in Neustadt, diente sodann bei 3er Ulanen und wurde bald in den Gen.-Stab versetzt. Er machte eine gute Karriere. 1908 war er als Feldmarschalleutnant Inspektor der ungarischen Landwehrcavallerie. Kurz vor Beginn des ersten Weltkrieges war Rohr, nun schon als General der Cavallerie, mit der Leitung des Oberkommandos der Honved betraut. Im Weltkrieg führte er verschiedene Korps und Armeen und wurde zuletzt zum Feldmarschall erhoben, ohne stark hervorgetreten zu sein. General Rohr war, um dies noch abschließend zu bemerken, ein Neffe des Generals der Cavallerie Edmund Freiherr v. Krieghammer, der in den Jahren 1893—1902 den Posten des Reichskriegsministers inne hatte. Krieghammer war seinerseits, man wäre fast geneigt zu sagen natürlich, auch Sudetendeutscher. Seine Familie stammte aus Brünn.

Nach dem zivilen und militärischen Dienst am Staate soll nun die Wissenschaft, bzw. die Wissenschaftler, in diese Untersuchung einbezogen werden. Die unzähligen Gelehrten, die dem böhmisch-mährischen Raum entstammten und entstammen, namentlich aufzählen zu wollen würde zu weit führen. Um eine Gesamtschau zu gewinnen, sollen die Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in Wien herangezogen werden. Von jenen 12 besonders hervorragenden Wissenschaftlern, die als Präsidenten dieses gelehrten Kollegiums in den ersten hundert Jahren dieser Institution wirkten, stammten fünf, also nahezu die Hälfte, aus Böhmen und Mähren, Andreas Freiherr v. Baumgartner, 1849—1865, wurde schon unter den Staatsmännern behandelt. Als nächster tritt uns Karl Freiherr v. Rokitsky, 1869—1878, der berühmte Mediziner, entgegen. Seine Familie kommt aus Jičín. Der Vater war Kreiskommissar in Königgrätz, er vermählte sich der Theresia Lodgmann v. Auen. Rokitsky ist somit ein Oheim des sudetendeutschen Politikers Rudolf Lodgman. Es folgt der Nationalökonom Eugen Ritter v. Böhm-Bawerk, 1911 bis 1914. Dessen Geschlecht stammt aus Mähren. Schon 1746 wurde der Wirtschaftshauptmann Josef Böhm aus Mährisch-Weißkirchen geadelt, er starb jedoch kinderlos. Dessen Neffe Johann Sebastian, Archivar in Olmütz, erhielt 1765, wieder mit dem Prädikat „v. Bawerk“ die Nobilitierung. Aber

auch dieser neue Zweig erlosch bald. Endlich wurde Johann Karl Böhm, ein weiterer Verwandter der beiden Erstgenannten, aus Hochwald in Mähren, als Hofrat der Statthalterei in Brünn anno 1854, neuerlich mit „v. Bawerk“ in den Adelsstand erhoben. Er war der Vater des bekannten Gelehrten und Staatsmannes. Eugen Ritter v. Böhm-Bawerk verwaltete dreimal in den Regierungen Kielmannsegg, Gautsch und Körber das Finanzministerium. Am Rande mag es noch vermerkt sein, daß der Wiener Univ.-Professor einen direkten geistigen Einfluß auf Stalin ausgeübt hat. Der später sehr geschätzte Theoretiker der kommunistischen Partei, Nikolay Iwanowitsch Bucharin, verschaffte sich die Grundlagen seiner späteren Beschlagenheit in ökonomischen Fragen in den Vorlesungen Böhm-Bawerks. Als Stalin 1912 nach Wien kam um seine Schrift „Der Marxismus und die nationale Frage“ zu verfassen, die von grundlegender Bedeutung für ihn und den Kommunismus werden sollte, wandte er sich, der wissenschaftlichen Arbeit ungewohnt, an Bucharin, der ihm bei der Abfassung der Studie, auf Grund seiner bei Böhm-Bawerk erworbenen Kenntnisse, zur Hand gegangen ist. In den Jahren 1938—45 präsidierte Heinrich Ritter v. Srbik der Akademie. Die Familie kommt aus Frauenberg in Böhmen. Dort war der Urgroßvater des Historikers schwarzenbergischer Wirtschaftsbeamter. Der Großvater Franz wurde als Hofrat 1868 geadelt und vermählte sich der Sophie Wagner aus Bergstadtl. Der Vater Heinrich v. Srbiks endlich war desgleichen Hofrat und heiratete die Tochter des Historikers Wilhelm Heinrich Grauert aus Westfalen, der seinerseits eine Eva Klein aus Linz am Rhein zur Frau hatte. Der Zufall will es also, daß der größte Geschichtsforscher Österreichs nicht einen Tropfen österreichischen d. h. alpenländischen Blutes in sich hatte. Der Naturwissenschaftler Ernst Späth war von 1938—1945 Vicepräsident und von 1945 auf 1946 Präsident der Akademie. Er stammt aus Bärn in Mähren, wo sein Vater Schmiedemeister war. Ebenso wie in Verwaltung und Diplomatie, in Politik und Armee, ist auch in der Wissenschaft der ganz außerordentliche hohe Prozentsatz der Sudetendeutschen zu erkennen.

In der Wirtschaft, diesem wichtigsten Faktor jedes Staatswesens, zeigt sich kein anderes Bild. Schon im 18. Jahrhundert waren die Tuchmacher und die Glaswarenerzeuger Böhmens und Mährens eine der Hauptressourcen des Donaustaates. Nach 1800 stellte der Wollwarenfabrikant Johann Josef Leitenberger die ersten englischen Maschinen in Dienst und revolutionierte dadurch das Wirtschaftsleben Österreichs. Nach der schweren Krise des Jahres 1873 begann in den folgenden Jahrzehnten ein neuerlicher und bedeutender Aufschwung. In den Jahren 1912/1913 arbeiteten in Böhmen, Mähren und Schlesien rund 9000, in sämtlichen übrigen Gebieten Cisleithaniens wenig mehr als 8000 Fabriken. Einen höheren Stand der Industrialisierung als die Sudetengebiete erreichten um diesselbe Zeit in Europa nur Großbritannien und Belgien. Es wird somit offenbar, daß die Liebieg aus Braunau und die Schicht aus Ringelshain, die Grohmann aus Lindenau und die Hopfen aus Saaz, Drasche aus Schluckenau und die Eissner aus Kuttenberg, die Mann-

licher aus Brüx und die Meinel aus Schönau ihren Landsleuten, die als Beamte, Politiker und Offiziere Dienst taten in keiner Weise nachstanden, im Gegenteil sie taten es ihnen noch zuvor.

Abschließend soll noch auf die Beteiligung der Sudetendeutschen auf dem religiösen Gebiete eingegangen werden. Die wertvollsten Kräfte der Wiener katholischen Reform in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstammten dem böhmisch-mährischen Raum. Die tiefgreifende katholische Erneuerungsbewegung verdankte ihren stärksten Impuls dem Bäckerssohn aus Mähren Klemens Maria Hofbauer. 1808 kam der spätere Heilige nach Wien. Dort entfaltete er in äußerster Armut lebend seinen inneren Reichtum. Sein Heim und seine Kanzel zogen jene Menschen an, die sich nicht der schalen Gedankenlosigkeit des offiziellen Kirchentums hingeben wollten, sondern mehr und höheres suchten. Hofbauer wäre beinahe von Wien ausgewiesen worden, ebenso wie er schon aus Warschau vertrieben worden war. Nur die Fürsprache der Kaiserin Maria Ludowika rettete ihn vor diesem Schicksal. Schon im Jahre 1820 verstarb er, aber der Kreis, vorzüglich norddeutscher Konvertiten, den er um sich versammelt hatte, wirkte weiter. Neben der einen überragenden Gestalt dieses Heiligen brachten die Sudetenländer noch zahlreiche Kirchenfürsten von Bedeutung hervor. Dem Bistum St. Pölten stand von 1827 bis 1835 Jakob Frint aus Kamnitz im Kreise Leitmeritz vor. Frint betätigte sich politisch und kann als der Führer jener Geistlichen angesehen werden, die die religiöse und die politisch-staatliche Restauration auf das engste miteinander verknüpft sehen wollten. In derselben Diözese residierte in den Jahren 1851—1853 Ignaz Feigerle aus Biskupstvo in Mähren. Auch er, ebenso wie sein Amtsvorgänger, war an allen Dingen des öffentlichen Lebens stärkstens interessiert und spielte auf dem Vatikanischen Konzil eine führende Rolle. Bischof von Linz war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrh. Maria Ernst II. Müller aus Irritz in Mähren. Besonderes Augenmerk muß naturgemäß dem Erzbistum Wien zugewandt werden. Hier sind die Sudetendeutschen noch erheblich stärker vertreten als in den übrigen österreichischen Bistümern. Schon der Nachfolger des Petrus Canisius in den Jahren 1558 bis 1561 war Anton Brus aus Müglitz in Mähren. Wir befassen uns jedoch mit dem 19. und 20. Jahrhundert. Da muß sogleich Vinzenz Eduard Milde aus Brünn genannt werden. Nach einer ununterbrochenen Reihe adeliger Oberhirten seit dem Jahre 1639 war er der erste bürgerliche Erzbischof von Wien. Aus kleinen Verhältnissen stammend, studierte Milde in Wien und Olmütz. Seine besondere Begabung lag auf dem Gebiete der Mathematik. Den Vorschlag, in die Wiener Ingenieur-Akademie einzutreten, lehnte er jedoch ab, da er seit jeher Priester werden wollte. Ohne jede Verbindung bewarb er sich um die Aufnahme in das Wiener Alumnat. Der Wunsch wurde seiner glänzenden Zeugnisse wegen erfüllt. 1798 zum Priester geweiht wurde Vinzenz Milde schon 1814 zum Ehrendomherrn ernannt. In der Folge bestieg er den Bischofsstuhl von Leitmeritz und wurde 1832 Erzbischof von Wien. Über zwanzig Jahre leitete er die Erzdiözese. 1848 mußte er Demon-

strationen vor seinem Palais dulden. Vielleicht war er — zum Teil durch seine schwache Gesundheit bedingt — der turbulenten Zeit nicht völlig gewachsen. Nach Josef v. Rauscher folgte Johann Rud. Kutschker aus Wiese in Schlesien. Dieser Kirchenfürst stand der Diözese nur fünf Jahre vor. In den fünfziger Jahren betätigte er einen außerordentlichen Einfluß als geistlicher Beirat des Unterrichtsministeriums. Sodann folgt als letzter in der Monarchie geweihter Erzbischof Friedrich Gustav Piffl aus Landskron in Böhmen. In den hundert Jahren von 1832 bis 1932 standen der Erzdiözese Wien nicht weniger als sechsundsechzig Jahre lang Sudetendeutsche als Oberhirten vor.

Somit kann zusammenfassend gesagt werden: Von der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zu dem Ende der Donaumonarchie ist der Einfluß der Sudetendeutschen in allen Sparten des öffentlichen Lebens ein stets steigender gewesen, der in keiner Relation zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Staates steht. Die Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien erreichten wenig mehr als ein Zehntel der Bevölkerungszahl. Diese Minderheit besetzte aber — wie gezeigt — durchschnittlich die Hälfte, manches Mal sogar Dreiviertel, jener wichtigen Posten, von welchen aus die Leitung des Staates ihren Einfluß ausübte. Die Sudetendeutschen dienten in Treuen dem Staate Österreich als den damals berufenen Machttträger. Sie waren „Schild und Herz“ des Donauraumes.

* Vortrag bei der Arbeitstagung des Collegium Carolinum in Cham vom 2.—4. November 1956.

RUSSLAND UND DIE ENTSTEHUNG DER TSCHECHOSLOWAKEI

Von Erwin Hölzle

Friedrich Metz zum 70. Geburtstag

Der Titel mag frappieren¹. Denn offensichtlich ist die Entstehung der Tschechoslowakei direkt nicht auf das in den Jahren der Entstehung 1918/19 schwer darniederliegende Rußland zurückzuführen. Die eben zur Macht gelangten bolschewistischen Herren standen im härtesten Kampf um ihre Existenz gegen die inneren Gegner von der Rechten bis zur Linken wie gegen die bewaffnete Intervention der Großmächte. Rußland war zerrissen, war ohnmächtig und es war auch von der Friedenskonferenz von Paris ausgeschlossen, die den Frieden der Welt bestimmen sollte. Als Schöpfer der Tschechoslowakei galten und gelten die Tschechen selbst und die Westmächte, voran Amerika. Die junge Republik zeigte sich dankbar: man kam in Prag am Wilson- oder am Masarykbahnhof an oder, für eine kleinere Strecke am Denisbahnhof (nach dem französischen Vorkämpfer Ernest Denis). Nach dem Zweiten Weltkrieg beim Wiedererstehen hat man die neutralen Namen der Protektoratszeit für die Hauptbahnhöfe beibehalten. Man hat doch nicht gewagt, einen Hauptbahnhof mit dem Namen Lenins zu benennen.

In der kommunistisch geleiteten tschechischen Geschichtswissenschaft herrschte zunächst die Tendenz vor, den Anteil des Westens, insbesondere der Amerikaner, als nicht entscheidend anzusehen, als minimal hinzustellen gegenüber der Schöpfung aus eigenem Willen: Die Tschechoslowakei entstand durch sich selbst, *création par lui-même*, um eine präzise Formel anzuwenden. Heute geht man noch weiter. Man verwirft nicht nur die „Wilsonlegende“, von der ein Buch des tschechisch-kommunistischen Diplomaten und Historikers Hájek spricht². Man setzt an die Stelle der Befreiung durch den Westen, durch Amerika, den entscheidenden Anstoß der bolschewistischen Revolution von 1917. Von hier, so sagt man, ist die Befreiung der Tschechen,

¹ Vortrag vor dem Collegium Carolinum in München am 15. Oktober 1959 und vor dem Institut für Europäische Geschichte, Abteilung Universalgeschichte, in Mainz am 16. Februar 1960. Der Vortrag beruht in weiten Partien auf unveröffentlichten Dokumenten des Archivs des französischen Außenministeriums. Daß sich gleichsam aus dem andern Lager die hier dargebotenen neuen Ansichten ergeben, wird diese noch mehr zu stützen geeignet sein.

² Jiří S. Hájek, *Wilsonovská legenda v dějinách Československé Republiky* (Die Wilsonlegende in der Geschichte der tschechoslowakischen Republik), Prag 1953.

ihre nationale Revolution zu datieren. Man sucht diese nationale Erhebung in eine sozialrevolutionäre umzumünzen und den Anteil Masaryks und Beneschs als Konterrevolutionären und Antibolschewisten zu schmälern. Die Arbeiterdemonstrationen des 14. Oktober werden, obwohl sie niedergeschlagen wurden, als Geburtstag der Republik angesehen und nicht die als bürgerlich abgestempelte Ausrufung der Republik vom 28. Oktober 1918³.

Diese suggestive These ist nicht ohne Antwort geblieben. Der amerikanische Exiltschechoslowake Victor Mamatey hat in einem umfangreichen Werk den Nachweis geführt, daß ohne den alliierten Sieg und die Initiative der Tschechoslowaken deren Unabhängigkeit nicht hätte verwirklicht werden können. Und er hat gerade Amerikas Anteil auf Grund veröffentlichter und unveröffentlichter amerikanischer Quellen herausgestrichen⁴.

So ist also die scheinbar rein historische Frage der Entstehung der tschechoslowakischen Republik zwischen die Fronten des Kalten Krieges geraten. Einig sind sich beide Teile in der Anerkennung des Anteils der Tschechen und Slowaken: der Selbstbefreiung also, und die Frage ist dabei nur, welcher Tschechoslowaken. Strittig ist vor allem die machtvolle Hilfe jeder der beiden heute vorherrschenden Weltmächte. Strittig ist damit die weltpolitische Konstellation und Entwicklung, die die Umwandlung des sogenannten „Herzens Europas“ ermöglichte. Welche Mächte haben diese Konstellation und Entwicklung geschaffen und vorwärtsgetrieben?

Denn es dürfte klar sein, daß die sogenannte Selbstbefreiung der Tschechen ohne jene weltpolitische Wandlung und die machtvolle Stütze, den Willen der einen oder andern oder beider aufsteigenden Weltreiche nicht hätte verwirklicht werden können. Die bisherige Rückschau war eben einseitig beeindruckt von der tschechischen Aktion. Verständliche Sympathien für die nationale Erhebung der Tschechen; die anfangs schier aussichtslosen, endlich doch siegreichen Anstrengungen und Bemühungen weniger, intellektuell hochstehender Männer; dann deren faszinierende, vielfach übersetzten Schilderungen des Befreiungskampfes — in der deutschen Übersetzung noch mit reißerischen universell gehaltenen Titeln: die „Weltrevolution“ Masaryks und der „Aufstand der Nationen“ Beneschs: dies alles hat beigetragen,

³ J. J. Udal'cov, Velikaja Oktjabr'skaja soc. revoljucija i svoboda Českoslovákii. Sbornik dokladov (Die große Oktoberrevolution und die Freiheit der Tschechoslowakei. Sammlung von Vorträgen). Moskau 1951. — V. Kral, O kontr-revoljucionnoj i antisovetskoj politike Masarika i Beneša (Über die gegenrevolutionäre und antisowjetische Politik Masaryks und Beneschs), Moskau 1955, vorher (1953) auch tschechisch. — Die Bol'saja Sovetskaja Enciklopedija Bd. 47 (2. Ausg. 1957), 302, betont, daß der Erfolg der Oktoberrevolution die Voraussetzung für die erfolgreiche Vollendung der revolutionären und nationalen Befreiung des tschechischen und slowakischen Volkes geschaffen habe. Siehe auch die Darlegungen und Nachweise über die jüngste sozialrevolutionäre Entstehungsthe von Eugen Lemberg, Volksbegriff und Staatsideologie der Tschechen, in: Zeitschrift für Ostforschung VIII, 1959, 193 ff.

⁴ Victor S. Mamatey, The United States and East Central Europe 1914—1918. A Study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda. Princeton 1957.

das Bild zu verzerren, die Aktion der Tschechen als entscheidend für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des tschechischen Staates erscheinen zu lassen. Auch die deutsche Geschichtsschreibung — und der Verfasser schließt einzelne Partien eigener früherer Studien nicht aus — war geneigt, den Anteil der Tschechen am Werden ihres Staates, besonders den Anteil der beiden führenden Männer, zu unterstreichen. Sie ging sozusagen auf die gesprächige Autobiographie, die Selbstbespiegelung, ein, mit dem Unterton, das persönlich Zufällige, die geschickte Taktik, die Untergrundtätigkeit, die glänzenden und unter einem universellen Aspekt verhüllten Schachzüge als künstliche Machenschaften einer künstlichen Staatsschöpfung zu kennzeichnen. Dabei galten dann leicht die Großmächte, ja die Weltmächte als die Getäuschten und Getriebenen.

Man wird eine intellektuelle Raffinesse, aber auch einen respektablen Einsatz und Willen bei der tschechischen Staatsgründung nicht verkennen können. Die politische Leistung ist zu achten als in die Geschichte eingegangene Leistung. Dies wird auch der unterschreiben müssen, der die Zertrümmerung des geschichtlichen Zusammenhangs im Donauraum und die einseitige antideutsche Richtung der neuen Staatsgründung als geschichtswidrig ansieht. Umwälzungen zerreißen immer einen geschichtlichen Zusammenhang, auch wenn sie sich auf ein historisches Recht, hier auf das „historische Staatsrecht Böhmens“, berufen. Die Geschichte besteht nicht nur aus Kontinuität, sondern auch aus Brüchen, so wenig gerecht diese gegen die Geschichte sein mögen.

Die Revision des Geschichtsbildes, die uns aufgegeben ist, wird jedoch nicht dabei stehen bleiben dürfen, daß sie Staatsschöpfer und Staatsschöpfung in ihrer geschichtlichen Bedeutung erkennt: als Wille und Werk des nationalen Freiheits- und Selbständigkeitsdranges eines kleinen, doch hochbegabten Volkes. Die Revision hat vordringlich weiterzugreifen, sie hat in unserm Jahrhundert nach den universellen Zusammenhängen zu fragen. Sie soll überprüfen, welche weltpolitischen Kräfte und Mächte die tschechische Staatsgründung gefördert und ermöglicht haben. Dabei befindet sie sich in der Gesellschaft der Staatsgründer selbst. Denn deren Überlegungen gingen, insbesondere bei Masaryk, in der gleichen weltpolitischen Richtung; nur daß diese Politiker nach ihren Zwecken wogen, und diese Zwecke waren variabel, während die Historie nach der Erkenntnis des Geschehenen strebt. Was in der eingangs genannten sowjetisch-tschechischen und amerikanisch-tschechischen Literatur strittig ist, das soll einmal abseits dieser Streitschriften nach der einen Seite hin untersucht werden: es ist die Frage, welche geschichtliche Bedeutung Rußland für die Entstehung der Tschechoslowakei gehabt hat.

Diese Frage besitzt eine geschichtliche Tiefe, die hier nur angedeutet sei. Denn sie führt weit in das 19. Jahrhundert zurück: zum Machtaufstieg des Ostreiches und seinem Übergreifen auf die Mitte Europas; zum Erwachen der slawischen Völker und des Panslawismus, der — wenigstens auf rus-

sischer Seite — die Vorherrschaft Rußlands über jene Völker erstrebte; zu den Plänen einer Auflösung und Aufteilung Österreichs-Ungarns, von der schon ein so deutschfreundlicher russischer Botschafter der Bismarckzeit wie Paul Schuwalow, allerdings in der Weinlaune, sprach⁵. Es bedurfte bald nicht mehr des Weines, um die Zungen zu lösen, sondern wurde offen ausgesprochener Wunsch mancher Russen, daß die Donaumonarchie von der europäischen Landkarte verschwinde. Das Nationalitätsprinzip gewann in dem zarischen Nationalitätenreich, doch eben expansiv nach außen, mehr und mehr die Herrschaft über die Geister.

Nun ist der Siegeszug des Nationalitätsprinzips weder zeitlich auf das endende 19. und das 20. Jahrhundert beschränkt — es reicht weit ins endende 18. Jahrhundert zurück — noch räumlich auf Rußland. Aber es nahm hier kurz vor dem Ersten Weltkrieg einen neuen und eben im Blick auf den Krieg folgeschweren Anlauf. Angefacht durch die erste russische Revolution von 1905 und den ersten Balkankrieg der meist slawischen Balkanvölker verbreitete sich in den führenden Schichten des Zarenreichs die mächtige Strömung des Neoslawismus. Wollte der ältere Panslawismus die Vorherrschaft Rußlands über die Slawen, so der Neoslawismus die Unterstützung, die Hilfe Rußlands für den Befreiungskampf der slawischen Völker. Dieser bislang vielfach unterschätzte Neoslawismus trug nicht wie der in Verruf gekommene Panslawismus zaristische und orthodoxe Züge. Er trug deutlich liberale Züge und er entstand auch in den Reihen der liberalen Opposition im Zarenreich. Dabei haben Einflüsse und Verbindungen zu neoslawistischen Strömungen bei den westslawischen Völkern, etwa zu Kramář und zu Roman Dmowski, mitgewirkt⁶. Entscheidend aber wurde, daß der russische Neoslawismus in das zarische Außenministerium einzog. Der seit 1910 amtierende Außenminister Sazonow, selbst slawischen Wunschträumen zugehört, berief den Fürsten Gregor Trubetzkoy als seinen „Vertrauensmann“ in das Außenministerium. Trubetzkoy stand in naher Verbindung zu liberalen Dumaabgeordneten⁷. Er ist der Verfasser einer Denkschrift, die Sazo-

⁵ Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914, V. Bd., Berlin 1927, 66: Aufzeichnung Herbert v. Bismarcks, 17. 10. 1886 (Graf Schuwalow: „il faut absolument, que nous fassions disparaître l'Autriche de la carte de l'Europe“).

⁶ Da die Darstellung von Hans Kohn, Pan-Slavism: its history and ideology, Notre-Dame 1953, in dem Kapitel „The Neo-Pan-Slavism (!) before World War I“ den russischen Neoslawismus übergeht, ist immer noch die abgewogenere ältere Geschichte von Alfred Fischel, Der Panslawismus bis zum Weltkrieg, Stuttgart 1919, mit dem Kapitel „Die Zeit des Neoslawismus“ vorzuziehen. Einer der Urheber der Unterschätzung des russischen Neoslawismus ist Eduard Beneš in seiner Schrift Problémy slovanské politiky, 1925. Darin behauptet er, daß der Schwerpunkt der slawischen Bewegung um die Jahrhundertwende bei den kleinen slawischen Völkern gelegen habe, und daß die Behauptung, das zarische Rußland hätte die Tschechen befreit, eine schädliche Theorie sei. Siehe E. Schieche, Eduard Beneš und die slawischen Ideen, Zeitschrift f. Ostforschung IV, 1955, 194 ff.

⁷ Erwin Hölzle, Der Osten im Ersten Weltkrieg, Leipzig 1944, 91 ff. (mit weiteren Nachweisen und Literatur). „Vertrauensmann“: Aufzeichnung des Gesandten Rosen, 30. 5. 1914, in: Große Politik, 37. Bd., 1. 126.

now als eigene dem Zaren vorlegte und die das hervorragendste Dokument des neuen Geistes im Außenministerium ist⁸. Hier heißt es — im Januar 1914 —, daß „Rußland auf die ihm von der Geschichte vorgezeichnete Rolle inmitten der slawischen Völker nicht verzichten“ könne, daß im Donauraum „wie historische Mächte wirkende und den Staatsmechanismus der österreichisch-ungarischen Monarchie unterwühlende Volksbewegungen“ existierten und daß diese Fragen in „untrennbarem Zusammenhang mit der Außenpolitik Rußlands“ stehen. Von der tschechischen Frage ist hier direkt noch nicht die Rede. Daß man aber auch an sie dachte, zeigt der von Wien abgelehnte vorhergehende Versuch, Trubetzkoy als russischen Konsul nach Prag zu senden⁹.

Auch innerhalb einer anderen russischen Gruppe, den marxistischen Emigranten um Lenin, trat etwa zur gleichen Zeit eine Wendung zum Nationalitätsprinzip ein. Dabei standen den damals in Wien weilenden Lenin und Stalin die Probleme des habsburgischen Vielvölkerreiches vor Augen. Doch noch konzentrierten die künftigen Herren Rußlands ihre radikale Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker als Recht der Lostrennung vom Staatsverband und der Selbständigkeit auf den unmittelbaren inneren Feind, die Zarenmonarchie, und deren Völker. Noch also waren die slawischen Völker Österreichs nicht direkt angesprochen. Doch der Weg zu einer expansiven Wendung des radikalen Prinzips war beschritten.

Das Ganze kann man als einen ideologischen Prolog zum Ersten Weltkrieg bezeichnen, der auf amerikanischer Seite eine Parallele in Wilsons gleichzeitiger Erneuerung der amerikanischen Idee der Völkerfreiheit hat: einen Prolog, der anzeigt, in welchem Sinne die aufsteigenden Weltreiche den drohenden Krieg und seine territorialen Lösungen gelenkt wissen wollten. Doch während sich Amerikaner und Bolschewisten im Grundsätzlichen, im Ideologischen bewegten und erst in der Endphase des Ersten Weltkriegs zur Durchsetzung ihrer Prinzipien gelangen sollten, wirkte sich die neoslawistische Wendung in der zarischen Außenpolitik direkt aus¹⁰.

Damit soll nicht die sogenannte „Kriegsschuld“ für den Ersten Weltkrieg einseitig nur Rußland aufgebürdet werden. Man kann sagen, daß alle europäischen Mächte zum Krieg bereit waren, in Unkenntnis der schweren Folgen und der Länge eines solchen Krieges. Rußland war nur bereiter, weil es durch zwei emotionale Tendenzen vorangetrieben wurde: passiv durch die Revolution, d. h. die Furcht vor der Revolution, die in den ablenkenden außenpolitischen Erfolg trieb, aktiv durch die gerade auf die slawischen Völker Österreich-Ungarns gerichtete neoslawistische Politik. Auch wenn

⁸ Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus, I. 1., Berlin 1931, 48 ff. (Bericht Sazonows an den Zaren, 20. 1. 1914).

⁹ Naše Revoluce 1937, 1. S. Berliner Monatshefte 1937, 914.

¹⁰ E. H ö l z l e, Prolog zum Ersten Weltkrieg, weltideologische Wandlungen in Amerika und Rußland, in: Historische Zeitschrift 180 (1955), 507 ff., und Die Weltmächte und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in: Außenpolitik, 6. Bd., 1955, 451 ff., auch für das Folgende.

in der genannten Denkschrift nicht von Krieg, sondern von der Erhaltung des Friedens die Rede war — der Adressat war der friedenswillige Zar —, so wiesen doch die Konsequenzen auf einen kaum anders als durch einen Krieg herbeizuführenden Umsturz in Österreich-Ungarn.

Der Krieg entzündete sich bekanntlich an einer anderen Ecke der Donaumonarchie als an der tschechischen, doch immerhin an einem slawischen Problem Österreich-Ungarns. Von allen slawischen Völkern oder Volksteilen der Monarchie standen die Tschechen am tiefsten im deutschen Volksraum und waren am wenigsten Grenzproblem. Kein benachbarter Staat war aufgerufen, sich dieser „Brüder“ des gleichen Volkes anzunehmen. Und doch ist sogleich bei Kriegsbeginn die tschechische Frage von Rußland in die internationale Diskussion eingeführt worden. Nicht die üblichen Aufrufe der Oberbefehlshaber, einmarschierende Truppen als Befreier von der Unterdrückung anzusehen, sind hier in erster Linie zu nennen; auch nicht der Empfang tschechischer Politiker durch Zar und Außenminister; sondern die vertraulichen Besprechungen Sazonows und des Zaren mit dem französischen Botschafter Paléologue. Hier beruhen die sonst ausgeschmückten Tagebücher des schriftstellerisch gewandten Botschafters im Wesentlichen auf seinen diplomatischen Berichten, wie der Verfasser im Pariser Archiv feststellen konnte. Bereits am 20. August 1914 nennt Sazonow unter den Kriegszielen die Befreiung Böhmens. Immer wieder warfen der Außenminister und der Zar selbst die Frage der Aufteilung der Donaumonarchie auf, bis zu dem Ausruf Sazonows: „Österreich-Ungarn muß zstückelt werden.“ Gereizt wendet er sich gegen Paléologue, der die tschechische Frage als untergeordnet ansehen wollte. „Zum mindesten“, so hieß es, sollte Böhmen die Autonomie erhalten. Doch auch damit war die Frage auf das internationale Feld verlagert¹¹.

Die Erörterungen und Forderungen des Zaren und seines Außenministers beeindruckten die französische Regierung tief. Der Präsident der Republik Poincaré und der Ministerrat berieten darüber und wiesen den Botschafter in Petersburg dringlich an, nicht den Eindruck zu erwecken, als könnte Frankreich einem österreichischen Sonderfrieden günstig sein und einen Druck auf Rußland ausüben, sich mit Bedingungen, die es für ungenügend halte, zu-

¹¹ Maurice Paléologue, *Am Zarenhof während des Weltkrieges, Tagebücher und Betrachtungen*, München 1939⁵, 88 (20. 8. 1914); 189 (21. 11. 1914, Nikolaus II. zu Paléologue: „Böhmen würde zum mindesten seine Autonomie fordern, und so würde sich denn Österreich auf die ehemaligen Erbländer, auf Deutschtirol und das Land Salzburg, beschränken müssen“). 231 (1. 1. 1915, Sazonow: „Und Böhmen? Und Kroatien? Würden Sie sie unter der augenblicklichen Regierung belassen? ... Das ist nicht möglich“ und wenig später: „Nein. Österreich-Ungarn muß zstückelt werden“). Der Originalbericht Paléologues an Delcassé vom 2. 1. 1915 weicht etwas von dem Tagebuchbericht ab; er spricht allein von Böhmen, nicht auch von Kroatien, und enthält das Wort von der Zerstückelung nicht. — Über die Heeresaufrufe C. Jay Smith, jr., *The Russian Struggle for Power, 1914 bis 1917*, New York 1956, 16 f., 117 f.

friedenzugeben¹². Wir haben bis heute noch keine Kenntnis der englischen Akten, doch können wir annehmen, daß Rußland in ähnlicher Weise auf England einwirkte. Aus Furcht, Rußland könnte aus der gemeinsamen Kriegsfrente ausbrechen und damit den Ring um Deutschland sprengen, wenn ein Sonderfriede mit Österreich gefördert werde, haben die Westmächte diesen Gedanken lange, effektiv bis zum Ausscheiden Rußlands aus der Kriegsfrente durch die russische Revolution, zurückgestellt.

Damit war die Bahn frei für die Aktion der tschechischen Emigranten. Masaryk hat in seinen ersten Denkschriften die bestimmende Rolle Rußlands für die tschechische Unabhängigkeit wohl beachtet und deshalb sogar die monarchische Staatsform und die direkte Nachbarschaft Rußlands gefordert¹³. Er hatte zunächst mit einem Mittelsmann des russischen Außenministeriums angeknüpft, bevor er nach England und Frankreich ging. Er erwartete, wie er seinen Anhängern zuhause schrieb, den Einmarsch der Russen in Prag, um in offene Aktion treten zu können¹⁴.

Allerdings hemmten gerade die russischen Niederlagen im Gefolge der deutschen Offensive von 1915 die weitere Entwicklung der tschechischen Frage. Doch blieb Rußland die Schutzherrin der Tschechen. Es wachte eifersüchtig darüber, daß es die Vormacht im böhmischen Raum blieb und die Westmächte dort nicht bestimmenden Einfluß erlangen sollten¹⁵. Und diese achteten lange die russische Empfindlichkeit¹⁶.

Es war Rußland gewesen, das sofort bei Kriegsausbruch einen Vertrag, keinen Sonderfrieden zu schließen vorschlug und durchsetzte. Später, noch im Jahre 1916, wurde auf russisches Verlangen hin eine Zusatzvereinbarung

¹² Raymond Poincaré, *Au service de la France*, VI. Bd., Paris 1930, 5 f., gibt als Grund der Haltung der französischen Regierung die Furcht an, Rußland könne sich nach einem Sonderfrieden mit Österreich auch aus dem Kriege gegen Deutschland zurückziehen. Die im Text gegebene Darstellung beruht auf dem Telegramm Delcassés an Paléologue. Dieser preßt in seinem Tagebuch das Telegramm dahin zusammen, daß ihm dringlichst anempfohlen sei, niemals ein Wort auszusprechen, durch welches die russische Regierung vermuten könnte, daß Frankreich ihr Österreich-Ungarn nicht vollständig überlasse (248).

¹³ Hierüber neuerdings E. Birke, *Das neue Europa in den Kriegsdienkschriften T. G. Masaryks 1914—1918*, in: *Zur Geschichte und Problematik der Demokratie*, Festgabe für H. Herzfeld, Berlin 1958, 551 ff.

¹⁴ Die Internat. Beziehungen II. 6. 2. 696 u. II. 8. 1. 13f. Madeleine Levée, *Les précurseurs de l'indépendance tchèque et slovaque*, Paris 1936, 138. (Masaryk, nach 3. 4. 1915: „J'ouvrirai les hostilités au moment favorable, d'après la situation stratégique et diplomatique. J'attends que les Russes pénètrent en pays tchèque“).

¹⁵ Noch im Herbst 1916 äußerten sich zwei Denkschriften des russischen Außenministeriums in diesem Sinne. S. Hölzle, *Osten* 162.

¹⁶ General Joffre berichtet an den französischen Ministerpräsidenten am 25. 7. 1916, daß der Beauftragte des tschechischen Nationalrats Štefánik, der nach Rußland zur Aushebung tschechischer Truppen reisen sollte, auch politische Pläne der Einkreisung Deutschlands durch einen polnischen, ungarischen, serbischen und böhmischen Staat (mit Schlesien) verfolge. Er solle auf seine militärische Mission beschränkt bleiben, da seine Pläne in Rußland Verdacht erweckten. Dazu siehe Eduard Beneš, *Der Aufstand der Nationen*, Berlin 1928, 100 ff., der wohl diesen Vor-

getroffen, wonach keine Frage auf der Friedenskonferenz ohne vorherige gegenseitige Übereinkunft vorgebracht werden konnte¹⁷. Es war gleicherweise Rußland gewesen, das die Kriegszieldebatte unter den Alliierten eröffnete und hierbei eben das Ziel der Auflösung der Donaumonarchie und der Eigenstaatlichkeit der Tschechen, wenn auch zeitweise in der Form der Autonomie, verkündete. Dahinter stand die Tendenz, die der Fürst Abamalek-Lazarev, einer der wirkungsvollsten nationalistischen Kriegspropagandisten, offen bekannte: „Niemand von unseren Verbündeten darf einen Einfluß auf die Entscheidung über das Los der Slawen haben“¹⁸.

Doch dies alles schien im reißenden Strom der Kriegsniederlagen, der Kriegsnot und der inneren Zerrüttung des Zarenreichs weggeschwemmt zu werden. Das schwer angeschlagene und zerfallene zarische Rußland konnte ein so weitgreifendes Kriegsziel wie die tschechische Selbständigkeit nicht mehr vorwärtstreiben. In der ersten Kriegszielerklärung der Alliierten auf die Friedensnote Wilsons zu Beginn des Jahres 1917 blieb es bei der wenig präzisen Erwähnung der Befreiung der Tschechoslowaken von fremder Oberherrschaft. Der schüchterne Wunsch des russischen Außenministers nach klarer Fassung einiger „vager Formeln“ blieb ungehört. Das französische Außenministerium, das federführend war, ging von einem umfassenden Memorandum Briands aus, in dem es von den Tschechoslowaken und den Serbokroaten hieß, daß sie sich „in autonomen Gruppen, sei es als unterschiedene Staaten, sei es als Teilhaber an einer Föderation“ organisieren könnten. Zur gleichen Zeit ließ man Sixtus von Parma wissen, daß man, außer der Vertragserfüllung gegenüber Italien, Rumänien und Serbien, Österreich nicht schwächen wolle¹⁹. Man erklärte in Paris sogar Benesch, daß man sich andere Lösungen vorbehalten müsse.

gang übergeht, doch eingehend über den Reiseplan Štefániks und dessen Zweck, den russophilen Tschechen Dürich zu überwachen, berichtet. Auch die vollständige französische Übersetzung *Souvenirs de guerre et de révolution*, Paris 1928, I. 201 ff., weiß nichts von der Warnung. Über diese zu berichten hätte der Tendenz von Benesch widersprochen, das Gewicht Rußlands möglichst zu verkleinern. Siehe ebd. I. 304 ff. das bezeichnende Kapitel: *La politique de la Russie tsariste et notre lutte pour l'émancipation*.

¹⁷ Unmittelbarer Anlaß war der Geheimvertrag über den Kriegseintritt Rumäniens und die Befürchtung Rußlands, daß die bessarabische oder eine andere Frage aufgerollt werden könnte. Doch ist auch hier die russische Initiative für die Kriegszielpolitik kennzeichnend. *Un livre noir*, Paris o. J., III, 3. 146 f. (Ministerpräsident Stürmer an den Botschafter in Paris, Iswolsky, 8. 8. 1916). Dazu Iswolsky an Briand, 11. 8. 1916, und Note der britischen Botschaft vom 11. 8. 1916 bei den französischen Akten, in der von einer „russischen Stipulation“ gesprochen wird.

¹⁸ Abamalek-Lazarev, *Zadači Rossii i uslovija pročnago mira* (Die Aufgaben Rußlands und die Bedingungen eines dauerhaften Friedens), Petrograd 1915.

¹⁹ Entwurf einer Anweisung Briands an den Botschafter in London, Paul Cambon, 6. 11. 1916: „Les Slaves occidentaux, Tcheco-Slovaques et Serbo-Croates... puissent s'organiser fortement en groupes autonomes, soit comme États distincts, soit comme participants à une fédération.“ In der endgültigen Anweisung vom 12. 1. 1917 wurden die Tschechen überhaupt nicht erwähnt. Diese Anweisung ist

Da öffnete wenige Monate später die russische Märzrevolution erneut den Weg der tschechischen Selbständigkeit. Nun hatte sich die slawische Vormacht mit dem Geist der Demokratie versöhnt. Nun standen die liberalen Förderer des Neoslawismus an der Spitze der Regierung, voran der Fürst Lwow als Ministerpräsident und Paul Miljukow als nunmehriger Außenminister. Dieser erklärte in einer Pressekonferenz über die Kriegsziele der russischen Demokratie, daß Österreich-Ungarn reorganisiert und seine unterworfenen Völker befreit werden sollten; dazu gehöre eine Lösung der tschechoslowakischen Frage im Sinne der Errichtung eines unabhängigen tschechoslowakischen Staates. Masaryk beglückwünschte denn auch in einem Telegramm „das große Werk, das Rußland für die Slawen und die Menschheit erfülle“²⁰. Er beschloß, in das Land slawischer Freiheit zu reisen.

Wohlgemerkt, er reiste nicht zur anderen Weltmacht Amerika, die eben zu gleicher Zeit, übrigens von dem Ereignis der russischen demokratischen Revolution vorangetrieben, in den Krieg eintrat und sich mit ihrer ganzen riesigen Macht anschickte, den Frieden der Völkerfreiheit zu erzwingen. Masaryk reiste nach Osten und blieb in Rußland fast ein Jahr lang, vom Mai 1917 bis zum März 1918. Er erlebte also dort den ungeheuren Umbruch von einer Demokratie zur Diktatur der radikalen Marxisten, der Bolschewisten.

Auch die tschechische Frage wurde in den Strudel der russischen Umwälzung getrieben. Als Masaryk in Rußland ankam, mußte Miljukow wegen seines Festhaltens an den expansiven Kriegszielen bereits abgehen. Lenin war zurückgekehrt und trieb durch seine massive Propaganda des Friedens ohne Annexionen und des radikalen Selbstbestimmungsrechts auch der Fremdvölker Rußlands die Auflösung und den Umsturz voran. Die demokratische Regierung sah sich immer mehr in die Defensive gedrängt. Die Wünsche für die slawischen Völker wurden wie Nebelschwaden von dem alles erfassenden inneren Sturm weggefedt. Als Lenin und die Seinen die

nur sehr unvollständig bei Georges Suarez, Briand, Paris 1940, IV. Bd., 128 f., wiedergegeben. Ebd. 115 über eine Äußerung Jules Cambons zu Sixtus von Parma vom 23. 11. 1916. Paléologues Bericht vom 23. 12. 1916: Der russische Außenminister Pokrowski habe den Entwurf der Antwort an Wilson gebilligt. Nur hätten ihm einige Formeln zu vag erschienen, daher er 24 Stunden Reflexion wünschte. Doch Paléologue bestand auf sofortiger Zustimmung, die dann auch gegeben wurde. — Beneš, Souvenirs I. 261 ff.

²⁰ Vlastimil Kybal. Les origines diplomatiques de l'état tchécoslovaque, Prag 1929, 26. La Nation tchèque vom 1. 4. 1917: das Telegramm Masaryks; die Antwort Miljukows in der gleichen Zeitschrift vom 15. 4. 1917. Die Presseerklärung Miljukows vom 4. 4. 1917 bei Mamaty 95. Ebd. 34 eine kennzeichnende, nicht näher datierte Stellungnahme Masaryks aus dem Jahre 1917: er sei russophil wie nur wenige, doch sei er nicht zarophil und nicht blind; er anerkenne, was Rußland für die Tschechen tue... Wenn er sage, daß die Tschechen nicht alles auf eine Karte setzen sollten, so weil Rußland schwach sei und vielleicht andere sein Schicksal bestimmen. Der Schluß dieser Äußerung läßt darauf schließen, daß die Äußerung im Herbst 1917 erfolgte.

Macht im November 1917 an sich rissen, verkündeten sie sogleich die Friedensforderung²¹. Sie sollte zum Sonderfrieden mit Deutschland und Österreich-Ungarn und damit zum Ausscheiden Rußlands aus dem Kriege führen. Damit war die tschechische Sache der russischen Schutzmacht beraubt. Es war nur ein kurzer Seitenblick, wenn der sowjetische Außenkommissar Trotzki in seinen Geheimverhandlungen mit dem französischen Botschafter Noulens vor Brest-Litowsk zugunsten einer Wiederaufrichtung der Kriegsentente das Selbstbestimmungsrecht für Böhmen forderte²². Der Weg Lenins ging über die Tschechen hinweg zum Frieden mit den Mittelmächten.

Doch die Westmächte traten nun nicht an die Stelle Rußlands. Zwar erklärte Wilson Anfang Dezember 1917 den Krieg gegen Österreich-Ungarn, hauptsächlich wohl, um den Ausfall des Ostreichs und die Bedrängnis der westeuropäischen Mächte durch den deutschen Sieg von Flitsch-Tolmein mit dem entschiedenen Eintreten Amerikas in die Kriegsfront auszugleichen. Aber er gestand, daß er sehr ernste Zweifel über die Wirkung auf die internationale Lage hege, legte den Akzent auch darauf, daß Österreich nicht mehr sein eigener Herr, sondern Vasall Deutschlands sei und beteuerte, es nicht schwächen oder umformen zu wollen. So bog er auch bald in die Linie eines Sonderfriedens mit der Donaumonarchie ein²³. Gerade das Ausscheiden Rußlands drängte schließlich die alliierten Mächte dazu, diesen Sonderfrieden erneut ins Auge zu fassen. Für einen solchen Frieden mußte die tschechische Unabhängigkeit geopfert werden. Wilson sprach in seinen Vierzehn Punkten vom 8. Januar 1918 nur von einer „freiesten Erleichterung zu autonomer Entwicklung“ für die Völker der Donaumonarchie²⁴. Ohnmächtig wandte sich Benesch gegen die, wie er sagte, „oratorischen Mani-

²¹ Die Izvestija vom 30. 10. 1917 alten Stils, also nach dem Umsturz, erklärte: den Krieg fortzusetzen, bis die Völker Österreich-Ungarns zufriedengestellt seien, heiße den Krieg auf unbestimmte Zeit verlängern. Nach Mamatey 99.

²² Bericht von Noulens v. 19. 12. 1917. Trotzki: die neuen Herren Rußlands blieben dem demokratischen Frieden zugetan mit Selbstbestimmungsrecht für Böhmen, Elsaß und alle andern Nationen, die ein Recht auf ein Plebiszit hätten. Auf die Gegenfrage von Noulens, was sie täten, wenn Deutschland nicht unterzeichne, antwortete Trotzki, daß sie keinen Frieden schließen und den revolutionären Krieg eröffnen würden. Wenn die Bolschewisten gegen ihre inneren Feinde unterlägen, würde Rußland in Anarchie fallen und die Deutschen würden die Herren sein.

²³ Gegenüber Mamatey 156 ff. lege ich Gewicht auf die Erwägungen gegenüber Rußland. Siehe darüber sorgfältig abwägend George Kennan, *Soviet-American Relations, 1917—1920*, Bd. I: *Russia Leaves the War*, Princeton 1956, 140 ff., doch ohne Behandlung der österreichischen Frage. Kennzeichnend für die Unsicherheit Wilsons sind die logischen Purzelbäume in seiner Rede vom 4. 12. 1917, s. Wilson, *Das staatsmännische Werk in seinen Reden*, Berlin 1919, 208 ff.

²⁴ Der zehnte Punkt: „The peoples of Austria-Hungary, whose place among the nations we wish to see safeguarded and assured, should be accorded the freest opportunity of autonomous development.“ Wilson interpretierte diese Worte gegenüber dem französischen Botschafter Jusserand, daß die autonome Entwicklung von jeder Fessel frei sein solle (*doit être libre de toute entrave*). Bericht Jusserands v. 28. 1. 1918.

festationen" der Ententestaatsmänner zugunsten Österreich-Ungarns²⁵. Er hätte sich sagen müssen, daß sein Protest selbst nur eine „oratorische Manifestation" war. Der Sonderfriede mit der Donaumonarchie war ein auf mancherlei diplomatischen Wegen ernsthaft erstrebtes Ziel der Westmächte, insbesondere der angelsächsischen Mächte. Weder im Osten noch im Westen schien noch irgendeine Hoffnung für die tschechische Unabhängigkeit.

Da kamen der tschechischen Sache zwei Folgen der Entwicklung des Krieges zum Weltkrieg zuhelfe. Beides waren Folgen des östlichen Geschehens. Das eine war die ideologische und politische Konsequenz aus einer ideologischen Forderung. Solche historischen Phänomene werden leicht unterschätzt, und man hält sich dann für sehr realpolitisch. In einer Welt der Massenmächte sind aber Ideologien besonders starke reale Kräfte. Moderne Kriege schreiben sie dann noch mit blutigen Lettern. Doch Ideologien gehören als geistige Kräfte zu den komplexen, schwer erfassbaren und erklärbaren Erscheinungen der Geschichte. Trotzdem muß versucht werden, sie auch hier in knapper Form zu deuten, um Mißverständnisse auszuschließen.

Es ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker, um das es sich handelt: ein Prinzip, das aus älteren Nationalitätsideen vielfältig gespeist, in der deutschen Einigungsbewegung Formulierung und Namen erhielt. Doch weltumfassendes Prinzip wurde es durch die Amerikaner, vor allem Wilson, und durch die russischen Revolutionäre. Als amerikanisches Prinzip fußt es auf einer großen, dauernden Idee der Freiheit des Einzelnen und der Völker und soll als Recht auf Selbstbestimmung in den Maßen der Völkergemeinschaft verwirklicht werden. Bei den russischen Revolutionären, voran Lenin, wird es zum Hebel der Revolution als radikales Recht eines jeden Volkes oder Volksteiles auf Lostrennung vom bisherigen Staatsverband. Lenin erkannte mit der Schärfe des zielbewußten Willens, daß er mit diesem Hebel die Welt eher aus den Angeln heben und für die proletarische Revolution reif machen konnte als durch seine kommunistische Forderungen im engeren Sinne²⁶. Es war ihm nicht um nationale Freiheiten zu tun — als Ziel behielt er immer im Auge die Verschmelzung — *slijanie* — der Völker im Zeichen der proletarischen Revolution, und das heißt Diktatur.

Diese grundsätzliche Klärung führt scheinbar vom Thema weg; sie ist aber Voraussetzung, wenn auch nur als Erinnerung, für das Folgende. Nach der bolschewistischen Revolution stellte Lenin sogleich mit der Friedensforderung das Prinzip des radikalen Selbstbestimmungsrechts für alle Völker der Welt auf. Er forderte es gerade für die unterdrückten Völker der Westmächte, sei es in der Heimat, so für die Iren, sei es in den Kolonien und im Orient. Der gegenüber ideologischen Drohungen sehr wachsame amerikanische Präsident witterte sogleich die Gefahr. So verkündete er die

²⁵ Beneš, „Lloyd George, Wilson et Pichon contre l'Autriche-Hongrie“, in: La Nation tchèque vom 1. 2. 1918.

²⁶ Erwin Hölzle, Lenin 1917, die Geburt der Revolution aus dem Kriege, München 1957.

Vierzehn Punkte, die durch die Bestimmung der einzelnen territorialen Forderungen eine Art ideologisches Containment, Eindämmung, darstellen: Die radikalen und universellen Folgen sollten eingeschränkt werden. Doch das Echo des Selbstbestimmungsrechts bei den europäischen Völkern war derart stark, daß sich der Siegeszug des Prinzips fortsetzte. In der Endauseinandersetzung des letzten Kriegsjahrs ließen sich Wilson und die europäischen Westmächte mehr und mehr von dem Prinzip bestimmen, das zudem ihren eigenen demokratischen Idealen entsprach. Die Schranken der Kriegsinteressen, wie etwa des Interesses an einem österreichischen Sonderfrieden, mußten schließlich fallen. Das Selbstbestimmungsrecht kam schließlich dem tschechischen Verlangen nach Selbständigkeit zugute, wiewohl Masaryk und die Seinen aus Furcht, es könnte von den Sudetendeutschen beansprucht werden, das „historische Staatsrecht Böhmens“ als Rechtfertigung bevorzugte. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war für den böhmischen Raum schon eine radikale Forderung mit weittragenden Folgen. Zunächst aber trieb es einseitig die Sache der Tschechen vorwärts. Wenn man fragt, wer in jenen Monaten dem Prinzip den stärksten Anstoß verlieh, so ist objektiv das bolschewistische Rußland zu nennen, auch wenn man weiß, daß die Herren des Kremls nur weltrevolutionäre Zwecke damit verfolgten.

Ist hier also der aktive, vorwärtstreibende Anteil Rußlands unverkennbar, so ist in der andern, dem tschechischen Selbstständigkeitsdrang zugutekommenden Frage Rußland Objekt, doch ein Objekt, das den Lauf der Dinge wesentlich bestimmte. Es ist die Frage der tschechischen Legion in Rußland. Dieser Truppenkörper, aus übergelaufenen oder gefangengenommenen Tschechen der österreichischen Armee zusammengestellt, war in der völligen Auflösung der russischen Armee im Gefolge der Revolution fast der einzige noch intakte Verband, der für die Zwecke der kriegsführenden Westmächte in Frage kam. Aber wie und gegen wen konnte er verwendet werden? Es gab vielerlei Schwankungen und Wendungen in der Frage, die hier auch nur grob nachzuzeichnen nicht möglich und wohl auch nicht nötig ist. Die Interessen der einzelnen Westmächte waren durchaus nicht konform, und die Situationen änderten sich dauernd. Das Geschick der tschechischen Legion wurde Teil des Interventionskriegs in Rußland.

Diese bewaffnete Intervention der alliierten Mächte gegen das abtrünnige bolschewistische Rußland ist eine der strittigsten Fragen der neuesten Geschichte und hat ein kaum mehr zu bewältigendes Schrifttum nach sich gezogen. Ihr kommen weltpolitische Maße zu. Denn es war nicht allein das europäische Rußland, das in Frage stand. Zunächst sollten die Tschechen nach dem Wunsche Frankreichs das bolschewistische Regime stürzen helfen²⁷. Dann, als die deutsche Westoffensive begann, rief das schwer be-

²⁷ Bereits ein Monat nach dem bolschewistischen Umsturz schreibt der französische Außenminister Pichon an den Botschafter Noulens, daß allein die disziplinierten Gruppen der Tschechen als Hebel dienen könnten, um die antibolschewistischen Kräfte in Rußland zu stützen. Der Weisung vom 11. 12. 1917 ist ein Telegramm

drängte Frankreich die Tschechen an die Westfront. Als diese bei ihrem Abzug fast die gesamte sibirische Bahn in ihre Hand brachten, verknüpfte sich mit ihnen das Schicksal des riesigen russischen Asiens. Ihr Verbleiben dort im Kampf gegen die Bolschewisten war im wesentlichen eine Forderung Englands. Wilson hinwiederum mußte zu ihrer Sicherung die japanische bewaffnete Intervention in Kauf nehmen und sah sich nun gezwungen, auch in die amerikanische Intervention zu willigen, um den Japanern das Feld nicht allein zu überlassen. Man kann schon sagen, daß der machtpolitische Hohlraum Rußlands beinahe alle Mächte der Welt ansog.

Mit dem Pfunde der Legion in Rußland wucherten die tschechischen Anführer äußerst geschickt. Sie haben nacheinander Frankreich, dann England und schließlich die Vereinigten Staaten für die Förderung ihrer Unabhängigkeit gewonnen, wenn auch die Angelsachsen sich in der förmlichen Anerkennung weitgehend zurückhielten. Hätte es sich nur um tschechische Truppen in Westeuropa gehandelt, so wären diese wohl kaum zu dieser politischen Funktion gelangt. Es war das russische Problem, das ihnen diese Rolle im Spiel der Mächte zwies.

Vom russischen Problem ging auch der führende Mann der Tschechen aus, als er von Rußland nach Amerika hinüberwechselte. Thomas Masaryk schrieb auf der langen Fahrt über Sibirien und den Stillen Ozean sein Programm des „Neuen Europa“, in dem er, wie er sagte, den „slawischen Standpunkt“ vertrat. Er suchte in Presseinterviews und in diplomatischen Gesprächen die staatsmännische Rolle eines Vermittlers zwischen dem bolschewistischen Rußland und den Westmächten zu spielen. Der Lobredner der Sowjets war diesen dankbar, daß er die tschechischen Truppen hatte ausheben können. Er trat für die Anerkennung Sowjetrußlands ein²⁸. Dadurch kam er zwar beim französischen Außenminister in den Verdacht „beinahe bolschewistischer Tendenzen“²⁹. Aber er gewann mit seiner Fürsprache allmählich Einfluß auf den Präsidenten Wilson, der in seinen weltpolitischen Überlegungen immer wieder auf Rußland blickte. Noch in der Denkschrift vom 31. August 1918 argumentierte Masaryk, daß der Zusammenbruch Österreich-Ungarns auch für Rußland vorteilhaft sei, da dieses dann durch eine Reihe freier

von Benesch an Masaryk beigelegt, in dem emphatisch die tschechische Position im Westen als besser denn je geschildert und Masaryk gebeten wird, mit dem französischen Botschafter zusammenzuarbeiten. Es solle eine energische Aktion eingeleitet werden, um Rußland zu helfen, aus seiner Anarchie herauszukommen. Beneš, Souvenirs II. 175 ff. berichtet darüber nichts.

²⁸ Masaryk ließ durch die französische Botschaft in Tokio am 15. 4. 1918 folgende Mitteilung machen: Du moment où les Alliés reconnaissent le Gouvernement bolchéviste Lénine qui est honnête homme serait heureux de trouver après de l'Entente des éléments de résister à la domination allemande. Von den Bolschewistengegnern sei nichts zu hoffen. Er habe die Tschechentruppen ausheben können, weil er den Maximalisten Vertrauen eingeflößt habe.

²⁹ Pichon an Jusserand, 30. 4. 1918: Masaryks professorale Mentalität und seine beinahe maximalistischen Tendenzen verführten ihn dazu, sich der Verwendung der tschechischen Truppen in Rußland an der Westfront zu widersetzen.

Staaten von dem bedrohlich gefährlichen Deutschland getrennt sein werde³⁰. Für Wilsons Denkungsart waren solche Argumente nicht ohne Bedeutung.

Man kann also einmal im radikalen Selbstbestimmungsrecht der Bolschewisten, dann in der politischen Funktion der tschechischen Legion wie der damit eng verbundenen Tätigkeit Masaryks die russische Komponente der tschechischen Selbständigkeit im Jahre 1918 wirksam sehen: im Jahre 1918, das ein darniederliegendes Rußland und den übermächtigen Sieg der Westmächte erlebte, die nunmehr das Geschick der Welt in Händen hatten.

Das Jahr 1919 sollte ihre Entscheidung über das Geschick der Welt bringen und damit auch über die Mitte Europas. Hier hatten im Gefolge des Auseinanderbrechens Österreich-Ungarns die Tschechen am 28. Oktober 1918 die Gewalt in Prag übernommen. Um die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit zu erzwingen, drohte die Konferenz der vereinigten Tschechen in Genf wenige Tage später, daß die Bolschewisten die Herrschaft in Prag an sich reißen würden, wenn die Ententemächte Österreich retten wollten. Andererseits bot Benesch an, mit den tschechischen Truppen in der Ukraine einzumarschieren, um auf diese expansive Weise Mitteleuropa vor den Bolschewisten zu sichern³¹. Damit waren zwei Themen angesprochen, die die Friedenskonferenz von Paris, selbstverständlich unabhängig von den tschechischen Propagandathesen, überschatten sollten: die bolschewistische Gefahr und die Sicherung Europas vor ihr.

Die Friedenskonferenz, die wir mit dem Namen Versailles zu bezeichnen pflegen, hatte nach dem üblichen Geschichtsschema Deutschland zum Hauptgegenstand. Daß man aber mit mehr Recht sagen könnte, Rußland sei dies gewesen, zu dieser Erkenntnis hat erst der Zugang zu den lang geheimgehaltenen Dokumenten der Friedenskonferenz geführt. Insbesondere die Protokolle der Vorkonferenzen, des sogenannten Zehnerrats und des die Zügel an sich reißenden Rats der großen Vier, also Wilsons, Lloyd Georges, Clemenceaus und Orlandos, erwiesen die geradezu zentrale Bedeutung der „russischen Frage“. Denn es war den Staatsmännern um den Frieden in der Welt zu tun, besonders den beiden Weltmächten Amerika und England, und zum Frieden der Welt war die dritte Weltmacht, auch wenn sie darniederlag, notwendig. Doch wie jener Weltfriede hergestellt werden konnte, ob im Einvernehmen mit den Bolschewisten oder durch deren Sturz, darüber waren sich die führenden Männer nicht einig, ja sie schwankten selbst. Das Ungeheuerliche, daß eines der Weltreiche sich dem eben über die Welt sieg-

³⁰ Die Denkschrift vom 31. 8. 1918 bei Kybal 71 ff. Sie kam allerdings nach Mamatey 307 zu spät für Wilsons Entscheidung der Anerkennung der Tschechoslowaken, die am 3. 9. veröffentlicht wurde. Doch darf man annehmen, daß das Argument auch in der verhergehenden Unterredung Masaryks mit Lansing gebraucht wurde und dieser es in seiner längeren Aussprache mit Wilson weitergab. Die Denkschrift war von Lansing in der Unterredung mit Masaryk erbeten worden und wird wohl ein Resumé des mündlich Vorgetragenen gewesen sein.

³¹ Bureau de Presse français, La Conférence tchécoslovaque, 1. 11. 1918, und Conversation avec Ms. Benes, 2. 11. 1918.

reichen demokratischen Prinzip versagte, ja schroff den Gegensatz setzte, konnte nicht so rasch hingenommen und verwunden werden, und die Chancen der Änderung und Wiederherstellung einer demokratischen Welt riefen dazu auf, genützt zu werden. An der Unentschiedenheit der westlichen Staatsmänner über die russische Frage aber ist der Weltfriede gescheitert³².

Gescheitert ist zunächst die Teilnahme der Russen an der Friedenskonferenz. Sie konnten also direkt nicht auf die internationale Regelung der tschechischen Frage einwirken. Doch, wie ein Amerikaner treffend gesagt hat³³, saß Lenin auf unsichtbarem Stuhl als Fünfter im Rate der großen Vier, d. h. indirekt wirkte das bolschewistische Rußland trotz seiner Schwäche auf fast alle Fragen ein. Es war eben latent eine Weltmacht geblieben, die, wenn auch zurückgedrängt, mit ihren riesigen Land- und Volksmassen auf das zentrale Europa drückte. Auch blieb im Viererrat nicht unbemerkt, daß sich hinter der bolschewistischen Revolutionsform ein nationalistischer Zug verberge, daß also durch sie der Nationalismus der kleinen Völker angefacht wurde. Dies galt gerade für die Slawen. Wilson erkannte bereits die Gefahr, daß diese sich dem russischen und bolschewistischen Einfluß öffneten und ein europafeindlicher Block der Slawen sich bilde. „Die Slawen“, so sagte er prophetisch, „haben das ungeheuerere Menschenreservoir Asiens hinter sich, dessen Haltung und Bestimmung das große Problem der Zukunft sein werden“³⁴.

Dieses Wort wurde in unmittelbarem Zusammenhang mit der jugoslawischen Frage von Wilson gesprochen. Er hat sich in dem italienisch-jugoslawischen Streit über die Adria, der wie kein anderer die Konferenz erschütterte, für die Jugoslawen eingesetzt. Die tschechische Staatsanerkennung und Grenzregelung wirbelte auf der Konferenz kaum Staub auf. Mit wenigen Worten wurde im Viererrat über das Schicksal der dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen entschieden: man beließ es bei der alten österreichisch-deutschen Grenze, da es, wie Clemenceau sagte, die „einfachste“ Lösung sei³⁵.

³² E. Hölzle, Versailles und der russische Osten, in: Ostdeutsche Wissenschaft, Jahrbuch des Ostdeutschen Kulturrats Bd. V, 1958 (Festschrift für Wilhelm Schüßler), 486 ff.

³³ Thomas A. Bailey, Wilson and the Peacemakers, New York 1947, I. 312.

³⁴ Paul Mantoux, Les délibérations du Conseil des Quatre, Paris 1955, 100 f. (Sitzung vom 31. 1. 1919, Balfour über das Regime Bela Kuns: „Le gouvernement bolchéviste a un côté nationaliste“ und Wilson: „Le gouvernement de Budapest ... est probablement nationaliste. C'est un gouvernement de soviets parce que c'est la forme de révolution à la mode“). 338 (Sitzung vom 22. 4. 1919, Wilson: „Si les Slaves ont le sentiment d'une injustice, cela rendra l'abîme infranchissable et ouvrira la route à l'influence russe et à la formation d'un bloc hostile à l'Europe occidentale“). 345 (Sitzung vom 23. 4. 1919, Wilson: „Les Slaves ont derrière eux l'immense réservoir des populations de l'Asie, dont l'attitude et dont la destinée seront le grand problème de l'avenir“).

³⁵ Mantoux I, 149 (Sitzung vom 4. 4. 1919, Clemenceau: „Le plus simple est de maintenir la frontière telle qu'elle était avant la guerre... Quant à la question des Allemands de Bohême, elle n'a rien à faire avec les préliminaires de paix

So begegnen wir nur ganz vereinzelt Hinweisen auf das russisch-tschechische Verhältnis. Als die Tschechen in ihrer expansiven Tendenz auch auf Ostgalizien übergreifen wollten, erinnerte sich der französische Außenminister der Masarykschen Pläne einer russisch-tschechischen Allianz und ließ Benesch warnen³⁶. Hinwiederum stellte sich Clemenceau vor die Polen und Tschechen, als Lloyd George in seinem Memorandum von Fontainebleau eine für die Deutschen günstige Ostgrenze, übrigens ausdrücklich nur gegenüber den Polen, forderte. Clemenceau wandte ein, daß Polen und Tschechen nur dank ihres Nationalgefühls dem Bolschewismus sich widersetzen und daß sie, werde jenes Gefühl verletzt, eine leichte Beute des Bolschewismus würden; das einzige Bollwerk, das dem russischen und deutschen Bolschewismus entgegenstehe, werde dann zertrümmert werden³⁷.

Sind es auch nur vereinzelte Stimmen, so weisen sie doch auf den großen Zusammenhang hin: auf die bedrohliche Ausbreitung des Bolschewismus und auf den geplanten und durchgeführten cordon sanitaire, die Sicherheitssperre mittels der sogenannten Nachfolgestaaten. Im entscheidenden Moment der Friedenskonferenz war in Ungarn der kommunistische Aufstand Bela Kuns ausgebrochen. Die Westmächte brauchten die Tschechen und stützten sie³⁸. Da man Rußland nicht in das demokratische Weltsystem einbeziehen konnte, bauschte man die Staaten Ostmitteleuropas auf und fügte sie zum antisowjetischen, doch auch antideutschen Sicherheitsgürtel zusammen. Warnungen vor der „faible barrage“, auch die Warnung Kramárs: „Wir sind in der Tat zu klein vor Deutschland“, wurden überhört oder führten nur zu weiterer Aufbauschung³⁹. Lassen wir hier die tragische

entre nous et l'Allemagne“. Lloyd George und House, der Vertreter Wilsons, stimmten ohne weiteres zu. House: „Cette solution me paraît la meilleure“).

³⁶ Pichon an den französischen Gesandten in Prag, 17. 1. 1919: Benesch habe großes Interesse nicht allein an den Ruthenen Ungarns gezeigt, sondern auch an Ostgalizien. Dies beunruhige Polen, das wegen der polnisch-rumänischen Verbindung großes Interesse daran habe. Beneschs Forderung entspringe wohl den Plänen Masaryks einer russisch-tschechischen Allianz. Pichon sieht große Gefahren in dem Plan hinsichtlich des Irredentismus und des Konflikts mit Polen. Die tschechische Regierung solle sehr vorsichtig sein. Frankreich habe Interesse daran, daß die Olfelder in polnischer Hand blieben.

³⁷ Bemerkungen Clemenceaus zu Lloyd Georges Memorandum, 28. 3. 1919, bei R. St. Baker, Woodrow Wilson, Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles, Leipzig (1923), III. 218.

³⁸ M. F. Lebov, Vengerskaja sovetskaja respublika 1919 goda (Die ungarische Sowjetrepublik 1919), Moskau 1959, geht kaum auf die internationalen Auswirkungen der Revolution ein. Im Verlaufe der Kämpfe mit den ungarischen Kommunisten sind tschechische Truppen über die Demarkationslinie gegen Ungarn hinausgegangen, und der Viererrat mußte einschreiten. Dabei verteidigte sich Kramarsch durch den Hinweis, daß in der ungarischen Armee russische Bolschewisten und Deutsche wirkten, und durch das Wort: „Notre position géographique nous isole“. Mantoux II. 372 (Sitzung vom 10. 6. 1919).

³⁹ Der französische Botschafter in Washington Jusserand an Außenminister Pichon, 30. 10. 1918: Er habe mehrfach Wilson und Staatssekretär Lansing darauf hingewiesen, qu'en raison du faible barrage que constitueront les futures petites na-

deutsch-tschechische Frage beiseite⁴⁰, so können wir für die russische Frage feststellen: das abwesende bolschewistische Rußland hat auf der Pariser Friedenskonferenz die internationale Anerkennung und Grenzziehung der Tschechoslowakei indirekt durch die Drohung des Bolschewismus und der künftig wiedererstehenden Macht Rußlands begünstigt.

Das Ergebnis dieser Untersuchung kann zusammengefaßt werden:

1. Rußland wandte sich im Zeichen des Neoslawismus kurz vor dem Kriegsausbruch der slawischen Frage der Donaumonarchie zu, weit mehr als die anderen Mächte.
2. Rußland erklärte als erste Macht die tschechische Selbständigkeit zum Kriegsziel.
3. Diese seine extreme Forderung veranlaßte die Westmächte vor allem, den Plan eines Sonderfriedens mit Österreich-Ungarn nicht weiter zu verfolgen.
4. Die radikale Forderung des Selbstbestimmungsrechts durch das bolschewistische Rußland kam auch der tschechischen Unabhängigkeit zugute, sie forcierte diese und drängte neuaufkommende Pläne eines österreichischen Sonderfriedens zurück.
5. In der gleichen Richtung verlieh das Chaos und Problem Rußlands der tschechischen Legion eine politische Funktion.
6. Durch die bolschewistische Gefahr wie die Sicherung gegen sie und gegen die östliche Macht wirkte sich das ferne Rußland auf der Friedenskonferenz indirekt zugunsten der Tschechoslowakei aus.

Der alte August Ludwig Schlözer, übrigens der erste Deutsche, der den Blick auf Rußland als Weltmacht lenkte, sagt einmal im Vorbericht zu seinen „Staatsanzeigen“: „Facta, und vollends nackte Facta rühren gleich der nack-

tions dont quelques unes ne montrent pas de sens politique ni de patriotisme éclairé nous sommes tenus de pousser la guerre jusqu'au point où il n'en sortira qu'une Allemagne impuissante“. Ähnlich auch ein anderer hervorragender französischer Diplomat, der Botschafter in London, Paul Cambon. Siehe Hölzle, Osten 195. — Kramarsch im Viererrat vom 14. 6. 1919 über die Frage, ob Deutschland Bestimmungen auferlegt werden sollten, Bahnverbindungen zugunsten der Nachbarstaaten zu bauen: Wenn die Tschechen sich direkt an Deutschland wendeten, erhielten sie nichts. Sie müßten gleich zu gleich verhandeln können. „Wir sind in der Tat zu klein vor Deutschland; wir sind les parents faibles des Völkerbunds.“ Mantoux II, 419 enthält diese Worte nicht, sondern nur den abgeschwächten Satz: „L'Etat tchécoslovaque, vis-à-vis des Allemands, sera toujours dans la position d'une petite puissance.“ Da Mantoux die Protokolle wörtlich abdruckt, wie ich bislang feststellte, ist diese Abweichung vom Original der Protokolle auffällig.

⁴⁰ Hierüber jüngst die sehr gut dokumentierten Darstellungen von Kurt R a b l, Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht 1918/19, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Historisch-philologische Reihe Bd. 3, München 1958, und, besonders für die westeuropäische Seite, die Abhandlung: St. Germain und das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht, in: Das östliche Deutschland, Würzburg 1959, 885 ff.

ten Schönheit ein ungewohntes Auge“⁴¹. Rühren zu wollen war dem Zeitalter der Empfindsamkeit vorbehalten. Auch sind es keine nackten Fakten, sondern reichlich komplizierte, die hier aufgeführt wurden, und der Vergleich mit der nackten Schönheit reißt erst den Abgrund zu unserem Jahrhundert des unpersönlichen, unmenschlichen Schreckens und der Massenmächte auf. Aber daß man den Fakten ins Auge sehen müsse, das kann man wohl in Erinnerung an jenes Wort Schlözers sagen.

Man hat diesem Historiker und Publizisten des 18. Jahrhunderts vorgeworfen, daß er den Aufstieg Rußlands publizistisch vertrat; und vielleicht mag solche Erinnerung die hier vorgetragenen Thesen in ein schiefes Licht rücken. Aber es handelt sich darum, die Geschehnisse so zu sehen, wie sie sich ereignet haben. Der Aufstieg Rußlands ist zudem ein nacktes Faktum geworden, das man nicht mehr propagieren kann.

Wenn hier der schwerwiegende Anteil Rußlands an der Entstehung der Tschechoslowakei unter Beweis zu stellen versucht wurde, so um ein anderes Faktum geschichtlich zu verstehen: den tiefen Einbruch des Ostreichs in der Mitte Europas. Diesen Einbruch kann man nicht ungeschehen machen, indem man seine Geschichte negiert. Unter allen Fehlweisungen, die die Geschichte der Politik und der Öffentlichkeit geben kann, ist die Geringschätzung und -bewertung historischer Fakten die gefährlichste.

Auf dem deutschen Historikertag in Trier wurde jüngst von einem baltendeutschen Historiker in sehr beachtlichen Ausführungen der Akzent auf den Gestaltwandel des russischen Imperiums gelegt⁴². Danach wäre also der Schnitt zwischen dem zarischen Imperium und Imperialismus und dem sowjetischen tief zu ziehen. Gewiß ist das Jahr 1917 ein Jahr des Bruchs mit der früheren Geschichte wie kaum je zuvor, und ich glaube, einer der ersten gewesen zu sein, der hiervon die sogenannte Zeitgeschichte datierte⁴³. Der Bolschewismus hat Formen und Ziele des zarischen Imperiums und Imperialismus ins Maß- und Grenzenlose gesteigert. Aber er fußt auf ihm und ist darum doppelt bedrohend.

Gerade der Gang durch die Geschichte der russisch-tschechischen Beziehungen ist wohl dafür beispielhaft. Die Selbstbefreiung und der hohe Anteil des Westens, voran Amerikas, sind, wie ausdrücklich betont sei, weiterhin als mitbestimmend für die Entstehung der Tschechoslowakei anzusehen. Daneben aber haben wir Rußlands schweres Gewicht in die Waagschale zu legen. Dies ist kein froher Rückblick in die Vergangenheit. Aber wir müssen die Geschichte verstehen, nicht um mit ihr parteiisch zu streiten

⁴¹ Über die geschichtliche Einordnung des Wortes siehe Erwin Hölzle, *Das Alte Recht und die Revolution*, München 1931, 60.

⁴² Reinhard Wittram, *Das russische Imperium und sein Gestaltwandel*, in: *Historische Zeitschrift* 187, 1959, 568 ff.

⁴³ Formverwandlung der Geschichte. *Das Jahr 1917*, in: *Saeculum* VI, 1955, 329 ff.

und die Augen zu verschließen, sondern um sie in ihrer Vielfalt und Universalität zu erkennen. Die großen Umwälzungen bestimmen nun einmal die kleinen. Das Ende des europäischen Staatensystems und die Entstehung zweier Weltsysteme haben auch das Schicksal des „Herzens Europas“ bestimmt. Nur ein solches universalgeschichtliches Streben und Erkennen, das den Blick in die Welt und ihre Zusammenhänge uneingeengt wagen kann und wagt, läßt uns Gegenwart und Zukunft verstehend bestehen. Wenn man das große biblische Wort säkular an- und umwenden darf, so macht nicht nur die Wahrheit frei, sondern die Freiheit führt auch zur Wahrheit.

BEGEGNUNGEN IM BÖHMISCHEN RAUM

Von Hans Neuwirth

20 Jahre miterlebte Tschechoslowakei haben dem Zeitgenossen, der durch die Anteilnahme an den Angelegenheiten seines Volkes in das politische Geschehen verstrickt worden ist, manche Begegnung mit hervorragenden Männern des öffentlichen Lebens des Staates gebracht.

Die tiefe Gegensätzlichkeit der Beziehungen zwischen Völkern und Volksgruppen in der Tschechoslowakischen Republik blieb wohl auf keinen der dort lebenden Menschen ohne Wirkung, zog sie mehr oder minder alle in ihren Bann, zwang unversehens zur Stellungnahme, ließ die Menschen dem Vorurteil der Zeit verfallen, bei besten persönlichen Absichten selbst Fehler begehen, und ließ schließlich die Führenden und Verantwortlichen aller Lager diesseits und jenseits persönlicher Schuld tragisch scheitern.

Wer Gelegenheit hatte, die Entwicklung in einer nach 1945 wiederhergestellten Tschechoslowakei zu erleben, kommt um die niederdrückende Feststellung nicht herum, daß selbst die zunächst vom Schicksal Begünstigten in gehäufte Tragik, wie sie sonst wohl selten auf der Welt zu finden sein wird, versanken.

Für den Kenner der Verhältnisse, der nach langjähriger politischer Haft und gewaltsamen Ausschlusses aus dem Getriebe gesellschaftlichen Lebens das Sinnen und Denken der Menschen und ihre Stellung zu dem, was inzwischen Vergangenheit geworden ist, beobachten darf, ist es erstaunlich, wie zäh sich manche Legende zu behaupten vermag, z. B. die, daß Masaryk und Beneš die repräsentativen Vertreter einer humanitären Demokratie im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik gewesen wären.

Wenzel Jaksch hat jetzt erst in seinem Buche „Europas Weg nach Potsdam“ die erste fundierte Berichtigung vorgenommen.

Gerade die Besprechungen des Buches Jaksch' aber, und zwar von deutscher Seite, von tagespublizistischer wie wissenschaftlicher, haben gezeigt, wie sehr die Verhältnisse und Vorgänge in der einstigen Tschechoslowakei, zweifellos auf Grundlage guten Willens, jedoch sichtlich weitgehender Unkenntnis grundlegender Tatsachen, verkannt werden, und in welchem Maße die geschichtliche Wahrheit den Vorurteilen unserer Zeit geopfert zu werden vermag.

Unter diesem Gesichtspunkte mag der Versuch, die Ergebnisse persönlicher Begegnungen aus jener Zeit nach Jahrzehnten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, gerade im Hinblick auf damit verbundene mögliche Klar-

stellungen durch den zeitgenössischen Zeugen, kein unfruchtbares und nicht ganz wertloses Unterfangen bleiben.

Jede Darstellung, die auf dem Grunde vorweggenommener moralisch-politischer Konsequenzziehungen schließlich sich darauf beschränken wollte, gerade noch geschichtliche Daten und Namen handelnder Personen festzuhalten, wird den Dingen nicht auf den Grund zu kommen vermögen.

Sie wird sich stets vor Augen halten, daß im böhmischen Raum Menschen unter besonders schwierigen Begleitumständen und Verhältnissen gestrebt und geirrt, leidenschaftlich gehaßt und geliebt haben.

Der überlebende Zeitgenosse selbst kann immer überrascht feststellen, wie heute schon nach im Grunde genommen kurzer Zeit, das Bild dieser Menschen verzerrt erscheint, wie sie in der Literatur und in den Vorstellungen selbst sehr wissenschaftlich interessierter Kreise so ganz anders erscheinen, als er sie selbst einst in blutvoller Wirklichkeit erlebt hat.

Einige dieser Persönlichkeiten zu zeigen, wie sie wirklich waren, oder zumindest im Ablaufe täglichen Geschehens sich gaben, mag mithelfen zu verstehender geschichtlicher Erkenntnis hinzuführen.

Wer das nicht immer unkomplizierte Leben zur Zeit der Tschechoslowakischen Republik, der ersten, wie man nach 1938 zu sagen sich angewöhnt hatte, näher kennenlernen konnte, mußte zunächst überrascht feststellen, wie sehr die Menschen tschechischer Zunge ohne Unterschied der Parteiangehörigkeit, ob sie als Mitläufer oder Funktionäre unmittelbar im politischen Leben oder in sogenannten unpolitischen Organisationen, wie volklichen Schutzorganisationen, wirtschaftlichen, kulturellen, ja selbst caritativen Vereinen und Institutionen wirkten, oder in der offiziellen Administrative tätig waren, in unwahrscheinlichem Maße im Banne nationalstaatlicher Politik in Erscheinung traten.

Rückschauend möchte ich sagen, daß diese selbstverständliche, und formal gesehen, stets freiwillige Gleichschaltung der nationalpolitischen Auffassungen innerhalb des tschechischen Volkes in seiner praktisch-politischen Wirkung viel weiter ging, als sie der Nationalsozialismus mit seinen Gewaltmethoden etwa im deutschen Volke jemals zu erreichen vermochte.

Diese Tatsache verleitete gelegentlich auf deutscher Seite, soweit Darstellungen und Analysen verursacht wurden, zu geradezu typologisch verallgemeinernden und schematisierenden Versuchen, die der Fülle der Persönlichkeiten, die im gesamten tschechoslowakischen Staate bis zum Ende der ersten und noch während der zweiten Republik unzweifelhaft wirksam waren, nicht gerecht zu werden vermochten.

Wer die Verhältnisse in Wahrheit kannte, weiß, daß hinter den unvorstellbaren Bindungen einer öffentlichen Meinung auch im tschechischen Lager zahlreiche hervorragende Menschen standen, die mit großer Sorge in eine ungewisse Zukunft blickten und in hartem Widerspiel mit jenen Kräften lagen, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen wollten, und die Ressentiments eines Volkes, das vor seinen Nachbarn, vor allem den Deut-

schen einfach „Angst“ hatte, wie Helena Procházková-Koželuhová bereits in der Emigration in einem Gespräch am runden Tisch einmal treffend formulierte, hemmungslos für ihre innerpolitischen Zwecke, letztlich die Begründung persönlicher Machtpositionen, ausschroteten.

Von Masaryk bis Kramář¹, über Beneš, Rudolf Beran², Viktor Stoupal³, Anton Hampl⁴, Jaroslav Stránský⁵, Dr. Klapka⁶ bis Josef Černý⁷ und Milan

¹ Dr. Karel Kramář, Führer der Jungtschechen im Österreichischen Reichsrate, mit 36 Jahren Vizepräsident des Abgeordnetenhauses im Österr. Reichsrate, 1916 aufgrund eines Hochverratsverfahrens von einem K. u. k. Militärgerichte zum Tode verurteilt, 1917 von Kaiser Karl begnadigt, im Sommer 1918 Vorsitzender des (schon revolutionären) tschechischen Nationalausschusses, nach dem 28. Oktober 1918 Ministerpräsident in der ersten tschechoslowakischen Regierung, nach seinem baldigen Rücktritte auf Grund des bei den Gemeindewahlen erfolgten starken Linksrückes bis zu seinem Tode im Jahre 1936 Abgeordneter und Führer der tschechischen Nationaldemokratischen Partei.

² Rudolf Beran, Kleinlandwirt aus Mittelböhmen, erfolgreicher Organisator und schließlich Generalsekretär der tschechischen Agrarpartei, nach dem Tode Švehla's Vorsitzender der Partei, nach dem Münchener Abkommen Ministerpräsident, 1941 von der Gestapo verhaftet, bis 1944 in 11 deutschen Zuchthäusern und Konzentrationslagern, Mai 1945 tschechischerseits ins Gefängnis geworfen, vom Nationalgericht zu 20 Jahren Kerker verurteilt, 1954 im Zuchthaus Illava gestorben.

³ Viktor Stoupal, „Der ungekrönte König von Mähren“, aus deutsch-tschechischer Mischehe und aus dem Schönhengster Sprachgrendorf Markt Türnau stammend, Sekretär des Parlamentarischen Klubs der tschechischen Agrarpartei im Österr. Reichsrate, nach 1918 der bald unbestrittene Führer der tschechischen Agrarier im Lande Mähren, genialer Organisator der tschechischen landwirtschaftlichen berufständischen und Selbsthilfeorganisationen und der landwirtschaftlichen Industrie in Mähren, Präsident der Agrarbank, Vorsitzender des Mähr. Landesausschusses, nach dem erfolgreichen Attentat auf Heydrich von der Gestapo ohne Grund verhaftet, an den Folgen eines Schlaganfalles infolge der erlittenen Persekutionen 1942 gestorben.

⁴ Anton Hampl, hervorragender Führer der tschechischen Sozialdemokratie, wesentlich Volkstribun, der niemals ein öffentliches Amt bekleidete, zur Zeit des Protektorates von der Gestapo verhaftet, in Moabit zugrunde gegangen.

⁵ Dr. Jaroslav Stránský, Sohn des Freundes Masaryks und Führers der Realisten sowie Gründer des führenden tschechisch-fortschrittlichen Tageblattes „Lidové noviny“, brillanter Jurist, Universitäts-Professor, Parteigänger Beneš', nach der Rückkehr aus der Emigration während des 2. Weltkrieges Justizminister im revolutionären Kabinett Fierlinger der 1945 wiedererrichteten Tschechoslowakischen Republik, genannt als Mitautor des Retributionsdekretes, nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 als Stellvertretender Ministerpräsident in die Emigration gegangen, hervorragendes Mitglied des Dr. Edvard-Beneš-Institutes in London.

⁶ Dr. Klapka, sehr beachteter Beamter der böhmischen Landesverwaltung, Mitglied der tschechischsozialistischen Partei, Politiker von hoher selbstkritischer Einsicht und eigenwilligen Auffassungen, nach der Protektoratserrichtung Primator der Stadt Prag, in weiterer Folge von der Gestapo wegen angeblicher Auslandskontakte verhaftet und hingerichtet.

⁷ Dr. Josef Černý, ursprünglich hervorgetreten als Organisator der tschechischen Jugend in Mittelböhmen, Rechtsanwalt, Schwiegersohn des großen Führers der tschechischen Agrarpartei und Ministerpräsidenten Antonin Švehla, Innenminister 1935—1938, nach einjähriger Haft 1946 vom tschechischen Nationalgericht frei-

Hodža⁸ und noch manchen Parlamentarier und Publizisten von Rang, wie Peroutka⁹ und Ripka¹⁰, zieht sich der respektable Kreis auf tschechischer Seite, zu dem auf slowakischer Seite Männer, wie Msgr. Hlinka¹¹ und Msgr. Tiso¹², mit dem ganzen Gefolge eigenwilligster Temperamente von höchster

gesprochen, nach geglückter Flucht bei der Machtübernahme der Kommunisten in der CSR im Feber 1948 nach den Vereinigten Staaten emigriert, Repräsentant der Grünen Internationale.

⁸ Dr. Milan Hodža, evangelischer Slowake, mit starken Familienüberlieferungen slowakischer Querverbindungen zum deutschen Protestantismus, Mitglied des Abgeordnetenhauses der ungarischen Reichshälfte vor 1918, dem Kreise um den ermordeten Thronfolger Ferdinand d'Este, der „Werkstatt“, zugehörend, beim Umbruch 1918 in Sondermission und in Verfolgung auch eigener Auffassungen in Budapest, Mitglied des Abgeordnetenhauses in Prag, beginnend mit der revolutionären Nationalversammlung 1918 und Minister in fast allen Regierungen seit Gründung der Tschechoslowakischen Republik, die polyglotteste Erscheinung unter den Prager Parlamentariern überhaupt, von Masaryk sen. abgelehnt, ab 1935 als Repräsentant der Tschechoslowakischen Agrarpartei, Ministerpräsident, nach der Wahl Dr. Beneš' zum Staatspräsidenten zeitweise auch Außenminister, von sämtlichen tschechischen und slowakischen Politikern am aufgeschlossensten dem Nationalitätenproblem des Staates gegenüber, hervorragender Sachkenner aller einschlägigen Fragen, 1938 nach USA emigriert und dort gestorben.

⁹ Ferdinand Peroutka, tschechischer Publizist ersten Ranges, Herausgeber der tschechischen Wochenschrift „Přítomnost“, mutiger Repräsentant eines sehr eigenständigen politischen Kreises, in einer Schrift „Jací jsme“ („Wie wir sind“) bestreitet er im Gegensatz zu Masaryk und anderen, daß die Humanität der Wesenszug der Tschechen sei. Am 1. September 1939 von der Gestapo verhaftet, bis 1945 in Buchenwald festgehalten, nach 1948 aus Prag geglückter Flucht in der Emigration in USA, zu Unrecht als Repräsentant der Beneš-Emigration gesehen, hervorragender Funktionär beim Sender „Free Europe“.

¹⁰ Dr. Hubert Ripka, ursprünglich Chef der Prager Redaktion der in Brünn herausgegebenen „Lidové noviny“, zuerst hervorgetreten durch sehr beachtete Beiträge über die Minderheitenfrage in der Tschechoslowakei und die sudetendeutsche Politik, in denen er unter Hinweis auf die Friedensverträge und die durch sie für die Tschechoslowakei statuierte völkerrechtliche Servitut, die eine moralische Hypothek darstelle, die tschechische Seite warnte, hiegegen zu verstoßen, zeitweise aufgeschlossener Kritiker der Außenpolitik Beneš'. Mit steigender Bedeutung der „Lidové noviny“ gelangte er in immer engeren Kontakt zu Dr. Beneš, zur Zeit des 2. Weltkrieges Mitglied der tschechischen Auslandsregierung, nach dem Stände der derzeitigen Forschung als einflußreicher Anhänger des Gedankens der Vertreibung der Sudetendeutschen anzusehen, nach 1945 Mitglied der Prager Regierung, nach der zweiten Emigration im Jahre 1948 in den USA gestorben.

¹¹ Msgr. Hlinka, die imponierendste Persönlichkeit der Slowaken, eine einmalige Verbindung von geistlichem Führer und Volkstribunen, kompromißloser Vertreter der slowakischen Autonomieforderung, dafür schon nach der Gründung des Staates 1919 in Haft, unnachgiebiger Gegner Dr. Beneš' aus politischen und weltanschaulichen Gründen, 1938 noch in der Tschechoslowakischen Republik verstorben.

¹² Msgr. Dr. Tiso, Prototyp des charaktervollen, von seiner persönlichen Berufung erfüllten, geistlichen Führers, der menschen- und erdennahe Theokrat bei aller peniblen Respektierung der Methoden verfassungsmäßiger Demokratie. Träger des politischen Erbes Hlinkas, konsequenter und erfolgreicher Verfechter einer eigenständigen slowakischen Politik, verhinderte 1939 den der Slowakei von Hitler zugedachten Status eines Protektorats, Staatspräsident der selbständigen

intellektueller und moralischer Substanz treten, von Sidor¹³ bis Durčanský¹⁴ und neben denen die Magyaren stehen, von Graf Eszterházy¹⁵ bis Dr. Jaross¹⁶. Sie alle verdarben in Kerkern, endeten auf Schafotten, Galgen oder vor Exekutionspelotons, bis auf wenige, die das nackte Leben in die Emigration retteten. Auf deutscher Seite spannt sich der Kreis von Lodgman¹⁷ über Spina¹⁸, Mayr-Harting¹⁹, Franz Jesser²⁰, Hans Knirsch²¹, die zahlreichen

Slowakischen Republik, 1945 von den USA-Truppen in Bayern in Gewahrsam genommen und an die Tschechoslowakei ausgeliefert, vom Nationalgericht zum Tode verurteilt und nach Verweigerung der Begnadigung durch den Staatspräsidenten Dr. Beneš gehenkt.

¹³ Dr. Sidor, slowakischer Politiker und Publizist, stark umstritten, Mitglied der tschechoslowakischen Regierung nach dem Münchner Abkommen als Vertreter der Slowakei aufgrund der ihr gewährten ersten Stufe der Selbstverwaltung, Gesandter am Vatikan für die Slowakische Republik, nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1953 in der Emigration gestorben.

¹⁴ Dr. Ferdinand Durčanský, hervorragender Jurist, nach breiten Auslandsstudien in jungen Jahren in der ersten Linie der slowakischen Politiker, Rechtsanwalt, Professor für Internationales Privatrecht und Völkerrecht in Preßburg, Autor sehr beachteter wissenschaftlicher Werke, darunter des Standardwerkes „Das Recht der Slowakei auf Selbständigkeit“, Außenminister der selbständigen Slowakischen Republik, einflußreicher Gehilfe Msgr. Tiso's im Kampfe um die Unabhängigkeit der Slowakei gegen die Hitler'schen Aspirationen auf Errichtung eines slowakischen Protektorates, als slowakischer Außenminister über Intervention Ribbentrops amtsentsetzt, seit 1945 in der Emigration.

¹⁵ Graf Eszterházy, Abkömmling der bekannten feudalen magyarischen Sippe, Großgrundbesitzer in der Slowakei, Mitglied des Prager Abgeordnetenhauses und später des Parlamentes der Slowakischen Republik, zunächst von den Sowjetrussen nach Moskau verschleppt, nach mehrjähriger Haft in die Tschechoslowakei zurückgebracht und dort zu lebenslänglichem Kerker verurteilt, nach letzten Nachrichten aus dem Zuchthaus Illava vom Jahre 1955 in der dortigen Krankenabteilung schwer lungenleidend, dem Tode geweiht.

¹⁶ Dr. Jaross, Rechtsanwalt aus dem magyarischen Siedlungsgebiete der Slowakei, Mitglied des Prager Abgeordnetenhauses bis 1938, 1939 nach der Loslösung der magyarischen Siedlungsgebiete von der Slowakei auf Grund des Wiener Schiedsspruches Minister für Oberungarn, 1945 von den neuen Machthabern in Ungarn in Steinamanger aus politischen Gründen erschossen.

¹⁷ Dr. v. Lodgman, nach der Wahl aufgrund des allgemeinen Wahlrechtes 1911 jüngstes Mitglied des Reichsrates, ursprünglich Verwaltungsbeamter, hervorgetreten 1917 durch ein Memorandum an Kaiser Karl wegen Umbaues der Donaumonarchie auf Grundlage zeitgemäßer Regelung des Nationalitätenproblems, Landeshauptmann von Böhmen, Mitglied der Österr. Friedensdelegation in St. Germain, kompromißloser Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen, Begründer und Führer der Deutschen Nationalpartei anlässlich der ersten Wahlen gemäß der Verfassung der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1920, 1925 freiwilliger Abschied aus dem öffentlichen Leben nach persönlichem Mißerfolg bei den Parlaments-Wahlen, Generalsekretär des von ihm geschaffenen und entwickelten Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper, 1945 in die Sowjetzone vertrieben, seit 1947 Schöpfer der landmannschaftlichen Bewegung und Sprecher der Sudetendeutschen Landmannschaft.

¹⁸ Dr. Franz Spina, aus bäuerlichem Geschlechte in der Schönhengster Sprachinsel, hervorragender Slawist, Schwiegersohn des deutschen Landmann-Ministers Peschka in einer Wiener Regierung, durch das Vertrauen der Bauern der Schön-

interessanten Köpfe unserer Christlichsozialen, von Ledebour²² über Hilgenreiner²³ bis Schütz²⁴, zu unseren Sozialisten von Seliger²⁵ bis Jaksch²⁶, und

hengster Sprachinsel in das Prager Abgeordnetenhaus entsandt, früh Träger konstruktiver Versuche, das Nationalitätenproblem durch tätige Anteilnahme Deutscher an der Prager Regierung der Lösung näherzubringen, bald in engsten Beziehungen zum Führer der tschechischen Agrarpartei Svehla, der die deutschen Universitätsprofessoren Spina und Mayr-Harting mit der Parole „Anteilnahme an der Macht“ 1925 in die Regierung der Tschechoslowakei holte; grundlegender Irrtum Spina's auf der Grundlage der Beeinflussung der Administrative nach österreichischem Vorbild die innenpolitische Stellung des Sudetendeutschtums maßgebend bessern zu können, Träger der „aktivistischen Politik“ bis zur Selbstverleugnung, nach einem Versuch der Zusammenarbeit mit Henlein und trotz der Wahlniederlage 1935 noch bis Mai 1938 Mitglied der Prager Regierung, kurz nach seinem Austritte aus der Regierung gestorben.

¹⁹ Dr. Robert Mayr-Harting, Professor an der deutschen Universität zu Prag, Jurist, Zivilrechtler, bekannt als einer der fleißigsten Minister, 1929 infolge Umbildung aus der Regierung ausgeschieden, Abgeordneter bis 1938, auch in der Tschechoslowakei nach 1945 verblieben, dort gestorben.

²⁰ Franz Jesser, Dr. h. c., ursprünglich bedeutsamer Organisator der Schutzvereinsbewegung, stark sozialwissenschaftlich interessiert, erkannte er als einer der ersten die durch wirtschaftliche Strukturänderung bedingte Binnenwanderung in den Sudetenländern als Ursache der Verschiebung der Nationalitätengrenze, viel beachtete Arbeiten zu diesem Thema in der „Deutschen Arbeit“, ab 1920 Senator und Mitglied der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, intimer Freund Spina's, Vertreter der Auffassung des deutsch-tschechischen Verhältnisses als eines Verhältnisses naturgewachsener Symbiose, Dr. h. c. der Deutschen Universität Prag, nach der 1945 erfolgten Vertreibung in Westdeutschland gestorben.

²¹ Hans Knirsch, ursprünglich Arbeiter, Selfmademan, einer der Gründer der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Österreich, seit 1911 Mitglied des Österr. Reichsrates, ab 1920 Mitglied des Abgeordnetenhauses, ob seiner vornehmen Gesinnung auch im tschechischen Lager geschätzt, Gegner aller Radikalisierungstendenzen von Deutschland her, in viel beachteter Sonderstellung als im Oktober 1933 nach der Auflösung der DNSAP von tschechischer Seite auf alle wie immer gearteten Verfolgungsmaßnahmen gegen ihn verzichtet wurde, kurz nachher gestorben. Eine Sammlung seiner im Buchform erschienen Reden und Aufsätze wurde 1943 vom Amte Rosenberg als der obersten Zensurstelle für das deutsche Schrifttum wegen Ablehnung der humanitären Gesinnung Knirsch' zum Buchhandel und allgemeinen Vertrieb nicht zugelassen.

²² Dr. Graf v. Ledebour, Großgrundbesitzer nächst Teplitz, politischer Exponent der Elite des deutschen Feudaladels, langjähriges Mitglied des Senates, deutsch-christlichsozial, Präsident des deutsch-politischen Arbeitsamtes, neben Baron von Medinger maßgebend in der Deutschen Völkerbundliga der CSR, 1945 als politischer Häftling in Theresienstadt zugrunde gerichtet und im Leitmeritzer Krankenhaus verstorben.

²³ Msgr. Dr. Karl Hilgenreiner, Professor der Moral-Theologie, hervorragendes Mitglied der deutschen christlichsozialen Volkspartei, streitbarer Kämpfer für die Rechte der Deutschen Universität zu Prag, 1943 auf Grund einer Denunziation wegen Defaitismus von der Gestapo verhaftet, nach Ablehnung der ihm durch den tschechischen Revolutionsminister Msgr. Šrámek im Zusammenhang mit seiner Entlassung im Mai 1945 aus dem KZ angebotenen Sonderbehandlung tschechischerseits interniert an der Seite seiner Volksgenossen in den Vertreibungslagern bis 1946, zuletzt Kaplan in Wien, dort 1954 erblindet, gestorben.

²⁴ Hans Schütz, aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung kommend, ab 1925

schließlich von Heinz Rutha²⁷ über K. H. Frank²⁸ bis zu Konrad Henlein²⁹. Aber Jaksch und Henlein waren im Grunde genommen die aus der unmittelbaren Tiefe des Volkes Kommenden, zweifellos jeder von ihnen überzeugt, das Beste für des Volkes Zukunft zu tun, ihrem Wesen nach alles in allem tragische Antipoden im eigenen volklichen Lager als Gefangene überpersönlicher Mächte.

Mitglied des Prager Abgeordnetenhauses, stärkstens sozialpolitisch interessiert, Vertrauensträger besonders der sozial schwachen Schichten des Sudetenlandes, mit Wenzel Jaksch und Gustav Hacker 1936 Begründer des Jungaktivismus und Mitträger des aufsehererregenden Vorstoßes gegen die intransigente Politik Beneš', gleich seinen jungaktivistischen Freunden trotz stärkster Interessenahme des Ministerpräsidenten Hodža als Aktivist gescheitert, Soldat im 2. Weltkrieg und Privatmann im Dritten Reich, erfolgreicher Organisator und Helfer im Elend sudetendeutscher Vertreibung, Begründer und Führer der Ackermannsgemeinde, der Gesinnungsgemeinschaft sudetenländischer Katholiken, MdB ab 1953, und Mitglied des Europarates.

²⁵ Josef Seliger, Führer der deutschen Sozialdemokraten in den Sudetenländern, dem Wesen und der Erscheinung nach der hingebende und überzeugende Volkstribun, Opfer seiner Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst, verstarb er kaum 50jährig, nachdem er schon von einer schweren Blutvergiftung befallen, die mehrtägigen Auseinandersetzungen mit den Trägern der kommunistischen Revolte auf dem Parteitage in Karlsbad siegreich durchgestanden hatte. Stellvertreter Lodgman's als Landeshauptmann von Böhmen, 1920 der Sieger im deutschen Lager bei den ersten Parlaments-Wahlen, als welcher er nahezu die Mehrheit der abgegebenen deutschen Stimmen für Abgeordnetenhaus und Senat für die Sozialdemokratie zu gewinnen vermochte. Grundsatztreuer Kämpfer für eine verfassungsmäßig gewährleistete Sicherung der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit der Sudetendeutschen nach dem Verlust des auch von ihm vertretenen Selbstbestimmungsrechtes.

²⁶ Wenzel Jaksch, um die Jahrhundertwende in kleinbäuerlichen Verhältnissen Südböhmens geboren, ab 1910 Saisonarbeiter in Wien, Soldat im ersten Weltkrieg, in rascher Entwicklung in jungen Jahren im Vordergrund der deutschen Sozialdemokratie in den Sudetenländern, bald vielbeachteter eigenwüchsiger Journalist, ab 1929 Mitglied des Abgeordnetenhauses, hervorgetreten als Schöpfer und Träger des „Jungaktivismus“ mit Schütz und Hacker, fast zu gleicher Zeit erfolgreich bei den Bestrebungen, die deutsche Sozialdemokratie in den Sudetenländern zu reorganisieren, Preisgabe der marxistischen Grundlagen, Verkünder eines „Volkssozialismus“, als Vorsitzender der Deutschen sozialdemokratischen Partei in den Sudetenländern gegen stärkste Widerstände der bis dahin allgewaltigen Parteibürokratie auf den Schild erhoben, ebenfalls erfolglos bei seinen Versuchen, auf Beneš im Sinne konstruktiver Lösungen der Nationalitätenfrage Einfluß zu gewinnen, nach dem Münchner Abkommen in Prag lebend, bei Errichtung des Protektorats 1939 in waghalsiger Flucht nach England emigriert, geriet dort in schwersten Konflikt mit Beneš wegen der künftigen Stellung der Sudetendeutschen. Nachdem ihm von den Okkupationsbehörden Deutschlands unter tschechischem Einfluß die Rückkehr bis 1948 nach Deutschland verweigert worden war, von da ab bald in engstem Verhältnis zu Schumacher, MdB seit dem Zusammentritt des ersten Bundestages, mutiger Verfechter des Heimatrechtsanspruches der Sudetendeutschen, Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft seit 1959.

²⁷ Heinz Rutha, gebürtig aus Bad Kunnersdorf bei Reichenberg, ist zweifellos eine der interessantesten Erscheinungen der sudetendeutschen Jugendbewegung und

später der Sudetendeutschen Partei. Aus gutbürgerlichen Kreisen kommend, Jahrgang 1897, hat er den großen Protest der deutschen Jugend gegen die deutsche Kulturkrise aus vollem Herzen und als einer der ersten Wissenden mitgemacht. Durch den Zusammenbruch des väterlichen Unternehmens früh in schwere wirtschaftliche Verantwortung gestellt, aus dem liebgeordneten Studium der Anglistik herausgerissen, blieb er zeitlebens Idealist, dem Plato ein praktisches Lebensvorbild war. Stets ein Suchender, ein Mann von vornehmer Gesinnung und hoher persönlicher Bildung, in seinen Lebensformen kompromißlos Ästhet, suchte er die Lebensideale der Jugendbewegung im praktischen Leben zu verwirklichen. Er ist der Initiator der Erneuerungsbestrebungen in der Turnbewegung und der Entdecker Henleins. Die Persönlichkeit Ruthas und sein Verhältnis zu Henlein bedarf einer eingehenden Darstellung in anderem Zusammenhange. Durch seine frühzeitigen Beziehungen zu Baron Medinger wird Rutha ein aufrichtiger Verfechter des Völkerbundgedankens. Aus dieser geistigen Haltung entwickelt er auch seine politischen Methoden und wird einer der entscheidenden Verbindungsträger zu englischen Kreisen im Kampfe um die Aktivierung der Sudetenfrage in der öffentlichen Meinung Englands. Unter der Beschuldigung homosexueller Beziehungen schied er in der Haft beim Kreisgerichte 1937 freiwillig aus dem Leben, nachdem er sich einige Monate vorher verlobt hatte und im Begriffe stand, eine Ehe zu schließen.

²⁸ K. H. Frank. Durch seine Tätigkeit als Reichsminister in Böhmen und Mähren und als Träger der Radikalisierungsbestrebungen in der letzten Phase sudetendeutscher Politik 1937/38 ist er zur Zeit einer der Verrufenen der Weltgeschichte. Die Darstellung seines vielfältigen und zwiespältigen Wirkens sowie seines komplizierten Charakters wird in anderem Zusammenhange erfolgen. Mit Simplifizierungen und moralischen Werturteilen kann der geschichtlichen Wahrheit nicht gedient werden. K. H. Frank, Lehrerssohn, Jahrgang 1897, stammt aus Karlsbad. Sein Vater ist Parteigänger des szt. deutschradikalen Reichsratsabgeordneten K. H. Wolf. Nach dem Taufpaten nennt sich auch der junge Frank K. H. Die deutsch-nationale Kinderstube haftet Frank zeitlebens an. Aus dem regulären Studium des Juristen durch widrige Verhältnisse geworfen, wird Frank Kaufmann und Buchhändler. Als solcher bejaht er auch Othmar Spann und vertreibt noch Ende der 20er Jahre dessen Bücher. K. H. Frank hat mit dem Nationalsozialismus ursprünglich nichts zu tun. Durch die vorübergehende Verhaftung eines Teiles der Mitarbeiter Henleins im Spätherbst 1933 gerät Frank selbst an vorderste Stelle der neu gegründeten Sudetendeutschen Heimatfront. Von starkem Ehrgeiz getragen sieht er bald im Rahmen des tschechoslowakischen Parlamentarismus und später innerhalb des Staates keine Möglichkeiten befriedigender Entwicklung. In den Jahren 1936—1937 gerät er in innersudetendeutschen Positionskämpfen mit „alten Nationalsozialisten“ in zunächst unüberbrückbaren Gegensatz zum Nationalsozialismus. Er ist auch bis Herbst 1937 kein Träger konkreter subversiver Beziehungen zum Deutschland Hitlers. In der Phase der allgemeinen Gärung 1938 wird seine Tätigkeit entscheidend. Sein Verhältnis zum Kreis um Himmler wird in dieser Zeit positiv. Er verleitet zweifellos Henlein zur persönlichen Fühlungnahme mit Hitler und zum Beginne jener persönlichen Politik Henleins, die mit einem Memorandum an Hitler im November 1937 ihren Anfang nimmt. Nach München Stellvertretender Gauleiter, von Henlein weggelobt, dann Staatssekretär bei Neurath, nach dem Tode Heydrichs der Träger der nationalsozialistischen Gewalt Herrschaft, in Wahrheit mehr der Gefangene und auf persönliche Geltung bedachte Repräsentant des Apparates, endet er, Frank, dafür 1946 auf dem Galgen in Prag.

²⁹ Konrad Henlein, 1898 in Maffersdorf als Sohn eines Sparkassenbeamten geboren, einer deutsch-tschechischen Mischehe entstammend, Handelsschüler, mit 17 Jahren Kriegsfreiwilliger, nach der Rückkehr aus italienischer Gefangenschaft 1920 als

Zögling in die Militärakademie der tschechoslowakischen Armee in Mähr.-Weißkirchen angenommen. Nach Entschluß, die Offizierslaufbahn nicht zu ergreifen, auf Grundlage des turnerischen Gemeinschaftserlebnisses in den Gefangenenlagern neben seiner Tätigkeit als Bankbeamter ehrenamtlich und bahnbrechend im Sudetendeutschen Turnverband, der größten Organisation der Turnbewegung tätig. Im Brennpunkte des öffentlichen Interesses nach dem Saazer Turnfest 1932, das als Manifestation des turnerischen Gemeinschaftsgedankens in dem Sokoltum und dem alten Jahn'schen Turnen stark verwandten Erscheinungsformen zur Neuformung sudetenländischen Turnwesens führte. Von dem Rektor der Deutschen Universität Mario San Nicolò 1932 im Rahmen der Versuche einer gesamtsudetendeutschen Volksorganisation, in der Prof. Dr. Franz Spina die „parlamentarische Front“ führen sollte, als Leiter der zusammenfassenden Organisation des außerparlamentarischen Lebens der Sudetendeutschen vorgeschlagen, gerät er in das unmittelbare politische Leben der Volksgruppe; weit überschätzte Beziehungen zum Kameradschaftsbund, einer Vereinigung politisch interessierten, parteipolitisch nicht gebundenen Nachwuchses. Am 1. Oktober 1933 ruft er nach dem Verbot der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Einstellung der Deutschen Nationalpartei in Fortführung des seinerzeitigen allgemeinen Sammlungsgedankens die „Sudetendeutsche Heimatfront“ aus.

Ohne selbst je ein parlamentarisches Mandat anzunehmen, wird er der unumstrittene Führer einer sich entwickelnden sudetendeutschen Massenpartei bisher nicht gekannten Ausmaßes, die über Beschluß der Regierung ab April 1935 den Namen „Sudetendeutsche Partei“ trägt und bei den Maiwahlen 1935 durch Vereinigung von fast $\frac{3}{4}$ aller abgegebenen Stimmen der wahlberechtigten Sudetendeutschen mit einem imponierenden Sieg für Abgeordnetenhaus und Senat sich zu legitimieren vermag. Bereits vorher im Oktober 1934 hat er die Partei als Verfassungspartei erklärt, die speziell durch eine umfassende, einheitliche, deutsche parlamentarische Vertretung die Lösung des Nationalitätenproblems und im besonderen der Sudetenfrage in Fortführung der Grundgedanken des Aktivismus auf dem Boden des Staates im Widerspiel zum tschechischen volklichen Totalitarismus zu lösen versuchen sollte. Hoffnung versprechende Kontakte nach der tschechischen Seite, insbesondere mit dem Ministerpräsidenten Dr. Hodža und seinen politischen Freunden, führten zu dem Versuche, durch die Bildung einer breiten Koalition gegen Dr. Beneš, dessen Wahl als Nachfolger des Staatspräsidenten Masaryks zu verhindern.. Als Parteivorsitzender entscheidungsmäßig mitverantwortlich für die Volksschutzgesetze. Überraschende und unerwartete Radikalisierung der Sudetendeutschen Partei auf dem Parteitag zu Karlsbad April 1938, Verhandlungen mit der Regierung unter Aufrechterhaltung des Zieles einer Lösung des Sudetenproblems auf dem Boden des Staates, weitestgehende Beziehungen zu englischen Kreisen seit 1935, die zur Entsendung Lord Runciman's als Beobachter und Vermittler im Juli 1938 führen.

Im Zuge der Aktualisierung der Sudetenfrage durch Hitler auf dem Nürnberger Parteitage 1938 in Deutschland verblieben. Nach dem Zustandekommen des Münchner Abkommens von Hitler zum „Reichsstatthalter und Gauleiter“ im neugebildeten Sudetengau ernannt, im nationalsozialistischen Reiche jedoch bald Gegenstand schwerer Angriffe von Heydrich, Himmler und Bormann, die einen vom Vertrauen der sudetenländischen Massen getragenen Reichsstatthalter in der totalitären, von ihnen beherrschten Parteihierarchie als Fremdkörper ansehen, um ihn zu kompromittieren, grundlos Hunderte seiner früheren Mitarbeiter unter der diskriminierenden Verdächtigung homosexueller Beziehungen in Haft nehmen lassen, sie in Konzentrationslager, militärische Bewährungseinheiten usw. verbringen und ihn mit Hilfe aus Deutschland entsandter Funktionäre völlig isolieren. Bis Ende des Krieges in allen politischen Fragen praktisch einflußlos. Mai 1945 vergeblicher Versuch direkter Verhandlungen mit den USA-Truppen zum Zwecke

Das etwa wäre der Kreis der führenden Persönlichkeiten mit noch manchem engeren Freunde oder Parteigänger, von denen viel und Wesentliches zu sagen wäre, die man zunächst als Menschen kennen müßte, um ihr persönliches Tun verstehen zu können, und schließlich die Vorgänge im Rahmen zwanzigjähriger tschechoslowakischer Staatlichkeit zu begreifen. In diesem Staate, für die meisten seiner Bürger als Ergebnis größter zunächst nicht begriffener politischer Strukturänderungen plötzlich entstanden, ohne Tradition, feindlich allem was an lebendiger Tradition trotz vielfältiger Maßnahmen zur „Entösterreicherung“ im praktischen Leben noch wirksam war, für binnendeutsche Verhältnisse unvorstellbar differenziert in volklicher, wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Beziehung, haben Einzelpersönlichkeiten auf dem Grunde einer soziologisch und psychologisch erwachsenen Labilität eine außerordentliche Wirkung auszuüben vermocht, mehr als dies in traditionsgewachsenen Staaten und unter ausgeglichenen gesellschaftlichen Verhältnissen anderwärts möglich gewesen sein dürfte. Erst aus der Kenntnis dieser Voraussetzungen persönlicher Gestaltungsmöglichkeiten dürfte man über jenen Staat aussagen und urteilen, der reich an Menschen vielfältigsten Charakters und großen Könnens, an Naturschätzen großen Ausmaßes, hochentwickelter Wirtschaft aller Sparten, eingebettet in den Kranz herrlichster Landschaften, alle Vorbedingungen für eine glückliche Entwicklung mit in die Wiege bekommen hatte, und doch so vielen Menschen zum Unglücke geworden ist, umstritten in der Rückschau auf das Einst.

Das alles zu sagen ist im Rahmen dieser ersten Skizze nicht möglich. So sei als Versuch gewagt, zunächst eine Reihe prominenter tschechischer Persönlichkeiten, Schlüsselfiguren in einer im Grunde genommen kurzen, aber tragischen geschichtlichen Phase im böhmischen Raume, in den Kreis der Erinnerungen zu stellen.

der Verhinderung einer Vertreibung der Sudetendeutschen bzw. zur Erreichung organisierter Rücknahme der Ostsudetendeutschen hinter die Elbe—Moldaulinie, die irrigerweise als Demarkationslinie Ostwest angenommen wird. Selbstmord in amerikanischer Gefangenschaft in der Nordkaserne Pilsen durch Öffnen der Pulsadern mit einem Splitter des zerschlagenen Brillenglases. Seine Stellung im Rahmen der Beziehungen zu reichsdeutschen Stellen seit seinem Eintritt in das öffentliche Leben ist umstritten. Als feststehend und in Übereinstimmung mit den vorliegenden Aktenpublikationen muß angenommen werden, daß Henlein ab November 1937 auf Grundlage persönlicher Beziehungen den politischen Kontakt zu Hitler gesucht und gefunden hat. Die Frage, wie weit und wie lange es eine selbständige sudetendeutsche Politik auch unter Henlein gab — sie wird von tschechischer Seite verneint, von zuständiger deutscher Seite für die Zeit bis 1937 absolut und potentiell bis Sommer 1938 bejaht —, und wie weit Henlein durch die Intransigenz Beneš' Hitler in die Arme getrieben worden ist, gehört zu den Kernfragen geschichtlicher Forschung, sofern sie sich mit der Klärung der tatsächlichen Entwicklung des deutsch-tschechischen Verhältnisses befassen will.

Geschichtliche und persönliche Hintergründe

Freimütig gestehen will ich, daß ungeachtet aller bitteren Erfahrungen in 20 Jahren „tschechoslowakischer“ Staatlichkeit, mit der 1945/46 folgenden Vertreibung meiner Familie und einer fast 11 Jahre währenden Haftzeit, zu meinen schönsten Erlebnissen die Begegnungen mit so vielen hervorragenden Persönlichkeiten von hoher persönlicher Kultur und fundamentalem Wissen gehörten, die ich aufrichtig achten und schätzen lernen durfte und auch heute noch nicht anders zu sehen vermag.

10 Jahre, 8 Monate, 12 Tage und 17 Stunden, die ich zuerst in tschechisch-beneschianischen und ab Feber 1948 in tschechisch-bolschewistischen Zuchthäusern und Zwangsarbeitslagern, davon fast 5½ Jahre in den Joachims-thaler Uranbergwerken, verbrachte, bewahren mich hoffentlich vor dem Verdachte, aus der Verklärung rückschauender Betrachtung für einstige Gegner und Freunde aus dem tschechischen Lager ungerechtfertigt Lanzen zu brechen.

Aber es ist nun einmal Tatsache, daß neben dem Einflusse österreichischer und reichsdeutscher Freunde und Persönlichkeiten, die durch ihr Beispiel wirkten oder wohlwollend und fördernd am Wege des in jungen Jahren Suchenden standen, gerade Begegnungen mit Persönlichkeiten aus dem tschechischen Lager, beginnend mit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, in außerordentlichem Maße die Überzeugung von der Möglichkeit und Notwendigkeit eines ehrenhaften deutsch-tschechischen Modus vivendi in uns wachsen ließen. Das war nicht selbstverständlich.

Am Anfange der Tschechoslowakischen Republik stand für uns Sudeten-deutsche aller Lager die aus zutiefst verletztem Rechtsgefühl geborene brennende Überzeugung, den neuen, aufgezwungenen Staat vorbehaltlos ablehnen zu müssen. Aus dem zunehmenden Verständnis innertschechischer Schwierigkeiten und der labilen Grundlage des Staates überhaupt, auf denen ein lebensfähiger Staat auf die Dauer nicht aufgebaut werden konnte, und ebenso der komplizierten Verflechtungen zwischenstaatlicher Interessen als gestaltender Faktoren unseres politischen Schicksals, erwuchs in reifen-der Erkenntnis das Wissen um die Notwendigkeit der Bereinigung des deutsch-tschechischen Verhältnisses als einer konstruktiven Teilaufgabe im Rahmen gesamteuropäischer Entwicklungen. Dieses Wissen, zunächst aus Ahnungen erwachsen, dann vorbehaltlos bejaht, hat die Nachkriegsgeneration des sudetenländischen öffentlichen Lebens aller Lager stärkstens bewegt. Zunächst waren zweifellos die Bindungen der „verhinderten Österreicher“ zu Wien überaus lebendig. So haben Renner und Seipel die werdenden politischen Vorstellungen der sudetendeutschen Nachkriegsgeneration wesentlich beeinflusst. Dazu kamen in steigendem Maße auch Einflüsse aus dem Reiche, soweit es um die Konkretisierung politischer Vorstellungen hinsichtlich eines künftigen Europas ging, ebenso sehr von Stresemann und

seinem Kreis, der sich zur Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses als Lebensaufgabe bekannt hatte, wie aus christlich-konservativen Kreisen.

Von bisher nicht erkannter Bedeutung für die sudetenländische Entwicklung sind Seipel und Spann. Seipel hatte der österreichischen Republik, nicht minder Produkt des Zwanges im Zeichen von Versailles und St. Germain, eine Sinndeutung und Aufgabe zu geben versucht. Darüber hinaus hat er die Formel für ein ehrenhaftes und verantwortlich gesehenes Verhältnis von Volk und Staat schlechthin gesucht und gefunden, die für ein Volk bedeutsam wirken mußte, das unter Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechtes — immerhin als Ordnungsprinzip des Jahrhunderts verkündet — mehr als jemals früher im Verlaufe seiner Geschichte auf eine Reihe von Staaten aufgeteilt worden war.

Es bleibt geschichtliche Tatsache, daß Seipel 1925 im Volksdeutschen Klub in Berlin gesprochen und den Mut aufgebracht hatte, zu zeigen, daß der Nationalstaat unter Einbeziehung aller Deutschen in Europa weder ein begehrenswertes noch ein politisch brauchbares Ziel für die Deutschen zu bleiben braucht. In gleicher Weise kamen tiefgehende Impulse aus dem deutschen akademischen Bereich.

Spann, der tiefeschürfende Soziologe und leidenschaftliche Bekenner, der so weit in das praktische Leben hineinwirkende Romantiker auf dem akademischen Lehrstuhl der Universität Wien, und Hans Kelsen, der jüdische Wiener mit dem glasklaren Verstande, von den Studenten aller Lager respektiert und anerkannt, Schöpfer der normativen Rechtslehre wie der österreichischen Staatsverfassung, in gleicher Weise Praktiker wie Theoretiker, ein leidenschaftlicher Demokrat und noch leidenschaftlicherer vorbehaltloser Großdeutscher, der er selbst geblieben ist, als Hitler fast zwanzig Jahre später Österreich besetzte und ihm die Rückkehr in das geliebte Wien unmöglich machte. Sie wirkten, jeder in ihrer grundverschiedenen Art auf den akademischen Nachwuchs und sind als gestaltende Faktoren politischer Vorstellungen auch der sudetenländischen Nachwuchsgeneration nicht wegzudenken. Das Ringen um die Bestimmung des eigenen Standortes, die Grundsätze eines Neubaus der im ersten Weltkriege zusammengebrochenen Gesellschaft, und darüber hinaus einer neuen Staatengemeinschaft als Grundlage der Verhinderung wiederkehrender Katastrophen dieser Art war ehrlich. Tschechische und slowakische Persönlichkeiten aber machten in Stunden entscheidender Entwicklung Mut, uns vom Boden eines formal gesehenen Selbstbestimmungsrechtes zu lösen und für ein positives deutsch-tschechisches und deutsch-slowakisches Verhältnis einzutreten. Das geschah unsererseits allerdings jederzeit unmißverständlich und kompromißlos auf der Grundlage vorbehaltloser Forderung nach verfassungsmäßig gewährleisteten Voraussetzungen für eine freie, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und damit nationale Entwicklung der sudetendeutschen Volksgruppe im Sinne eines unter höheren sittlichen Aspekten gewollten und empfundenen Selbstbestimmungsrechtes.

Das war letztlich auch der Sinn des von sudetendeutscher Seite ausgerufenen und von mir in Hirschberg auf der ersten Arbeitstagung der im Mai 1935 gewählten Parlamentarier der sudetendeutschen Partei geprägten und entwickelten Begriffes des „Grundsätzlichen Rechtskampfes“. Den Niederschlag hatte dieser Gedanke aber schon in der Rede Henleins am 21. Oktober 1934, die er vor 40 000 Menschen unter beispielloser Zustimmung in Böhm. Leipa hielt, gefunden, nachdem er sich unsere Gedankengänge zu eigen gemacht und einen Kreis von Freunden und Mitarbeitern, darunter Brand, Kundt, Sebekowsky, Sandner, und auch solche, die der Sudeten-deutschen Heimatfront zu diesem Zeitpunkt gar nicht angehörten, wie Peters und mich, um die Ausarbeitung gebeten hatte. Ein spezieller Freundeskreis, der aus tiefster Überzeugung auch in den Tagen von München und nachher am Ziele einer konstruktiven Lösung der böhmischen Frage festhielt, hat auch noch im September 1938 dafür einzutreten gewagt, als die Politik Beneš' und Hitlers bereits ihre Früchte zu tragen begann und die im Gefühl der Sinnlosigkeit weiterer Verständigungsversuche rapide ins Unkontrollierbare wachsende Stimmung der sudetenländischen Massen — aus Gründen naheliegender persönlicher Rücksichtnahme auf sich selbst — die vorsichtige Resignation empfohlen hätte.

Die Überzeugung, dem Frieden im Rahmen letzter Möglichkeiten dienen zu müssen, hatte schließlich diesen Kreis von Freunden, die in Prag wohnhaften Parlamentarier Kundt, Peters, Bras und mich, nach dem innerparteilichen Putsch K. H. Franks am 12. September 1938, der die Selbstauflösung der SdP und den Abgang des Großteils ihrer politischen Führung über die reichsdeutsche Grenze zur Folge hatte, nach Prag gehen lassen, was gleichbedeutend war mit der Übernahme des Risikos, in Prag erschlagen zu werden oder in harten und keineswegs risikofreien Gegensatz zu den wahrscheinlich erfolgreichen Mächtigen der nächsten Phase auf deutscher Seite zu kommen.

Daß dieses Wagnis dennoch als sinnvoll selbst in diesen Tagen noch angesehen werden konnte, war das Ergebnis so vieler Erlebnisse in früheren Begegnungen eben auch mit tschechischen Persönlichkeiten. Im übrigen haben mich zahlreiche Begegnungen nach 1945 mit Tschechen, vor allem der jüngeren Generation in den Joachimsthaler Zwangsarbeitslagern, über alle rein menschlich begründeten Freundschaften, die im Kampfe auf Tod und Leben mit den Urgewalten in den Joachimsthaler Uranbergwerken erwachsen, in meiner Überzeugung bestärkt, daß wir die Aufgabe und die Möglichkeiten ihrer Lösung vor nun rund 20 Jahren richtig gesehen haben, und daß es nichts gibt, was verantwortlich handelnde Deutsche bei selbstverständlicher Aufrechterhaltung des sudetendeutschen Heimatrechtsanspruches für die Zukunft davon entbinden könnte, den Weg ehrlicher deutsch-tschechischer Verständigung weiter zu verfolgen.

So verbindet sich der Versuch der Klarstellung der Vorgänge in der Vergangenheit mit der Hoffnung, daß es im Zuge einer glückhafteren Entwicklung Mitteleuropas, als sie uns beschieden war, noch zu einem ehrenhaften,

gutnachbarlichen Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen, wie zu allen weiteren Nachbarvölkern, kommen wird.

Persönlich glaube ich gerade aus der Erkenntnis des Wesens des Bolschewismus, einer Frucht fast 11jähriger Beobachtung, daß Graf Bubna, der letzte Landwirtschaftsminister des Protektorates, recht behalten wird, der mir Weihnachten 1945 in Prag-Pankrác im Kerker sagte: er wisse nicht, ob die Russen 72mal oder 73mal in Europa gewesen seien; wenn sie es 72mal gewesen wären, so seien sie 72mal „wieder hinausgeflogen“. Und wenn sie nun zum 73. Male da wären, würden sie zum 73. Male „hinausfliegen“. Die Deutschen aber würden über alle Katastrophen hinweg ihre guten Eigenschaften bewahren und eines Tages mithelfen, die böhmischen Länder, in denen nach dem Abzug des Bolschewismus das Chaos bleiben würde, in friedlicher Nachbarschaft neu zu gestalten. Das sagte ein böhmischer Patriot, Weihnachten 1945 (!), der Feudale aus altem tschechischen Geschlecht, dessen Großvater ruhmreich in der Völkerschlacht bei Leipzig im Glauben für ein glücklicheres Europa gegen die Despotie Napoleons gekämpft hatte.

Im Jahre 1945 sind mir an unersetzlichen Bücherbeständen, Manuskripten und Archivalien aus der Zeit meiner politischen Tätigkeit, auch meine Tagebücher verloren gegangen. Sowjetrussische Soldaten haben sie im alten Familienhause in meiner südmährischen Heimat vernichtet.

Ich schreibe deshalb aus der Erinnerung gestützt auf mein Gedächtnis. Aber ich nehme für mich in Anspruch, mit der absoluten Gewissenhaftigkeit zu schreiben, die dem Juristen gern geübte Pflicht ist, der Methode, Wesen und Wert der sauberen Aussage in harter Prozeßpraxis schätzen und vertreten gelernt hat.

In diesem Sinne möge die vorliegende Niederschrift als ebenso bescheidener wie ehrlicher Beitrag zur Klarstellung angesehen werden, wie sich das deutsch-tschechische Verhältnis in den böhmischen Ländern bis 1938 entwickelte. Der Leser aber wird nicht ohne tiefe Wehmut erkennen, was in einstigen Sternstunden zum Schaden beider Völker im Laufe 20jähriger Bewährung unterlassen worden ist.

Durch wessen Schuld?

Im Vorjahre traf ich nach langer Zeit an den Ufern des Genfer Sees den einstigen Schweizer Gesandten in Prag bis 1938, Dr. Charles Bruggmann, der in kritischen Stunden des Tschechoslowakischen Staates aus der wahrhaft humanitären Grundhaltung des passionierten Schweizers sein Bestes im Sinne sudetendeutsch-tschechischer Vermittlung versucht hat. Als wir die Vergangenheit wieder lebendig werden ließen und aus der gemeinsamen Erinnerung heraus die gemeinsam erlebten geschichtlichen Vorgänge analysierten, meinte dieser feinsinnige Diplomat, es sei müßig, nach Schuld zu fragen. Irgendwie sei die ganze Entwicklung unter zwingendem Schicksal gestanden, das zu wenden jenseits der beteiligten Menschen gestanden habe.

Wenzel Jaksch freilich ist anderer Meinung. Er, der böhmerwäldlerische Kleinbauernsohn und ehemalige Hilfsarbeiter, der das Leben immer wieder in widrigsten Erscheinungen meisterte, ging zwar durch die Schule des Marxismus, hält uns Überlebenden aber in seinem Buche „Europas Weg nach Potsdam“ entgegen: „Nichts war vorbestimmt“. Nicht überhören dürfen wir seine Mahnung, daß die Kräfte der Verständigung bis zum Vorabend von München mit den Geistern der Entzweiung gerungen haben; sie sollte uns davor bewahren, in dem tragisch Geschehenen nur das Walten blinder Schicksalskräfte zu sehen.

Es gehört rückschauend zu all dem Unvorstellbaren aus jener Zeit, daß bei so reichlichem Verständigungswillen und praktisch geübter Nachbarschaft im entscheidenden Augenblick das Vernünftige nicht getan werden durfte.

Wieviel Unbefangenheit lag doch über den Erlebnissen unserer Kindheit, die ich in den deutschen Ortschaften auf dem Thayaboden nächst Znaim in Südmähren verbrachte, durchaus in der Nähe der Sprachgrenze, die zu jener Zeit gewissermaßen durch die Stadt Znaim hindurchging. Allenthalben herrschte das typisch gute mährische Verhältnis zu unseren tschechischen Nachbarn. Die „Sprachgrenze“ war eben keine „Grenze“. Der regelmäßige Austausch der Kinder für ein Jahr „auf Wechsel“ gehörte zu den schlichten aber wirksamen Bildungsmaßnahmen unserer bäuerischen Landschaft. Die tschechischen Nachbarn kamen bis aus der böhmisch-mährischen Höhe, halfen in meiner paradiesischen Heimat mit ihren Obst-, Wein- und feldmäßigen Gemüsekulturen die Arbeitsspitzen bewältigen, holten sich auch das Obst und den Wein, den sie selbst benötigten, und lieferten gute Milchkühe, für deren Zucht in meiner engeren Heimat die Voraussetzungen fehlten. Der Führer der Tschechen Znaims, der Jungtscheche Dr. Veleba, vermochte seine nationalen Belange zu vertreten und war dennoch wohlgelitten auf den Höfen unserer Bauern. Dabei hatte er durchaus etwas von jener selbstbewußten Haltung, wie ich sie später bei Karel Kramář gefunden habe.

Umso größer war der Schock, als, trotz klar zum Ausdruck gebrachten Selbstbestimmungswillens der Bevölkerung auch des deutschen Teiles Südmährens und nach einem sechswöchigen Zwischenspiel „Republik Deutsch-österreich“, knapp vor Weihnachten 1918 die österreichischen Behörden fluchtartig abzogen und tschechische Legionäre, stets grimmige Lieder singend, auch Deutsch-Südmähren besetzten. Das war freilich zur selben Zeit, in der ein tschechischer Sozialist in Znaim verlangte, man solle den bisherigen Tschechenführer, den schon genannten Rechtsanwalt Dr. Veleba, mit dem wir trotz seiner Plädoyers für das „Böhmische Staatsrecht“ so gut gestanden hatten, an einem Laternenpfahl aufknüpfen. Damals begriffen wir nicht, daß damit ein Geist sich meldete, der schon wenige Wochen später am 4. März 1919 in blutiger Weise sich manifestieren sollte.

Es war der Geist, für den in den überkommenen Vorstellungen von Mensch und Menschenwürde, politischem Stil und zulässiger Behandlung von Menschen durch exekutive Organe im alten Österreich kein Platz gewesen wäre.

Vielleicht haben die Bolschewiken nicht ganz Unrecht, die behaupten, daß die russische Oktoberrevolution das erste Glied in der Kette geschichtlicher Entwicklungen gewesen ist, die seither zu so gewaltigen Umgestaltungen mit all ihrem Leid und unzählbaren Tränen als Begleiterscheinungen führten.

Aus einem verwandten Geiste, der selbst einen verdienten, selbstlosen und bis dahin unangefochtenen Volkstumsführer eigener tschechischer Zunge an den Laternenpfahl zu bringen bereit war, weil man plötzlich in ihm als Bourgeois einen politischen Gegner sah, erwuchs jene besondere Bereitschaft, jenseits aller überkommenen ethischen Vorstellungen von Billigkeit und Zulässigkeit polizeilicher Maßnahmen, brutalste Machttübing im Rahmen des Möglichen unter Hintansetzung aller menschlichen Rücksichtnahme als politisches Mittel anzuwenden.

Nur aus diesem Geiste heraus war auch der 4. März 1919 möglich geworden. An diesem Tage wurden unbewaffnete Sudetendeutsche, seit Jahrzehnten dazu erzogen und gewohnt, in friedlichen Demonstrationen demokratische Bekundung des Massenwillens zu üben, zusammengeschossen. 52 Sudetendeutsche fielen in deutschen Städten und Gemeinden zwischen Erzgebirge und Altvater. 84 wurden schwer, viele leicht verletzt, als unter Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften die Sudetendeutschen ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit aus Anlaß der in der Republik Österreich, zu der sie sich gehörig fühlten, stattfindenden Wahlen in den Nationalrat, in die Öffentlichkeit getreten waren, um so ihren Anspruch auf das vorenthaltene Selbstbestimmungsrecht kundzutun. Es bleibt geschichtliche Tatsache, daß gegen die friedlichen und unbewaffneten Demonstranten, die die schwerbewaffneten Soldaten weder bedrohen konnten noch bedroht haben, von geschlossenen militärischen Abteilungen ohne einen zu rechtfertigenden Grund, denn die bloße Absicht der Verhinderung dieser Demonstrationen konnte ihn nicht abgeben, in weitestgehendem Maße von der Schußwaffe Gebrauch gemacht worden ist. In die völlig Überraschten wurde noch geschossen, als sie bereits die Flucht ergriffen hatten. Das war im Besonderen die Ursache für die große Zahl der Opfer.

Und das passierte ausgerechnet den kleinen Leuten im deutschen Sudetenlande, den Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, und Mittelständlern, die durch ihre Massendemonstrationen Hauptträger des Kampfes um die demokratischen Rechte im österreichischen Staate einschließlich des allgemeinen gleichen Wahlrechtes bis 1911 waren und diese Rechte auch für die Tschechen erstritten hatten. Die Methode brutalster Machttübing ist auf der Grundlage eines deutschen Perfektionismus rund zwanzig Jahre später in entsetzlicher Weise in den böhmischen Ländern vollendet worden. Vor-exerziert wurde sie unter der unmittelbaren Verantwortung von Masaryk und Beneš zwanzig Jahre früher.

Wir aber blieben bis weit in das Jahr 1919 überzeugt, daß im Wege einer Volksabstimmung die Grenze des neuen Staates festgelegt, und wir dem österreichischen Reststaate Deutschösterreich zugeschlagen werden würden, dessen Hauptstadt Wien ja auch kultureller und wirtschaftlicher Mittelpunkt unserer südmährischen Heimat eh und je gewesen war.

Das sollte dann plötzlich im September 1919, mit dem Tage des Abschlusses des Vertrages von St. Germain für alle Zeiten anders sein, war sinnlos und irgendwie unbegreiflich. Den Enttäuschten blieb das Gefühl tief verletzten Rechtes. Männer aber wie Baron Medinger, Graf Ledebour und andere traten in Erscheinung, lenkten den Blick über die neuen Grenzen hinweg ins Ausland und vor allem auf internationale Zusammenhänge, die bis dahin den in provinziellen Verhältnissen Lebenden völlig verborgen geblieben waren. Diese Männer weckten den Glauben an Völkerbund und Möglichkeiten der Abhilfe durch rechtliche Mittel. Die rasch sich entwickelnde Völkerbundliga unter den Sudetendeutschen wurde der sichtbare Ausdruck jenes vorbehaltlosen Glaubens an Völkerbund und möglicher Restitution verletzten Rechts durch ihn. Wenn man nicht weiß, daß zu den gläubigen Jungakademikern dieser Zeit Heinz Rutha gehörte, der in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre bei der Gestaltung der Beziehungen der Sudetendeutschen zu London eine so beachtliche Rolle spielte, kann man Vieles einfach nicht verstehen, um den Dingen gerecht zu werden.

Diejenigen aber, die nun auch Gelegenheit bekamen, die Verhältnisse im Deutschen Reiche näher kennenzulernen, konnten entgegen allen gangbaren Behauptungen vom „deutschen Drang nach Osten“ in den ersten Jahren nach Versailles und St. Germain nur eine erschütternde Unkenntnis unserer Verhältnisse und eine Uninteressiertheit feststellen, die bis in die 30er Jahre anhielt. Gerade aufgrund akademischer und allgemein gesellschaftlicher Beziehungen gewonnene reichsdeutsche Freunde haben auch dort, wo sie unter dem Gesichtspunkte der Unterstützung volksdeutschen Bestandes in den neuen Fremdstaaten an den neuartigen Verhältnissen Interesse nahmen, den Gedanken des Modus vivendi mit den Herren des neuen Staates uns nahegebracht. Auch sie glaubten daran, im Geiste Weimars, daß die neue enttäuschende politische Ordnung in Europa letztlich noch eine werdende sei und daß sie unter der Macht ethischer und rechtlicher Vorstellungen für die Deutschen in den aufgezwungenen Fremdstaaten einmal annehmbare Lebensgrundlagen bieten könnte. Doktor Walter Szagun, der Schöpfer des Ausschusses für Minderheitenrecht, Karl Massmann, maßgebendes Vorstandsmitglied des Vereins für das Deutschtum im Ausland, Hermann Ullmann und andere, die sämtlich zu den Trägern des späteren sudetendeutschen politischen Aktivismus, vor allem zu Prof. Franz Spina in engen persönlichen Beziehungen standen und unter Stresemann'schem Einfluß ein neues Europa werden sahen, haben der Verständigung durch Überwindung formaler Negation aus dem Grunde des vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechtes das Wort geredet. Sie wirkten auf den sudeten-

deutschen Nachwuchs der Nachkriegszeit, der daran ging, sich mit den neuen politischen Begebenheiten auseinanderzusetzen, unwahrscheinlich ernüchternd. Sie haben manche Voraussetzung für die realistischen und mutigen Vorstellungen derer geschaffen, die 1932 und 1933 ernsthaft glaubten, neue politische Wege beschritten zu haben und gehen zu können. In der gleichen Weise wirkten auf sudetendeutscher Seite Persönlichkeiten wie Franz Jesser²⁰, der als Freund Spinas im Hauptorgan der Regierungspartei des Bundes der Landwirte, der „Deutschen Landpost“ Jahre später den Gedanken der deutsch-tschechischen Symbiose entwickelte, Karl Hilgenreiner, Otto Kühnert, und die Träger des Gedankens einer umfassenden sudetenländischen Volksorganisation bis zu Ingenieur Fulda. Das sind nicht aus der Welt zu schaffende Tatsachen, die doppelt in dem Zeitpunkt wiegen müssen, in dem das Sudetendeutschtum sich im Rahmen parteipolitischer Manifestation mehrheitlich noch für Seliger und die Sozialdemokratie entschieden hatte, um wenige Jahre später, im Oktober 1925, Dr. von Lodgman, der auf dem Boden der formalen Negation des Staates aus dem Titel des Selbstbestimmungsrechtes verblieben war, die Gefolgschaft in einem Maße aufzusagen, daß er nicht einmal für sich das Abgeordnetenmandat zu erringen vermochte. Wie wenig dem jungen Staate auch in den ersten Jahren seines Bestandes, von den Sudetendeutschen trotz ihres Bekenntnisses zum Selbstbestimmungsrecht und der schlechten Behandlung, die sie inzwischen erfahren hatten, eine reale Gefahr drohte, beweist die Tatsache, daß die Sudetendeutschen bei der Mobilisierung gegen Räte-Ungarn unverzüglich eingerückt waren und mit die zuverlässigsten militärischen Elemente einer recht problematischen Armee stellten. Es bleibt geschichtliche Tatsache, daß sie in jener Zeit Masaryk widerlegt haben, der um 1910 vorausgesagt hatte: gegen 3 Millionen sudetendeutscher Hochverräter könne sich ein tschechischer Staat auf die Dauer nicht halten.

In Wirklichkeit hat es praktizierende sudetendeutsche Hochverräter, also Menschen, die zu konkreten staatszerstörenden gesetzwidrigen Handlungen bereit waren, nie gegeben. Die Negation des aufgezwungenen Staates aus dem Grunde des vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechtes war rein formaler und ideologischer Natur. Und selbst im September 1938 ist letztlich ein kleiner Führungskreis nach dem Auseinanderbrechen der satzungsgemäßen Organe der Sudetendeutschen Partei im Zustande höchster Ratlosigkeit, dem das Gesetz des Handels völlig aus der Hand genommen war, über die Grenze gegangen. Die Massen aber an der Grenze, soweit sie dazu Möglichkeit fanden, flüchteten einfach vor der drohenden Gefahr. Wo ihnen das nicht möglich war, leisteten sie den Einberufungsbefehlen der tschechischen Regierung, den Krieg vor Augen, gehorsam und korrekt Folge und viele taten zusätzlich in milizähnlichen Formationen Dienst als Grenzschutz. Das sudetendeutsche Freikorps, das auf dem Papier 10 000 Mitglieder zählte, war eine Demonstration, aber kein Ausfluß einer revolutionären Bewegung.

In diesem Zusammenhang muß noch darauf hingewiesen werden, wie sehr zum Teil in weitgehendem Gleichklange der Auffassungen in den zwan-

ziger Jahren hervorragende Österreicher, Reichsdeutsche und Sudetendeutsche, Publizisten und akademische Lehrer die Suchenden des akademischen Nachwuchses und die Träger des kulturellen Lebens des neugeordneten Grenzlandes schlechthin, vor allem die so aufgeschlossene sudetendeutsche Lehrerschaft, eine einmalige, von hohem Berufsethos getragene Elite, an der Erneuerungssehnsucht einer geschlagenen Nation teilnehmen ließen und auf die Ausgangspunkte echter humanitärer deutscher Tradition zurückführten. Daß dieses neue Grenzland geographisch groteskerweise im Herzen Deutschlands zu liegen kam und schon aus diesem Grunde, wie etwa in einem kommunizierenden Gefäße den massenpsychologischen Rückwirkungen jedweder Entwicklung im Reiche ausgesetzt sein mußte, ist eine Tatsache von fundamentaler Bedeutung, die bisher kaum beachtet worden ist. Aus diesen Zusammenhängen heraus ist das Wirken Max Hildebert Boehms, seinerzeit im evangelischen Johannesstift Spandau, später Professor und Autor des Buches „Das eigenständige Volk“, des katholischen Politikers Martin Spahn, Wilhelm Stapels, des ganzen jungdeutschen Kreises einschließlich Staehelins, des späteren evangelischen Bischofs, das Wirken des freideutschen Kreises einschließlich Alfred Kurellas, der später vollends in das Lager des Bolschewismus übergang, bis vor wenigen Jahren als Direktor des Verlages für fremdsprachige Literatur in Moskau eine entscheidende Rolle spielte und heute in der Ostzone an vorderster Stelle wirkt, zu sehen, sind die Ausstrahlungen der gesamtdeutschen Jugendbewegung in das Sudetenland und der aus ihr hervorgegangenen Böhmerlandbewegung mit ihren tiefgreifenden Wirkungen und ihrem gestaltenden Einfluß auf Schutzvereine und kulturelles Leben der Sudetendeutschen zu verstehen.

Othmar Spann* aber, der unvergessene akademische Lehrer, zunächst an der Deutschen Technischen Hochschule in Brünn, ab 1920 an der Universität in Wien, dem bezeichnenderweise nach der Besetzung Österreichs 1938 die Stapo so übel mitspielte, legte im Rahmen sudetendeutscher Erneuerungs-

* Dr. Othmar Spann, Professor der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule in Brünn, als Nachfolger Philippovich, Nationalökonom und Soziologe an der Universität Wien, hat in seiner Art das Wesen des Volkstums in seiner Eigenständigkeit und als autonome gesellschaftliche Kraft aufgezeigt: „Volkstum geht vor Staat“. In seinen soziologischen Vorlesungen, deren Gegenstand „Abbruch und Neubau der Gesellschaft“ waren, zu denen sich bis 1000 Hörer im kleinen Festsaal der Universität einfanden, darunter stärkste Kontingente der Korporationsstudentenschaft, wirkte er revolutionierend auf die politischen Vorstellungen der akademischen Kreise jener Zeit. In starker Hinwendung zum Katholizismus und befreundet mit bedeutenden Theologen, wie Prof. Pohl, hat Spann über die „Gäminger Wochen“ auch in den außerakademischen Bereich tiefgreifend gewirkt. Bei der Besetzung Österreichs wurde er im März 1938 von der einrückenden Gestapo mit seinem Schüler Prof. Walther Heinrich verhaftet, nach München verbracht, nach längerer Haft freigelassen, jedoch aller akademischen Funktionen entkleidet und auf seinen kleinen abgelegenen Landsitz in das Burgenland verbannt. Seine Werke kamen fast ausschließlich auf den Rosenberg'schen Index und waren zur nationalsozialistischen Zeit verboten.

bestrebungen, insbesondere durch seinen Vortrag „Vom Wesen des Volkstums“ ** auf dem Volksbildungslehrgang Ostern 1919 zu Brünn und in zahlreichen Vorträgen und Schulungswochen die wissenschaftlichen Grundlagen für ein neu zu formendes und zu bekennendes deutsches Volksbewußtsein, das von jedem kleinbürgerlichen Chauvinismus und allem nur formal verstandenen Selbstbestimmungsrecht weit hinweg führte. Volkstum zeigte er als geistige Gemeinschaft, Volkstumsbewahrung als Bildungsaufgabe auf. Der evangelische Norddeutsche, Prof. Mannhardt mit seiner Burse in Marburg a. d. Lahn, ganz eigene Wege gehend, leistete Hervorragendes für die wissenschaftliche Fundierung einer noch zu bildenden Führungsethik. Des katholischen Prälaten Prof. Dr. Schreiber in Münster und seines Kreises muß ebenfalls in diesem Zusammenhange gedacht werden.

Alle diese Persönlichkeiten aber ließen eine kommende Generation, die es in Zukunft besser machen wollte und an das Gewicht des sachlichen Arguments und die Macht des Sittlichen glaubte, Herder wieder entdecken und führten zur intensivsten Beschäftigung mit Kant, Fichte und dem deutschen Idealismus überhaupt. Daraus erwuchs für weite akademische Nachwuchskreise im Sudetenlande und darüber hinaus für weite Kreise der sudetenländischen Bildungsschicht eine verpflichtende Lebensmaxime. Das waren auch die geistigen Grundlagen, aus denen heraus eine kommende politische Führungsschicht den aufgezwungenen Kampf um freie eigenständige Entwicklung, die sie einfach als demokratisches Grundrecht und Naturrecht schlechthin empfand, als Problem des gesamten neuen Staates sehen lernte. Sie erlebte den Widerspruch zwischen den in formaler Vollendung verkündeten demokratischen Grundrechten und einer fortschreitenden, bisher aus der Geborgenheit österreichischer volklich überparteilicher Verwaltung, nicht vorstellbaren Nationalstaatspraxis, die offen die Assimilierung und Vernichtung der nichttschechischen Nationalitäten des Staates vertrat. Ihr setzte diese werdende Führungsschicht das leidenschaftliche Bekenntnis zur Entwicklungsfreiheit auf dem ererbten Heimatboden im Glauben an ein höher organisiertes Europa, an dessen Notwendigkeit sie damals vor 35 Jahren schon glaubte, entgegen.

Das war die Einstellung, aus der heraus die Beziehungen zu den konstruktiven Kräften des tschechischen und des slowakischen Volkes durch fast 15 Jahre gesucht wurden.

Zwischen Feber 1919 und Oktober 1924 war ich nur dreimal in Prag. An einen der Besuche erinnere ich mich jedoch sehr genau: Ich hatte eine Empfehlung an Prof. Dr. Bruno Kafka, den hervorragenden Zivilrechtler, einen imponierenden Repräsentanten des deutschbewußten Prager Judentums, den glänzenden Redner auf dem Katheder wie auf der Tribüne des Parlaments. Er nahm mich mit ins Abgeordnetenhaus, wo Beneš in einem großangelegten Exposé den Vertrag, mit welchem die Kleine Entente begründet wurde, ver-

** Veröffentlicht als Böhmerlandflugschrift im Böhmerland-Verlag Johannes Staude, Eger, in großen Auflagen nachgedruckt und verbreitet.

trat. Kafka trat ihm mit überzeugenden Argumenten entgegen und wies nach, daß die Kleine Entente ein regionales Paktsystem darstelle, das gegen den Geist der Satzung des Verbandes der Nationen verstoße und unweigerlich in die Sphäre der Machtpolitik, deren Überwindung ja eines der positiven Ergebnisse des 1. Weltkrieges werden sollte, zurückführen müsse.

Ich verfolgte die Debatte aus der Diplomatenloge. Gestehen muß ich, daß ich noch heute nach 35 Jahren das ungute Gefühl spüre, das mich beschlich, als Beneš, dieser kaltschnäuzige, kleingewachsene Mann mit der unsympathischen Stimme und einer Selbstsicherheit, die fast wie Beschränktheit wirkte, sein Paktsystem vertrat. Ich will nicht sagen, daß mich seit jener Stunde ein Vorurteil gegen Beneš erfaßte. Ich behaupte vielmehr, daß ich in der selbstkritischsten Weise in den späteren Jahren dem Manne gerecht zu werden versuchte, bis ich in den Monaten des Spätsommers 1938, in denen das Unheil seine Schatten vorauswarf, an ihm verzweifelte. Seine Rache habe ich rund 20 Jahre später zu spüren bekommen, als er den Versuchen tschechischer Freunde unzugänglich blieb, die Folgen eines juristisch unhaltbaren, gegen mich ergangenen Urteiles aufzuheben.

Im Herbst 1925 kam ich zu dauerndem Studienaufenthalte nach Prag. Ich hatte eine Empfehlung an die Familie des 2. Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts, Dr. Diwald, mit. Als ich der Dame des Hauses meine Aufwartung machte und unter Zuhilfenahme meines Gymnasialtschechisch ein zaghaftes „Ruku libam“* sagte, überschüttete sie mich mit jenem unbefangenen ausgelassenen Gelächter, das den Damen einstiger Wiener Salons eigen war; sie meinte, ob ich etwa daran dächte, bei ihr tschechisch zu lernen. Da käme ich schlecht an; sie freue sich, daß endlich wieder jemand nach Prag käme, mit dem sie in Erinnerung an die einstigen Wiener Zeiten, in denen ihr Mann am Obersten Verwaltungsgerichte wirkte, das ihr einst so liebe wienerische Deutsch sprechen könne. Als sie mich dann in weitere Familien der tschechischen Gesellschaft einführte, darunter in die Familien der Nichten des ehem. Kriegsministers Udržal, eines prominenten Führers der tschechischen Agrarier und es mir dort war, als ob ich in einem der mir bekannten Wiener Salons wäre, sah ich mich zu ersten praktischen Korrekturen meiner Auffassungen vom oberflächlichen Tschechentum, die durch Literatur und Erlebnisse zwischen 1917 und 1924 entstanden waren, veranlaßt.

Eine fatale Überraschung war für mich die Streichung von 6 Auslandssemestern durch das tschechische Unterrichtsministerium. Eine sehr harte Nostrifikationsordnung für Auslandsstudien, die Sudetendeutsche, die bisher, alter Übung folgend, an österreichischen und reichsdeutschen Hochschulen studierten, besonders traf, war überraschend in Kraft getreten. Wir mußten 4—6 Semester nachinskribieren, eine zeitraubende Angelegenheit, und die in Wien abgelegten Staatsprüfungen wiederholen. Die unerwartet reich vorhandene Zeit zu nützen, widmete ich mich, einer alten Neigung

* „Küß die Hand“.

folgend, dem Studium der Geschichte bei Hans Hirsch und Theodor Mayer, schon in Wien einer meiner akademischen Lehrer, der inzwischen nach Prag berufen worden war.

Aber bald hatten mich in der journalistischen Praxis stehende alte Freunde entdeckt, die um meine intensiven theoretischen und praktischen Bemühungen um Zeitungswesen und Publizistik wußten. So kam es, daß ich die Aufgabe übernahm, die Grundlagen eines von der bis dahin monopolen offiziellen tschechoslowakischen Berichterstattung unabhängigen Pressedienstes zu schaffen. Ich richtete die Prager Redaktion der „Telegraphen-Union“ ein, übernahm den Aufbau der Prager Redaktionsvertretung der „Wiener Neuesten Nachrichten“ und gleichzeitig auf dringenden Wunsch Hermann Ullmanns die Vertretung des Verlages Scherl. So kam ich in die Vereinigung der Auslandsjournalisten und wurde im Außenministerium in aller Form akkreditiert. Zu jener Zeit hat sich die Staatspolizei um Auslandsjournalisten noch nicht sonderlich gekümmert. Man fühlte sich auf dem Gebiete der Presse und des Nachrichtendienstes in einer monopolen Position und beschränkte sich darauf, die Auslandsjournalisten blendend zu behandeln. Zahllose Vergünstigungen einschließlich einer Jahreskarte 1. Klasse für ein minimales Pauschale gehörten zu dieser Methode.

Das war die Ausgangsgrundlage, von der aus ich in unmittelbare Beziehung zu dem Manne trat, den ich zu dieser Zeit schon für die zentrale und schicksalhafte Figur im böhmischen Raum hielt, mit dem mich geistig und praktisch-politisch auseinanderzusetzen, als Aufgabe meine besten Mannesjahre füllte, und schließlich mir selbst zum Schicksal wurde.

Dr. Eduard Beneš

Anläßlich des Besuches des damaligen österreichischen Bundeskanzlers Dr. Ramek stellte mich der charmante Gesandte der Republik Österreich, Dr. Marek, im Rahmen des Empfanges für den Bundeskanzler, dem Außenminister Dr. Eduard Beneš vor. Offenkundig war dieser der Meinung, es mit einem Österreicher zu tun zu haben, zog mich ins Gespräch, widmete mir eine unwahrscheinlich lange Zeit, begann die Vorzüge der Tschechoslowakischen Republik und die Absicht der Verantwortlichen, die Minderheiten bestens zufriedenzustellen, zu rühmen, meinte, daß ich ja als Österreicher etwas von Nationalitätenfragen verstünde, weshalb er mir sehr ans Herz legen müsse, mich von etwaigen Gefühlen nicht gefangen nehmen zu lassen und stets das Prinzip zu beachten, daß die Grundlage aller guten Tätigkeit eines Auslandsjournalisten die Loyalität sei. Auf dieser Grundlage stünde mir das Außenministerium jederzeit offen.

Ich hörte den Außenminister sehr respektvoll an, sagte ihm dann aber sehr höflich und offen, ich sei ein gebürtiger Südmährer, der im Ausland studiert habe und nun wieder in der Republik lebe. Dr. Beneš stutzte einen Augenblick, tat aber unbefangen, trotzdem er sichtlich die Situation begriffen hatte. Dieser Umstand trug mir in weiterer Folge das besondere Inter-

esse seiner Leute ein. Da ich sachlich kompromißlos, in der Form aber betont loyal blieb, wurden diese Pressekontakte die Grundlage persönlicher Beziehungen, die mir später während meiner Tätigkeit als Abgeordneter von 1935—1938 außerordentlich wertvoll wurden. Dr. Beneš habe ich in dieser Zeit noch bei verschiedenen Anlässen im Rahmen von Empfängen auf der Burg, im Abgeordnetenhaus und bei gesellschaftlichen Begegnungen gesehen. Immer bedrückte mich die Kälte, die von diesem Manne ausstrahlte und die Tatsache der unüberbrückbaren Diskrepanz zwischen seinen unterschiedlichen Erklärungen, zu deren Hauptbestandteil die Worte „loyal“ und „Loyalität“ gehörten, und seiner politischen Praxis.

Man muß in jener Zeit den Kampf Beneš' um die Macht in der tschechischen nationalsozialistischen Partei mitgemacht haben, mit den maßlosen Exzessen in dem Parteiorgan „České slovo“ und anderen Blättern des Melantrich-Verlages. Um wenige Heller — etwa im Gegenwerte von 1 bis 2 Pfennigen — wurden sie in die Masse geworfen und bildeten die Morgenlektüre der in die Arbeit fahrenden Menschen. Kaum irgendwo auf Erden dürfte es derartige Blüten eines kleinbürgerlichen und intransigenten Chauvinismus gegeben haben, wie in den Blättern des Verlages der von Dr. Beneš als Vorsitzenden geführten tschechischen Sozialisten. Nicht nur das Programm des „tschechoslowakischen Nationalstaates“ mit dem konkreten Ziel der totalen Integration der nichttschechischen Minderheiten einschließlich der Slowaken wurde kompromißlos vertreten, sondern die Minderheiten als solche und auch tschechische politische Gegner wurden erbarmungslos und notfalls persönlich bekämpft. Die Publikation von an sich nach dem Gesetze geheimen Krankengeschichten aus früheren Jahren mit der Feststellung venerischer Erkrankungen parteipolitischer Gegner und dem Hinweise auf vorhandene Paralyse, gehörten so zu den angewandten Methoden. Man wird nach Stil und Inhalt vergeblich in der Presseproduktion der Weimarer Republik Ähnliches suchen. Eine Analogie liegt vielleicht in Streichers „Stürmer“. Beneš also wurde Vorsitzender der tschechischen Sozialistischen Partei etwa 1926 und blieb der allmächtige Parteichef bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten. Er trug damit die unmittelbare persönliche Verantwortung für jene hemmungslose Vergiftung der deutsch-tschechischen Beziehungen, die selbst einen so gemäßigten Diplomaten, wie den szts. Deutschen Gesandten, den ehem. sächsischen Justizminister Dr. Koch zu bekümmerten Vorstellungen zwangen, wenn etwa anläßlich der Wahl des deutschen Staatspräsidenten Hindenburg als Repräsentant blutrünstigen deutschen Junkertums, bis zu den Knien im Blute wattend und mit den abgeschlagenen Köpfen von Kindern in Händen, gezeigt worden ist.

Diese Zustände muß man gekannt haben, wenn man das Verhalten anderer hervorragender Persönlichkeiten im tschechischen und deutschen Lager, auf die wir noch zu sprechen kommen und die bestimmt ab 1925 einen Modus vivendi zwischen Deutschen und Tschechen ehrlich anstrebten, verstehen will.

Dabei hatte Beneš selbst einfach keine echte gesellschaftliche Position. Es war unwahrscheinlich, mit welcher Herabsetzung und unverhohlener Mißachtung kultivierteste Persönlichkeiten verschiedenster gesellschaftlicher Schichten und politischer Parteien im engeren tschechischen Kreise von ihm sprachen.

Dennoch konnte Dr. Beneš sein außenpolitisches Konzept verfolgen und zwang die Überzeugung auf, daß die Ausstrahlungen französischer Politik, die auch Briands Vorstoß in Thoiry nicht zu paralysieren vermochte, getragen von der französischen Militärmission, jede vernünftige Entwicklung in der Tschechoslowakei unmöglich machen würden. Man muß die Sokol-Kongresse ab 1926 mit ihren militärischen Vorführungen, die unter Einsatz mittlerer Waffen und von Flugzeuggeschwadern das Prager Stadion für Stunden in ein Schlachtfeld verwandelten, gesehen haben, — oder aber die Militärdelegationen befreundeter Armeen, die in Kompagnien und Bataillonen bei den Sokolkongressen aufmarschierten. Sie hatten handgreiflich die Beneš'sche — dem kleinen Mann täglich und stündlich eingehämmerte These, die Tschechoslowakei sei im Rahmen der Kleinen Entente praktisch eine Großmacht, neben der selbst Deutschland eine „Quantité négligeable“ bliebe, zu versinnbildlichen.

Korrespondierend damit ging bei den Tschechen die unwahrscheinliche Überbewertung der Tätigkeit Beneš' in Genf. Eine Ausnahme machten gewisse bürgerliche Kreise, die die Vorstellung, Außenpolitik sei ein unsauberes Gewerbe, mit sich trugen und dafür hielten, daß Beneš gewissermaßen diese spezielle Tätigkeit dank der persönlichen Beziehungen, die er auf Grund seiner kontinuierlichen Tätigkeit als Außenminister seit 1917 tatsächlich gesammelt hatte, am besten besorgen würde. Dabei hatte Beneš auch im Auslande alles andere als eine unumstrittene oder respektierte Stellung. Daß ihn die Polen nicht mochten, ihm die Wegnahme von Tschechisch-Teschen und des Olsa-Gebietes nie verziehen, und ihn in den maßgebenden Schichten ab 1937 diplomatisch böseartig bis erbarmungslos befehdeten, ist heute auf Grund der vorliegenden Aktenpublikationen erweislich. Einmal — es war 1935 in Genf beim Nationalitäten-Kongreß, saßen wir Tisch an Tisch mit einigen Angehörigen der Auslandspresse und ausländischer Legationen. Plötzlich sprang einer der Diplomaten auf und erklärte, er müsse unverzüglich in das Assemblée des Verbandes der Nationen. Auf meine erstaunte Frage, was denn los sei, erklärte er mir Beneš präsidiere, spreche bei diesem Anlaß französisch, und das sei das ulkigste Schauspiel, das sich in Genf niemand entgehen lasse. Niemals sei die Vollversammlung so besetzt, wie wenn Beneš präsidiere.

Ich hielt diese Bemerkung für eine Übertreibung, ging aber mit, um mich persönlich zu vergewissern.

Der Beratungsraum der Vollversammlung bot ein Bild, wie ich es in den Tagen vorher nicht gesehen hatte; selbst die Logen waren überfüllt. Die Menschen standen in den Gängen. Beneš kam geschäftig, ein rundes Hütlein in

der Hand, wie es damals modern war, legte es zur Seite und begann ein Papier zu verlesen. Sofort stießen sich die Logenbesucher ungeniert an und nach wenigen Minuten herrschte die ausgelassenste Stimmung — man amüsierte sich köstlich! Nach Beneš sprach ein französischer Neger. Man sagte ihm nach, daß er das vollendetste Französisch im gesamten Verbands der Nationen spreche. Kaum hatte er einige Sätze gesagt, war es mäuschenstill und man hörte ihm interessiert zu.

Dieses scheinbar bedeutungslose Geschichtchen, das sich für den Leser nach 40 Jahren wie eine unfreundliche Anekdote lesen mag, war aber wohl symptomatisch. — Beneš verdankte seine Position in Genf den französischen Hintermännern, seinerzeit die Herren Europas von St. Germain und Versailles, deren Geschäfte er besorgte. Er hatte Linie im Bereiche der kleinen Entente zu halten, deren System noch untermauert wurde durch den Beitritt der Tschechoslowakei zum sowjetisch-französischen Beistandspakt, trotzdem die CSR als letzter Staat die Sowjetunion erst 1932 anerkannt hatte.

Wie die Lage selbst im Kreise völlig unbefangener und loyalster Deutscher beurteilt worden ist, beweist die Tatsache, daß der spätere Landsmann-Minister Erwin Zajíček, prominentes Mitglied der Deutschen Christlich-sozialen Volks-Partei und des Abgeordnetenhauses, 1934 auf dem südmährischen Kreistag der Partei in Znaim beschließen ließ, „... endlich lehnen wir es ab, der Gendarm Frankreichs an der Flanke Deutschlands zu sein.“

Dazwischen lag der Versuch Stresemanns und Briands in Thoiry zur Ausgangsgrundlage neuer Entwicklungen zu kommen, der Eintritt deutscher Parteien — des Bundes der Landwirte und der Christlichsozialen — am 14. 10. 1925 in die Prager Regierung, der Versuch Chvalkovský, des besonderen Vertrauensmannes des Ministerpräsidenten Švehlá, der die deutsch-tschechischen Koalition durchgesetzt hatte, die formal korrekten und unbefriedigenden, durch den Beneschianismus immer wieder torpedierten Beziehungen Prag—Berlin zu bessern. Doch Chvalkovský verließ schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit resignierend Berlin. Das war außerordentlich bedauerlich, denn ich habe Chvalkovský vor seiner Abreise nach Berlin im Kreise der Nichten Udržals erlebt und weiß, mit welch ehrlichen Absichten und großen Hoffnungen dieser polyglotte, geradezu kosmopolitisch orientierte Tscheche und feinsinnige Diplomat nach Berlin gegangen war.

Daß er 14 Jahre später als Außenminister der II. Republik und als Gesandter des Protektorats Hitler nicht durchschaut habe, ist meiner Überzeugung nach nicht so sicher, trotzdem Viktor Stoupal in den Tagen der Protektoratserrichtung über ihn sehr hart geurteilt hat.

1942 oder 1943 fand dann Chvalovský im Bombenhagel, der wieder einmal über das unglückliche Berlin niederging, den Tod.

Charakteristisch für die Geltung Dr. Beneš' im Inlande mag folgendes kleine Ereignis sprechen. In den Jahren um 1936, als Dr. Beneš bereits Staatspräsident war, wurden in Wochenschauen im Auslande die prominenten Staatsmänner stark popularisiert. Offenkundig hat jemand aus der Umgebung

Dr. Beneš vorgeschlagen, es dem Auslande gleichzutun. Während der Staatspräsident in der Slowakei auf Sommerurlaub weilte, wurde er gefilmt und zwar, wie er in Reithosen und Stiefeln mit seiner Gattin, einen Picknickkorb tragend, einen felsigen Hügel in der Nähe Topol'čiankys hochstieg. Frau Beneš entfaltete den Picknickkorb, breitete eine Decke aus, goß aus einer Thermosflasche in eine Schale Tee, gab Zucker zu und steckte den Löffel in die Schale. So gab sie die Schale dem Präsidenten, der gedankenlos den Löffel in der Schale stecken ließ und mit sichtlichem Behagen trank. Es dauerte nur wenige Tage, da riefen die Prager Tschechen in sämtlichen Lokalen: „Káva à la Beneš!“ Die Kellner kamen dann gespritzt, in der Kaffeeschale bereits den Löffel, ihn heftig rührend. Und die Gäste tranken mit Behagen aus der Schale, in der der Löffel steckte, genau nach Vorbild. Nach wenigen Tagen wurde höheren Ortes die böse Panne offensichtlich ruchbar, denn die fatale Stelle wurde sofort aus dem Film geschnitten. Besonders charakteristisch war das Verhalten der Tschechen in den Tagen der Septemberkrise. Beneš hielt eine letzte Rede im Rundfunk und versuchte, den Tschechen Mut zu machen. In der Rede kam der Satz vor „Mám svůj plán“. (Ich habe meinen Plan). Allgemein aber spottete man: „Má aeroplán.“ (Er hat einen aeroplán, gemeint einen „Luft“-Plan).

In näheren persönlichen Kontakt kam ich mit Dr. Beneš unmittelbar vor der Präsidentenwahl 1935. Vertrauensleute Beneš' versuchten Dr. Alfred Rosche, den Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei, der, aus der Nationalpartei stammend, über die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft im Mai 1935 zur Sudetendeutschen Partei gestoßen war, für die Wahl Dr. Beneš' zu gewinnen. In einer gemeinsamen Sitzung des Parlamentarischen Klubs und der Hauptleitung der Sudetendeutschen Partei kam es zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen. Rosche wurde mit Nachdruck entgegengehalten, daß die bedingungslose Wahl Beneš' praktisch vergleichbar wäre mit dem bereits gescheiterten aktivistischen Experiment. Es sei grundfalsch, österreichische Verhältnisse in Analogie heranzuziehen und nachträglich nach gewissen politischen Leistungen irgendwelche Zugeständnisse zu erwarten; es fehle eben die Person des unabhängigen kaiserlichen Mittlers. Hingegen stünden in der Tschechoslowakei praktisch jeder Politiker und die gesamte öffentliche Meinung unter dem Druck des Beneschianismus, der primär getragen würde von der tschechischen sozialistischen Partei, der aber praktisch von sämtlichen Parteien mitgemacht und speziell von den Grenzlern und weiten Kreisen der Staatsbeamtenschaft unterstützt werde.

Schließlich einigten wir uns auf einen Vorschlag Dr. Peters', der mit Hubert Ripka, der später im Exil eine so unheilvolle Rolle spielen sollte, einen Besuch bei Außenminister Beneš vereinbarte, die Lage zu erkunden. Dr. Peters, Sandner und ich fuhren zu vorgerückter Abendstunde ins Außenministerium und wurden von einem Kriminalagenten durch eine der Hintertüren in die Privatwohnung Dr. Beneš' geführt. Er empfing uns mit der Bemerkung, er habe mit Freude gehört, daß wir ihm Vorschläge wegen seiner

Wahl zum Staatspräsidenten zu machen hätten. Dr. Peters, der bei derartigen Verhandlungen ungemein beherzt, höflich, aber auch sehr entschieden sein und die Dinge in entwaffnender Weise beim rechten Namen nennen konnte, korrigierte Dr. Beneš sofort und meinte, da müsse er schlecht unterrichtet worden sein. Er, Dr. Peters, sei seinerseits unterrichtet worden, daß Dr. Beneš wegen des ungelösten Nationalitätenproblems in großer Sorge sei, hierüber seine Auffassung habe, weshalb es opportun erscheine, gerade durch Verhandlungen mit ihm die Plattform für eine Entwicklung zu suchen. Dr. Beneš führte dann mit uns ein mehrstündiges Gespräch, das aber keinen greifbaren Inhalt hatte, sich von seiner Seite ausgesprochen phraseologisch mit Nebensächlichkeiten befaßte und irgendwie in keiner Beziehung zu dem Zweck unseres ja von Hubert Ripka entrierten Gespräches stand. Schließlich schloß Beneš die fruchtlose Unterredung, indem er unvermittelt auf den Gegenstand des Besuches zurückkam, und erklärte, wir müßten Verständnis für seine Situation haben. Es sei doch nicht unwahrscheinlich, daß er zum Staatspräsidenten gewählt würde. Dann werde er eine Verfassung zu beschwören haben, von ihm aber wäre es gegen die Verfassung gehandelt, wenn er sich vorher auf etwas festlegen würde, wodurch er mit dem Geist der Verfassung in Widerspruch kommen könnte, und allenfalls dadurch selbst Entscheidungen verfassungsmäßig zuständiger Faktoren vorweggenommen werden könnten. Nun war die Richtigkeit der negativen Beurteilung Dr. Beneš' für die zuständigen Parteigremien in vollem Umfange bestätigt. Ich erhielt freie Hand zu Verhandlungen mit Dr. Karel Kramář, über die an anderer Stelle zu sprechen sein wird.

Den Präsidenten Beneš habe ich in der Folgezeit bei verschiedenen Anlässen, so auch bei Besuchen in der Provinz, z. B. in Znaim, gesprochen, wo er sichtlich überrascht war, mich im Rahmen eines stattlichen Kontingents deutscher Vertreter zu sehen. Denn die Stadt Znaim, die 1918 noch eine überwiegende deutsche Mehrheit hatte, war in jenen Jahren einer der neuralgischen Punkte des tschechischen Expansionsdranges. Im Verkehr mit den Persönlichkeiten, die ihm vorgestellt wurden, trug der Präsident ein rein konventionelles, distanzierendes Verhalten zur Schau und sprach wie immer sehr viel von Loyalität.

Der Juni 1938 sollte durch ein ganz unscheinbares Ereignis mich unmittelbar zum Träger intimster Verhandlungen werden lassen, in deren Verlaufe ich dann meine entscheidenden Begegnungen mit dem Staatspräsidenten hatte.

In Troppau war zur Zeit der Besetzung Österreichs die aus Wien stammende Schauspielerinnen Terrel-Terramare, die Gattin eines konvertierten Juden, der selbst Schauspieler, Literat und Regisseur war, tätig. Als die Nachricht im Theater verbreitet wurde, daß die Innsbrucker die einrückenden deutschen Truppen stürmisch begrüßten, fand diese Österreicherin im Hinblick auf die 14 Tage früher Schuschnigg zuteil gewordenen stürmischen

Ovationen das Verhalten ihrer Landsleute nicht sehr charaktervoll und machte ihrem gepreßten Herzen Luft.

Ein Kellner griff die Äußerungen auf, es gab ein übles Gerede, die begabte Terramare mußte Troppau verlassen und wurde von Dr. Eger, dem verdienstvollen Direktor des Neuen deutschen Theaters, einem Schweizer Juden, an sein Haus geholt. Aber schon nach wenigen Tagen intervenierte der Kulturattaché der deutschen Gesandtschaft in aller Form und verbat sich das weitere Auftreten der Terrel-Terramare, das gegebenenfalls als unfreundlicher Akt gegen das Dritte Reich angesehen werden müsse. Als mir die Angelegenheit durch die Frau eines alten Studienfreundes, eine Kollegin der Terrel-Terramare, vorgetragen wurde, zögerte ich nicht, beim deutschen Gesandten vorzusprechen und mein Erstaunen zum Ausdruck zu bringen. Der Gesandte Dr. Eisenlohr, ein vornehmer und ruhiger Mann, zuckte bekümmert die Achseln und bat um die Erhebung des Tatbestandes meinerseits. Dr. Reinhard Kudlich, ein mutiger und aufgeschlossener Nachkomme aus der Sippe Hans Kudlichs, stellte den Sachverhalt so eindeutig klar, daß der Gesandte keine Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Interventionsbegehrens mehr sah und die Terrel-Terramare erneut auftreten konnte.

Zu meinem Erstaunen kam eines Tages Theaterdirektor Eger in mein Anwaltsbüro, nicht nur um zu danken, daß ich ihm die wirklich gute Schauspielerin erhalten habe, sondern um sich den Mann anzuschauen, der diese Intervention und noch dazu unter Zurückweisung jeglichen Honorars, „als reine Kavaliersangelegenheit“ durchgeführt habe. Er habe gemeint, sagte er mir treuherzig, die Herren von der Sudetendeutschen Partei seien doch irgendwie sehr radikale Leute, mit denen man nicht reden könne, mit einem Wort verkappte Nazis. Nach einer netten Plauderstunde ging Dr. Eger von dannen, um nach wenigen Tagen sichtlich erregt wiederzukommen und mir zu sagen, er hätte den Vorfall dem Schweizer Gesandten, Charles Bruggmann, erzählt, der sehr interessiert sei, mich kennenzulernen. Er, Eger, möchte die Einladung vermitteln. Ich nahm selbstverständlich an, und es kam in der Folgezeit zu einigen sehr ernsthaften Gesprächen zwischen dem Schweizer Gesandten und mir, in denen ich ihm sichtlich überzeugend darzulegen vermochte, daß die Sudetendeutschen von Haus aus den Anspruch auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes hatten und noch hätten, daß es aber praktisch seit 20 Jahren nicht um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes gehe, woran kaum jemand ernsthaft denke, sondern um jene Sicherung einer freien kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, die dem letzten Sudetendeutschen das gebe, was jedem Schweizer ohne Rücksicht auf Rang und Stand als Selbstverständlichkeit zustehe.

Schließlich wurde Gesandter Bruggmann konkret politisch, erklärte unsere Beschwerden zu verstehen, warf aber zugleich die Frage auf, ob es denn überhaupt im Hinblick auf den Stand der öffentlichen Meinung im tschechischen Lager, die jede Verwirklichung einer Autonomieforderung als kalte Zer-

schlagung des Staates werte, konkrete Verhandlungsmöglichkeiten gäbe. Ich mußte den Gesandten höflich dahingehend unterrichten, daß die Sudetendeutsche Partei bis zum Tage von Karlsbad niemals Autonomie, also eigenständige Selbstgesetzgebung, sondern nur Selbstverwaltung verlangt hatte. Auch die Volksgruppenrechts-Entwürfe und selbst die sogenannten „Karlsbader Beschlüsse“ seien durchaus auf der Grundlage einer modernen Selbstverwaltung zu realisieren. Den Sudetendeutschen käme es in erster Linie darauf an, im eigenen Siedlungsgebiet mit einem angemessenen Anteil an den Mitteln, die sie selbst erwirtschafteten, unter Ausschaltung jeglichen, zur Zeit üblichen Mißbrauches der Staatsmacht auf der Basis des freien Ermessens und durchlöcherter Rechtsstaatlichkeit, die eigenständige Entwicklung in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung sichergestellt zu wissen.

Niemand von sudetendeutscher Seite klammerte sich an Formeln, oder lasse Prestigemomente gelten. Dann entwickelte ich ihm weiter das Gauverfassungsgesetz aus dem Jahre 1920, das unter Kramář Gesetz geworden war, das wesentlich deutsche Siedlungsgebiet in zwei eigenen Gauen weitgehend erfaßt und in jeder Hinsicht Ansätze für eine moderne Administrative auf der Grundlage einer weitgehenden Selbstverwaltung festgelegt hatte. Im Zuge der Straffung der Staatsgewalt und tschechoslowakischen Nationalstaatspolitik sei dieses Gesetz 1927 unter Beibehaltung der Länder außer Kraft gesetzt worden. Gewisse territoriale Korrekturen und Klärungen von Kompetenzen böten die Voraussetzungen, die Grundlage für einen Modus vivendi zu schaffen, die kein vernünftiger Deutscher ablehnen könne. Als ich noch über die praktischen Möglichkeiten vom verwaltungstechnischen Standpunkte gesprochen hatte, erklärte Gesandter Bruggmann spontan, das sei ja im Grunde genommen die Verwaltungswirkung der Schweizer Kantone. Ich ergänzte, der Unterschied zwischen Schweizer Kantonalverfassung und verbesserter Gauverfassung im Sinne meines Vorschlages liege nur darin, daß die deutschen Gaue gleich den tschechischen und slowakischen zu einem Verbands als Ersatz für die bisherigen historischen Länder in zweiter Instanz zusammenzuschließen wären. Dabei böte aber der Vorsitzende des Gauverbandes als ein von der Zentralregierung ernannter Funktionär eine weitgehende staatspolitische Garantie im Sinne einer einheitlichen Staatsentwicklung. Kurz darauf fixierte ich über Aufforderung des Gesandten meine Gedanken schriftlich und gab ihm die erbetene Ermächtigung, von dem Entwurf jeden informatorischen Gebrauch zu machen.

Ich habe die Gelegenheit benützt, dem Gesandten Bruggmann um dessen besonders freundschaftlichen Beziehungen zum englischen Gesandten ich wußte, die bedenkliche Entwicklung klarzulegen. Auf Grund meiner intimen Kenntnis des Verhandlungsablaufes konnte ich darlegen, wie die ersten Fühlungen mit Dr. Hodža erfolgten. Nach der selbst für den Kreis engster Parteifreunde ebenso überraschenden wie alarmierenden Rede Henleins in Karlsbad, der ersten großen politischen Rede Henleins, die nicht von

einem Gremium des statutengemäß verantwortlichen Führungsorganes ausgearbeitet worden war, mit ihren abschließenden nie diskutierten Forderungen, die als „Karlsbader Beschlüsse“ in die Geschichte eingegangen sind, hatte der Ministerpräsident Peters und mich zu einer Unterredung gebeten. Seine Frage, ob das die Preisgabe des offiziellen Standpunktes der Sudetendeutschen Partei, sie sei eine Verfassungspartei, bedeute, hatten wir mit gutem Gewissen zu verneinen. Der Ministerpräsident anerkannte jedoch nach unseren sehr dringlichen Vorstellungen selbst, daß das den Regierungsaktivisten vor Jahresfrist in Aussicht gestellte „Kleine Programm“ gescheitert war, daß höchste Eile geboten und von der allgemeinen berechtigten Enttäuschung der sudetendeutschen Massen her, Gefahr im Verzuge sei. Deshalb beauftragte er den Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtes, Dr. Hácha und den Chef der legislativen Abteilung des Ministerratspräsidiums, den späteren Ministerpräsidenten Dr. Krejčí, mit einer Expertenkommission unter Führung des Dr. Peters die verfassungsmäßigen Möglichkeiten einer Lösung der Sudetendeutschen Frage zu prüfen. Die Erörterungen waren beiderseits sehr aufgeschlossen und schritten rasch vorwärts.

Ich mußte aber auch aufzeigen, wie in diesem hoffnungsvollen Stadium der Vorverhandlungen über Einspruch des Staatspräsidenten Dr. Beneš die Experten Hácha - Krejčí zurückgepfeffen wurden, an ihre Stelle die politischen Minister und die Vertreter der Koalitionsparteien traten, die in fruchtlosen Formalverhandlungen die Zeit in Sitzungen zubrachten. Daß dabei Msgr. Šrámek sich als besonders destruktives Element erwies, das kompromißlos am Nationalstaatsgedanken Beneš'scher Prägung festhielt, sei als geschichtliche Tatsache bemerkt. Kein Hehl machte ich daraus, daß Verhandlungen, wie sie bisher praktiziert wurden, nie zu konkreten Verhandlungsergebnissen führen könnten. Auf der anderen Seite aber sei nach der Besetzung Österreichs mit der verstärkten Interessenahme des Dritten Reiches als einer politischen Realität zu rechnen. Wenn man allerdings alle konstruktiven Kräfte auf sudetendeutscher Seite konsequent kompromittiere, wie das seit nahezu 20 Jahren mit sämtlichen Exponenten des staatspositiven Aktivismus geschehen sei, dürfe man sich nicht wundern, wenn auf Grund der rein massenpsychologischen Rückwirkungen auf dem Hintergrunde einer Grenze von 800 km, modernster Nachrichtenmittel und lebendigster Kontakte in den Grenzgebieten mit der Reichsbevölkerung, die Entwicklung eines Tages jeder Kontrolle entgleiten werde.

Mit Nachdruck habe ich schon damals darauf hingewiesen, daß Verhandlungen nur sinnvoll werden könnten, wenn man sich englischerseits zu einer Intervention entschlöße und rechtzeitig zu einem Abschluß komme, ehe die drohende Zerschlagung der massenpsychologischen Voraussetzungen einer evolutionären innerstaatlichen Lösung erfolgen würde. Ich habe kein Hehl daraus gemacht, daß aller konstruktiven Entwicklung der Staatspräsident Dr. Beneš entgegenstehe, der praktische Träger einer verfassungswidrigen Präsidialdiktatur sei und nur von außen gezwungen werden könnte, zu kon-

kreten und vernünftigen Verhandlungen einzuschwenken. Zur Unterstützung meiner Auffassung konnte ich zahllose parallellaufende Versuche und Vorfälle zeigen, die durchaus bewiesen, daß die Zeit nun auf beiden Seiten für konkrete Lösungen reif geworden sei. Einer der maßgebendsten Männer der tschechischen Agrarpartei, der Direktor der Kooperativa, des entscheidenden agrar- und preispolitischen Instruments der tschechischen Agrarier, Landwirtschaftsminister Feierabend, hatte nicht erfolglos Fühlungen zum Reichsnährstand aufgenommen, Generaldirektor Dr. Preiß von der Živnostenská banka zu reichsdeutschen Wirtschaftskreisen. Maßgebende tschechische Agrarier hatten sich mit dem deutschen Gesandten und deutschen offiziellen Persönlichkeiten getroffen. Daraus erwuchs jene Atmosphäre der Entspannung, aus der heraus allen gewaltsamen Lösungsversuchen, von wem immer sie angestrebt werden mochten, bei der grundsätzlichen friedfertigen und jedem echten Risiko abholden Grundhaltung der sudetendeutschen Bevölkerung erfolgreich entgegen getreten werden konnte. Honsa Masaryk, der Sohn des Altpräsidenten, zu jener Zeit noch Gesandter in London, hatte bezeichnenderweise Heinz Rutha in London, knapp vor dessen im Jahre 1937 erfolgten Tode erklärt, es sei ein Unsinn sondergleichen, daß man in Raudnitz eine Maginotlinie baue, statt mit den Sudetendeutschen vernünftig zu verhandeln.

Die Aktenpublikationen der Nachkriegszeit zeigen, in welchem Maße schon seit 1937 ein Druck auf Dr. Beneš in steigendem Maße ausgeübt wurde, der jedoch, wie die Provokationsmobilisierung am 21. Mai 1938 bewiesen hatte, an der Annahme eines unvermeidlichen Konfliktes mit Deutschland festhielt und sichtlich bereit war, ohne Rücksicht auf Opfer als Ergebnis eines neuerlichen großen Krieges die Tschechoslowakische Republik als tschechoslowakischen Nationalstaat aufrecht zu erhalten.

In dieser schwierigen Lage waren für die Vorstellungen über staatspositive Möglichkeiten für die Lösung der sudetendeutschen Frage und mögliche künftige politische Entwicklungen Beziehungen zu reichsdeutschen Kreisen und Persönlichkeiten von außerordentlicher Bedeutung. Rückschauend muß allerdings gesagt werden, daß gerade sie wesentlich zur Desorientierung darüber, was von Hitler zu erwarten sei und wie kurz die Zeit sein würde, um ihm zuvorkommen, führten*. Hermann Ullmann, der sein kritisches Buch „In der großen Kurve“ gewagt hatte, unterhielt sehr vertrauliche Beziehungen zu Kreisen der deutschen Generalität, die später im

* Erst wesentlich später wurde mir die Lage klar, als ich nach der Maimobilisierung Gesandten Mastný in der Berliner Gesandtschaft nach den möglichen politischen Folgen des Zwischenfalles fragte. Mastný sagte mir damals, gerade am Vortage sei im Verlaufe eines Gesprächs zwischen dem britischen Botschafter Henderson in Berlin, dem französischen Botschafter François Poncet und ihm, die gleiche Frage angeschnitten worden. François Poncet habe geantwortet: Hitler könne etwas, was niemand von den Beteiligten des Gesprächs könne, nämlich bei Mondenschein über die Dächer zu gehen. Aber niemand wisse, was geschehen werde, wenn jemand Hitler zur Unzeit anrufe.

Widerstände eine maßgebende Rolle spielten. Ich selbst kannte aufgrund einer gesellschaftlichen Beziehung meiner Frau den Reichskriegsminister von Blomberg persönlich und habe von dem später als Opportunisten und regimiehörig beurteilten damaligen Generalobersten in vertraulichem Gespräche sehr offene und ermutigende Äußerungen zu hören bekommen. Unterrichtungen und Äußerungen dieser Art bestärkten in vielen von uns die Überzeugung, daß die deutsche Generalität allen militärischen Experimenten im Zeichen unverantwortlicher Machtpolitik Hitlers im Ernstfalle erfolgreich entgetreten werde und damit echte Voraussetzungen für eine konstruktive Entwicklung des deutsch-tschechischen Verhältnisses gegeben seien.

Andererseits war ich mit meinen Freunden Peters, Kundt und anderen ebenso davon überzeugt, daß jedes krieglerische Ereignis ohne Rücksicht darauf, ob die Kriegsfurie im Zeichen eines deutschen Sieges oder einer deutschen Niederlage über das Sudetengebiet käme, für das Sudetendeutschum ein großes und sinnloses Unglück bedeuten würde. Sinnlos, weil wir an den Erfolg unseres grundsätzlichen Rechtskampfes glaubten. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß die öffentliche Meinung Englands und Frankreichs im Umbruch begriffen war und damit eine wesentliche Voraussetzung für eine innerpolitische Änderung der Verhältnisse grundsätzlicher Art in der Tschechoslowakei im Entstehen war. Über diese Fragen haben Peters und ich mit Hodža und Josef Černý völlig unbefangen gesprochen und waren wie sie absolute Gegner jedweder krieglerischen Lösungsversuche, von welcher Seite immer sie angezettelt werden würden. Schließlich hatte der deutsche Gesandte Eisenlohr noch im März 1938 die Berechtigung unserer Auffassung bestätigt, wenn er uns vertraulich seine Überzeugung dahingehend entwickelte, daß auch im Auswärtigen Amt in Berlin einflußreichste Kreise die evolutionäre Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen absichern würden. Aufgrund dieser Deckung habe er seine Beziehungen auf der tschechischen Seite aktiviert und sehr konkrete Gespräche mit Hodža und Berán geführt, die unsere Bestrebungen noch sinnvoll erscheinen ließen. Als der Gesandte mich bat, meine Studie dem Präsidenten Beneš vorlegen zu dürfen, erklärte ich mich einverstanden, betonte aber, daß es sich um eine ausgesprochen persönliche Studie handle, deren Inhalt ich nur in der Sudetendeutschen Partei vertreten könne. Klar sein mußten wir uns aber darüber, daß auch jeder geringfügige Zeitverlust die Verhältnisse zum Schlimmen wende, weil in den beidseitigen Lagern aus massenpsychologischen Voraussetzungen eine Verkrampfung sich vorbereite, deren Folgen unabsehbar werden müßten. Wenige Tage später — es war unmittelbar nach dem Sokolkongreß —, lud mich der Gesandte wieder zu sich und stellte mir die Frage, ob ich bereit sei zum Staatspräsidenten zu gehen, der meine Studie kenne und sich mit mir darüber vertraulich unterhalten wolle. Ich sagte grundsätzlich zu. Unmittelbar darauf besuchte ich Henlein und teilte ihm mit, daß ich Gelegenheit hätte, mit maßgebendsten tschechischen Persönlichkeiten über administrativ-technische Möglichkeiten der Lösung

der Sudetenfrage zu sprechen, daß jedoch von mir absolute Vertraulichkeit hinsichtlich dieses rein persönlichen Gespräches gefordert würde.

Henlein frug mich nicht weiter nach Personen und Zusammenhängen, sondern erklärte, er gebe mir freie Hand, kein Mensch wisse, was werden solle, wenn die Gespräche irgendwelche greifbaren Ergebnisse zeitigten, erwarte er von mir zu hören.

Diese Korrektheit meinerseits war später für mich von lebensrettender Bedeutung. Dr. Beneš verfaßte über seine Gespräche mit mir entgegen getroffener Absprache, wie sie durch den Schweizer Gesandten vermittelt worden war, Aktennotizen, in denen er wahrheitswidrig es so darstellte, als ob ich ihm Angebote gemacht hätte. Diese Aktennotizen wurden nach Errichtung des Protektorats von einer Kommission zur Überprüfung der tschechischen Archive sichergestellt und trugen mir ein Verfahren wegen volks- und reichsfeindlichen Verhaltens ein, weil ich die Politik Hitlers konterkariert hätte.

Ich muß zur Ehre Henleins feststellen, daß er in einer der kritischsten Stunde meines Lebens klar dahingehend Stellung nahm, ich hätte auf der Grundlage seines Vertrauens und bei der gegebenen Situation richtig gehandelt, er verbiete sich die rückschauende diskriminierende Behandlung ehemaliger Mitarbeiter durch Personen, denen eine Beurteilung der Vorgänge rückschauend weder möglich sei, noch zustehe.

Eines Tages wurde ich von der Schweizer Gesandtschaft aus durch einen Polizeiagenten abgeholt — in Prag machte man alles mit dieser Sorte von Agenten, „Detektive“ genannt, deren hervorstechendes Kennzeichen es war, daß jeder halbwegs aufmerksame Beobachter sie an ihrer Kleidung und ihrem Gehen auf 100 Schritte erkennen konnte.

Der gute Detektiv also führte mich über eine der Nebentreppen des Rudolfinischen Traktes durch unterschiedliche Gänge, bis ich schließlich in der Wohnung des Präsidenten landete und in die Bibliothek geführt wurde.

Der Präsident begrüßte mich und sagte, er habe von meinen Gesprächen mit dem Schweizer Gesandten und der Studie Kenntnis, aber das sei keine geeignete Grundlage, die Tschechoslowakei sei nun einmal ein demokratischer Staat, auch er müsse den Willen des Volkes und die öffentliche Meinung respektieren. Die würde eine Auflösung der Länder nicht zulassen. Er, der Präsident, jedoch sei bereit, sich für eine Erweiterung der Kompetenzen der Landesvertretungen einzusetzen.

Ich muß ehrlich gestehen, daß es mir einigermaßen schwer fiel, meine Verblüffung zu verbergen. Deshalb erklärte ich, nachdem der Präsident seinen Monolog beendet hatte, daß unser beiderseitiges Gespräch sichtlich unter mißverständlichen Voraussetzungen zustandegekommen sei. Entscheidend für die Lage der Nationalitäten und im besonderen der Sudetendeutschen, also für den heutigen tatsächlichen Verfassungszustand, der selbst mit den kargen normativen Bestimmungen der Verfassung nicht mehr übereinstimme, sei die Anwendung des formalen Mehrheitsprinzips. Seine An-

wendung im Parlamente zum Zwecke der Deckung der Administrative durch formal-einwandfrei zustandegekommene Gesetze begründe den Unrechtszustand. Ich schloß meine ebenso höflichen wie sachlichen Ausführungen, ich müsse den Präsidenten dringlich bitten einzusehen, daß es uns Sudetendeutschen völlig gleichgültig sei, ob die Präsidenten des Senats und Abgeordnetenhauses oder künftig auch Präsidenten der Landesvertretungen auf Grundlage von Kompetenzverschiebungen sagen würden, „To je většina“ (das ist die Mehrheit).

Diese klare Sprache nahm mir der Präsident sichtlich sehr übel, erhob sich, sagte, er bedauere, daß offenkundig keine Verhandlungsgrundlagen gegeben seien, — ich war entlassen.

Der Detektiv führte mich bis auf den Burgplatz, ich ging zurück zum Schweizer Gesandten und berichtete ihm das soeben Erlebte. Auch aus der selbstsicheren Haltung des erfahrenen Diplomaten von Rang war durchzuspüren, wie sehr ihn mein Bericht bekümmerte.

Wenige Tage später, ehe die Entsendung Runcimans publiziert wurde, teilte mir der Gesandte mit, daß die britische Regierung eine hervorragende Persönlichkeit als Vermittler und Beobachter in die Tschechoslowakei entsenden werde.

Das war nach dem Sokolkongreß, der nochmals eine außerordentliche Manifestation des tschechischen Nationalismus geworden war. Präsident Beneš war eine der zentralen Figuren gewesen und hatte zweifellos gewaltigen Auftrieb bekommen.

Kurze Zeit nach dem Eintreffen Lord Runcimans zeigte sich jedoch, daß bei diesem Manne die so oft erprobten Methoden Potemkinscher Dörfer und der konsequenten Berufung auf eine formale Musterdemokratie nicht verfangen.

Der Lord entwickelte eine für ihn zweifellos anstrengende Tätigkeit, hatte einen Stab wohlunterrichteter und ausgezeichneten Experten um sich und verstand es, den realen Gegebenheiten tschechoslowakischer Staatlichkeit nachzuspüren.

Bemerkt sei, daß ich in der Umgebung Lord Runcimans einen alten Bekannten wiedergefunden hatte, Mr. Stephens, der mich m. E. nach bereits 1934 besucht hatte und sich damals als Sekretär des Oberhauses eingeführt, als Zweck der Reise das Studium der Nationalitätenfrage in der CSR im Zusammenhang mit einer Doktordissertation erklärt hatte.

Umso überraschter war ich, als mich Mitte August der Schweizer Gesandte erneut zu sich bat und mich fragte, ob ich bereit sei, den Präsidenten nochmals zu besuchen. Ich bejahte.

Auf dem schon bekannten Wege, geleitet von einem Detektiv, kam ich wieder zum Präsidenten, der mich in seiner Bibliothek empfing. Unvermittelt platzte er los, die Situation habe sich wesentlich geändert, nun seien meine seinerzeitigen Gedankengänge interessant, ich möge ihm rasch Einzelheiten entwickeln, wobei ich dann das Ergebnis noch schriftlich fixieren könne.

In diesem Zusammenhange sei darauf hingewiesen, daß meine engeren politischen Freunde und ich von all den Vorgängen, die man heute über die Hitler'sche Politik auf Grund der Aktenpublikation der Nachkriegszeit weiß, keine Ahnung gehabt haben.

Noch vor Ostern 1938 hatte mir der deutsche Gesandte Dr. Eisenlohr erklärt, Hodža habe ihm dargelegt, die Sudetendeutsche Partei müsse in die Regierung kommen, die Grundlage einer Selbstverwaltung, die den berechtigten Interessen der Sudetendeutschen Rechnung trage, müsse gefunden werden. Dazwischen lag die Mobilisierung vom 21. Mai 1938, das Standrecht in den sudetendeutschen Siedlungsgebieten, die Erschießung der beiden Egerländer Bauern Böhm und Hoffmann, das Erscheinen der beiden deutschen Militärattachés mit einem Kranz Hitlers bei dem Begräbnis der beiden erschossenen Egerländer Bauern, das Anwachsen einer forcierten Kampagne der sichtlich gesteuerten deutschen Presse. Aber niemand dachte an ernsthafte kriegerische Drohungen Hitlers. Aus konservativen Kreisen Berlins und Kreisen höherer Militärs konnte man hören, Österreich sei gerade noch gut gegangen, es sei völlig ausgeschlossen, daß Hitler bei dem Stande der deutschen Armee ein Kriegsrisiko eingehen könne.

Immerhin, die Entwicklung der gesteuerten öffentlichen Meinung, der gegenüber Dr. Beneš als die Quelle allen Übels in der CSR herausgestellt wurde, konnte niemand übersehen, der sich auf dem Gebiet praktischer Politik bewegte.

Ich hielt es deshalb für meine Pflicht, dem Präsidenten auszuführen, der Gang der bisherigen Verhandlungen habe in ihm offenkundig die Überzeugung gefestigt, daß er ohne Rücksicht auf verfassungsmäßige Zuständigkeit die Geschicke des Staates in die Hand nehmen müsse und daß er allein die Dinge zum Guten wenden könne. Das schmeichelte dem Präsidenten in außerordentlichem Maße, doch hatte er mich mißverstanden. Ich dachte gar nicht daran, seinem Selbstbewußtsein zu schmeicheln und ihm Freundlichkeiten zu sagen.

Und so führte ich weiter aus, ein wesentliches Erfordernis praktisch politischer Verhandlungen sei die Eignung der beteiligten Personen. Wenn auch bis jetzt amtliche Berliner Stellen in die innerpolitischen Angelegenheiten der Tschechoslowakei sich nicht eingemischt hätten, wie seinerzeit in Österreich, dürfe nicht übersehen werden, daß die Interessenahme von gewissen Stellen aus Berlin offenkundig gesteuert und insoweit geradezu symptomatisch seien, als die Person des Präsidenten ständiges Ziel der Angriffe wäre.

Ob diese Angriffe berechtigt seien oder nicht, sie seien eine Realität und schließlich nicht ohne Voraussetzungen, denn er, der Präsident, sei der Träger des intransigenten Nationalstaatsgedankens; wenn man gar nichts von ihm und der Tschechoslowakei wisse, so bringe man zumindest das Memoire III mit ihm in Verbindung und alles das, was seitens der Partei des Präsidenten und seitens seiner Presse gegen das Deutsche Reich, vor

und nach Hitler, in den letzten Jahren losgelassen worden sei. Das gebe störungsbeflissenen Elementen nur willkommene Gelegenheit, die Dinge auf das Persönliche und im Grunde genommen Nebensächliche abzubiegen. Wichtiger erschiene es mir bei meiner Kenntnis der Verhältnisse, wenn er, der Präsident, seine ganze Autorität und sein politisches Gewicht, über das bei Kennern der tschechoslowakischen Verhältnisse kein Zweifel sein könne, es den verfassungsmäßigen Faktoren, und das seien nun einmal weder die Repräsentanten der Koalitionsparteien noch er selbst, sondern die Regierung, überlasse, beschleunigt zu einem Modus vivendi zu kommen.

Der Präsident hatte mich mit allen Zeichen des Unwillens angehört und platzte dann los, ihm werde großes Unrecht getan. Er werde völlig verkannt. Er habe immer das deutsche Volk gewürdigt und gewertet. In St. Germain und Versailles habe gerade er Schlimmeres verhütet. Die Internationalisierung der Elbe habe er verhindert. Er habe die entscheidenden Schritte zur Wiederherstellung einer angemessenen internationalen Position Deutschlands getan, indem er die Entrevue Stresemann—Briand in Thoiry vermittelt habe.

Hier glaubte ich, ihn unterbrechen zu müssen und bat den Präsidenten doch Tatsachen gelten zu lassen. Bei dem heutigen Stande der Entwicklung im Dritten Reiche könne man nicht von Thoiry und Stresemann sprechen. Thoiry und Stresemann seien für Hitler gleich roten Tüchern. Den Herren in Berlin müsse man ganz anders kommen. Es sei doch gar kein Geheimnis, daß der Gesandte Mastný in ausgesprochen freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zu Hermann Göring stünde, daß auch Goebbels Einflüssen namhafter tschechischer Künstler zugänglich sei. Einen klaren Modus vivendi mit den Sudetendeutschen vorausgesetzt, müßte auf der Grundlage eines sehr praktisch psychologischen Vorgehens das Verhältnis Prag—Berlin normalisiert werden können.

Der Präsident nahm seinen Monolog wieder auf, kam auf innerpolitische Verhältnisse zu sprechen, suchte mir nachzuweisen, daß er von allen tschechischen Politikern die weitestgehenden Erklärungen zu Gunsten der Deutschen in der CSR abgegeben habe, und plötzlich schloß er, ich könne mir ein ganz großes Verdienst erwerben, wenn ich bei Henlein und Frank für eine richtige Beurteilung seiner Person einträte und die Verbindung zwischen Henlein und ihm herstellte. Sie beide würden die Schwierigkeiten am ehesten meistern.

Nun zog ich die Konsequenz und bat, Henlein in geeigneter Form unterrichten zu dürfen. Als der Präsident mich etwas merkwürdig ansah, gewissermaßen, was das für überflüssige Worte seien, da ich doch Henlein sicher über die Entwicklung unserer Beziehungen unterrichtet habe, konnte ich mich nicht enthalten, mit Nachdruck festzustellen, daß absolute Vertraulichkeit vereinbart gewesen sei, und ich mich selbstverständlich strikte an diese Vereinbarung gehalten habe.

Ich wurde nach diesem Gespräch genädiger entlassen als bei dem ersten. Erst 18 Jahre später sollte ich erfahren, wie Dr. Beneš diese Unterredung wirklich aufgefaßt hatte.

Als ich in Prag-Pankraz in Untersuchungshaft saß, bekam ich die Rede zu Gesicht, die Dr. Beneš am 28. Oktober 1945, dem Staatsgründungstage in Lidice, der Ortschaft, die wegen Verbergung von Fallschirmagenten während des Krieges dem Erdboden gleichgemacht worden war, gehalten hatte. Dort fordert er die Köpfe der bereits in Haft befindlichen Führer der Sudetendeutschen Partei und unterstrich mit ausgesprochenem Ingrimme, der „Abgeordnete“* Dr. Sebekovsky habe sich angemaßt, ihn während vertraulicher Besprechungen wie einen Schulbuben abzukanzeln. Als ich nach meiner Entlassung nach dem Jahre 1956 Dr. Sebekovsky von dem Ausfall Dr. Beneš' in Lidice gegen ihn erzählte, war er sehr erstaunt. Er erklärte deziidiert, das Gespräch sei so verlaufen, daß für die Behauptung Dr. Beneš nicht die geringsten Voraussetzungen gegeben seien.

Da Dr. Beneš Dr. Sebekovsky irrigerweise als Abgeordneten bezeichnete, ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß er Dr. Sebekovsky mit mir verwechselte und mir meine offenen, ehrlichen und sachlichen Darlegungen sehr übelgenommen hatte.

Inzwischen konnte ich nach meiner Haftentlassung feststellen, daß Dr. Beneš in Umlauf gesetzt hatte, er habe Dr. Sebekovsky und Kundt am 25. August empfangen, die Genannten seien aber trotz größten Entgegenkommens, das praktisch auf die Annahme der Karlsbader Forderungen hinausgelaufen sei, nicht mehr bereit gewesen, ernsthaft zu verhandeln. Er, Dr. Beneš, habe Kundt und Sebekovsky ein Blatt Papier und einen Bleistift vorgelegt und erklärt, es sei alles genehmigt, was sie an Forderungen niederschreiben würden.

Diese Behauptung erklärt Dr. Sebekovsky als glatte Erfindung. Von mir befragt, warum es bei diesem Gespräche zu keinem Ergebnis gekommen sei, erklärte mir Dr. Sebekovsky, Dr. Beneš habe derartig unsubstanziert und sich widersprechend um die Dinge herumgeredet, man könne ruhig sagen, verlogen, so daß auch dieses Gespräch zu keinem praktischen Ergebnisse führen konnte.

Ich möchte in diesem Zusammenhang zum Beweise dessen, wie korrekt wir unsere Vereinbarungen einhielten, bemerken, daß ich, trotzdem ich dem Führungsrate der Sudetendeutschen Partei angehörte, und Henlein über mein Gespräch mit Beneš berichtet hatte, keine Ahnung davon hatte, daß Dr. Beneš Kundt und Sebekovsky eingeladen hatte, wie umgekehrt die beiden von meinen Vorsprachen beim Präsidenten nichts wußten.

* Ein Irrtum Dr. Beneš'! Dr. Sebekovsky, nach dem Oktober 1938 Regierungspräsident in Karlsbad, als Träger mutiger rechtsstaatlicher Verwaltungsauffassungen bewährt und deshalb von nationalsozialistischer Seite bis zum freiwilligen Abgang an die Front sehr bekämpft, war nie Abgeordneter, weil er im Wahljahr 1935 das passive Wahlalter von 30 Jahren noch nicht erreicht hatte.

Noch ein für Dr. Beneš m. E. charakteristisches Detail muß ich unter Bezugnahme auf meine zweite Geheimaudienz im Sommer 1938 anführen. Während Dr. Beneš in einem geradezu ekstatischen Monolog auf mich einredete um nachzuweisen, daß er der gegebene Partner der Deutschen, im besonderen Henleins, sei, ging eine Tür lautlos auf, ein Diener erschien auf leisen Sohlen mit einem Tablett, darauf Tee, Ei im Glas mit geröstetem Weißbrot. Beneš war wie verwandelt, erklärte, er habe strenge Diät, und verzehrte völlig ausgeglichen mit sachlichem Eifer und nur mit sich selbst beschäftigt, sein Frühstück. Als er es beendet hatte, drückte er auf einen Knopf, der Diener erschien, nahm das Tablett, der Präsident straffte sich, und setzte seinen Monolog mit der früheren Heftigkeit fort.

Gerade in diesen Minuten zeigte sich Dr. Beneš so ganz als Mann des reinen Verstandes und Willens, der Gefühle und Ausdruck schaltete, wie es die Situation erforderte.

Ich selbst hatte Henlein am nächsten Tag kurz unter Vermeidung aller allenfalls verstimmenden Einzelheiten berichtet und gewissermaßen die Einladung des Präsidenten überbracht. Henlein war sichtlich überrascht und unsicher, wie immer, wenn er sich in unerwarteten Situationen befand. Er dankte, meinte, die Tatsache, daß der Präsident nun mit ihm selbst sprechen wolle, sei doch ein günstiges Zeichen, vielleicht würden sich Regelungen früher ergeben, als man annehme.

Während der Septemberkrise, ab 12. 9. bis 8. 10. 1938 war ich, wie bereits angeführt, in Prag. Auf dem Höhepunkt der Krise, das war ab 23. 9. nachts, dem Mobilisierungsbeginn, bis zum Abschluß der Münchener Konferenz, war ich „konfiniert“. Das heißt, ich stand während dieser Zeit mit meinen bei mir wohnenden Freunden Dr. Peters, Kundt und Brass in meiner Wohnung unter Polizeiaufsicht.

Als ich unmittelbar nach der Veröffentlichung der Abdankung des Staatspräsidenten auf die Burg ging, um mit dem Chef der Staatssicherheit, Sektionschef Fischer, dem späteren Innenminister, um die Rückgängigmachung verschiedener Polizeimaßnahmen gegen Deutsche aus den Krisentagen zu besprechen, kam mir die bekannte Kavalkade entgegen, vorneweg Polizisten in Lederzeug auf Motorrädern, dann ein Gendarmerieauto und schließlich der Wagen des Ex-Präsidenten. Dr. Beneš saß im rückwärtigen Fonds des Wagens, bleich, in sich zusammengesunken, ein gebrochener Mann.

Genau an derselben Stelle begegnete ich im Sommer 1946 wieder der traditionellen Kavalkade, als ich aus der Untersuchungshaft Prag-Pankraz zur Vernehmung bei einer der Zentralstellen der Staatspolizei ins Innenministerium vorgeführt wurde. Dr. Beneš, nach außen auf dem Höhepunkte seiner Macht und nach Erfüllung seiner kühnsten nationalpolitischen Wünsche, sah noch schlechter aus als im September 1938. Gewiß, das Ministerratspräsidium war bereits vom Führer der Kommunisten Gottwald übernommen worden und mir von früher her bekannte höhere Beamte des Innenministeriums erklärten den Gesundheitszustand des Präsidenten als denkbar schlecht.

1947 machten tschechische Freunde, die wußten, daß ich zur Zeit des Protektorates nicht eine einzige honorierte Verteidigung bei deutschen Sondergerichten angenommen, mich aber in einer Reihe von schwierigen Fällen tschechischer Mitbürger aus Überzeugungsgründen bei prinzipiellem Honorarverzicht bis zum Äußersten exponiert hatte, den Versuch, mich aus der Strafhäft — ich war inzwischen zu 17 Jahren verurteilt und befand mich in der Strafanstalt Bory bei Pilsen — herauszuholen. Zunächst ließ mich ein höherer richterlicher Beamter, dem ich aus meiner früheren Anwaltspraxis und aus der Protektoratszeit ein Begriff war, vorführen und erklärte mir zu meiner Überraschung, er habe mein Urteil gelesen. Es sei ein Unsinn. Die Gründe rechtfertigten keinesfalls den Urteilstenor („der Angeklagte hat auf Versammlungen in der Sudetendeutschen Partei gesprochen und hierdurch den Nazismus unterstützt“). Er würde in der Kabinettskanzlei meine sofortige Begnadigung betreiben. Nach der Duplizität der Fälle kam 2 Tage später der mir befreundete tschechische Rechtsanwalt Dr. Kamil Ressler und teilte mir seinerseits mit, er sei über Wien beauftragt, sich um mich zu kümmern, hätte, wenn er mich in Bory geahnt hätte, schon längst aus kollegialen Gründen interveniert, und werde nun seinerseits die Begnadigung betreiben. Schon nach kurzer Zeit ließ mich der hohe Justizbeamte anlässlich eines Besuches in Bory wieder rufen und erklärte mir, es sei völlig hoffnungslos über meinen Fall in der Kabinettskanzlei zu sprechen, hier lägen ganz andere Gründe vor, vermutlich in der Haltung des Präsidenten selbst. Eine analoge Nachricht ließ mir kurz nachher Dr. Kamil Ressler zukommen. Das einzige, was für mich erreicht werden konnte, war die Versetzung in ein Zwangsarbeitslager. Aber zuvor ließ mich noch der Anstaltsdirektor, ein ehemaliger, mir persönlich bekannter tschechischer Richter, kommen und erklärte mir, es sei ihm leider nicht möglich, mich auf eines der guten landwirtschaftlichen Kommandos zu geben, weil dort gewisse Fluchtmöglichkeiten bestünden. Meine allfällige Flucht würde katastrophale Folgen haben. So landete ich in dem schwerbewachten Stahlwerk Hradek, von wo aus mich nach weiteren 2 Jahren der Weg 6½ Jahre lang durch die Joachimsthaler Urangruben führte, bis nach nahezu 11 Jahren meine Entlassung als einer der Letzten erfolgte.

Thomas G. Masaryk

Die Persönlichkeit, die mich aus dem tschechischen Lager schon während meiner Jugendjahre stark interessierte, und auch unseren Vätern Respekt abnötigte, war der tschechische Professor T. G. Masaryk. Wie er im Hilsner-Ritualmordprozeß die Behauptung eines Ritualmordes in das Gebiet der Märchen verwies und sich gegen den gerade in tschechisch-bäuerlichen Kreisen Mährens handfesten Antisemitismus wandte, wurde ihm ebenso als Zeichen des Mutes gutgeschrieben, wie sein Auftreten im Agramer Hochverratsprozeß. In meiner südmährischen Heimat wußte man von Masaryk überdies, daß er in den Häusern der beherrschenden Zuckerindustriellen

Redlich als Stipendiat und Hauslehrer den Weg zum akademischen Lehrer gemacht hatte. Das ist auch der Hintergrund, von dem aus Masaryk bis spät in die Tschechoslowakische Republik hinein enge Beziehungen mit dem Historiker Redlich verbanden. Der gebildete Deutsche wußte in meinen jungen Jahren vor allem, daß Masaryk mit Erfolg die Echtheit der Königinhofer Handschrift, eines Instrumentes des erwachenden tschechischen Nationalismus bezweifelt hatte, daß er sich auf Havlíček berief, den Sinn der tschechischen Geschichte in der Erfüllung eines vom Reformator Hus abgeleiteten Humanitätsideals sah, den exzessiven tschechischen Nationalismus bekämpfe, aber abhold jeder romantischen Phraseologie auf dem Boden der Gegebenheiten als „Realist“ die Interessen seines Volkes sehr ernsthaft zu vertreten gewillt und fähig wäre.

Daß ausgerechnet Prof. Masaryk bei Kriegsbeginn ins Ausland ging, war die erste große Überraschung, daß er die Anerkennung einer Auslandsregierung durchsetzte und die Schaffung von Legionen, was um 1918 durchsickerte, die nächste. Aber mit dem Blick auf Wilson und seine Verheißung des Selbstbestimmungsrechtes und in Erinnerung an das humanitäre Obligo dieses Professors Masaryk war man eigentlich gar nicht so unglücklich, daß er an der Wiege eines neuen Staates stand, der sich ab 28. Oktober von Prag aus bildete. Vielmehr fürchtete man Kramář, seit dem Hochverratsprozeß 1916 als der böse Mann verschrien. Meine südmährische Heimat hielt sich bis 18. Dez. 1918 unter österreichischer Verwaltung und noch im Febr. 1919 waren wir felsenfest überzeugt, daß die Besetzung durch die tschechischen Legionäre in Kürze durch eine Volksabstimmung ihr Korrektiv erfahren würde. Deshalb schlugen die Worte Masaryks wie ein Blitz ein, als er nach seiner Rückkehr nach Prag im Dezember 1918 die Deutschen als Immigranten, Einwanderer und Kolonisten bezeichnete und in seiner ersten Botschaft kategorisch erklärte: „Was die Deutschen in unseren Ländern anbelangt, ist unser Programm schon längst bekannt. Das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist unser Gebiet und bleibt unser.“ Das verstand niemand. Unsere deutschen Landsleute hielten derartige Äußerungen einfach für unmoralisch und konnten sich nicht vorstellen, daß der moralische Professor von einst sich völlig den Auffassungen seiner Umgebung verschrieben hätte und zum Träger eines tschechischen Nationalismus geworden wäre, der unvereinbar mit dem blieb, was er einst gelehrt und vertreten hatte.

Als ich in meiner Eigenschaft als Mitglied der Vereinigung der Auslandskorrespondenten in Prag im Winter 1925 auf 1926 eine Einladung zum Empfang des Staatspräsidenten erhielt, war ich begierig, den Mann von Angesicht zu sehen, der mich schon durch Jahre hindurch so stark interessiert hatte.

Es war einer der großen repräsentativen Empfänge, wie sie nur im Rahmen der Prager Burg möglich sind. Diplomaten, Offiziere, hohe Bürokratie, Industrielle mit ihren Damen, strömten in hellen Scharen von allen Seiten herbei, boxten sich mehr oder minder kämpferisch durch die viel zu engen

Garderobenräume, um schließlich in einem einzigen Strome in den spanischen Saal sich zu bewegen. Dort stand Masaryk leicht erhöht auf einem Podium in einem Cutaway, den typischen altösterreichischen Kneifer auf der Nase, mit seinem noch typischeren Barte, eher ein Monument, flankiert vom Chef der Militärkanzlei, einem General und dem Kanzler Šamal, sowie weiteren Mitarbeitern der Kabinettskanzlei.

Die Besucher zogen an ihm mit tiefen Verbeugungen vorbei, gelegentlich nickte er, in ganz wenigen Fällen das Gesicht zu einem Lächeln verziehend und an den einen oder anderen Passanten einige Worte richtend.

Dann gings in den deutschen Saal, wo ein großes, opulent ausgestattetes Büfett errichtet war, wie es in dieser Art, Umfang und Reichhaltigkeit nur noch anlässlich der Olympiade den Gästen Hermann Görings geboten wurde.

Als ich über diese Art Empfang einem tschechischen Parlamentarier gegenüber eine Bemerkung machte, meinte er, bei der englischen Königin ginge es auch so zu, Masaryk halte eben Hof.

Ich selbst habe das Bild in der Kette zahlloser Erlebnisse durch viele Jahre nicht vergessen. Das war der Mann, der über die ratio und die politische Praxis des Revolutionärs zur Macht gefunden hatte, sie offenkundig bejahte und auf die peinliche Respektierung aller ihrer Attribute bedacht war.

Wenn man Masaryk so erlebt hat, dann verstand man auch sein Wort: „Das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist unser Gebiet und bleibt unser.“

Kramář hat in persönlichen Gesprächen sehr hart über Masaryk geurteilt, worüber aber im Zusammenhange mit Kramář gesprochen werden soll.

Im übrigen haben mir sehr prominente Tschechen, die keinesfalls aus Feindseligkeit oder Bösartigkeit sprachen, gesagt, eine der Stärken Masaryks sei seine methodische Sammlung von Material betreffend Personen, mit denen er es zu tun bekommen konnte, gewesen, wobei Material dieser Art oft einen sehr persönlichen bis intimen Charakter hatte.

Daß er auch Dr. Hodža nach mehrfacher Ministerschaft, bis dahin Unterrichtsminister, für Jahre in die politische Verbannung schickte, wurde von sehr glaubwürdigen Leuten als ausgemachte Tatsache behauptet.

Gelegentlich begegnete ich Masaryk als einsamen Reiter im Baumgarten oder der näheren Umgebung Prags auf seinem Schimmel in der ihm eigenen Phantasieuniform, bestehend aus Reithose, Joppe und einer Kappe nach russischer Art, jedoch ohne Distinktion. Zum letzten Mal sah ich den Präsidenten Masaryk, selbst bereits Mitglied des Abgeordnetenhauses, auf der Totenbahre.

Ministerpräsident Dr. Hodža hatte mich unmittelbar nach dem Vorliegen der Todesnachricht zu sich gebeten und mir zu meiner Verblüffung erklärt, er erwarte eine Abordnung der Sudetendeutschen Partei. Als ich meinte, wie das für ihn überhaupt fraglich sein könnte, es sei doch selbstverständlich, meinte Dr. Hodža, er müsse sich da schon konkreter ausdrücken. An der Bahre Masaryks hätten die Sudetendeutschen vor aller Welt ihre Loyalität zum Staate zu bekunden, er erwarte zur Unterstützung seiner Politik einen

Block von mindestens 1000 Ordnern mit einigen 100 Parteifahnen. Als ich fragte, ob etwa in Stiefeln und weißen Hemden, bejahte Hodža auch dies. Als ich zweifelnd bemerkte, ob das in Prag denn möglich sei, erklärte er dezidiert, die Tschechen würden sich noch an vieles gewöhnen müssen.

Der Vorsitzende der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, erklärte auf meine telefonische Rückfrage sofort die Zustimmung zum Vorschlag des Ministerpräsidenten.

Als ich wenige Stunden später zum Innenminister Dr. Josef Černý, verantwortlich für das Protokoll des Begräbnisses, kam, trat er mir niedergeschlagen entgegen und bemerkte, Dr. Beneš dulde die vom Ministerpräsidenten gewünschte Delegation nicht, vielmehr habe er durch das Kriegsministerium einige 1000 Reserveoffiziere einberufen lassen. Den nächsten Tag standen wir Abgeordneten neben der Lafette mit dem Sarge, an uns vorbei aber zogen die Karrees der Reserveoffiziere, nach Pressebehauptungen rund 6000.

Ob das am Platze war? Immerhin hatte Masaryk in den letzten Jahren seiner Regierung die bösen Worte, die er anlässlich seiner Heimkehr in die neu gegründete Tschechoslowakische Republik über die Deutschen gesprochen hatte, gutzumachen versucht.

Am 28. Oktober 1928, dem Staatsgründungstage hatte der Staatspräsident die sudetendeutsche Frage von der grundsätzlichen Seite aufgerollt. „Vor allem fällt ins Gewicht“ hatte er zu den Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Senates, die zur Gratulationskur bei ihm erschienen waren, gesagt, „daß unser Staat ein national- und sprachlich gemischter Staat ist. Bei uns handelt es sich in erster Linie um unser Verhältnis zu unseren deutschen Staatsbürgern. Es gibt ganze Staaten, die nicht mehr Einwohner haben als wir Deutsche und unsere deutschen Mitbürger stehen auf einer hohen Kultur- und Wirtschaftsstufe. Das deutsche Problem ist eines der wichtigsten im Staate.“

Die angesprochenen Präsidenten beider Kammern wußten in diesem Augenblicke sehr wohl, daß im Verlaufe von 10 Jahren weder im Senat noch im Abgeordnetenhaus ein einziger deutscher Antrag positiv erledigt worden war. Dabei verhielten sich die deutschen Abgeordneten und Senatoren, 70 von 300 und ca. 35 von 150, keineswegs obstruktiv, sondern waren sogar recht fleißig.

Auch in den weiteren 10 Jahren des Bestandes der 1. Republik, bis zu ihrem Ende, wurde nicht ein deutscher Antrag in den beiden Kammern angenommen, Aber es war ja auch zu keiner Lösung des deutschen Problems gekommen, weil sie von maßgebendster tschechischer Seite auch nicht einmal ernsthaft versucht worden ist. Das bleibt die bittere Erkenntnis des Überlebenden jener Zeit, der den Mut hatte, an die Einsicht des politischen Gegners zu glauben.

Aber Masaryk war in den letzten Jahren sichtlich nur noch eine Figur. Beneš hat ihn noch bei Lebzeiten in der Macht beerbt und sie aus der mono-

polen Position des praktisch unkontrollierten Außenministers, gestützt von der Armee, sie anzuwenden und zu mehrten gewußt.

Wenige Monate nach dem Empfang im Winter 1925 beim Präsidenten Masaryk war ich als Teilnehmer eines Kongresses zu einem Empfang beim österreichischen Bundespräsidenten Minister Hainisch geladen. Die Zahl der Teilnehmer war wesentlich geringer; sie standen zwanglos in 2 Reihen einander gegenüber in dem langgestreckten Saal der Metternich'schen Staatskanzlei auf dem Ballhausplatz.

Justizminister Dr. Dinghofer hatte mich ins Gespräch gezogen, als sich die Tür öffnete. Der Bundespräsident Dr. Michael Hainisch, populär als Besitzer der berühmten Kuh „Bella“, die die beste Milchleistung in Österreich aufwies, Eigentümer eines Mustergutes, der Sohn einer großen Frauenrechtlerin und selbst ein anerkannter Sozialpolitiker, trat freundlich lächelnd ein. Völlig zwanglos ging er die beiden Reihen entlang, ließ sich die einzelnen Gäste vorstellen, einen um den anderen ins Gespräch ziehend und als der letzte daran gekommen war, während die übrigen weiterplauderten, ging es in einen der Säle des Ballhausplatzes, wo es ein Gläschen Wein, ein Salzstangerl und Brötchen gab.

Damals ist mir der Unterschied zwischen Prag und Wien besonders zum Bewußtsein gekommen. Aber die Welt ist heute noch immer überzeugt, daß der Sitz der Musterdemokratie doch in Prag gewesen sei.

Dr. Karel Kramář

In der Erinnerung der Sudetendeutschen und Altösterreicher, die gegen Ende des 1. Weltkrieges mit bangem Herzen einer unberechenbaren Zukunft entgegen blickten, lebt Dr. Karel Kramář als „Der Anstifter des Weltkrieges“. In zahllosen Exemplaren war das Buch Wichtls, das den Charakterkopf Kramářs auf dem Hintergrunde einer Kartenskizze, die Europa geordnet im Sinne panslawistischer Wunschträume und der damit herbeigeführten Verbindung mit Rußland zeigt, von Hand zu Hand gegangen. Daß er ein Deutschenhasser war, war eine ausgemachte Sache. Für diejenigen von uns, die sich in Wiener und Prager Hochschuljahren mit der Persönlichkeit dieses großen Tschechen befaßten, gab es manches, was irgendwie nicht leicht zu verstehen war und Kramář als Opportunisten erscheinen ließ, der zu verschiedenen Zeiten seines Lebens jeweils anders konnte. Der Student, der Folgerungen dieser Art zuneigte, wußte allerdings nicht um die Vielschichtigkeit österreichischer Politik, um manche Einzelheiten und den Zwang der Gegebenheiten auf Menschen, die echte politische, d. i. letztlich gesellschaftsgestaltende Tätigkeit im Sinne haben und nicht beschränkt genug sind, einsame Deklamationen in monotoner Wiederholung, abgegeben ohne Rücksicht auf wechselnde geschichtliche Gegebenheiten, für Politik und Ausfluß persönlicher Charakterstärke zu halten.

Der aufregende Hochverratsprozeß gegen Karel Kramář und Dr. Rašín d. Ä., der mit einem Riesenaufwand von Material und Argumenten, sowohl seitens der Anklage wie des Verteidigers Kramářs, des Präsidenten der Prager Anwaltskammer Dr. Körner, einem der Elitejuristen altösterreichischer Anwaltschaft, geführt worden war, hatte in mir den Eindruck hinterlassen, daß Kramář sich menschlich ausgezeichnet gehalten hatte.

Als ihn der junge Kaiser 1917 begnadigte, war ich gar nicht so böse auf ihn, wie etwa mein sonst so gütiger Vater.

Als ich anfangs der 20er Jahre Kramář bei meinem schon erwähnten ersten Besuch des Prager Abgeordnetenhauses an der Seite Professor Kafkas in den Couloirs flüchtig begegnete und Zeuge eines nur kurzen, aber ungemein korrekten Gesprächs wurde, hatte ich den bleibenden Eindruck, es mit einem Grandseigneur zu tun zu haben. Die große mächtige Gestalt, der markante Kopf, die Selbstsicherheit und dazu die verbindliche Form nahmen für den Mann im Augenblicke ein.

Bei den Wahlen 1925 erlebte ich ihn bei einer Massenversammlung in Prag. Das tschechische Bürgertum, das in der Nationaldemokratie seine Vertretung gefunden hatte, die Schlüsselposition der Wirtschaft beherrschte, war in der politischen Arena im Rückzug. Mob, das Element der Tschechischen Sozialisten, anfällig zu exzessivsten emotionalen Bekundungen wie vielleicht nirgends in der Welt, war gegen Kramář angesetzt worden. Ich habe später kochende Massenversammlungen von 40 000 und 60 000 Menschen, in denen die zahllosen Teilnehmer ohne Unterschied auf berufliche Stellung, soziale Herkunft und Bildungsgang, gewissermaßen zu einem einzigen Sein verschmelzen und das Wort des Redners im Guten und im Bösen den unwahrscheinlichsten Gleichklang seelischer Schwingungen auszulösen vermag, selbst erlebt, aber niemals das an zügelloser, geifender, hemmungsloser Leidenschaft, wie in jener Versammlung mit Kramář als Redner. Er stand wie ein Rocher de bronze auf seiner Tribüne, eine kultivierte Persönlichkeit von echter Männlichkeit, sich seiner Sache bewußt, stets über den Dingen und Herr der Situation. Vielleicht zu sehr, um auf diese Masse noch wirken zu können, der tragische Staatsmann, dem — Paradoxie der Geschichte — mit der Monarchie auch die Grundlage eines eigenen politisch gestaltenden Seins verloren gegangen war.

Immerhin war der damals Sechsendreißjährige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses im österreichischen Reichsrat und Vizepräsident des Bankrates der Österr.-ungarischen Nationalbank geworden. Und das war etwas im mächtigen Kaiserstaate.

Mein späterer Freund Gustav Peters erzählte mir gleich 1925, als ich zu ihm in erste nähere Beziehung getreten war, eine Episode, die mich irgendwie hellhörig machte und zur Erkenntnis führte, daß es notwendig sei, sich mit den Männern von der tschechischen Seite sehr gründlich zu befassen und die mitgebrachten Vorstellungen einer sehr eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Die K. u. k. Regierung hatte bei Kramář angefragt, in welcher Weise ihm ein Wunsch erfüllt werden könne. Nach einer Version war der Anlaß die Ablehnung einer Auszeichnung, nach einer anderen das Fallenlassen des Gedankens der Krönung des Kaisers als König von Böhmen. Kramář erbat eine Zuwendung zur Förderung von Künstlern durch Ankäufe für die Moderne Galerie. In einer Sitzung des Kuratoriums überbrachte Kramář den Scheck, der ihm als Geschenk des Kaisers überreicht worden war, und bat, den Betrag verhältnismäßig auf die tschechische und die deutsche Sektion aufzuteilen. Die Moderne Galerie war nämlich „utraquistisch“. Die ehrenamtlichen Sekretäre der beiden Sektionen waren bis etwa 1910 eine Zeitlang nebeneinander, der damalige Hofrat der böhmischen Landesbehörde Dr. Hácha, späterer Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtes und Staatspräsident und Dr. Gustav Peters. Die persönlichen Beziehungen dieser beiden Männer aus jener Zeit sollten rund 30 Jahre später nochmals bei den Versuchen der Bereinigung des deutsch-tschechischen Verhältnisses fruchtbar werden.

Kramář war die kaiserliche Spende ohne jede Bedingung gegeben worden. Die anteilmäßige Weitergabe an die deutsche Sektion war die Handlung eines Nationalisten von hoher Kultur und vornehmer Gesinnung, die im übrigen auch eine gehörige Dosis Mut zu jener Zeit voraussetzte.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen: Kramář war ein leidenschaftlicher tschechischer Patriot, der sein Volkstum aus tiefstem Herzen bejahte. Er strebte seine ungebrochene Entwicklung an und hielt es für recht und erforderlich, seinem tschechischen Volke einen angemessenen Platz im Kreise der europäischen Völker zu sichern und glaubte als Kind seiner Zeit daran, daß hiezu die Existenz eines tschechischen Staates unabdingbare Voraussetzung sei.

Aus diesem Grunde hat er auch am „Böhmischen Staatsrecht“ bedingungslos festgehalten und seine Verwirklichung innerhalb der Monarchie nur als Recht seiner Nation betrachtet.

Wenn man die seit 1861 sich immer wieder wandelnde Haltung Franz Josefs I. und der Regierungen kennt, kann man verstehen, daß Kramář zu verschiedenen Zeiten verschiedene Wege zu gehen versuchte. Wie weit die Tatsache, daß seine Frau, die eine sehr vermögende russische Adelige war und die er abgöttisch verehrt haben muß, wie ich noch aus seinen letzten Gesprächen mit mir entnehmen mußte, panslawistische Gedankengänge wirklich förderte, bedürfte noch der wissenschaftlichen Überprüfung. Ein primitiver Panslawismus, der die böhmischen Länder einfach dem Zaren und dem Großrussentum auslieferte, war nicht nach seinem Geschmack.

Andererseits: Was sollte ein Kramář auf das Wort Bethmann-Hollwegs, das er „vom Kampf der Germanen gegen die Slawen“ als verhängnisvolle Sinndeutung des soeben ausgebrochenen 1. Weltkrieges gesprochen hatte, sagen?

Im Herbst 1935 erschien der schon schwerleidende Kramář im Abgeordnetenhaus. In den 10 Jahren, in denen ich ihn nicht mehr von Angesicht zu Angesicht gesehen hatte, war er ein gebrechlicher Mann geworden, als körperliches Wrack eines Menschen noch immer außerordentlich und letztlich Ehrfurcht gebietend. Er kam durch die Tür des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von oben über die Präsidentenestrade, schwer auf 2 Stöcke gestützt und von Parlamentsdienern behutsam geleitet. Mühsam hielt er sich auf die Rednertribüne gestützt und ersuchte, ganz Kavalier, Träger einst so hoher parlamentarischer Kultur im alten Österreich, den Präsidenten und ein Hohes Haus, sitzend sprechen zu dürfen. Die tschechische Linke verließ bis auf wenige Beobachter mit dem Zeichen demonstrativer Mißachtung den Plenarsaal. Kramář aber, der von Beneš nicht nur charakterlich nichts hielt, sondern ihm auch echte Einsicht in die bewegenden Kräfte der Weltpolitik bestritt, rechnete in schonungsloser Weise mit dem Manne ab, der soeben aus Moskau mit einem Nichtangriffspakt, triumphgeschwellt, zurückgekehrt und Gegenstand außerordentlicher Ovationen aller antideutschen Kreise, die nun in erhöhtem Maße vom sowjetischen Moskau alles Heil zu erwarten begannen, geworden war. Scharf wandte sich Kramář gegen die Vermengung von Innen- und Außenpolitik, spielte auf die riesigen Straßendemonstrationen für Matteotti, die den Tschechen die italienische Freundschaft gekostet hätten, an.* Klar stellte er es als Aufgabe der Außenpolitik eines jeden Staates heraus, die Strukturwandlungen der tragenden Kräfte in der Weltpolitik zu erkennen. Beneš selbst bescheinigte er gewissermaßen, er habe sich in Moskau dүpieren lassen.

Seinen eigenen Parteifreunden war bei dieser Rede sichtlich gar nicht sehr wohl. Sie sparten mit Beifall und guckten ängstlich nach den übrigen Parteien. Die Beobachter der tschechischen Linken, vorneweg die Kommunisten, geiferten, die Agrarier gaben sich gewissermaßen unzuständig, wie stets in außenpolitischen Fragen.

Mich ergriff dieses unvergeßliche parlamentarische Schauspiel derart, daß ich unwillkürlich in eine der guten Blumenhandlungen in der Straße des 28. Oktober ging, einen großen Strauß Rosen kaufte, meine Karte mit einigen Zeilen des Respekts und der Hochachtung beifügte und in das schloßartige Haus Kramářs auf das Belvedere, für das man ihm in seinen großen Tagen von der Stadt Prag aus den Grund geschenkt hatte, bringen ließ.

Schon nach wenigen Tagen dankte Kramář in einem handschriftlichen Bilet in deutscher Sprache und teilte mir mit, er würde sich freuen, mich einmal bei sich zu sehen. Als ich meinen Besuch machte, war ich mir darüber im

* Eine Freimaurerloge, in der Nationaldemokraten, u. a. Rašin d. Ä., der später als Finanzminister von einem Kommunisten ermordet wurde, eine große Rolle spielten, war unter italienischem Einflusse etwa im 2. Jahrzehnt unseres Jahrhunderts in Prag gegründet worden. Diese Beziehungen wurden noch zur Zeit des Faschismus gepflegt und bestimmte tschechische Kreise waren überzeugt, dadurch eine starke Brücke in das Italien Mussolinis zu besitzen.

klaren, daß ich zu dem Manne ging, der im Jahre 1920 bei der Rechtfertigung des Sprachengesetzes im Abgeordnetenhaus erklärt hatte, der „Sprachenfriede“ (sprich bedingungslose Vorherrschaft der tschechischen Sprache als Staatssprache im fiktiven tschechischen Nationalstaate) könne nur gemacht und gesichert werden, indem man den Deutschen die Unabänderlichkeit der Verhältnisse zum Bewußtsein bringe. In einer Tschechoslowakei würden die Deutschen niemals mehr die qualifizierte Mehrheit für eine spätere Änderung des Gesetzes haben. Eine böse Äußerung, aber nicht uninteressant, weil sie zeigt, wie sehr Kramář stets auf dem Boden parlamentarischer und verfassungstechnischer Vorstellungen stand. Auch erinnerte ich mich auf diesem Wege, daß Kramář etwa zur gleichen Zeit zur Bodenreform sich bekannt und dafür plädiert hatte, daß auf dem deutschen Großgrundbesitze tschechische Dörfer mit tschechischen Legionären errichtet werden sollten. Kein Zweifel, auch dieser Kramář war dem Rausch der Macht — man kann ruhig sagen, wie alle tschechischen Politiker unmittelbar nach 1918, und viele Sudetendeutsche nach 1938, verfallen und hatte den Respekt vor dem Recht verleugnet.

Diese letzte Parlamentsrede Kramářs im Jahre 1955 war zweifellos der Schwanengesang des alt gewordenen Staatsmannes. Aber sie zeigte echten politischen Realismus und war sehr mutig. Sie beinhaltete nicht mehr und nicht weniger als die Absage an die Beneš'sche Konzeption, die im Grunde noch immer von einer tschechischen Hegemoniepolitik in Südosteuropa im Zusammenspiel mit französischer Hegemoniepolitik in Europa als „Gendarm Deutschlands“, von sowjetrussischer Seite abgesichert, träumte.

Die Rede Kramář war für jeden, der das Gefährliche der schwierigen und verkrampften Verhältnisse erkannt hatte und noch an letzte Möglichkeiten einer vernünftig gestalteten Zukunft glaubte, ein sehr beachtliches Ereignis.

Nachdem mich ein Diener durch die seit dem Tode Frau Kramářs völlig verödeten riesigen Räume, durch Halle, Festraum usw., ohne daß ich irgendwo einen Menschen zu sehen bekommen hätte, in das Arbeitszimmer Kramářs geführt hatte, mit dem Blick auf das zu Füßen liegende Prag, kam mir der greise Politiker in einem langen Schlafrock, den Kopf bandagiert, entgegen. Er entschuldigte sich, mich in einem solchen Aufzug empfangen zu müssen. An der Wand hing das Original jenes bekannten Bildes, das Kramář in der Blüte seiner Jahre im sogenannten Kaiserrock zeigt, ein herzbeklemmender Kontrast. Nach einigen Fragen persönlicher Art, kam er sofort auf das deutsch-tschechische Verhältnis zu sprechen; es war kein Zweifel, die Sünde wider den Geist des Rechts, die auch er begangen hatte, als er sich zur Bodenreform bekannte, und für die Errichtung tschechischer Legionärkolonien im deutschen Siedlungsgebiet eingetreten war, lag weit hinter ihm. Wenn ich aus meinen unterschiedlichen Gesprächen und Besuchen das für mich Wesentlichste sagen soll, dann war es das: Bei einer Analyse altösterreichischer Verhältnisse kamen wir auf den Sprachenstreit im alten Österreich und den Versuch badenischer Sprachenregelung zu sprechen.

Nicht ohne Wehmut in der Stimme begann Kramář zu erzählen, wie er zu dem von ihm verehrten Adolf Wagner, den großen Katheder-Sozialisten, zu dem er sich als Schüler vorbehaltlos bekannte, dadurch in Gegensatz gekommen war, daß Wagner in den Badeni-Tagen die Solidaritätsadresse der reichsdeutschen Hochschullehrer an führender Stelle mitfertigte. Das war für Kramář Veranlassung, seinem verehrten Lehrer in einem Offenen Briefe entgegenzutreten. Der Offene Brief selbst, den mir Kramář als wohlbehüteten Schatz zeigte, war stilistisch und inhaltlich ein Glanzstück. Es war nicht nur die Enuntiation eines hochgebildeten, von seinem Recht überzeugten Mannes, sondern zugleich ein Beweis außerordentlicher Beherrschung der deutschen Sprache, wie sie so vielen Tschechen von Rang der älteren Generation — ich denke an die Verwaltungsgerichtshofpräsidenten Dr. Hácha und Dr. Diwald — zu eigen war. Trotzdem hatte Kramář es für angebracht gehalten, sich in unserem ersten Gespräch zu entschuldigen, weil er mangels Übung die deutsche Sprache nicht mehr beherrsche wie einst. Ich konnte nur beschämt erwidern, daß ich glücklich wäre, die tschechische Sprache einmal so zu beherrschen, wie er die deutsche.

Um aber fortzufahren — Kramář hatte bei Übergabe des Offenen Briefes an die Presse dem verehrten Lehrer Prof. Wagner geschrieben, es würde ihn sehr traurig machen, wenn dieser politische Zwischenfall ihre persönlichen Beziehungen trüben würde. Und der alte kranke Kramář erzählte weiter, er sei überaus glücklich gewesen, als Wagner ihm zurückgeschrieben habe, daß er volles Verständnis für Kramářs Situation besäße und ihre persönlichen Beziehungen auf alle Fälle die alten blieben.

In diesen Minuten wurde mir eines ganz klar: es gab eine Schicht von Tschechen — auch Kramář war ein typischer Repräsentant — und manche Herren, und auch Damen, in deren Boudoirs die deutsche klassische Literatur neben der der Franzosen und Engländer den dominierenden Ehrenplatz hatte —, die eben ein ungetrübtes Verhältnis zur deutschen Kultur hatte. Sie empfand sie nicht als Bedrohung. Sorgfältige Erziehung und organisches Hineinwachsen in klare gesellschaftliche Positionen, ließ bei diesen Menschen irgendwelche Minderwertigkeitskomplexe erst gar nicht aufkommen. Diese Haltung distanzierte sie von den Erscheinungen eines kleinbürgerlichen Chauvinismus.

Grundlegend anders die jüngere Generation, als deren sprechendsten Repräsentanten ich Beneš empfunden hatte, die nicht mehr über die erziehungsmäßigen Voraussetzungen verfügte, um unbefangen den Weg zur deutschen Kultur zu finden, die bei stärkstem sozialem Strukturwandel und ohne den Hintergrund eines materiellen und aus der Tradition gefestigten selbstsicheren Mittelstandes in die Diskrepanz von Anspruch und Befriedigungsmöglichkeit geraten war und letzten Endes die Erfüllungsmöglichkeit in der Eroberung des sudetendeutschen Gebietes sah.

Wenn in der Staatsbeamtenschaft für Deutsche kein Platz mehr sein durfte, sodaß im Lande Böhmen 1934 unter 274 pragmatisierten juristischen Kon-

zeptsbeamten nach Angabe des Landesvizepräsidenten noch 2 Deutsche waren, wenn im deutschen Gebiet vom Postmeister bis Briefträger und Bahnhofsvorsteher bis zum Schrankenwärter grundsätzlich der Angestellte tschechischer Volkszugehörigkeit das Ziel staatlicher Personalpolitik war, kleine Parteisekretäre oder Funktionäre kleinster Herkunft nur als Frucht politischer Beziehung und behaupteter politischer Meriten Restgüter im deutschen Gebiet im Ausmaße von 100 ha mit der größten Selbstverständlichkeit in Anspruch nahmen und erhielten (aus allen Parteien, auch denen der Sozialdemokraten und tschechische Sozialisten), dann waren das im Grunde genommen alles gleichgeartete Vorgänge. Stets ging es darum, aus einem vorgeschobenen nationalen Interesse unter dem Schutze der anonymen kollektiven Deckung persönlich zu Besitz oder Stellung zu gelangen, wie sie im Wege eines normalen Revirements innerhalb des tschechischen Volksbodens (als ursprünglichen Siedlungsgebietes) und Volkes nicht möglich gewesen wären.

Über Fragen dieser Art konnte ich sehr sachlich mit Kramář sprechen.

Kramář war eben die unbefangene selbstsichere Persönlichkeit, die es gewagt hatte, das Haus auf dem von der Stadtgemeinde Prag geschenkten Grundstücke, den repräsentativen Mittelpunkt des Jungtschechentums und das bürgerliche Gegenstück zum feudalen Hradschin, ausgerechnet von einem Wiener Architekten eindeutig deutscher Nationalität erbauen zu lassen, weil seiner Meinung nach der Mann eben der geeignetste war. Und nachdem er seine große Analyse der Gesellschaft des zaristischen Rußlands geschrieben hatte, ließ er das Buch in deutscher Sprache bei einem Leipziger Verlage erscheinen.

Ergreifend war es, wenn Kramář von dem alten Kaiser, unter dessen Regime er zum Tode verurteilt worden war, in größter Hochachtung sprach. Der selbstbewußte Bürger anerkannte und respektierte die Institution. Als sie nicht mehr war, hatte er für sie an obligater übler Nachrede trotz berechtigter sachlicher Einwendungen nichts übrig. Seine persönliche Korrespondenz mit Kaiser Franz Josef war einer der persönlichen Schätze, mit denen er sich am Ende seines Lebens befaßte und die er mir bei diesem Anlasse zeigte. Absolut vorbehaltlos war die Anerkennung Franz Josefs als des ersten Kavaliers im einst mächtigen Donaustaate durch den Grandseigneur.

Im Zusammenhange mit Dr. Beneš habe ich bereits bemerkt, daß, nachdem alle Fühlungen zu Gunsten einer Präsidentschaftskandidatur von Beneš selbst als politisch sinnlos erwiesen worden waren, für uns die Unterstützung einer Kandidatur Kramářs frei wurde. In diesem Zusammenhange muß ich die vielfältigen und schwierigen Verhandlungen mit den tschechischen Agrariern und der Liga unter Stříbrný und der Slowaken übergehen.

Charakteristisch waren die Verhandlungen mit Kramář. Als ich nach Rücksprache mit den tschechischen Agrariern Stoupal und Beran Kramář die Bereitschaft der Sudetendeutschen Partei, seine Kandidatur zu unterstützen, notifizierte, bedurfte es nicht mehr vieler Worte. Kramář war sichtlich über-

zeugt davon, daß meine Auffassungen zum Nationalitätenproblem und über die Möglichkeiten einer ehrenhaften Gestaltung des deutsch-tschechischen Verhältnisses als stellvertretend für die Auffassungen meiner politischen Freunde in der Führung der SdP angesehen werden konnten. Und das war in jenem Zeitpunkte richtig. Wenn junge, z. T. unausgereifte und charakterlich noch gar nicht gefestigte Männer nach 3 Jahren voller Enttäuschungen und desillusionierender Praxis des Beneschianismus resignierten, nach der plötzlichen Wende in den Sommermonaten 1938 und auf der Grundlage des Münchner Abkommens Hitler als die Gegebenheit auf lange Zeit, und nach den dreimal sieben mageren Jahren der tschechoslowakischen Zeit, in der man Volljuristen für 25 DM pro Monat und Hilfsarbeiter für 10 Pfennige die Stunde bekommen konnte, ihre persönliche Chance sahen, Posten und „Ehrendienststränge“ das Ziel aller Wünsche geworden waren, haben wir es mit dem Einbruch des menschlich Allzumenschlichen in einer kritischen Phase sudetendeutscher Geschichte zu tun. Das aber ist immer wieder zu erklären aus 20 Jahren tschechoslowakischer Nationalstaatspraxis. Das hat eben Lord Runciman erfaßt und in seinem Schlußbericht festgehalten. Mit ideologischen Bekenntnissen zum Nationalsozialismus haben derartige Vorgänge nichts zu tun.

Ob aber Fälle von Machtrausch, wie wir sie 1918—1920 bei punzierten Philosophen, wie Masaryk, dem Sozialdemokraten Tomašek, den nie erreichten Routinier des „To je většina“ („Das ist die Mehrheit“) im Präsidium des Abgeordnetenhauses, erlebten, auch im Sudetenlande nach 1938 vorkamen, wäre noch einer wissenschaftlichen Untersuchung wert.

Kramář faßte nüchtern zusammen: das tschechische Volk habe sich seinen Anspruch auf eine gesicherte nationale Entwicklung durch seine geschichtliche Leistung in der Zeit seiner Erneuerung als Volk erworben. Dazu bedürfe es eines eigenen Staates. „Ein selbständiger Tschechoslowakischer Staat ohne die westböhmisches Kohle ist Utopie. Es ist Euer Pech, daß Ihr Deutschen auf der westböhmisches Kohle sitzt.“

Dieser Satz mit seiner rein teleologischen Feststellung ist mir durch alle Jahre im Gedächtnisse haften geblieben, als ob ihn gestern jemand gesagt hätte. Und ebenso der Satz: „Wer die Hand gegen diesen Staat erhebt, muß diese Hand verlieren.“

Das war der Kramář, der bei uns Deutschen in die Schule gegangen ist. Schließlich hat ein Bismarck gesagt: „Mit dem Hochverräter an den Galgen und nur an den Galgen, aber in Glacéhandschuhen und im Zylinder.“

Dieses Prinzip hatte schließlich Kramář am eigenen Leibe erfahren, und, weil es nach seiner eigenen Feststellung in allen Phasen — K. u. k. Militärjustiz, im ersten Weltkriege (!) — korrektest praktiziert worden ist, sichtlich auch persönlich nicht übelgenommen.

Ich faßte meinerseits als die kardinale deutsche Forderung zusammen „rechtsstaatliche Sicherungen gegen den Mißbrauch der Staatsmacht zum Zwecke der gewaltsamen Entnationalisierung“. Kramář anerkannte diese

Forderung als prinzipiell berechtigt und unterstrich, daß bei dem Stande der Entwicklung jeder, der dagegen verstoße, ein Schädling des Staates ist.

Es gehört nicht ganz zum Thema, aber muß doch an dieser Stelle um der geschichtlichen Wahrheit willen, gesagt werden: Vereinbart war, daß beim 1. Wahlgang, der bei qualifizierter Anwesenheit der Abgeordneten und Senatoren eine qualifizierte Mehrheit verlangte, die für Kramář nicht zu erreichen war, Prof. Němec, der Vorsitzende des tschechischen Nationalrates, als Präsidentschaftskandidat zu nominieren war, wobei die Sudetendeutsche Partei demonstrativ für Němec zu stimmen hatte.

Es bleibt geschichtliche Tatsache, daß der Vorsitzende der tschechischen Agrarpartei, der spätere Ministerpräsident Beran, und der Vorsitzende des mährischen Landesausschusses, Präsident Viktor Stoupal, am vorletzten Spätnachmittag vor der Präsidentschaftswahl in die Tschechische Agrarbank, wo sich die Prager Wohnung Stoupals befand, zu einer kurzen abschließenden Besprechung gebeten hatten. Dort haben beide ihrer Genugtuung Ausdruck gegeben, daß durch die Wahl Kramář's — wobei man sich darüber im klaren war, daß er physisch nurmehr kurze Zeit durchhalten werde — über den repräsentativsten Nationalisten her der Ansatzpunkt zur Paralyseierung des im Zweifelsfalle von der anonymen Straße getragenen Chauvinismus, einem der Hauptinstrumente des Beneschianismus, gefunden werden würde.

Stoupal kredenzte Rheinwein und trank mit Henlein auf eine neue Phase der deutsch-tschechischen Beziehungen. An der Aufrichtigkeit der Beteiligten kann kein Zweifel bestehen. Im Laufe des nächsten Tages kamen vertrauliche Nachrichten, daß von allen Seiten der Sturm sowohl gegen die Agrarpartei wie gegen die Slowakische Volkspartei eingesetzt habe. Dr. Beneš hatte den Generaldirektor der Škodawerke Löwenstein, der als Repräsentant Maurerischer Kreise zwischen Paris und Prag (Škodawerke und Schneider-Creuzot) eine entscheidende Rolle spielte und auch bei den Agrariern viel vermochte, ins Treffen geschickt. Die Slowakische Volkspartei stand unter dem Drucke kirchlicher Einflüsse, die Beneš ausgelöst hatte.

Als ich am frühen Nachmittag des Tages vor der Wahl bei Štribrný zu einer Rücksprache weilte, telefonierte er mit Hlinka in meiner Gegenwart. Der erklärte, die Versuche Beneš' seien schon richtig, aber er, Hlinka, würde eher Holz als Beneš wählen. Überlebende aus jener Zeit haben bezeugt, daß Hlinka im parlamentarischen Klub, als die Kandidatur Beneš's nochmals zur Diskussion gestellt wurde, leidenschaftlich gegen die Wahl Beneš's gekämpft und ihn schließlich auch nicht gewählt hat. Msgr. Tiso aber setzte sich im Sinne einer, wie behauptet wird, kurialen Empfehlung für Beneš ein und führte im letzten Augenblick eine Schwenkung der Slowaken herbei. Den gleichen Msgr. Tiso, den späteren Staatspräsidenten der selbständigen Slowakei ab März 1939, ließ Beneš, nachdem er 1945 in das Amt eines Staatspräsidenten der Tschechoslowakei zurückgekehrt war, kaltblütig verfolgen und hängen. So machte er sich zum Mitschuldigen an einem Justizmorde, den er kraft seiner Befugnisse als Präsident verhindern konnte.

In der Nacht auf den Wahlmorgen trat der Präsident des Tschechoslowakischen Nationalrates, Prof. Němec, vor allem unter dem Druck von Grenzerorganisationen, die im Interesse Beneš' aufgeputscht worden waren, von der Zählkandidatur zurück. Um Mitternacht gab er seinen Entschluß bekannt. Damit fiel auch die Kandidatur Kramář'. In früher Morgenstunde rief Kramář mich noch in meiner Wohnung an, dankte für das erwiesene Vertrauen und erklärte, er habe keinen persönlichen Ehrgeiz mehr. Im Interesse des Staates und seines Volkes bedauere er die eingetretene Entwicklung tief, ein Bedürfnis sei es ihm, zu sagen, daß er in seiner langen politischen Laufbahn selten so klare und korrekte Menschen kennen gelernt habe, wie die Herren der Sudetendeutschen Partei.

Im nächsten Jahre trugen wir Kramář bald nach dem Tode Masaryks zu Grabe. Zwischendurch hatte ich ihn nicht mehr gesehen, schwerleidend hatte er in den letzten Monaten völlig zurückgezogen gelebt.

Milan Hodža

Die menschlich gewinnendste und interessanteste Persönlichkeit war zweifellos Milan Hodža. Gemessen an seiner klaren Erkenntnis der Grundursachen des Staatsproblems, seinen Bemühungen und Mißerfolgen, letztlich eine tragische Persönlichkeit. Dieser evangelische Slowake, Abkömmling einer Familie mit Überlieferung, in der die alten Querbeziehungen zwischen evangelischen Slowaken und deutschem Protestantismus viel nachhaltiger wirkten, als man gemeiniglich anzunehmen gewohnt ist, sorgfältig erzogen, von den starken Traditionen des ungarischen Parlamentarismus mitgeprägt, einer der Männer des Kreises um den ermordeten österreichischen Thronfolger, der „Werkstatt“, der einmal mit überzeugt war, daß die Monarchie auf dem Wege über eine Föderalisierung unter Zugrundelegung der nationalen Siedlungsgebiete zu retten wäre, täuschte sich auch nicht über die Bedeutung der Krisenelemente im tschechoslowakischen Staatsgefüge.

Masaryk mochte ihn nicht und hatte ihm einige Jahre früher das Leben nicht leicht gemacht. In eingeweihten Kreisen sagte man, daß die gewissen Dossiers, die der Präsident nach alter Gewohnheit zu sammeln verstand, dabei eine große Rolle gespielt hatten. Gewisse magyarische Allüren, Großzügigkeit in finanziellen Angelegenheiten, sollen Masaryk das Spiel sehr erleichtert haben. Die Freunde Hodža's gaben freimütig zu, daß er tatsächlich sehr großzügig sein konnte. Sie hielten aber glaubwürdig daran fest, daß Hodža selbst stets reine Hände hatte. Nun war der „Regierungs“-Slowake als Repräsentant der tschechoslowakischen Agrarpartei als Ministerpräsident auf den Schild erhoben worden. Konsequenter ging er von Anbeginn darauf aus, über persönliche Kontakte mit der Sudetendeutschen Partei, die mit 43 Abgeordneten und 24 Senatoren zahlenmäßig so groß war, wie die Tschechoslowakische Agrarpartei selbst, das Sudetendeutschtum als reale Kraft in seinem vollen Umfange der Staatsgestaltung nutzbar zu machen. Seine fabelhaften Sprachkenntnisse, seine Konzilianz, seine umfassende Bildung,

seine unwahrscheinlich rasche Auffassung und die Fähigkeit zur leichten Konversation über schwierigste Probleme in geistreichster Form, trugen ihm viele Sympathien ein.

Wenn ich als Ergebnis zahlreicher Gespräche der verschiedensten Anlässe eine Charakterisierung dieses Mannes vorwegnehmen soll, möchte ich, um alle Mißverständnisse auszuschalten, klarstellen, daß er zweifellos tschechoslowakischer Patriot war, d. h. ein sich seiner ganzen Verantwortung bewußter Bürger und politischer Akteur des Staatsgebildes Tschechoslowakische Republik. Man sagte, daß er in den Umsturzmonaten 1918 in seinen Auffassungen und in seiner Haltung durchaus nicht klar im Sinne der Prager Bestrebungen nach Errichtung des Staates dem Umfang und der Struktur nach als „Tschechoslowakische Republik“ gewesen sei. Sowie der Staat existierte, bejahte er ihn. Patriotismus war für ihn gewissermaßen Ausfluß eines Staatspositivismus. Deshalb war er noch lange kein „Tschechoslowake“ im Beneš-Masaryk'schen Sinne. Das bewies er, indem er bei jeder sich bietenden Gelegenheit, insbesondere von der Regierungsbank herab, nicht tschechisch, das er tadellos beherrschte, sondern in seinem eleganten, ansprechenden Slowakisch redete.

Die Art, wie das bis in die dreißiger Jahre von Prag aus versucht wurde, mit den Sudetendeutschen und Slowaken fertig zu werden, hielt er jedenfalls für verfehlt. Er sah kein Ende ab; und für ein Fortwursteln nach altösterreichischer Art, spürte er viel zu stark die zeitliche Gebundenheit und Begrenzung. Aus ihrer Erkenntnis drängte er zu einer Lösung auf dem Boden der Tschechoslowakischen Republik, aber nicht so, wie Beneš und die Repräsentanten des integralen Tschechoslowakismus sich das vorgestellt hatten. Hodža glaubte an Lösungsmöglichkeiten auf der Grundlage der Abstimmung realer Lebensinteressen der Beteiligten.

Aus dieser Grundhaltung hatte er zweifellos sehr starke Vorbehalte gegen die ausschließlich von Beneš gemachte Außenpolitik. Auch er hat, gleich Kramář, unvoreingenommen die gesamte europäische Politik gesehen, wenn er auch primär aus dem Donauraum heraus an konföderative Bindungen dachte, die als Grundlage einer neuen Kräfteverteilung und abgesichert durch die Übereinstimmung sehr nüchtern ausgewogener Interessen der Beteiligten das Europa von Versailles ablösen konnten.

Es wäre ungemein interessant, einmal nachzuspüren und klarzustellen, wo die Verwandtschaftsmomente wechselseitiger Beeinflussungen oder Paralleltäten, immer auf die geschichtliche Situation, nicht zuletzt im wirtschaftlichen Entwicklungsstande bezogen, liegen, von Naumanns Mitteleuropagedanken bis Popovici, der Leute von der Werkstatt und schließlich bis zu unseren heutigen Europavorstellungen. Immer ging es doch um die Überwindung steriler Stagnation und daraus sich ergebender politischer Verkrampfung mit dem Ziele größerer organischer Bindungen, die in einer besser organisierten Gesellschaft bei einem zwangsläufig größeren Wirkungsgrade der gesellschaftlich-ökonomischen Organisation nach dem Grundsatz

von „leben und lebenlassen“ die Völker befrieden sollten. Aus dieser Grundhaltung heraus war für ihn ein Deutschland so oder so kein Erbfeind. Er wußte um die befruchtenden Einflüsse über die bereits berührten evangelischen Querbeziehungen; gleich weiten Kreisen seines slowakischen Volkes selbst fand er den Horror gewisser tschechischer Kreise allein ob der tausendjährigen Wechselbeziehung der böhmischen Länder zu den deutschen Landen als unbegründet und rechnete mit der Wiedergewinnung der natürlichen Machtstellung des Deutschen Staates, wie immer er aussehen würde. Aus der nationalitätenpolitischen Grundhaltung des Mannes aus der Werkstatt, war die Existenz einer sudetendeutschen Frage, nachdem das Sudetengebiet einer Tschechoslowakei zwangsweise einverleibt worden war, eine Selbstverständlichkeit. Er glaubte nicht, daß man über ihre Existenz hinwegkomme, indem man sie einfach formal negiere, wie das Beneš in den ersten 15 Jahren Tschechoslowakei exerziert hatte. Er glaubte auch nicht an die Wahrscheinlichkeit und perhorreszierte die Möglichkeit, daß ob der sudetendeutschen Frage ein Krieg geführt werden könne, der praktisch zur volklichen Inkorporation des Gebietes führen würde, wie Beneš sich das offenkundig vorstellte, wobei es diesem seit dem Pakt mit der Sowjetunion offenkundig völlig gleichgültig war, welche Konsequenzen sich für eine Gesamtentwicklung daraus ergeben mochten. So wenig wie Kramář hatte Hodža, der in seiner ganzen jüngeren Entwicklung niemals das bittere Erlebnis des nicht zur Kenntnis genommenen Fremdlings hatte, irgendwelche Minderwertigkeitskomplexe. Deshalb gab er auch nicht vor, Deutschland aus irgendeiner Opportunität anzuerkennen, sondern er schätzte es ob seiner kulturellen Substanz, all seiner geschichtlichen Leistungen, nicht zuletzt auch auf dem Gebiete der Technik, der Naturwissenschaften, der Organisation des wissenschaftlichen Lebens, wofür er als Agrarpolitiker — er war ja immerhin Landwirtschaftsminister, und zwar ein sehr aufgeschlossener und ideenreicher — großes Interesse hatte.

Eine Politik der schematischen Negation und des formalen Aneinander vorbeilebens, ausschließlich im Vertrauen auf Frankreich, wie das Beneš versuchte, hielt er auf die Dauer für unmöglich. Das war der eigentliche Grund, und nicht der Ehrgeiz, den man ihm immer wieder nachsagte, warum er nach dem Abgang Beneš' aus dem Außenministerium unter allen Umständen auch das Außenministerium verlangte, aber nur kurze Zeit zu führen vermochte. Aber auch in diesem Punkte rächte sich die Politik der Halbheiten der slowakischen Agrarier. Es ist unvorstellbar, was geschehen wäre, wenn Hodža als Ministerpräsident und Außenminister rein verfassungsmäßig Dr. Beneš auf den Boden des verfassungsmäßigen Staatspräsidenten zurückgedrängt und eine fast Bismarck'sche Position erhalten hätte. Weil er im Stiche gelassen wurde, blieb schließlich das Außenministerium in den Händen des Geschichtsprofessors Krofta. Der war verhältnismäßig früh in den diplomatischen Dienst gegangen und in Berlin der korrekte Formalrepräsentant Beneš'scher Politik gewesen, bis er in der Funktion eines

Strohmannes Beneš' zum Außenminister aufrückte und so die völlig verfassungswidrige Situation ermöglichte, in der der Staatspräsident Beneš praktisch Herr der Außenpolitik wurde. Staatspräsident Beneš war zu gleicher Zeit auf Grund seiner autoritären Stellung zu den Generälen, die fast ausschließlich aus den Legionen des ersten Weltkrieges kamen, dank der dominierenden Stellung der französischen Militärmission im Gefüge der tschechoslowakischen Armee praktisch auch der Herr der Armee, trotzdem es einen Minister für Nationalverteidigung aus den Reihen der Tschechischen Agrarpartei gab, deren maßgebendste Männer gegen Beneš im Grunde genommen unüberbrückbare Vorbehalte hatten. Das sind die eigentlichen Hintergründe der verfassungswidrigen tschechoslowakischen Präsidialdiktatur in den beiden letzten Jahren des Bestandes des Staates. Und hier liegt das eigentliche Versagen Hodža's, der in der kritischsten Stunde seiner Laufbahn — worauf ich noch zu sprechen kommen werde — nur ein Bedenken hatte, als verfassungsmäßiger Ministerpräsident zu handeln und damit bewies, daß die Bejahung der formalen Verfassungsmäßigkeit in geschichtlich anormalen Situationen der Duldung der faktischen Verfassungswidrigkeit gleichzukommen vermag.

Hodža war ein Vollblutpolitiker.

Einmal brach es in einem persönlichen Gespräch, so charakteristisch für das Temperament dieses impulsiven, magyarisch beeinflussten Slowaken, heraus: Die Politik ist doch das Großartigste, die schönste Tätigkeit für einen Menschen, es geht doch letzten Endes um die Gestaltung des Kostbarsten, was es auf dieser Erde gibt, des Menschen in den Voraussetzungen eines persönlichen Schicksals, harmonischer übergeordneter Gemeinschaften und letztlich in Verantwortung vor Gott.

Außerungen oder gar Gefühlsausbrüche dieser Art waren bei einem Beneš völlig ausgeschlossen, dem Manne, dem Politik eine Sache der Routine, der maximalen Information, der maximalen Verfügung über einsatzfähige materielle Mittel, dem alle Philosophie sich im Comtschen Positivismus erschöpfte, wobei der Zustand der Bibliothek Dr. Beneš', in der ich ja mehrfach weilte, in mir immer das Gefühl zurückließ, um mich stünden griffbereite Rezeptbücher.

Das ist die Atmosphäre, aus der heraus Hodžas Versuche und Methoden verstanden werden wollen.

Das Frühjahr 1936 brachte den entscheidenden Vorstoß des Beneschianismus in der Richtung der Vorbereitung der Präsidialdiktatur. Der psychologische Hintergrund war die Haltung der Mehrheit der tschechischen Presse gegen Deutschland, die faktisch auf die Herbeiführung einer Angstpsychose unter dem Druck des Gespenstes der unmittelbaren Staatsgefährdung hinauslief.

Das Mittel hieß Staatsverteidigungsgesetz. Dieses einmalige Monstrum in der Geschichte europäischer verfassungspolitischer Experimente unternahm es, aus dem Titel prophylaktischer Vorkehrung gegen eine potentielle

Staatsgefährdung die Militärbehörden schon in tiefem Frieden mit außerordentlichen Vollmachten auszustatten. Das Staatsverteidigungsgesetz stellte einen 30 km breiten Grenzstreifen entlang der gesamten Staatsgrenze, praktisch also ausschließlich Siedlungsgebiete von Minderheiten unter Sonderrecht, einschließlich der Preisgabe des verfassungsmäßigen Schutzes der Unverletzlichkeit des Privateigentums und der Freizügigkeit der Person. Endlich brachte es die Preisgabe der verfassungsmäßigen Sicherung der Freiheit der Person für das gesamte Staatsgebiet durch den Verzicht auf die entscheidenden prozessualen Garantien im Sinne bisheriger strafprozessualer Praxis und durch die Einführung eines neuen materiellen Strafrechtes, das jenseits der Ebene juristischer Begriffsbildung lag.

Ich möchte es geradezu als typisch bezeichnen, daß Hodža es unternahm, in der Situation die Beziehungen zur Sudetendeutschen Partei zu aktivieren und nicht mehr und nicht weniger anstrebte, als die Stimmen der Sudetendeutschen Partei für das Staatsverteidigungsgesetz zu bekommen. Damit mutete er einer Oppositionspartei, die der Regierung nichts schuldig war, mehr zu, als jemals den an den jeweiligen Regierungen beteiligten sudetendeutschen Parteien in früheren Jahren — es sei an die sogenannte Verwaltungsreform erinnert — zugemutet worden ist.

Seine Argumentation war sehr nüchtern: er benötige die Stimmen der Sudetendeutschen Partei für das Staatsverteidigungsgesetz. Dadurch würde die Geschlossenheit des Parlaments vor der öffentlichen Meinung dargetan und die Sudetendeutsche Partei in entscheidender Weise gegen alle gerade in jener Zeit wieder sehr starken Nachreden und Vorbehalte „regierungsfähig“ gemacht.

Als ich die grundsätzlichen verfassungspolitischen Bedenken im Rahmen einer Besprechung, zu der der Ministerpräsident Dr. Peters, Dr. Sebekovsky und mich gebeten hatte, entwickelte, hielt Dr. Hodža uns entgegen, es komme doch nicht auf das geschriebene Wort an. Ich verstand die Anspielung und erwiderte sofort, wir seien leider nicht in England und hätten es nicht mit Engländern zu tun. Hodža reagierte blitzschnell mit der Frage, ob wir die Lage anders beurteilen könnten, falls wir die Garantie hätten, daß er ständig auf dem Platze des Ministerpräsidenten verbleiben würde. Als ich mit einem „wahrscheinlich“ bejahte, brach es aus ihm heraus: Er wisse genau, worum es gehe. Das deutsche Volk mache als eines der letzten europäischen Völker die Schlußphase zur höchsten Entwicklung seines Nationalismus durch. Das sei ein sehr gefährliches Stadium. Wehe, wenn die Tschechoslowakei mit ihren ungelösten Minoritätsfragen, vor allem der Sudetenfrage, zur Quelle des Konfliktes würde. „Und weil ich das weiß, deshalb bringen mich sämtliche Gendarmen der Tschechoslowakischen Republik von diesem Sessel nicht weg.“

Wir trafen uns auf halbem Wege, machten unsere grundsätzlichen verfassungspolitischen Vorbehalte und stimmten für einige davon nicht berührte Kapitel. Hodža dankte uns für diese Geste.

Wie er das Begräbnis Masaryks zum Anlaß einer Demonstration durch Einbeziehung der Sudetendeutschen Partei vor aller Welt zu machen beabsichtigte, habe ich bei meinen Darstellungen um die Person T. G. Masaryks festgehalten.

So gab es zahlreiche Fälle, in denen sich der Ideenreichtum Hodža's, seine Kunst der Improvisation und, wenn es darauf ankam, auch seine Entschlußkraft, offenbarte.

Einige Wochen vor dem Osterfeste 1938 hatte der deutsche Gesandte Dr. Eisenlohr versucht, meine Bedenken gegen die Entwicklung in Deutschland und die Rückwirkungen in der Richtung einer Radikalisierung unserer Massen zu zerstreuen. Er unterrichtete mich loyal über seine Kontakte mit den führenden Persönlichkeiten der tschechischen Agrarpartei und gab mir zu verstehen, daß er im Einvernehmen mit maßgebendsten Berliner Stellen handle.

Die Mehrschichtigkeit deutscher außenpolitischer Experimente, über die sich heute nach Kenntnis so vieler geheimer Akten sehr klug reden läßt, war in jener Zeit etwas, womit man auch als Kenner deutscher Verhältnisse nicht ohne weiteres rechnen konnte. Ein Hinweis Eisenlohrs, Hodža plane eine Amnestie für politische Delikte, um all die zahllosen, auf sudetendeutscher Seite als Persekution empfundenen Schutzgesetzverfahren unterschiedlicher Grade auszuräumen, wurde mir durch einen Vertrauensmann im Justizministerium als richtig bestätigt. Als aber die Karwoche anbrach und nichts dergleichen geschah, ging ich zum Ministerpräsidenten. Hodža, von mir auf die Amnestie angesprochen, fühlte sich sichtlich unangenehm berührt, schob die Schuld auf das Justizministerium, rief aber dann spontan in meiner Gegenwart in sehr energischer Weise den Justizminister an, worauf wir den Minimalumfang der Amnestie und ihre legislativtechnischen Voraussetzungen abgrenzten. Am Gründonnerstag wurde die Amnestie, der die Justizbürokratie vom Standpunkte des Beneschianismus einige Zähne ausgebrochen hatte, veröffentlicht.

Die unerquicklichen Vorgänge im August ließen mich ratlos und unsicher werden. Nach alter Gewohnheit entschloß ich mich deshalb, für einige Tage in meine südmährische Heimat zu gehen, für mich das probateste Mittel, zwischen meinen Bauern, im Gange durch die reifenden Weingärten, die übervollen Obstanlagen und in jenen Kellerstunden, die bei einem Glas Eigenbaues aus den Quengeleien und Widersprüchen einer verworrenen Zeit auf sicherstem Wege in den Zustand der Einkehr und unstörbaren Selbstbesinnung zu führen vermögen, zu einer klaren Gesamtauffassung der Situation zu kommen.

In Nürnberg lief inzwischen der Parteitag ab. Kaum wenige Stunden daheim auf unserem Familienbesitz, wurde ich durch dringenden fernmündlichen Anruf K. H. Franks nach Prag und von dort nach Mähr.-Ostrau gebeten, wo Polizei sich bössartige Übergriffe und Quälereien gegen verdächtige Sudetendeutsche zu schulden habe kommen lassen. Die unter dramatischen Um-

ständen erfolgten Klarstellungen, die ich allerdings nur in loyalem Einvernehmen mit dem Justiz- und Innenminister durchführen konnte, und die tatsächlich bisher auch für tschechoslowakische Verhältnisse unerhörte Gewalttätigkeiten im Rahmen polizeilicher Verhörmethoden ergeben hatten, führten dazu, daß der Ministerpräsident, dem noch zu nächtlicher Stunde das unter meiner Beteiligung von den Gerichtsbehörden aufgenommene Protokoll zugemittelt worden war, gleich am nächsten Morgen Ernst Kundt, als Obmann des Parlamentarischen Klubs der Sudetendeutschen Partei, Dr. Alfred Rosche, Dr. Peters und mich zu sich bat.

Der Ministerpräsident eröffnete das Gespräch mit der Feststellung, daß es sich ohne Rücksicht auf die Schuldfrage der Verdächtigen um Ungeheuerlichkeiten handle, die er niemals dulden würde, weshalb er mir auch aufrichtig für meine Feststellungen danke. Ich bemerke, daß ich das Ergebnis meiner Ermittlungen loyalerweise streng geheim und eine Publikation von meiner Seite, die in den Tagen, in denen der Nürnberger Parteitag schon angelaufen war, gleich Ekrasit gewirkt hätten, abgelehnt hatte.

Aber typisch Hodža. Ihm ging es um den politischen Kern der Dinge. Bei aller von mir bewiesenen Korrektheit und Loyalität — bei einer Polizeiatacke war es auch zu Incidenten durch Gewaltanwendung gegen zwei immune Abgeordnete gekommen — müsse die Frage politisch gelöst werden. „Haben Sie meine Herren von Berlin her überhaupt noch die Möglichkeit, mit mir zu verhandeln, welche Weisungen haben Sie von Berlin?“ lautete die vom Ministerpräsidenten sachlich gestellte Frage. Dr. Rosche, der bedeutend älter war als ich, Eigner eines massiven Körpers und als akademischer Sängerschafter einer geschulten Stentorstimme, sprang auf und frug den Ministerpräsidenten, wie er sich das vorstelle. Weder er, noch seine Freunde hätten bisher von Berlin aus irgendwelche Weisungen erhalten oder würden sie entgegennehmen, da sie sich an ihren Verfassungseid gebunden fühlten und gab dem Ministerpräsidenten die Hand zur Bekräftigung seiner Erklärung.

Und auch diese Erklärung war richtig und berechtigt. Weder der Parlamentarische Klub noch seine Leitung waren irgendwie mit den subversiven Beziehungen und Aktionen Henleins und Franks, weder direkt noch indirekt, befaßt.

Hodža erklärte sich beruhigt, analysierte die Lage sehr klar und kam schließlich mit uns zur Auffassung, daß man nun Frank als Stellvertreter des Parteivorsitzenden Henlein unmittelbar in die Verantwortung einbeziehen müsse. Frank aber war abgereist, in Prag nicht mehr erreichbar; wie sich später herausstellte, war er zum Parteitag der NSDAP nach Nürnberg gefahren.

Hodža verabschiedete uns. Als ich als letzter aus dem großen Empfangssaal vor dem Arbeitszimmer des Ministerpräsidenten im Kolowratpalais meinen Freunden nachgehen wollte, hielt er mich zurück. Auf seine für mich völlig unvermutete Frage: Ob ich nun Prag auch verlassen würde, konnte ich meinerseits nur erstaunt fragen, ob er denn irgendwelche Nachrichten hätte

und die Lage so ernst sei. Er bejahte. Auf diese vertrauensvolle Mitteilung hin meinte ich, nun sei es Grund, das Wochenende zu benützen, um meine Frau und Kinder in Salzburg zu besuchen, die dort auf Grund alter Familienordnung bei den Schwiegereltern weilten, ich würde aber zum Wochenbeginn bestimmt in Prag sein. Für diese Zusage dankte er mir sichtlich bewegt. So hatte ich ihn noch nie gesehen. Nach dramatischen Erlebnissen und einer Rundfahrt über Salzburg—Nürnberg—Eger, die nicht zu diesem Thema gehören und einmal Gegenstand einer weiteren Darstellung bilden sollen, war ich Mittwoch, den 14. September, wieder in Prag. Dazwischen lagen die aggressiven Reden Görings und Hitlers in Nürnberg, die militärische Demonstration dortselbst, die Unruhen in der sudetendeutschen Provinz, vor allem die Zwischenfälle in Eger, die letzte Sitzung des Parlamentarischen Klubs und der Hauptleitung mit der putschartigen Selbstauflösung der Partei durch Karl-Hermann Frank. Dieser hatte in den Nachmittagsstunden aus der Sitzung heraus aus Eger vom Ministerpräsidenten die binnen wenigen Stunden zu erfolgende Abberufung aller bewaffneten Kräfte einschließlich der Sicherheitsorgane verlangt, dem Ministerpräsidenten eine Stunde Bedenkzeit gegeben und auf die Einladung des Ministerpräsidenten, zu Verhandlungen nach Prag zu kommen, dann die Absage erteilt.

Warum Hodža in jener Stunde nicht polizeiliche Vorkehrungen traf, sich gewisser Personen für alle Fälle zu versichern, ist nie geklärt worden. War es die Noblesse des politischen Spielers oder sah er die Lage bereits so verfahren an, daß Gewaltmaßnahmen ohne Rücksicht darauf, ob sie in rechtlich einwandfreier Form erfolgten, nur den unerwünschten Zündstoff liefern mußten?

Nach durchfahrener Nacht fand ich nächsten Morgen in meiner Prager Wohnung die Aufforderung des Ministerpräsidenten vor, ihn sofort anzu-rufen. Ich erreichte ihn noch in der Wohnung und traf mich mit ihm kurze Zeit später im Kolowratpalais. Gebeten, die Lage auf Grund meiner eigenen Beobachtungen in den letzten Tagen zu charakterisieren, führte ich aus, es sei genau die Lage eingetreten, die er selbst durch Jahr und Tag vorausgesehen habe, wir stünden vor einer völligen Verkrampfung der politischen Fronten, Hitler drohe nun militärisch und habe zweifellos außerordentliche Vorkehrungen getroffen, die ihm die Verwirklichung einer militärischen Drohung ermöglichen, ohne Rücksicht darauf, welche Reserven Deutschland unter dem Gesichtspunkte eines allgemeinen Krieges besitze. Der Westwall spiele offenkundig in den militärischen und zwischenstaatlichen Erwägungen bereits eine große Rolle, der fortschreitende Umbruch der öffentlichen Meinung in England sei dem Ministerpräsidenten bestimmt besser bekannt als mir, die Neigung von englischer Seite für die Tschechoslowakei zu marschieren, sei offenkundig gering, bei dieser Lage der Dinge könne es sich nurmehr darum handeln, eine sinnlose Katastrophe bei der nun offenkundigen Unberechenbarkeit Hitlers, zu verhindern. Der Ministerpräsident antwortete mir, leider müsse er die Lage genauso sehen.

Auf meinen weiteren Vorhalt, nun wäre es schon ein Unglück, wenn Beneš weiterhin im Vordergrund der Gestaltung der tschechoslowakischen Politik bliebe, er müsse nicht nur kategorisch gebeten werden, sich auf seine verfassungsmäßige Befugnisse zurückzuziehen; das beste wäre der Rücktritt Dr. Beneš' und seine verfassungsmäßige Vertretung durch den Ministerpräsidenten. Hodža antwortete, auch das sei sachlich richtig, die Überwindung der einer derartigen Regelung entgegenstehenden Widerstände sei jedoch mit verfassungsmäßigen Mitteln im Augenblicke nicht zu erzielen, noch aber sei er verfassungsmäßiger Ministerpräsident und gedenke es zu bleiben.

Ich könnte aber etwas tun, was er nicht tun dürfe. Er wisse um meine persönlichen Beziehungen zur Runciman-Delegation, ich möge mich unverzüglich in das Quartier der Delegation begeben, die Lage rückhaltlos so darstellen, wie ich sie sehe und alles daran setzen, die englische Intervention in die Wege zu leiten. Sie allein könne uns retten, denn das wisse er, ich und die meisten Sudetendeutschen wollten den Krieg so wenig, wie er. Die sudeten-deutsche Bevölkerung habe sich gerade in den letzten Tagen in ihrem Kerne unwahrscheinlich vernünftig und diszipliniert gehalten.

So kam ich ins Hotel Alcron, dem Hauptquartier der Runciman-Delegation, zu einer für die Engländer noch sehr frühen Stunde. Gegen alle englischen Gepflogenheiten kam die Delegation aber rasch in Bewegung, nachdem ich meinem Bekannten Mr. Stephens und anschließend Mr. Stopford mit dem Hinweis, ich sei kein gelernter Diplomat, völlig offen meine letzte Begegnung mit dem Ministerpräsidenten geschildert hatte, und so den dringlichen Interventionswunsch des Ministerpräsidenten, gepaart mit einem Alarmruf, zur Kenntnis brachte.

In den Nachmittagsstunden unterrichtete mich Mr. Stephens, daß die englische Intervention auf dem Wege sei und der Premier Chamberlain auf den Obersalzberg fliegen werde.

Dr. Antonín Hácha

Als ich ihn das erste Mal im Obersten Verwaltungsgericht sah, war ich durch seine Persönlichkeit kaptiviert. Dabei war Dr. Hácha klein von Gestalt, mit hochgezogenen Schultern, gebückt. Aus dem charaktervollen Kopfe wuchs eine mächtige Nase. Er war alles andere als ein schöner Mann, aber sein Wesen war bezwingend, er war die personifizierte intellektuelle und moralische Unbestechlichkeit. Wenn er im Talar mit dem Cape aus weißem Hermelin einem Senate präsierte, war er von beispielloser Ruhe, Sachlichkeit und bezwingender Hoheit.

Im Parlamente hatte er Sitz und beratende Stimme, weil die Verfassung der Tschechoslowakischen Republik davon ausging, daß der Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtes, das die Rechtmäßigkeit von Akten der Verwaltung zu überprüfen habe, nur dem verfassungsmäßigen Souverän, dem

Volke selbst, das im Parlamente seine Repräsentanz hatte, unterstellt werden könne.

Hácha faßte sein Anwesenheitsrecht im Parlamente als Anwesenheitspflicht auf. Genau ließ er die Tagesordnungen nicht nur des Plenums, sondern selbst der Ausschüsse überprüfen und erschien regelmäßig in den Sitzungen des Budgetausschusses und des Verfassungsrechtlichen Ausschusses.

Als ich im Rahmen der ersten Budgetdebatte, die wir im Mai 1935 Gewählten mitmachten, es ging fast gegen Weihnachten, die Kapitel Verwaltung und Justiz behandelte und auf Grund sorgfältig gesammelten Materials die Verfassungswirklichkeit des tschechoslowakischen Nationalstaates durch mehrere Stunden einer gründlichen Durchleuchtung unterzog, und gegen 3 Uhr morgens schließlich zu Ende kam, holte mich mein Freund Dr. Peters von meinem Sitze. Er teilte mir zu meiner Überraschung mit, Präsident Hácha, der die ganze Zeit über sehr interessiert zugehört und sich Notizen gemacht hatte, möchte mich persönlich kennenlernen. Der Präsident empfing mich, er freue sich, mich endlich persönlich kennen zu lernen, wenn nur 10% von dem wahr sei, was ich ausgeführt habe, sehe die „Republik schön aus“ und es stünde nicht gut um sie. Er sei aber ein alter Mann, der Menschen und Argumente sehr wohl zu beurteilen verstünde, meine Ausführungen seien sehr böse gewesen. Ich gestehe, daß ich durch diese freimütige Reaktion betroffen war. Ehe ich noch etwas antworten konnte, fragte der Präsident, wo ich wohne, und ob ich den Wagen bei mir hätte. Als ich das verneinte, ließ er es sich nicht nehmen, mich in meine Wohnung auf den Havlíčekpark in der Weinberge quer durch das ganze nächtliche Prag und seiner eigenen Wohnung direkt entgegengesetzt, zu bringen. Als ich mich verabschiedete, meinte der Präsident, seine Türe stünde für mich jederzeit offen, er würde sich sehr freuen, wenn ich recht oft zu ihm kommen würde.

Von dieser Einladung habe ich reichlich Gebrauch gemacht und ich erinnere mich gerne der Gespräche, die häufig das tschechoslowakische Staatsproblem und rechtstheoretische Themen zum Gegenstande hatten, in deren Verlauf sich Präsident Hácha als wissenschaftlich fundierter großer und charaktvoller Jurist, und besonders als intimer Kenner des englischen Rechts erwies.

Das ist auch die innere Ursache, warum Präsident Dr. Hácha dem Nationalitätenproblem gegenüber gegen alle Raison der offiziellen „tschechoslowakischen“ Staatspolitik — bei absoluter Respektierung der Verfassung — so aufgeschlossen war und beim ersten Ansatz im Jahre 1938 sofort erfaßt hatte, worum es ging.

Ein Jahr später, wieder in der Budgetdebatte, befaßte ich mich grundlegend mit der legislativen Technik im tschechoslowakischen Staate. Ich wies nach, daß die fortschreitende Verbreiterung des freien Ermessens durch die Gesetzgebung und der Umstand, daß Akte der Verwaltung auf Grundlage des freien Ermessens gewissermaßen als Akte der Staats-Raison der Cognition des Obersten Verwaltungsgerichtes entzogen worden waren, die Grundlagen

der Rechtsstaatlichkeit erschüttern mußten. Präsident Hácha hat mir in einem anschließenden zwangslosen Gespräch im Kreise von Parlamentariern in den Couloirs vorbehaltlos recht gegeben und die wissenschaftliche Begründung meiner Ausführungen als beispielgebend für die Versachlichung parlamentarischer Arbeit hingestellt. Aus Begegnungen dieser Art erwuchs eine Atmosphäre außerordentlichen persönlichen Vertrauens.

Als ich in den Vorweihnachtstagen 1937 dem Präsidenten meinen Gratulationsbesuch machte, fand ich ihn sehr niedergeschlagen vor. Zum Abschied meinte er, wir Deutschen könnten dem kommenden Jahre in Ruhe entgegensehen, es werde uns vieles bringen. Wenn man tschechischerseits in eine schwierige Lage geraten könne, so sei das Bedrückende bei dieser Aussicht, daß man tschechischerseits selbst ein gerüttelt Maß Schuld daran haben werde. Es fiel mir schwer, dem Präsidenten darzulegen, daß auf deutscher Seite sehr ernsthafte Kräfte wirksam seien, die doch nichts anderes beabsichtigen, als zu einem ehrenhaften Modus vivendi zu kommen. Leider sei ihr guter Wille allein nicht ausschlaggebend, meinte der Präsident, als er mich entließ.

Seinen richterlichen Mut lernte ich im Spätf Frühjahr kennen, als die Atmosphäre in der Tschechoslowakischen Republik schon von Tag zu Tag noch schlechter zu werden begann.

Die Sprachgrenzgemeinde Schelesen, nördlich von Mělník, war durch Jahre von tschechischer Seite hart umkämpft. Besonders findige Vertreter des tschechischen Nationalstaatsgedankens, den sie glaubten durch die Zerschlagung überkommener deutscher Positionen vertreten zu müssen, hatten auf kleinstparzellierten Grundstücken, die übrigens recht teuer verkauft worden waren und bis dahin im Besitze tschechischer Bauern standen, Wochenendhäuschen errichtet. Auf Grund dieser Wochenendhäuschen erklärten diese sonderbaren Patrioten, Schelesen als zweiten Wohnsitz. Das berechtigte sie, sich in die Wählerlisten Schelesens eintragen zu lassen. Nach tschechoslowakischem Recht wurden nämlich die Wählerlisten binnen bestimmter Zeiträume überprüft und erneuert, Inhaber zweier Wohnsitze konnten in 2 Gemeinden in den Wählerlisten erscheinen, durften jedoch gegebenenfalls nur in einer Gemeinde ihr Wahlrecht ausüben. Über die Rechtmäßigkeit von Eintragungen in die Wählerliste entschieden im Instanzenzuge die Reklamationskommissionen in Gemeinde, Bezirk und schließlich in letzter Instanz das Wahlgericht, dessen Vorsitzender gleichfalls Präsident Hácha als Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtes war.

Gegen den Versuch der Prager Tschechen, der der Mehrheit nach deutschen Gemeinde Schelesen auf dem aufgezeigten Wege ein tschechisches Gesicht und eine mehrheitlich tschechische Gemeindevertretung zu geben, hatte sich die von allen politischen Parteien beschickte, aber mehrheitlich deutsche Reklamationskommission der Gemeinde Schelesen, gewehrt, indem sie sachlich feststellte, daß die Prager Besitzer von Wochenendhäusern im Ernste nicht daran dachten, einen zweiten Wohnsitz zu errichten und sich

abwechselnd in Schelesen aufzuhalten. Einige Stunden Wochenenderholung gäben nicht die Voraussetzung dafür, einen zweiten ständigen Wohnsitz als gegeben anzusehen. Die mehrheitlich tschechische Bezirksreklamationskommission aber — der politische Bezirk war vorwiegend tschechisch — hob den Beschluß der Gemeindereklamationskommission auf und, wenn ich mich recht erinnere, 96 neugebackene tschechische Wähler verwandelten Schelesen in eine tschechische Gemeinde mit tschechischem Bürgermeister. In all den Fällen rechtswidriger Eintragung in die Wählerlisten Schelesens wurde die Wahlgerichtsbeschwerde erhoben und von mir vertreten. Das Wahlgericht zog die einzelnen Beschwerden zur gemeinsamen Verhandlung zusammen.

Nicht wenig staunte ich, als am Verhandlungstage der Senat in den Saal schritt, und Präsident Hácha selbst den Vorsitz im Senate übernahm. Von seiten der tschechischen Beschwerdegegner war alles aufgeboten, was Rang und Namen im Prager Barreau hatte. Es wurde auch heftig und lange plädiert. In dieser Situation entschloß ich mich in vorgerückter Stunde alle Unterlagen zur Seite zu schieben, aus der Situation heraus zu argumentieren und aufs Ganze zu gehen. In knappen nüchternen Worten legte ich dar, daß das Wahlgericht einfach die Frage zu entscheiden habe, ob die tschechoslowakische Demokratie ernstgemeint und die Tschechoslowakei als Rechtsstaat existent sei oder nicht. Auf die Absichten des Gesetzgebers und den Geist des Gesetzes komme es an, nicht auf den geschickten Mißbrauch formaler Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts.

Ehe noch jemand erwiderte, erhob sich der Präsident und unterbrach die Sitzung bis 5 Uhr abends zum Zwecke der Urteilsverkündung. Während ich leicht erschöpft meine Akten in meine Tasche stopfte, kam der persönliche Diener des Präsidenten und bat mich in dessen Arbeitszimmer. Tief erregt und noch im Talar kam mir der Präsident bis zur Türe entgegen und sagte mir unumwunden, ich hätte völlig recht gehabt. Das zu sagen sei ihm ein Bedürfnis gewesen, und er werde beweisen, daß die Tschechoslowakische Republik ein Rechtsstaat ist.

Zur angekündigten Abendstunde gab der Präsident im Namen der Republik allen deutschen Beschwerden statt und sprach die Nichtigkeit der seinerzeitigen Eintragungen der Prager tschechischen Wochenendpatrioten in die Wählerlisten von Schelesen aus.

Als ich, den Gerichtshof langsam verlassend, wohl als einer der letzten, die Treppen der einst berühmten Prager Kadettenschule hinabstieg, kam mir der Präsident nach. Ich faßte mir ein Herz und frug ihn, warum er in dieser doch von Haus aus gar nicht so bedeutsamen Angelegenheit selbst den Vorsitz im Senate übernommen habe. Der Präsident erwiderte, es habe sich doch gezeigt, daß es letztlich um eine Angelegenheit von sehr grundsätzlicher Bedeutung gegangen sei, an der auch die breiteste Öffentlichkeit stärksten Anteil nähme. Da sei „man nie sicher, auf welche Ideen ein Senat käme“, weshalb er den Vorsitz schon lieber selbst geführt habe.

Als Dr. Hácha nach dem Rücktritt Dr. Beneš' im Herbst zum Staatspräsidenten gewählt worden war, lud er mich ein, ihn zu besuchen. Er war sehr gedrückt und sagte mir am Ende unseres Gespräches, er sei ein alter Mann, der gar nicht mehr für dieses Amt passe. Dahin gehöre ein um mindestens 15 Jahre Jüngerer, aber ich wußte selbst um die Lage im tschechischen Volke. Wenn er sich versagt hätte, wäre das Ubel noch größer geworden.

Es hat selten ein ehrenhafterer Patriot bewußter den Weg des Opfers beschritten, an dessen Ende die Märtyrerkrone wartete. Im Mai 1945 duldete Dr. Beneš, daß Hácha von den Siegern der Prager Pseudorevolution in eine Zelle des Gefängnisses in Prag-Pankraz geworfen wurde, um dort nach wenigen Tagen zu Grunde zu gehen.

Dazwischen aber liegen fast 7 schwere und entscheidungsreiche Jahre.

Gleich einem Würgegriff verspürten auch alle einsichtigen Deutschen die Nachricht, im Anschluß an studentische demonstrative Zusammenrottungen auf dem Wenzelsplatze anläßlich des Staatsgründungstages der Tschechoslowakischen Republik am 28. Oktober 1939 seien 9 Führer der tschechischen Studentenschaft, an ihrer Spitze der Dozent Dr. Matoušek, Sohn des ehem. Handelsministers, eines der Tschechen, die ein ganz klares Verhältnis zu uns Deutschen hatten und als germanophil verschrien waren, kurzerhand von der Gestapo erschossen worden.

Wenige Tage später fragte ein Vertrauensmann des Staatspräsidenten bei mir an, ob ich bereit sei, mit aller gebotenen Vorsicht zu einem vertraulichen Gespräch nach Lany, dem Sommersitz des Präsidenten, zu kommen. Auf meine Zusage holte mich in den Abendstunden ein Wagen ab und brachte mich ins Schloß. Bemerkt sei, daß trotz allen vertraulichen Verfahrens der Staatssekretär und höhere SS- und Polizeiführer Karl Hermann Frank sogleich von meinem Besuche beim Präsidenten Hácha wußte, wie er mir durch einen ehemaligen gemeinsamen Freund kurz nachher warnend mitteilen ließ.

Präsident Hácha bat mich zum Abendessen. Als Dritter war Prof. Weyr, der bekannte Staatsrechtler der Brünner tschechischen Universität anwesend.

Das Gespräch drehte sich um allgemeine juristische Probleme. Nach Tisch entschuldigte der Präsident sich und mich bei Prof. Weyr und bat mich in ein Nebenzimmer. Dort machte er seinem gepreßten Herzen Luft und bat um meine Wohlmeinung. Ich hielt mit meiner Auffassung nicht zurück, daß nur eine sehr eindeutige Reaktion Hitler und seine Vollstreckungsorgane noch zur Besinnung bringen könne. Inzwischen hatte sich die Studentenschaft ein zweites Mal provozieren lassen. Polizeipräsident Chárvat selbst, mit dem ich all die Jahre in ausgezeichnete Fühlung stand, hatte mich unterrichtet. Dieser kluge und kultivierte Mann, der eine Wienerin zur Frau hatte, war auch als Berufspolizist ein Mann von durchaus rechtsstaatlicher Auffassung geblieben und hatte bei unterschiedlichen Zwischenfällen im Rahmen politischer Verfolgungsmaßnahmen bis September 1938 in den kritischen Monaten häufig von nachgeordneten Polizeiorganen ausgelöst, mehrfach

persönlichen Mut bei sehr schwierigen Entscheidungen bewiesen. Diese persönlichen Beziehungen wurden auch bei veränderter Machtlage nach 1938 weiter unterhalten. Deshalb wußte ich, wie die tschechischen Studenten sich ein zweites Mal provozieren ließen. Sie betrieben das öffentliche Begräbnis ihrer am 28. Oktober auf dem Wenzelsplatze bzw. an den Verletzungen gestorbenen Kollegen. Der Polizeipräsident hatte den tschechischen Protektoratsinnenminister gewarnt und vorgeschlagen, das erbetene öffentliche Begräbnis aus Gründen der öffentlichen Ordnung einfach nicht zuzulassen. Der Innenminister, ein Legionärgeneral aus dem 1. Weltkriege, aber hatte mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht den Mut aufgebracht, dem unpopulären Vorschlage seines Polizeipräsidenten beizutreten. Er glaubte besonders schlaue zu sein, wenn er im Wege einer Rückfrage Karl Hermann Frank die Entscheidung zuschiebe. Frank aber hatte dem Innenminister die Entscheidung mit dem Bemerken zurückgegeben, er sei in seinen Entscheidungen autonom und habe nur die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Als dann das Begräbnis in den Straßen Prags zu einer Massendemonstration wurde, schoß die Gestapo erneut. Die Hochschulen wurden gesperrt, Tausende tschechischer Studenten wurden nachts ausgehoben und in die Konzentrationslager abgeschoben.

Konkret schlug ich dem Staatspräsidenten vor, in einem Briefe an Hitler die unüberbrückbare Diskrepanz zwischen seinen Erklärungen in jener Nacht, in der der Präsident in der Reichskanzlei in Berlin den Protektoratsvertrag unterschrieben hat, nachdem ihm die freie Entwicklung des tschechischen Volkes zugesichert worden war, und der augenblicklich durch beipiesslose Gewalttätigkeiten gekennzeichneten Entwicklung, darzulegen.

Der Präsident führte mich an seinen Schreibtisch und schob mir Papier und Schreibzeug zu. Er ließ mich allein und kam nach geraumer Zeit wieder. Ich gab ihm wortlos das Konzept. Er las es tiefbekümmert, meinte aber dann, er habe nicht mehr die Kraft, diesen Brief zu schreiben, nun trete das ein, was er bei meinem Besuche im September 1938 an Befürchtung ausgesprochen habe. Wenn es zu einer unberechenbaren Reaktion Hitlers käme, wäre die Lage womöglich noch schlimmer, er wolle sich sein weiteres Vorgehen noch sehr genau überlegen.

Wenige Tage später hörte ich von einem Vertrauten des Präsidenten, der mich besuchte, der Reichsprotektor von Neurath habe sich vermittelnd eingeschaltet und habe dem Staatspräsidenten weitgehend Hoffnung gemacht, das Protektoratsregime werde grundlegend geändert werden, die Unhaltbarkeit der Zustände sei durch die Zwischenfälle erwiesen. Der Gesandte des Protektorats in Berlin, der frühere Außenminister der Tschechoslowakei, Dr. Chvalkovský, werde in Kürze von Hitler empfangen werden.

Deutsche Freunde aus der nächsten Umgebung des Reichsprotektors haben mir bald nachher den Empfang, der tatsächlich stattfand, geschildert, wie folgt:

Chvalkovský, auf Grund der vertraulichen Zusicherung des Reichsprotektors v. Neurath hoffnungsvoll, sei ahnungslos und hoffnungsfroh zur Audienz zu Hitler gegangen.

Als er in den Audienzsaal der Reichskanzlei geführt wurde, sei Hitler gleich einem strafenden Erzengel schon in der Mitte des Saales gestanden, ihm zur Rechten, etwas zurückstehend, der Reichsprotektor v. Neurath, bleich und sichtlich sehr bedrückt, links von Hitler hätten Karl Hermann Frank und etwas hinter ihm der Chef der Kanzlei des Führers, Bormann, letzterer Triumph in den Zügen, Aufstellung genommen.

Ehe Chvalkovský zu Wort gekommen sei, habe Hitler ihn in hemmungsloser Weise angedonnert, er werde nicht dulden, daß in einer Notstunde des Reiches ihm tschechische Elemente in den Rücken fielen. Im Wiederholungsfalle lasse er Prag von den Deutschen räumen und samt der tschechischen Bevölkerung zusammenschießen und dem Erdboden gleichmachen.

Späterhin habe ich Präsident Hácha noch zweimal bei gesellschaftlichen Anlässen flüchtig gesehen. Er machte den Eindruck eines Mannes, der schicksalsergeben — er war, wie er mir selbst einmal sagte, Sohn einer deutschen Mutter, und gläubiger Katholik — die unsichtbare Dornenkrone trug. Als ich im Jahre 1945 nach meiner am 18. 5. erfolgten Verschleppung durch Partisanen aus der USA-Besatzungszone nächst Karlsbad nach Prag-Pankraz als Gefangener eingeliefert wurde, war Dr. Hácha, wie sich der letzte tschechische Landespräsident von Böhmen, Bienert, anlässlich eines Zusammentreffens im Gefängnisse bitter ausdrückte, bereits „verreckt“ und „verscharrt“.

Dr. Mastný

Dr. Mastný war einer der intimsten persönlichen Freunde des späteren Staatspräsidenten Dr. Hácha. Nicht groß, etwas zur Fülle neigend, wirkte er dennoch als ein feiner und eleganter Mann. Er war stets sorgfältigst gekleidet, einer der wenigen Tschechen, die stets Monokel trugen, ein glänzender Unterhalter und zweifellos Diplomat von Rang, aus natürlicher Begabung und großer Lebenserfahrung. Gleich Hácha kam er politisch aus der jungtschechischen Bewegung und gehörte zu den besten Repräsentanten tschechischen Bürgertums, die ein klares Verhältnis zur deutschen Kultur hatten. Der Jurist Dr. Mastný hatte seinen Weg aus der Verwaltung in den diplomatischen Dienst genommen und geriet, nachdem Prof. Dr. Krofta vom Posten des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin nach der Wahl Dr. Beneš zum Staatspräsidenten als dessen getreuester Platzhalter in das Außenministerium aufgerückt war, als Nachfolger Kroftas in die schwierigsten diplomatischen Verwicklungen. Unsere engeren persönlichen Beziehungen hatte im Grunde genommen Dr. Hácha vermittelt. Nachdem ich auf Drängen meiner Freunde im Jahre 1935 ein Abgeordnetenmandat angenommen und als Abgeordneter den Eid auf die Verfassung abgelegt hatte, hielt ich die Entwicklung korrektester Beziehungen zu allen offiziellen Stellen, ungeachtet

meiner grundsätzlichen Vorbehalte gegen die tschechoslowakische Staatspraxis, für eine der unabdingbaren Voraussetzungen konkreter Möglichkeiten politischer Gestaltung.

Aus diesem Grunde habe ich dem Gesandten Mastný bei Besuchen in Berlin regelmäßig meine Aufwartung gemacht. Unsere Gespräche waren auch bei Behandlung heikelster Dinge denkbar unbefangen, als ob wir nicht selbst Repräsentanten zur politischen Gestaltung drängender Kräfte, sondern irgendwelche Experten gewesen wären.

Mastný glaubte das Ohr Görings zu haben und hat nach Mitteilungen wohlunterrichteter Kreise durch seine Art tatsächlich auf Göring sehr gewirkt.

Die erste konkrete Zusammenarbeit mit Minister Mastný erfolgte anlässlich der Olympiade 1936. Zu gerne wären unsere Turner als Teilnehmer zur Olympiade gefahren. Die Sokoln aber hielten sich aus politisch-ideologischen Gründen ferne. Nach glaubwürdiger Unterrichtung hatte Beneš daran besonderen Anteil, der offenkundig einen — heute würde man sagen — spannenden Einfluß auf eine seiner Hausmächte befürchtete. Das tschechoslowakische-olympische Komitee ließ mit Rücksicht auf die Absenz der Sokoln eine Teilnahme deutscher Turner nicht zu. („Es habe doch keinen Zweck in Berlin Jahn'sches Turnen zu zeigen und so Eulen nach Athen zu tragen.“)

Schließlich kam jemand aus Turnerkreisen auf die Idee, die Ascher Turnschule im Sportpalast, gewissermaßen in einer offiziellen Nebenveranstaltung, auftreten zu lassen. Der Innenminister Dr. Josef Černý, loyal wie immer, gab die Genehmigung. Das Ganze war eine Angelegenheit von 24 Stunden zwischen Vorschlag und Bewilligung durch die tschechoslowakischen Behörden. Das muß heute noch anerkannt werden: In den Spitzen der Behörden, wo noch die altösterreichische Beamtenelite saß, wußte man das Gesicht zu wahren, die juristische Form zu pflegen und konnte ganz unbürokratisch und expeditiv sein.

Der Innenminister schrieb nur vor, mit Henlein müsse der tschechoslowakische Gesandte das Protektorat für die Veranstaltung übernehmen, eine tschechoslowakische Staatsflagge müsse an der Stirnseite des Saales mindestens in der Größe der größten aushängenden deutschen Staatsflagge gezeigt werden, neben dem Deutschlandlied sei das „Kde domov můj“ als tschechoslowakische Nationalhymne zu intonieren.

Die Berliner Stellen, mit denen ich nach der Entscheidung des tschechoslowakischen Innenministers telefonierte, fanden das alles selbstverständlich. Mastný saß zur Rechten Henleins, er interessierte sich ungemein für die glänzenden Vorführungen der Ascher Turnschule, fand, daß die tschechoslowakische Staatsflagge, die an der Stirnwand des Sportpalastes ausgehängt worden war, wahrscheinlich eine der größten sei, die je gezeigt wurden und war übergücklich. Als Henlein etwa mitten während der Vorführungen sich mit einer Einladung zu Hitler entschuldigte, nahm das Mastný als selbstverständlich hin. Tatsächlich hat Henlein an diesem Tage

erstmalig Adolf Hitler gesehen und wurde ihm vorgestellt. Gesandter Mastný bedankte sich nach Schluß der Veranstaltung, — wir würden heute sagen — im Zeichen umfassender glückhafter Entspannung.

1936 und 1937 wurden in der Berliner Singakademie sudetendeutsche Konzerte veranstaltet, bei denen Mastný mit Henlein sich im Protektorat teilte, auch gab es Empfänge in der tschechoslowakischen Gesandtschaft, die hervorragendste Repräsentanten des Dritten Reiches auf tschechoslowakischem Boden in Berlin sahen. Hervorstechend war deren mitunter hanebüchene Uniformiertheit hinsichtlich der Verhältnisse in der Tschechoslowakei einschließlich der sudetendeutschen Volksgruppe. Ich werde das schadenfrohe Lächeln des tschechischen Legationsrates Šubrt nie vergessen, mit dem er einmal eine ganz einfältige Frage eines hohen Herrn des Dritten Reiches zur Sudetenfrage begleitete.

Mastný war sich darüber völlig klar, daß eine gesunde Entwicklung auf dem Boden des tschechoslowakischen Staates nur möglich sein würde, wenn die Herstellung eines unbefangenen Verhältnisses zwischen Berlin und Prag gelänge. Unter diesem Gesichtspunkte hat er im besonderen Maße und zweifellos erfolgreich bei Göring angesetzt, mit dem er als Jäger nicht unwichtige Berührungspunkte hatte, bei dem schließlich eine Lída Baarová gern gesehener und vollgenommener Gast war und dessen Stiefbruder später eine Tschechin zur Frau nahm, die, nach dem Zeugnis eines Neffen Görings, mit dem ich in Pankraz beisammen war, liebgewordenes Mitglied der von Hermann Göring sehr patriarchalisch regierten Sippe werden konnte. Dieser Umstand hat bezeichnenderweise 1945/46 im Zusammenhang mit Verhören des aus Österreich entführten Neffen Hermann Görings eine große Rolle gespielt. Ich selbst erlebte 1945 im Innenministerium, wie man den ehemaligen jungen Fliegeroffizier bedrängte, weil man sich nicht vorstellen konnte, daß eine Tschechin vollrespektiertes Mitglied in einer reichsdeutschen Familie und noch dazu der Görings sein konnte.

Kurz, nachdem Österreich von Hitler besetzt worden war, machte ich Mastný einen meiner regelmäßigen Besuche und fragte ihn offen, welche Konsequenzen die Eingliederung Österreichs für die tschechoslowakische Politik haben würde. Mastný meinte, gar keine. Spontan erzählte er mir, er sei am Morgen der Besetzung Österreichs zu Göring gefahren, der Hitler in Berlin in der Führung der Regierungsgeschäfte als Vizekanzler vertreten habe. Göring habe ihm, Mastný, völlig unbefangen erklärt, das Deutsche Reich habe keinerlei Ansprüche hinsichtlich tschechoslowakischen Gebietes und habe die Hand darauf gegeben.

Diese Darstellung findet sich in den Aktenpublikationen der Nachkriegszeit bestätigt.

Als ich Mastný rund heraus fragte, ob die Erklärung Görings für die tschechoslowakische Politik und ihn, den Gesandten, eine Realität sei oder eine fiktive Annahme, die aus Gründen diplomatischer Raison aufrechtzuhalten sei, erklärte mir der Gesandte, er habe bei seiner Kenntnis der

Persönlichkeit Hermann Görings und der Verhältnisse keinerlei Veranlassung, an der Aufrichtigkeit der Erklärung Görings zu zweifeln.

Als nach der Mobilisierung der Tschechoslowakischen Republik am 21. Mai 1938 die Lage wesentlich undurchsichtiger geworden war, besuchte ich den Gesandten erneut und trug ihm meine Sorge vor.

Der Gesandte erwiderte mir, am Tage vorher habe er fast das gleiche Gespräch mit dem britischen Botschafter Henderson und dem Botschafter Frankreichs Francois Poncet geführt.

Botschafter Henderson habe erklärt: Hitler könne etwas, was niemand von den anwesenden Herren imstande sei, nämlich beim Mondenschein über Dächer zu wandeln. Freilich, niemand wisse, was geschehen werde, wenn jemand Hitler zur Unzeit anrufe.

Als ich Gesandten Mastný fragte, ob das alles sei, was England zur Lage zu sagen habe, zuckte er die Achseln.

Zu jener Zeit führte Mastný mit mir noch ein für ihn so charakteristisches Gespräch. Die Schwierigkeit für die weitere Entwicklung liege darin, daß in Analogie zum homo romanus Hitler offenkundig den homo germanicus wolle. Wie der homo romanus ohne imperium romanum nicht möglich gewesen sei, wäre auch ein homo germanicus ohne imperium germanicum nicht möglich. Da aber ergeben sich die konkreten Konfliktmöglichkeiten für die weitere Entwicklung.

Dann sah ich Mastný erst wieder am Montag, den 11. September 1938, als ich zur persönlichen Unterrichtung tags vorher nach Nürnberg gefahren war und dann die militärische Demonstration Hitlers auf dem Parteitagsgelände besichtigte. Ich stand unmittelbar neben dem Gesandten und dem tschechoslowakischen Militärattaché. Als Göring die imponierende Schau der Flugzeugtypen vorführen ließ, verfolgte der Gesandte die Darbietungen mit sichtlicher Beklemmung und fragte den Militärattaché immer wieder, ob man das auch habe. Der Oberst bejahte unentwegt. Ich konnte nicht feststellen, wer ihm weniger glaubte, Dr. Mastný oder ich. Beide verließen wir sehr schweigsam und in sichtlicher Beklemmung das Parteitagsgelände. Wenige Stunden später brach Hitler in der Kongreßhalle los und griff Beneš und die Tschechoslowakei in der bekannten hemmungslosen Weise an.

Gesandten Mastný habe ich dann nach der Errichtung des Protektorats kurz wiedergesehen, ohne daß es zu politischen Gesprächen gekommen wäre. Jedenfalls hat er zum Abschied von Hitler gleich Francois Poncet den roten Adlerorden in einer hohen Rangstufe bekommen, lebte unbehindert die ganze Zeit des Protektorates über und wurde sicherem Vernehmen nach als der von Hitler höchstausgezeichnete Tscheche weder in den Revolutions-tagen 1945, noch nachher belästigt.

Das war zweifellos eine der glänzendsten diplomatischen Leistungen Dr. Mastnýs.

Der Name Stránský war für uns alte Deutschmährer ein Begriff. Der Vater war einer der Parteigänger Masaryks und Begründer der „Lidové Noviny“ in Brünn. Vom Sohne wußte man, daß er Beneš sehr nahegekommen war. Ihm begegnete ich im Sommer 1935 anlässlich der Konstituierung der parlamentarischen Ausschüsse des Abgeordnetenhauses, vor allem im Verfassungsrechtlichen Ausschusse. Er kam mir als korrekter Intellektueller entgegen und es gab manches Gespräch unter Juristen. Keinen Zweifel ließ er darüber, daß er nicht verstehen konnte, wie Gustav Peters zur Sudetendeutschen Partei gekommen war und mich betrachtete er auch irgendwie nicht dazugehörig. Was er gegen die Sudetendeutsche Partei hatte, vermochte er nie recht auszudrücken, wollte es vielleicht auch nicht, sie war ihm irgendwie nicht geheuer. Peters aber machte ihm klar, daß die Menschen in der Sudetendeutschen Partei das Beste wollten, sehr ehrenhafte Leute seien und ein Modus vivendi zwischen Tschechen und Deutschen, zwischen der Sudetendeutschen Partei und den Tschechen versucht werden müsse, vorausgesetzt, daß man tschechischerseits wirklich zu ehrenhaften und die natürlichen Entwicklungsvoraussetzungen der sudetendeutschen Volksgruppe respektierenden Beziehungen kommen wollte. Dazu gehöre, sagte Peters einmal, daß man tschechischerseits aufhöre, die Demokratie als Phrase zu mißbrauchen.

1936 hielt Dr. Stránský im Plenum des Abgeordnetenhauses eine Rede, in der er von den Idealen der Demokratie gleich Sternen am Himmel sprach, die man auf die Erde herunterholen müsse. Meine politischen Freunde haben sich über diese Rede maßlos geärgert. Vergeblich versuchte ich ihnen klarzumachen, daß ein Mann wie Prof. Stránský seine eigene Welt lebe, zweifellos subjektiv glaubte, was er sagte und daß alles darauf ankomme, bei korrektester Haltung auf sudetendeutscher Seite Männer wie Stránský mit der Wirklichkeit zu konfrontieren.

Im Verfassungsrechtlichen Ausschuß des Abgeordnetenhauses kam es einmal zu einem bezeichnenden Zwischenfall, als gerade Stránský, der nach seinem leidenschaftlichen Bekenntnis zur Demokratie der perfekte Demokrat hätte sein müssen, kein Verständnis dafür aufbringen wollte, daß Peters und ich konsequent für die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Sicherungen der bürgerlichen Grundrechte auch im Rahmen des Staatsverteidigungsgesetzes auftraten. Nach Schluß der Sitzung wandte sich Peters warnend und händeringend, gewissermaßen in privater Fortführung der Debatte, an Stránský und fragte ihn, wohin denn diese Entwicklung führen solle. Stránský antwortete leidenschaftlich: „Keinesfalls zu Hitler“. Peters antwortete: „Dann aber sicher zu Stalin“. Stránský replizierte: „Lieber 1000mal mit Stalin, als einmal mit Hitler!“

Kurz darauf attackierte ich Stránský in einem persönlichen Gespräch und warf ihm vor, daß es besser wäre, statt leidenschaftliche Reden zu halten,

einmal unsere Leute kennen zu lernen und in eine sudetendeutsche Versammlung zu kommen. Stránský lachte hell auf und fragte, wie ich mir das so vorstelle. Er, in einer Versammlung der Sudetendeutschen Partei. Nun wurde ich aber sehr ernst, hielt ihm vor, daß dieses Vorurteil für einen Professor der Rechte denn doch zu weit gehe und er binnen 8 Tagen jederzeit in einer Versammlung der Sudetendeutschen Partei, etwa im Deutschen Hause, in Brünn erscheinen könne, wenn er sich dazu entschließen könnte. Stránský war durch mein Angebot, dessen Ernsthaftigkeit bei der Art unserer Gespräche nicht in Zweifel gezogen werden konnte, einen Augenblick betroffen, dann aber reizte ihn sichtlich das Abenteuer und er sagte zu. Binnen 8 Tagen wurde nach kurzer fernmündlicher Verständigung mit meinen politischen Freunden in Brünn in das Deutsche Haus eine Versammlung mit Prof. Stránský als Gast einberufen. Er kam pünktlich auf die Minute und wurde von der Versammlungsleitung und von den Versammlungsteilnehmern durch Erheben von den Sitzen respektvoll begrüßt. Nachdem ich über Sinn und Methoden des Grundsätzlichen Rechtskampfes der Sudetendeutschen gesprochen hatte, wobei die Teilnehmer durch die Art ihres sehr verständigen Beifalles zeigten, daß sie durchaus begriffen, worum es ging, und die vorgebrachten Ansichten ihnen eine Herzenssache waren, sprach Dr. Stránský, loyal und beifällig nochmals begrüßt. Er vertrat durchaus den tschechoslowakischen Standpunkt, aber in einer Art und Weise, die es ermöglichte, grundsätzlich selbst über bestehende Unterschiede in den Auffassungen zu sprechen. Nachdem Prof. Stránský gesprochen hatte, wurde er korrekt, wie es sich einem Gast von Rang geziemt, verabschiedet. Man kann sich heute wohl kaum mehr vorstellen, was das Auftreten Prof. Stránskýs bedeutete und noch dazu im Deutschen Haus in Brünn.

Nächsten Tag schon rief mich Viktor Stoupal an und fragte, ob wir etwa mit den tschechischen Sozialisten packeln wollten. Der gesamten Bürokratie in den zentralen Landesverwaltungsstellen bemächtigte sich eine weitgehende Unsicherheit und man wurde plötzlich höflich und sachlich, wie nie zuvor. Es ist schade, daß die spontanen Stimmungsberichte, die mir von den verschiedensten Seiten zugehen, nicht mehr existieren, weil sie 1945 mit meinem Privatarchiv verloren gegangen sind. Sie wären klassische Dokumente für das Studium der praktischen Psychologie im Nationalitätenstaat.

Wenige Tage später war ich bei Dr. Beneš. Plötzlich kam er auf die Brünner Versammlung zu sprechen und erklärte mir, er hätte das Auftreten Stránskýs niemals geduldet, wenn er rechtzeitig davon gewußt hätte. Auch das war typisch.

Nimmt man die unterschiedlichen Reaktionen auf diesen Vorfall, dann steht im Vordergrund die Intransigenz Beneš', ist bezeichnend die Unsicherheit der agrarischen Führung, die eben seit der Zusammenarbeit mit dem Aktivismus Spina'scher Prägung andersnationale Parlamentarier in erster Linie unter dem Gesichtspunkt ständischer Interessenpolitik als potentiellen Koalitionspartner im innerpolitischen Spiel der Kräfte sah, und bleibt sehr

beachtlich die Reaktion der Bürokratie, die schon zu beeinflussen gewesen wäre, wenn ihr nicht tschechoslowakische Nationalstaatspolitik als verpflichtende Staatsraison, und zwar als gemeinsamer Nenner der mitunter so widerstreitenden tschechischen Parteien, vorexerziert worden wäre.

Als ich 1945 von Partisanen aus der USA-Besatzungszone nächst Karlsbad nach Prag verschleppt und schließlich dort in Gerichtshaft eingeliefert worden war, war Dr. Jaroslav Stránský Justizminister. Nach achtwöchigem Kampfe — 6 Wochen lang waren durchschnittlich 36 Häftlinge in der Zelle 127 am Kadlak, dem Gefängnisse am Karlsplatz, in 45 m³ Zellenraum, am Zellen-
einge- feine säuberlich ausgewiesen, — vermochte ich Schreiberlaubnis zu erhalten und Dr. Stránský zu schreiben.

Immer wieder sah ich in jenen Tagen den einstigen Kollegen Dr. Stránský vor mir auf der Rednertribüne des Prager Abgeordnetenhauses, als er sich anheischig machte, die Ideale der Demokratie gleich Sternen vom Himmel zu holen.

Ich habe ihm damals und in den folgenden langen, bitteren Jahren, es waren ihrer fast 11, nie gezürnt. Für mich steht auf Grund der Beobachtung der gesamten Entwicklung fest, daß Dr. Stránský das Wüten der Volksgerichte und die Bolschewisierung der Justiz hinnehmen mußte, bis ihm nichts übrigblieb, als nach der Machtergreifung durch den Kommunismus im Feber 1948 das zweite Mal seine Heimat zu verlassen und in die Emigration zu gehen.

In den letzten Jahren habe ich mit ihm rein akademisch korrespondiert. Was ich noch nicht begriffen habe, ist, wie ein Mann seiner intellektuellen und moralischen Qualitäten zum Mitautor des Retributionsdekretes geworden sein soll.

In einem Punkte haben wir im Grunde genommen die gleichen Erfahrungen gemacht: die der absoluten Machtlosigkeit des fachlich geschulten und moralisch gebundenen Intellektuellen, dem im Rahmen außerordentlicher oder revolutionärer Entwicklungen, wie sie die Protektoratsverhältnisse ab 1939 und die Vorgänge nach 1945 darstellen, der Boden für persönliche Wirkung aus seiner intellektuellen und moralischen Position heraus entzogen wird.

Ob man in solchen Situationen als Justizminister vor einem repräsentativen Schreibtisch sitzt oder als Officialverteidiger in einem Sondergerichtsprozeß, mag gleich bitter sein.

Wer vermag die Erfahrungen dieser Art zu schöpfen und im unvermeidlichen Wechsel der Generationen den Nachfahren zum allgemeinen Nutzen zugänglich zu machen, vor allem in einer Zeit, in der uns ein totalitäres System von äußerster Perfektion, wie es die Menschheitsgeschichte bisher noch nicht kannte, tödlich bedroht?

Von Kurt Rabi

Für das tschechische Volk hat das Jahr 1958 eine Reihe bedeutsamer Gedenktage gebracht. Vierzig Jahre vorher war die tschechoslowakische Republik gegründet worden. Zwanzig Jahre vorher hatte sie ihre deutschen, magyarischen und polnischen Gebiete abtreten und der Slowakei und der Karpathen-Ukraine Autonomie zugestehen müssen. Zehn Jahre waren vergangen, seitdem die Alleinherrschaft der kommunistischen Partei über den Staat, der die Karpathen-Ukraine an die Sowjetunion verloren hatte, dessen frühere Grenze gegen Ungarn und Polen hingegen wiederhergestellt worden war und der auch das sudetendeutsche Gebiet wieder als das seine betrachtete, auch nach außen eindeutig sichtbar aufgerichtet worden war.

Was die Ereignisse des Jahres 1938 betrifft, so ist der zeitgeschichtlichen Forschung gelungen, ihre Hauptlinien deutlich zu machen. Keine Einigkeit besteht über ihre historisch-politische Bewertung, und auch manche Einzelheit erscheint noch klärungsbedürftig. Dies gilt auch von den Geschehnissen, die mit der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete zusammenhängen. Zwei Quellensammlungen, die 1958 von tschechischer Seite hierzu vorgelegt worden sind, zeigen diese Problematik. Indem sie sich anheischig machen, bisher unbekannte bedeutsame Tatsachen aufzudecken, bemühen sie sich zugleich, den Gesamtverlauf der Ereignisse in einem bestimmten Licht erscheinen zu lassen.

Die eine dieser Sammlungen trägt den Titel „München in Dokumenten“; sie ist im „Staatsverlag für politisches Schrifttum“ erschienen¹. Ihr erster Band steht unter der Überschrift „Der Verrat der Westmächte an der Tschechoslowakei“; als Herausgeber zeichnet das staatliche „Institut für internationale Politik und Wirtschaft“ in Prag. Die Arbeit kann am besten mit den Worten des Schriftleiters, Vl. S o j á k, gekennzeichnet werden, die er dem Band vorangestellt hat²:

„... Der Grundzug der Entwicklung, die nach München geführt hat, lag im Anwachsen der Angriffslust des nazistischen Hitler-Deutschland. Der deutsche Nazismus wurde von Anfang an von den übrigen Imperialisten unterstützt, die annahmen, daß er sich schließlich gegen die Sowjetunion wenden und auf diese Weise den Wunsch erfüllen werde, der seitens der

¹ Mnichov v dokumentech, Prag 1958.

² a. a. O. Bd. 1, S. 7f. und 11.

Imperialisten bereits seit der Großen Oktoberrevolution gehegt wurde, nämlich die Vernichtung des ersten sozialistischen Staates der Welt . . . Angesichts dieser internationalen Entwicklung war umso dringender von Nöten, daß sich die Tschechoslowakei . . . auf diejenigen Kräfte stützte, auf die sie sich im Kampf gegen die wachsende Gefahr eines nazistischen Angriffs verlassen konnte. Das wäre allein durch die Verbindung aller demokratischen Kräfte im Inneren des Staates und in außenpolitischer Hinsicht durch die Vertiefung der Beziehungen zur Sowjetunion möglich gewesen, die sich als einzig tatkräftige Verfechterin der Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems erwiesen hatte . . . In der Tschechoslowakei herrschte jedoch die Bourgeoisie, die . . . ebenso wie die Bourgeoisie der übrigen Länder fürchtete, daß ein entschiedenes Vorgehen gegen den faschistischen Angreifer . . . den Kapitalismus als Ganzes schwächen werde . . . Die Münchner Ereignisse waren die notwendige Folge der Politik der bourgeoisen Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Diese Entwicklung ist einer der eindrucksvollsten Beweise dafür, wie die Bourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus und angesichts der Teilung der Welt in zwei gesellschaftliche Systeme sowohl im Inneren der einzelnen Staaten wie auch im internationalen Leben eine immer reaktionärere Rolle spielt . . . Die fortschrittlichen Kräfte, an der Spitze die kommunistischen Parteien, haben diese reaktionäre Zielsetzung des Kapitalismus entlarvt und gegen sie gekämpft . . . Die hauptsächlichen Züge, Ursachen und Abläufe der nach München führenden Entwicklung und den Kampf der fortschrittlichen Kräfte gegen sie dokumentarisch festzuhalten, ist das Ziel dieser Sammlung . . . Sicherlich werden diese Urkunden eindringlich zur heutigen Welt sprechen, da sie aufs neue vor der sich ausbreitenden Gefahr einer Kriegsdrohung steht und in der Bundesrepublik Deutschland mit Unterstützung der Westmächte und im Bündnis mit ihnen gerade diejenigen reaktionären Kräfte sich erneuern und immer angriffslustiger hervortreten, die aus den gleichen Wurzeln des Militarismus und Revanchismus erwachsen sind und an die gleichen Traditionen anknüpfen, die vor zwanzig Jahren nach München geführt haben."

Der zweite Band der Veröffentlichung betitelt sich „Der Verrat der tschechischen und slowakischen Bourgeoisie am tschechoslowakischen Volk“ — eine auffallende Wortfügung insoweit, als damit offenbar angedeutet werden soll, daß nur die „Bourgeoisie“ beider Völker national getrennt, die nicht zur „Bourgeoisie“ gehörenden Kreise der Staatsbevölkerung hingegen national einheitlich im Sinn der von tschechischer und slowakisch-protestantischer Seite befürworteten Mischkonstruktion des „Tschechoslowakismus“ seien. Herausgeber ist der „Hauptausschuß der kommunistischen Partei beim Innenministerium (sic) in Zusammenarbeit mit der Archivverwaltung des Innenministeriums“, während die Schriftleitung in Händen eines dreiköpfigen Arbeitsausschusses lag, dem eine „Ideologische Kommission“ in

Stärke von zwölf Köpfen an die Seite gestellt war. In der Vorrede heißt es u. a.³:

„... Heute planen die Imperialisten etwas Ähnliches wie München für viele Völker und Länder. Der strategische Plan ... ähnelt demjenigen, der vor Jahren ausgeführt wurde: Unterstützung und Einigung aller rückschrittlichen Kräfte ... Es ist nicht schwer, sich die Niederlage vorzustellen, der die heutigen Verfechter des Geistes von München entgegengehen, besonders da gegen alle Versuche, diesen Geist von neuem zu beschwören ... , das sozialistische Lager auf der Wacht steht, geführt von der Sowjetunion und der mächtigen chinesischen Volksrepublik ... Die Macht der Arbeiterklasse in unserem Lande und das Eingefügtsein der volksdemokratischen Tschechoslowakei in das sozialistische Friedenslager sind die sichersten Garantien dafür, daß ein München sich in unserer Geschichte nie wiederholt.“

Eine weitere Veröffentlichung ist gemeinsam von den Außenministerien der Sowjetunion und der Tschechoslowakei vorgelegt worden. Unter dem Titel „New documents on the history of Munich“⁴ bringt sie z. T. bisher unveröffentlichte Urkunden insbesondere auch aus sowjetrussischen Archiven; ihre Aufgabe ist es — so das Vorwort⁵ — „die bourgeoisen Verdrehungen der Geschichte von München zu entlarven und den ... überzeugenden Beweis dafür anzutreten, daß die Sowjetunion der einzig treue Freund des tschechoslowakischen Volkes während der tragischen Münchner Tage gewesen ist ...“ Auch hier wird die „bourgeoise tschechoslowakische Regierung“, die ausschließlich in Rücksicht auf „ihre engen Klasseninteressen gehandelt“ habe, beschuldigt, dem uneigennützig dargebotenen sowjetrussischen Hilfsangebot die „schändliche Aufopferung der nationalen Interessen des Staates vorgezogen“ zu haben.

*

Veröffentlichungen, die mit wissenschaftlichem Anspruch auftreten, sich gleichzeitig jedoch in so deutlicher Weise zu einer, notwendigerweise jenseits der gängigen wissenschaftlichen Bewertungsrichtlinien liegenden Zielsetzung bekennen, sind mit Zurückhaltung aufzunehmen und auszuwerten. Die dargebotenen Urkunden sind daher nach Form und Inhalt sorgsam daraufhin zu prüfen, ob und wie sie zu dem Bild passen, das man sich bisher auf Grund bekannter, historiographisch-methodisch einwandfreier Materialien hat machen können. Bringen sie wesentliche Änderungen, muß die Frage nach ihrer Glaubwürdigkeit aufgeworfen werden; solange freier Forschung die archivalische Nachprüfung unmöglich ist, wird diese Frage nicht eindeutig, sondern nur in einem mehr oder minder großen Wahrscheinlichkeitsgrad unter genauer Abwägung aller, aus bisheriger Urkunden- und Personen-

³ a. a. O. S. 9 ff.

⁴ Prag 1958 (Orbis).

⁵ a. a. O. S. 5.

kenntnis erfließenden Gesichtspunkte zu entscheiden sein. Abgesehen davon ist das Augenmerk darauf zu richten, ob einzelne Stücke unter Berücksichtigung des Standpunktes der Herausgeber bzw. ihrer Auftraggeber glaubwürdig erscheinen. Das ist eine zweite Frage; ihre sorgsame Behandlung kann die Forschung im Einzelfall ebenfalls weiterführen.

Mit diesen Einschränkungen seien im Nachfolgenden einige Einzelfragen behandelt, zu denen die erwähnten Sammlungen in der Tat neues Material darzubieten scheinen.

*

Im Ablauf der diplomatischen Ereignisse von 1938 bildet die sog. „Mai-Krisis“ einen Wendepunkt. Die Bedeutsamkeit dieses Ereignisses kann u. a. aus dem Vergleich zwischen zwei Äußerungen Hitlers abgeleitet werden. Hieß es im „Entwurf für eine neue Weisung Grün (Übergang)“ vom 20. Mai⁶ noch:

„Es liegt nicht in meiner Absicht, die Tschechoslowakei ohne Herausforderung schon in nächster Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen — es sei denn, daß eine unabwendbare Entwicklung der politischen Verhältnisse innerhalb der Tschechoslowakei dazu zwingt oder die politischen Ereignisse in Europa eine besonders günstige oder vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit dazu schaffen“,
so wird zehn Tage später gesagt⁷:

„Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen.“

Dazwischen liegt die in der Nacht vom 20. zum 21. Mai vom tschechoslowakischen Nationalverteidigungsministerium angeordnete „Einberufung eines Jahrgangs der Reserve und Ersatzreserve, ergänzt durch Angehörige der Spezialwaffen, zu einer außerordentlichen Übung“⁸, wodurch etwa 180 000 Mann zusätzlich zu den bestehenden Verbänden des stehenden Heeres unter Waffen gerufen wurden⁹. Tschechischerseits ist diese Maßnahme mit angeblichen deutschen Truppenkonzentrationen begründet worden. Deutscherseits wurde sofort entschieden abgestritten, daß derartige Maßnahmen erfolgt seien. Beweise für die Richtigkeit der damaligen tschechischen Behauptungen liegen bis heute nicht vor; da es sich um die feldmarschmäßige Bewegung vieler Tausender, mehr oder minder kurzfristig zu diesem Zweck einberufener Soldaten gehandelt haben würde, müßten inzwischen zumindest von einem der damals beteiligten Soldaten oder Offizier — sei es auf Grund eigener Darstellung oder auf Grund von Befragun-

⁶ ADAP, Reihe D Bd. 2, Baden-Baden 1950, S. 237 (Anlage zu Nr. 175).

⁷ Denkschrift „Zweifrontenkrieg mit Schwerpunkt Südost — Aufmarsch Grün“ vom 30. Mai 1938 — ADAP a. a. O. S. 282 (Anlage zu Nr. 221).

⁸ Wortlaut der amtlichen Bekanntmachung vgl. Chr. Sigl, Quellen und Dokumente — ein Tatsachenbericht über die Lage im sudetendeutschen Gebiet und die Entwicklung der tschechoslowakischen Innenpolitik vom 24. April bis zum 12. Juni 1938, Wien 1938, S. 36.

⁹ Vgl. B. Čelovský, Das Münchner Abkommen 1938, Stuttgart 1958, S. 209 Anm. 2.

gen (etwa im Zusammenhang mit dem Nürnberger Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher) — irgendwelche Berichte darüber zum Vorschein gekommen sein. Da das nicht der Fall ist, kann angenommen werden, daß die damaligen tschechischen Behauptungen in der Tat grundlos sind — vielleicht sind sie sogar vom tschechischen Generalstab „fabriziert“ worden¹⁰. Dennoch wird von Vl. Soják in seinem Vorwort zum ersten Band der eingangs erwähnten Urkundensammlung die Richtigkeit dieser Behauptungen unterstellt; die Haltung der Westmächte habe „die Angriffslust Hitler-Deutschlands aufgestachelt, die militärisch im sog. Plan Grün, praktisch bereits in den deutschen Militärmaßnahmen im Mai 1938 Ausdruck gefunden“ habe¹¹.

Angesichts dessen ist bemerkenswert, daß — abgesehen von zwei, aus dem April 1938 datierten Stücken, von denen nur eines handgreifliche militärtechnische Informationen (Transport von Kriegsmaterial in sieben Eisenbahnwaggons) gibt — die Sammlung nur ein einziges kurzes Stück enthält, das von konkreten tschechischen Wahrnehmungen über deutsche militärische Maßnahmen berichtet. Es handelt sich um eine Meldung des Korps-Kommandos I (Pilsen) vom 13. Mai (!) an das Verteidigungsministerium, die auf einer, durch das Gendarmerie-Posten-Kommando Klattau (Böhmerwald) dem Korps-Kommando weitergegebenen Meldung der Zollgrenzwache Grafenried beruht. Diese besagt, daß im nordostbayerischen Grenzgebiet Waldmünchen „befindliche Unterstände am 11. ds. nachmittags und abends von feldmarschmäßig ausgerüsteten Truppen (Stahlhelm, Maschinengewehre usw.) besetzt gewesen seien. Die Truppen hatten auf Lkw. verladene Feldküchen bei sich und kochten im Wald ab.“ Es handelt sich nicht um eigene Wahrnehmungen der tschechischen Grenzbeamten, sondern offenbar um die Meldung eines V-Mannes, denn der kurze Bericht schließt: „Diese Nachricht wurde glaubhaft übermittelt und ist bestimmt zutreffend“¹².

Hingegen ist in der Sammlung eine „Niederschrift“ über die außerordentliche Regierungssitzung vom 20. Mai abgedruckt, auf der die tschechischen

¹⁰ Diese Vermutung spricht der britische Militärattaché in Prag in seinem Bericht vom 27. Okt. 1938 aus — Nachw. vgl. R. G. D. Laffan, *The crisis over Czechoslovakia*, in: *Survey on international affairs 1938*, Bd. 2, London 1951 S. 124 Anm. 2 a. E. Genau so Samuel Hoare, *Nine troubled years*, dtsh. Ausg., Düsseldorf 1955, S. 276. Vgl. jedoch die unkritische und unbelegte Übernahme der tschechischen Behauptungen bei A. Bullock, *Hitler* (dtsh. Ausg.), 5. Aufl., Düsseldorf 1957, S. 446, wo auch von einem „Kriegsrat“ zwischen Hitler und Henlein am 22. Mai 1938 in Berchtesgaden die Rede ist, auf dem man sich entschlossen habe, „zum Rückzug zu blasen“. Von dieser Besprechung weiß z. B. Čelovský (a. a. O. S. 209 ff., 214 ff.) nichts zu berichten; er äußert sich sogar in dem Sinn, daß „die tschechoslowakische Generalität“ möglicherweise versucht habe, „eine energische Entscheidung herbeizuführen, wobei sie mit der Unterstützung bestimmter französischer Militärkreise rechnete“ (a. a. O. S. 213).

¹¹ a. a. O. S. 9.

¹² a. a. O. Bd. 2 S. 44.

Mobilmachungsmaßnahmen beschlossen wurden¹³. Sie lautet in vollem Wortlaut folgendermaßen:

„Der Herr Ministerpräsident gab vertrauliche militärische Informationen bekannt, die zur Einberufung dieser Sitzung geführt haben.

Er hob hervor, daß man sich in höchst verantwortungsschwerer Lage befinde. Von den vorliegenden Nachrichten wurden alle beteiligten Regierungen, vor allem auch die deutsche, unverzüglich verständigt; diese habe jedoch durch den Mund ihres Gesandten in Prag wie auch durch den Mund ihres Unterstaatssekretärs gegenüber unserem Gesandten in Berlin, Dr. Mastný, kategorisch erklärt, daß Truppenkonzentrationen im deutschen Grenzgebiet nicht gegen unsere Republik gerichtet seien; alle derartigen Gerüchte seien unsinnig.

Der Außenminister bemerkte, daß deutscherseits Truppenkonzentrationen an der Nordgrenze nicht geleugnet würden, Truppenkonzentrationen anderwärts hingegen wohl und daß man kategorisch in Abrede stelle, daß diese Maßnahmen gegen uns gerichtet seien.

Der Ministerpräsident erklärte, daß es im Hinblick auf diese kategorischen deutschen Erklärungen unangemessen und gefährlich sei, § 27 des Wehrgesetzes anzuwenden und fünf Jahrgänge einzuberufen; dadurch könne auf neutraler und auch auf englischer Seite der Glaube entstehen, daß die deutsche Regierung keinerlei militärische Maßnahmen treffe, die tschechoslowakische Republik hingegen aggressiv vorgehe. Dies könne uns Sympathien kosten, die für uns lebenswichtig seien.

Der vom Verteidigungsminister im Einvernehmen mit dem Innenminister gestellte Antrag sei daher alles andere als maximalistisch; er ziele noch nicht einmal auf die Einberufung dreier Jahrgänge, sondern lediglich auf die Einberufung eines einzigen Jahrgangs sowie der dazu gehörigen technischen Spezialabteilungen. Eine solche Maßnahme sei zwar nicht erschöpfend (*úplné*), könne aber insbesondere dadurch, daß der Armee die erforderlichen Spezialabteilungen zur Verfügung gestellt werden, zum gewünschten Ergebnis führen und propagandistisch nicht gegen uns ausgenützt werden. Wahrscheinlich werde es gelingen, London davon zu überzeugen, daß es sich um eine sehr zurückhaltende Maßnahme handle, die in keiner Weise so weit geht wie das, was möglicherweise jenseits unserer Grenzen geschieht. Dem Ausland gegenüber sei insbesondere zu betonen, daß es sich um die Unterweisung im Gebrauch neuer Waffen handle, wie dies auch in Polen und Ungarn laufend geschehe. Es handle sich um eine unmittelbar erforderliche Mindestmaßnahme.

Der Präsident der Republik sei zwar davon überzeugt, daß es nicht nötig sein werde, tatsächlich von ihr Gebrauch zu machen; die verantwortliche Regierung könne indes nicht umhin, anzuordnen, was die Militärverwaltung als Mindestanforderung halte. Der Präsident der Republik sei der Anschauung — die der Ministerpräsident teile —, daß Deutsch-

¹³ a. a. O. Bd. 2 S. 45 ff.

land angesichts der unmißverständlichen und in unserem Sinn günstigen Intervention Englands keinen Angriff auf uns plane. Dennoch sei erforderlich — auch wenn es sich nur um eine 1-prozentige Gefahr handle —, das Erforderliche, jedoch nicht mehr als dies zu veranlassen. Die kategorischen deutschen Erklärungen müßten in Rechnung gestellt werden.

Die Maßnahme sei auch im Hinblick auf die inneren Verhältnisse zu begründen, da sich in Prag, Brünn und anderswo Zwischenfälle ereignet hätten und sich die Regierung nicht der Beschuldigung aussetzen könne, daß sie die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe erforderlichen Maßnahmen nicht ergreife.

Hierauf verliest der Verteidigungsminister den im Protokoll A enthaltenen Entwurf des Regierungsbeschlusses, der nach einigen Ergänzungen, ggf. stilistischer Überarbeitung einstimmig gebilligt wird.

Der Ministerpräsident wiederholt, daß nach Meinung des Präsidenten der Republik und nach seiner eigenen Meinung von einer unmittelbar drohenden Gefahr nicht die Rede sein könne; vielleicht handle es sich um eine Demonstration gelegentlich der Wahlen. Deutschland habe keine Lust — und nach der englischen D  marche wohl auch nicht genügend Kraft — zu einem größeren Konflikt. Wir müßten uns natürlich der Lage bewußt sein, in der sich der Staat befinde, denn wir befänden uns in einem Geschichtsabschnitt, wo wir ohne dieses dauernde Bewußtsein die Krisis nicht überwinden könnten. Die Regierung unternehme alles, um diese Krisis zu überwinden und sei sich ihrer Verantwortung bewußt. Sie erfülle ihre Pflicht und sei im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Republik davon überzeugt, daß wir die Zeiten meistern würden.“

Die Frage stellt sich, was von diesem Wortlaut zu halten ist. Ein Hinweis, aus dem zwingend auf seine Unechtheit geschlossen werden müßte, ist nicht zu finden. Er stimmt in großen Zügen mit dem bisher bekannten Bild der Ereignisse, mit der Rundfunkrede des Ministerpräsidenten und dem drahtlichen Zirkularerla   des Außenministers vom gleichen Tag¹⁴ überein. Er stellt darüber hinaus jedoch klar:

1. die Regierung ist über die deutschen Zusicherungen, wonach überhaupt keine Truppenkonzentrationen an der tschechoslowakischen Grenze stattgefunden hätten oder stattfänden, unrichtig unterrichtet worden;

2. weder der Staatspr  sident¹⁵ noch der Ministerpräsident glaubten im damaligen Zeitpunkt an eine akute militärische Gefährdung der Tschechoslowakei;

3. hingegen tritt die innenpolitische Zielrichtung der Maßnahme sowohl dadurch hervor, daß sie auf einem gemeinsamen Vorschlag des Verteidigungs- und des Innenministeriums beruht, wie auch durch den ausdrück-

¹⁴ Ausführl. Auszug aus der Rundfunkansprache d. Ministerpr  s. vgl. Sigl a. a. O. 47 f.; Wortlaut des Erl. d. Au  enmin. vgl. F. Berber (Hrsg.), Europäische Politik 1933—38 im Spiegel der Prager Akten, Essen 1941, S. 106 (Nr. 125).

¹⁵ Der offenbar nicht anwesend war — unrichtig wohl   elovsk  y a. a. O. S. 211.

lichen Hinweis des Ministerpräsidenten auf „Zwischenfälle in Prag, Brünn und anderswo.“

Um was es sich dabei handelt, erfährt man — wenn auch nur undeutlich — aus der Rede, die Staatspräsident Beneš am 21. Mai in Tábor gehalten hat und in der es u. a. heißt¹⁶:

„... In den letzten Wochen ist es auf verschiedenen Seiten zu recht zahlreichen Fällen von Unruhen und Verletzung der Autorität der politischen und polizeilichen Behörden gekommen. Es sind auch Fälle politischen, parteilichen und nationalen Druckes zu verzeichnen gewesen. Dies hatte Erregung und Spannung in der Öffentlichkeit zur Folge ...“

Greifbarer wird das Bild, wenn die Protokolle über einzelne Fälle herangezogen werden, die — soweit sie Vorkommnisse ab 20. Mai betreffen — dem Ministerpräsidenten am 23. Mai von deutscher Seite mit der Bitte um Untersuchung und Bestrafung der Täter vorgelegt worden sind, ohne daß es dazu gekommen zu sein scheint; eine Reihe stichwortartig gekürzter Inhaltsangaben solcher Protokolle liegen vor¹⁷ und geben einen Begriff von der nervösen Erregung auf tschechischer Seite, die sich den Sudetendeutschen gegenüber in Gewalttaten von Soldaten und Zivilpersonen sowie in anderen rechtswidrigen Handlungen (Preßdelikte, Verweigerung behördlichen Schutzes) Luft machte. Hier dürften die Ereignisse der Jahre 1945/46 ihre historischen Wurzeln und psychologischen Vorbilder haben.

In diesem Zusammenhang ist auch am Platze, auf den Bericht des tschechoslowakischen Gesandten in Paris, Osuský, vom 22. Mai zurückzukommen, der bereits 1941 von deutscher Seite teilweise veröffentlicht worden ist^{17a}. Danach hat der tschechoslowakische Diplomat dem französischen Außenminister auf eine diesbezügliche Frage ausdrücklich erklärt, „daß es nicht um eine Mobilisierung, sondern nur um die vorzeitige Einberufung zu einer Übung ... zum Zweck der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Wahlzeit gehe“. Es handelte sich — und erst von hier aus gewinnen die vom Staatspräsidenten in vorsichtiger Form gerügten Mißstände ihre volle Bedeutung — um die endliche Abhaltung der seit langem fälligen und mehrmals verschobenen Gemeindewahlen, die nunmehr am 22. und 29. Mai sowie am 12. Juni 1938 stattfanden. Es waren die letzten freien Wahlen in der Tschechoslowakei, denn seither haben in diesem Lande weder vor noch nach 1945 freie Wahlen durchgeführt werden können¹⁸. Sie ergaben auf deutscher Seite eine rd. 90%ige Überlegenheit der „Sudetendeutschen Partei“. Dieses Ergeb-

¹⁶ Auszug bei Sigl a. a. O. S. 34.

¹⁷ Vgl. Sigl a. a. O. S. 26 ff.

^{17a} Vgl. Berber a. a. O. S. 106 f. (Nr. 126). Ein weiterer Teil dieses Berichts findet sich in Bd. 1 S. 53 f. sowie in New Documents a. a. O. S. 37 f. (an der ersten Stelle ohne, an der zweiten Stelle hingegen mit einem Hinweis darauf, daß auch der neue, erweiterte Abdruck noch unvollständig ist).

¹⁸ Einzelheiten vgl. Rabl, Die Verfassungsentwicklung der Tschechoslowakei seit 1944/45, in: Jahrb. des öffentlichen Rechts, n. F. Bd. 8, Tübingen 1960, S. 293 ff., insbes. S. 334 f.

nis hat in einer maßgebenden tschechischen politischen Tageszeitung, dem Organ des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Bechyně, der in Pilsen erscheinenden „Nová Doba“ folgenden Kommentar gefunden^{18a}:

„... Die letzten Maßnahmen im Grenzgebiet erfolgten zu spät — erst am letzten Tag vor den Wahlen. Hätte sich die Regierung drei Wochen vorher zu diesen Maßnahmen entschlossen, so wäre das Ergebnis der Gemeindevahlen bestimmt ganz anders.“

Worum es sich für die Regierung gehandelt zu haben scheint, war der Versuch der Beeinflussung dieser Wahlergebnisse einerseits durch verfassungswidrige¹⁹ Zurschaustellung staatlich-militärischer Machtmittel, andererseits durch die Duldung und (zufolge der Mobilisierung) Ermöglichung von Rechtsübergreifen gegenüber der Mehrheit der sudetendeutschen Bevölkerung, die der Sudetendeutschen Partei Gefolgschaft leistete — Rechtsübergriffe, die die Tendenz zur kollektiven Massenhaftigkeit zeigten. Dieser Versuch, dem Staatsgedanken sozusagen in letzter Stunde mit Gewaltmitteln Gefolgschaft zu erzwingen, ist — wie die Wahlergebnisse zeigen — mißlungen. Freilich dürfte in diesen Bestrebungen auch das in der tschechoslowakischen Armee vorhandene „allgemeine Verlangen nach endgültiger Bereinigung — und sei es um den Preis des Krieges“²⁰ lebendig geworden sein.

Wie immer dem sei: die Ereignisse — und als ihr Spiegel jenes, uns neu erschlossene Protokoll der außerordentlichen Regierungssitzung — lassen erkennen, daß (man wird dies aussprechen dürfen, ohne sich dem naheliegenden Vorwurf der Einseitigkeit auszusetzen) auch die tschechische Seite in dem sich entfaltenden Kampf um die Behauptung des Staates innerhalb seiner, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widerstreitenden Grenzen in der Wahl ihrer Mittel nicht immer wählerisch war.



Ein zweiter Punkt, der durch die von tschechischer Seite neuerdings vorgelegten Akten möglicherweise erhellt wird, betrifft die unmittelbare Vorgeschichte des für die Neufestsetzung der sudetendeutschen Grenze maß-

^{18a} Nová Doba v. 24. Mai 1938 (Hervorhebung nicht im Original) — Nachw. vgl. Sigl a. a. O. S. 49.

¹⁹ Über die Verfassungswidrigkeit der Mobilisationsmaßnahmen ausführlich Sigl a. a. O. S. 37 ff. Richtigstellungen, die jedoch am Ergebnis seiner Ausführungen nichts ändern: a) obwohl die Verlautbarung des Verteidigungsministeriums darüber nichts sagte, lag ein Mobilisationsbeschluß der Gesamtregierung vor; b) die Wirksamkeit der Reg.-Vdg. Nr. 270/36 über die staatliche Sicherheitswache war gem. § 55 der Verf.-Urkunde am Tag des Außerkrafttretens des zugrundeliegenden Gesetzes Nr. 109/34 über die außerordentliche Verordnungsgewalt (30. Juni 1937) erloschen; es gab gerade nach § 55 keine „selbständigen“ (d. h. gesetzesunabhängigen) Verordnungen.

²⁰ So der Bericht der Ortskommandantur Miroschowitz (bei Rataj a. d. Sazawa) an die Kommandantur Laun v. 30. Mai 1938 — a. a. O. Bd. 2 S. 53 f.

gebenden britisch-französisch-tschechoslowakischen Notenwechsels vom 19./21. September 1938. Bekanntlich war am 19. September die anglofranzösische Note ergangen, durch welche die Tschechoslowakei aufgefordert wurde, die Gebiete mit mehr als 50% deutscher Bevölkerung abzutreten. Die Tschechoslowakei hatte — nachdem ein zunächst gemachter Vorschlag, die Sache unter Anwendung des deutsch-tschechoslowakischen Locarno-Schiedsvertrages vom 16. Oktober 1925 zu behandeln, von den Westmächten abgelehnt worden war — sich durch eine Note vom 21. September 1938 zur Abtretung der sudetendeutschen Gebiete bereit erklärt. In dieser Note heißt es u. a. ²¹, die tschechoslowakische Regierung „stellt mit Bedauern fest, daß diese Vorschläge (d. h. die anglofranzösischen Vorschläge vom 19. September) ohne vorgängige Fühlungnahme (consultation) mit ihr ausgearbeitet worden seien“.

Aus dieser Wortfügung hat die tschechoslowakische Exilregierung während des Zweiten Weltkrieges die Behauptung abgeleitet, daß dieser Notenaustausch, der die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker für den sudetendeutschen Fall mit zwanzigjähriger Verspätung zum Ziel hatte, nichtig sei. Als Begründung wurde angeführt, daß dem tschechoslowakischen Staat und seiner Regierung „alles seit dem 19. September 1938 Geschehene... durch Drohungen, Terror und Gewalt abgepreßt worden“ sei ²².

Ohne auf die — strittige — Frage einzugehen, ob Zwang gegen einen Staat das sich daraus ergebende Abkommen völkerrechtlich unverbindlich werden läßt, ist die tatsächliche Richtigkeit dieser tschechischen Behauptung zu prüfen. Zweifel hieran konnten sich bereits an Hand des Protokolls über die anglofranzösischen Besprechungen in London am 18. September 1938 einstellen. Aus ihm ²³ erfuhr man nämlich, daß Daladier auf eine Frage Chamberlains, ob man französischerseits etwas über die Haltung der tschechoslowakischen Regierung sagen könne, erwidert hat, daß diese „einen solchen Vorschlag vermutlich annehmen dürfte“ (might agree to such a proposal). Die Frage liegt nahe, wie Daladier zu einer solchen weitgehenden Erklärung kommen konnte. In der Tat hat er sie nicht ohne guten Grund abgegeben.

Bereits im Herbst 1938 wurden in Frankreich Gerüchte verbreitet, wonach die Lösung der sudetendeutschen Frage durch Grenzveränderung ursprünglich nicht von anglofranzösischer Seite gefordert, sondern von tschechischer Seite angeboten worden sei. Dabei wurde vor allem ein Gespräch erwähnt, das Staatspräsident Beneš am 16. oder 17. September 1938 mit dem damaligen französischen Gesandten in Prag, Delacroix, geführt hatte. Beneš wandte

²¹ Wortl. vgl. H. Ripka, *Munich before and after*, Privatdruck, London 1939, S. 84 f.; ferner auch in der Zeitschr. f. ausländ. öffentl. Recht und Völkerrecht, Bd. 12 S. 93.

²² So die von Dr. Beneš „bereits nach dem 15. März 1939“ formulierte „Rechtskonzeption zur Erneuerung der Tschechoslowakei mit militärischen und politischen Mitteln auf französischem und britischem Boden“ — wörtl. Nachdruck in: Beneš, *Paměti* (Erinnerungen), Prag 1947, S. 156 f.

²³ Es ist abgedruckt in: *Docs. on brit. for. pol.*, Reihe 3, Bd. 2, London 1951, S. 373 ff.

sich in einem persönlichen Brief, den er diesem Diplomaten am 20. Januar 1939 von London aus sandte²⁴, gegen eine solche Auslegung der Worte, die er ihm gegenüber gebraucht hatte. Die Frage, die von der Zeitgeschichtsschreibung ausführlich behandelt worden ist²⁵, mag auf sich beruhen. Wesentlich ist, daß sich Beneš in dem vorerwähnten Schreiben nicht auf die Erörterung jenes Gesprächs beschränkte, sondern auch behauptete, er habe, „bevor der Tschechoslowakei in der bekannten Nacht zum 21. September durch die frankobritische Intervention zu (seiner) größten Überraschung und Bestürzung die Annahme des frankobritischen Vorschlags aufgezwungen worden (sei), niemals — u. zw. weder offiziell noch inoffiziell — Vorschläge gemacht oder gebilligt, wonach die Tschechoslowakei Gebiet abtreten sollte“.

Das scheint — wie sich nunmehr herausstellt — eine bewußte Unwahrheit zu sein. Bereits am 30. Juli 1947 — also noch zu Beneš' Lebzeiten — hat der ehemalige französische Ministerpräsident Léon Blum vor dem Untersuchungsausschuß des französischen Parlaments ausgesagt²⁶, daß er Daladier vor dessen Abflug nach London am 18. September 1938 eine Botschaft Beneš' übermittelt habe, die ihm — Blum — durch seinen tschechischen sozialdemokratischen Parteifreund Nečas, dem damaligen Sozialminister der tschechoslowakischen Regierung, übermittelt worden sei. „Nečas sagte mir von Beneš“, heißt es in Blums Aussage weiter, „die Dinge befinden sich in solch einem Stadium, daß Großbritannien und Frankreich bald Zugeständnisse von uns verlangen werden. Ich schicke Ihnen eine Landkarte, aus der Daladier — sogar durch Angabe unserer militärischen Einrichtungen und Befestigungen — herauslesen kann, über welche Linie hinaus wir die Tschechoslowakei als ausgeliefert und verloren ansehen würden“. Blum habe Daladier diese Karte durch einen Freund noch vor dessen Abreise nach London zukommen lassen. Daladier selbst hat diese Version — ohne allerdings Blums Namen zu nennen — kurz vorher vor dem gleichen Untersuchungsausschuß bestätigt.

Nečas scheint bis zu seinem Tod über dieses Vorkommnis geschwiegen zu haben²⁷. Hingegen wurde von tschechisch-kommunistischer Seite 1957 in einer parteiamtlichen Schrift eine Urkunde veröffentlicht, die nunmehr im zweiten Band der eingangs erwähnten Sammlung aufs neue abgedruckt worden ist²⁸. Es handelt sich um eine handschriftliche, für Minister Nečas be-

²⁴ Wortl. vgl. Beneš, *Mnichovské dny* (Münchener Tage), hrsg. v. J. Smutný, hekt. Privatdruck, London 1955, S. 7 ff.

²⁵ Vgl. Čelovský a. a. O. S. 345 ff.

²⁶ Vgl. Čelovský a. a. O. S. 347 f.; die Urquelle (*Les Evénements survenus en France de 1933 à 1945 — témoignages et documents recueillis par la Commission d'enquête parlementaire*, Bd. 1, Paris 1947, S. 256) stand dem Verfasser nicht zur Verfügung.

²⁷ Vgl. Čelovský a. a. O. S. 349 Anm. 1.

²⁸ J. Pačata und J. Reiman, *O nových dokumentech k otázce Mnichova* (Über neue Urkunden zur Münchener Frage), in: *Príspevky k dějinám KSČ* (Beiträge zur Geschichte der tschechischen KP), 1/1957, S. 104 ff.; ferner München in Dokumenten, Bd. 2 S. 209 f.

stimmte Anweisung Beneš'. Sie ist dort nicht nur abgedruckt, sondern auch teilweise faksimiliert wiedergegeben, wobei die Handschrift Beneš deutlich erkennbar scheint.

Ins Deutsche übertragen, lautet sie folgendermaßen^{28a}:

„1. Niemals erlauben, daß gesagt wird, der Plan komme von den Tschechoslowaken).

2. Er muß äußerst geheim gehalten werden, veröffentlicht werden darf nichts.

3. Er müßte nach genauer Abgrenzung des Gebiets, das wir abtreten könnten, durch uns insgeheim zwischen Frankreich und England vereinbart werden, da die Gefahr besteht, daß sich jene (*beiden Mächte*) im Augenblick, da wir den Grundsatz (*der Gebietshingabe*) zulassen, Hitler gegenüber nachgiebig zeigen und alles geben.

4. Der ganze Plan muß Hitler als in sich geschlossene Einheit²⁹ und letzte Konzession vorgelegt und ihm, zusammen mit anderen Konzessionen aufgezwungen werden.

5. Das würde bedeuten, daß Deutschland so und so viel tausend qkm Gebiet (ich weiß nicht genau, wie viel, aber es werden wohl 4—6000 qkm sein; in dieser Hinsicht darf man sich nicht festlegen) unter der Bedingung erhält, daß es wenigstens 1,5—2 Millionen der deutschen Bevölkerung übernimmt. Es würde also eine Bevölkerungsumsiedlung bedeuten, bei der die Demokraten, Sozialisten, Juden bei uns bleiben würden.

6. Eine andere Regelung wäre unmöglich, da sich andernfalls schlechterdings die Frage der Aufteilung der Republik stellen würde. Deshalb ist der Gedanke höchst gefährlich und es wäre eine Katastrophe, wenn er leichtfertig an die Öffentlichkeit gelangte.

7. Achten Sie auch darauf — man könnte Sie im Zusammenhang damit der Illoyalität beschuldigen — man kann nie wissen (*sic!*).

8. Was die Frage des Plebiszits betrifft, so führen Sie an, daß man uns in eine Lage bringen will, in der Präsident Beneš einige hunderttausend Demokraten, Sozialisten, Juden dem gleichen Massaker überantwortet, wie es in Österreich und anderwärts stattgefunden hat, der antisemitischen Barbarei, den Mordtaten und der Schande der Konzentrationslager. Das wird er nicht tun. Und wenn man sie dennoch irgendwie schützen wollte, wäre ein neues Nationalitätenproblem im Entstehen. Denn sobald bekannt werden würde, daß ein Plebiszit stattfindet, würden alle Demokraten, Sozialisten, Juden aus dem Gebiet flüchten, wir hätten eine innere Emigration und das Nationalitätenproblem bliebe ungelöst. Ein Plebiszit ist technisch, rechtlich und politisch eben unmöglich. Weisen Sie auch an Hand der Karte darauf hin, wie unser Staat nach Durchführung eines Plebiszits durch seine Form und die Lage Deutschlands aussehend würde.“

^{28a} Zusätze des Verfassers kursiv.

²⁹ „... už hotový ...“

Auf einer besonderen Seite heißt es noch:

- „1. Nicht sagen, daß das von mir stammt.
2. Osusk(ý) ³⁰ nichts sagen und verlangen, daß mit ihm nicht darüber gesprochen wird.
3. Diese Papiere vernichten.“

Aus Obigem scheint hervorzugehen, daß Beneš den beiden Westmächten unter dem frischen Eindruck der Berchtesgadener Zusammenkunft zwischen dem britischen Premierminister und Hitler eine Lösung der sudetendeutschen Frage in Form von Gebietsabtretungen hat anbieten lassen. Dies stimmt nicht nur mit der Äußerung Daladiers in London und mit seiner sowie Léon Blums Aussagen aus dem Jahre 1947, sondern auch mit einem Bericht des amerikanischen Botschafters in Paris, Bullitt, über eine Besprechung mit dem französischen Ministerpräsidenten überein, die am Vorabend der Zusammenkunft von München stattgefunden hat; Bullitt berichtete, Daladier habe ihn davon unterrichtet „that some time ago Beneš had communicated to him (Daladier) that he would be ready to hand over at once to Germany the portions of the Sudeten regions outside the Czech Maginot Line“ ³¹.

Zweifel an der Echtheit des von tschechischer Seite nunmehr veröffentlichten Dokuments scheinen danach unangebracht. Von hier aus ist die oben angeführte, während des Zweiten Weltkrieges von der tschechoslowakischen Exilregierung erhobene Behauptung, wonach dem Staat die sudetendeutsche Grenzregelung von Seiten der beiden Westmächte „aufgezwungen“ worden sei, unhaltbar; vielmehr scheint die anglo-französische Note vom 19. September nicht ein der Tschechoslowakei angesonnenes *V e r l a n g e n* der Westmächte, sondern die *A n n a h m e* eines, ihnen von tschechoslowakischer Seite unterbreiteten *V o r s c h l a g e s* zu enthalten. Hinzuzufügen ist freilich, daß sich die zustimmende Stellungnahme der beiden Westmächte lediglich auf den — gerade aber auch von Beneš in seiner Bedeutung klargestellten — *G r u n d s a t z* bezog, wonach die Streitfrage durch das Mittel der *G e b i e t s a b t r e t u n g* aus der Welt geschafft werden sollte. Hatte aber Beneš das abzutretende Gebiet ausschließlich nach militärgeographisch-strategischen Gesichtspunkten abgrenzen wollen, so brachten Großbritannien und Frankreich demgegenüber das — dem Selbstbestimmungsgrundsatz wohl allein entsprechende — ethnographische Prinzip zur Geltung: sie verlangten die Vereinigung des Gebiets mit deutscher *B e v ö l k e r u n g s m e h r h e i t* mit dem damaligen Deutschen Reich.

*

Ein weiterer Punkt, der vor allem der tschechischen Öffentlichkeit nach 1945/48 nachdrücklich nahegebracht worden ist, betrifft die Fähigkeit und Bereitschaft der Sowjetunion, sich in die Auseinandersetzungen des Jahres

³⁰ Dem damaligen tschechoslowakischen Gesandten in Paris, Osuský.

³¹ Ber. v. 27. Sept. 1938 — Nachw. vgl. Čelovský a. a. O. S. 348 Anm. 3.

1938 einzuschalten. Die hierüber von sowjetrussischer und tschechisch-kommunistischer Seite verbreiteten Behauptungen³² sind bekannt und kommen auch in den eingangs angeführten Einleitungssätzen zu allen drei Urkundensammlungen zum Ausdruck. Es fragt sich, ob sie zutreffen.

Rechtsgrundlage der tschechoslowakisch-sowjetrussischen Beziehungen war in dieser Hinsicht einmal die Völkerbundsatzung, zum anderen der Bündnisvertrag vom 16. Mai 1935³³. Nach Ziff. II des Unterzeichnungsprotokolls dieses Vertrages lebte die Pflicht der Sowjetunion zur tätigen militärischen Unterstützung der Tschechoslowakei im Konfliktfall erst im Augenblick der französischen Hilfe für die Tschechoslowakei auf. Die Schwierigkeit ergab sich daraus, daß keiner der beiden Vertragspartner der Tschechoslowakei gemeinsame Grenzen mit ihr und nur einer — Frankreich — gemeinsame Grenzen mit Deutschland hatte. Die, eine sowjetrussische Hilfspflicht auslösende französische Unterstützung der Tschechoslowakei hätte sich zunächst den Weg vom Wasgenwald zum Böhmerwald erkämpfen müssen, um an Ort und Stelle wirksam zu sein. Diese Möglichkeit schien im Herbst 1938 zufolge der deutschen Westwallbauten und der damaligen Überlegenheit der deutschen über die französische Luftwaffe nicht ohne weiteres gegeben. Abgesehen davon hätten sowjetrussische Erdtruppen entweder das polnische Galizien in voller Länge (Eisenbahn Tarnopol—Oderberg) durchschreiten oder aber unter polnischer Flankenbedrohung^{33a} auf unzulänglichen Straßen und einer eingleisigen Bahnlinie vom Dnjestr (Raum Moghilew—Kamenez-Podolsk) aus den ostslowakischen Eisenbahnknotenpunkt Kaschau erreichen müssen; dies wäre nur mit Zustimmung Rumäniens bzw. Polens oder beider Staaten möglich gewesen, die sich gerade gegen die Möglichkeit eines sowjetrussischen Einmarsches durch ein Militärbündnis gesichert hatten. Es ist auch während des ganzen Jahres 1938 von sowjetrussischer Seite nicht versucht worden, diese Erlaubnis zu erwirken³⁴; diesbezügliche französische Versuche erwiesen sich als ergebnislos³⁵. Überdies wären sowjetrussische Truppen in Kaschau noch rd. 600, in Oderberg noch rd. 300 km vom vermutlichen Hauptkampffeld entfernt gewesen.

Keines der uns nunmehr vorgelegten Dokumente bringt zu diesem grundlegenden Punkt Aufklärung oder neue Erkenntnisse. Über Litwinows vage

³² Statt vieler: P. Eisler, Munich — a retrospect, Prag 1958, S. 38 ff.; ferner das Vorwort von Zd. Nejedlý zum 2. Band der Urkundensammlung (a. a. O. S. III ff.).

³³ Dtsch. Wortl. vgl. J. Papoušek, Edvard Beneš — sein Leben und Werk, Prag 1937, S. 290 ff.

^{33a} Dies betont der Bericht des brit. Militär-Attachés in Moskau v. 18. April 1938 — vgl. Woodward-Butler, Documents on British foreign policy 1919—38, Reihe 3 Bd. 1, London 1949, Nr. 151, S. 172 f.

³⁴ Vgl. darüber Čelovský a. a. O. S. 45, 179 und passim.

³⁵ Vgl. den Bericht des franz. Gesandten in Bukarest, Thierry, vom 9. Juli 1938 — teilw. Abdruck bei G. Bonnet, Vor der Katastrophe, Köln 1951, S. 51 f.; Erlaß d. franz. Außenmin. an den franz. Botschafter in Warschau, Noel, vom 27. Mai 1938 über eine zwei Tage vorher stattgefundene Besprechung Bonnets mit dem poln. Botschafter in Paris, Lukasiewicz — teilw. Abdr. ebda. S. 42 (Punkt 4).

Äußerung zu amerikanischen Zeitungsberichterstattem am 16. März 1938, „es werde sich schon irgend ein Korridor finden“³⁶, ist die sowjetrussische Politik auch ausweislich ihrer eigenen, uns nunmehr zugänglich gemachten Unterlagen nie hinausgegangen. Sie hat sich darauf beschränkt, von der französischen Regierung völkerrechtswidrige Initiativen zu fordern — so etwa einen Druck nicht nur auf Rumänien und Polen, sondern auch die baltischen Staaten, der Roten Armee Durchzugsrechte zu gewähren³⁷ oder die einseitige Aufkündigung des französisch-polnischen Bündnisses, um Polen für den Fall eines gewaltsamen sowjetrussischen Grenzübertrittes seines militärischen und politischen Rückhalts zu berauben³⁸ — und ist Fragen der tschechoslowakischen Regierung nach etwaigen konkreten Hilfsabsichten und Hilfsmitteln einerseits mit dem Hinweis auf die eigene Entscheidungsfreiheit der tschechoslowakischen Regierung hinsichtlich der Gestaltung der innenpolitischen Verhältnisse des Staates, andererseits mit dem Hinweis auf die, der Sowjetunion nicht behagende tschechoslowakische Abessinien- und Spanienpolitik so lange ausgewichen³⁹, bis Frankreich am 1. September die eindeutige Frage nach der sowjetrussischen Hilfsbereitschaft und den sowjetrussischen Hilfsmöglichkeiten angesichts des rumänischen und polnischen Widerstrebens gegen die Besetzung dieser Länder durch die Rote Armee stellte⁴⁰. Die sowjetrussische Antwort darauf bestand — abgesehen von dem, jetzt natürlich viel zu spät kommenden Vorschlag militärischer Besprechungen zu dritt, dessen Verwirklichung Litwinows bisher, als er von französischer Seite an ihn herangetragen worden war, zu verhindern gewußt hatte⁴¹ — im Hinweis auf die Artikel 11 und 17 der Völkerbundsatzung sowie in der Andeutung, daß man sowjetischerseits bereit sei, sich bei ihrer

³⁶ Vgl. New Documents a. a. O. S. 21 (Nr. 3). Andere Äußerungen gleichen Inhalts stellt Čelovský a. a. O. S. 178 Anm. 3 zusammen.

³⁷ Tel. Litwinows v. 25. Mai 1938 an den sowjetrussischen Gesandten in Prag — New Docs. a. a. O. S. 39 ff. (Nr. 13), womit die gegenüber Bonnet voreingenommene Darstellung Čelovskýs (a. a. O. S. 205 f.) richtiggestellt erscheint.

³⁸ Tel. Litwinows vom 5. Juni 1938 an den Sowjetbotschafter in Paris — New Docs a. a. O. S. 48 (Nr. 17). Vgl. die zutreffende Kennzeichnung der sowjetrussischen Haltung, die sich der tschechoslowakischen Frage als Mittel zur Besetzung Polens bedienen wollte, bei Čelovský a. a. O. S. 206 f., wo übrigens Coulondre falsch beurteilt wird. Dieser hat die feindseligen sowjetrussischen Absichten gegen Polen richtig diagnostiziert (vgl. Von Moskau nach Berlin, Bonn 1950, S. 221). Eine genaue Analyse des französischen Interesses an der unveränderten Aufrechterhaltung des polnischen Bündnisses im Bericht des franz. Botschafters in Warschau vom 31. Mai 1938 — teilw. Abdr. bei Bonnet a. a. O. S. 43 f.

³⁹ Vgl. den kennzeichnenden Gegensatz zwischen dem zweckoptimistischen Bericht des tschechoslowakischen Gesandten in Moskau, Fierlinger, vom 23. April 1938 und der Aufzeichnung des Stellvertr. Außenkomm. Patjomkin vom 27. April 1938 (New. Docs. a. a. O. S. 27 bzw. 30 ff. — Nr. 7 bzw. 9); ferner Tel. Litwinows vom 25. Juni 1938 an den sowjetrussischen Gesandten in Prag — a. a. O. S. 53 ff. (Nr. 20).

⁴⁰ Aufzeichnung Patjomkins über eine Besprechung mit dem franz. Chargé d'aff., Payart — a. a. O. S. 60 ff. (Nr. 25).

⁴¹ Die sowjetrussische Haltung richtig, die französische Haltung unrichtig dargestellt bei Čelovský a. a. O. S. 206 ff.

Anwendung über die zwingende Verfahrensvorschrift des Art. 5 Abs. 1 hinwegzusetzen⁴²: man schlug die Einberufung des Völkerbundesrates wegen Friedensgefährdung und, falls dort keine gültige Beschlußfassung (Einstimmigkeit!) zustandekommen sollte, die Ingangsetzung des Militärbündnisses entgegen den einschlägigen Vertragsbestimmungen (Art. 3 Abs. 2 des sowjetrussisch-tschechoslowakischen Vertrages) auch mangels der völkerbundlichen Ermächtigung vor — was als „Invasion bewaffneter Streitkräfte“ Polen gegenüber eine Verletzung des Art. 2 Ziff. 2 der Londoner Konvention vom 3. Juli 1933⁴³, Rumänien gegenüber eine Verletzung des Art. 2 Abs. 2 der Londoner Konvention vom 4. Juli 1933⁴⁴ gewesen wäre. Das alles aber hätte im Licht des Art. 3 Abs. 2 des tschechoslowakisch-sowjetrussischen Bündnisvertrages nicht anders durchgeführt werden können als unter Berufung auf Art. 17 der Völkerbundsatzung, die das Vorgehen in Streitfällen zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern (Deutschland) auf der Grundlage regelte, daß der Nichtmitgliedstaat sich freiwillig bereit erklärte, einer vom Völkerbundrat ergehenden einstimmigen⁴⁵ Aufforderung, den Streitfall unter den vom Rat festgesetzten und von ihm „als gerecht und billig befundenen Bedingungen“ beizulegen, Folge zu leisten. Erschien den Beteiligten schon zweifelhaft, ob es im Völkerbundrat überhaupt zu einer solchen einstimmigen Aufforderung kommen werde⁴⁶, so war die deutsche Unterwerfung unter einen solchen Beschluß noch weniger wahrscheinlich.

Die sowjetrussische Außenpolitik hat ihre Hilfe also von vier Vorbedingungen abhängig gemacht — französisches militärisches Vorgehen gegen Deutschland, rumänisch-polnische Durchmarscherlaubnis für die Rote Armee, einstimmiger Beschluß des Völkerbundesrates gemäß Art. 5 und 11 der Satzung, freiwillige Unterwerfung Deutschlands unter die vom Völkerbundrat (unter maßgebender Beteiligung Sowjetrußlands) als „gerecht und billig befundenen Bedingungen“ zur Streitschlichtung gemäß Art. 17 Abs. 1 Satz 2 der Satzung —, von denen nach Lage der Dinge und dem sachkundigen Urteil der Beteiligten keine eintreten konnte. Was sie bezweckte, war die Herbeiführung einer Lage, die 1944/45 tatsächlich eingetreten ist: die Inbesitz-

⁴² Tel. Litwinows vom 2. September 1938 an den Sowjetbotschafter in Paris; Aufzeichnungen Patjomkins vom 5. September und 11. September über Besprechungen mit Payart bzw. dem franz. Botschafter Coulondre — New Docs. a. a. O. S. 62 ff. (Nr. 26, 27 und 30). Vgl. zur Kontrolle Coulondre a. a. O. S. 287.

⁴³ Wortl. vgl. Les relations polono-allemands et polono-soviétiques au cours de la période 1933—39 — Recueil de documents officiels, hrsg. vom poln. Außenministerium, Paris 1939, S. 202 ff.

⁴⁴ Wortl. vgl. Papoušek a. a. O. S. 286 ff.

⁴⁵ Art. 17 Abs. 3 wurde durch Art. 15 Abs. 7 der Satzung ausgeschlossen — wenn der Rat zu keiner einstimmig gefaßten Entscheidung kam, so entstand keine, für Mitglieder bindende Verpflichtung, und nur zur Annahme einer solchen konnte ein Nichtmitglied gem. Art. 17 Abs. 1 Satz 2 aufgefordert werden.

⁴⁶ Vgl. den Hinweis Payarts in der Besprechung vom 5. September mit Patjomkin — a. a. O. S. 64; noch skeptischer ist der Bericht des britischen Beobachters, Hptm. Walter, v. 28. September 1938 aus Genf — Woodward-Butler a. a. O. Nr. 1175 S. 594 f.

nahme Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei im Rahmen eines, den europäischen Kontinent überflutenden Konflikts unter den Formen militärischer Hilfeleistung gegen Deutschland. Es ist hervorzuheben, daß Litwinow es in seinen beiden Reden vom 21. und 23. September 1938 vor der Völkerbundversammlung^{46a} vermied, eine vollständige Darstellung des sowjet-russischen außenpolitischen Vorgehens zu geben, sondern ausschließlich auf die französische Hilfespflicht gegenüber der Tschechoslowakei abstellte und lediglich in unklarer Wendung anfügte, daß der Sowjetunion für ihre eigene angebliche Hilfsbereitschaft der Tschechoslowakei gegenüber „Wege offen stehen“. Er vermied sogar im vertraulichen Gespräch mit den britischen Völkerbund-Delegierten am 23. September, also im Höhepunkt der Godesberg-Krise, irgend eine greifbare Auskunft über den für alle Maßnahmen zugunsten der Tschechen entscheidenden *p r a k t i s c h e n* Punkt — nämlich die Einsatzbereitschaft der Roten Armee — zu geben⁴⁷.

Das Urteil, das der deutsche Botschafter in Moskau, der zufolge seiner Teilnahme an der Verschwörung des 20. Juli im Herbst 1944 hingerichtete Graf v. d. Schulenburg, bereits am 22. Juni 1938 abgegeben hatte, erscheint zutreffend^{47a}:

„... Da die Sowjetregierung in Anbetracht der eigenen innenpolitischen Lage und aus Angst vor einem Zweifrontenkrieg kriegesischen Unternehmungen zur Zeit abhold sein dürfte und die für Zwecke der eigenen Verteidigung und der Weltrevolution geschaffene Rote Armee kaum zur Verteidigung eines bürgerlichen Staats marschieren lassen wird, verfolgt sie die bewährte Taktik, andere Mächte, insbesondere Frankreich, gegen ihre Feinde zu mobilisieren und entstehende Konflikte ... durch Lieferung von Kriegsmaterial zu schüren und durch Wühlererei und Intrigen aller Art möglichst zu verbreitern.“

Bereits neun Wochen vorher hatte der britische Botschafter im wesentlichen das Gleiche berichtet⁴⁸:

„... Nur dann, wenn die Sowjetregierung lebenswichtige Interessen des Landes für bedroht halten würde, wäre sie bereit, ein Kriegsrisiko einzugehen... Nur eine unmittelbare Bedrohung des Sowjetgebiets würde in den Augen der Beherrscher des Landes den Kriegseintritt rechtfertigen. Es ist m. E. höchst unwahrscheinlich, daß die Sowjetregierung ausschließlich zwecks Erfüllung von Vertragspflichten oder auch, um einer Prestige-einbuße oder einer mittelbaren Bedrohung der Sicherheit des Landes — wie z. B. der Besetzung eines Teils der Tschechoslowakei durch Deutschland — zuvorzukommen, den Krieg erklärt. Meiner Ansicht nach werden

^{46a} Die einschlägigen Passagen auszugsweise in New Docs. a. a. O. S. 104 ff. u. 114 ff.

⁴⁷ Vgl. den Bericht über die Besprechungen Litwinow—Maiky—de la Warr—Butler bei Woodward-Butler a. a. O. Bd. 2 Nr. 1071 S. 497 f. Richtige Beurteilung bei Čelovský a. a. O. S. 442.

^{47a} Vgl. ADAP, Reihe D, Bd. 2, Baden-Baden 1950, Nr. 261, S. 336 ff.; ferner den Bericht Schulenburgs vom 26. September — ebda. Nr. 620 S. 757 ff.

⁴⁸ Vgl. den Bericht v. 18. April 1938 — Woodward-Butler a. a. O. Bd. 1 Nr. 148 S. 161 ff.

die innenpolitischen Gefahren eines Kriegseintritts innerhalb des Kreises der maßgebenden Sowjetpolitiker (*in Soviet councils*) die sich aus einer Änderung des europäischen Mächtegleichgewichts ergebende, lediglich potentielle Bedrohung bei weitem überwiegen."

Ob Beneš die Zweideutigkeit der sowjetrussischen Haltung durchschaut hat, ist schwer zu sagen. In einer Hinsicht war er freilich ein scharfer Beobachter: er scheute sich, die sudetendeutsche Frage zwecks Festsetzung von nach Recht und Billigkeit angemessenen Bedingungen der Streitschlichtung vor den Völkerbundrat zu bringen, denn er fürchtete eine dadurch gegebene „legale, von dieser internationalen Institution bestätigte Regelung, die für die Zukunft unseres Staates — da Deutschland sie voll und ganz gegen uns ausgenützt haben würde — zum schweren und verhängnisvollen Präjudiz hätte werden können“^{48a} — m. a. W.: er war sich klar darüber, daß sich der Völkerbund das anglofranzösische Verlangen auf Verwirklichung des sudetendeutschen Selbstbestimmungsrechts möglicherweise zu eigen gemacht haben würde. „Deshalb“ — so schrieb er 1947⁴⁹ — „entschloß ich mich, diesen Schritt (nämlich die Befassung des Völkerbundes mit der sudetendeutschen Frage auf dem Wege über Art. 11 der Satzung, wie Litwinow es wollte), der den gesamten Verlauf der weiteren Begebnisse völlig zu unseren Ungunsten hätte wenden können, nicht zu riskieren.“

Man kann nicht sagen, daß die neuen, von tschechischer und sowjetischer Seite vorgelegten Quellensammlungen unser Wissen um diese Dinge bereichern. Lediglich in einem Punkt stellen sie einen bisher unbekannten Sachverhalt zur Erörterung.

Am Tage der Münchner Zusammenkunft hatte Beneš die höchsten Armeeoffiziere empfangen. Er hat berichtet⁵⁰, daß man in ihn gedrungen sei, die fertig aufmarschierte Armee nicht unverrichteter Dinge zu demobilisieren, sondern zuletzt doch die Waffenentscheidung zu suchen. Er, Beneš, habe das mit dem Hinweis auf die allgemeine politische Lage abgelehnt; es gehe vielmehr darum, sich für eine spätere kriegerische Auseinandersetzung bereitzuhalten.

Nunmehr werden Urkunden vorgelegt, die damit nicht übereinzustimmen scheinen. Danach habe Beneš am 30. September — also am Tag nach der Münchner Zusammenkunft — den Sowjetgesandten um 9.30 Uhr vormittag angeläutet und angefragt, ob die Tschechoslowakei im Kampf gegen Deutschland auch angesichts einer gleichgültigen oder feindseligen Haltung der beiden Westmächte auf tätige sowjetrussische Hilfe zählen könne und um Antwort bis zum gleichen Abend zwischen 18.00 und 19.00 Uhr gebeten. Der Gesandte habe diese Anfrage — wie damals seitens seines Amtes üblich — sowohl fernmündlich wie drahtlich weitergeleitet und sich hierauf um 10.30 Uhr zur Präsidialkanzlei auf die Prager Burg verfügt, „um den Gang

^{48a} Vgl. Beneš, Paměti (Erinnerungen), Prag 1947, S. 192.

⁴⁹ a. a. O.

⁵⁰ Vgl. Münchner Tage a. a. O. S. 114 ff.

der Dinge aus der Nähe zu verfolgen". Dort sei ihm um 12.00 Uhr von Beneš' Kanzler, Smutný, bedeutet worden, daß man keine Antwort auf die vor dreieinhalb Stunden gestellte Frage mehr erwarte. Der Gesandte habe diese Botschaft um 13.40 Uhr ebenfalls fernmündlich wie drahtlich nach Moskau übermittelt. Seine beiden Telegramme seien in Moskau jedoch erst um 17.00 bzw. um 17.45 Uhr eingelaufen, so daß das erste siebeneinhalb, das zweite hingegen nur vier Stunden unterwegs gewesen sei⁵¹.

Es ist unwahrscheinlich, daß diese Angaben richtig sind:

a) wenn die Angaben Beneš' über die Militärbesprechung am 29. September zutreffen, so paßt die Anfrage an die Sowjetunion in keiner Weise zu seiner am vorgängigen Tag getroffenen und aus grundsätzlichen, nicht an den Augenblick gebundenen Erwägungen begründeten Entscheidung;

b) sollte Beneš aber tatsächlich in allerletzter Minute das Äußerste versucht haben, so ist unwahrscheinlich, daß er die Zeit bis in den späten Vormittag des 30. September verstreichen ließ und erst zu Beginn der unter seinem Vorsitz stattfindenden Parteiführerbesprechung bzw. eine Viertelstunde vor Anfang der entscheidenden Sitzung des Ministerrats⁵² in Moskau nachfragte: denn der Wortlaut der Münchner Abmachungen war den tschechischen Unterhändlern um 1.30 Uhr früh in München, Beneš selbst noch in der Nacht durch den britischen Gesandten und der tschechoslowakischen Regierung durch den deutschen Geschäftsträger um 6.15 Uhr früh zugleich mit dem Ersuchen um Entsendung zweier tschechischer Bevollmächtigter zu der für den gleichen Tag um 17.00 Uhr nach Berlin anberaumten Eröffnungssitzung des in den Münchner Protokollen vorgesehenen Internationalen Ausschusses übermittelt worden. Im Hinblick auf den zuletzt erwähnten Termin erscheint auch kaum glaublich, daß Beneš die Frist für die Beantwortung seiner Anfrage auf 18.00—19.00 Uhr erstreckt haben sollte.

Ist die Anfrage — zu welcher Zeit immer — in der Form gestellt worden, wie sie aus der sowjetrussisch-tschechoslowakischen Quellensammlung hervorgeht, so wäre damit eingetreten, was der Stellvertretende sowjetrussische Außenminister dem beflissenen tschechoslowakischen Gesandten in Moskau, Fierlinger, bereits am 22. September nahegelegt hatte: die Tschechoslowakei hatte „bedingungslos um Hilfe gebeten“⁵³. Und es ist nicht ausgeschlossen — obwohl hierfür kein schlüssiger Beweis vorliegt —, daß die Sowjetregierung nunmehr, ohne Ausfluchtmöglichkeit beim Wort genommen, so lange zögerte, bis die Tschechen, auch von dieser Seite im Stich gelassen, auf die Beantwortung ihres letzten Hilferufs verzichteten.

Allerdings wäre dann wieder die Frage, wie dies mit der Angabe des späteren langjährigen politischen Privatsekretärs Beneš', Táborský, in Übereinstimmung gebracht werden kann, wonach Stalin die Unterhaltung mit

⁵¹ a. a. O. S. 128 ff. (Nr. 58—60).

⁵² Die Uhrzeiten — 9.30 bzw. 9.45 Uhr — nach Ripka a. a. O. S. 230 bzw. dem Protokoll der Regierungssitzung (München in Dokumenten Bd. 2 S. 254 ff.).

⁵³ Vgl. das Tel. des tschechoslowakischen Gesandten in Moskau vom 22. September a. a. O. S. 109 (Nr. 47).

Beneš im Dezember 1943 mit der Frage eröffnet habe, warum die Tschechoslowakei 1938 dem Kampf mit der Waffe ausgewichen sei⁵⁴. Erschöpfende Auskunft hierüber können wohl nur diejenigen geben, die damals Zeugen waren und heute noch frei sprechen können und wollen. So, wie die Sache augenblicklich steht, muß man sich damit abfinden, daß sie als nicht völlig klar zu gelten hat; jedenfalls scheint die von der neuen tschechisch-sowjet-russischen Quellensammlung dargebotene Lesart mit Zurückhaltung aufgenommen werden zu müssen.

*

Hingegen erfährt man aus den neuen Quellensammlungen einige wissenswerte Einzelheiten über Vorgeschichte und Hintergründe des Regierungswechsels vom 22. September 1938. Nachdem die Regierung Hodža am 21. September um 19.00 Uhr die den Westmächten am Morgen ausgesprochene Bereitwilligkeit zur Abtretung der sudetendeutschen Gebiete durch den Rundfunk bekanntgegeben hatte⁵⁵, war in der bis dahin nahezu ununterrichteten, bislang nachhaltig in ganz anderer Richtung beeinflussen⁵⁶ Bevölkerung Unruhe und erbitterte Erregung zum Ausdruck gekommen. Man verlangte Mobilisierung, Militärdiktatur und bewaffneten Widerstand gegen die Forderung der Westmächte⁵⁷. Es war natürlich, daß die in der bisherigen Regierung nicht vertretenen Parteien — Kommunisten und extreme Rechte — nunmehr in besonders heftiger Weise zur Tat drängten. Während letztere aber an eine patriotische levée en masse dachten, bei der es — etwa im Sinn

⁵⁴ Vgl. E. Táborský, Beneš and Stalin — Moscow, 1943 and 1945, in: Journ. Centr. Eur. Aff. Bd. 13 S. 154 ff.

⁵⁵ Wortl. d. regierungsamtl. Bek. sowie der Ansprache des Informationsministers Vavrečka bei Ripka a. a. O. S. 105 ff.; Wortlaut der Rundfunkansprache Beneš' („... ich habe meinen Plan ...“) in: Münchner Tage a. a. O. S. 38 ff.

⁵⁶ Als eines für viele ähnliche Beispiele der Schreibweise der politisch führenden tschechischen Presse jener Tage sei der Leitaufsatz im Zentralorgan der tschechischen sozialdemokratischen Partei, dem „Právo Lidu“ (Volksrecht) vom 18. Sept. angeführt. Sein Verfasser ist Dr. Karel Kříž, der Persönliche Referent des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Bechyně. Es heißt dort u. a.: „... Es gibt in den westlichen Demokratien Leute, die glauben, daß wir in den deutschen Gebieten eine Volksabstimmung zulassen könnten. ... Jedermann weiß aber, was das bedeuten würde: den Anschluß an das Deutsche Reich ... Deshalb erlauben wir keine Volksabstimmung und keinen Anschluß. Darüber werden wir weder verhandeln noch daran denken. Und wenn wir unerschütterlich an unseren Grenzen festhalten und auf unserem Recht beharren, wird die ganze Welt uns helfen. Vielleicht sind wir nicht stark genug, um Deutschland zu schlagen — aber wir sind stark genug, um ganz Europa in den Krieg zu stürzen ...“ — dtsh. Übers. in DNB-Dienst, Ausgabe Wien vom 18. September 1938 (hekt. Abzug im Institut für Zeitgeschichte, München). Das Abwegige solcher Bekundungen tritt hervor, wenn man sich klar macht, daß der, der gleichen politischen Partei angehörende Sozialminister vom Staatspräsidenten 48 Stunden vorher mit einem noch weiter gehenden Anerbieten — nämlich Abtretung ohne Volksabstimmung, weil bereits diese zu gefährlich schien — nach Paris gesandt worden war und sich dieses Auftrags verschwiegen und widerspruchslos entledigt hat — vgl. o. im Text.

⁵⁷ Genaue Schilderung bei Ripka a. a. O. S. 108 ff.

Wilhelms II. bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges — „keine Parteien mehr“ geben sollte, versuchten die Kommunisten, den Schwung der nationalen Erregung gegen ihre politischen Gegner zu lenken; das Hereinrufen der Roten Armee ins Land sollte mit der Freiheitsberaubung einiger, ihnen besonders mißliebiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie mit anderen Ungesetzlichkeiten Hand in Hand gehen. Und bereits hier klang jene These an, auf die gestützt die Kommunisten sich sechseinhalb Jahre später, im Frühsommer 1945, den Weg in die Macht bahnen sollten: weil jene Kreise die Rote Armee — oder, wie es der sowjetrussische Gesandte ausdrückte: „die Massen“⁵⁸ — fürchteten, zögen sie die schändliche Unterwerfung unter das Diktat des Landesfeindes vor.

Die Gegenüberstellung der Sätze, in denen die Rede des jugendlichen Anführers der extremen tschechischen Nationalisten, Dr. L. Rašín⁵⁹, am 22. September in einer Massenversammlung vor dem Prager Parlamentsgebäude gipfelte, und dem Wortlaut eines „illegalen“ kommunistischen Flugblatts — „illegal“ deshalb, weil es von der Führung der KPČ nicht unterzeichnet war, weshalb man von dort die Urheberchaft und Verantwortung jederzeit abstreiten konnte — vermittelt einen guten Eindruck dieses Gegensatzes:

„... In dieser schicksalhaften Stunde kenne ich keine Parteien mehr und bin bereit, mit jedermann — auch mit den Kommunisten — zur Verteidigung unseres bedrohten Vaterlandes zusammenzuarbeiten. Wer nicht kampfbereit ist in dieser Stunde, ist der Freiheit unwert“⁶⁰.

„Wir wollen eine zur festen Verteidigung der Republik entschlossene Regierung! Heraus mit den agrarischen Verrätern aus der Regierung! Es lebe unsere Armee! Es lebe die Rote Armee! Ruft die Rote Armee herbei! Die kapitulationsbereiten Herren der Agrarpartei fürchten sich vor der Roten Armee! Die agrarischen Minister müssen zurücktreten! Beran und Preiß gehören eingekerkert! Ruft die Rote Armee zu Hilfe! Fort mit den agrarischen Steigbügelhaltern Hitlers! Das Volk und die Armee haben zu entscheiden! Das Parlament soll handeln! ... Die Verräter sitzen in der Schriftleitung des „Venkov“! Der „Venkov“ und der „Večer“ gehören verboten! Bleibt fest und verteidigt das Vaterland, die Sowjetunion ist mit uns! Daladier ist nicht Frankreich, Chamberlain nicht England! Mit uns ist Moskau, ist die ganze demokratische Welt!“⁶¹.

⁵⁸ Vgl. seinen Bericht vom 29. September 1938 — a. a. O. S. 124 f. (Nr. 56).

⁵⁹ Über seine inkonsequente Haltung bei den parlamentarischen Beratungen der politischen Lage und der von der Regierung Beran geforderten Verfassungsreform im Dezember 1938 vgl. Rabl, Die Rechtsstellung der Deutschen in der Tschechoslowakei, in: Zeitschrift für Ostforschung Bd. 6 S. 180 ff. (S. 207 Anm. 68).

⁶⁰ Ripka a. a. O. S. 109.

⁶¹ Quellensammlung a. a. O. Bd. 2 S. 267 f. (Nr. 179). „Agrarisch“ steht für „Bauernpartei“, der größten tschechischen politischen Partei; ihr Führer war der nachmalige Ministerpräsident und nach 1939 eingekerkerte Rudolf Beran. Der im Aufruf genannte Jaroslav Preiß war Direktor der tschechischen Gewerbebank, des

Die von äußerster nationaler Erbitterung beseelte Menge⁶² wurde sowohl von kommunistischer wie auch von Seiten der sowjetrussischen diplomatischen Vertretung nach Kräften mit der Behauptung weiter aufgestachelt, daß die Rote Armee und die Sowjetunion tatsächlich bereit und in der Lage seien zu helfen. So sagte ein anderes „illegales“ Flugblatt z. B. folgendes⁶³:

„Bürger der Republik!

Die tschechoslowakische Reaktion will die Entschlossenheit der Bürger unseres Staates zerstören, die Unantastbarkeit der tschechoslowakischen Grenze zu verteidigen. Durch lügenhafte Nachrichten, wonach wir angeblich von allen verraten worden seien, versucht der agrarische „Večer“ und die Stříbrný-Blätter Panik unter dem Volk zu verbreiten. Man will eure Entschlossenheit u. a. auch durch die Lüge zerstören, daß auch die Sowjetunion uns verraten und verlassen habe.

Das ist eine gemeine, in entscheidender Stunde ausgedachte Lüge, die uns schwächen und beirren soll. Nach völlig glaubwürdigen Nachrichten ist die Sowjetunion vielmehr entschlossen, uns in jedem Fall und zu jeder Stunde Hilfe zu leisten, wenn wir angegriffen werden sollten. Auf zwei Fragen der tschechoslowakischen Regierung hat die Sowjetunion jedesmal geantwortet: Jawohl, wir werden euch selbstverständlich helfen — gemäß dem zwischen uns geschlossenen Vertrag, wenn Frankreich euch zu Hilfe kommt, oder gemäß der Völkerbundsatzung, wenn Frankreich zunächst noch zögern sollte. Wir werden euch in jeder Lage augenblicklich helfen, wenn ihr euch verteidigt!

Tschechoslowakische Bürger, ihr dürft jetzt nicht wankend werden. Bringt allen Kleinmütigen die Nachricht und sagt allen, allen, allen: Seien wir fest, verteidigen wir unser Land — die Sowjetunion steht unerschütterlich hinter uns.“

Insbesondere beschäftigte sich auch der sowjetrussische Gesandte damit, die ihm erreichbare Öffentlichkeit in diesem Sinne zu beeinflussen. In seinem diesbezüglichen Bericht, dessen selbstgefällig-triumphierender Unterton nicht zu verkennen ist, heißt es u. a.⁶⁴:

„... Die Gesandtschaft ist von einem Polizeikordon umgeben. Trotzdem nähern sich Gruppen von Demonstranten der Gesandtschaft, die die Polizei offensichtlich gewähren läßt, und senden Delegationen, die den Gesandten sprechen wollen... Man singt die Internationale. Die Reden drücken die Hoffnung auf Hilfe durch die Sowjetunion aus, rufen zur Selbstverteidigung auf, verlangen den Zusammentritt des Parlaments und den Sturz der Regierung... Ich empfangen die Delegationen... Ich

größten Industriebankunternehmens des Staates. Die Tageszeitung „Venkov“ und die Abendzeitung „Večer“ gehörten der Bauernpartei.

⁶² Über die historischen und psychologischen Wurzeln dieser Erbitterung vgl. Rabl, St. Germain und das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht, in: Das östliche Deutschland, Würzburg 1959, S. 885 ff. und 924 ff.

⁶³ Quellensammlung a. a. O. Bd. 2 S. 267 (Nr. 178).

⁶⁴ a. a. O. S. 110 f. (Nr. 48).

erkläre den Delegierten, daß die Sowjetunion der tschechoslowakischen Republik und den Interessen ihrer Arbeiterschaft hohen Wert beimißt und deshalb auch entschlossen sei, sie gegen einen Angriff zu verteidigen. Obwohl die Hilfeleistung durch die französische Weigerung erschwert worden sei, halte die Sowjetunion nach Mittel und Wegen Ausschau und werde sie, falls die Tschechoslowakei angegriffen werde und sich verteidigen müsse, auch finden. Damit sind die meisten von ihnen zufrieden. Auch aus der Provinz kommen Delegationen . . ."

Diese Äußerung stimmt in ihrem entscheidenden Punkt — daß die Sowjetunion Mittel und Wege zur militärischen Hilfeleistung für die Tschechoslowakei trotz der französischen Haltung suchen und finden werde — nicht mit der gleichzeitigen Äußerung des sowjetrussischen Außenministers vor dem Völkerbund überein. Dieser hat nämlich vor dem politischen Ausschuß der Völkerbund-Vollversammlung am 23. September folgendes erklärt⁶⁵:

"...Die Sowjetunion hat keinerlei Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei, wenn Frankreich im Fall eines Angriffs auf sie untätig bleiben sollte. In diesem Fall könnte die Sowjetunion der Tschechoslowakei aus freien Stücken oder auf Grund eines völkerbündlichen Beschlusses zu Hilfe kommen. Sie wäre aber nicht dazu verpflichtet. Die Tschechoslowakei hat die Frage unserer Hilfe unabhängig von der französischen Unterstützung auch nicht aufgeworfen, u. zw. nicht nur aus formalen, sondern auch aus praktischen Gründen. Nachdem sie nämlich das deutsch-britisch-französische Ultimatum angenommen hatte, hat sie bei der Sowjetregierung angefragt, welche Haltung diese einnehmen werde — m. a. W. ob sie sich auch dann noch an den sowjetrussisch-tschechoslowakischen Vertrag gebunden erachten würde, wenn Deutschland neue Forderungen stellen, deutsch-englische Verhandlungen erfolglos verlaufen und die Tschechoslowakei sich zur bewaffneten Selbstverteidigung entschließen würde. Diese zweite Erkundigung war begreiflich, denn da die Tschechoslowakei jenes Ultimatum angenommen hatte, das die spätere Aufkündigung des tschechoslowakisch-sowjetrussischen Vertrages in sich schloß, besaß die Sowjetregierung unstreitig das moralische Recht, diesen Vertrag von sich aus aufzusagen. Die Sowjetregierung, die sich der Erfüllung vertraglicher Pflichten nicht zu entziehen pflegt, hat jedoch erwidert, daß der sowjetrussisch-tschechoslowakische Vertrag wieder in Kraft treten werde, sofern Frankreich unter den in der Anfrage erwähnten Bedingungen Hilfe gewähren sollte⁶⁶.

Der sowjetrussische Gesandte in Prag hat also den bei ihm vorsprechenden, aufs äußerste erregten und verwirrten Menschen mehr zugesagt, als der sowjetrussische Außenminister vor dem Forum des Völkerbundes in Aussicht zu stellen bereit war. Angesichts der Genauigkeit, mit der gerade

⁶⁵ Auszug New Docs. a. a. O. S. 114 ff. (Nr. 51).

⁶⁶ Vgl. dazu o. Anm. 46a.

die sowjetrussische Diplomatie zu arbeiten pflegt, kann ein Irrtum oder eine Fahrlässigkeit des Gesandten als ausgeschlossen gelten. Wenn man andererseits die Wichtigkeit seiner Erklärungen sowohl vom Standpunkt des tschechischen Volksbewußtseins wie auch vom Gesichtspunkt der kommunistischen Umsturzbestrebungen bedenkt, so gewinnt das Verhalten des Sowjetgesandten seinen scharfumrissenen Sinn: hier wurde über den Kopf der tschechoslowakischen Regierung hinweg der Gedanke des „bedingungslosen Hilfersuchens“ in die Debatte geworfen, den der Stellvertretende sowjetrussische Außenminister am gleichen 22. September dem tschechoslowakischen Gesandten in Moskau gegenüber — jedoch nicht mit dem Ersuchen auf Übermittlung an die Prager Regierung — erwähnte⁶⁷: jenes Ersuchen, dessen Erfüllung von sowjetischer Seite angesichts des zu erwartenden Beiseitebleibens Frankreichs und der übrigen Völkerbundmächte praktisch die Selbstauslieferung der Tschechen an ihren übermächtigen, „im Interesse der Arbeiterschaft“ handelnden Verbündeten bedeutet hätte. Dieses Ersuchen war es, das eine Woche später, am 30. September denn auch an Moskau ergangen sein soll — das Nähere hierüber ist bereits erörtert worden.

*

Immerhin wurde die tschechoslowakische Regierung am 22./23. September 1938 umgebildet — man griff erneut zu dem in früheren Staatskrisen (1920/21, 1926) bewährten Mittel des Beamtenkabinetts, dessen Amtsführung durch die Parteihäupter gelenkt und überwacht wurde. Über das Verfahren bei diesem Regierungswechsel und sein Ergebnis unterrichtet die Niederschrift eines Mitgliedes dieser Regierung, die im Anhang zum zweiten Band der neuen Urkundensammlung abgedruckt ist. Sie lautet auszugsweise⁶⁸:

„... Das erste Kriegskabinet Syrový ... war das sog. Münchner Kabinet, das sich lediglich mit der Mobilisation, mit München und der polnischen Frage befaßte. Es war eine formale Regierung, während in Wirklichkeit auf der Burg entschieden wurde, wo der politische Koalitions-Fünferausschuß unter Vorsitz von Beneš seine Sitzungen abhielt. Die Bauernpartei war durch Beran und Dr. Hodža, die sozialdemokratische Partei durch Hampl und Dr. Dérer, die Volkspartei durch Msgr. Šrámek und ihren Generalsekretär, dessen Namen ich mich nicht mehr entsinne, die Nationaldemokraten durch Dr. Hodáč und Dr. Preiß vertreten; an die Vertreter der nationalsozialistischen Partei kann ich mich nicht mehr erinnern. Alle politischen Entscheidungen wichtiger Art ließ Beneš dem Ministerpräsidenten übermitteln; sie wurden der Regierung als Entschlüsse des Koalitions-Fünferausschusses vorgelegt und von dieser unverändert übernommen ...“

⁶⁷ S. o. S. 330 Anm. 53.

⁶⁸ a. a. O. S. 417.

Es besteht kein Grund, die Richtigkeit dieser Angaben anzuzweifeln. Sie stimmen überdies mit einem interessanten Dokument überein, das auf dem Wege über tschechische, heute in der freien Welt ansässige Politiker zu unserer Kenntnis gelangt ist. Es handelt sich um eine Denkschrift, die der ehemalige langjährige Vorsitzende der tschechischen Bauernpartei und nachmalige Ministerpräsident Josef Beran nach seiner, durch die Nationalsozialisten im Jahre 1941 erfolgten Verhaftung angefertigt hat⁶⁹. Dort heißt es u. a.:

„In den kritischen Tagen des September 1938 wurde ich oft zu Beratungen gebeten, die Dr. Beneš in seine Amtsräume auf der Burg einberief. Ab 18. September fanden solche Beratungen fast täglich, auch zweimal täglich statt. Auch nach dem Rücktritt der Regierung Hodža am 22. September fanden sie weiterhin statt, da der Rücktritt dieser Regierung mehr oder weniger formalen Charakter trug. Die Regierung des Generals Syrový kam zwar täglich zu Sitzungen zusammen, auf denen zu dieser Zeit entweder Präsident Dr. Beneš oder Außenminister Dr. Krofta berichteten, doch beschränkte sich diese Regierung im wesentlichen darauf, die Staatsverwaltung im erforderlichen Ausmaß weiterzuführen und die ihr vorgelegten Berichte zu billigen. Bis zu seinem Rücktritt pflegte der Präsident das sog. „ehemalige politische Kabinett“, d. h. Dr. Hodža, Dr. Černý, Dr. Šrámek, Dr. Franke sowie die Herren Ježek und Mlčoch, sowie die Vertreter der politischen Parteien, u. zw. seitens der Agrarier Beran, seitens der Sozialdemokraten Hampl, seitens der Nationalsozialisten Dr. Klapka, seitens der Nationaldemokraten Dr. Hodáč und, wenn Dr. Šrámek es wünschte, seitens der Volkspartei Dr. Stašek zur Teilnahme aufzufordern. Auch in der bekannten Nacht, als der britische und französische Gesandte Dr. Beneš mitgeteilt hatten, daß die Tschechoslowakei für den Fall, daß sie angegriffen werden sollte, nicht auf ihre Hilfe zählen könne (dies geschah am 21. September um 2 Uhr früh), berief Dr. Beneš uns zu einer solchen Beratung, die in seinem Amtsräum von 3 Uhr nachts bis 6 Uhr früh stattfand . . .

Außer dem „ehemaligen politischen Kabinett“ und den Vertretern der politischen Parteien waren in jenen Tagen die Vertreter des Generalstabs — u. zw. Ministerpräsident, Generalinspekteur Syrový, Generalstabschef Krejčí und seine Vertreter, General Husarek — sowie Außenminister Dr. Krofta zugegen. Präsident Beneš führte den Vorsitz und berichtete. In seinen Händen war damals schlechterdings alles zusammengefaßt. Als (gemäß der Verfassungsurkunde) Oberster Befehlshaber der Armee berichtete er nicht nur über militärische Fragen sondern auch über

⁶⁹ Abdruck in: *Modrá revue* (Blaue Revue — „Kulturpolitische Monatsschrift für Tschechen und Slowaken im Exil“), Jg. 4, Nr. 7/8, Rotterdam 1958, S. 12 ff. (S. 27 ff.). Dort auch ausführliche Darlegungen über die Echtheitsfrage, dessen zuzustimmen ist, weshalb an dieser Stelle dazu nichts weiter ausgeführt wird. Bemerkt sei, daß die Echtheit der Beran-Aufzeichnungen bisher (Ende 1939) auch von tschechisch-kommunistischer Seite nicht bestritten worden ist.

seine Verhandlungen mit den diplomatischen Vertretern der fremden Staaten (Frankreich, England, UdSSR, Polen, Jugoslawien, Rumänien usw.). Er berichtete kurz über alle wichtigen, damals aktuellen Fragen. Ministerpräsident Syrový, Generalstabschef Krejčí und Außenminister Dr. Krofta waren bloße Zuhörer oder beschränkten sich darauf, Fragen zu beantworten, die aus der Mitte der Teilnehmer gestellt wurden. Präsident Beneš vereinte damals eigentlich die ganze Regierung in seiner Person. Ich bemerke beiläufig, daß er auch die Regierung Syrový ohne Wissen, Beteiligung und Zustimmung der politischen Parteien ernannt und die Auswahl der Persönlichkeiten allein und ohne Wissen der zurücktretenden Regierung getroffen hatte. Die Verhandlungen mit den Verbündeten der Tschechoslowakei wurden damals ebenfalls fast ausschließlich von Dr. Beneš allein geführt. Außenminister Dr. Krofta besorgte lediglich administrativtechnische Angelegenheiten von geringerer Bedeutung, die ihm Dr. Beneš aufgetragen hatte.

Damals herrschte bei allen Beratungen unter uns allen selbstverständlich ein bedrückendes Gefühl der Spannung und Verlassenheit. Wir beobachteten den immer müder und nervöser werdenden Dr. Beneš, dessen durch zwanzig Jahre hindurch betriebene Politik von Stunde zu Stunde mehr und mehr, zuletzt wie ein Kartenhaus zusammenstürzte. Ununterbrochen — Tag für Tag und Stunde für Stunde — kamen Hiobsnachrichten. Wir haben uns damals sämtlich von allen Seiten verraten und verlassen gefühlt... Präsident Dr. Beneš befand sich in einer bedauernswerten, geradezu armseligen Lage. Er, der bis zuletzt nur Optimismus verbreitet hatte, er, der dank seiner Presse von bestimmten Teilen des Volkes als Mensch von unbegrenztem Einfluß auf die befreundeten Großmächte, ja: als Schiedsrichter ihrer Streitigkeiten angesehen wurde, mußte nun den völligen Zusammenbruch seines Vertragssystems, an dem er zwanzig Jahre lang gebaut hatte, mitansehen und eingestehen.

Ich entsinne mich, wie schmerzlich, ja geradezu empörend für uns war, als uns der englische Gesandte durch Präsident Beneš sagen ließ, daß England uns gegenüber keinerlei Verpflichtungen habe und wir für den Fall eines Ungehorsams gegenüber seinen „Ratschlägen“ dort in noch größere „Ungnade“ fallen würden. Der französische Gesandte, der sich in jenen Tagen seinem englischen Kollegen stets „anzuschließen“ pflegte, erweckte wenigstens den Eindruck, daß er sich schäme und daß Frankreich uns gerne helfen würde, wenn es könnte —, daß es aber zu schwach sei. Noch nicht einmal jene wohlfeile „Sympathie“, die noch nie jemandem geholfen hat, brachte man uns zum Ausdruck. Die Sowjets gingen anders vor. Ihr Vorgehen war sehr umsichtig darauf gerichtet, daß man von ihnen möglichst nicht sagen konnte, daß sie nicht helfen wollten oder konnten. Die Verhandlungen mit der Vertretung der UdSSR führte Dr. Beneš selbstverständlich ausschließlich selbst. Er stand in täglicher Verbindung mit der sowjetrussischen Gesandtschaft in Prag und aus der eng-

sten Umgebung Dr. Beneš' wurde behauptet, daß er auch in ständiger telefonischer Verbindung mit den führenden Persönlichkeiten der UdSSR in Moskau stehe — ob mit Molotow, Stalin oder mit wem sonst, weiß ich nicht; Dr. Beneš sagte uns nichts darüber. In den Septembertagen 1938 war Dr. Beneš vom frühen Morgen bis in die Nacht in ständiger fernmündlicher Verbindung mit London, Moskau, Paris usw. Er sprach mit unseren dortigen Gesandten, erteilte ihnen Anweisungen und verhandelte unmittelbar mit einer großen Zahl von Politikern und Staatsmännern. Während der Gespräche, bei denen ich zugegen war, gab Dr. Beneš stets einen Gesamtüberblick über die Ereignisse, die sich seit der letzten Beratung abgespielt hatten. Mit wem er gesprochen habe — außer mit den offiziellen diplomatischen Persönlichkeiten —, sagte er uns jedoch niemals.

Ministerpräsident Syrový und Generalstabschef Krejčí pflegten auf diesen Beratungen über die Vorbereitungen zur Verteidigung der Staatsgrenzen zu berichten . . . Ich entsinne mich, daß der englische Gesandte Dr. Beneš (am 27. September) ankündigte, daß Deutschland am St. Wenzels Tag, den 28. September um 2 Uhr nachmittags mit den Feindseligkeiten beginnen werde; die Wehrmacht werde die Grenze überschreiten und die deutsche Luftwaffe Prag angreifen — was dann gottlob nicht eingetreten ist. Ich weiß nicht mehr genau, wann das polnische, an eine Frist von nur zwölf Stunden geknüpfte Ultimatum eintraf. Damals — am 28. oder 29. September — berief Dr. Beneš die gesamte Regierung sowie das ehemalige politische Kabinett und die Vertreter der politischen Parteien. Man trat abends im Arbeitszimmer Dr. Beneš' zusammen. Eine Reihe von Ministern der Regierung Syrový und der ehemaligen Regierung Hodža machten auf Grund des Referats Dr. Beneš' verschiedene, jedoch sinnlose Vorschläge. Damals herrschte auf allen Seiten bereits völlige Verwirrung. Die Regierung nahm die Vorschläge und Ultimaten sozusagen als selbstverständlich hin — ohne Rücksicht auf die Verfassung oder irgend etwas anderes. Dr. Beneš berichtete, teilte den Inhalt des Briefs mit, den er dem polnischen Präsidenten geschrieben hatte⁷⁰ sowie

⁷⁰ Es handelt sich offenbar um Beneš' Brief v. 23. September 1938 an den polnischen Staatspräsidenten, in dem „namens des tschechoslowakischen Staates ein aufrichtiger und freundschaftlicher Meinungsaustrausch über die, die Fragen der tschechoslowakischen Bevölkerung polnischer Volkszugehörigkeit betreffenden Streitigkeiten“ vorgeschlagen wurde. Beneš fuhr fort: „Ich möchte diese Frage auf der Grundlage der Annahme des Grundsatzes der Grenzänderung regeln. Die Wiederherstellung gutnachbarlicher Beziehungen wäre natürlich die logische und unmittelbare Folge dieser Regelung. Wenn wir uns einigen — und ich bin überzeugt, daß das möglich ist —, würde ich dies als den Beginn eines neuen Abschnittes in den Beziehungen unserer beiden Staaten betrachten. In meiner Eigenschaft als ehemaliger Außenminister und jetziger Präsident der Republik füge ich hinzu, daß die Tschechoslowakei keine geheimen oder öffentlich bekannten Verbindlichkeiten besitzt oder jemals besessen hat, die dazu bestimmt oder geeignet wären, polnische Interessen zu beeinträchtigen. Ich lege E. E. diesen Vorschlag

den Inhalt seiner Gespräche mit den Gesandten, machte aber wie gewöhnlich keine Vorschläge. Er entschied souverän über alles. Die Lage sowie auch die Stimmung aller Teilnehmer der Besprechung war damals bereits äußerst pessimistisch.

Bis etwa zum 29. September war nicht sicher, ob es nicht doch zum Krieg kommen werde. Ich glaube, daß es dazu gekommen wäre, wenn die Sowjets damals Hilfe versprochen hätten. Nach meiner Überzeugung wäre Dr. Beneš in diesem Fall mit Zustimmung der sozialistischen Parteien auch gegen den etwaigen Widerstand anderer Gruppen zum Krieg geschritten. Auf meine direkte Frage nach dem Ergebnis der Verhandlungen Dr. Beneš' mit den Sowjets teilte er mir mit, daß die Sowjets für den Fall, daß wir zum Kriege schritten, „bestimmt“ Hilfe — vor allem durch Zurverfügungstellung ihrer Luftwaffe — versprochen hätten. Er fügte hinzu, daß er darüber mit ihnen noch verhandle. Meine Freunde und ich gewannen daraus den Eindruck, daß die Sowjets nicht in den Krieg wollten, aber die Absicht hatten, die Tschechoslowakei im Kriegsfall in ähnlicher Weise zu unterstützen, wie sie das im spanischen Bürgerkrieg getan hatten.

In einer der wichtigsten Beratungen — ich glaube, am 29. oder 30. September —, die sich nachmittags unter Teilnahme der Mitglieder des ehemaligen politischen Kabinetts und der Vorsitzenden der politischen Parteien bei Dr. Beneš abspielte und über die endgültige Entscheidung beschließen sollte, ob man die englischen Vorschläge annehmen oder ablehnen, d. h. den Krieg beginnen solle, war der damalige stellvertretende Ministerpräsident Bechyně der Ansicht, daß der Kriegseintritt der Tschechoslowakei auch dann, wenn keiner ihrer Verbündeten Hilfe zusage und gewährleiste, früher oder später die anderen Staaten in den Krieg

vertraulich im Einvernehmen mit den verantwortlichen Ministern, zugleich aber auch von mir aus persönlich vor, um ihm dadurch den Charakter einer festen Verbindlichkeit zu verleihen . . .“ — vollst. Wortlaut vgl. Münchner Tage a. a. O. S. 71 ff. An diesem Schreiben erscheint u. a. dreierlei bemerkenswert: a) die Selbstverständlichkeit und das Selbstbewußtsein, mit der Beneš seine eigene, die verfassungsmäßigen Grenzen seines Amtes (§ 64 Abs. 1 Ziff. 1 gegenüber § 64 Abs. 2 und § 81 Buchst. b der tschechoslowakischen Verfassungsurkunde) weit überschreitende Machtbefugnis herausstreicht; b) der unumwundene Vorschlag der Gebietsabtretung, obwohl die tschechoslowakische Regierung in ihrer Note vom 20. September gegenüber Großbritannien und Frankreich darauf verwiesen hatte, daß ihr die Zustimmung zu einem solchen Ansinnen verfassungsgesetzlich verboten sei (vgl. den Wortlaut der Note bei Ripka a. a. O. S. 74 ff.); c) die Zusicherung des Nichtvorhandenseins von, den polnischen Interessen abträglichen Abmachungen. Damit konnte in der damaligen Lage nur die Frage des Durchmarsches der Roten Armee durch Galizien gemeint sein. Die Frage erhebt sich, ob Beneš eine etwaige sowjetrussische militärische Hilfe wirklich auf den praktisch unzulänglichen Weg durch Rumänien einschränken wollte oder ob er sich der Hoffnung hingab, Polen durch Abtretung des Teschener Gebiets doch noch dazu zu bewegen, der Roten Armee den Durchmarsch durch polnisches Gebiet zu erlauben.

hineinziehen werde; die tschechoslowakische Sache werde, nachdem eine allgemeine europäische Feuersbrunst erfolgt sei, gut enden. Auf dieser Beratung habe ich in Übereinstimmung mit allen anderen Anwesenden die anwesenden Armeevertreter gebeten, uns unter voller Verantwortlichkeit Auskunft darüber zu geben, ob wir uns — für den Fall, daß wir im Kriegsfall vereinsamt blieben — zu verteidigen vermöchten. Alle drei Vertreter des Generalstabs und der Armee — also Ministerpräsident Syrový, Generalstabschef Krejčí und sein Vertreter General Husarek — erklärten, daß unter den gegebenen Umständen jede Verteidigung aussichtslos sei . . . Hierauf erklärten sämtliche ehemaligen Minister (Hodža, Černý, Bechyně, Franke, Šrámek, Ježek, Mlčoch) und die Parteivorsitzenden (Beran, Hampl, Klapka, Hodáč), daß der Standpunkt der Armee entscheidend sein müsse und es daher unmöglich sei, in den Krieg zu gehen. Damit war die Annahme aller englischen Vorschläge beschlossen. Die spätere Billigung auf der Sitzung der Regierung . . . war lediglich formaler Art.

In diesen Tagen war Dr. Beneš auch ständig mit den Kommunisten in Verbindung. Das Präsidium dieser Partei, geführt vom Abg. Gottwald, besuchte ihn mehrmals. Was dabei verhandelt wurde, habe ich ebenso wenig erfahren wie die anderen Teilnehmer der o. a. Besprechungen. Ich bemerke aber, daß den Sowjets außerordentlich daran gelegen war, daß man von ihnen nicht — wie von Frankreich — sagen konnte, daß sie Verträge nicht erfüllten. Als daher die ganzen englischen Vorschläge wegen der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete angenommen wurden und es bereits sicher war, daß es nicht zum Krieg kommen werde, erklärten die ganzen kommunistischen Blätter und Abgeordneten sofort, daß die Sowjetunion der Tschechoslowakei im Kriegsfall beigestanden haben würde.

Ich entsinne mich noch, daß mich in den oben erwähnten Tagen der rumänische Gesandte in Prag zu sich bat . . . (Er) teilte mir damals mit, er habe mich als bekannten Gegner des Kommunismus und auch deshalb um meinen Besuch gebeten, um mir im Auftrag seiner Regierung mitzuteilen und freundschaftlich zu raten, die Tschechoslowakei möge sich auch dann nicht auf die Hilfe der UdSSR verlassen, wenn diese gegebenenfalls versprochen werden sollte. Er sagte mir, daß die Sowjets, soweit er unterrichtet sei, auf den Krieg nicht vorbereitet seien; wenn sie aber dennoch zum Krieg schreiten würden, mögen wir bedenken, daß Sowjetrußland keine gemeinsame Grenze mit uns besitze und zu uns daher quer durch Polen oder Rumänien gelangen müsse. Da aber weder Polen noch Rumänien den Durchmarsch des sowjetischen Heeres gestatten würden, würde es mit diesen Staaten zum Konflikt kommen. Der rumänische Gesandte machte mich weiter darauf aufmerksam, daß durch Rumänien von den Sowjets zu uns weder eine gute Eisenbahnstrecke noch ordentliche Straßen führten. Selbst wenn also die UdSSR der Tschechoslowakei zu Hilfe sollte

kommen wollen, könne sie nicht zur Zeit eintreffen . . . Ich habe den Inhalt dieses Gesprächs dem Ausschuß der politischen Minister und der Parteivorsitzenden selbstverständlich mitgeteilt und hinzugefügt, daß der rumänische Gesandte meiner Meinung nach völlig recht habe. Dr. Beneš, der anwesend war, nahm meine Mitteilung ohne Bemerkung seinerseits entgegen.

Vor Beginn einer, zwischen dem 25. und 29. September stattfindenden Besprechung wurde ich in der Burg in ein Nebenzimmer gerufen, wo Abg. Suchý mich erwartete. Er teilte mir mit, daß der Eigentümer der Waffen- und Munitionsfabrik Janeček in Prag ihn gebeten habe, mich unverzüglich davon zu verständigen, daß Waffen und Munition aus seiner Fabrik auf unmittelbaren Befehl von Dr. Beneš an die Arbeiterschaft verteilt würden. Dr. Suchý fragte mich, ob ich davon wisse. Natürlich wußte ich nichts davon. . . . Dr. Suchý fügte hinzu, daß die Waffen und die Munition s. W. an die Arbeiter der staatlichen Granitbrüche in Požary bei Eule (die überwiegend kommunistisch gesinnt waren) verteilt worden sei. Ich kehrte sofort in den Beratungssaal zurück, wo Dr. Beneš noch nicht anwesend war, und teilte den Anwesenden mit, was ich soeben gehört hatte. Ich sagte, daß — falls diese Information auf Wahrheit beruhe — sofort mit der weiteren Waffenverteilung innegehalten werden müsse. Die Anwesenden stimmten mir bei, hegten aber Zweifel an der Richtigkeit dessen, was mir mitgeteilt worden war. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Hampel, ging zum Fernsprecher und wollte sich bei Janeček mit unserer Zustimmung nach weiteren Einzelheiten erkundigen. Er konnte ihn jedoch nicht erreichen; es wurde erklärt, daß J. sich nicht in Prag befinde. Währenddessen betrat Dr. Beneš den Saal. Ich fragte ihn vor Eintritt in die Tagesordnung sofort vor allen Anwesenden, ob durch diese Maßnahmen nicht auch nach seiner Meinung große Gefahren entstehen könnten. Dr. Beneš sagte mir wörtlich: „Ja — die Waffen wurden auf meine Anweisung an die Arbeiter verteilt. Ich habe meine Anweisung jedoch bereits widerrufen.“ Alle Anwesenden warnten den Präsidenten nochmals dringend davor, Waffen an die Zivilbevölkerung verteilen zu lassen. Am nächsten Tag ließ Janeček mir sagen, daß auf Grund meines Einschreitens — nicht früher — die weitere Waffenausgabe tatsächlich eingestellt worden und sogar ein Teil der Waffen wieder zurückgegeben worden sei.

Den vorstehenden Aufzeichnungen kommt nicht zuletzt deshalb Beweiskraft zu, weil sie mit dem Inhalt der nachstehend abgedruckten Protokolle über die Sitzungen der tschechoslowakischen Regierung aus der Zeit vom 21. bis zum 30. September 1938 in keiner Weise im Widerspruch stehen. Hinsichtlich dieser Urkunden, die sich im zweiten Band der neuen tschechischen Quellensammlung finden⁷¹, liegt auch sonst kein Hinweis vor, der an ihrer Echtheit zweifeln ließe; insbesondere scheint die Stellungnahme eines,

⁷¹ a. a. O. S. 215 ff.

später innerhalb des tschechischen Exils zu Prominenz gelangten Politikers, die sich aus dem ersten der beiden Protokolle vom 30. September ergibt, für die Echtheit zu sprechen. Angesichts dessen wird man bis zum Beweis des Gegenteils dazu neigen müssen, diese Protokolle als echt anzusehen.

In der vorliegenden gedruckten Quellensammlung umfassen sie über 30 Seiten. Selbstverständlich können sie schon aus diesem Grund im Folgenden nicht ungekürzt wiedergegeben werden, trotzdem dies von Interesse wäre. Was im vorliegenden Zusammenhang geboten werden kann, sind nur jene Teile, aus denen hervorgeht, in welcher Weise die politischen Entscheidungen — die Zustimmung zu den Gebietsabtretungen zugunsten Deutschlands und Polens, der Regierungswechsel vom 22. Oktober und die Anordnung der allgemeinen Mobilisation tags darauf — damals vorbereitet worden und gefallen sind und wer hieran maßgebend oder zustimmend beteiligt war. Dies ist nicht nur von geschichts-, sondern auch von rechtswissenschaftlichem Interesse, denn damit ist die Frage berührt, was es mit der Rechtsverbindlichkeit der tschechischen Erklärung vom 30. September 1938 auf sich hat, wodurch der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete zum zweiten Mal protestlos zugestimmt wurde. Die gekürzte Wiedergabe der Niederschriften macht einige erläuternde Zusätze des Verfassers nötig. Sie stehen in Klammern.

Hiernach lauten die Niederschriften in deutscher Übersetzung auszugsweise wie folgt:

Sitzung v. 21. September 1938:

Gegenwärtig: Regierungsvorsitzender Dr. Hodža, Minister des Äußeren Dr. Krofta, des Inneren Dr. Černý, der Finanzen Dr. Kalfus, für Schulwesen Dr. Franke, für Justiz Dr. Dérer, für Handel Mlčoch, für Eisenbahnwesen Bechyně, für öffentliche Arbeiten Ing. Dostálek, für Landwirtschaft Dr. Zadina, für Landesverteidigung Machník, für soziale Fürsorge Ing. Nečas, für Gesundheitswesen Ježek, für Post und Fernmeldewesen Tučný, für Rechtsvereinheitlichung Dr. Šrámek, Minister Ing. Vavrečka.

Der Ministerpräsident eröffnete die Sitzung um 6.00 Uhr früh . . . Zur Frage der deutschen Minderheit gab er . . . folgende Erklärung ab:

.

Diese Ministerratssitzung wurde einberufen, um die Entscheidung zu treffen. In formaler Hinsicht sei sie vom Ministerrat, jedoch mit dem inneren Vorbehalt zu treffen, daß dem Abgeordnetenhaus (dem Zwanzigerausschuß der Koalition) mit der Bitte um Genehmigung Bericht zu erstatten sei.

.

. . . Die Regierung habe in Ubereinstimmung mit dem Herrn Präsidenten der Republik, der sich (an ihren Beratungen) nicht nur in seiner verfassungsmäßigen Eigenschaft, sondern auch als die kraft seiner Kenntnis der Vorgeschichte der Friedensverträge und kraft seines seinerzeitigen tätigen Anteils hieran dazu besonders berufene Persönlichkeit beteiligt

habe, in ihrer Note eine Regelung auf Grund des szt. von Deutschland unterzeichneten und später vom derzeitigen Regime ausdrücklich bestätigten Schiedsvertrages vorgeschlagen... Der Herr Ministerpräsident schlägt daher — nachdem die Angelegenheit vom politischen Ministerkomitee unter Vorsitz des Herrn Präsidenten der Republik erörtert worden sei — die Annahme des Vorschlags Großbritanniens und Frankreichs vor, jedoch unter Aufrechterhaltung des bereits erwähnten Vorbehalts, der sich aus den politisch-organisatorischen Gegebenheiten der Tschechoslowakei ergibt... Der Herr Präsident der Republik habe die Hoffnung ausgedrückt, daß es uns die Opfer, die wir bringen, ermöglichen würden, unsererseits gewisse Gegenansprüche zu stellen...

... Der Herr Ministerpräsident ist der Ansicht, daß der Rücktritt der Regierung erforderlich sei, dieser jedoch nicht früher erfolgen solle, als auf Grund von Verhandlungen gewisse Garantien für die Aufrechterhaltung der Ordnung erreicht worden seien. Ein augenblicklicher Rücktritt sei lediglich Ausdruck der Schwäche und daher zu vermeiden; die Regierung müsse Herr der Lage bleiben. Der Herr Ministerpräsident empfiehlt daher, den Rücktritt auf einen der nächsten Tage aufzuschieben.

Unmittelbare Regierungsaufgaben seien nunmehr: zunächst Verbindungsaufnahme zu den parlamentarischen Faktoren, sodann unverzüglich der Erlass eines Armeebefehls (den natürlich der Herr Präsident der Republik erlassen würde, der darum bereits gebeten worden sei), in dem der Armee die Lage darzustellen und gleichzeitig in passender Form auf die Autorität des Präsidenten der Republik als Befehlshaber der bewaffneten Macht hinzuweisen sei. Ferner sei erforderlich, so rasch als möglich eine Regierungserklärung an die Bevölkerung herauszugeben.

... Man müsse alles tun, damit der organische Kontakt der Regierung zum Volk keine Unterbrechung erleide.

... Namentlich könne man voraussetzen, daß die Tatsache, daß wir uns von allen Minderheitenfragen befreien, das innere Leben unseres Staates günstig beeinflussen werde. Während der Verhandlungen des Politischen Ministerkomitees sei bereits darauf verwiesen worden, daß es vielleicht event. (sic) nötig sein werde, die Gebietsstreitigkeiten mit Polen zu lösen. In dieser Hinsicht sei es natürlich noch zu keiner konkreten Entscheidung gekommen, jedoch liege in der hierüber zum Ausdruck gebrachten Meinung ein wichtiger Beweis dafür, in welcher konstruktiver Richtung die Regierungsmitglieder ihre nächsten Aufgaben auffaßten. Was Ungarn betreffe, so stoße die Bereinigung des tschechoslowakisch-ungarischen Verhältnisses auf das Lebensinteresse unseres Staates an der Donau.

Der Herr Regierungsvorsitzende ersucht die Regierung daher, den Vorschlag angesichts der gegebenen vis maior anzunehmen. Das Volk werde die Folgerungen zu ziehen wissen. Die Regierung werde ihrerseits die Verantwortung nicht scheuen, wenn sie bei ihr gesucht werden

sollte. Aus diesem Grund werde sie dem Volk die Wahrheit sagen und dieses werde erkennen, wo jene Faktoren in Wahrheit zu finden seien, denen es die Bitterkeit der Stunde zu danken habe. Sollte sich das Verhältnis unseres Volkes zu Frankreich zufolge der Ereignisse ändern, so sei das nur natürlich. Pflicht der Regierung aber sei, ruhig und energisch den Ausweg aus der augenblicklichen schweren Lage zu suchen, dem Volk auch in Zukunft Führer zu sein und im weiteren Verlauf politisch und wirtschaftlich gesunde Entwicklungsbedingungen zu schaffen.

Der Herr Minister für Rechtsvereinheitlichung betont die Notwendigkeit, innerhalb der Regierung und in den Reihen des Volkes Einigkeit zu bewahren. Die Volkseinheit habe die Regierung nicht in der Hand und in dieser Hinsicht erwarte sie eine schwere Aufgabe, denn das Volk sei unvorbereitet auf das, was ihm bevorstehe. Das sei begreiflich, denn die ungünstige Entwicklung bei den westlichen Großmächten sei der Regierung selbst unerwartet gekommen und man habe in der Überzeugung, daß Frankreich seine Vertragspflichten erfüllen werde, auf Frankreich gehofft. Er, der Minister, sei bis zuletzt für die Verteidigung unserer Grenzen gewesen — auch für den Fall, daß die Tschechoslowakei allein stehen müsse, weil er vorausgesetzt habe, daß Frankreich und Rußland in den Krieg gezogen werden würden. Zwar habe sich herausgestellt, daß die französische Regierung einen negativen Standpunkt einnehme, dennoch habe man an eine Wendung zum Besseren geglaubt. Was England betreffe, so sei zuzugeben, daß England nicht unser Verbündeter sei. Wohl aber Frankreich, und hieran sei die russische Hilfe gebunden^{71a}). Die unbegründete Furcht vor dem Bolschewismus habe vor allem in England viel Böses angerichtet. Man müsse beim ersten Schock mit einer lebhaften Reaktion des Volkes rechnen und deshalb vorsichtig vorgehen, damit die Regierung nicht die Autorität beim Volk verliere. Der Herr Minister für Rechtsvereinheitlichung stellt sich von neuem auf den, von ihm bereits im Politischen Ministerkomitee eingenommenen Standpunkt, wonach er

^{71a} An dieser Stelle haben die Herausgeber der Quellensammlung ein Dokument aus dem Archiv des tschechoslowakischen Außenministeriums (Abt. „Kabinett“, Nr. 3290) folgenden Wortlauts eingeschaltet: „21. 9. 1938, 10.15 Uhr: Ges. Alexandrowsky erklärt ‚sozusagen offiziell‘, daß ein Regierungsmitglied bei ihm den sowjetischen Standpunkt nachgeprüft habe. Alexandrowsky stellt fest, daß die ihm vom Präsidenten vorgelegten Fragen klar gefaßt gewesen seien und daß er gestern auf beide eine klare Antwort Moskaus gegeben habe. Mehr habe der Präsident nicht gefragt. Alexandrowsky verwahrt sich daher dagegen, daß die Verantwortung für die Entscheidung der tschechoslowakischen Regierung auf die Sowjetunion geschoben werde und verwahrt sich ausdrücklich gegen die Behauptung der heutigen Sonderausgabe des ‚Večer‘, daß wir auch ‚von einem Volk slawischer Rasse‘ verraten worden seien. Er erklärt, alles in seiner Macht stehende tun zu wollen, um zu verhindern, daß innerhalb der tschechoslowakischen Öffentlichkeit im Interesse gewisser Kreise ein solches Spiel mit den Sowjets gespielt werde, und fordert, daß die Haltung der Sowjetunion bezüglich der Frage der, der Tschechoslowakei zu leistenden Hilfe unserer Öffentlichkeit unmißverständlich auseinandergesetzt werde.“

seine Zustimmung zum französisch-britischen Ultimatum formell nicht geben könne, da die Regierung zu dieser formalen Zustimmung nicht befugt sei; dieses Recht stehe nach der Verfassungsurkunde vielmehr dem Parlament zu und dafür sei die qualifizierte Dreifünftelmehrheit erforderlich. Man müsse daher dafür sorgen, daß das Parlament unverzüglich zwecks Entscheidung zusammentrete. Der Ständige Ausschuß sei unzuständig. Wenn es auch unmöglich sei, den Vorschlag der westlichen Großmächte formell gutzuheißen, da dies zur Zuständigkeit des Parlaments gehöre, sei jedoch möglich, einen Beschluß dahingehend zu fassen, daß die Regierung dem Parlament einen dahingehenden Antrag vorlege. Man brauche dies nach außen nicht zu erwähnen, da die fremden Staaten sich für diese unsere verfassungsrechtlichen Vorschriften nicht interessierten. Der Herr Minister für öffentliche Arbeiten stimmt hiermit ebenfalls überein. Man müsse den Vorschlag (der Westmächte) sofort dem Zwanzigerausschuß der Koalition vorlegen. Auch über den Rücktritt der Regierung sei sofort u. zw. am besten im Koalitionsausschuß zu verhandeln, jedoch unter der Voraussetzung, daß die jetzige Regierung in der Lage sei, dem Staat eine andere Regierung zu geben. Soweit diese Voraussetzung nicht erfüllt sei, erübrige sich eine sofortige Entscheidung in dieser Sache...

Außerdem solle der Innenminister dafür sorgen, daß vom Innenministerium eine beruhigende Erklärung an die (tschedische) Grenzbevölkerung, insbesondere an die Staatsbediensteten, sofort ausgearbeitet und bekanntgegeben werde, damit es in der Zwischenzeit bis zur Neuregelung auf internationaler Grundlage nicht zu überstürztem Verlassen des Grenzgebiets komme.

Event. erforderliche laufende Aufforderungen im Interesse der Beruhigung und der Hintanhaltung plötzlicher oder gefährlicher Erscheinungen hat Minister Ing. Vavrečka noch vor Veröffentlichung der Regierungserklärung herauszugeben.

Aktionsausschuß: Zwecks Lösung der mit einer event. Gebietsänderung zusammenhängenden Fragen wird ein Aktionsausschuß in der Weise gebildet, daß das Ministerkomitee für Wirtschaftsfragen durch den Innenminister und, soweit Berichterstattungsfragen in Betracht kommen, ferner um Minister Ing. Vavrečka erweitert wird.

In diesen Aktionsausschuß können für bestimmte Angelegenheiten seitens einzelner Minister bevollmächtigte beamtete Referenten entsandt werden.

Ferner hat das Innenministerium raschmöglich einen Sonderliquidationsausschuß zur administrativen Regelung aller Fragen zu errichten, die sich aus event. Änderungen des Staatsgebiets ergeben.

Weiter wird zur Kenntnis genommen, daß der Innenminister zusammen mit den Sicherheitsorganen die Frage der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung behandelt und zu diesem Zweck auch mit dem politischen Vertreter der Sudetendeutschen Partei Verbindung aufnimmt, damit bis

zum Bekanntwerden des Ergebnisses der Verhandlungen des Kanzlers Hitler mit dem englischen Ministerpräsidenten Chamberlain Gewalttaten und Beschädigungen im (national) gemischten Gebiet verhindert werden.

.....

Ende der Sitzung um 8.15 Uhr früh.

.....

Sitzung vom 22. September.

Gegenwärtig: Regierungsvorsitzender Dr. Hodža, Minister des Äußeren Dr. Krofta, des Inneren Dr. Černý, der Finanzen Dr. Kalfus, für Schulwesen Dr. Franke, für Justiz Dr. Dérer, für Handel Mlčoch, für Eisenbahnwesen Bechyně, für öffentliche Arbeiten Ing. Dostálek, für Landwirtschaft Dr. Zadina, für Landesverteidigung Machník, für soziale Fürsorge Ing. Nečas, für Gesundheitswesen Ježek, für Postwesen Tučný, für Rechtsvereinheitlichung Dr. Šrámek, Minister Ing. Vavrečka.

Der Regierungsvorsitzende eröffnet die Sitzung um 8.00 Uhr abends und erklärt, daß dies die letzte Sitzung dieser Regierung sei. Die Mitglieder des politischen Kabinetts hätten die übrigen Regierungsmitglieder am 21. ds. früh im Rahmen einer außerordentlichen Regierungssitzung über die wichtige Entscheidung — die Antwort auf die anglo-französische Demarche — unterrichtet, die die Regierung habe fällen müssen.

.....

Die Regierung fühle sich dem Parlament verantwortlich⁷²; aus diesem Grunde habe sie sich sofort nach der gestrigen Frühsitzung des Ministerrats dem „Ausschuß der in der Regierung vertretenen Parteien“ gestellt und ihm Bericht erstattet.

Dieser Ausschuß (Zwanzigerausschuß), den wir ohne jede Einschränkung als autoritative Körperschaft der parlamentarischen Mehrheit ansehen können, hat den Bericht der Regierung sowie ihre Erklärung, nunmehr zurücktreten zu wollen, entgegengenommen.

Der „Zwanzigerausschuß“ hat erklärt, daß er gegen die letzte große Entscheidung der Regierung nichts einzuwenden habe und ihren Rücktritt nicht wünsche. Als parlamentarisch verantwortliche Regierung müßten wir jedoch hieraus die Folgerungen ziehen. Wäre die sofortige Einberufung des Parlaments möglich und würde dieses im gleichen Sinn wie der „Zwanzigerausschuß“ entscheiden, so entfielen ein Rücktritt der Regierung; andernfalls wäre er erforderlich. Da die Einberufung des Parlaments von einem Tag auf den anderen nicht möglich sei, habe die Regierung den Rücktritt beschlossen, da es eine unfruchtbare Aufgabe sei, eine parlamentarisch ungedeckte Verantwortung zu tragen. Da wir nicht wissen,

⁷² Dazu heißt es im Aufruf der Regierung vom 21. September: „... Die Regierung ist der Ansicht, daß die Nationalversammlung nach ihrem Zusammentreten und der Erörterung der unvermeidlichen Folgen ihrer (d. h. der Regierungs-)Entscheidung ihre Zustimmung erteilen wird...“ — vollst. Wortlaut vgl. Ripka a. a. O. S. 105 f.

wann die Einberufung des Parlaments möglich sei, habe die Regierung auf ihrem Rücktritt bestanden, den der Präsident der Republik angenommen habe.

Andere Gründe habe der Regierungsrücktritt nicht.

Der Minister für Rechtsvereinheitlichung fügte hinzu, daß der Rücktritt auch deshalb erforderlich gewesen sei, da die Regierung gezwungen gewesen sei, sich im Namen des Staats gegen die Verfassung zu engagieren.

Der Vorsitzende der Regierung teilte mit, daß er im Hinblick darauf, daß das Parlament nicht versammelt sei und die Regierung daher nicht tagtäglich unterstützen könne, den Rücktritt der Regierung vorschlage, damit der Präsident der Republik eine aus Beamten und teilweise aus militärischen Persönlichkeiten zusammengesetzte Regierung — wobei es sich durchweg um Persönlichkeiten von großem Gewicht und großen Erfahrungen in der Staatsverwaltung handle — ernennen könne. (... *aby prezident republiky jmenoval...*)

Da nicht sicher sei, ob es zum Kriege kommen werde oder nicht, habe man zum Vorsitzenden der Regierung General Syrový vorgeschlagen.

Für das zweitwichtigste Ressort — Inneres und Sicherheit —, sei Landespräsident Černý in Vorschlag gebracht worden, für die übrigen Ressorts hervorragende Beamte sowie der Präsident des Obersten Gerichtshofs Dr. Fajnor.

Außer diesen Ressortministern würden einige Regierungsmitglieder ohne Portefeuille ernannt werden, wie Ing. Vavrečka, Dr. Kalfus, Dr. Krofta, Dr. Zenkl, Dr. Bukovský und es sei auch nicht ausgeschlossen, daß noch ein weiteres Mitglied bzw. weitere Mitglieder ernannt werden würden, falls die Ludova strana in der Regierung vertreten sein wolle.

Die neue nicht aus Politikern bestehende Regierung bedürfe des politischen Hintergrunds; die Mitglieder des bisherigen politischen Kabinetts hätten sich daher dahin geeinigt, den Kontakt zwischen der Regierung und der politischen Öffentlichkeit zu gewährleisten. Mitglied dieser politischen Körperschaft würden u. a. der bisherige Ministerpräsident und Minister Dr. Dérer sein; falls es zu einer Einigung mit der Ludova strana kommen sollte, würde auch sie dort vertreten sein.

Der Vorsitzende der Regierung drückt den Wunsch aus, daß die Regierungskrisis im Staatsleben keine Analogie erhalten werde. Nötig sei, ein gutes Beispiel zu geben und auf der Wacht für die Republik zu bleiben.

.....

Der Vorsitzende der Regierung ersucht um Billigung aller, dem Präsidenten der Republik erstatteten Vorschläge. Kein Widerspruch.

.....

Der Stellvertretende Regierungsvorsitzende ... drückt die zuversichtliche Hoffnung aus, daß wir auch diese tragische Krisis — ob mit, ob ohne Krieg — überstehen werden, obwohl eine tausendjährige Staatsgrenze

verloren gehe. Man werde dann auch Möglichkeiten finden, dem Staat eine bessere Zukunft zu sichern, als es die augenblickliche schreckliche Lage sei; das höchste Gesetz müsse das Wohl des Vaterlandes sein.

Der Regierungsvorsitzende teilte darauf die Zusammensetzung der neuen Regierung mit und schloß die Sitzung um 8.30 Uhr abends.

Sitzung vom 23. September.

Gegenwärtig: Vorsitzender der Regierung und Verteidigungsminister Syrový, Minister des Äußeren Dr. Krofta, des Innern Černý, der Finanzen Dr. Kalfus, für Schulwesen Šubrt, für Justiz Dr. Fajnor, für Handel Dr. Janáček, für Eisenbahn Dr. Kamenický, für öffentliche Arbeiten Ing. Nosál, für Landwirtschaft Ing. Reich, für soziale Fürsorge Dr. Horák, für Gesundheitswesen Dr. Mentl, für Postwesen Dr. Dunovský, für Rechtsvereinheitlichung Dr. Fric, die Minister Ing. Vavrečka, Dr. Bukovský, Dr. Zenkl.

Der Vorsitzende der Regierung eröffnet die Sitzung um 9 Uhr abends und erstattet zusammen mit dem Außenminister Bericht über die Beratung beim Präsidenten der Republik, an der sich außer dem Vorsitzenden der Regierung und den Ministern für Inneres, Äußeres und Finanzen, den Ministern Dr. Bukovský und Dr. Zenkl die Vorsitzenden und Vertreter der in der Regierung vertretenen Parteien beteiligt haben.

Auf dieser Beratung wurde nach den Berichten des Regierungsvorsitzenden und des Außenministers festgestellt, daß der englische Ministerpräsident Kanzler Hitler wegen dessen unerfüllbarer Forderungen unverrichteter Dinge verlassen habe und daß die französische und die englische Regierung der tschechoslowakischen Regierung am 23. 9. um 5.00 Uhr nachmittags mitgeteilt hätten, daß sie zwar bisher von der Mobilisation oder ähnlichen Maßnahmen ständig abgeraten hätten, es aber angesichts der gegebenen Lage der tschechoslowakischen Regierung überlassen müßten, hierüber selbst zu entscheiden, jedoch empfehlen, dabei möglichst diskret vorzugehen.

Nach eingehender Erwägung sei man in der Beratung beim Präsidenten der Republik dazu gelangt, daß die einzige, wenn auch schwache Hoffnung auf Aufrechterhaltung des Friedens gerade in militärischen Maßnahmen liege und daß die Mobilisation für die Sicherheit der Tschechoslowakei erforderlich sei.

Der Minister für öffentliche Arbeiten betont die Unerläßlichkeit der Mobilisation und spricht die Hoffnung aus, daß wir dem Stoß (von außen) widerstehen werden.

Der Außenminister (führt aus, daß) sich die Lage gerade zufolge der letzten Maßregel der abgetretenen Regierung, die in der damaligen Lage nicht hätte anders handeln können, gewandelt habe.

Man dürfe jetzt nicht schwanken. Alle, an der Beratung beim Präsidenten der Republik Beteiligten seien gleicher Ansicht gewesen.

.....

Der Vorsitzende der Regierung empfiehlt die Mobilisation als einzig richtige und mögliche Maßregel.

.....

Auf die Frage des Justizministers, ob man sich sofort entscheiden müsse, antwortet der Vorsitzende der Regierung bejahend.

Der Außenminister betont erneut, daß man in der beim Präsidenten der Republik gepflogenen Beratung schließlich zu völliger Einmütigkeit über die Unvermeidlichkeit der Mobilisation gelangt sei.

(Die Mobilisation sowie ein Bankenmoratorium werden beschlossen).

Schluß der Sitzung um 9.45 Uhr abends.

.....

Sitzung vom 26. September.

Gegenwärtig: Regierungsvorsitzender und Verteidigungsminister Syrový, Minister des Äußeren Dr. Krofta, des Inneren Černý, der Finanzen Dr. Kalfus, für Schulwesen Šubrt, für Justiz Dr. Fajnor, für Handel Dr. Janáček, für Eisenbahn Dr. Kamenický, für öffentliche Arbeiten Ing. Nosál, für Landwirtschaft Ing. Reich, für soziale Fürsorge Dr. Horák, für Gesundheitswesen Dr. Mentl, für Postwesen Dr. Dunovský, für Rechtsvereinheitlichung Dr. Fric sowie die Minister Ing. Vavrečka, Dr. Bukovský, Dr. Zenkl, Dr. Karvaš und Černák.

Der Vorsitzende der Regierung eröffnet die Sitzung um 10.30 Uhr abends und erklärt, daß einige dringende neue Nachrichten sowie die Erörterung der außenpolitischen Lage den Beratungsgegenstand bilden.

Außenpolitische Lage:

Der Minister des Äußeren gibt einen kurzen Überblick über unser Verhältnis zu Deutschland seit dem Umsturz (im Jahr 1918) ...

.....

Am 20. Mai (1938) erhielten wir vertrauliche Berichte über militärische Bewegungen an unseren Grenzen in Deutschland, die Hitler in seiner heutigen Rede zum zweiten Mal abgeleugnet hat^{72a}

.....

Nach den anglofranzösischen Verhandlungen ergab sich ein gemeinsamer Vorschlag, den wir unter Druck beider Großmächte annehmen mußten. Nunmehr hat Hitler jedoch ein Memorandum geschickt, von dem zwar gesagt wird, daß es mit den anglofranzösischen Vorschlägen übereinstimme, in Wirklichkeit jedoch weitere, ganz andere Forderungen enthalte.

^{72a} Vgl. o. S. 317 f. (Niederschrift über die Regierungssitzung am 20. Mai 1938). Krofta hat sich damals zur Frage, ob deutscherseits militärische Maßregeln ergriffen worden seien, dezidiert geäußert.

Der Außenminister erklärt (weiter), daß die anglofranzösischen Vorschläge von der Tschechoslowakei mit bestimmten Einschränkungen angenommen worden seien; nunmehr spreche Hitler nicht nur von keiner Einschränkung mehr, sondern verlange die Durchführung zum 1. Oktober und erhebe noch weitere Forderungen.

... Der Regierungsvorsitzende teilt mit, daß er bei seinen Inspektionsreisen die Stimmung des Heeres nicht nur bei Tschechen und Slowaken, sondern teilweise auch bei den Deutschen einzigartig gut (*jedinečně dobrý*) befunden habe.

Der Handelsminister erklärt, daß wir angesichts der Empfehlung seitens unserer Verbündeten, weiterzuverhandeln, dies nicht ablehnen könnten; es sei jedoch erforderlich, die Unterschiede zwischen dem von uns angenommenen anglofranzösischen Vorschlag und dem Memorandum Hitlers klar herauszustellen.

Minister Černák erklärt, es gebe in der Slowakei zwar keinen Widerstand, aber auch keinerlei Kampfstimmung. Der Regierung müsse daran liegen, daß die Bevölkerung auch zu den größten Opfern bereit sei; es sei deshalb nötig, die 2½ Millionen Slowaken zufriedenzustellen, die ihr Schicksal mit diesem Staat zu verbinden bereit seien, wenn man ihnen ihr Dasein gewährleiste. Die dazu nötigen Änderungen müßten augenblicklich durchgeführt werden und wenigstens den Grundforderungen des slowakischen Nationalismus entsprochen werden, durch den bei den Slowaken die Liebe zu diesem Staat gehe.

Er schlägt vor, daß sich Regierung und Präsident der Republik morgen entschlossen, den slowakischen Grundforderungen zu entsprechen und die Führung der Slowakei Persönlichkeiten zu übergeben, die diese — was auch die Abgeordneten anderer Parteien als der *Ludova strana* anerkennen — wirklich zu vertreten in der Lage seien.

Der Regierungsvorsitzende bestreitet die Dringlichkeit der Angelegenheit nicht, jedoch sei die Zeit kritisch und dränge. Es sei unmöglich, bis zum Morgen über die slowakischen Forderungen zu entscheiden, stehe doch das Dasein des Staates noch zwei bis drei Tage lang auf dem Spiel. Minister Černák weist darauf hin, daß man Deutschland durch ein Übereinkommen mit den Slowaken eine wichtige Propagandawaffe aus der Hand winden würde. Der Regierungsvorsitzende bemerkt dazu, daß eine Propaganda, die in der Wahl ihrer Mittel nicht wählerisch sei, alles verdrehen könne und betont, daß sich der Aufmarsch des Heeres in der Slowakei tadellos vollzogen habe.

Minister Karvaš stimmt mit Minister Černák grundsätzlich überein und verlangt, daß den beiden neuernannten slowakischen Ministern am 27. September d. Js. ein Gespräch mit dem Präsidenten der Republik er-

möglichst werde, um ihn zu ersuchen, augenblicklich Verbindung mit der Ludova strana aufzunehmen. Dies liege angesichts der Lage im Staatsinteresse; auch sei sicher eine Erklärung aller politischen Parteien in der Slowakei erforderlich, um der Kampfbegeisterung die rechte Grundlage zu verschaffen. Die Ludova strana sei die einzige rein slowakische politische Partei, während die anderen Parteien lediglich slowakische Abteilungen der tschechoslowakischen Parteien seien; deshalb sei eine Erklärung der Ludova strana vonnöten, daß sie diesen Staat erhalten wolle.

Der Justizminister unterstützt die Anträge der Minister Černák und Karvaš und verlangt, daß die Vorsprache beim Präsidenten der Republik am 27. September 1938 unter allen Umständen möglich gemacht wird.

Der Regierungsvorsitzende verspricht, (dem Präsidenten) dieses Gespräch zu empfehlen und macht erneut darauf aufmerksam, daß der 1. Oktober 1938 einen Schlußtermin in der Lebensfrage für diesen Staat darstelle.

Schluß der Sitzung um 1.15 Uhr nachts.

.....

Sitzung vom 27. September.

Gegenwärtig: Präsident der Republik Dr. Beneš, Regierungsvorsitzender und Verteidigungsminister Syrový, Minister des Äußeren Dr. Krofta, des Inneren Černý, der Finanzen Dr. Kalfus, für Schulwesen Šubrt, für Justiz Dr. Fajnor, für Handel Dr. Janáček, für Eisenbahn Dr. Kamenický, für öffentliche Arbeiten Ing. Nosál, für Landwirtschaft Ing. Reich, für soziale Fürsorge Ing. Horák, für Gesundheitswesen Dr. Mentl, für Postwesen Dr. Dunovský, für Rechtsvereinheitlichung Dr. Fric sowie die Minister Ing. Vavrečka, Dr. Bukovský, Dr. Zenkl, Dr. Karvaš.

Vertreter der Koalitionsparteien: Dr. Hodža, Beran, Dr. Černý, Hampl, Bechyně, Dr. Dérer, Dr. Franke, Dr. Šrámek, Ježek und Dr. Hodáč.

Der Präsident der Republik eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr abends und begrüßt die Anwesenden.

.....

Der Präsident der Republik teilt mit, daß die deutsche Mobilisation nach militärischen Informationen für den 28. September 2.00 nachmittags vorgesehen sei.

Präsident Hampl fügt bei, daß . . . man das Volk durch den Rundfunk auf die Wendung der Dinge vorbereiten müsse.

Dr. Franke empfiehlt hierbei große Vorsicht.

Der Präsident der Republik räumt lediglich die Möglichkeit ein, anzudeuten, daß die Lage um vieles ernster sei (als bisher) . . .

Präsident Dr. Šrámek betont die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß in der kurzen, noch verbleibenden Frist nichts geschehe, was als Angriffs-

provokation ausgelegt werden könne. Dies gelte sowohl für den militärischen wie den zivilen Bereich.

Der Präsident der Republik betont, daß die Vorsicht unseres Vorgehens sich geschichtlich erweisen werde; wir hätten durch England mit Berlin gesprochen, das ein informierter Zeuge unseres Vorgehens sei. Darin liege auch die Bedeutung der Runciman-Mission. Der englische Gesandte habe unumwunden anerkannt, daß er unser Vorgehen seit sechs Monaten genau verfolgt habe und daß unser Gewissen rein sei.

.....

Würden wir morgen überfallen, so sei die Front rekonstruiert.

Der polnische Präsident habe heute seine Verhandlungsbereitschaft mitteilen lassen, wovon England und Frankreich verständigt worden seien. Sollte im Lauf der Verhandlungen von polnischer Seite etwas geschehen, so würde Polen England, Frankreich und vor allem Rußland gegen sich haben.

Sei Deutschland bereit, über die gestrige Proposition der Modalitäten des anglofranzösischen Plans zu verhandeln, nehmen wir an; komme es zum Krieg, so sei die Front auf Grund übermenschlichen Bemühens rekonstruiert und wir könnten der weiteren Entwicklung zuversichtlich entgegensehen.

.....

Dr. Hodač erklärt sich vom Ausmaß der Zugeständnisse beunruhigt. Komme es zum Krieg, so sei das die Fortsetzung des Weltkriegs, wie Švehla zu sagen pflegte. . . .

Man müsse dem Volk nur sagen, daß Zucht und Einigkeit dringend geboten sei — dann würden wir aus diesem Krieg genau so herauskommen wie aus dem Weltkrieg.

Präsident Hampl stimmt einer begrenzten Unterrichtung der Öffentlichkeit zu und empfiehlt zu sagen, daß die Lage noch immer ungewöhnlich ernst sei. In dieser Hinsicht sei der Presse und den anderen Äußerungen eine einheitliche Richtung zu verleihen.

Der Präsident der Republik bemerkt, daß Nachrichten, wonach morgen in Deutschland mobilisiert werde, konfisziert werden müßten.

.....

Die Sitzung wird um 22.30 Uhr geschlossen.

.....

Sitzung vom 28. September.

Gegenwärtig: Präsident der Republik Dr. Beneš, Regierungsvorsitzender und Verteidigungsminister Syrový, Minister des Äußeren Dr. Krofta, der Finanzen Dr. Kalfus, des Inneren Černý, für Schulwesen Šubrt, für Justiz Dr. Fajnor, für Handel Dr. Janáček, für Eisenbahn Dr. Kamenický, für öffentliche Arbeiten Ing. Nosál, für Landwirtschaft Ing. Reich, für soziale Fürsorge Dr. Horák, für Gesundheitswesen Dr. Mentl, für Postwesen Dr. Dunovský, für Rechtsvereinheitlichung Dr. Fric, die Minister

Ing. Vavrečka, Dr. Bukovský, Dr. Zenkl, Dr. Karvaš sowie die Vertreter der politischen Parteien Beran, Dr. Černý, Dr. Hodža, Bechyně, Hampl, Dr. Franke, Dr. Šrámek, Dr. Dérer, Dr. Hodáč, Ježek und Mlčoch.

Der Präsident der Republik eröffnet die Sitzung um 4.30 Uhr nachmittags und teilt mit, daß sich die Lage seit gestern wesentlich geändert habe, so daß eine neue Beratung erforderlich sei.

Der Präsident der Republik erkennt an, daß der neue britische Plan zur Durchführung (des ursprünglichen Vorschlags auf Abtretung der sudetendeutschen Gebiete) Schwierigkeiten mit sich bringe, macht jedoch darauf aufmerksam, daß die einzige Alternative dazu die Invasion sei und die Tschechoslowakei auch im Fall eines Weltkonflikts nicht in ihren heutigen Grenzen restituiert werden könne.

.....

Der Außenminister bemerkt, . . . daß wir (den neuen englischen Plan) nicht ablehnen, sondern lediglich erklären könnten, daß einige Bestimmungen annehmbar seien, bei anderen Bestimmungen — insbesondere bei solchen, die gefährlich seien — Vorbehalte gemacht werden müßten. Minister Ing. Vavrečka bemerkt, daß England nicht zwischen zwei Parteien vermitteln, sondern eine eigene Regelung in seiner Eigenschaft als Arbitr vorlege, ohne die Beteiligten zu hören.

.....

Der Minister für Gesundheitswesen macht darauf aufmerksam, daß . . . eine gerecht durchgeführte Volksabstimmung eine lange (Vorbereitungs-) Zeit erfordern würde und nicht vom Stand des 28. Oktober 1918 ausgehen dürfe, da andernfalls (sic) Hunderttausende von Personen aus Deutschland dorthin einströmen könnten.

.....

Der Präsident der Republik teilt mit, daß der Gesandte Osuský empfehle, sich nicht verblüffen zu lassen und an der bereits vereinbarten Rechtsgrundlage festzuhalten . . .

Man müsse sich vergegenwärtigen, daß die Gefahr eines Weltkriegs gegeben und daher erforderlich sei, Ruhe zu bewahren und an der Rechtsgrundlage festzuhalten.

Er selbst empfiehlt die integrale Durchführung des britisch-französischen Plans und seiner Garantie, die Ablehnung einer Volksabstimmung auf tschechischem Gebiet und die Festsetzung der Grenzen vor der Evakuierung durch einen internationalen Ausschuß, um den Rest des Staates nicht völlig unter deutschen Einfluß kommen zu lassen. Die Forderungen des Hitlerschen Memorandums gehen noch über dasjenige hinaus, was die deutschösterreichische Regierung 1918 offiziell gefordert habe, als sie auf die sudetendeutschen Gebiete Anspruch erhoben habe.

Der Außenminister bemerkt, daß man einwenden könne, daß Österreich damals nicht nazistisch gewesen sei.

Der Präsident der Republik teilt mit, er beabsichtige vorzuschlagen, daß Streitfragen hinsichtlich der Grenzziehung, über die sich der Ausschuß nicht einigen könne, dem Präsidenten Roosevelt zur Entscheidung vorgelegt würden.

.....

Minister Dr. Zenkl hält daran fest, daß jegliche Gebietsabtretung vor allem depressiv auf die Öffentlichkeit wirken werde, die verlange, daß sie gehört und das Parlament zur Entscheidung sofort einberufen werde.

Der Präsident der Republik betont, daß uns lediglich eine 24-stündige Frist eingeräumt sei und daß bei Verhandlungen unter übermäßigem Druck und angesichts einer drohenden internationalen Katastrophe erforderlich sei, trotz der an sich klaren verfassungsrechtlichen Lage die Verantwortung zu übernehmen, damit es nicht zur Invasion durch eine fremde Armee komme und das Parlament gezwungen sei, über fertige Tatsachen zu verhandeln.

Organe und Persönlichkeiten müßten jetzt die politische Verantwortung übernehmen und, wenn das Parlament nicht zustimme, zurücktreten.

.....

Bringe man die Angelegenheit jetzt vors Parlament, würde ein schreckliches Chaos entstehen.

Der Stellvertretende Ministerpräsident Bechyně möchte lediglich an und für sich bemerken, daß sich Kriege und Revolutionen nicht nach Rechtsvorschriften, sondern nach eigenen Gesetzen richten. Wir haben in der Republik eine Kriegspartei, die den Krieg deshalb wolle, weil Rußland ihn vielleicht wolle. Diese Partei würde im Parlament in einer Weise vorgehen, daß das Gegenteil eines einigen Willens entstünde.

Jetzt sei es an der Zeit, daß Parteien und Einzelpersonlichkeiten die gesamte Verantwortung übernähmen; möglicherweise sei die Einberufung eines breiten Koalitionsausschusses angezeigt. Was man jedoch nicht gestatten dürfe, sei das Halten von Brandreden im Parlament. Eine Kriegspartei sei nur dann von Nutzen, wenn Krieg sei.

Er spreche sich daher gegen die Einberufung des Parlaments aus.

.....

Der Außenminister stellt fest, daß man die Vorschläge des Präsidenten der Republik und nach Möglichkeit auch die anderen Anregungen in die Antwort aufnehmen werde.

Der Präsident der Republik berichtet sodann über die Verhandlungen mit Polen, die sich anfangs sehr freundschaftlich vollzogen hätten; nunmehr aber machten sich Forderungen, Termine, Drohungen und Daten bemerkbar, die abzulehnen seien.

.....

Schluß der Sitzung um 7 Uhr abends.

Sitzung vom 30. September.

Gegenwärtig: Der Vorsitzende der Regierung und alle Regierungsmitglieder.

Der Vorsitzende der Regierung eröffnet die Sitzung um 9.45 Uhr vormittags⁷³ mit der Nachricht vom Übereinkommen der vier Großmächte in München, wodurch uns — wie ein Ausspruch von gewisser Seite laute — die Wahl zwischen Ermordung und Selbstmord gelassen werde. Nach Schluß dieser Sitzung werde die Regierung sich zum Präsidenten der Republik begeben.

Der Außenminister erklärt, sein heutiger Bericht sei die schrecklichste Pflicht seines Lebens. Die schlimmsten Erwartungen seien übertroffen worden; die Großmächte hätten sich unter deutschem Diktat ohne uns geeinigt.

.....

Theoretisch sei die Ablehnung des Münchner Abkommens möglich; dann werde der deutsche Einfall und sodann ein Krieg folgen, in dem niemand mit uns sei, sowie ein Angriff Polens. Es sei zweifelhaft, ob die Sowjets uns in dieser Lage würden helfen wollen und ob ihre Hilfe nützen könne. Andererseits sei möglich, das Münchner Abkommen anzunehmen und durch Verhandlungen innerhalb der Kommission vielleicht das Schlimmste abwenden und die Gewährleistung der Grenzen erreichen zu können, die (deutscherseits) zunächst nicht überschritten werden würden. Alsdann habe man die polnische und ungarische Frage zu lösen, worauf auch Italien und Deutschland der Garantie Englands und Frankreichs für unsere neuen Grenzen beitreten würden.

Minister Dr. Zenkl erklärt, es sei ungeheuer schmerzlich, daß das Kabinett selbst über diese Angelegenheit heute zum ersten Mal verhandle. Man habe den Selbstbestimmungsgrundsatz mißbraucht. Das Volk hätte den Gedanken eines auf den tschechischen und slowakischen Boden beschränkten Staates begriffen, wenn man darauf hingearbeitet hätte. Man hätte dem Volk die Wahrheit sagen und nach dem Rücktritt der Regierung Hodža ein Kabinett auf breiter allnationaler Grundlage bilden müssen, wie es die zurücktretende Regierung Hodža versprochen und er selbst, Zenkl, es zum Ausdruck gebracht habe. Der Fehler sei gewesen, daß man das Volk über die sowjetische Hilfe unrichtig unterrichtet habe und die Zeitungen noch immer unzutreffend schreiben könnten, daß wir nichts zu fürchten hätten. Es sei vor allem nötig, das sachverständige Urteil der Vertreter der Armee zu hören. Dieses Kabinett könne der Münchner Vereinbarung unter keinen Umständen beitreten; die verantwortlichen Faktoren müßten öffentlich die Verantwortung übernehmen. Der Ministerrat sei vielleicht im Falle der Waffenstreckung nach einem verlorenen Krieg zuständig. Auch der Siebenerausschuß sei keine verantwortliche Stelle, sondern ausschließlich das Parlament, sein Präsidium

⁷³ Gleichzeitig fand eine Sitzung der Mitglieder des „bisherigen politischen Kabinetts“ unter Vorsitz des Staatspräsidenten Beneš statt — vgl. Ripka a. a. O. S. 230.

und seine Ausschüsse. Die Regierung sei durch eine allnationale Regierung auf breiter Grundlage zu ersetzen; das Vertrauen des Volkes dürfe durch ein zwieschlächtiges Vorgehen nicht erschüttert werden.

Der Minister des Äußeren weist auf die Notwendigkeit einer sofortigen Entscheidung hin; es sei daher unmöglich, das Parlament zeitig genug einzuberufen. Es gehe um Annahme oder Ablehnung.

Minister Dr. Karvaš erklärt, daß . . . für den Fall, als die Annahme des Münchner Abkommens durch die politischen Faktoren erfolgen solle und wenn das Parlament nicht einberufen werden könne, die Vorsitzenden und Vertreter aller Parteien, nicht nur der Koalitionsparteien diese Faktoren sein und das Dokument, in dem ihre Verantwortlichkeit festgelegt werde, unterzeichnen müßten. Das Volk betrachte die augenblickliche Regierung nicht als verantwortlich, denn sie habe ihm eine andere Regelung versprochen. Heute gehe es um die Bildung eines Nationalstaats für Tschechen und Slowaken; hieran müßten sich alle tschechischen und slowakischen Parteien beteiligen.

.

Der Justizminister betont, daß diejenigen die Verantwortung für die Entscheidung übernehmen müßten, die gemäß der Verfassung das Vertrauen des Volkes genießen.

.

In seiner Eigenschaft als stellvertretender Regierungsvorsitzender stellt der Innenminister, der nach dem Weggang des Ministerpräsidenten die Leitung der Sitzung übernommen hat, fest, daß unser Bevollmächtigter heute 5.00 Uhr nachmittags in Berlin eintreffen müsse und daß man die Zeit nicht mit — wenn auch begreiflichen — Diskussionen verschwenden dürfe. Er verlangt, daß man rasch zum Schluß komme.

.

Minister Ing. Vavrečka verliest den Entwurf einer Erklärung, in den auf Antrag des Justizministers ein Dank an die Armee aufgenommen wird, der man das verdanke, was sich noch habe retten lassen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen, da sich die Regierungsmitglieder zum Präsidenten der Republik begeben.

Schluß der Sitzung um 11.30 Uhr vormittags.

.

Gegenwärtig: Der Präsident der Republik Dr. Edvard Beneš, der Vorsitzende und alle Mitglieder der Regierung außer Minister Zenkl. Weiterhin ist der Oberbefehlshaber der Armee, General Krejčí, anwesend.

Der Präsident der Republik eröffnet die Sitzung um 11.45 Uhr vormittags und teilt mit, daß er in der Nacht zum heutigen Tag die Vertreter der politischen Parteien habe rufen lassen und auf der Grundlage einer militärischen Lagebeurteilung durch das Oberkommando der Armee⁷⁴

⁷⁴ Möglicherweise handelt es sich um die Besprechung „am 29. oder 30. September“, von der Beran berichtet — s. o. Er gibt dort auch eine, angeblich vom Stellver-

erwogen habe, wie sich die Lage für den Fall des Krieges bzw. der Annahme des Münchner Ultimatums darstelle. Die Entscheidung sei fürchterlich, jedoch für uns nicht unehrenhaft, denn wir unterlägen dem Übergewicht von Kräften, die noch gestern darauf bestanden hätten, daß wir Polen entgegenkommen und uns noch vor ein paar Tagen erklärten, daß wir mobilisieren könnten. Der Präsident könne nichts anderes tun als die Annahme des Ultimatums vorschlagen. Bei Nichtannahme würden wir zwar einen ehrenhaften Krieg führen, aber unsere Selbständigkeit verlieren und das Volk würde ausgerottet (*vyvražděn*) werden. Die Vertreter der politischen Parteien sähen die Sache genau so. Sollte sich das Kabinett dem anschließen, so komme darin der Standpunkt der Gesamtregierung zum Ausdruck.

Der Vorsitzende der Regierung, General Syrový, bemerkt, daß in der vorigen, heute vormittag abgehaltenen Regierungssitzung nach langem Erörterungen ebenfalls kein anderer Ausweg gefunden worden sei.

Der Stellvertretende Regierungsvorsitzende und Innenminister konstatiert, daß in der erwähnten Regierungssitzung wohl das Gefühl Ausdruck gefunden habe, jedoch schließlich nichts anderes übrig geblieben sei als sich nach dem kühlen Verstand zu richten.

Minister Dr. Bukovský verlangt, daß in die Antwort auf das Ultimatum ausdrücklich der Vorbehalt aufgenommen werde, daß wir, indem wir es annehmen, der Gewalt weichen. Der Präsident der Republik und der Außenminister stimmen zu.

.....

Auf die Frage des Eisenbahnministers, ob es möglich sein werde, die Kommunisten zurückzuhalten, antwortet der Präsident der Republik, daß er auf sie einwirke und fortfahren werde, auf sie im Guten einzuwirken, wozu auch Maßnahmen gegen den Umsturz gehörten.

Die slowakischen Parteien teilten die Ansicht der anderen politischen Parteien.

tretenden Generalstabschef Husárek vorgetragene militärische Lagebeurteilung wieder. Diese lautete nach Berans Erinnerung wie folgt: Die tschechoslowakische Armee sei auf den Waffengang mit Deutschland und ggf. mit Ungarn vorbereitet. Man habe für den Angriffsfall jedoch mit der Hilfe der Verbündeten — Frankreichs, der UdSSR und der Kleinen Entente — gerechnet und ferner auch mit der polnischen Neutralität. Frankreich lehne die Erfüllung seiner Vertragspflichten ab. Dadurch habe die Kleine Entente praktisch zu bestehen aufgehört. Die Sowjetunion werde nicht in den Krieg eintreten. Grenzbefestigungen bestünden gegenüber Deutschland und teilweise gegenüber Ungarn, nicht jedoch gegen Polen. Die mobilisierte Armee sei zum Kampf gegen Deutschland bereit, jedoch stünden an der polnischen und ungarischen Grenze nur schwache Kräfte. Im Augenblick des Kriegausbruchs mit Deutschland würden die polnischen und ungarischen Streitkräfte einmarschieren. Böhmen und Mähren würden unter diesen Umständen rasch von der Slowakei abgeschnitten werden. Man werde trotz heldenhaften Widerstandes des Heeres, ganz auf sich allein gestellt, die Verteidigung nicht lange zu führen in der Lage sein. Die Aufnahme des Kampfes sei also nahezu gleichbedeutend mit Selbstmord — a. a. O. S. 29.

Minister Dr. Karvaš betonte, daß einem innenpolitischen Umsturz mit den energischsten Mitteln, und zwar sofort entgegengewirkt werden müsse.

Der Minister für öffentliche Arbeiten erklärt, daß ihm nichts anderes übrig bleibe als sich anzupassen, wenn der Oberbefehlshaber erkläre, daß jede Verteidigung unmöglich sei.

Der Präsident der Republik betrachtet diese Erklärungen als Zustimmung und appelliert an die Regierung, Staat und Volk mit größter Energie aus dieser Lage herauszuführen. Die Geschichte werde urteilen.

.....

Auf die Frage des Ministers Dr. Karvaš nach den Gründen der Abwesenheit des Ministers Dr. Zenkl teilt der Präsident der Republik mit, er habe von ihm soeben ein Schreiben erhalten und werde mit ihm so rasch als möglich verhandeln. Minister Dr. Karvaš betont die Notwendigkeit, in der Zusammensetzung der Regierung keine Änderung eintreten zu lassen und der Minister für Gesundheitswesen erklärt, es müsse verhindert werden, daß jetzt jemand die bisher solidarische Haltung verlasse und sich in dieser Zeit gegen die Regierung stelle. Er bittet den Präsidenten der Republik, das Ergebnis seiner Verhandlungen mit Minister Dr. Zenkl möglichst noch in der laufenden Regierungssitzung mitzuteilen.

Der Präsident verspricht rasche Behandlung der Angelegenheit, weist jedoch auf die Unmöglichkeit sofortiger Erledigung hin, da man gerade damit beschäftigt sei, die Antwort auf das Ultimatum aufzusetzen. Sollte sich jemand gegen die Solidarität stellen, so könne das sowieso nur kurze Zeit dauern und würde schließlich schlecht ausgehen. Im Augenblick sei erforderlich, persönliche Fragen wichtigeren Interessen unterzuordnen.

Der Regierungsvorsitzende trägt die Rundfunckerklärung vor, die der Presse übergeben werden wird. Schluß der Sitzung um 12.00 Uhr.

*

Bei Auswertung dieser Urkunden sei dem Verfasser der Rückgriff auf das erlaubt, was er dazu bereits an anderer Stelle⁷⁵ ausgeführt hat: sie zeigen die beherrschende Rechtsstellung zweier Verfassungsfaktoren der Tschechoslowakei, von denen der eine der damals geltenden Verfassungsurkunde gar nicht bekannt ist, während der andere von ihr ein erheblich geringeres Maß an politischer Entscheidungsbefugnis zugeschrieben erhalten hat als sein Inhaber im Jahre 1938 unwidersprochen für sich in Anspruch nahm. Gemeint sind die verschiedenen politischen Ausschüsse der Regierungsparteien

⁷⁵ Vgl. Die gegenwärtige völkerrechtliche Lage der deutschen Ostgebiete, München 1958, S. 48; Die staatsrechtliche Entwicklung der Satelliten am Beispiel Polens und der Tschechoslowakei, in: Fragen des Staatsrechts im Ostblock, Berlin 1958, S. 33 ff.; Die Verfassungsentwicklung der Tschechoslowakei seit 1944/45, a. a. O. S. 297 ff., 342 ff.

— sei es, daß sie die Zuständigkeit der Regierung, sei es, daß sie die Zuständigkeit der Abgeordneten an sich gezogen haben — sowie der Präsident der Republik.

Die vier entscheidenden Maßnahmen der ereignisreichen zehn Tage — die Annahme des frankobritischen Ersuchens auf Abtretung der sudetendeutschen Gebiete am 21., das Angebot an Polen auf Abtretung des Teschen-Gebiets am 23., die Mobilmachung am 25. und das Einverständnis zu den Münchner Abmachungen am 30. September — sind vom „Politischen Ministerkomitee“ bzw. von dem aus den überwiegend gleichen Personen bestehenden „Ehemaligen politischen Kabinett“ jeweils unter Vorsitz des Präsidenten der Republik getroffen und nachträglich von einem parlamentarischen Ausschuß, in dem die führenden Abgeordneten der sechs (sieben), die Regierungskoalition bildenden tschechischen Parteien (und der slowakischen Volkspartei) — Bauern („Agrarier“), Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Klerikale („Volkspartei“), extreme Rechte („Nationaldemokraten“ bzw. „Nationalvereinigung“) und Gewerbspartei (Mittelständler) — vertreten waren, und der zunächst zwanzig, sodann fünfzig Abgeordnete umfaßte, gutgeheißen worden; die Führung der Verhandlungen nach außen und innen sowie das Übergewicht der Autorität lag durchweg beim Staatspräsidenten. Die Besonderheit seiner Stellung tritt in den Protokollen auch deutlich hervor; danach hat er sich an den Regierungssitzungen und an den Parlamentarierbesprechungen „nicht nur in seiner verfassungsmäßigen Eigenschaft, sondern auch als die kraft seiner Kenntnis der Vorgeschichte der Friedensverträge und kraft seines seinerzeitigen tätigen Anteils hieran besonders berufene Persönlichkeit“ beteiligt.

Man müßte angesichts der Ausschaltung des Parlaments von einer Verfassungswidrigkeit sprechen, wenn dieses — nicht demokratisch anmutende — System unter dem Druck der ungewöhnlichen außenpolitischen Ereignisse mit dem Ziel der Ausschaltung von Parlament und Regierung neu ins Leben getreten wäre. Das ist jedoch nicht der Fall — vielmehr handelt es sich um ein Verfahren, das sich innerhalb des tschechoslowakischen Verfassungslebens seit vielen Jahren — man kann sagen: seit der Staatsgründung — eingespielt hatte und insbesondere durch die Rechtsprechung des Wahlgerichts über den Mandatsverlust als Strafe für den Bruch der Fraktionsdisziplin legitimiert worden war. Von hier aus war den in einem — der Verfassungsurkunde als juristische Institution unbekannten — formlosen Ausschuß vereinten führenden Abgeordneten der jeweils regierenden Koalition möglich, die an sich dem parlamentarischen Plenum vorbehaltenen Zuständigkeiten mit bindender Kraft für jeden Abgeordneten der Regierungskoalition auszuüben. Es war richtig und entsprach dieser constitutional convention — um sie so zu nennen —, wenn dieser Ausschuß „ohne jede Einschränkung als autoritäre Körperschaft der parlamentarischen Mehrheit“⁷⁶ bezeichnet wurde. Die Führerschaft der tschechischen politischen Parteien konnte mit

⁷⁶ Vgl. Prot. d. Sitzung vom 22. September — s. o.

Fug davon ausgehen, daß die einvernehmliche Beschlußfassung der Häupter derjenigen Parteigruppen, die im Plenum des Parlaments zusammen über die verfassungsändernde Mehrheit verfügten — und das war bei den vorerwähnten sechs (sieben) Parteien, wenn man, wie aus der politischen Lage selbstverständlich, die 55 Stimmen der Sudetendeutschen Partei hinzurechnete, bei weitem der Fall⁷⁷ —, eine parlamentarische Abstimmung rechtsgültig ersetzen konnte. Im übrigen darf nochmals auf das bereits angeführte Schrifttum verwiesen werden⁷⁸, wo weitere Einzelfragen erörtert sind.

*

Als Ergebnis der vorgängigen Untersuchungen kann festgehalten werden:

1. Die neuen Quellen haben hinsichtlich der tschechoslowakischen Mobilmachung vom 21. Mai 1938 nicht nur keinen Beweis dafür geliefert, daß diese Maßregel zufolge vorheriger gleichartiger deutscher Anordnungen erforderlich war, sondern bestärken den Eindruck, daß die tschechoslowakische Regierung beabsichtigte, die gleichzeitigen Gemeindewahlen in verfassungswidriger Weise zu beeinflussen, soweit die Stimmabgabe in den sudetendeutschen Gebieten — auf deren Bewohner sich die Mobilisierung der tschechoslowakischen Streitkräfte zufolge der geographischen Lage ihrer Heimat an den Staatsgrenzen in erster Linie auswirkte — in Betracht kam.

2. Staatspräsident Beneš hat den beiden Westmächten die Abtretung von sudetendeutschen Gebieten unter dem Eindruck der Begegnung zwischen Hitler und Chamberlain in Berchtesgaden unter Umgehung des normalen diplomatischen Weges insgeheim anbieten lassen. Was in der anglofranzösischen Note vom 19. September 1938 als diesbezüglicher Vorschlag erscheint, stellt sich in Wahrheit als Annahme dieses Angebots dar. Wenn von tschechischer Seite später erklärt worden ist, daß dem tschechoslowakischen Staat die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete von den beiden Westmächten in ultimativer Form aufgezwungen worden sei, so widerspricht das der geschichtlichen Wahrheit. Die Tschechoslowakei ist zu nichts gezwungen worden, was der zur Vertretung des Staats nach außen verfassungsmäßig befugte Präsident nicht von sich aus vorher grundsätzlich vorgeschlagen hat.

3. Der Beweis, daß die Sowjetunion als einziger der tschechoslowakischen Verbündeten bereit war, ihre militärischen Hilfsverpflichtungen zu erfüllen, ist nicht geliefert worden. Wohl aber gibt es Anzeichen dafür, daß ein etwaiges sowjetrussisches militärisches Eingreifen bereits damals dazu benützt worden wäre, um mit gesetzwidriger Zielsetzung und in unrechtmäßiger Form auf die inneren Verhältnisse des tschechoslowakischen Staates Einfluß zu nehmen.

4. Die staatspolitisch wichtigen Entscheidungen während der Septemberkrise sind auf tschechischer Seite in Übereinstimmung mit dem, seit Beginn

⁷⁷ Bereits die sieben tschechischen und slowakischen Parteien allein verfügten über 191 Stimmen, womit das verfassungsändernde Quorum um 11 Stimmen überschritten war.

⁷⁸ s. o. Anm. 75.

der staatlichen Selbständigkeit entwickelten Verfassungssystem getroffen worden, wonach die Entscheidungsgewalt des Parlaments und der Regierung im Bedarfsfall rechtsverbindlich von Ausschüssen der führenden Abgeordneten der Regierungskoalition wahrgenommen werden konnte. Im vorliegenden Fall sind die Entschlüsse überdies unter bestimmendem Einfluß des Präsidenten der Republik getroffen worden. Die Mehrheit der Beteiligten war von der Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens mit gutem Grund überzeugt. Zweifel hieran sind u. a. in letzter Minute — am Vormittag des 30. September — von einem einzelnen Minister geäußert und von allen übrigen, verfassungsrechtlich und politisch Beteiligten (Präsident der Republik, Regierung — Parteiführer, insbesondere auch der Partei des „unsolidarisch handelnden“ Ministers) zurückgewiesen worden.

*

Überschaut man die oben besprochenen Quellen und Ergebnisse im Zusammenhang — wobei nochmals unterstrichen sei, daß eine erschöpfende Auswertung des neuen Materials im Rahmen des vorliegenden Berichts weder beabsichtigt noch möglich war —, so tritt der, auch vom wohlverstandenen deutschen Standpunkt tragische Zwiespalt, in dem die damalige tschechische Politik befangen war, eindringlich hervor: man hatte sich so fest in eine Haltung grundsätzlicher Deutscheindlichkeit — nicht etwa nur in die Gegnerschaft gegen das damals in Deutschland herrschende nationalsozialistische Regime — eingelebt, daß im Augenblick, wo die bitteren Früchte dieser mindestens zwanzig Jahre alten, in Wahrheit aber älteren menschlichen und geschichtlichen Voreingenommenheit zur Reife kamen, nur noch der Rückgriff auf einen Verbündeten übrig blieb, der wahrscheinlich hilfsunwillig, praktisch jedenfalls unerreichbar war und dessen Hilfeleistung überdies im Unterbewußtsein nicht nur der wohlmeinenden, sondern auch der nüchtern-klugen Tschechen noch mehr gefürchtet wurde als der Zwang, jene bitteren Früchte zu ernten. Diese Furcht war — wie sich 1944/45 und seit 1948 erwiesen hat — begründet; es war nicht die Furcht eines sozial rücksichts- und gewissenlosen, selbstzufrieden-satten Reich-tums, wie er im Rußland der zaristischen Spätzeit zu finden sein mochte — so etwas hat es bei den Tschechen nie gegeben —, sondern der Abscheu eines, trotz allerlei fragwürdiger Verfassungseinrichtungen dennoch in freiheitlichen Geistesüberlieferungen erzogenen und mündig gewordenen Volkes, das um seine Menschenrechte und um sein nationales Selbstbestimmungsrecht fürchtete: um jene Güter, die es selbst besaß, umsichtig und verantwortungsbewußt hegte und sich dennoch weigerte, sie mit den nicht-tschechischen Bürgern „seines“ Staates zu teilen.

Noch im August 1938 hatte Beneš einem amerikanischen Diplomaten erklärt, er sei nicht gesonnen, die Sudetendeutschen als „Staatsvolk“ anzuerkennen, d. h. ihnen qualitativ-kollektive staatsbürgerliche Gleichberech-

tigung zuzugestehen⁷⁹ — also das zu gewähren, was der Führer der sudeten-deutschen Sozialdemokratie, Josef Seliger, bereits im Herbst 1919 als Vorbedingung für die nationalitätenrechtliche Konsolidierung des tschechoslowakischen Staates gefordert hatte⁸⁰. Die weitere Tragik war, daß die beiden Westmächte sich erst zu einer Zeit hinter diese berechtigte Forderung zu stellen begannen, als der deutsche Außenminister nicht mehr Stresemann hieß und die Deutschen dadurch — unabsichtlich wohl, doch geschichtlich gesehen nicht schuldlos — in der Lehre Treitschkes bestärkten, daß ihnen ihr gutes Recht nur kraft der Drohung mit Waffengewalt werden könne. Und das Ergebnis? Es war der Stellvertretende sowjetrussische Außenminister, der es bereits am 4. Oktober 1938 dem französischen Botschafter gegenüber aussprach: „Mein armer Freund, was habt ihr da angestellt? Für uns sehe ich nun keine andere Lösung mehr als die vierte Teilung Polens . . .“⁸¹

⁷⁹ Vgl. den Geheimbericht des polnischen Botschafters in Berlin vom 11. August 1938 — s. Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Moskau o. J. (1948), Bd. 1 S. 154 ff. (S. 158).

⁸⁰ „ . . . Wir wollen nicht nur gleichberechtigte Bürger sein, denn das versteht sich von selbst . . . Worum es sich handelt, ist . . . das gleiche Recht der Völker . . .“ — ausführl. Auszug der Rede vom 1. September 1919 bei Rabl, St. Germain . . . a. a. O. S. 917.

⁸¹ Coulondre a. a. O. S. 240.

DIE AUSSTELLUNG „L'ART ANCIEN EN TCHÉCOSLOVAQUIE" IN PARIS

(Juni—Oktober 1957)

Von Hilde und Erich Bachmann*

1.

Die Ausstellung „L'Art ancien en Tchécoslovaquie" im Louvre (Musée des Arts Décoratifs), dem größten Museum Frankreichs, stand unter dem Patronat der Kultus- und Außenministerien Frankreichs und der Tschechoslowakei. Es handelte sich somit um eine offiziöse Veranstaltung. Dies und das bemerkenswerte Interesse der französischen Öffentlichkeit machten sie zu einem kulturpolitischen Ereignis.

Man sah Gegenstände ganz verschiedener Epochen und Kunstlandschaften aus dem Staatsgebiet der Tschechoslowakei: Grabungsfunde, Kunstwerke und kunstgewerbliche Gegenstände vom Egerland in Westböhmen bis zu den Zipser Städten in der Slowakei und von der Prähistorie über die Frühgeschichte und die romanische Zeit bis zum Ausgang des Mittelalters. Nur zum kleineren Teil handelte es sich um Nachbildungen (Fotos, Abgüsse, farbige Kopien). Den Kern der Ausstellung bildete die karolinische und nachkarolinische Kunst der böhmischen Kronländer sowie die spätgotische der Zipser Städte, die bis 1918 zur Stephanskronen gehörten. Mit inneren historischen Gründen ist eine Vereinigung so heterogener Gegenstände nicht zu rechtfertigen, sondern nur mit äußeren geographischen und staatlich-politischen. Und politisch war auch das Programm dieser Ausstellung, allerdings nicht im Sinne einer ideologischen Tendenz, sondern eines, freilich verhüllten, nationalistischen Geschichtsbildes. Deutlicher noch als im Katalog trat dies in den Führungen zutage, die man in französischer Sprache veranstaltete und in denen man unter anderem hören konnte, daß die von der hussitischen Revolution vertriebenen tschechischen (!) Künstler die Kunst in die benachbarten deutschen Gebiete brachten. (Eine gewisse wissenschaftliche Bedeutung kommt der Ausstellung jedoch insofern zu, als man zum erstenmal in Westeuropa Gelegenheit hatte, eine Anzahl Hauptwerke der karolinischen Kunst in restauriertem Zustande zu sehen.) Die Ausstellung, die bis zu einem gewissen Grade auch als eine versteckte Demonstra-

* Die Verfasser haben dem Collegium Carolinum e.V., München zu danken, das durch ein Stipendium die Reise nach Paris ermöglichte.

tion der Zugehörigkeit Böhmens zum Abendland gemeint war, sollte den „ge-reinigten“ tschechoslowakischen Staat als Rechtsnachfolger und Erben der Kunst des Königreichs Böhmen (vor allem der karolinischen Epoche) und der Zipser Städte darstellen und hiefür die Legitimation des Westens erlangen. Indem der tschechoslowakische Staat die Kunst jener Epochen annektiert, bildet er sich jene Überlieferungen zu, ohne die kein Kulturstaat auf die Dauer bestehen kann. (Es ist dies übrigens ein Prozeß von allgemeiner Bedeutung, der keineswegs bloß auf Ostmitteleuropa beschränkt ist.)

Diesem Ziel haben sich die Veranstalter bis zu einem hohen Grad genähert. Insofern krönt die Pariser Ausstellung die jahrzehntelangen Bemühungen der tschechischen Wissenschaft. Mehr noch als das Echo in der französischen Öffentlichkeit — von den französischen Kritikern, die mit Recht von der hohen Qualität des Dargebotenen beeindruckt waren, wird niemand tiefere Kenntnis der böhmischen und mitteleuropäischen Geschichte erwarten — bezeugt dies die Reaktion in Deutschland. Man nahm hier vielfach mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Titel der Ausstellung nicht „L'Art tchécoslovaque“, sondern „L'Art en Tchécoslovaquie“ lautete, obwohl dies nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit war, da man ja auch prähistorische Funde aus einer Zeit zeigte, in der es in Mitteleuropa noch keine Slawen gab. (Überflüssig zu sagen, daß man zwar slawische Funde, hingegen überhaupt keine germanischen sah und im Katalog sowie auf den Postkartenserien, die man an der Kasse verkaufte, bezeichnete man unbedenklich weiterhin die anonymen karolinischen und Zipser Künstler als „maître tchèque“ oder als „maître slovaque“.) Auch daß man auf dem Umschlag des Katalogs Karl IV. mit betend erhobenen Händen abbildete und zwar nicht als König von Böhmen, sondern als Kaiser des Hl. Römischen Reiches deutscher Nation (Ausschnitt aus der Votivtafel des Očko von Wlaschim) wurde von deutscher Seite hervorgehoben; ferner, daß man auf den Pariser Plakaten der Ausstellung den Apostel Andreas sah, eine der 129 Tafeln Meister Theoderichs aus der Hl. Kreuzkapelle der Burg Karlstein, die Kaiser Karl IV. als Aufbewahrungsort der Reichskleinodien mit beispiellosem Prunk hatte ausstatten lassen. So kam es, daß diese Ausstellung von ganz verschiedenen politischen Gruppen in Deutschland begrüßt wurde: von den Christlich-Konservativen als Annäherung an den Westen und als versteckten Protest gegen den Marxismus, und dies, obwohl man im Katalog die wundervollen böhmischen Gnadenbilder — in denen sich das Wesen der böhmischen Religiosität und Volksseele wahrscheinlich reiner zeigt als irgendwo sonst — als „Anachronismus“ bezeichnet; von den Humanisten als „zweites Ungarn“, weil man im Katalog die Bedeutung des karolinischen Frühhumanismus für Mitteleuropa rühmte; nur übersah man, daß der Geist, in dem dies geschah, nicht humanistisch, sondern nationalistisch war. So bezeichnete man in der Einleitung das Haupt des karolinischen Frühhumanismus, den Schlesier Johannes von Neumarkt (gegen die humanistische Tradition auch der älteren tschechischen Wissenschaft) als „Jan ze Středa“, wäh-

rend man bei seinen Handschriften in der Ausstellung sich für die latinisierte Form seines Namens „Johannes Novitorenensis“ entschied. Peter Parler, dem wir die ältesten Bildnisbüsten (nicht nur) der mitteleuropäischen Kunst verdanken, wurde bei den in der Ausstellung gezeigten Abgüssen seiner Büsten als Urheber überhaupt nicht erwähnt und im Katalog nur als „Pierre Parler“, obwohl man sonst überlieferte tschechische Namen im Katalog keineswegs ins Französische übersetzte, dafür aber deutsche slawisierte. Da man den Berufsnamen Parler ohne weiteres auch französisch lesen und aussprechen kann, war „Pierre Parler“ für den durchschnittlichen Besucher der Ausstellung selbstverständlich ein Franzose, obwohl er in zeitgenössischen Prager Quellen als „magister germanus“ bezeichnet wird. Auch Martin und Georg Clusenberch kamen nur als „Martin et Georges de Koloche“ vor.

Niemand wird sich daher bei der ziemlich allgemeinen binnendeutschen Unkenntnis in allen Fragen ostmitteleuropäischer und ehemals österreichischer Geschichte noch wundern, wenn deutsche Kunstzeitschriften von internationaler Verbreitung sowie große Zeitungen kritiklos Berichte über diese Kunstausstellung brachten und Hauptwerke deutscher, ja europäischer Kunst des 14. Jahrhunderts, deren Kenntnis von jedem Studenten des ersten Semesters verlangt wird, als Schöpfungen der tschechischen Kunst und noch dazu mit den tschechischen Bezeichnungen veröffentlichten; so die Büste der schlesischen Prinzessin und Gemahlin Kaiser Karls IV., Anna von Schweidnitz, als „Anna Svidnická“ (ohne den Schöpfer Peter Parler zu erwähnen) oder Paul von Leutschau als Pavel de Levoča und den Wittingauer Meister als „mistr z Treboně“. Einige dieser Berichte waren offensichtlich nicht frei von Ressentiment gegen die Vertriebenen (Süddeutsche Zeitung). Statt Berichtigungen zu bringen, hat man es vorgezogen, den deutschen Kritikern dieser Berichte ihrerseits Nationalismus vorzuwerfen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß niemand das Recht hat — auch nicht im Namen des Abendlandes oder des Christentums —, Kunstwerke, die nicht nur der Kunstgeschichte des Königreiches Böhmen, sondern auch der des Hl. Römischen Reiches deutscher Nation angehören, zu verschenken. Nur aus dem Geist historischer Wahrheit und Gerechtigkeit kann das Abendland wieder erstehen.

2.

Bei der Fülle des dargebotenen Materials ist es völlig unmöglich, im Rahmen eines Berichtes zu allen aufgeworfenen Fragen im einzelnen Stellung zu nehmen. Nur das Wichtigste kann hier gestreift werden.

Die Ausstellung umfaßte insgesamt 8 Räume, die jeweils zeitgenössische Kunstwerke aller Gattungen (Skulpturen, Gemälde, Kunsthandwerk) zu einem Querschnitt vereinigten. Dieses Prinzip war jedoch nicht konsequent durchgeführt. So folgten auf die karolinische und nachkarolinische Kunst der böhmischen Länder zunächst einige Hauptwerke der Kunst der Dürerzeit in Böhmen und dann die spätgotische der Zipser Städte, die dadurch als natürliche Fortsetzung der böhmischen Kunst erschien. Durch diesen Kunstgriff

verhüllte man die, gemessen an der karolinischen Zeit, geringe Bedeutung der böhmischen Kunst der Dürerzeit und erweckte den Anschein einer historischen Kontinuität, die niemals bestand.

Die museale Darbietung der Kunstwerke ließ manche Wünsche offen. Ob dafür die tschechischen oder französischen Mitarbeiter verantwortlich waren, muß dahingestellt bleiben, zumal auch die großen Pariser Museen längst nicht mehr vorbildlich sind. Einen musealen Mißgriff stellt zweifellos der Versuch dar, die Hauptwerke dadurch hervorzuheben, daß man sie vor einem mit grellrotem Fahmentuch bespannten Hintergrund zeigte, wodurch vor allem die farbigere Erscheinung der Tafelbilder oft empfindlich beeinträchtigt wurde.

Was den aufwändig ausgestatteten Katalog betrifft — der bei 60 Seiten Text 69 Tafeln und 3 Farbdrucke aufweist —, so vermißte man unter den Mitarbeitern die besten Kenner der böhmischen Malerei, vor allem Jaroslav Pešina, einen Enkelschüler Max Dvořáks, und Antonín Friedl. Im

Vorraum

zeigte man die „Verbrennung des Hus“ aus dem *Graduale von Leitmeritz* (1510—14), das ein Künstler illuminierte, der in der Nachfolge der Malerei der Donauschule steht; ferner Fotos der Prager Georgskirche und der romanischen Rotunde in Znaim. (Daß die „böhmischen Rotunden“ keineswegs einen ausschließlich böhmischen Sonderfall darstellen, das beweisen die zahlreichen Rundkirchen Ostmitteleuropas von Schweden bis Ungarn). An der Eingangswand hatte man mäßige und überdies aus unerfindlichen Gründen bräunlich getönte Abgüsse von acht Büsten Peter Parlers aus dem Prager Domtriforium angebracht, die recht unglücklich auf rot gestrichenen Tafeln montiert waren. Nur die Dargestellten waren genannt, aber nicht der Schöpfer dieser Büsten: Peter Parler. Auch bei der riesigen photographischen Vergrößerung der ältesten Ansicht Prags hatte man weder die Herkunft (Chronik des Hartmann Schedel, Nürnberg 1493), noch die Künstler genannt (Holzschnitte von Michael Wolgemut und dessen Stiefsohn Wilhelm Pleydenwurff).

Raum 2:

Die prähistorischen Funde, die man in den Vitrinen der Eingangswand zeigte, können in diesem Zusammenhang übergangen werden. Von besonderem architekturgeschichtlichem Interesse waren hier die Nachbildungen der ausgegrabenen Grundrisse von vier karolingischen Kirchen (Anfang 9. Jh.) aus Mähren (bereits an anderer Stelle publiziert). Es waren dies zwei Chorquadratkirchen und zwei Apsissäle. Beide Typen sind seit vorkarolingischer Zeit in West- und Mitteleuropa nachweisbar: der erste ist nordeuropäischer Herkunft und kommt von England bis zu den Alpen und zwar in breiter Schicht vor, der zweite stammt aus dem Mittelmeergebiet. Beide sind in Mitteleuropa verbreitet. Daher stellt die Ableitung

der Chorquadratkirchen von der irisch-schottischen Mission eine konstruierte Umgehung des mitteleuropäischen Herkunftsgebietes dar. Bemerkenswert ist, daß die Apsiden der Apsidensäle gestelzt sind. Dies spricht dafür, daß der byzantinische Einfluß im 9. und im 10. Jahrhundert stärker war, als bisher angenommen wurde. Die Ableitung dieser Apsidensäle aus dem byzantinischen Balkangebiet hat daher einiges für sich.

Auffallend war die übergroße, durch ihren Wert kaum begründete Zahl von romanischen Fliesen des 12. Jahrhunderts, die man in Vitrinen zeigte. Gerne hätte man auch einige der wundervollen Fliesen aus der Klingenberg-Burgkapelle gesehen, die z. T. deutsche Inschriften aufweisen.

Die Mitte dieses Raumes nahm die farbige Nachbildung (eines Ausschnitts) der bemerkenswerten romanischen Wandmalerei in der Znaimer Rotunde ein, die in den letzten Jahren restauriert worden waren. Ob es gelungen ist, die eingreifenden Übermalungen des 19. Jahrhunderts zu entfernen, kann selbstverständlich nach einer Kopie nicht beurteilt werden. Es fällt jedoch auf, daß sich diese Kopie erheblich von jenen Aufnahmen unterscheidet, die Jiří Mašín vor einiger Zeit veröffentlichte. Mašín bringt diese Wandmalerei mit der Salzburger Kunst in Zusammenhang. Davon ist allerdings im Katalog nicht die Rede.

Von der spärlichen romanischen Plastik Böhmens zeigte man die Kouřimer Löwen, die im Katalog von den lombardischen Portallöwen abgeleitet werden. Abgesehen davon, daß es sich dabei kaum um Portallöwen handelte — die Löwen trugen, wie die erhaltenen Klauenfüße am Rücken dartun, mit größter Wahrscheinlichkeit einen steinernen Faltthron —, sind sie im Katalog auch um rund eine Generation zu früh datiert. Vermutlich handelt es sich um Arbeiten derselben zisterziensisch geschulten Steinmetzen thüringisch-sächsischer Herkunft, die auch die Kouřimer Dekankirche erbauten (um 1260—80, vgl. dazu auch das Gegenstück im Kölner Schnütgen-Museum).

Auch der prachtvolle, mit sächsischen Skulpturen verwandte Jünglingskopf vom Relief des Kleinseitner Brückenturms war zu sehen (vgl. E. Bachmann: Das staufische Relief vom Kleinseitner Brückenturm, Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte, 1941). Es handelt sich mit großer Wahrscheinlichkeit um eine Darstellung der Kleinseitner Stadtgründung.

In eingebauten Vitrinen sah man ferner die kleine Standmadonna aus Deschney (vgl. dazu H. Bachmann: Gotische Plastik von Peter Parler, 1943, 29—32, Taf. 16), die Büste einer Heiligen aus Südböhmen, die letztlich noch parlerischer Herkunft ist (Anna von Schweidnitz) und das Reliquiar aus dem Prager Domschatz mit dem Parlerzeichen, das im Katalog irrig als Reliquiar "à l'emblème du Pierre Parler" bezeichnet ist (der doppelt gebrochene Winkelhaken in Form einer S-Rune war nicht das Zeichen Peter Parlers allein, sondern der

ganzen Familie!). Auch darin kann man nicht zustimmen, daß dieses Reliquiar „treu die Formen der Parler-Architektur“ nachbilde. Es handelt sich daher kaum um eine Arbeit Peter Parlers (auch nicht nach seinem Entwurf), sondern eines anderen Mitgliedes dieser weit verzweigten Familie, von der in Böhmen allein damals mindestens drei gleichzeitig arbeiteten.

Das singuläre Egerer Antependium wurde als Beweis für das hohe Niveau des Kunsthandwerkes in Böhmen angeführt, doch wurde diese Arbeit, die den Reichsadler und das Egerer Stadtwappen zeigt, mit großer Wahrscheinlichkeit von Egerer-Klarissinnen schon um 1300 angefertigt, zu einer Zeit somit, da Eger, das auch später immer eine kunstlandschaftliche Enklave in Böhmen darstellte, noch gar nicht zu Böhmen gehörte (von der älteren deutschen Literatur über dieses Antependium ist im Katalog nichts zitiert).

Das romanische Kunsthandwerk aus Böhmen war auffallend schwach vertreten.

Ob die Restaurierung des Hohenfurther Altars inzwischen weitergeführt wurde, war aus den wertlosen farbigen Kopien nicht zu entnehmen.

Den Abschluß dieses Raumes — auf der rechten Seite — bildete eine bemerkenswerte steinerne Sitzmadonna mit Kind, um 1320, die sich in der Tat, wenn auch in provinzieller Abwandlung, eng an französische Vorbilder anschließt (vgl. H. Bachmann, o. c.).

Raum 3:

Über die Skulpturen dieses Raumes: die großartige Strakonitzer Madonna, die Madonnen aus Michle, Rudolfstadt, Prostějov (die wahrscheinlich um ein Jahrzehnt zu früh datiert war), den Hl. Petrus aus Leitmeritz, den Apostel Jakob aus Brünn, sowie den Kruzifix und die Pietá aus Strakonitz, vgl. H. Bachmann, o. c. Die Madonna aus Michle war zum ersten Mal in restauriertem Zustand zu sehen (man hatte die häßliche nachmittelalterliche Fassung entfernt). Was die reizvolle Sitzmadonna aus Konopischt betrifft (ob sie dorthier stammt, ist eine andere Frage, sie befand sich dort in der Sammlung des Erzherzogs Franz Ferdinand), so wird man der im Katalog vorgeschlagenen Ableitung aus „nationaler Tradition“ kaum zustimmen können. Es handelt sich um eine österreichische Abwandlung der schlesischen Löwenmadonnen, aber soviel ist immerhin richtig, daß sich der größte Teil dieser Skulpturen bis zu einem gewissen Grad von der übrigen mitteleuropäischen zu isolieren beginnt und schon vor der Mitte des 14. Jahrhunderts einen böhmischen Sondercharakter ausbildet. Neben diesen vorparlerischen Skulpturen bildeten die Tafeln des sog. ersten und zweiten „böhmischen Stils“ das Hauptstück dieses Raumes. So die Raudnitzer Predella, das älteste Tafelbild aus Böhmen (im Katalog als „peinture tchèque“ charakterisiert, obwohl sie in keiner Weise „böhmisch“ ist, sondern stilistisch noch mehr zur österreichischen Malerei gehört und in der

Nachfolge der Tafeln des Verduner und des Klosterneuburger Altars und der Tafeln in der Sammlung Böhler, München, steht); ferner das älteste der sog. böhmischen Gnadenbilder, die Madonna aus Eichhorn aus dem Umkreis des Hohenfurther Meisters und die kleine Madonna aus Rom, bei der man allerdings eher an einen italienischen als an einen mitteleuropäischen Künstler denkt, zumindest aber an eine alte Replik nach einem italienischen Vorbild (daß auch der Typus der böhmischen Gnadenbilder schon vorher in der österreichischen Malerei vorhanden ist, macht die sog. Wiener Madonna wahrscheinlich, vgl. Stange).

Obwohl wir die frühesten Dokumentationen zur böhmischen Malerei deutschen Forschern verdanken, hat man im Katalog weder die große Publikation von Ernst, noch die Neuwirths über den Karlstein oder die Arbeiten Oettingers oder Stanges zitiert. Oettinger ist nicht einmal beim sog. Jeřen-Epitaph erwähnt, obwohl er die zweite Hälfte dieser Tafel in einer Wiener Privat-Sammlung seinerzeit entdeckt hat.

Den größten Eindruck in der Ausstellung hinterließen nicht die teilweise ungünstig dargebotenen Tafeln des Wittingauer Meisters, deren Bedeutung längst erkannt ist, sondern die 12 der insgesamt 127 restaurierten Tafeln Meister Theoderichs und seiner Werkstatt, obwohl das rote Fahnentuch des Hintergrundes deren farbige Erscheinung empfindlich beeinträchtigte. An Vitalität, visionärem Ausdruck und pastoser Malerei übertreffen sie alles, was aus der zeitgenössischen europäischen Malerei bisher bekannt geworden ist. Die Kunst Theoderichs stellt ein Phänomen dar, das nicht weiter ableitbar ist. Nur in der böhmischen Buchmalerei gibt es gewisse Parallelererscheinungen. Der Versuch des tschechischen Kunsthistorikers Antonín Friedl, die tschechische Herkunft Theoderichs, der bislang als Deutscher galt, zu beweisen, ist mißlungen. Aber soviel ist sicher, daß seine Arbeiten in exemplarischer Weise „böhmisch“ sind. Gewisse muschikähnliche Kopftypen machen einen unverkennbar östlichen Eindruck, doch gilt dies ja auch für einige Tumben Peter Parlers, der augenscheinlich Theoderich einige Impulse verdankt.

Bei der Votivtafel des Očko von Wlaschim, einem Werk aus der Nachfolge Theoderichs, hat man den Goldhintergrund freigelegt und dadurch das Schrille des Kolorits gemildert. Störend war, daß man die gespenstisch-expressive Kreuzigung von Emaus — möglicherweise handelt es sich um ein Alterswerk Theoderichs — in einem neu-barocken Rahmen des 19. Jahrhunderts zeigte. Daß auch das Kunsthandwerk Impulse von diesem Meister empfangt, beweisen einige wundervolle Stickerien (Kasel aus Brunn, um 1370—80, und Rokytzan, um 1375 bis 1385, sowie das Wittingauer Antependium). Auch zur zeitgenössischen Plastik ergeben sich Verbindungen (Madonna von Hochpetch) und in dem charakteristischen Ringfaltenstil zur ältesten der Iglauder Madonnen. Im Katalog wird die Meinung vertreten, daß diese Stickerien in einem Prager Atelier entstanden. Doch sprechen die Herkunfts-

orte dieser Stücke und vor allem die Wappen des Johann von Rosenberg und seiner Gemahlin Elisabeth von Hals am Wittingauer Antependium eher dagegen. Immerhin bezeugen diese Arbeiten, daß sich um 1370 ein gemeinsamer Schulcharakter in allen Gattungen der bildenden Kunst allgemein durchgesetzt hatte.

Raum 4:

Unmittelbar in die Achse des Eingangs hatte man eine Querwand gepflanzt, die das großartige „Auferstehungsbild“ des Wittingauers trug. Das Ergebnis war, daß die meisten Besucher daran vorbeigingen, da nach einer alten Erfahrung jeder sich zunächst einen Überblick über das Ganze des Raums zu verschaffen sucht. So kam eines der Hauptwerke europäischer Malerei um seine Wirkung. An der Eingangswand hingen u. a. die kleine, aber erlesene Tafel aus Neuhaus mit der Sitzmadonna, die ohne westeuropäische Impulse und ohne die Wenzelshandschriften kaum denkbar ist. Dieses Täfelchen ist zusammen mit dem Prager Gnadenbild beispielhaft für die verfeinerte, rokokohafte Endphase der nachkarolinischen Kunst und den „schönen Stil“ um 1400, den die Replik der Krummauer Madonna (in Wien), die Hl. Katharina aus Igau und aus dem Karlstein, sowie die Pilsener Madonna (in einem Abguß) vertraten. Gegenüber der Terminologie der Bearbeiter des Katalogs (*„beau style tchèque“* oder *„style tchèque des belles madones“*) ist zu betonen, daß aus Innerböhmen und vor allem aus Prag keine schönen Madonnen überliefert sind, wohl aber aus den Randgebieten. Ähnliches gilt für Andachtsbilder, vor allem für die Pietà aus Olmütz und Wschemeritz. Dafür zeigte man den etwas trüben Hl. Johannes aus der Teinkirche, der im Katalog etwas euphemistisch als *„maitre le plus important de la sculpture tchèque“* bezeichnet wird. Inmitten dieser verfeinerten Skulpturen der Zeit um 1400 wirkte die Pietà aus Laschenitz in Südböhmen von 1380 durchaus als Fremdkörper und zwar nicht nur wegen des anderen Zeitstils, sondern auch wegen ihrer geringen Qualität. Es handelt sich um eine Arbeit von nahezu bäuerlicher Roheit. Warum diese Arbeit gezeigt wurde, schien zunächst unerfindlich, bis man dann im Katalog den Hinweis fand, daß der Typus der Pietà — bei der ungleich qualitätvolleren aus Strakonitz im vorangehenden Raum war davon allerdings nicht die Rede — aus Deutschland stammt. Für den nicht unterrichteten Besucher entstand der Eindruck, daß der *„beau style tchèque“* — überflüssig zu sagen, daß der „Schöne Stil“ ein übernationales Phänomen ist — von ungleich höherem Rang als die deutsche Kunst ist. Was den Strakonitzer Kruzifix betrifft, so gehört er überhaupt mehr der österreichischen als der böhmischen Kunst an, ganz abgesehen davon, daß man ihn im Katalog rund 20 Jahre zu spät datiert hat.

Die nachkarolinische Kunst in der zweiten Hälfte dieses Raums ließ erkennen, daß die Randgebiete Böhmens und Mährens nach dem Ausbruch der

Hussitenkriege Innerböhmen und Prag überflügelten. Zwar ist das Verhältnis des Meisters von Raigern, der an der Wende vom „weichen Stil zur dunklen Zeit“ tätig war, zur österreichischen Malerei noch nicht geklärt, sicher aber ist der diesem Künstler nahestehende Meister des sog. „Jakobsaltars“ (Kat.-Nr. 149) ohne die gleichzeitige österreichische Malerei, die inzwischen im Südosten wieder die Führung ergriffen hatte, nicht denkbar. Ähnliches gilt für die Tafel von Namiest mit dem Martyrium der Hl. Katharina. Sie zeigt Schergen mit hussitischen Gesichtstypen, die sich über die Heilige mit wilder Wut hermachen. Im Katalog weisen die Bearbeiter darauf hin, daß Darstellungen von Martyrien in der böhmischen Kunst selten sind. Doch gilt dies allgemein für die Kunst Europas im 14. Jahrhundert und zumal für den „schönen Stil“ um 1400, dem heftige Gebärden und dramatische Szenen fremd sind.

Entsprechend der geänderten Situation — Böhmen bildet keinen geschlossenen Schulcharakter in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts und in der Dürerzeit aus — werden auch die Aussagen im Katalog immer lakonischer (die Bearbeiter begnügten sich mit stereotypen Wendungen: „oeuvre typique de l'art du gothique tardif“ oder auch „exemple typique de l'art tchèque du gothique tardif“). Es liegt dies weniger an der noch immer mangelhaften Erforschung vor allem der Plastik, noch daran, daß die böhmischen Künstler die Schulen benachbarter deutscher Gebiete kompilieren, sondern daß sich das „Böhmische“ überhaupt mehr in negativer Weise zeigt. Charakteristisch hiefür ist etwa die Beweinung von Bettlern (Nr. 200) und die Hl. Magdalena aus Klein-Bor. Die bayerisch-österreichischen Vorbilder werden zersetzt. Alles gerät ins Labile, Fließende und Verworrene. Auch die Madonna mit Kind aus Wischau (Nr. 202) ist von der Kunst des Donautales abhängig, während der Meister IP des Epitaphs aus Zlichov sich nicht nur von den Graphiken Dürers inspirieren ließ, sondern wahrscheinlich überhaupt aus dem Salzburgischen zuwanderte. Von den zahlreichen vor allem süd- und westböhmischen Skulpturen in der Nachfolge der großen fränkischen und bayerischen Schnitzer (Veit Stoß, Riemenschneider, Leinberger) war keine in der Ausstellung vertreten. Auch nicht das Gnadenbild vom Hochaltar der Gajauer Wallfahrtskirche, das ebenso in der Nachfolge des Meisters des Kefermarkter Altars steht, wie etwa die Madonna aus Třebotowitz (Kat.-Nr. 197). Die Meister Pilgram und Morgenstern werden im Katalog nicht einmal erwähnt.

Hinzuweisen ist noch auf das Büstenreliquiar des Hl. Paulus (Nr. 230) aus dem Erzbischöflichen Palais in Prag. Dieses mit außergewöhnlichem plastischen Gefühl gearbeitete Werk steht, obwohl zwischen 1413 und 1419 entstanden, noch immer in der Nachfolge der Parler, mehr freilich, wie es scheint, der Nürnberger (Schöner Brunnen) als der Prager Mitglieder dieser Familie.

Daß von der spätestgotischen Tafelmalerei aus Böhmen nur zwei Werke vertreten waren, hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß diese fast ausnahmslos unter dem Einfluß Dürers, Lukas Cranachs und vor allem der Donauschule steht. So variiert die „Melniker Kreuzigung“ (Kat.-Nr. 157) den Holzschnitt dieses Themas aus der Großen Passion Dürers. Auch der vor allem in den Städten Nordwest-Böhmens tätige Meister des Leitmeritzer Altars (Kat.-Nr. 156), der bedeutendste Maler in Böhmen zur Dürerzeit, faßte Impulse ganz verschiedener deutscher Schulen (Bayern, Donauschule, Sachsen und Dürer) zu einem allerdings recht eigenwilligen Personalstil zusammen. Die museale Darbietung dieser Tafeln (kalkweiße Rahmen vor dunkler, tintenblauer Wandbespannung) ließ zu wünschen übrig.

Raum 5:

Es folgte sodann ein verdunkeltes Kabinett mit einer Wand von 12 photographischen Vergrößerungen von spätgotischen Kunstwerken (zumeist Architekturen) aus den böhmischen Ländern und der Slowakei, die effektiv von rückwärts beleuchtet waren. Eine dieser Vergrößerungen war falsch beschriftet. Man gab die Kirche in Wettel (Nordwestböhmen) als einen slowakischen Bau aus.

Raum 7:

vereinigte Kunstwerke aller Gattungen aus der Slowakei, vor allem aber aus den deutschen Bergstädten der Zips. Diesen Sachverhalt übergingen die Bearbeiter allerdings sowohl im Katalog als auch in der Ausstellung. Die Zipser Städte wurden lediglich als „villes minières du centre de la Slovaquie“ gestreift. Dafür hat man die Zusammenhänge mit der „l'Art tchèque avancé“, der karolinischen Kunst Böhmens über die Maßen betont, obwohl die mit Abstand wertvollsten Ausstellungsgegenstände aus einer Zeit stammten, da nicht mehr Böhmen, das in der Dürerzeit im Südosten von sekundärer Bedeutung ist, sondern Österreich, Nürnberg und das damals deutsche Krakau (des Veit Stoß) durchaus vorherrschend waren. Von der einschlägigen deutschen Literatur zitierte man lediglich das grundlegende Werk von Schürer-Wiese und auch dieses falsch und ohne Angabe der Seiten. Ungarische Literatur wurde nur ausnahmsweise und die immerhin bemerkenswerten Beiträge der Zipser Deutschen überhaupt nicht erwähnt.

Der Zellenaltar von Kreig (Kat.-Nr. 251) ist von besonderem entwicklungsgeschichtlichem Interesse. Er steht zwischen dem Wandaltar (bzw. der Retabel) und dem Schreinaltar. Offensichtlich hielt sich der Künstler — der Altar stammt aus dem Anfang des 14. Jahrh. — an ein älteres Vorbild des 13. Jahrhunderts. Dies bezeugen auch die romanisierenden Figuren. Die Madonna aus Nehre (Nr. 252), die älteste Stehmadonna aus der Slowakei, vertritt in recht selbständiger Abwandlung einen im

Osten, vor allem in Schlesien, (vereinzelt auch in Thüringen) weit verbreiteten Typus.

Auch die Madonna mit dem Kind aus Klein-Lomnitz (Nr. 254), die im Katalog von den "belles madonnes tchèques" abgeleitet wird, steht, worauf schon E. Wiese hinwies, zweifellos in der Nachfolge schlesischer Madonnen um 1400.

Was die Madonna mit Kind aus Schwabsdorf (Nr. 261) und den Hl. Nikolaus aus Tarnov (Nr. 258) betrifft, so sind sie einander so ähnlich, daß sie gut von einer Hand stammen könnten.

Der prachtvolle Gnadenstuhl aus Bartfeld (um 1500) und die Johannesschüssel aus Tajo (Museum Neusohl, Kat.-Nr. 256, 257) führen dann bereits in die Nähe des Meisters Paulus von Leutschau, des führenden Künstlers der Spätgotik in der Slowakei, in den deutschen Urkunden als „Paul Schnitzer“ bezeichnet. Vermutlich hat er, wenigstens vorübergehend, in der Werkstatt des Veit Stoß, vielleicht in Krakau, gearbeitet, aber er hat sich auch von Riemenschneider und Graphiken Dürers und Cranachs anregen lassen. Von seinem einzigen bezeugten Werk, dem Hochaltar aus Leutschau zeigte man die Predella und die beiden wundervollen Hirten der Anbetung; von den Arbeiten aus seiner Werkstatt sah man: Johannes den Almosengeber und den Hl. Leonhard (Leutschau, St. Jakob), sowie den Hl. Andreas aus Nehre. Mit den Arbeiten des Meisters Paulus, den man unbedenklich zu den großen deutschen Schnitzern der Dürerzeit rechnen darf, kulminierte diese Ausstellung „tschechischer und slowakischer“ Kunst der Spätgotik.

Die Malerei der Spätgotik in der Slowakei setzt verhältnismäßig spät ein. Der Einfluß etwa des großen Wittingauers ist noch nach der Jahrhundertmitte spürbar, so etwa in der Tafel mit der Hl. Ursula aus Bartfeld (Nr. 245).

Die vier Flügel des Altars von Kirchdrauf (Zipser Kapitel-Museum, Kat.-Nr. 248), die ein recht eigenwilliger Künstler schuf, sind zwar in mancher Hinsicht mit dem Elisabeth-Altar von St. Jakob in Leutschau verwandt, aber es handelt sich doch um eine recht vereinzelte Leistung, die aus der österreichischen Malerei (Pacher-Kreis) keineswegs restlos erklärt werden kann. Die Figuren, die in weiten kahlen Bildbühnen stehen, sind durch ein befremdlich kalkiges, grau-schwarzes Inkar-nat charakterisiert.

Vom Monogrammisten MS zeigte man eine Schnitzfigur der Hl. Katharina und eine Tafel mit der Geburt (datiert 1506 und bezeichnet MS), die wahrscheinlich vom Hauptaltar der Kirche in Schemnitz stammt (die übrigen Tafeln befinden sich in Ungarn in den Museen von Budapest und Esztergom). Dieser bemerkenswerte Maler geht zweifellos von der Donau-Schule aus. Dasselbe gilt für die Tafel mit den vier Hl. Märtyrern (Kat.-Nr. 250), nur daß hier noch süddeutsche Impulse hinzutreten.

Der Meister hat die Arbeiten Albrecht Altdorfers so gründlich studiert, daß wir in ihm einen unmittelbaren Schüler dieses großen Künstlers sehen dürfen.

Raum 8:

Im letzten Raum zeigte man in eingelassenen Vitrinen romanische und gotische Handschriften, darunter das Hauptwerk der romanischen Buchmalerei: den *Codex Wyseshehradensis*. Allerdings war hierfür nicht so sehr die Regensburger Buchmalerei vorbildlich — wie im Katalog angenommen wird —, sondern eine bayerische Malerschule in der Diözese Freising. Übrigens wirkte sich auch noch die ottonische Buchmalerei auf die böhmische Handschriftengruppe aus, wengleich die Bildtypen in eigenartig romantisierender Weise abgewandelt werden. Charakteristisch hiefür ist etwa der Einzug Christi in Jerusalem. Christus reitet nicht durch eine Stadt, sondern durch einen Hain. Die Bildfläche wächst gewissermaßen zu. Auch der *Codex Hildebert und Everwin* (Nr. 100) ist nicht der salzburgisch-süddeutschen Buchmalerei verpflichtet, sondern wie A. Böckler gezeigt hat — der Aufsatz wurde freilich im Katalog nicht zitiert — von der rheinisch-kölnischen. Im übrigen wird man gerne anerkennen, daß die romanischen Handschriften mit bemerkenswerter Objektivität charakterisiert sind.

Einigermassen anders verhält es sich mit den gotischen Handschriften. Hier vermißt man beim *Passionale* der Äbtissin Kunigunde und bei der *Welislawbibel* einen Hinweis auf die österreichische Buchmalerei, vor allem auf die südosddeutschen *biblia pauperum*, obwohl frei zugegeben ist, daß der für diese Arbeiten charakteristische Zeichenstil seinen Ursprung zweifellos in der französisch-englischen Kunst hat.

Zu den bedeutendsten Leistungen der Buchkunst des 14. Jahrhunderts in Europa gehören zweifellos die Handschriften um Johannes von Neumarkt. Der Name dieser "grande figure de l'humanisme tchèque" kommt allerdings im Katalog, wie bereits erwähnt, entweder nur in tschechisierter (Jan ze Středa) oder latinisierter Form (Johannes Noviforensis) vor. Beim Brünner Missale des Nikolaus von Kremsier wird er überhaupt nicht genannt, während jenes Missale, das Johannes von Neumarkt als Bischof von Olmütz in Auftrag gab, den Bearbeitern als "témoignage le plus élatant du nouveau style d'enluminure tchèque" gilt. Von den Wenzelshandschriften im weiteren Sinne — die Hälfte davon ist in deutscher Sprache geschrieben, der Rest in lateinischer, — war keine vertreten, auch nicht die sog. Antwerpener Bibel. Dafür zeigte man die tschechische Übersetzung von "Barlaam et Josa-phat". Der grundlegende Aufsatz Julius von Schlossers über die Wenzelshandschriften ist überhaupt nicht zitiert worden. Die spätgotischen Handschriften nach der Mitte des 15. Jahrhunderts waren nur mit zwei Exemplaren vertreten. Beide setzen als Vorlage deutsche Graphiken voraus. Dies wird ausnahmsweise im Katalog zugegeben.

Nur als politisches, nicht als wissenschaftliches Ereignis verdient diese Ausstellung Aufmerksamkeit. Geschichte ist etwas anderes als eine zurückprojizierte politische oder staatliche Konzeption. Die historische Wahrheit ist, daß das Herzogtum und spätere Königreich Böhmen durch ein rundes Jahrtausend sowohl politisch als auch kunstgeschichtlich ein Teil des Hl. römischen Reiches deutscher Nation und eben dadurch auch des christlichen Abendlandes gewesen ist.

BUCHBESPRECHUNGEN

Ludwig Hammermayer, Gründungs- und Frühgeschichte der bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Band IV der Münchener Historischen Studien. Abt. Bayerische Geschichte. Herausgegeben von Max Spindler. XXIV und 388 Seiten. Verlegt bei Michael Lassleben in Kallmünz. Preis DM 22,—.

Die vorliegende „Gründungs- und Frühgeschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften“ des Spindlerschülers Ludwig Hammermayer, die neben der repräsentativen, von Max Spindler selber besorgten Ausgabe der Briefe aus der Gründungszeit¹ und einer tiefeschürfenden Studie des Spindlerschülers A. Kraus² zum zweihundertjährigen Jubiläum der gelehrten Körperschaft erschienen ist, das zu Ende 1959 festlich begangen und durch eine dreibändige Festschrift³ gebührend hervorgehoben wurde, in diesem ersten Jahrbuch anzuzeigen, besteht mehrfacher Anlaß. Einmal ist es die ehrenvolle Aufgabe des Collegium Carolinum, die Traditionen der gelehrten deutschen Gesellschaften und Körperschaften in den böhmischen Ländern zu pflegen und zu erhalten, zum andern fühlt es die Verpflichtung, gerade in diesem Falle am gleichen Wirkungsort an den repräsentativen wissenschaftlichen Ereignissen des neuen Heimatlandes aufrichtigen Anteil zu nehmen, da ihm daraus neue Anregungen und vertiefte Beziehungen zu wachsen, die leider nach anderer Seite hin abgerissen sind. Auf die Arbeiten von Kraus und Hammermayer sei gerade darum hier aufmerksam gemacht, weil sie Anlaß werden sollten, eine moderne „Bohemia docta“ zu schreiben, die den geistigen Umkreis, die Bemühungen und Leistungen der Deutschen in den böhmischen Ländern sowie ihre Begegnung und Auseinandersetzung mit den gelehrten Geistern der Nachbarnationalitäten besser umreißen und prosopographisch-individuell erhellen wird, als manche oberflächlich hingeworfene, abstrakte allgemeine Geistesgeschichte dies zu tun vermag.

Das nicht immer leicht zu lesende, aber auf jeder Seite Interesse erweckende und Fragen aufwerfende Buch L. Hammermayers ist ein bedeutender Beitrag zur Geistes- und Gelehrten Geschichte des 18. Jahrhunderts, des

¹ Electoralis Academiae scientiarum boicae primordia. Briefe aus der Gründungszeit der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, hsgb. von Max Spindler unter Mitarbeit von Gertr. Diepolder, L. Hammermayer, A. Kraus (1959).

² A n d r e a s K r a u s, Die historische Forschung an der churbayerischen Akademie der Wissenschaften 1759—1806 (1959).

³ Geist und Gestalt. Biographische Beiträge zur Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vornehmlich im zweiten Jahrzehnt ihres Bestehens. 3 Bde. (1959).

die Moderne vorbereitenden saeculum. Die Arbeit verleugnet nicht die Anregung Max Spindlers, der in zwei grundlegenden Studien⁴ neues „Licht“ über das bayerische 18. Jahrhundert gebreitet hat, das gerade von der bayerischen Geschichtsschreibung zweihundert Jahre lang in merkwürdig unhistorischer Einstellung zur Vergangenheit verdunkelt war. Für den, der in großen Zusammenhängen denkt, bedeutet die katholische Aufklärungsbewegung vorab, aber auch die Aufklärung als gesamteuropäische Erscheinung die große Geisteswende weg von dem zuletzt von den Jesuiten am stärksten getragenen, aber nun erlahmten ersten rationalen Aufschwung europäischen Geistes, den wir als Scholastik bezeichnen und dessen historischen Sinn wir heute in größeren Perspektiven sehen. Wer das 19. und 20. Jahrhundert begreifen will, muß die Aufklärung des 18. Jahrhunderts in der schillernden Vielfalt ihrer Strömungen verstehen, muß vor allem erkennen, daß hier ebensowenig eine „breite Bruchlinie zwischen neuen Ideen und altem Gedankenerbe“ vorhanden war, wie zwischen absolutistischem Staat und französischer Revolution und Diktatur oder zwischen 15. und 16. Jahrhundert. Es gibt Epochen- und Grenzhundertere; in diesem Sinne neige ich dazu, das europäisch-universale Mittelalter im 18. Jahrhundert auslaufen zu lassen, das in Kunst und Musik des Barock sich letztmals in ganz großer Form auslebt und in bestimmten Gegenden Deutschlands vor allem nochmals ein erstaunlich lebendiges Verhältnis zu dem gewann, was vom Reich, seinem Recht, seinem Mythos an Substanz noch übriggeblieben war.

Daß es einen geistigen Umbruch im 18. Jahrhundert gab, wenn auch ohne die unüberbrückbare Bruchlinie, beweist — uns Heutigen so vertraut — nichts besser als die Tatsache, daß allüberall in Europa damals die Probleme der Studienreform eifrigst diskutiert wurden, denen auch die „staatlichen“ Akademien entsprangen oder parallel liefen; daß vor allem die hellhörigen Geister im Klerus verspürten, daß sie einer veränderten Welt auch die christliche Wahrheit anders auslegen sollten.

Es ist dem gelehrten Verfasser gelungen, in seiner sehr umfassend angelegten, vornehmlich prosopographischen Abhandlung, die reich belegt ist und gewissenhaft aus einer Fülle von Quellen, besonders Briefen, schöpft, die Grundlinien, die Max Spindler aufzeigte, in selbständiger Untersuchung durch ein überquellendes, aber gebändigtes Detail zu bestätigen und gar häufig neue Akzente des Urteils und der Wertung zu setzen. Diese Arbeit stellt unsere Kenntnis des Gründungsvorganges gegenüber Heigel in mehrfacher Beziehung richtig und erweitert sie überraschend durch reiches, neues Material, das der sehr findige Verfasser überall beigebracht hat. H. hat erstmals erkannt, daß die Akademiegründung nicht nur von der Aufklärung her zu deuten ist, sondern im großen Rahmen der süddeutsch-österreichisch-oberitalienischen „Akademiebewegung“ steht, die H. neu benannt hat. Neue

⁴ Max Spindler, Die kirchlichen Erneuerungsbestrebungen in Bayern im 19. Jahrhundert, Jb. 71 (1952); Ders. Der Ruf des barocken Bayern, ebda 74 (1955).

Perspektiven und Ansatzpunkte auch in Böhmen und Tirol werden sichtbar und vor allem sieht man, daß es in Bayern selbst Gelehrte gab. Besonders gefällt das maßvolle Urteil des Verfassers, der *sine ira et studio* sowohl das Zusammenspiel wie das oft sehr intrigante Gegeneinander der drei führenden Gelehrtenkreise darstellt und ihre Bedeutung abwägt: der von Ickstatt angeregten laikalen Aufklärer vom Schlage eines Lori, der in neuem Licht erscheint, dann der Benediktiner, Chorherren, Prämonstratenser, Theatiner vom Schlage eines Töpsl, Amort, Desing, J. B. Kraus, Forster, Scholliner, Kennedy und schließlich der Jesuiten, als deren Prototypen der politisierende Hofbeichtvater P. Stadler oder der Ingolstädter Prof. Schütz vorgeführt werden. Es zeichnet die Arbeit aus, daß sie auf Grund einer Reihe von Vorstudien, die sich besonders mit dem späteren Akademiesekretär, dem Schotten Kennedy, befaßten, mühsam Steinchen um Steinchen zum großen Mosaik fügt, dessen Farben dann für sich selbst einen objektiven Eindruck ergeben, und daß sie sich nicht zur großen „Schau“ versteigt, die erst nach weiteren Studien dieser Art einem übergreifenden Urteil und Blick möglich sein wird. Soviel ist aber jetzt schon sicher, daß nach solchen Untersuchungen die Geschichte des geistigen Lebens im Bayern des 18. Jahrhunderts unter anderen Aspekten geschrieben werden muß, als das bis vor ganz kurzer Zeit geschah. Unnötig zu bemerken, daß auch manche bayerische Eigenart sich auch auf höchster Ebene zeigt, so das schmollende, inaktive, zum Räsonieren geneigte Abseitsstehen von den großen Neuerungen und dem Fahrtwind des „Fortschritts“, so daß die ersten Ränge, aber auch die Arbeit Fremden und Ausländern überlassen bleiben, die dann aber kritisiert werden, wenn sie zu erfolgreich sind. Vielfach finden tüchtige Bayern die gebührende Anerkennung nur im Ausland, nach dem Tode im Inland.

Daß diese gültige Frühgeschichte der bayerischen Akademie auf dem Hintergrund der Entwicklung des Akademiegedankens im Reich gezeichnet ist, daß wir von den Ansätzen der österreichischen Akademiebewegung, dem Wiener Plan eines Leibniz und Bernhard Pez und dem späteren Plan des Freiherrn von Petrasch (1749), vom Salzburger Muratorikreis und der Innsbrucker „Academia Taxiana“, vor allem auch vom Prager Akademieplan von 1744/45 und der „Societas Incognitorum“ zu Olmütz lesen, über die J. Hemmerle⁵ gearbeitet hat, eröffnet große Perspektiven, in die das geistige, gelehrte Leben Bayerns im 18. Jahrhundert, die „Academia Carolo Albertina“ des Eusebius Amort, der Parnassus Boicus und die Akademie selbst eingebettet sind. Auf dem Fundament der Akademiepläne der Benediktiner, eines Legipont, Desing, Forster und im Vergleich und in Parallele zu den deutschen Akademien zu Berlin, Göttingen, Leipzig, Augsburg und Erfurt ersteht das Bild des allmählichen Wachstums des Akademiegedankens und

⁵ J. Hemmerle, Anreger und Begründer der Geschichtsforschung in den Sudetenländern zu Beginn der Aufklärung, *Stifter Jahrb.* V (1957) 72–101; Ders., Die Olmützer Gelehrtenakademie und der Benediktinerorden, *Stud. u. Mitt. zur Gesch. d. Benediktinerordens* 67 (1957) 298–305; Ders., Wessobrunn und seine geistige Stellung im 18. Jahrhundert, ebda. 64 (1952) 13.–71.

der Akademie in Bayern. Lori's europäische und deutsche Beziehungen, seine Vorläufer in München (Oefele-Kreis) und sein Wirken bieten reiches und erwünschtes Detail, die politische Seite der Akademiegründung, die Rolle des zwielichtigen Kreitmayer und Schroffs sowie Stadlers werden ausgiebig erörtert. Die Stellung Würzburgs und seiner Universität als Einfallstor der Aufklärung und des Staatskirchentums nach Bayern (Ickstatt, Barthel, Schmid, Alban Berg, Dalberg, Oberthür usw.), die auch nach dem verdienten Merkle einer modernen Darstellung bedarf, leuchtet in diesem Buche auf.

Wenn das geistig-kulturelle Leben Bayerns im 19. und 20. Jahrhundert, wenn selbst ein so patriarchalisch-konservativer König wie Ludwig I. zwischen strengstem Konservatismus und mehr oder minder gemäßigtem Liberalismus pendelten, wenn eine so ausgeprägte Figur wie Montgelas, abgesehen von den politischen Voraussetzungen seines Wirkens, in Bayern mit seinem Kloster- und Volksbarock möglich war, so weiß man das gerade nach der Lektüre dieser ausgezeichneten Gelehrten-geschichte des 18. Jahrhunderts auch aus der Doppelgleisigkeit geistlicher und weltlicher Aufklärung in diesem saeculum zu verstehen oder zu ahnen. Der bayerische Klerus hatte bei aller Treue zur Kirche immer einen Hang zu liberaler Toleranz und zur Kritik. Eine überzeugende Beleuchtung erfahren Stellung und Einfluß der Jesuiten im bayerischen 18. Jahrhundert, besonders am Hof und an der Landesuniversität, bis zur Aufhebung des Ordens 1773, die ein Vorläufer der großen Säkularisation von 1803 war und die große Säkularisierung des modernen Geistes grell an die Wand malte. Eine Durchsicht der Themen und Preisarbeiten der Historischen Klasse gibt interessante Aufschlüsse über die zähe Kontinuität der Problemstellung bayerischer Geschichtsforschung vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. Daß gerade die Historische Klasse durch ihren zweiten Direktor Pfeffel, den erfolgreichen Herausgeber der zu Unrecht übel beleumundeten Monumenta Boica, weitgehend in Methode und Einstellung von einem der bedeutendsten Landeshistoriker des 18. Jahrhunderts, dem Elsässer Schöpflin, befruchtet wurde, erinnert an den tiefgehenden Einfluß, den moderne Landesgeschichte auch im 20. Jahrhundert auf Fortschritt und Methode der Gesamtgeschichte ausgeübt hat. Im 18. wie im 20. Jahrhundert scheinen umwälzende Ergebnisse geschichtlichen Denkens und historischer Perspektive von der Landesgeschichtsforschung ausgegangen zu sein.

Dieses umfängliche, gelungene Werk, das als bayerische Gelehrten-prosopographie des 18. Jahrhunderts im besten Sinne Dienste tut, ist durch ein gewissenhaftes Personenregister erschlossen und um einige wertvolle Beiträge erweitert, aus deren Reihe die wertvolle Überschau über das Urteil historischer Kritik an der Akademie besonders gefällt. Die Lektüre bietet ein personales Bild des bayerischen Geisteslebens im 18. Jahrhundert, das nicht unter der Blässe von Abstraktionen leidet und den Wissenschaftler als „Menschen“ am Werke zeigt. Das Buch gibt aber auch ein Rätsel auf, das der Lösung harrt, wie nämlich im barocken 18. Jahrhundert vor allem in den Kreisen der katholischen Aufklärer, bei den „barocken“ Fürststäben und

Fürstpröbsten „barockes Pathos und nüchtern-hartes Aufklärertum“ so unvermittelt nebeneinanderstanden. Vielleicht hat dieser im bayerischen Leben praktisch aufgelöste Widerspruch zu jenen Verdammungsurteilen mitgetragen, die die bayerische Geschichtsschreibung vom 18. bis zum 20. Jahrhundert weitergab.

Karl Bosl, München

R. Turek, Die frühmittelalterlichen Stämmegebiete in Böhmen.

Československá společnost archeologická při Československé akademii věd v Praze (Tschechoslowakische archäologische Gesellschaft bei der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften in Prag), Prag 1957, 128 Seiten, 4 Karten.

R. Turek ist, wie aus dem angeführten Werk hervorgeht, vor allem Fachmann für die Burgwälle der tschechischen Frühgeschichte. Unter Burgwallperiode versteht man in Böhmen gewöhnlich die Zeit vom 8.—11. Jhd. Dementsprechend ist dieses Buch geschrieben, welches die Verteilung der slawischen Stämme in Böhmen in dieser Periode untersucht und vor allem von der archäologischen Seite her bestimmt. Es ist durch einen Überblick über die mittelalterlichen Quellen vor 1200 und einen Überblick über den Anteil der archäologischen Methode an dem Problem gekennzeichnet. Die wichtigsten Abschnitte sind wohl die folgenden 3, über die Typologie der Burgwälle, territoriale Verschiedenheiten im Begräbnisritus und die Untersuchung keramischer Sondertypen. Turek unterscheidet bei den Burgwällen vor allem die, seit dem Ende des 10. Jhdts., von den Přemysliden angelegten, auf Bergspornen liegenden, neuen Burgen von anderen älteren. Besonders scharf ist dieser Gegensatz in Nordostböhmen ausgeprägt, während sich in jenem Gebiet, das die ursprüngliche Heimat der Tschechen darstellt, wenig andere Typen finden. Wieder anders sind die Burgwälle in Nordwestböhmen und in Südböhmen angelegt. Er beschreibt ausführlich die verschiedenen Formen der Burgwälle. In der Karte sind nicht weniger als 7 verschiedene Typen eingezeichnet, wozu als achte noch die Wasserburgen in Sümpfen kommen.

Die Verwendung von Typen des Begräbnisritus entspricht der älteren deutschen Kulturkreislehre. Hier hebt er besonders Hügelgräber als eigentümliche Erscheinung der Burgwallzeit hervor, die besonders im südlichen Böhmen häufig sind, aber ebenso an der oberen Elbe vorkommen, während sie in der Mitte und im Westen fehlen. Ebenso findet er für die Keramik der Burgwallzeit eine Reihe von Sondertypen. Sehr starke Unterschiede ergeben sich zwischen Ost- und Südböhmen einerseits und Nordwestböhmen andererseits. Diese Unterschiede sind auch innerhalb der Tonfarbe wie auch der Gefäßformen vorhanden.

Turek versucht nun, entsprechend den Typen der Burgwallzeit, Gräber und Gefäßformen übereinstimmend mit den wenigen Nachrichten der schriftlichen Quellen Böhmens in Stammesgebiete zu zerlegen. Er betont besonders, daß in Westböhmen jede Spur eines eigenen Stammesgebietes fehlt. Er betont auch, daß ein Stammesgebiet um Eger sich weder in den Quellen

noch archäologisch nachweisen läßt. Das Gebiet des nördlichsten Zipfels von Böhmen, um Rumburg, bringt er mit einem Gegendnamen „Sagost“ zusammen, den er als das Land hinter dem Wald übersetzt und als ehemals sorbisch betrachtet.

Die von ihm erschlossenen Stammesgebiete vergleicht er mit jenen Gebieten, die nach älteren Arbeiten, vor allem von W. T o m e k, als Stammesgebiete gelten. Tomek hat nach den Kreuzzugs-Zehentverzeichnissen des 14. Jhdts. die mittelalterliche kirchliche Einteilung Böhmens in Erzdiakonate und Dekanate ermittelt und deren enge Beziehung zur Burgenverfassung des 12. Jhdts. festgestellt. Turek untersucht diese Organisation und meint, daß sie wohl in Mittel- und Südböhmen, aber nicht in Nordostböhmen bis auf die Stammesgebiete zurückgeht.

Nur flüchtig streift er zwei weitere Möglichkeiten, eine ursprüngliche Einteilung des Landes Böhmen festzustellen, nämlich, die von V. C h a l o u p e c k ý so benannten „Urkreise“, womit die waldfreien Siedlungsräume gemeint sind und versucht innerhalb der slawischen Ortsnamen dialektische Unterschiede festzustellen. Ein weiteres Kapitel widmet er dem sogen. bayerischen Geographen, dessen Burgenverzeichnis er an das Ende des 9 Jhdts. setzt. Tureks Deutungen des bayer. Geographen scheinen mir recht fraglich; der Zeitansatz dagegen dürfte stimmen. Daß zweimal Mähren aufgezählt wird, könnte der Teilung des Großmährischen Reiches unter Swatoplukus Söhnen 894—98 entsprechen. Dann streift er Angaben in den arabischen und hebräischen Quellen und bietet am Schluß einen kurzen Überblick über die politische Vereinigung des Landes bis 995. Auf nicht weniger als 21 Seiten sind ausführliche Literaturhinweise gegeben und dann folgt eine Übersicht der wichtigsten benützten Literatur und der damit gebrauchten Abkürzungen sowie die 4 Karten, 1. der Burgwälle, 2. der Begräbnisformen, 3. der Stämme und 4. der kirchlichen Einteilung nach Tomek.

Der Hauptwert der Arbeit liegt in den 3 Kapiteln, die archäologische Befunde auswerten. Turek hat auch deutsche Literatur benützt, wenngleich aus der Zeit nach 1918 nur P r e i d e l und V o g t angeführt sind. Das Buch von E. S c h w a r z über die Ortsnamen der Sudetenländer ist ebensowenig erwähnt wie die Abhandlung von W o s t r y über die verschiedenen Fassungen der Wenzelslegende. Bei den Ortsnamen in den bis 1945 deutschen Gebieten sind die deutschen Ortsnamenbezeichnungen angeführt. Die Arbeit macht im wesentlichen einen sachlichen Eindruck, soweit sie nicht durch die eben bezeichneten Mängel Abbruch erleidet. Was Turek weitgehend unterlassen hat, ist ein Versuch, die bis zum Jahre 1000 siedlungsleeren Räume zu ermitteln. Er hat überall die Stammesgrenzen bis an die heutigen Staatsgrenzen durchgezogen, was zweifellos irrtümlich ist. Er hat auch keinerlei Versuche gemacht, auf Grund der Ortsnamenübersichten von E. Schwarz die siedlungsleeren und später von Deutschen besiedelten Räume festzustellen. Ebenso sind auch keine Versuche unternommen, auf dem Gebiet der kirchlichen Organisation über die Ergebnisse von Tomek vorzustoßen.

Für uns sind die Forschungen von Turek deshalb von großer Bedeutung, weil jede Untersuchung über die Siedlungen der Germanen in Böhmen von der Raumgliederung in der frühslawischen Zeit ausgehen muß. Es ist nach den Erfahrungen in anderen Ländern anzunehmen, daß die Slawen bis mindestens zum Jahre 1000 keine Erweiterung des ursprünglichen Siedlungsraumes vorgenommen haben. Die slawische Raumgliederung dürfte also mit der vorhergehenden germanischen weitestgehend zusammengefallen sein. Daher ist diese slawische Raumgliederung nicht bloß für die Geschichte Böhmens im 9.—11 Jhdt. wichtig, sondern ebenso für jene der ersten 6 Jahrhunderte nach Chr. Eine Untersuchung der siedlungsleeren Räume aber, die von Turek nur beiläufig vorgenommen wurde, kann erst den Siedlungsanteil der Deutschen an der modernen Verteilung der Siedlungen in Böhmen klarstellen. Wenn man also auch zu Tureks Ausführungen manche Korrektur wird anbringen müssen, wird man doch sein Werk als Ausgangspunkt für weitere Forschungen nicht ungern benützen.

E. Klebel, Regensburg

GEDENKTAGE UND NACHRUFE

Im Gedenken an Wilhelm Wostry

den Universitätsprofessor und Direktor des historischen Seminars der Prager Deutschen Universität (vormals Karl-Ferdinands-Universität), — ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Prag, Vorsitzender des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen und Schriftleiter der Jahrbücher des Vereines und der Sudetendeutschen Zeitschrift für Geschichte — geboren am 14. 8. 1877 in Saaz, gestorben am 8. 4. 1951 in Helfta bei Eisleben.

Worte aus den Jahren 1937 bis 1947

„Ich war bemüht, Euch zur Objektivität, zur Gerechtigkeit, zur Wahrheit hinzuführen und habe Euch immer und immer wieder darauf verwiesen, unvoreingenommen zu prüfen und darzustellen. Aber auch darin habe ich nur meine Schuldigkeit Euch und der Wissenschaft gegenüber getan. Es ist mir aber ein beglückendes Bewußtsein, daß so viele meiner Schüler es gefühlt haben und fühlen, wie gut ich es mit jedem Einzelnen von Euch gemeint habe und wie ernst und heilig ich es mit unserer Wissenschaft nahm.“

(Aus einem Brief vom 24. 8. 1947)

„Der Grund und Boden, also der Erdenraum, auf welchem der Mensch wirkt und schafft, der Mensch selbst und die Folge seiner Geschlechter, die auf diesem Boden wirken und schaffen, die Zeit, in welcher der Mensch wirkt und schafft, und das, was er auf jenem Boden und in dieser Zeit und sie überdauernd leistet mit Hand und Geist — das ist letzten Endes der Inhalt aller Menschengeschichte. — Der Mensch und seine überpersönlichen Gemeinschaften machen Geschichte und haben Geschichte.“

„Arbeit hat noch nie und nirgends geschändet, und als Männer der Arbeit sind die Deutschen im Mittelalter und auch nachher noch nach Böhmen gekommen. Und sie kamen nicht ungebeten und mit leeren Händen und ohne Kenntnisse, sie kamen geladen und gerufen! Und in den Urkunden, die von der Ansiedlung deutscher Bauern sprechen, wird nicht nur gefordert, daß es homines utiles sein müssen, also nützliche, tüchtige Leute, sondern auch homines probi et honesti, redliche und ehrenhafte Männer. Wahrlich den Sudetendeutschen darf das Wort coloni ein Ehrentitel sein, denn diese coloni

waren, was sie nach der Forderung einer Urkunde sein sollten, coloni boni — gute Siedler.“ —

„Böhmen war nun nicht mehr nur ein Teil des römischen Reiches, es war sein „membrum nobilius“, sein König trug zu seiner böhmischen Krone auch die des Reiches, und wenn Karl von seiner Burg herübersah auf die Höhen der Neustadt, die er gegründet hatte, dann grüßte ihn von drüben der Bau der Kirche, die er dem ersten Kaiser Karl gegründet hatte. Und unten in seiner Hauptstadt, da handhabte man im Rathause deutsches Recht und lebte man in den Zünften der Handwerker nach den Bräuchen des deutschen Zunftwesens und da woben die Magister in der von ihm gegründeten Universität an dem Bande der gemeinsamen Universalbildung der Zeit, das die slawischen wie die deutschen Bewohner seines Staatsgefüges umschließen sollte. Und all das ohne den Gedanken an eine Unterdrückung oder eine Verdrängung des slawischen Elementes, welches vielmehr gerade unter Karl IV. einen starken, wirtschaftlichen, kulturellen, aber auch nationalen Aufschwung zeigt.“

(Aus der Festrede zur 75-Jahrfeier des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen am 16. 10. 1937 in Prag gehalten).

„Was kann ein alter Saazer, der lange schon in seinen Lebensabend eingetreten ist, den alle seine Kindheitserinnerungen, den die besten Jugenderinnerungen und die Erinnerungen an viele schöne spätere Erlebnisse immer wieder in seine Heimatstadt, an die Stätten und in die Zeiten vergangener glücklicher Jahre zurückführen, was kann da ein alter Saazer, der sich durch seine Heimatstadt mit dem Böhmen-Deutschtum und dadurch dem gesamten deutschen Volke verbunden weiß, Richtigeres für die Heimat tun, als daß er ihr das Bild und die Bedeutung ihres Dichters vor Augen hält und ihr zeigt, wie die Stadt war, in der dieser wirkte.“

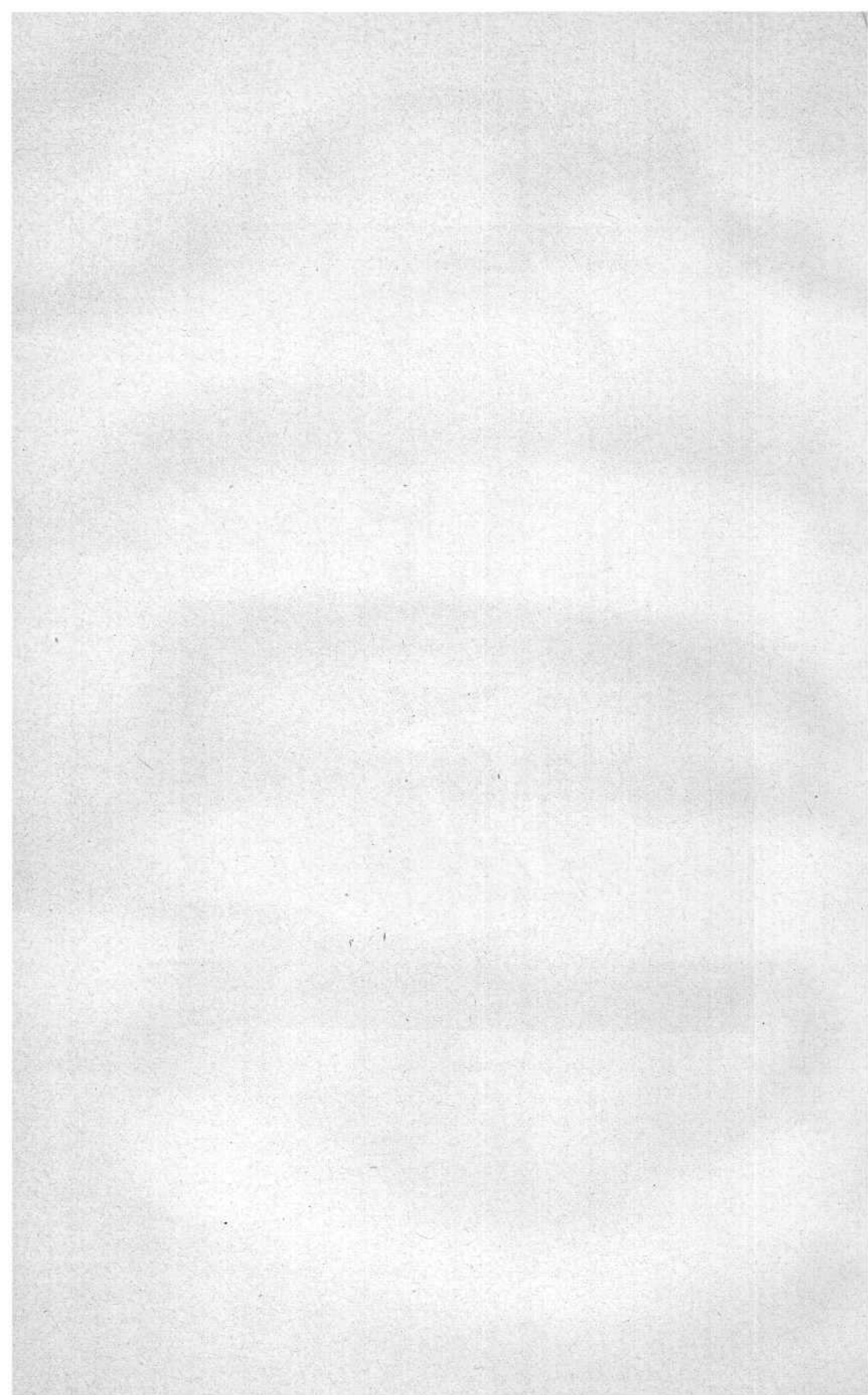
„Wir wissen von dem damaligen Saaz, dank der Wirksamkeit des Stadtschreibers und Schulmeisters Johannes von Saaz mehr als von mancher anderen Stadt Böhmens, es war eine Zeit hoher materieller, aber auch geistiger Blüte. Es ist, als läge diese deutsche mittelalterliche Stadt in vollem Glanze des Mittags vor uns. Und doch wissen wir, daß es anders war: ein schöner langer Geschichtstag der Deutschen in Böhmen ging zur Rüste, was uns so licht und sonnig erscheint, ist der freundliche Abendsonnenschein dieses zu Ende gehenden Tages. Das wissen wir heute, damals hat man es noch nicht gewußt. Hat es Johannes von Saaz vielleicht geahnt, als er seine ernstesten Gedanken auf die Betrachtung des Todes richtete?“

„In doppeltem Lebenskreise steht er vor uns, der eine äußere der Welt des Alltags zugekehrt, der andere nach innen gewendet, vom Tosen der Zeitlichkeit abgewendet, auf das Überzeitliche gerichtet.“ —

„Der Tod im Ackermannndialog ist . . . wirklich der „große Tod“, von dem R. M. Rilke spricht. Auch diesen Dichter aus dem böhmischen Raum hat das uralte Problem vom Leben und Sterben, vom kleinen Menschen und vom großen Tod immer wieder beschäftigt:



Dr. phil. Wilhelm Wostry †
Ord. Professor der Prager Deutschen Universität



„Denn wir sind nur die Schale und das Blatt.
Der große Tod, den jeder in sich hat,
Das ist die Frucht, um die sich alles dreht.“

(Aus dem Buch „Saaz zur Zeit des Ackermann-
Dichters“ im August 1944 in Prag geschrieben).

„Die jahrhundertelange, geduldige und trotz aller Rückschläge unverdrossen weitergeführte Arbeit, sie ist der Inhalt unserer Geschichte, sie war die treibende und gestaltende Kraft in unserem geschichtlichen Leben.“

(Aus der Festrede am 16. 10. 1937 in Prag).

Entnommen: Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen, geleitet von Wilhelm Wostry, 76. Jahrgang Heft 1, 1938. — Wilhelm Wostry, Saaz zur Zeit des Ackermann-Dichters. Mit einem Nachwort von Rudolf Schreiber, München, 1951. K. O.

Prälat Prof. D. Dr. Dr. Adolf Kindermann,

dem Prodekan und letzten überlebenden sudetendeutschen Professor der Theol. Fakultät der Deutschen Karls-Universität in Prag, Vorstandsmitglied des Collegium Carolinum zum 60. Geburtstag.

Geboren 1899 in Neugrafenwalde bei Schluckenau im böhmischen Niederlande, absolvierte er das Gymnasium der Jesuiten in Mariaschein. Noch vor Ablegung der Reifeprüfung im Jahre 1919 hatte er 1917/18 Frontdienst geleistet und war aus dem Felde als Korporal zurückgekehrt. Den philosophisch-theologischen Studien oblag der Jubilar 1920—1924 an der Propaganda-Universität in Rom. Mehrere seiner damaligen Lehrer und Mitschüler wirken heute als Bischöfe und Kardinäle in der alten und neuen Welt (Tardini, Ruffini, Ottaviani u. a.). Nach der 1924 empfangenen Priesterweihe wirkte der junge römische Doktor einige Jahre als Seelsorger im schwierigen Industrierevier von Dux, bis er von 1928—1931 neuerdings — diesmal zwecks Studiums beider Rechte — Aufenthalt in Rom nahm. Als Kaplan an der deutschen Nationalkirche Anima hatte er im amtlichen Verkehr der deutschen Bischöfe mit der Kurie Aufträge zu besorgen. Durch diese Tätigkeit gewann er gute Einblicke in die kurialen Geschäftsbereiche und die nähere Bekanntschaft mit Persönlichkeiten, die ihm in seinem späteren Wirken nach dem Kriege eine gute Hilfe wurden. Nach erlangtem Doktorat aus dem römischen und kanonischen Rechte unterzog sich Prof. Kindermann noch mit Erfolg der schwierigen Prüfung für die Advokatur am römischen Gerichtshof der Rota. Heimgekehrt erhielt er die durch Berufung Dr. Anton Webers auf den bischöflichen Stuhl zu Leitmeritz freigewordene Stelle als Religionsprofessor in Aussig a. d. Elbe. Gleichzeitig bereitete er sich für die Habilitation im Kirchenrecht vor und übernahm bereits Vorlesungen am Priesterseminar in Leitmeritz, so daß seine Tätigkeit zwischen Aussig und Leitmeritz, später zwischen diesem und Prag geteilt war. In Aussig begrün-

dete Dr. Kindermann gemeinsam mit dem Soziologen Dr. Walter Simon den Bund der „Klausner“, einer Vereinigung christlicher Akademiker für vertiefte Bildung und Auseinandersetzung mit Zeitfragen. 1933 habilitierte sich Dr. Kindermann an der Prager Universität mit einer Arbeit über das landesfürstliche Ernennungsrecht (Warnsdorf 1933), eine Arbeit, die wertvolles Quellenmaterial zu den kaiserlichen Bischofsernennungen in Böhmen im 19. Jahrhundert erschloß. Infolge Erkrankung des um die Leitmeritzer Bistumsgeschichte sehr verdienten Kanonisten Joh. Schlenz übernahm er 1934 die kirchenrechtlichen Vorlesungen an der Prager Theologischen Fakultät. Im gleichen Jahr trat Kindermann auf dem internationalen Juristenkongreß in Rom mit einem Beitrag über „Kirche und Staat in der Tschechoslowakischen Republik“ hervor. 1937 erfolgte die Ernennung zum a. o. Professor und damit die endgültige Übersiedlung nach Prag. Zur selben Zeit erschien seine rechtlich-pastorelle Studie über die kirchenrechtliche Stellung systemisierter Katecheten in der ČSR (Leitmeritz 1937). Trotz seiner großen Liebe zur Ewigen Stadt, die ihm — der fast jährlich Rom besuchte — zu einer zweiten geistigen Heimat geworden war, schlug Dr. Kindermann 1938 eine ehrenvolle Berufung auf den Lehrstuhl für Rechtsgeschichte an der bekannten römischen Rechtsfakultät S. Apollinare aus. Inzwischen hatten ihn nämlich die Probleme und Nöte der Heimat immer mehr in ihren Bann gezogen. Diese, vor allem die Forderungen des lebendigen Menschen, bewirkten, daß sich der Schwerpunkt seines Wirkens von der Wissenschaft auf die seelsorgerische und erzieherische Führung und Richtungweisung zu verlagern begann. So übernahm Prof. Kindermann als Herausgeber das sudetendeutsche kath. Kirchenblatt. Nach der Abtrennung der Sudetengebiete griff er in der anonym veröffentlichten Schrift *Kirche im Sudetenland* (1939) die seit 1848 nicht zur Ruhe gekommene Frage einer besseren kirchlichen Organisation des von den Sudetendeutschen bewohnten Bodens wieder auf. 1940 wurde Prof. Kindermann Prodekan der Theol. Fakultät. Reiche Entfaltungsmöglichkeit bot ihm die Gründung und Leitung eines deutschen Theologenkonviktes in Prag XI, nachdem infolge der politischen Ereignisse die bis dahin gemeinsame, doppelsprachige Priestererziehung im erzbischöfl. Seminar aufgehört hatte. Das genannte Theologenkonvikt, ein Werk sudetendeutscher Opferkraft, wurde praktisch zum Zentralseminar des gesamten sudetendeutschen Theologennachwuchses. Nur wenige Jahre dauerte diese unvergeßlich schöne Hausgemeinschaft. Unverhältnismäßig hoch war der Blutzoll, den die Theologenschaft im Kriege entrichten mußte. Immer mehr hatte Prof. Kindermann auch durch Behinderung verschiedenster Art von seiten der Gestapo zu leiden. Dem gleichen Mißtrauen begegnete er 1945 bei den neuen Machthabern. In der furchtbaren Lagernot der Prager Deutschen leistet Prof. Kindermann — nachdem er selbst eine mehrmonatliche Internierung hinter sich hatte — in aufopfernder Weise jegliche — nicht selten lebensrettende — Hilfe. Seiner zähen Bemühung gelang es auch, die gesamte Bibliothek des Theologenkonviktes nach Deutschland zu bringen. In

Königstein im Taunus war unterdessen in einer ehemaligen Kaserne ein Sammelpunkt ostdeutscher Theologiestudenten entstanden. Bald wurde der schaffensfreudige und weitschauende Priester die Seele und der Motor der „Königsteiner Anstalten“, eines Komplexes von Schulen und Einrichtungen, wohl des bedeutendsten Werkes der Selbsthilfe Heimatvertriebener. Nun bewähren sich auch die alten Beziehungen zu kirchlichen Persönlichkeiten des Auslandes, daraus erwuchs u. a. die von Flandern und Holland getragene „Ostpriesterhilfe“, die nach 1948 unschätzbare materielle und seelische Hilfe für die zerstreuten Katholiken aller ostdeutschen Landsmannschaften brachte. Königstein wurde immer mehr zu einem Ort internationaler Begegnung und Verständigung, der von Jahr zu Jahr — namentlich bei den Kongressen „Kirche in Not“ — immer mehr Teilnehmer aus vielen Völkern, vor allem des Ostens, zusammenführt. Neben viel praktischer Betreuungsarbeit lag Prof. Kindermann, der an der Königsteiner Phil.-Theol. Hochschule wieder den Lehrstuhl für Kirchenrecht innehat, besonders auch an der Bewältigung der durch die Vertreibung aufgeworfenen theoretischen Fragen. So nimmt er sich der wissenschaftlichen Behandlung der kirchlich-kulturellen Überlieferung der alten Heimat an und fördert die Untersuchungen über das Heimatrecht als Naturrecht. Die sudetendeutschen Katholiken, die keinen kirchlichen Jurisdiktionsträger mitgebracht hatten, sehen in Königstein und seinem Leiter in besonderer Weise ihren kirchlichen Mittelpunkt. Für die sudetendeutschen Priester und Landsleute in Bayern schuf Dr. Kindermann 1957 ein Erholungs- und Tagungsheim mit heimatlicher und kulturerfüllter Atmosphäre in Brannenburg a. Inn. Es wird daher eine allgemeine Erwartung erfüllt, wenn Prof. Kindermann, der seit 1950 bereits päpstlicher Hausprälat ist, nunmehr von der Fuldaer Bischofskonferenz zum Sprecher in den sudetendeutschen kirchlichen Angelegenheiten und in den Fragen des Priesternachwuchses ernannt wurde. Prof. Kindermann ist ferner Mitglied des Sudetendeutschen Rates und des Vorstandes des Collegiums Carolinum e.V. München.

Königstein/Taunus

Augustinus K. Huber

Karl Beer

3. 8. 1879 — 6. 11. 1956

Es sind 40 Jahre her, daß sich das Deutschtum der Sudetenländer jäh auf sich selbst gestellt sah. Verantwortungsbewußte Männer bewogen den Gymnasialprofessor Dr. Karl Beer in Wien, eine Geschichte des Deutschtums in Böhmen zu schreiben. „Die stürmisch bewegte Gegenwart“ bestimmte den 41 Jahre alten Historiker, seinen Landsleuten in der alten Heimat geschichtliche Grundlagen für ein „realpolitisches Denken“ zu bieten und so konnte, binnen Jahresfrist niedergeschrieben, das Bändchen „Geschichte Böhmens mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Deutschen in

Böhmen" vom wagemutigen „Sudetendeutschen Verlag Franz Kraus" noch im Winter 1920 herausgebracht werden. Schon im März 1922 schloß Beer eine zweite Auflage ab, die in Einzelheiten berichtigt und stofflich erweitert, bewies, daß diese Arbeit ein besonderes Verdienst in geschichtlicher Stunde bedeutet hatte. Die ruhige unpathetische Darstellung fußte in vielem auf Ludwig Schlesinger und den Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen und gab ein sachliches Bild vom Stande der deutschen Forschung. Wilhelm Wostry konnte noch 1938 den hohen Wert dankbar rühmen, den diese Arbeit für die Selbstbesinnung der Deutschböhmen nach 1919 gewonnen hatte.

Karl Beer besaß zu dieser Zeit schon den wohlbegründeten Ruf eines gewissenhaften Forschers aus den Reihen der damals wirkenden Generation, und den eines geschätzten Geschichtslehrers. In den Jahren von 1908 bis 1913 hatte der in Schönwald bei Tachau/Westböhmen geborene Sohn einer kinderreichen Familie, nach dem Studium an der Wiener Universität, als Lehrer an der deutschen Staatsrealschule in Prag-Karolinenthal gewirkt, bevor er an das Maximiliansgymnasium in Wien IX zurückgeholt worden war. In diesen Prager Jahren vor dem Ausbruch des Krieges knüpfte er das feste Band zu dem Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen, in dessen „Mitteilungen" 1911 die erste Studie („Zur Gründung des Prager Bistums") erschien. Für den letzten Jahrgang 1944 ging jene über „Albrecht von Seeburg, eine Gestalt aus dem Kolonisationszeitalter der Sudetenländer" in den Satz, deren Druck in den letzten Kriegstagen zerstört wurde.

Unter dem Einfluß der Arbeiten J. Loserths war Beer über ortsgeschichtlichen Studien für sein heimatliches Westböhmen zwischen Mies und Tachau hinausgewachsen und hatte schon 1915 den auch heute noch grundlegenden Beitrag „Über Losungsbücher und Losungswesen böhmischer Städte im Mittelalter" in den „Mitteilungen des Österreichischen Instituts für Geschichtsforschung" veröffentlichen können. Professor Oswald Redlich nahm seinen früheren Schüler nun nach 1913 als Gasthörer ins Historische Seminar der Wiener Universität auf und regte ihn an, das Thema seiner Dissertation wieder aufzugreifen. Beer begann den Traktat aus dem 15. Jahrhundert, die „Reformatio Sigismundi" zur Edition im Rahmen der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vorzubereiten. Dies blieb nun sein zweites Forschungsfeld, auf dem er in entsagungsvollen Textstudien bis in sein 76. Lebensjahr den Gang der Arbeiten durch Beiträge förderte und vor allem in dem kritischen Neudruck dieser Schrift als 1. Beiheft zu der Ausgabe der Deutschen Reichstagsakten (1933) eine verlässliche Grundlage lieferte. Seine gewissenhafte Verarbeitung der Literatur und seine scharfen Textvergleiche ließen ihn als Autor den Rottweiler Notar Friedrich Winterlinger im bischöflichen Gericht in Basel feststellen und gegen F. M. Bartoš verteidigen, der den Verfasser in Heinrich von Beinhem (seit 1930) sieht, dem Offizial des Gerichtes und Sekretär des Konzils in Basel. Reformatorische Ideen dieses Traktates, die über das

Basler Konzil und den Tod des Kaisers hinausgewirkt haben, verfolgte Beer geistesgeschichtlich bis in Sendschreiben des 16. Jahrhunderts.

Aber diese Beschäftigung mit dem geistigen Aufbruch des 15. Jahrhunderts hat ihn auch auf geschichtliche Vorgänge in seiner Heimatlandschaft zurückverwiesen. Er erprobte die textkritische Methode bei dem Versuch, die Frage nach der Persönlichkeit jenes Stadtschreibers Johannes von Saaz (um 1400) zu lösen. Sein Beitrag „Neue Forschungen über den Schöpfer des Dialogs ‚Der Ackermann aus Böhmen‘“ erschloß schon 1930 überzeugend, was der Fund Konrad Jakob Heiligs in der Freiburger Universitätsbibliothek bald darauf urkundlich bestätigen konnte: „daß der Saazer Notar Schulrektor Johannes von Schüttwa/bei Tepl/ zuletzt Protonotar in Prag-Neustadt, der Ackermannsdichter war“.

Für zwei wichtige Literaturdenkmäler aus dem Übergang in die großen Kämpfe des 15. Jahrhunderts war es ihm gelungen, „die lange Zeit vergebens gesuchten Verfasser nachweisen zu können“ wie L. Quidde 1933 im Vorwort zur vorerwähnten Ausgabe der „Reformation Kaiser Sigismunds“ mit Anerkennung für Beers Gründlichkeit und Umsicht erwähnen konnte. Der angehende Fünfziger hatte außerdem in jenen Jahren durch Jubiläen seiner heimatlichen Gymnasialstadt Mies angeregt, auch für die Besiedlungsgeschichte Westböhmens wesentliche Studien geschrieben. Sie lassen vielfach erkennen, wie der in Wien schaffende Verfasser auch die jüngsten deutschen Forschungen aus den Sudetenländern verfolgte und verwertete. Ein wertvoller Beweis dieser Zusammenarbeit ist der Beitrag zu der Festschrift für seinen Lehrer Oswald Redlich (1938) „Zur Wehr- und Gerichtsorganisation böhmischer Grenzgebiete im Mittelalter“.

Anerkennungen für den Lehrer und ein Lehrauftrag an der Wiener Universität über Methodik des Geschichtsunterrichtes an Höheren Schulen zu lesen, haben Beers Wirken damals ausgezeichnet. 1944 trat er mit 65 Jahren am Wasagymnasium in Wien, dem früheren Maximiliangymnasium in den Ruhestand. Wie so oft früher in den Urlaubswochen hatte er sich in den heimatlichen Böhmerwald zurückgezogen, als die Kampflinien an Wien heranrückten. Hier mußte er nun mit seiner Frau schwerste Wochen erdulden und sie erreichten erst nach harten Entbehrungen das Heim ihres Sohnes in Wien.

Trotz ernster gesundheitlicher Störungen nahm er seine Arbeiten wieder auf, verfolgte die Literatur auf seinen beiden wesentlichen Forschungsgebieten und begrüßte herzlich den Wiederaufbau der Historischen Kommission der Sudetenländer, der er sich sofort anschloß. Arbeiten an einer „Geschichte der Sudetendeutschen“ hat er im Jahr seines Todes noch abgeschlossen. Er hat der Forschung der böhmischen Länder Pfeiler gebaut, an denen weiterzubauen eine sehr ernste Dankesschuld und Pflicht bleiben wird.

Karl Beers Arbeiten zur Geschichte Böhmens:

(MVGDB = Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen. — MIOG = Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung).

Zur Gründung des Prager Bistums. In: MVGDB 49, 1911.

Über kirchliche Verhältnisse der königl. Stadt Mies, in vergangenen Jahrhunderten. Mit urkundlichen Beiträgen zur Geschichte des ehemaligen Minoritenkloster. In: MVGDB 51, 1913.

Aus Böhmens mittelalterlicher Schulgeschichte. Mit besonderer Berücksichtigung der Urkunde Ottokars II. vom 25. 9. 1265. In: MVGDB 54, 1915. —

Über Lösungsbücher und Lösungswesen böhmischer Städte. In: MIOG 36, 1915.

Ein Stimmungsgedicht aus der Zeit Leopolds I. In: MVGDB 54, 1916.

Zur älteren Bevölkerungsstatistik Prags und einiger anderer Städte Böhmens. — In: MVGDB 58, 1920.

Geschichte Böhmens. Mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Deutschen in Böhmen. Reichenberg 1920, 1922.

Altmieser Kulturbild. In: Festschrift des Staatsgymnasiums in Mies, 1870 bis 1920, Mies 1920.

Die Stellung der Deutschen in der Geschichte Böhmens. Prag 1922.

Aus der Geschichte des ehemaligen Tachauer „Kreises“. Zugleich ein Beitrag zur Frage der Herkunft der Deutschen in Böhmen. In: MVGDB 63, 1925.

Der Böhmerwald und Bayerische Wald (Monographien zur Erdkunde, Bd. 34), Leipzig 1925.

Geschichte der Besiedlung von Tachau. In: 600-Jahr-Feier Tachau. 1329 bis 1929. Tachau 1929.

Neue Forschungen über den Schöpfer des Dialogs „Der Ackermann aus Böhmen“ (1930). In: Jahrbuch des VGDB III. 1934.

Das älteste Mieser Steuerverzeichnis. — Mieser Bergleute in alter Zeit. In: 800 Jahre Bergstadt Mies 1131—1931, Festschrift geleitet von Georg Schmidt, Mies 1931.

Das Mieser Lösungsbuch aus dem Jahre 1384 — (Erscheinungsort konnte nicht festgestellt werden).

Das Zisterzienserstift Waldsassen (Erscheinungsort konnte nicht festgestellt werden) 1933.

Johannes von Schüttwa, der Schöpfer des Ackermann aus Böhmen. — Bohuslaus Lobkowitz von Hassenstein, der große Humanist Böhmens. In: Sudetendeutsche Lebensbilder III. Hgb. von Erich Gierach, Reichenberg 1934.

Einige Bemerkungen zu neueren Ackermannforschungen. In: Zeitschrift f. deutsche Philologie 56, 1931.

Der Dichter des Streitgesprächs „Der Ackermann und der Tod“. In: Österreichische Höhere Schule 2. Wien 1937.

Zur Wehr- und Gerichtsorganisation böhmischer Grenzgebiete im Mittelalter. In: MIOG 52 (Festschrift für Oswald Redlich zum 80.), 1938.

Überblick über die Siedlungsgeschichte des südlichen Böhmerwaldes. In: Annalen des Naturhistorischen Museums, Wien 1940.

Albrecht von Seeburg. Eine Gestalt aus dem Kolonisationszeitalter der Sudetenländer. 1944. Manuskript.

Karl Beers Arbeiten zur „Reformatio Sigismundi“:

Die Reformation des Kaisers Sigmund, eine Schrift des 15. Jahrhunderts zur Kirchen- und Reichsreform. In: MIOG 40, 1925.

Zur Überlieferung und Entstehung der Reformatio Sigismundi, mit bes. Berücksichtigung der neugefundenen Salzburger Handschrift. In: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften, Phil. Hist. Klasse 206, 3, Wien 1927.

Der Plan eines deutschen Nationalkonzils von 1431. In: MIOG 11. Erg.-Band, 1929.

Zur Entstehungsgeschichte der Reformatio Sigismundi. In: MIOG 12, Erg.-Band, 1932.

Die Reformation Kaiser Sigmunds. Eine Schrift des 15. Jahrhunderts zur Kirchen- und Reichsreform (1. Beiheft z. d. Deutschen Reichstagsakten), Stuttgart 1933.

Zur Frage nach dem Verfasser der Reformatio Sigismundi. In: MIOG 51, 1934.

Der gegenwärtige Stand der Forschung über die Reformatio Sigismundi. In: MIOG 59, 1951.

Was ein deutscher Reformator vor einem halben Jahrtausend vom Ärztestand erwartete. In: Gesnerus 12, 1955.

Karl Gottfried Hugelmann

26. 9. 1879 — 1. 10. 1959

Am 1. Oktober 1959 verstarb in Göttingen, seinem Alterswohnsitz seit 1944, der emeritierte ordentliche Professor für Deutsche Rechtsgeschichte, Öffentliches Recht und Kirchenrecht der Universität Münster i. Westf., Karl Gottfried Hugelmann. Vier Tage zuvor hatte ihm eine große Zahl von Fachgenossen, Freunden und Schülern und eine Reihe wissenschaftlicher Institutionen noch festliche Glückwünsche zum 80. Geburtstag dargebracht. Aber sein Gesundheitszustand war schon so hinfällig, daß sein baldiger Heimgang unabwendbar geworden war.

Mit ihm ist eine Persönlichkeit dahingegangen, deren bedeutende Wirkung weit über den Rahmen seines Berufes als Hochschullehrer und seine

wissenschaftliche Bedeutung hinaus fühlbar geworden ist. Nachdem der am 26. September 1879 zu Wien als Sohn des Hofrats und Präsidialsekretärs des k. u. k. Reichsgerichts, Dr. Karl Hugelmann, Geborene sich 1909 an der Universität Wien für Deutsche Rechtsgeschichte, Staats- und Kirchenrecht habilitiert hatte, erwarb er sich, schon seit 1905 im üblichen österreichischen Justizdienst stehend, von 1910 bis 1918, zuletzt als Bezirksrichter in Klosterneuburg, bedeutende praktische Erfahrungen als Richter, ehe er 1918 als Ministerialsekretär unter Seipel in das neugeschaffene Ministerium für Volksgesundheit und soziale Verwaltung eintrat, dem er bis 1924, zuletzt als Sektionsrat, angehört hat.

In einem von tiefer Gläubigkeit erfüllten katholischen Elternhause aufgewachsen und besonders vom Vater, der ein hervorragender Jurist und bedeutender Historiker war, in der deutschen Tradition altösterreichischen Beamtentums erzogen, wandte sich Hugelmann in der schwersten Stunde seiner österreichischen Heimat der Politik zu, da er eine Rettung Deutschösterreichs auf die Dauer nur in einem Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich und in der Erhaltung der christlich-abendländischen Überlieferung erblickte. 1919 übernahm er als Herausgeber die Leitung der Wiener Zeitung „Deutsches Volksblatt“, der er vier Jahre lang bis 1922 vor allem durch seine eigenen, etwa zweimal monatlich erscheinenden grundsätzlichen Leitartikel zu großer Wirkung verhalf, und die ihre Bedeutung als Gegengewicht gegen die damals um die „Reichspost“ versammelten, dem Anschluß Deutschösterreichs an das Reich abgeneigten Kreise gehabt hat. Die Konstituierende Nationalversammlung Deutsch-Österreichs wählte den 1918 zum tit. a. o. Professor Ernannten im folgenden Jahre 1919 zum Mitgliede der Fünfer-Delegation, die Deutsch-Österreich beim Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung in Weimar hätte vertreten sollen.

Die Stellung Hugelmanns in der Christlichsozialen Partei Österreichs, wo er bald als der Führer der kleinen, aber einflußreichen Gruppe der „Katholisch-Nationalen“ galt, war inzwischen derart gefestigt, daß seine Partei ihn zur Wahl als Bundesrat für das Land Niederösterreich nominierte. 1922 zog er in den Österreichischen Bundesrat ein und hat ihm, seit 1923 als dessen Vorsitzenderstellvertreter (Vizepräsident), 11 Jahre lang bis 1932 angehört. Hier entfaltete Hugelmann eine reiche, vor allem außenpolitische Tätigkeit, wie besonders die Gründung eines eigenen Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrates sein Werk war, dessen Vorsitzender er dann ununterbrochen blieb. In dieser Eigenschaft wirkte Karl Gottfried Hugelmann in den österreichisch-deutschen Anschlußorganisationen und hatte ständige vertrauensvolle Fühlung mit den vier deutschen Gesandten in Wien bis 1932, die sehr verschiedene politische Richtungen in bezug auf die Innenpolitik ihres Landes vertraten. Nicht immer zur Freude seiner Parteileitung knüpfte er in dieser nationalen Frage mit maßgebenden Persönlichkeiten aller politischen Parteien im Deutschen Reich Verbindungen an, mit Ausnahme allein der

kommunistischen und der nationalsozialistischen Partei, und pflegt sie zum Teil ständig.

Mit dem Scheitern des deutsch-österreichischen Zollunionsplanes am Widerstand vor allem Frankreichs im Jahre 1930 kamen in Österreich Kräfte in Bewegung, die dem Anschlußgedanken feindlich waren. Hinzu kam, daß der ehemalige Bundeskanzler Ignaz Seipel, übrigens persönlich mit Hugelmann eng befreundet, als Todkranker nicht mehr ausgleichend in die Auseinandersetzungen innerhalb der Christlichsozialen Partei eingreifen konnte. Er starb 1932. Hugelmanns Einfluß wurde zurückgedrängt. Anläßlich des Staatsstreiches durch den Bundeskanzler Dollfuß geriet Hugelmann in schwersten Konflikt mit seiner eigenen Partei. Schon 1932 war er nicht wieder als Kandidat für den Bundesrat aufgestellt worden. Er zog sich von der offiziellen Politik zurück, nahm jedoch als Staatsrechtslehrer öffentlich gegen den Staatsstreich und in einem aufsehererregenden Gutachten gegen das Lausanner Abkommen Stellung und trat aus der Partei aus. Der Konflikt mit der die Regierung stützenden Mehrheit der Christlichsozialen spitzte sich derart zu, daß Hugelmann nach der Ermordung Dollfuß' am 25. Juli 1934 als der Sympathie mit den nationalsozialistischen Veranstaltern des Putschversuches offenbar unberechtigt verdächtigt und von der Regierung Schuschnigg in ein Konzentrationslager eingewiesen wurde.

Nach seiner bald erfolgten Entlassung erhielt Hugelmann noch im gleichen Jahre einen Ruf an die Universität Münster i. Westf., dem er schweren Herzens, aber im Interesse seiner Familie Folge leistete. Von 1935 bis 1937 hat er mit großer Charakterfestigkeit das hohe Amt des Rektors der Westfälischen Wilhelms-Universität bekleidet. Die Entwicklung während des „Dritten Reiches“ wurde ihm in zunehmendem Maße zur schwersten Enttäuschung. Er scheute sich nicht, gegen zahlreiche Rechtsbrüche und gegen Irrlehren auch von den Lehrkanzeln der Universitäten in seinen Vorlesungen öffentlich Stellung zu beziehen, wie zahlreiche Zeugnisse seiner damaligen Hörer dartun. Seine tief wurzelnde katholische Glaubensüberzeugung führte ihn bald in den Kreis um den Bischof und späteren Kardinal Grafen Galen. Dabei war er gerade gegen seine evangelischen Mitbrüder erfüllt von brüderlicher Gesinnung und von großem theologischem Verständnis, wovon dem Verfasser dieses Nachrufs als Protestant in langen Gesprächen mit Karl Gottfried Hugelmann wiederholt eindringliche Zeugnisse zuteil geworden sind.

Die unausbleibliche Folge dieser Haltung war das Mißtrauen der offiziellen Stellen der NSDAP, die über die Parteikanzlei 1938 die dreimal einstimmig von der Wiener Juristischen Fakultät beschlossene Rückberufung Hugelmanns an seine alte Universität dreimal verhinderte. Inzwischen kam 1939 der Zweite Weltkrieg, der alle drei Söhne Karl Gottfried Hugelmanns auf dem Schlachtfelde bleiben ließ, wahrhaft ein Schicksal, an dem mancher Vater zerbrochen wäre. In den ersten Tagen des Jahres 1944 kam Hugelmann mit seiner Gattin nach dem Verlust fast aller Habe durch Bombenangriffe auf Münster nach Göttingen, das ihm bis zum Ende seines irdischen

Daseins zur Heimstatt wurde, und wo er, seit 1947 emeritiert, bis zu seinem Tode an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät einen Lehrauftrag für Verfassungsgeschichte (anfangs auch für Völkerrecht) noch mit großem Lehrerfolg versah. So ist er in der Tat trotz seines hohen Alters in den Sielen gestorben.

Das wissenschaftliche Lebenswerk des verewigten Gelehrten liegt im wesentlichen auf zwei Gebieten, dem der Deutschen Rechtsgeschichte und dem des Nationalitätenrechtes. Noch immer zählen die mit der Habilitation einsetzenden, sich über fast zwei Jahrzehnte erstreckenden Arbeiten zum deutschen Königswahlrecht zu den beachtenswertesten Arbeiten zu diesem Gegenstand der älteren deutschen Verfassungsgeschichte. Bereits die der Habilitation vorausgegangene Studie über Papst Victor II. Einfluß auf die Wahl Heinrichs IV. gilt noch heute als ein Musterbeispiel bester Quellenarbeit der Wiener Schule des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung.

Daneben aber hat Hugelmann aus den Erfahrungen seines aktiven Justizdienstes heraus wesentliche Beiträge zur Erkenntnis des geltenden österreichischen Zivilrechts geliefert, besonders auf dem Gebiete der deutschrechtlichen Grundlagen des ABGB und der Theorie der Agrargemeinschaften in Österreich.

Schon in einer frühen Phase seines wissenschaftlichen Werkes ist Hugelmann dem philosophisch-theologischen Gedankengut des großen Kardinals und Bischofs von Brixen, Nikolaus Cusanus, nahegetreten, dessen Volkslehre er noch kurz vor seinem Tode einen großartigen Aufsatz gewidmet hat, wie auch der Reichsgedanke des Cusaners schon früher eine Deutung durch ihn erfahren hatte. Damit hat das philosophische Element in dem Lebenswerk von Karl Gottfried Hugelmann eine besondere Akzentuierung erfahren.

Als Sproß einer seit den Türkenkriegen in Wien nachweisbaren Familie, in den Traditionen der alten Donaumonarchie aufgewachsen, hat sich Hugelmann dann dem Fragenkreis zugewandt, der durch sein monumentales Werk zum Nationalitätenrecht des alten Österreich gekennzeichnet ist, das er mit zehn Mitarbeitern herausgab und zu dem er selbst den grundlegenden Beitrag über das Nationalitätenrecht nach der Verfassung von 1867 beigesteuert hat.

Hugelmanns Eintritt in die Politik lieferte ihm in Fülle Stoff für seine staatsrechtlichen Arbeiten, so daß vor allem in der Periode von 1919 bis 1934 sein wissenschaftliches Werk kaum ganz von den Anregungen zu trennen ist, die ihm durch seine hohen politischen Ämter zugeflossen sind. So wandte er sich in vielbeachteten Aufsätzen gegen jene, die deutsch-österreichische Zollunion von 1930 zu Fall bringende Auslegung des Genfer Protokolls von 1920. Aus seiner Stellung als Vizepräsident des österreichischen Bundesrates erwuchs eine grundlegende Studie über dessen verfassungsrechtliche Stellung und Tätigkeit.

Besonders hervorzuheben sind die grundlegenden Arbeiten zur Rechts- und Verfassungsgeschichte und zur Geschichte des Nationalitätenrechts. Es sind dies neben einer schönen Studie über Weistümer (1933) vor allem sein Beitrag: „Das deutsche Recht“ in dem Sammelwerk: „Das Mittelalter in Einzeldarstellungen“, ein in seiner klaren Linienführung klassisch zu nennender Überblick, und der für jede Beschäftigung mit deutscher Verfassungsgeschichte der Neuzeit unentbehrliche Grundriß der österreichischen Verfassungsgeschichte in dem vom Internationalen Komitee für Historische Wissenschaften herausgegebenen Sammelwerk: „La Costituzione degli Stati nell' Età Moderna“ (1933).

Die erste Grundlegung von Hugelmanns großem Alterswerk über Nationalstaat und Nationalitätenrecht im deutschen Mittelalter, dessen ersten Band: „Stämme, Nation und Nationalstaat im deutschen Mittelalter“ er uns 1955 geschenkt hat und von dem die rechtshistorische ebenso wie die historische Wissenschaft mit höchster Anerkennung als einer bewunderungswürdigen Leistung gesprochen haben, waren die quellenkritisch und methodisch gleich beispielhaften Studien zum Recht der Nationalitäten im deutschen Mittelalter (1927/28) und über die deutsche Nation und den deutschen Nationalstaat im Mittelalter (1931). Diesen Arbeiten folgten als Vorarbeiten zu dem in Vorbereitung befindlichen zweiten Bande des genannten Werkes: „Das Nationalitätenrecht im mittelalterlichen deutschen Königreich“ die Aufsätze über die Rechtsstellung der Wenden (1938) und der Slowenen in Kärnten (1941) im deutschen Mittelalter und Hugelmanns literarisch erfolgreichstes, noch heute hoch bedeutsames Buch: „Volk und Staat im Wandel deutschen Schicksals“ (1940).

Zahlreiche kleinere und größere Arbeiten wären noch zu nennen. Nicht vergessen werden darf auch die liebevolle Verwaltung des wissenschaftlichen Nachlasses seines bedeutenden kanonistischen Lehrers Rudolf Ritter von Scherer und die Herausgabe des zweiten Teiles des hochbedeutenden Werkes seines Vaters über die österreichischen Landtage im Jahre 1848.

In zahlreichen Seminaren in Wien, Münster und Göttingen versammelte Hugelmann eine große Schar von Schülern um sich, die ihm nicht nur methodisch unendlich viel verdanken, sondern denen er vor allem den Blick für die großen Zusammenhänge deutscher Geschichte im Bereiche des Volks- ganzen und im Raume der Verfassung und des Staatsrechts geschärft hat. In schweren Zeiten hat Karl Gottfried Hugelmann auch den wissenschaftlichen Bekennermut des Hochschullehrers wahrhaft betätigt. Und diese Charakterstärke, an dem einmal wissenschaftlich Erkannten festzuhalten, hat ihm die Liebe und Zuneigung seiner zahlreichen Freunde, Fachgenossen und Schüler eingebracht. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften ernannte ihn zu ihrem Korrespondierenden Mitgliede.

In besonderer Weise hat sich Hugelmann auch stets der wissenschaftlichen und der politischen Anliegen der Sudetendeutschen Volksgruppe angenommen. Das Nationalitätenproblem in der Geschichte Mittel- und Ost-

europas hat er in einem groß angelegten Vortrag auf der dritten Sudetendeutschen Tagung für Öffentliches Recht in Leitmeritz am 16. Oktober 1937 auseinandergesetzt. Den juristischen Gehalt der Gesetzesinitiative der Sudetendeutschen Partei im Prager Parlament hat er in einem besonderen Aufsatz behandelt. Die geschichtlichen Grundlagen des staatsrechtlichen Verhältnisses Böhmen und Mährens zum Reiche und die Eingliederung des Sudetenlandes hat er zum Gegenstand mehrerer Arbeiten gemacht und uns noch 1951 im zweiten Bande des Stifter-Jahrbuchs die europäische Bedeutung des Sudetendeutschums vor Augen geführt. Persönlich war Karl Gottfried Hugelmann dem Sudetendeutschum auf zweifache Weise verbunden, durch seine Mutter Margarethe von Hermann, die eine Tochter des aus Naketendörfles bei Plan in Böhmen stammenden großen österreichischen Schulreformers Johann Ritter von Hermann war, und durch seine aus Partschendorf in Mähren gebürtige Gattin Rosa, geborene Hinner, die ihm in guten wie in schweren Tagen eine liebevolle Lebensgefährtin und ihn hingebend umsorgende Gattin war, und die mit bewunderungswerter Standhaftigkeit mit ihrem Gatten das schwere Schicksal des Verlustes aller drei Söhne getragen hat.

So hat die sudetendeutsche Wissenschaft, der Hugelmann auch in seiner Eigenschaft als ordentliches Mitglied der Historischen Kommission der Sudetenländer tätig nahestand, mehrfachen Anlaß, dieses aufrechten deutschen Mannes und großen Gelehrten ehrend zu gedenken. R. I. P.

Saarbrücken

Wilhelm Wegener

Fritz Machatschek

22. 9. 1876 — 25. 9. 1957

Mit Fritz Machatschek, der in München verschied, ist einer der bedeutendsten sudetendeutschen Gelehrten von uns gegangen, in der verwirrenden Fülle politischer Vorgänge fast unbeachtet von seinen Landsleuten. Als Sohn eines Provinzbeamten am 22. 9. 1876 in der kleinen mährischen Sprachinselsstadt Wischau geboren, in Prerau und Kremsier aufgewachsen, war es Machatschek nach seinem Studium an der Universität Wien beschieden, als Inhaber führender Lehrstühle der Geographie und als Gelehrter weit in die Welt hinein zu wirken und internationale Anerkennung für sein vielseitiges Schaffen zu finden. Unter den vielen hervorragenden Lehrern waren es vor allem der Geograph Albrecht Penck und der Geologe Eduard Suess, die ihn entscheidend beeinflussten und ihn dazu bewogen, sich in erster Linie der Geomorphologie, der Beschreibung und Erklärung der Formenwelt der Erdoberfläche, zuzuwenden, wobei er stets engste Fühlung mit der Entwicklung der geologischen Wissenschaft, der unentbehrlichen Basis seines engeren Forschungszweiges, hielt.

Machatschek war keineswegs ein Schreibtischgelehrter, so umfassend auch seine Publikationen sind. Gründliche Studien in der Natur, namentlich in den Kalkalpen und im Skandinavischen Hochgebirge, sowie ausgedehnte Forschungs- und Studienreisen nach anderen Erdteilen (u. a. Zentralasien und Nordamerika) gaben ihm die Anregungen und Einsichten, die ihn befähigten, eine große Zahl von bahnbrechenden Arbeiten zu verfassen. Seine akademische Laufbahn ermöglichte es ihm, mit vielen führenden Fachkollegen einen ständigen Gedankenaustausch zu pflegen und in mehreren Ländern Schüler heranzubilden, die sein Werk fortsetzen. Von 1900—1915 wirkte Machatschek als Lehrer an Höheren Schulen, ab 1906 auch als Privatdozent an der Universität Wien. 1915 erfolgte seine Berufung auf den Lehrstuhl für Geographie an der Deutschen Universität in Prag; von 1924—1928 war er Inhaber der geographischen Lehrkanzel an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich, 1928—1934 des Lehrstuhls für Physische Geographie an der Universität Wien. Seine nationale Gesinnung brachte ihm 1934 die vorzeitige Pensionierung ein, aber bereits 1935 wurde er als Nachfolger des großen Geographen und Polarforschers E. von Drygalski auf den Lehrstuhl für Geographie an der Universität München berufen. Auch hier in München verleugnete Machatschek seine kritische Gesinnung nicht; obwohl er schon aus diesem Grunde niemals der nationalsozialistischen Partei angehörte, wurde er 1946 in den Ruhestand versetzt. Im 73. Lebensjahr stehend, zögerte er nicht, 1948 einen durch seinen Schüler W. Rohmeder — als Geograph in Argentinien wirkend — veranlaßten Ruf an die argentinische Nationaluniversität Tucumán anzunehmen, an der er — gleichzeitig mit dem Referenten — von 1949 bis 1951 lehrte. Nach München zurückgekehrt, wirkte Machatschek bis zu seinem Tode als Mentor seiner Schüler und lebte im übrigen ganz der Abrundung seines wissenschaftlichen Lebenswerkes.

In breiteren Kreisen bekannt geworden ist Machatschek vor allem durch seine länderkundlichen Werke über Mitteleuropa, die Sudeten- und Karpatenländer, West-Turkestan und Nordamerika, Arbeiten, die sich ebenso durch einen ungemein prägnanten Stil wie durch eine nicht zu überbietende Gründlichkeit, nicht weniger aber auch durch ein hervorragendes Einfühlungsvermögen in das Wesen der Länder auszeichnen. Seine größten Leistungen jedoch verbrachte der unermüdliche Gelehrte, der noch in hohem Alter Reisen in die eisigen Höhen des Andenhochlandes unternahm, auf seinem wissenschaftlichen Kerngebiet, der Geomorphologie. Von seiner Dissertation über die Gletscher der Sonnblickgruppe bis zu seinen letzten Veröffentlichungen über junge Krustenbewegungen in den Anden, über die Beziehungen zwischen Geomorphologie und Kartographie und die Probleme einer internationalen geomorphologischen Terminologie zieht sich immer wieder der gleiche Faden, die Frage nach der Entstehung der Formenwelt unseres Planeten.

Die fast unergründliche Fülle seines Wissens und seine unerschöpfliche Energie manifestieren sich in seinem Hauptwerk, im zweibändigen „Relief

der Erde", das 1955 in zweiter Auflage erschien und für lange Zeit ein überragender Markstein der geographischen Wissenschaft allgemein und der Geomorphologie im besonderen bleiben wird. Auf mehr als 1000 Seiten wird hier das gesamte Wissen um die Formenwelt der Erdoberfläche auf Grund einer schier unübersehbaren Fülle deutscher und internationaler Literatur nicht nur ausbreitet, sondern kritisch gesichtet, klar geordnet und in überschaubare Zusammenhänge gebracht. Machatschek nannte in seiner großen Bescheidenheit dieses Werk einen ersten Versuch zur regionalen Geomorphologie der ganzen Erde, aber in Wirklichkeit ist es ungleich mehr als ein Versuch, es ist ein zusammenschauendes Standwerk, das ebenbürtig neben das geologische Hauptwerk „Das Antlitz der Erde" seines Lehrers Eduard Suess gestellt werden darf. Das Schwergewicht liegt in der Darstellung der Vorgänge, die als morphotektonische verstanden werden und vom tektonisch-strukturellen Rohstoff zur heutigen Oberflächengestaltung führten. Wohl ist das Hauptaugenmerk auf die regionale Geomorphologie des europäischen Kontinentes gelegt, aber auch alle anderen Kontinente erfahren nach Maßgabe der vorhandenen Kenntnisse auf diesem Gebiet eingehende Würdigung. Die neuen Forschungsrichtungen, namentlich jene, die sich mit den klimamorphologischen Fragen befassen, wurden, soweit dies heute schon möglich ist, in den behandelten Problemkreis einbezogen.

Die Fachgelehrten wissen, was die Geomorphologie Fritz Machatschek verdankt. Seine Freunde und Schüler aber wissen darüber hinaus, daß der Verstorbene in seinem menschlichen Verhalten und in seinem Lebensgang zu den ganz großen Vorbildern akademischer Lehrer und Forscher gehört.

München

Gustav Fochler-Hauke

Bibliographien der wichtigsten wissenschaftlichen Arbeiten von Fritz Machatschek sind erschienen in „Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft München" (verfaßt von Ingo Schaefer), 1957, und in „Petermanns Geographische Mitteilungen", Gotha, 1958.

BERICHTE

Aufgabe und bisherige Tätigkeit des Collegium Carolinum

Die Bestrebungen zur Bildung des Collegium Carolinum gehen zurück bis in das Jahr 1949. Damals wurde zunächst im Rahmen des Stifter-Vereins ein loser Zusammenschluß der an Fragen des böhmisch-mährischen Raumes interessierten Wissenschaftler gebildet. Nach Errichtung der historischen Kommission der Sudetenländer übernahm diese die Initiative und wählte einen eigenen Vorstand für die Leitung des wissenschaftlichen Sekretariates, welches in enger Anlehnung an die Kommission die Intensivierung und Erweiterung der wissenschaftlichen Arbeit begann und die Gründung des Collegium Carolinum e. V. vorbereitete.

Am 25. Oktober 1956 erfolgte dann die Gründung des Collegium Carolinum e. V. Der erste gewählte Vorstand hat die Aufgabe und Zielsetzung dieser wissenschaftlichen Körperschaft folgendermaßen festgelegt:

Das Collegium Carolinum / Forschungsstelle für die böhmischen Länder / ist aus dem Bestreben geschaffen worden, sich auf wissenschaftlicher Grundlage mit den böhmischen Ländern in ihrer Gesamtproblematik zu befassen, eine Analyse und Erfassung dieses Raumes und seiner Völker, seiner historischen, politischen, soziologischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vorzunehmen. Dabei soll auch die gegenwartskundliche Beobachtung der Vorgänge im böhmisch-mährischen Raum selbst und der im Exil lebenden Volksteile dieses Raumes betrieben werden.

Durch Übernahme dieser Aufgabe setzt das Collegium Carolinum die Bestrebungen sudetendeutscher wissenschaftlicher Einrichtungen, wie der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste, der späteren Akademie der Wissenschaften, der Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung und der Bücherei der Deutschen in Reichenberg, sowie der großen Geschichtsvereine in Prag und Brünn fort und hat „die Tradition der altehrwürdigen Prager Deutschen Karls-Universität zu übernehmen, zu pflegen und fortzuführen“, wie der Vorsitzende H. Prof. Dr. Dr. h. c. Theodor Mayer in seiner Ansprache anläßlich der Eröffnungssitzung des Collegium Carolinum ausgeführt hat.

Dem Collegium Carolinum, als einer sudetendeutschen wissenschaftlichen Einrichtung, ist aber heute auch noch die weitere Aufgabe gestellt, den geschickten, tendenziösen Bestrebungen der tschechischen Publizistik der Landesforschung die Ergebnisse unbefangener, zuverlässiger Forschung entgegenzusetzen.

Diesen Aufgaben will das Collegium Carolinum durch Veranstaltung von Tagungen, Seminaren und Vorträgen, durch Herausgabe von Publikationen über Probleme des böhmisch-mährischen Raumes und durch die Einrichtung einer wissenschaftlichen Fachbücherei gerecht werden, die das Gros der über die böhmischen Länder erschienenen wissenschaftlichen Schriften enthält. Die Forschung soll gefördert werden durch Erteilung von Forschungsaufträgen über Themen aus dem böhmisch-mährischen Raum an Wissenschaftler, wobei besonders die Heranziehung von jungen Wissenschaftlern gefördert werden soll, um sie mit den Problemen des Raumes vertraut zu machen.

Gebildet wird das Collegium Carolinum aus einstigen Mitgliedern der Lehrkörper sudetenländischer Hochschulen, sowie von Personen überhaupt, die auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Forschung für die böhmischen Länder tätig sind oder Interesse an wissenschaftlichen Fragen der böhmischen Länder gezeigt und bewiesen haben.

Die Forschungsstelle will auch die Aufgaben eines wissenschaftlichen Sekretariates erfüllen, das den Persönlichkeiten, die sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben und die in Arbeitskreisen zusammengefaßt werden, zum Zwecke der Förderung der wissenschaftlichen Arbeit zur Verfügung steht.

An Arbeitskreisen bestehen derzeit:

ein religions-geschichtlicher unter Leitung von Prof. D. Dr. Dr. Msgr. Kindermann, Königstein,

ein rechts- und staatswissenschaftlicher unter Leitung von Prof. Dr. Dr. Raschhofer, Würzburg,

ein historischer unter Leitung von Prof. Dr. Bosl, München-Würzburg,

ein philologischer (germanistisch-slawistischer) unter Leitung von Prof. Dr. Schwarz, Erlangen.

Die erste Arbeitstagung im Jahre 1956 in Cham befaßte sich mit dem Verhältnis Böhmens zu Bayern. Das Ergebnis ist im 1. Band der Veröffentlichungen des Collegium Carolinum „Böhmen und Bayern“ niedergelegt. Eine Fachtagung zur Frage der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei folgte 1957 und im Juni 1959 eine Tagung zum Thema „Die Sudetenfrage in wissenschaftlicher Schau“. Im Herbst 1959 wurden wieder die Beziehungen Bayerns zu Böhmen in einem größeren Mitarbeiter- und Interessentenkreise in Straubing erörtert. Auch das Ergebnis dieser Tagungen wird in den Veröffentlichungen des Collegium Carolinum für einen breiteren Interessentenkreis publiziert werden.

An weiteren Veröffentlichungen des Collegium Carolinum* sind folgende Arbeiten zu nennen:

„Die Singschule in Iglau und ihre Beziehungen zum allgemeinen Deutschen Meistergesang“ von Dr. Franz Streinz,

„Böhmen, wie es Johannes Butzbach von 1488—1493 erlebte“ von Dr. Horst Preiss,

„Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht 1918/19“ von Dr. Dr. Kurt Rabl,

„Staatsbürgerliche Loyalität im Nationalitätenstaat, dargestellt an den Verhältnissen in den böhmischen Ländern zwischen 1914 und 1938“ von Dr. Dr. Kurt Rabl,

„Quellenbuch zur Geschichte der Sudetenländer“ von Prof. Dr. Wilhelm Weizsäcker,

„Die Trübauers Stadtlandschaft im Spiegel des ältesten Urbars von 1535 bis 1548“ von Dr. Gustav Korkisch.

In der Sammlung „Wissenschaftliche Materialien zur Landeskunde der böhmischen Länder“, welche gemeinsam mit der Historischen Kommission der Sudetenländer herausgegeben wird, sind bisher erschienen:

„Das deutsche und tschechische Turn- und Sportwesen in der Tschechoslowakischen Republik von seinen Anfängen bis zum Jahre 1938“ von Klaus Schreitter von Schwarzenfeld,

„Deutsche Archive und deutsche Archivpflege in den Sudetenländern“ von Dr. Franz J. Wünsch,

„Bevölkerungsbewegungen in Böhmen 1847—1947 unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der nationalen Verhältnisse“ von Dr. Alfred Bohmann.

Eine Reihe weiterer Veröffentlichungen sind in Vorbereitung bzw. in Druck, darunter u. a.:

„Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle“ (neu umgearbeitete 2. Auflage) von Prof. Dr. Ernst Schwarz,

„Thaddäus Haenke — ein deutsches Forscherschicksal“ von Josef Kühnel,

„Die Umstellung auf sozialistische Ernährungswirtschaft“ (untersucht an dem Beispiel der Tschechoslowakei) von Walter Wannenmacher.

In Jahrbüchern, deren erstes nun vorgelegt wird, ist die Veröffentlichung von kleineren Abhandlungen, sowie einer Bibliographie von Dissertationen und wissenschaftlichen Neuerscheinungen über Fragen des böhmisch-mährischen Raumes vorgesehen.

Die meisten der zur Veröffentlichung gelangenden Arbeiten sind schon Ergebnisse von Forschungsaufträgen, die das Collegium Carolinum vergeben hat.

Eine Reihe historischer und philologischer Arbeiten wurden auch in enger Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission der Sudetenländer

* Erschienen im Verlag Robert Lerche (vorm. J. G. Calve'sche Buchhandlung, Prag) München 15, Waltherstr. 27.

gefördert und im Rahmen der „Forschungen zur Geschichte und Landeskunde der Sudetenländer“ herausgegeben. Für die Folgezeit ist auch an eine Fortsetzung der von der seinerzeitigen deutschen Prager Akademie der Wissenschaften und der Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung in Reichenberg herausgegebenen Veröffentlichungsreihen gedacht.

Die im Rahmen des Collegium Carolinum unter Leitung von Prof. Dr. E. Schwarz unter Mitarbeit von Doz. Dr. Beranek arbeitende Wörterbuchkommission hat sich die Wiederherstellung des sudetendeutschen Mundartwörterbuches, das bereits weit vorgeschritten war und 1945 verloren ging, zum Ziele gesetzt. Ebenfalls unter Leitung von Prof. Dr. Schwarz ist die Flurnamensammlung unter Mitarbeit von OSTR Dr. Peschel in Angriff genommen worden.

Die von Prof. Dr. Dr. Raschhofer in München durchgeführten Seminare sollen vor allem wissenschaftlich interessierten Juristen und Staatsrechtlern die Fragen des böhmischen Verfassungsrechtes und die mit der Sudetenfrage zusammenhängenden völkerrechtlichen Probleme näherbringen. Auch Seminare über historische, soziologische und wirtschaftliche Probleme des böhmisch-mährischen Raumes sind in Aussicht genommen.

Gemeinsam mit dem Sudetendeutschen Archiv ist die Herstellung eines Ortsnamen-Verzeichnisses in Angriff genommen worden, das alle Ortsnamen von Böhmen und Mähren-Schlesien in ihrer Wandlung vom Jahre 1910 bis auf die Jetztzeit und auch die jeweilige Zugehörigkeit des Ortes zur übergeordneten Verwaltungseinheit festhalten soll. Dieses mit wissenschaftlicher Genauigkeit gearbeitete Lexikon wird ein unentbehrliches Handbuch für Verwaltung und Wirtschaft darstellen.

Als besonders wichtige Aufgabe wird der Ausbau der Bibliothek angesehen. Nachdem es gelungen ist, in räumliche Nachbarschaft mit dem Sudetendeutschen Archiv zu gelangen, sind die Bibliotheksbestände der beiden Einrichtungen zusammengelegt worden und werden planmäßig zu einer Fachbibliothek weiter ausgebaut. Sie soll als Institutsbibliothek mit ausgesprochenem Präsenzcharakter alle wichtigen Quellenwerke und wissenschaftlichen Abhandlungen über den böhmisch-mährischen Raum umfassen oder wenigstens nachweisen und vermitteln können, um den Stipendiaten und allen über diesen Raum wissenschaftlich Arbeitenden die notwendigen Hilfsmittel an die Hand geben zu können. Sie zählt heute schon mit den Beständen der Historischen Kommission und des Sudetendeutschen Archivs rund 10 000 Bände. Bis Ende 1960 wird der Bücherbestand auf rund 15 000 Bände anwachsen.

An den Schluß des Berichtes mögen noch einige Worte gestellt sein, mit denen Herr Prof. Dr. Mayer bei der Eröffnungssitzung des Collegium Carolinum den Zweck der Arbeit dieser Körperschaft charakterisiert hat:

„Ein Gedankenaustausch soll herbeigeführt und eingeleitet werden, wie er sich überall dort, wo zwei Völker sich begegneten, als höchst fruchtbar erwiesen hat. Das pulsierende Leben echter Verständigung soll geweckt

werden. Im politischen Leben sind derzeit noch tiefe Gräben vorhanden, die nicht ohne weiteres überwunden werden können. Es ist nicht unsere Aufgabe, Politik zu treiben, wohl aber meinen wir, daß mit den Tschechen wieder einmal eine friedliche Aussprache möglich sein wird; sie vorzubereiten, ist eine Aufgabe der Wissenschaft. Das erste Erfordernis ist, daß man sich gegenseitig in der jedem zukommenden Eigenheit kennen und verstehen lernt. Wir haben alle aus der Geschichte einiges gelernt und wissen, daß eine volle Rückkehr zur Vergangenheit nicht möglich ist, daß einmal verschüttete Wege und zerstörte Brücken nicht ohne weiteres wieder begangen, daß Tatsachen nicht nachträglich aus der Geschichte gestrichen werden können. Die große Aufgabe wird es sein, neue Wege zu suchen, neue Möglichkeiten zu finden, um eine neue Welt zu begründen, die wieder für alle Platz hat, in der die Völker wieder in Verbindung stehen dürfen und wollen und nicht durch eifersüchtig ängstliche Diktatoren vom geistigen Leben des Nachbarn ferngehalten werden, wo jeder einzelne Mensch dem anderen Menschen, jedes Volk dem anderen Volke Achtung und Verständnis entgegenbringt, jeder die Würde des anderen achtet. Im Zeitalter der Atombombe ist ein Krieg mit den letzten Waffen undenkbar, weil er die Vernichtung allen physischen Lebens herbeiführen würde. Die Auseinandersetzungen zwischen den Völkern werden auf dem geistigen Felde erfolgen, dort werden die Entscheidungen fallen. Dort wird sich auch zeigen müssen, ob die böhmischen Länder ihrer alten Tradition treu bleiben werden und können. Durch ihre geographische Lage sind sie bestimmt, eine europäische Funktion zu erfüllen, zwischen Ost und West Brücken zu schlagen, dort die neuen zündenden Gedanken lebendig zu machen. Völker, die ihrer eigenen Würde sich bewußt sind, werden sie zu wahren verstehen, ohne den Nachbarn zu verletzen, indem sie ihm alles zubilligen, was sie selbst für sich beanspruchen. In dieser geistigen Begegnung soll der Gedanke der Karls-Universität wieder ein Brennpunkt werden."

Bericht über das Sudetendeutsche Wörterbuch

(Arbeitsjahr 1958/59)

Von Franz J. Beranek

Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Wörterbuchs in seinem zweiten Arbeitsjahr (1. April 1958 — 31. März 1959), an dessen Beginn ein Besuch des Vorsitzenden der Wörterbuchkommission Prof. Dr. Ernst Schwarz in Butzbach, dem vorläufigen Sitz des Unternehmens, stand, konnte trotz der seiner Arbeit gezogenen natürlichen Grenzen, auf die noch hingewiesen werden wird, im großen ganzen nicht nur auf der Höhe des Vorjahres ge-

halten, sondern im einzelnen jenem gegenüber noch gesteigert werden. Sie bestand im wesentlichen in der Fortsetzung und Intensivierung der bisherigen Arbeit, wobei selbstverständlich die im ersten Arbeitsjahre gesammelten Erfahrungen weitgehend verwertet wurden.

Seine vordringlichste Aufgabe erblickt das Sudetendeutsche Wörterbuch z. Z. darin, die Aufsammlung des volkstümlichen Sprachguts der Sudetenländer so schnell wie möglich und dabei für alle Landschaften gleichmäßig durchzuführen. Eine der Hauptsorgen der Wörterbuchleitung war demgemäß die *Erweiterung des Stabes der ehrenamtlichen Mitarbeiter*. Durch ständige Werbung konnte deren Zahl von 396 im Vorjahre auf 435 erhöht werden. Die beigelegte Karte zeigt die Verteilung der (z. T. zwei- und mehrfach vertretenen) Belegorte über die Sudetenländer. Sie läßt deutlich die Lücken erkennen, die das Belegortnetz noch aufweist und um deren Ausfüllung die Leitung des Wörterbuchs in erster Linie bemüht ist. Die Zahl der Belegorte in der auf der Karte nicht mitdargestellten Karpathenländer beträgt 15, eine in Anbetracht der großen Verschiedenheiten unter den dortigen deutschen Mundarten ebenfalls noch zu geringe Zahl! Die Mitarbeiterwerbung wurde, wie schon im ersten Arbeitsjahre, teils durch persönliches Anschreiben namhaft gemachter Landsleute, teils mit Hilfe der sudeten- und karpathendeutschen Heimatblätter, denen für den Abdruck der wiederholten Werbeaufrufe an dieser Stelle herzlichst gedankt sei, betrieben. Aufrichtiger Dank gebührt auch dem Bundesreferenten für Heimatgliederung in der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ Lm. Rudolf B e n e d i k t, der von sich aus beim Sudetendeutschen Heimattag am 6. Juli 1958 in Augsburg eindringlich zur Mitarbeit am Sudetendeutschen Wörterbuch aufforderte, sowie den Landschaftsbetreuern und Heimatorganisationen, die dieser Aufforderung in ihren Kreisen Nachdruck verliehen haben. Im Rahmen des Sudetendeutschen Tages zu Pfingsten 1958 in Stuttgart wurden die Mitarbeiter erstmals zu einer *Arbeitsbesprechung* eingeladen, die mit rund 40 Anwesenden einen überaus angeregten und für die weitere Arbeit sehr ersprießlichen Verlauf nahm. Vor allem wurde der erwünschte persönliche Kontakt mit den Gewährsleuten hergestellt, auch konnten hiebei neue Mitarbeiter gewonnen werden. Leider sind im Laufe der Zeit auch einige bewährte Gewährsleute wegen Alters, Krankheit, Überlastung oder sonstiger Umstände aus der Arbeit ausgeschieden, einige andere hat der Schnitter Tod dahingerafft. Das Sudetendeutsche Wörterbuch wird seinen dahingegangenen Mitarbeitern ein treues Gedenken bewahren. Selbstverständlich wird die Werbung von Mitarbeitern auch weiterhin fortgesetzt; doch dürfte nach den gemachten Erfahrungen die praktisch erreichbare Höchstzahl bei 500 liegen. Damit wird eine der natürlichen Grenzen erkennbar, die der Arbeit des Sudetendeutschen Wörterbuchs gesetzt sind.

Die zweite Hauptsorge galt der zügigen Durchführung der „gezielten Aufsammlung“ des Sprachmaterials mit Hilfe besonders ausgearbeiteter und den Mitarbeitern zugesandter *Fragelisten*. Im Berichtsjahr sind zwölf Frage-

listen mit jeweils rund 60 Einzelfragen hinausgegangen. Ein Mehr an Belastung ist den freiwillig und ehrenamtlich tätigen Mitarbeitern nicht zuzumuten; hier liegt eine zweite natürliche Grenze der Wörterbucharbeit.

Neben der Fragelistenarbeit ging selbstverständlich auch weiterhin die „freie Aufsammlung“ des Sprachguts durch die Mitarbeiter mit Hilfe der *Belegzettelblocks*, die zu Anfang des ersten Arbeitsjahres im Vordergrund gestanden hatte, einher. Trotz des Fleißes aller Mitarbeiter nimmt das Ergebnis dieser Aufsammelungsweise jedoch ständig ab, einfach infolge der Erschöpfung des den Gewährsleuten frei erinnerlichen Sprachguts. Da war es ein glücklicher Gedanke, die jeweils letzte Frage der einzelnen Fragelisten allgemeiner zu halten und dadurch die Mitarbeiter immer aufs neue zur „freien Aufsammlung“ anzuregen. Die *„Beiblätter der Fragelisten“*, auf denen die Beantwortung dieser Frage zumeist erfolgt, sind mit der Zeit zu einem wichtigen Faktor in der Sammeltätigkeit des Sudetendeutschen Wörterbuchs geworden.

Daneben wurden von den Mitarbeitern auch wieder zahlreiche umfangreiche von ihnen selbst oder von anderen Landsleuten zusammengetragene lexikalische Sammlungen dem Wörterbuch zur Auswertung zur Verfügung gestellt.

Das Sudetendeutsche Wörterbuch sagt auf diesem Wege allen seinen Mitarbeitern und Helfern aufrichtigen Dank für Ihre Mühe und Aufmerksamkeit und bittet sie, ihm auch weiterhin die Treue zu halten.

Auf die vordringliche Aufgabe des Sudetendeutschen Wörterbuchs, die möglichst rasche Aufsammlung des heute noch faßbaren Sprachguts, war auch die *kanzleimäßige Arbeit* ausgerichtet. Deren wichtigsten, dem Leiter selbst zufallenden Teil bildete darum auch, neben der ständigen Werbung von Mitarbeitern, die Ausarbeitung und jeweils zeitgerechte Aussendung der Fragelisten sowie die laufende Registrierung der eingegangenen und die Einmahnung der ausständigen Fragelisten, was nebenher auch die Führung einer Mitarbeiter- und einer Ortskartei erforderte.

Die den zeitweilig eingesetzten, bezahlten Hilfskräften — 10 bis 15 zumeist sudetendeutschen Schülern und Schülerinnen des Butzbacher Weidigymnasiums — übertragenen kanzleimäßigen Arbeiten bestanden vor allem in der Aus- und Umschreibung überfüllter Belegzettel sowie in der Auswertung der sonstigen Einsendungen der Mitarbeiter. Hierbei wurde das Hauptgewicht auf die Verzettelung der Beiblätter zu den Fragelisten und der lexikalischen Sammlungen gelegt, da diese reiche Anregungen für die Ausarbeitung der Fragelisten lieferten. Ihr gegenüber trat die Verzettelung der Fragelisten selbst mehr in den Hintergrund; lediglich die Listen 1—5 wurden auf diese Weise verarbeitet. Die unmittelbare Auswertung der Fragelisten auf Karten wurde noch nicht in größerem Ausmaße durchgeführt, da noch für keine von ihnen der Rücklauf abgeschlossen ist. Es wurden lediglich einige behelfsmäßige Karten gezeichnet, die die binnendeutsche Mitlautschwächung sowie Fragen der Zeitwortbeugung zum Gegenstande haben.

Stark eingeschränkt wurden gegenüber dem Vorjahre die Ausschreibungen aus dem mundartkundlichen und mundartlichen Schrifttum. Immerhin wurden gewonnen aus:

F. Knothe, Wörterbuch der schles. Mundart in Nordböhmen	2170 Zettel
O. Mannl, Die Sprache der ehem. Herrschaft Theusing	373 Zettel
J. Just, Über die Volksmundarten im Leipaer pol. Bezirk	18 Zettel
Th. Seifert, Heimatkunde von Nikolsburg	377 Zettel
Tutte, Der politische Bezirk Saaz	754 Zettel
J. Oberparleitner, Gedenkbuch der Stadt Kaplitz	436 Zettel
K. Bacher, Herdfeuer vo dahoam	4372 Zettel
E. Brandl, Mein Heimatort Grusbach	628 Zettel

Was den ebenfalls einen Teil der kanzleimäßigen Arbeit bildenden *Postverkehr* betrifft, so betrug — den Fragelistenverkehr nicht mitgerechnet — der Ausgang 705 Stück, der Eingang 1182 Stück.

Im Spiegel der Gesamtziffern des Belegzettelnwachses in den einzelnen Sparten der Arbeit des Sudetendeutschen Wörterbuchs war deren Ergebnis im Berichtsjahr folgendes:

Unmittelbare Zetteleinsendungen durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter, einschließlich der kanzleimäßigen Aus- und Umschreibung überfüllter Zettel	34 290 Zettel
Verzettelung der Fragelisten	88 140 Zettel
Verzettelung der Beiblätter zu den Fragelisten	75 141 Zettel
Verzettelung eingesandter lexikalischer Sammlungen	12 033 Zettel
Ausschreibungen aus dem mundartkundlichen und mundartlichen Schrifttum	9 128 Zettel
Gesamtwuchs an Belegzetteln	218 732 Zettel

Zusammen mit den im Vorjahre gewonnenen 180 513 Zetteln beträgt somit der *gesamte Belegzettelbestand* des Sudetendeutschen Wörterbuchs am Ende seines zweiten Arbeitsjahres 399 245 Stück.

Über die Tätigkeit des Sudetendeutschen Wörterbuchs in seinem ersten Arbeitsjahr wurde ein ausführlicher Jahresbericht im Druck herausgegeben, der den Freunden und Förderern, den übrigen landschaftlichen Wörterbuchunternehmen und den Fachzeitschriften sowie allen Heimatblättern und ehrenamtlichen Mitarbeitern zugesandt wurde. Außerdem wurden verschiedenen einschlägigen Zeitschriften und Jahrbüchern Berichte über die Arbeit und die Planung des Sudetendeutschen Wörterbuchs zum Abdruck zugeleitet.

Mit den übrigen deutschen Landschaftswörterbüchern, dem Kartell der deutschen Mundartwörterbücher sowie mit dem Deutschen Sprachatlas in Marburg/Lahn wird ständige Verbindung gehalten.

BEITRÄGE ZUR BIBLIOGRAPHIE DER BÖHMISCHEN LÄNDER

Von Rudolf Hemmerle

Die Systematik dieser Bibliographie erfolgte im wesentlichen nach den von Prof. Dr. Rudolf Schreiber erarbeiteten Grundsätzen und enthält die ab 1957 erschienene Literatur. Nicht jedes der systematischen Gebiete konnte im vorliegenden Jahrbuch berücksichtigt werden; diese Gebiete werden in den folgenden Jahrbüchern nachgeholt. Dabei wird auch auf folgende Bibliographien verwiesen: Preidel, Helmut und Rudolf Schreiber: Bibliographie der Sudetenländer 1945—1948 in Stifter-Jahrbuch 1959 (Gräfelting: Gans Verlag 1949 S. 130—163) und Hemmerle, Josef: Sudetendeutsche Bibliographie 1949—1953. Marburg/L. 1959. X, 323 S. (Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas. Nr. 42. Hrsg. vom Johann Gottfried Herder-Institut.)

Die mit einem Kreuzchen versehenen Titel sind in den Beständen der gemeinsamen Bibliothek des Collegium Carolinum, der Historischen Kommission der Sudetenländer und des Sudetendeutschen Archivs vorhanden und können im Seminarraum der Bibliothek (München, Thierschstr. 11—17) eingesehen werden. Ausleihe nach auswärts erfolgt nur ausnahmsweise an Personen, die sich wissenschaftlich mit Fragen des böhmisch-mährischen Raumes beschäftigen und ihr Interesse an einem bestimmten Thema nachweisen. Die endgültige Entscheidung behält sich die Bibliotheksleitung vor.

LANDESKUNDE

- * Atlas Östliches Mitteleuropa. Hrsg. von Th. Kraus, E. Meynen, H. Mortensen, H. Schlenger. Bielefeld: Velhagen & Klasing 1959. 68 Kartenblätter.
- B a b i c k ý, S. (u. a.): Krušné hory. Praha: Sport. a turist. nakl. 1958. 145 S., 2 Kt., Abb. (Oblastní turistický průvodce 1). (Erzgebirge).
- * B a r t l, Ernst: Egerland einst und jetzt. Geislingen / St.: Egerland-Verl. 1959. 336 S., 1 Kt. (Bücher der Egerländer. Bd. 27.)
- B e s k y d y. 1 : 75 000. Praha: Ústřední správa geodesie a kartogr. 1959. 99×69 cm. (Die Beskiden.)
- C h y s k ý, J. (u. a.): Krkonoše. Praha: Sport. a turist. nakl. 1959. 214 S. (Oblastní turistický průvodce. 1.) (Das Riesengebirge.)

- Eichler, Fritz: Heimat Kuhländchen. Ein Bilderbuch aus alter und neuer Zeit. Heidelberg: Odertor-Verlag 1958. 240 S.
- * Jizerské hory. 1 : 75 000. Praha: Ústřední správa geodesie a kartogr. 1958. 70×62 cm. (Das Isergebirge.)
- Jihočeský lidový kalendář. České Budějovice: Krajské nakl. 1959. (Südböhmischer Volkskalender.)
- Karkonosze. Mapa turystyczna. 1 : 75 000. Warszawa 1958. 56×64 cm. (Riesengebirge).
- Käubler, Rudolf: Das Alter der deutschen Besiedlung des Egerlandes. Ein Beitrag zur frühgeschichtlichen Geographie. Göttingen 1958. 56 S. (Göttinger geogr. Abhandlungen 20.)
- Käubler, Rudolf: Geogr. Betrachtungen zum Siedlungsbeginn im Erzgebirge. In: Wiss. Zs. d. Martin-Luther-Univers. Halle-Wittenberg. Math.-Nat. VI. 1956/57, 5 S. 855—62.
- * Kraft, Adam, W. Pleyer: Schönes Nordböhmen. Ein Bildband. Augsburg: Kraft 1957. 59 S. Abb. und 16 S. Text.
- * Kraft, Adam, W. Pleyer: Schönes Nordböhmen. Ein Bildband. Augsburg: Kraft 1958. 32 S. Text, 154 Abb. auf Taf.
- * Kuhn, Heinrich: Zur Landeskunde der Tschechoslowakei. Bevölkerung, Verwaltungsgliederung, Ortsverzeichnis. München: Sudetendeutsches Archiv 1959. 192 S., 1 Kt. (Materialien zur Gegenwartskunde der Tschechoslowakei. Bd. 1.)
- * Moravský Kras. 1 : 75 000. Praha: Ústřední správa geodesie a kartogr. 1958. 60×75,5 cm. (Der mährische Karst.)
- Patočka, F.: Lužické hory a rumburská vrchovina. Turistický průvodce. Praha: Sport. a turist. nakl. 1959. 90 S. (Die Lausitzer Berge und das Rumburger Hügelland.)
- Pernica, M. a J.: Pavlovské vrchy a okolí. Praha: Sport a turist. nakl. 1958. 111 S. mit Abb. und 2 Kt. (Oblastní turistický průvodce. 42.) (Pol-lauer Berge und Umgebung.)
- * Praxl, Paul: Der goldene Steig. Ein Heimatbüchlein. Waldkirchen/Ndb.: Selbstverlag 1959. 29 S., 1 Abb.
- * Riedl, M. J.: Das heutige Nordböhmen. Ein Tatsachenbericht in Wort und Bild. Mit einem Vorwort von R. Lodgman v. Auen. München: Aufstieg-Verl. 1958. 100 S.
- * Saazerland — Hopfenland. Ein Buch treuen Gedenkens. München 1959. 399 S. mit Abb.
- Seifert, Sepp: Deiner Heimat Antlitz. Ein Komotauer Bilderbuch aus Stadt und Land mit einem Textbeitrag von Rudolf Hemmerle. Ingolstadt: Verl. Komotauer Zeitg. 1959. 128 S.
- Vik, Karel: Severní Čechy. Slovem doprovází J. V. Scheybal. Praha: St. nakl. krásné literatury, hudby a umění 1958. 159 S. mit 66 Abb., 7 farb. Taf. (Nordböhmen).

- Vlach, J.: Nízký Jeseník a přilehlé oblasti. Praha: Sport. a turistické nakl. 1958. 125 S. (Oblastní turistický průvodce. 36.) (D. Niedere Gesenke u. Umgebung.)
- * Werdecker, Josef: Die Sudetenländer. Abriß einer Landeskunde. Würzburg: Holzner 1957. 64 S.
- * Wiener Quellenhefte zur Ostkunde. Hrsg. v. d. „Arbeitsgemeinsch. Ost“ Reihe Landeskunde. Red. Wilfried Krallert. Loseblatt-Ausgabe. Graz: Stiasny. H. 1 1958 ff.

BEVÖLKERUNGSWISSENSCHAFT

- * Zur Bevölkerungsbewegung in der Tschechoslowakei nach Nationalitäten. (Übersicht nach „Demografická příručka“ 1959, S. 37.) In: Wiss. Dienst f. Ost-Mitteleuropa 9. 1959, 12 S. 459—60.
- Bohmann, Alfred: Die Bevölkerung 1857—1957 (Brüx). In: Oberdorffer, Kurt (Hrsg.): Brüx. Die Stadt an der Brücke. München: Lerche 1958. S. 87—94.
- * Bohmann, Alfred: Bevölkerungsbewegungen in Böhmen 1847—1947 mit bes. Berücksichtigung der Entwicklung der nationalen Verhältnisse. München 1958. XXVII, 320 S. (Wissensch. Materialien zur Landeskunde der böhmischen Länder. 3.)
- * Bohmann, Alfred: Das Sudetendeutschtum in Zahlen. Handbuch über den Stand und die Entwicklung der sudetendt. Volksgruppen in den Jahren 1910—1950. Die kulturellen, soziologischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Spiegel der Statistik. Hrsg. vom Sudetendt. Rat. München 1959. 283 S., 1 Kt.
- Káň a, O.: K národnostní problematice Ostravska v období předmnichovské ČSR. In: Slezský sborník 57. 1959 S. 251—76. (Zur Problematik der Nationalitäten des Ostrauer Gebietes in der Zeit der Vormünchner Tschechoslow.)
- * Demografická příručka. Zpracovali M. Kučera a D. Vysušilová. Praha: St. úřad statist. 1959. (Demographisches Handbuch.)
- Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50. Hrsg. Statist. Bundesamt Wiesbaden. Stuttgart: Kohlhammer 1958. 540 S. (S. 315—386: Tschechoslowakei).

GESCHICHTE

Allgemeine und Gesamtdarstellungen

- * Aschenbrenner, Viktor: Sudetenland. Ein Überblick über seine Geschichte. Bad Reichenhall: Verl. Neue Schule o. J. (1959) 144 S. (Schriften des Kulturwerkes der vertriebenen Deutschen. Reihe II, H. II).
- * Böhmen und Bayern. Vorträge der Arbeitstagung des Collegium Carolinum in Cham. München: Lerche 1958. 11, 127 S. mit 37 Abb., 19 Taf. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum. Hist.-philolog. Reihe. Bd. 1).

- * Bušek, Vratislav; Nicolas Spulber: Czechoslovakia. New York: Praeger 1957. XVII, 520 S.
- * Franzel, Emil: Sudetendeutsche Geschichte. Eine volkstümliche Darstellung. Augsburg: Kraft 1958. 437 S.
- * Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte. Hrsg. von K. Obermann und J. Polišenský. Berlin: Rütten und Loening 1958. 432 S. (Schriftenreihe d. Kommission d. Historiker d. DDR u. d. ČSR 1).
- * Jaksch, Wenzel: Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donaauraum. Stuttgart: DVA 1958. 524 S. 2. Aufl. 1959.
- * Jilek, Heinrich: Die Hauptströmungen der neueren tschechischen Literatur bis zum Zweiten Weltkrieg. Zs. f. Ostforschung 8. 1959, 2 S. 193 bis 213.
- * Lemberg, Eugen: Volksbegriff und Staatsideologie der Tschechen. Zs. für Ostforschung 8. 1959, 2 S. 161—97.
- * Lemberg, Eugen: Was bedeutet den Tschechen ihr Staat und ihr Volk? Sudetenland 1958/59, 2 S. 113—23 (123—29 engl. Synopse).
- * Lisický, Karel: Das deutsch-tschechische Verhältnis gestern und morgen. Internat. Recht und Diplomatie 1956, 3/4 S. 181—90.
- * Lisický, Karel: Um die Zukunft Böhmens. Der Europ. Osten 4. 1958. 7 S. 392—99.
- * Logdman von Auen, Rudolf: Die Aufgabe der Sudetendeutschen. Der Europ. Osten 1957, 2 S. 88—92.
- * Mayer, Theodor: Ansprache anlässlich der feierlichen Eröffnung des „Collegium Carolinum“ am 18. 2. 1957 in München. In: Böhmen und Bayern. München: Lerche 1958. S. 7*—11*.
- Palacký, Fr.: Z dějin národu českého. Praha: St. nakl. krásné lit., hudby a umění 1957. 368 S. (Světová četba. Sv. 143).
- Polišenský, J.: Kilka uwag o czechoslovakich studiach i materialach w zakresie historii powszechnej. Sobótka (Wrocław) 1957, 3 S. 339—61. / Einige Bemerkungen zu tschsl. Studien und Materialien zur Weltgeschichte. /
- * Pozorny, Reinhard: Wir suchten die Freiheit. Weg einer Volksgruppe. München: Bogen-Verl. 1959. 405 S.
- * Přehled Československých dějin. Díl II: Do roku 1848. Praha: Nakl. Českosl. akad. věd 1958. 955 S. / Übersicht über d. tschsl. Geschichte. /
- * Rohan, K. A.: Die deutsch-tschechische Verständigung. Der Europ. Osten 4. 1958, 7 S. 387—91.
- * Schlenger, H.: Ost-Mittleuropa in russischen geogr. Zeitschriften. Zs. f. Ostforschung 6. 1957, 1 S. 89—93.
- * Schmid-Egger, Hans: Zukunft in Böhmen. Überlegungen z. Ordnung in Mitteleuropa. München: Volksbote 1957. 124 S.

- Šimček, Zd.: Několik poznámek k zpracování starší české diplomatiky, především městské. Českosl. časopis historický 5. 1957, 2 S. 301—07.
- * Sturm, Heribert: Bayern und Eger seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. In: Böhmen und Bayern. München: Lerche 1958. S. 109—27.
- Tomáš, J.: K diskusi o procesu t. zv. původní akumulace v našich dějinách. Českosl. časopis historický 5. 1957, 3 S. 532—48.
- * Winter, Eduard: Die tschechischen radikalen Demokraten. Zs. f. Geschichtswissenschaft 7. 1959, 5 S. 1124.

Ur- und Frühgeschichte

- Cibulka, Josef: Velkomoravský kostel v Modré u Velehradu. Praha: Akad. věd. 1958. (Monumenta archaeologica. 7). / Die großmährische Kirche in Modrá bei Velehrad. /
- Havlík, L.: K otázce národnosti na území Velké Moravy. Historický časopis (Bratislava) 5. 1957, S. 493—503. / Zur Frage der ethnischen Verhältnisse im Großmährischen Reich. /
- Kudláček, J.: P. J. Šafářik a jeho koncepcia pôvodu Slovanov. Historický časopis (Bratislava) 5. 1957 S. 59—78. / S. u. seine Konzeption von d. Herkunft der Slawen. /
- Ludikovský, K.: Nové hroby z doby latenské na Moravě. Archeologické rozhledy 10. 1958, S. 620—30. / Neue Gräber der Latène-Zeit in Mähren. /
- Šejbal, J.: Moravské denárové mince markraběte Jošta. Nálezy z Hustopeč 1926 a Bošovic 1879. Numismatický sborník 4. 1957 S. 97—180. / Die mähr. Denarmünzen des Markgrafen Jobst. Die Funde von Auspitz 1926 und Boschowitz 1879. /
- * Internationales archäologisches Seminar i. Mikultschitz. (Nach Lidová demokracie Nr. 10 vom 11. 1. 1959). Wiss. Dienst f. Ost-Mitteleuropa 9. 1959, 2 S. 56—7.
- Sláma, J.: Základy kostela na staroslovanském pohřebišti ve Starém Městě „Na valách“. Byzantinoslavica 19. 1958 S. 311—4. / Die Fundamente der Kirche auf der altslawischen Begräbnisstätte in Altstadt „Na valách“. /
- Štěpková, J.: Islámské stříbro z nálezů v Kelči na Moravě. Numismatický sborník 4. 1957 S. 73—96. / Islamisches Silber aus dem Fund in Keltsch in Mähren. /
- Turek, R.: Die frühmittelalterlichen Stämmegebiete in Böhmen. Praha: Českosl. společnost archeologická při Českosl. akad. věd 1957. 128 S. mit 5 Kt.
- Zástěrová, B.: Archäologische Denkmäler der Avarenzeit im Mittelalter. Byzantinoslavica 19. 1958 S. 305—11.

- Bartoš, F.: Z politické literatury doby husitské. Sborník historický 5. 1957 S. 21—67. / Aus d. polit. Literatur der Hussitenzeit. /
- Bayarová, M.; J. Michnáková: K novým dokumentům z rukopisné pozůstalosti Augustina Smetany a k jeho pojetí socialismu a komunismu. Filosofický časopis 5. 1957, 4 S. 483—513. / Neue Dokumente aus dem handschriftlichen Nachlaß A. Smetanas und zu seiner Auffassung von Sozialismus und Kommunismus. /
- Beneš, Václav: Bohemia and the Nineteenth Century Polish Revolutions. Central Europ. Federalist 1957, Dec. S. 5—11.
- Betts, R. R.: Jeroným Pražský. Českosl. časopis historický 5. 1957, 2 S. 199 bis 226. / Hieronymus von Prag. /
- *Birk, Ernst: Französische Beziehungen zu Ost-Mittleuropa im 19. Jahrhundert bis 1870/71. Zs. f. Ostforschung 6. 1957, 3 S. 321—87 (beh. u. a.: Saint-René Taillandier u. d. Beginn franz.-tschech. Beziehungen; Tschechen und Polen im Kampf um die franz. öffentliche Meinung; Riegers Vordringen zu Napoleon III, 1867—69).
- *Bosl, Karl: Der Eintritt Böhmens und Mährens in den westlichen Kulturkreis im Lichte der Missionsgeschichte. In: Böhmen und Bayern. Vorträge der Arbeitstagung des Collegium Carolinum in Cham. München: Lerche 1958, S. 43—64.
- Brock, P.: The Political and Social Doctrines of the Unity of Czech Brethren in the 15th and Early 16th Centuries. S'Gravenhage 1957. 302 S.
- (Dalimil). — Nejstarší česká rýmovaná kronika tak řečeného Dalimila. K. vyd. připravili B. Havránek a. J. Daňhelka. 2. vyd. Praha: Českosl. akad. věd 1958. 343 S. / Die älteste tschechische Reimchronik des sogen. Dalimil. /
- Dohnal, M.: Stopy švýcarské a pařížské komunist. organizace na Šumpersku v 1844—47. Slezský sborník 56. 1958 S. 79—83. / Spuren der schweizerischen und Pariser kommunist. Organisationen im Gebiet von Mähr.-Schönberg 1844—47. /
- Dřímál, J.: Brněnské městské knihy, právo a listiny za písaře Jana z Gelnhausen. Sborník archivních prací 1958, 1 S. 109—29. / Die Brünnner Stadtbücher, das Recht und die Urkunden unter d. Schreiber Johann von Gelnhausen. /
- *Erickson, John: Recent Soviet and Marxist Writings: 1848 in Central and Eastern Europe. Journal of Central European Affairs 17. 1957, 2 S. 119—26.
- Ernstberger, Anton: Ferdinand von Schill's Nachlaß. Sitzungsberichte der Bayer. Akad. d. Wiss. Philos.-hist. Kl. Jg. 1957, H. 11. München 1958.
- Floedr, M.: Sředověké seznamy rukopisů jako historický pramen. Časopis Matice moravské 77. 1958 S. 1—28. / Mittelalterliche Handschriftenverzeichnisse als Geschichtsquellen. /

- Grobelný, Andělín: Češi a Poláci ve Slezsku v letech 1848—67. Přípravné studie z dějin národního a dělnického hnutí. Ostrava: Krajské nakl. 1958. 367 S. / Tschechen und Polen in Schlesien 1848—67. Vorläufige Studien aus der Volksgeschichte und der Arbeiterbewegung. /
- * Hemmerle, Josef: Anreger und Begründer der Geschichtsforschung in den Sudetenländern zu Beginn der Aufklärung. In: Stifter-Jahrbuch V. 1957 S. 72—101.
- Hlaváček, J.: Inkvisice v Čechách ve 30. letech 14. století Českosl. časopis historický 5. 1957, 3 S. 526—38. / Die Inquisition in Böhmen in den 30er Jahren des 14. Jahrhunderts. /
- Hofmann, W.: Ein Brief Johannes von Dambach an Karl IV. (Klerus und Interdikt in Deutschland in d. J. 1324—53). Wissenschaftl. Zs. d. Karl-Marx-Univ. Leipzig. Gesellschafts- und Sprachwiss. Reihe 6, 1956/57, 4 S. 387—96.
- Kalivoda, R.: Vytvoření revoluční ideologie selskoplebejského Tábora. Filosofický časopis 5. 1957, 6 S. 821—76. / Die Herausbildung der revolutionären Ideologie des bäuerlich-plebejischen Tabor. /
- (Karl IV.). — Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. 1356. Latein. Text mit Übersetzung. Bearb. von Konrad Müller. Bern: Verl. Herbert Lang 1957. 99 S. (Quellen zur neueren Geschichte. H. 25).
- * Klebel, Ernst: Besiedlungsgeschichte des Böhmerwaldes. In: Böhmen u. Bayern. München: Lerche 1958. S. 29—42.
- Konečný, Z.: Morava, Slezsko a Halič v předvečer první ruské revoluce (1900—1904). Slezský sborník 56. 1958, 4. / Mähren, Schlesien und Galizien am Vorabend der ersten russischen Revolution 1900—1904. /
- Köpstein, H.: Zu den Auswirkungen der hussitischen revolutionären Bewegung in Deutschland. Geschichte in der Schule (Berlin) 10. 1957, 3 S. 132—48.
- * Köpstein, H.: Über den deutschen Hussiten Friedrich Reiser. Zs. f. Geschichtswissenschaft 7. 1959, 5 S. 1068—82.
- Krejčí, K.: Episody z česko-maďarských styků v šedesátých letech XIX. století. Slavica. Časopis pro slovanskou filologii 27. 1958 S. 71—91. / Episoden aus den tschechisch-ungarischen Berührungspunkten in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts. /
- Křížek, J.: T. G. Masaryk a česká politika. Politické vystoupení českých "realistů" v letech 1887—93. Praha: St. nakl. pol. lit. 1959. 332 S. / Masaryk und die tschechische Politik. Das politische Auftreten der tschechischen „Realisten“ in d. Jahren 1887—93. /
- Lidnost a společenská skladba českého státu v 16.—18. století. Slezský sborník 56. 1958 S. 256—64. / Bevölkerung und gesellschaftliche Zusammensetzung des böhmischen Staates im 16.—18. Jahrhunderts. /
- Macek, Josef: Die hussitische revolutionäre Bewegung. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1958. XII, 232 S., 4 Kt.

- Malá, A.: Dva poslední inventáře jáchymovské mincovny. Numismatický sborník 4. 1957 S. 181—96. / Die beiden letzten Inventare der Joachims-thaler Münze. /
- Mann, S. E.: "The Journal of the Czech Museum" and Frant. Palacký. Slavonic and East Europ. Review 1957, Dec. S. 81—93.
- Měšťan, A.: Die tschechische und slowakische Emigration in Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert. Slavia 27. 1958 S. 112—9.
- Novák, P.: Neznámý rukopis Vladimíra Helferta. Časopis Matice moravské 77. 1958 S. 159—65. / Ein unbekanntes Manuskript V. Helferts. /
- Novotný, J.: Otázky obrozeneckých vztahů Čechů a Slováků v dosavadní historiografii. Historický časopis (Bratislava) 6. 1958 S. 269—90. / Fragen der zur Zeit der Wiedergeburt bestehenden Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken in der bisherigen Historiographie. /
- Novotný, J.: K úloze Františka Cyrila Kampelíka v česko-slovenských vztazích v době předbřeznové. Časopis Matice moravské 76. 1957 S. 257 bis 288. / Zur Rolle von F. C. Kampelik in den tschechisch-slowakischen Beziehungen in der Zeit des Vormärz. /
- Mezinárodní ohlas husitství. Praha: Nakl. Českosl. akad. věd 1958. 329 S. / Der internationale Widerhall des Hussitentums. / (Behandelt die hussitische Bewegung und die Slowakei, Polen, Weißrußland, Ungarn, Rumänien, slawischen Süden, Deutschland, ferner einige mittel- und westeuropäische Länder).
- Paulová, M.: Die tschechisch-byzantinischen Beziehungen und ihr Einfluß. Byzantinoslavica 19. 1958 S. 195—205.
- Pech, S. Z.: Passive Resistance of the Czechs 1863—79. The Slavonic and East European Review 36. 1958, Nr. 87 S. 294—307.
- Pech, S. Z.: František Ladislav Rieger: Some Critical Observations. Canadian Slavonic Papers 2. 1957 S. 57—69.
- Polišenský, J.: Česká otázka, habsburská politika a anglická revoluce 17. století. Sborník historický 5. 1957 S. 175—97. / Die böhmische Frage, die Politik der Habsburger und die englische Revolution des 17. Jahrhunderts. /
- Pražák, J.: Ke kritice českých aktů XII. století. Sborník archivních prací 1958, 1 S. 130—51. / Zur Kritik böhmischer Akten des 12. Jahrhunderts. /
- *Preiß, Horst: Böhmen wie es Johannes Butzbach von 1488—1494 erlebte. München: Lerche 1958. 119 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum. Histor.-philolog. Reihe. Bd. 4).
- *Prinz, Friedrich: Studien zur Gestalt Hans Kudlichs. Zs. f. Ostforschung 8. 1959, 2 S. 260—292; 3 S. 415—445.
- Ratner, N. D.: Programma i taktika českoj buržuazii v 1860—67 gg. Učenyje zapiski instituta slavyano-vedenija (Moskva) 14. 1956 S. 83—178. / Programm und Taktik der tschechischen Bourgeoisie in d. Jahren 1860—67. /

R u d a, V.: Události roku 1844 v Bolelavském kraji. Sborník archivních prací 1958, 2 S. 50—95. / Die Ereignisse des Jahres 1844 im Bunzlauer Kreis. /

* S c h w a r z, Ernst: Die deutsche Besiedlung des Böhmerwaldes und Westböhmens im Lichte der Mundarten. In: Böhmen und Bayern. München: Lerche 1858. S. 1—28.

S e i b t, Ferd.: Johannes Hus und der Abzug der deutschen Studenten aus Prag 1409. Archiv für Kulturgeschichte 39. 1957, 1 S. 63—80.

S t a n k i e w i c z, Ed.: The Idea of Czech-Polish Unity before and During the Renaissance. The Central European Federalist 5. 1957, 1 S. 4—7.

T k a d l e č k o v á, J.: Náznaky a činnost' Karla Havlíčka Borovského z hl'adiska vývoja česko-slovenských vzťahov. Historický časopis (Bratislava) 6. 1958 S. 32—47. / Anschauungen und Tätigkeit K. Havlíček Borovskýs aus der Sicht der Entwicklung der tschechisch-slowakischen Beziehungen. /

U r b á n e k, R.: O volbě Jiřího z Poděbrad za krále českého 2. března 1458. Praha: Českosl. akad. věd 1958. 107 S. / Über die Wahl Georgs von Podiebrad zum König von Böhmen am 2. März 1458. /

* W e g e n e r, Wilhelm: Böhmen, Mähren und das Reich im Hochmittelalter. Untersuchung zur staatsrechtlichen Stellung Böhmens und Mährens im Deutschen Reich des Mittelalters 919—1253. Köln: Böhlau 1959. XI, 272 S. (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart. 5).

* W e g e n e r, Wilhelm: Zeugenreihen deutscher Kaiser- und Königsurkunden als Quellen für die Stellung der Herzöge und Könige von Böhmen im deutschen Königreich des hohen Mittelalters. Zs. f. Ostforschung 6. 1957, 2 S. 223—45.

* W e i z s ä c k e r, Wilhelm: Städteentstehung und Heimatkunde. In: Böhmen und Bayern. München: Lerche 1958. S. 65—76.

* W i e r e r, Rudolf: F. Palackýs staatspolitisches Programm. Zs. f. Ostforschung 6. 1957, 2 S. 246—58.

W o j c i e c h o w s k a, M.: Zu studiów nad rekopisami Kosmasa. Sborník historický 5. 1957 S. 5—19. / Studien über die Handschriften des Cosmas. /

Tschechoslowakei 1918—38

* Č e r e š ň á k, B.: Revoluční dělnické hnutí 1919—20 na Hodonínsku. In: Ke vzniku ČSR. Praha: Naše vojsko 1958. S. 282—305. / Die revolutionäre Arbeiterbewegung 1919—20 im Gebiet von Göding. /

Č e s a r, J.: Ohlas Velké říjnové socialistické revoluce na českém venkově v letech 1917—20. Českosl. časopis historický 5. 1957, 4 S. 616—32. / Das Echo der großen Oktoberrevolution auf dem böhmischen Lande 1917 bis 20. /

* Č e s a r, J.: Prosincová generální stávk v roce 1920 na venkově v Čechách. In: Ke vzniku ČSR. Praha: Naše vojsko 1958 S. 140—70. / Der Generalstreik im Dezember 1920 auf dem Lande in Böhmen. /

- * Benešovy Moskevské cesty. Svědectví 1. 1957, 3/4 S. 193—214.
/ Benesch's Moskauer Reisen. /
- Epstein, F. T.: Zur Interpretation des Versailler Vertrages. Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N. F. Bd. 5. 1957, 3 S. 306—14.
- Fierlinger, Z.: Velikaja Oktjabr'skaja socialističeskaja revolucija i svoboda Českoslovakii. Meždunarodnaja Žizn' (Moskva) 1957, 7 S. 23 bis 31. / Die große sozialistische Oktoberrevolution und die Freiheit der Tschechoslowakei. /
- Gasiorowski, Zygmunt J.: Beneš and Locarno. Some Unpublished Documents. Review of politics. (Notre Dame, Ind.) 20. 1958, 2 S. 209—25.
- Gasiorowski, Zygmunt J.: Czechoslovakia and the Austrian Question 1918—20. Südostforschungen 16. 1957, 1 S. 87—122.
- Gasiorowski, Zygmunt J.: Polish-Czechoslovak Relations, 1922—26. The Slavonic and East European Review 35. 1957, Nr. 85 S. 473—504.
- * Gosiorovský Miloš: K podielu americko-slovenského proletariátu na vzniku ČSR. In: Ke vzniku ČSR. Praha: Naše vojsko 1958 S. 171—84.
/ Der Anteil des amerikanisch-slowakischen Proletariats zum Entstehen der Tschechoslowakei. /
- * Holotík, L.: Štefánikovská legenda a vznik ČSR. Bratislava: Slov. akad. ved 1958. 515 S. / Die Štefánik-Legende und die Entstehung der Tschechoslowakei. /
- * Karlík, J. — J. Krilek: Práce o postavení zemědělské malovýroby v Čechách v období předmnichovské republiky. Nová mysl 1959, 6 S. 666 bis 672. / Arbeit über die Stellung des landwirtschaftlichen Kleingewerbes in Böhmen in der Zeit der vor-münchener Republik. /
- * Kárník, Zdeněk: Příspěvek k historii zakládání dělnických rad v českých zemích (1919—1920). In: Ke vzniku ČSR. Praha: Naše vojsko 1958 S. 90 bis 139. / Beitrag zur Geschichte der Gründung von Arbeiterräten in den böhmischen Ländern (1919—1920). /
- Kennan, George F.: The Czechoslovak Legion. Russian Review 16. 1957, 4 S. 3—16; 17. 1958, 1 S. 11—28.
- Kocman, A.: Vznik ČSR ve světle zájmů domácího i zahraničního kapitálu. Sborník archivních prací 1958, 2 S. 3—49. / Die Entstehung der ČSR im Lichte der Interessen des inländischen und ausländischen Kapitals. / (Dokumentensammlung).
- * Kolečka, Josef: Boje české dělnické třídy v prvních měsících vzniku ČSR. In: Ke vzniku ČSR. Praha: Naše vojsko 1958 S. 51—89. / Die Kämpfe der tschechischen Arbeiterklasse in den ersten Monaten der Gründung der ČSR. /
- Konečný, Z.: Dělnické politické spolky na Ostravsku před první světovou válkou. (II). Slezský sborník 1956 S. 1—27. / Die politischen Arbeitervereine in der Gegend von Ostrau vor dem ersten Weltkrieg. /

- K o s i k, K.: Česká radikální demokracie. Příspěvek k dějinám názorových sporů v české společnosti 19. století. Praha: St. nakl. polit. lit. 1958. 482 S. / Die tschechische radikale Demokratie. /
- * K o u t e k, Jaroslav: 14. a 28. říjen 1918. Jejich průběh a význam. In: Ke vzniku ČSR. Praha: Naše vojsko 1958. S. 9—50. / Der 14. und 28. Oktober 1918. Verlauf und Bedeutung. /
- * K ř í ž e k, Jaroslav: Levicové hnutí Čechů a Slováků v Rusku v letech 1917—20. In: Ke vzniku ČSR. Praha: Naše vojsko 1958 S. 185—206. / Die Linksbewegung der Tschechen und Slowaken in Rußland in den Jahren 1917—20. /
- * K ř í ž e k, Jaroslav: Příspěvek k dějinám rozpadu Rakouska-Uherska a vzniku ČSR. Příspěvky k dějinám KSČ 5. 1958 S. 13—120. / Ein Beitrag zur Geschichte des Zerfalls Österreich-Ungarns und der Entstehung der Tschechoslowakei. /
- K v a č e k, R.: K. historii Henleinovy Sudetoněmecké strany. Dějepis ve škole 4. 1957 S. 193—200. / Zur Geschichte von Henleins Sudetendeutscher Partei. /
- M e l ' n i k o w a, J. N.: Vnucí politické krizis v Českoslovákii v 1925 bis 1926 gg. Novaja i novejšaja istorija (Moskva) 1958, 5 S. 51—71. / Die innenpolitische Krise in der Tschechoslowakei 1925—26. /
- O h l a s V e l k é ř í j n o v é s o c i a l i s t i c k é r e v o l u c e v č e s k ý c h z e m ě c h v a r c h i v n ě c h d o k u m e n t e c h. Sborník archivních prací 1958, 1 S. 3—25. / Das Echo der großen sozialistischen Oktoberrevolution in den böhmischen Ländern in Archivmaterialien. /
- * R a b l, Kurt: Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht 1918/19. Materialien und Dokumente. München: Lerche 1958. 245 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum. 3).
- V e l k á ř í j n o v á s o c i a l i s t i c k á r e v o l u c e v d ě j i n á c h a k u l t u r ě Č e s k o s l o v e n s k a. Sborník prací k 40. výročí Velké říjnové socialistické revoluce. Praha 1958. 323 S. / Die große sozialistische Oktoberrevolution in der Geschichte und Kultur der Tschechoslowakei. Sammelband von Arbeiten zum 40. Jahrestag der großen sozialist. Oktoberrevolution. /
- Ř í h a, Oldřich: Ohlas Říjnové revoluce v ČSR. Praha: St. nakl. pol. lit. 1957. 306 S. / Das Echo der Oktoberrevolution in der Tschechoslowakei. / — Besprechung von Edmund Jauernig in: Zs. f. Geschichtswissenschaft 6. 1958, 4 S. 900—4.
- * S c h r e i t t e r v o n S c h w a r z e n f e l d, Klaus: Das deutsche u. tschechische Turn- und Sportwesen in der Tschechoslowakischen Republik von seinen Anfängen bis zum Jahre 1938. München: Histor. Kommission der Sudetenländer 1956. 101 S. (Wissenschaftl. Materialien zur Landeskunde von Böhmen und Mähren-Schlesien. H. 1).
- T o m a, P. A.: The Slovak Soviet Republik of 1919. The American Slavic and East European Review 17. 1958, 2 S. 203—15.
- * U n g e r m a n, Zdeněk: Ohlas Velké říjnové socialistické revoluce v plzeň-

ském dělnickém hnutí a kontrarevoluční politika pravicových sociálních demokratů. In: Ke vzniku ČSR. Praha: Naše vojsko 1958. S. 234—55. / Der Widerhall der großen sozialistischen Oktoberrevolution in der Pilsener Arbeiterbewegung und die kontrarevolutionäre Politik der Rechts-Sozialdemokraten. /

- * V a l e n t a, Jaroslav: Těšínská otázka 1918-19. Příspěvek k česko-polským politickým vztahům v období imperialismu. In: Ke vzniku ČSR. Praha: Naše vojsko 1958 S. 207—33. / Die Teschener Frage 1918/19. Beitrag zu den tschechisch-polnischen politischen Beziehungen in der Zeit des Imperialismus. /
- * K e v z n i k u Č S R. Sborník statí k ohlasu Říjnové revoluce a ke vzniku ČSR. Praha: Naše vojsko 1958. 305 S. / Zur Entstehung der Tschechoslowakei. /

Münchener Abkommen und Zweiter Weltkrieg

- * A n d e r l e, Alfred: Internationale wissenschaftliche Konferenz in Prag anläßlich des 20. Jahrestages des Münchener Abkommens. Zs. f. Geschichtswissenschaft 7. 1959, 1 S. 140—4. (Es werden folgende Referate genannt: J. H á j e k (Prag): Die internationale Stellung der Tschechoslowakei zur Zeit Münchens; J. J. Minz (Moskau): Die sowjetische Außenpolitik im Kampf gegen die faschistische Aggression; V. Král (Prag) und H. Radnat (Berlin): Die Rolle der Monopole bei der Vorbereitung und Durchführung von München; T. Brod (Prag): Die Möglichkeiten der Verteidigung der ČSR im Jahre 1938; V. Soják (Prag): „München“ und die heutige Lage).
- * B a r e š, Gustav: Dvě výročí (28. říjen 1918 a 30. září 1938). Příspěvky k dějinám KSČ 5. 1958 S. 3—12. / Zwei Jahrestag. 28. Oktober 1918 und 30. September 1938. /
- B e r n a š, Franciszek; Lucjan Meissner: Brunatni siewcy smierci. Warszawa: Ludowe spoldzielnia wydawnieza 1959. 336 S. / Die braune Saat des Todes. / (Behandelt die Besetzung Österreichs, des Sudetenlandes und Böhmens und Mährens).
- * B o d e n s i e c k, Heinrich: Die Politik der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik (Herbst 1938 — Frühjahr 1939). Zs. f. Ostforschung 6. 1957, 1 S. 54—71.
- * Č e l o v s k ý, Boris: Das Münchener Abkommen von 1938. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1958. 518 S. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Bd. 3).
- C h u d e k, J.: Polska wobec wrześniowego kryzysu czechoslowackiego 1938 r. Sprawy miedzynarodowe (Warszawa) 1958, 4 S. 72—79. / Polen und die tschechoslowakische Septemberkrise 1938. /
- C z a r n e c k i, B.: Od „Monachium“ do kryzysu kwietniowego 1939 r. Z historii niemieckich przygotowań do agresji. Sprawy miedzynarodowe (Warszawa) 1958, 10/11 S. 55—69. / Von „München“ zur Krise im April 1939. Aus der Geschichte der deutschen Vorbereitungen zur Aggression. /

- * *Nové dokumenty k historii Mnichova*. Praha: St. nakl. pol. lit. 1958. 125 S. / *Neue Dokumente zur Geschichte von München*. /
- * *Eisler, Pavel*: Munich. A Retrospect. Prague: Orbis 1958. 50 S.
- * *Hájek, J. S.*: Mnichov. Praha. St. nakl. pol. lit. 1958. 162 S. / München /
- * *Königer, Heinz*: Über die Maikrise von 1938 und ihre Behandlung in der westdeutschen Geschichtsschreibung. *Zs. f. Geschichtswissenschaft* 7. 1959, 1 S. 60—79.
- Königer, Heinz*: Über die Ursachen und die Bedeutung des Münchener Abkommens von 1938. *Geschichte in der Schule* (Berlin) 11. 1958, 10 S. 556—71.
- * *Král, Václav*: Die Tschechoslowakei u. München. *Zs. f. Geschichtswissenschaft* 7. 1959, 1 S. 23—59. (Aus dem Tschechischen übersetzt von R. F. Schmiedt).
- * *Pachta, J.*: Několik svědectví o Mnichovu. *Příspěvky k dějinám KSČ* 5. 1958 S. 121—30. / Einige Zeugnisse über München. /
- Procházka, Vlad.*: Quelques observations sur l'origine et le développement de la République Tchécoslovaque et sur la catastrophe de Munich. *Bulletin de droit tchécoslovaque* 16. 1958, Nr. 3.
- Wandycz, Piotr S.*: Czechoslovak-Polish Confederation and the Great Powers, 1940—43. Bloomington, Indiana 1956. 152 S. (Indiana University Publications, Slavic and East European Series, Vol. 3).
- Zemskov, J.*: Novye dokumenty iz istorii Mjunchena. *Meždunarodnaja Žizn'* (Moskva) 1958, 10 S. 86—98.

Tschechoslowakei nach 1945

- Berger, Leopold*: Die Kräfte und die Ängste der Prager Machthaber. *Berichte und Informationen* (Salzburg) 13. 1958, Mai (H. 616).
- * *Boguszak, J.* — *Z. Jičínský*: K úloze a charakteru našeho socialistického státu. *Nová mysl* 1959, 3 S. 289—304. / Zur Aufgabe und zum Charakter unseres sozialistischen Staates. /
- * *Brügel, J. W.*: Erstarrte Fronten in der deutsch-tschechischen Auseinandersetzung. *Außenpolitik* 9. 1958, 9 S. 586—92.
- * *Brügel, J. W.*: Präsidentenwechsel in der Tschechoslowakei. *Osteuropa* 8. 1958, 2 S. 128—30.
- Čechová, G.*: Československé archivnictví v l. 1945—57. *Časopis společnosti přátel starožitností* 64. 1958 S. 6—15. / *Tschechoslowakisches Archivwesen 1945—57*. /
- Chalupná, A.*: Celostátní výstava archivních dokumentů. *Časopis společnosti přátel starožitností* 66. 1958 S. 166—8. / *Gesamtstaatliche Ausstellung von archivalischen Dokumenten*. /
- Czechoslovakia and the East European Ferment*. *World Today* (London) 1957, April.
- Davies, A. P.*: Eyewitness at Prague. *Freedom and Union* 13. 1958, 3 S. 6—7.

- Forst de Battaglia, Otto: Zwischeneuropa — ein politisch-wirtschaftlicher Überblick. Offene Welt 1958, Nr. 56 (August) S. 322—41.
- Gottwald, Klement: Spisy. XIV. 1947—48. Redakce: Ústav dějin KSČ. Praha: SNPL 1958. 466 S. / Werke. /
- * Herrmann, Theo: Is Prague a reliable satellite? Sudeten Bulletin 6. 1958, Nr. 2 S. 31—32.
- * Hrobák, P. A.: Czecho-Slovakia or Czechoslovakia? Slovakia 1956, Sept./Dec. S. 25—33.
- * Jech, Karel: Nad XIII. svazkem spisů Klementa Gottwalda. Příspěvky k dějinám KSČ 6. 1959 S. 158—74. / Zum XIII. Band der Schriften K. Gottwalds. /
- * Jech, Karel: Vývoj dělnicko-rolnického svazku v letech 1945—48. Nová mysl 1959, 5 S. 529—43. / Die Entwicklung des Arbeiter- und Bauernverbandes in den Jahren 1945—48. /
- Kapitoly z dějin vzájemných vztahů národů ČSR a SSSR. Sborník prací vyd. péčí Československo-sovětského inst. ČSAV. Praha: Českosl. akad. věd 1958. 320 S. / Kapitel aus der Geschichte der gegenseitigen Beziehungen der Völker der ČSR und der UdSSR. /
- Kersten, Heinz: Die geistigen Strömungen in Zwischeneuropa. Auf der Suche nach einem dritten Weg. Offene Welt 1958, August, Nr. 56 S. 344 bis 361.
- Klik, J.: Historické vědecké společnosti. Časopis společnosti přátel starozitností 66. 1958 S. 132—6. / Historische wissenschaftliche Gesellschaften. /
- * Tschechische Kritik an polnisch. Geschichtsschreibung (nach Slezský sborník 56. 1958 S. 557f.). Wissenschaftl. Dienst für Ost-Mitteleuropa 9. 1959, 2 S. 56.
- * Linke, Günter: Reiseeindrücke aus Prag. Außenpolitik 9. 1958, 3 S. 190—5.
- Macek, J.: Čechoslovackaja istorič. nauka v 1957 g. Voprosy istorii (Moskva) 1958, 6 S. 202—11.
- Plojhar, J.: Vítězný únor 1948 a Čs. strana lidová. Praha: Nakl. lidová demokracie 1958. 100 S. / Der siegreiche Februar 1948 und die tschechosl. Volkspartei. /
- * Die Reformvarianten der Tschechoslowakei. Ost-Probleme 10. 1958, Nr. 23.
- * Reinisch, Leonhard: Die Minderheitenpolitik in der heutigen Tschechoslowakei. Ostbrief 4. 1957, 2 (26) S. 72—5.
- Rejnus, M.: Pojetí česko-polských vztahů v díle „Historia Polski“. Slezský sborník 56. 1958, 4. / Der Begriff der tschechisch-polnischen Beziehungen im Werke „Historia Polski“. /
- Roubík, Er.: Historie a příbuzné vědy v Českoslov. akademii. Časopis společnosti přátel starozitností 64. 1958 S. 23—7. / Geschichte und verwandte Wissenschaften in der tschechoslowakischen Akademie. /
- Šebánek, J.: Pomocné vědy historické v ČSR 1945—56. Českosl. časopis

- historický 5. 1957, 1 S. 1—26. / Die historischen Hilfswissenschaften in der Tschechoslowakei 1945—56. /
- Slapnicka, H.: Auch in Prag wollten hundert Blumen blühen. Hochland 50. 1957, 2 (Dez.) S. 187—90.
- * Slapnicka, Helmut: Tschechoslowakei (Chronik). Osteuropa 8. 1958, 3 S. 194—9; 8. 1958, 7/8 S. 542—8; 9. 1959, 1 S. 61—8; 9. 1959, 4 S. 248—53.
- * Spitzenfunktionäre in der Tschechoslowakei. Hinter dem Eisernen Vorhang 4. 1958, H. 3.
- Statistika a demografie. Praha: ČSAV 1959. 444 S.
- Taborský, Edward: Political Developments in Czechoslovakia Since 1953. The Journal of Politics 20. 1958, 1 S. 89—113.
- Taborský, Edward: Czechoslovakia in the Krushchev-Bulganin Era. American Slavonic and East European Review 1957, Febr.
- Turecek, Otto: Das Schweigen der Tschechen. Wort und Wahrheit 1957, 3 S. 181—7.
- Turecek, Otto: Tschechoslowakei. Offene Welt 1958, Aug. Nr. 56 S. 398 bis 405.
- * Únor 1948. Sborník dokumentů. Praha: St. nakl. pol. liter. 1958. 243 S. / Februar 1948. Sammelband von Dokumenten. /
- Vítězný únor 1948. Vzpomínky. Praha: St. nakl. pol. liter. 1959. 493 S. / Siegreicher Februar 1948. Erinnerungen. /
- * Urban, Rudolf: Gärende Jugend in der Tschechoslowakei und anderen Ostblockstaaten. Osteuropa 8. 1958, 1 S. 17—26.
- * Urban, Rudolf: Revisionistische Strömungen in der Tschechoslowakei. Osteuropa 9. 1959, 5/6 S. 382—88.
- * Veselý, J.: Prag Februar 1948. Berlin: Dietz Verl. 1959. 372 S.
- * Winkler, Gerhard: Die VII. und VII. Sitzung der deutsch-tschechoslowakischen Historikerkommission. Zs. f. Geschichtswissenschaft 7. 1959, 2 S. 381—3 (VIII. Sitzung: 9.—12. Oktober 1958 in Brünn).
- * Zusammenarbeit tschechoslowakischer Historiker mit Historikern anderer Ostblockstaaten (Übersetzg. aus: Naša veda Nr. 6, Juni 1959 S. 281 f.). Wissenschaftl. Dienst f. Ost-Mitteleuropa 9. 1959, 8 S. 291—4.

Sozialismus, Kommunismus, KPTsch.

- Bradáč, Zdeněk: Z dějin boje revolučního dělnického hnutí proti revizionistickému učení Karla Kautského. In: Proti revizionismu. Praha: St. nakl. polit. liter. 1959 S. 68—115. / Aus der Geschichte des Kampfes der revolutionären Arbeiterbewegung gegen die revisionistische Lehre von Karl Kautsky. /
- Bradley, J. F. N.: A Note on St. K. Neumann and the Czech Anarchist Movement. Slavonic and East European Review 1957, Dec. S. 204—7.
- * Československo mezi IX.—XI. sjezdem KSČ. Praha: St. nakl.

- polit. liter. 1958. 238 S. / Die Tschechoslowakei zwischen den IX. und XI. Kongreß der KPTsch. /
- Dokumenty k akcím KSČ na oslavu výročí Velké říjnové socialistické revoluce v letech 1925—35. Sborník archivních prací 1957, 1 S. 3—83. / Dokumente zu den Aktionen der KPTsch. anlässlich der Jahresfeiern der Großen sozialistischen Oktoberrevolution 1925—35. /
- * Dzvoník, M.: Významný pokus o diktaturu proletariátu na území ČSR. Nová mysl 1959, 6 S. 627—40. / Ein wichtiger Versuch um die Diktatur des Proletariats auf dem Gebiet der Tschechoslowakei. /
- Fricke, Dieter: Friedrich Stampfer und der „demokratische Sozialismus“. Zs. f. Geschichtswissenschaft 6. 1958, 3 S. 749—74.
- Holotíková Z.: Bolševizačný proces KSČ v rokoch 1924—29. Historický časopis (Bratislava) 5. 1957 S. 204—18. / Der Bolschewisierungsprozeß der KPTsch in d. Jahren 1924—29. /
- * Hříbek, J.: Boj KSČ za vytvoření protifašistické Národní fronty v českých zemích. Příspěvky k dějinám KSČ 5. 1958 S. 191—212. / Der Kampf der KPTsch. um die Bildung der antifaschistischen Nationalen Front in den böhmischen Ländern. /
- Jordán, F.: Agitace socialist. agitátora Heřmana Wanka z Rýmařova a brněnských socialistů na severní Moravě. Časopis Matice moravské 76. 1957, S. 225—57. / Die Agitation des sozialistischen Agitators H. Wanek aus Römerstadt und der Brünner Sozialisten im nördlichen Mähren. /
- * Kovář, Ladislav: KSČ v boji za jednotnou frontu proti fašismu. Praha: St. nakl. polit. lit. 1958. 430 S. / Die KPTsch. im Kampf für die Einheitsfront gegen den Faschismus. /
- Kubát, Daniel: Le probleme des intellectuels communistes en Tchécoslovaquie. Nouvel Horizon 5. 1959, Nr. 44/45.
- * Laštovka, Vojtěch: Vznik a formování marxistické levice na Plzeňsku. In: Ke vzniku ČSR. Praha: Naše vojsko 1958 S. 256—82. / Die Entstehung und Formierung der Linken im Pilsener Gebiet. /
- * Lodgman von Auen, Rudolf: Communist-Defection and Expellee Claims. Sudeten Bulletin 5. 1957, Nr. 7/8.
- * Nová mysl. Teoretický a politický časopis ústředního výboru Komunistické strany Československa. Praha. 1959, Nr. 1 ff.
- Opát, Jaroslav: K základním problémům třídních vztahů a politiky KSČ v době upevňování únorového vítězství. Příspěvky k dějinám KSČ 6. 1959 S. 3—70. / Zu den grundlegenden Problemen der Klassen-Beziehungen und der Politik der KPTsch. in der Periode des Februar-Sieges. /
- Pánková, J.: Význam Velké říjnové revoluce pro mezinárodní dělnické hnutí. Dějepis ve škole 4. 1957 S. 388—95. / Die Bedeutung der großen sozialistischen Oktoberrevolution für die internationale Arbeiterbewegung. /

- Peřa, V.: K dějinám dělnického hnutí a KSČ na Moravě v letech 1921—29. Časopis Matice moravské 76. 1957 S. 189—225. / Zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der KPTsch. in Mähren in den Jahren 1921—29. /
- * Příspěvky k dějinám KSČ. Vydává Ústav Dějin KSČ. Praha. 1, 1957. 2.—5. 1958. 6. 1959. / Beiträge zur Geschichte der KPTsch. /
- Reiman, Pavel: Z dějin boje proti revizionismu v Československu. In: Proti revizionismu. Praha: St. nakl. polit. lit. 1959 S. 5—16. / Aus der Geschichte des Kampfes gegen den Revisionismus in der Tschechoslowakei. /
- Reimann, Paul: Die Thesen zum Leitfaden der Geschichte der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Zs. f. Geschichtswissenschaft 6. 1958, 4 S. 850—7.
- Proti revizionismu. Sborník statí o boji komunistických stran proti soudobému revizionismu. Praha: St. nakl. polit. lit. 1959. 421 S. / Gegen den Revisionismus. Sammelwerk von Beiträgen um den Kampf der kommunistischen Parteien gegen den Revisionismus. /
- * Neudörfelský sjezd rakouské sociálně demokratické dělnické strany roku 1874. Příspěvky k dějinám KSČ 6. 1959 S. 106—28. / Der Kongreß von Neudörfel der österr. sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1874. /
- * Slapnicka, Helmut: Der XI. Parteikongreß d. KP der Tschechoslowakei. Osteuropa 8. 1958, 9 S. 604—7.
- * Šolle, Z.: Ke vzniku první socialistické dělnické strany u nás roku 1874. Nová mysl 1959, 6 S. 658—65. / Zum Entstehen der ersten sozialistischen Arbeiterpartei bei uns im Jahre 1874. /
- * Stampfer, Friedrich: Erfahrungen u. Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben. Köln: Verl. f. Politik u. Wirtschaft 1957.
- * Štvrtecký, S.: Sjezd československých komunistů v Moskvě v máji 1918. Příspěvky k dějinám KSČ 5. 1958 S. 131—51. / Der Kongreß der tschechoslowakischen Kommunisten in Moskau im Mai 1918. /
- Urx, E.: Marxistická metodologie v Reimanových „Dějínách KSČ“. Filosofický časopis 5. 1957, 3 S. 428—37. / Die marxistische Methodologie in Reimanns „Geschichte der KPTsch.“. /
- * Význam XXI. sjezdu KSSS pro řešení úkolů dovršení výstavby socialismu v ČSR a další rozvoj ideologické práce. Nová mysl 1959, 7 S. 739—58. / Die Bedeutung des XXI. Kongresses der KSSS für die Lösung der Aufgaben zur Erfüllung des Aufbaues des Sozialismus in der Tschechoslowakei und die weitere Entwicklung der ideologischen Arbeit. /
- * Wierer, Rudolf: The Czech Communist's Climb to Power. Sudeten Bulletin 6. 1958, Nr. 2 S. 27—29.

- Adamčík, S., O. Kána: Ostravsko včera a dnes. Ostrava: Čs. společnost pro šíř. pol. a vědeckých znalostí a Sl. stud. ústav v Opavě 1956. 31 S. (Knihovnička historické sekce. 3.) (Das Mähr.-Ostrauer Land gestern u. heute.)
- * Anděl, Rudolf: Frýdlant v Čechách. Průvodce historií státního zámku a hradu. Liberec: Krajské nakl. 1959. 18 S., 8 Taf. (Friedland in Böhmen. Führer).
- Böhm, Leo: Die Gründung der Stadt vor 700 Jahren. (Brüx). In: Oberdorffer, K. (Hrsg.): Brüx. Die Stadt an der Brücke. München: Lerche 1958 S. 11—21.
- * Brno. Fremdenführer. Autorenkollektiv: Váhala, Miroslav (u. a.). Übers.: Inge Jenackzková. Praha: Sport. a turist. nakl. 1958. 113 S., Taf., Kt., 1 Plan.
- * Čarek, J. (u. a.): Ulicemi města Prahy od 14. století do dneška. Názvy mostů, nábřeží, náměstí, ostrovů, sadů a ulic hlavního města Prahy, jejich změny a výklad. Praha: Orbis 1958. 535 S. (Durch die Straßen der Stadt Prag vom 14. Jahrh. bis heute.)
- * Cy s a r z, Herbert: Prag in der deutschen Geistesgeschichte. Quellen und Saaten eines Jahrtausends. In: 180 Semester Sängerschaft „Barden“. München 1959 S. 11—25.
- * Födisch, Hermann: Siegel als Zeugnis für eine Stadtbefestigung in Böhmen (Saaz). In: Stifter-Jahrbuch VI. Gräffeling: Gans 1959 S. 250—52.
- Gloria in excelsis deo. Vánoční poezie pražských chrámů. (Die Weihnachts-poesie der Prager Kirchen. Ediční red.: J. Beneš. Praha: Česká katolická Charita 1959. 17 S. Text in tschech., deutscher, französ., engl. und italien. Sprache, 64 Taf.
- Guthsmuths, Willi: Brückenkopf und Braunkohlenstadt. (Brüx). In: Oberdorffer, K. (Hrsg.): Brüx. Die Stadt an der Brücke. München: Lerche 1958 S. 7—9.
- Havlík, L.: Znojmo. Z minulosti města a jeho památek. Brno: Krajské nakl. 1956. 214 S. illustr. (Znaim).
- * Hemmerle Rudolf: Sie alle sangen das Lob der Goldenen Stadt. In: 180 Semester Sängerschaft „Barden“. München 1959 S. 27—35.
- Hilmera, J.: Litomyšl. Státní zámek a památky v okolí. Praha: Sport a turist. nakl. 1959. 39 S. (Leitomischl).
- Hlavsa, V.: Za novou a lepší Prahu. Praha: Min. vnitra 1957. 296 S., 12 S. Illustr. (Für ein neues und besseres Prag.)
- * 500 Jahre Stadt Weseritz. 1459—1959. Festschr. Geisenfeld/Obb. 1959. 84 S., 1 Pl.
- Janáček, J.: Obrázek života rudolfínské Prahy. Praha: Orbis 1958. 216 S. (Ein Bild des Lebens in Prag während der Zeit Rudolfs II.)
- * Krieglstein, A.: 700 Jahre Dobruška-Wiesengrund. Das Bild einer Landstadt im Wandel der Zeiten. Dinkelsbühl: Heimatkreis Mies-Pilsen 1959. 98 S.

- Langer, N.: Unverlierbare Heimat. Kindheit und Jugend in Nikolsburg. Wien, München: Osterr. Bundesverl. f. Unterricht, Wiss. u. Kunst 1959. 164 S.
- Litvinovsko, Sborník. Litvínov 1. 1958. (Die Gegend von Oberleutensdorf.)
- Michl, K.: Hradec Králové. Hradec-Králové: Krajský dům osvěty 1959. 16 S., 85 Taf. Abb. (Königgrätz).
- Novotný, A.: Staropražské variace na motiv Praha a cizina. Praha: Orbis 1958. 323 S. (Altprager Variationen auf das Motiv Prag und die Fremde.)
- Oberdorffer, Kurt (Hrsg.) Brůx. Die Stadt an der Brücke. Beiträge z. Gesch. einer nordwestböhmisches Stadt. München: Lerche 1958. 132 S., 39 Abb., 1 Kt.
- Oberdorffer, Kurt: Der Bau der Stadt nach 1515. (Brůx). In: Oberdorffer, K. (Hrsg.): Brůx. Die Stadt an der Brücke. München: Lerche 1958 S. 63—86.
- Praha. Fremdenführer. Autorenkollektiv: Hofmeisterová, J. (u. a.). Übers.: Anna Vyskočilová. Praha: Sport. o turist. nakl. 1957. 181 S., Taf., Kt., 1 Plan.
- Radimský, J.: Znojmo. In: Vlastivědný věstník moravský 13. 1958, S. 71 ff. (Znaim).
- Schrifttum zur Geschichte der Stadt Brůx. In: Oberdorffer K. (Hrsg.): Brůx. Die Stadt an der Brücke. München: Lerche 1958 S. 123—128.
- Seifert, Sepp: Heimerde unter fremden Zeichen. Ein Tatsachenbericht über das heutige Komotau in Wort und Bild. Ingolstadt: Verl. Komotauer Zeitung 1958. 64 S.
- Svitil, Anton: Brůx im Mai 1945. In: Oberdorffer, Kurt (Hrsg.): Brůx. Die Stadt an der Brücke. München: Lerche 1958. S. 113—120.
- Svitil, Anton: Ein Übersichtsplan der Stadt Brůx. In: Oberdorffer, Kurt (Hrsg.): Brůx. Die Stadt an der Brücke. München: Lerche 1958 S. 121—22.
- *Žanda, V. F.: Karlovy Vary. Stadtführer. Praha: Sportovní a turist. nakl. 1958, 120 S. (Karlsbad).

WIRTSCHAFT UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

- Adámek, J. Deset let monopolu zahraničního obchodu v číslech. In: Zahraniční obchod (Praha) 1958, Nr. 4. (Zehn Jahre Außenhandelsmonopol in Zahlen).
- *Auerhan, J.: Stav a perspektivy rozvoje automatizace v ČSR. In: Nová mysl 1959, 3 S. 247—260. (Stand und Perspektiven der Entwicklung der Automatisierung in der ČSR.)
- Bauprogramm der Bahnen in der Tschechoslowakei. In: Berichte und Informationen (Salzburg) 14. 1959, H. 651.
- *Benedikt, Heinrich: Die Anfänge der Industrie in Mähren. In: Donauraum 2. 1957, 1 S. 38—51.

- Benedikt, Heinrich: Die wirtschaftl. Entwicklung in der Franz-Joseph-Zeit. Wien: Herold 1958. 200 S. (Wiener hist. Studien. IV.)
- Blažej, Z.: Práce banky za nových podmínek plánování, financování a řízení národního hospodářství. In: Finance a úvěr (Praha) 1958, Nr. 6. (Die Arbeit der Bank unter den neuen Planungs-, Finanzierungs- und Leistungsbedingungen der Volkswirtschaft.)
- Blažek, Miroslav: Ökonomische Geographie der Tschechosl. Republik. Berlin: Verl. Die Wirtschaft. 1959. 254 S. mit Abb. u. Kt.
- * Blažek, Miroslav: Hospodářský zeměpis Československa. Praha: Orbis 1958. 412 S. (Wirtschaftsgeographie der Tschechoslowakei.)
- Bovin, A. J., B. N. Lukjanov (u. a.): Lesnoe chozajstvo Československoj republiky. Moskva, Leningrad: Goslesbumizdat 1959. 61 S. (Die Forstwirtschaft der tschechosl. Republik.)
- Brabec, Frant.: Automatizace v československém průmyslu. In: Automatizace, 1959. (Automatisation in der čsl. Industrie.)
- Breburda, Josef: Die genetische Gliederung der Böden der Tschechoslowakei und ihre Bedeutung für deren Bewertung und Nutzen. Gießen 1958. 153 S., 11 Kt. (Osteuropastudien der Hochschule des Landes Hessen. R. I. Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens. Bd. 5.)
- * Černianský, Viliam: Národohospodářská rentabilita zahraničního obchodu. In: Plánované hospodářství 1958, H. 12. (Die volkswirtschaftliche Rentabilität des Außenhandels.)
- Černý, B.: Vývoj lihovarství v českých zemích. Příspěvek k dějinám zemědělství. In: Českosl. časopis historický 5. 1957, 4 S. 688—727. (Die Entwicklung der Spiritusbrennerei in den böhmischen Ländern.)
- * Černý, Josef: Das internationale Agrar-Bureau in Prag. In: Agrarpolit. Rundschau (Bonn) 1958, 2 S. 3—5.
- * Císař, Jaromír: K otázce metod tvorby velkoobchodních cen. In: Plánované hospodářství (Praha) 1958, Nr. 10. (Zur Frage der Methode der Bildung von Großhandelspreisen.)
- * Dobrý, A.: Hospodářská krise československého průmyslu ve vztahu k Mnichovu. Praha: Nakl. Českoslov. akad. věd 1959. 197 S. (Die Wirtschaftskrise der čsl. Industrie im Zusammenhang mit dem Münchner Abkommen.)
- Ederer, Antonín: První vlak z Pardubic do Liberce. K stému výročí dráhy. Liberec: Krajské nakl. 1959. 116 S. (Der erste Zug von Pardubitz nach Reichenberg. Zum 100. Jahrestag der Bahn.)
- Die Entwicklung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft. In: Osthandel (Wien) 1959, Nr. 3
- Die Exponate auf der internationalen Messe in Brünn. In: Osthandel (Wien) 1959, Nr. 3.
- * Fabry, V.: Některé teoretické otázky spojené a přípravou nového zákona o jednotných zemědělských družstvech. In: Právník (Praha) 98. 1959,

- Nr. 1. (Theoretische Fragen verbunden mit der Vorbereitung d. landwirtschaftlichen Genossenschaftsgesetzes.)
- * Hl i n i č k a, Gustav: Jde nejen o vyšší výrobu, ale i o větší péči o pracující. In: *Práce* (Praha) 1958, Nr. 25. (Nicht nur höhere Produktion, auch erhöhter Arbeiterschutz.)
- J i n d r a, Z d.: K rozvoji českého bankovního kapitálu před první světovou válkou. In: *Českosl. Časopis historický* 5. 1957, 3 S. 506—26. (Zur Entwicklung des tschechischen Bankkapitals vor dem 1. Weltkriege.)
- Die wirtschaftl. Integration Osteuropas. (Kurt Wessely u. a.). Graz, Köln: Böhlau in Komm. 1958, 95 S. (Der Donauraum. 1958, Sonderheft.)
- Investitionslieferungen der tschechoslowakischen Industrie. In: *Osthandel* (Wien) 1958, Nr. 12.
- * J o z a, J.: Průmyslová revoluce v libereckém vlnářském průmyslu. In: *Dějepis ve škole* (Praha) 4. 1957 S. 145—53. (Die industrielle Revolution in der Reichenberger Wollindustrie.)
- I v a n o v, N. J.: Razvitie ekonomičeskich svajazej evropejskich stran Narodnoj Demokracii. Moskva: Vneštorgizdat 1959. 207 S. (Entwicklung des Wirtschaftsverbandes der europäischen Länder der Volksdemokratien.)
- K a v k a, F.: Český a slovenský obchod s textilními výrobky v rumunských zemích do poloviny 17. století. In: *Sborník historický* (Praha) 5. 1957, S. 113—70. (Der böhm. und slowak. Textilien-Handel in den rumän. Ländern bis zur Mitte des 17. Jahrh.)
- * Kollektivierungsbilanz für Ostmitteleuropa. In: *Ostprobleme* 11. 1959, 12 S. 387—99.
- K o n s t a n t i n o v, O. A.: Vtoraja čechoslovackaja naučnaja konferencija po ekonomič. geografii. In: *Izvestija vsesojuznogo geografičeskogo obščestva* (Moskva) 90. 158. S. 102—5. (2. tschechoslow. wissenschaftl. Konferenz über Wirtschaftsgeographie.)
- K ř í ž e k, Jan.: Krise cukrovarnictví v českých zemích v osmdesátých letech minulého století a její význam pro vzrůst rolnického hnutí. In: *Českosl. Časopis historický* 4. 1956, 2 S. 270—98; 3 S. 417—47; 5. 1957, 3 S. 473—506. (Die Krise der Zuckerindustrie in den böhm. Ländern in d. 80er Jahren d. vorigen Jahrh. u. ihre Bedeutung für den Aufschwung d. Bauernbewegung.)
- K u b á t, J.: Příspěvek k dějinám dolování u nás v 16. století. In: *Sborník Archivních prací* (Praha) 1957, H. 2. S. 177—223. (Zur Geschichte des Bergbaues bei uns im 16. Jahrh.)
- 10 let razvitija narodnogo chozjajstva i kultury čechoslovackoj Respubliki (1945—55). Moskva: Gos. isd. polit. lit. 1957. 206 S. (10 Jahre Entwicklung der Volkswirtschaft und Kultur der tschechoslowakischen Republik.)
- L ö c k e r, Hermann: Erinnerungen an das Kohlenrevier von Teplitz, Brüx und Komotau. In: Oberdorffer, Kurt (Hrsg.): *Brüx. Die Stadt an der Brücke*. München: Lerche 1958 S. 95—98.

- Maleczyńska, K.: Manufakturní období v Čechách. In: Sobótka (Wrocław) 12. 1957, 4 S. 570—2. (Die Manufaktur-Periode in Böhmen.)
- * Menclová, Jarmila: Z proticelních bojů roku 1926. In: Příspěvky k dějinám KSČ 6. 1959, S. 85—105. (Aus den Kämpfen gegen das Zollgesetz im Jahre 1926.)
- * Mík a, Alois: Die wirtschaftl. und sozialen Folgen der revolutionären Husitenbewegung in den ländlichen Gebieten Böhmens. In: Zs. f. Geschichtswissenschaft 7. 1959, 4 S. 820—41.
- Mík a, Alois: K otázce počátků původní akumulace kapitálu v Čechách. In: Českosl. časopis historický 5. 1957, 4 S. 632—64. (Zur Frage der Anfänge der ursprünglichen Kapital-Akkumulation in Böhmen.)
- Müller, L.: Die Elektrizitätswirtschaft der Tschechoslowakei. In: Elektrizitätswirtschaft 56. 1957, H. 14 (Juli) S. 505—9.
- Musil, Alois: Der Braunkohlenbergbau im Stadtgebiet. (Brüx). In: Oberdorffer, Kurt (Hrsg.): Brüx. Die Stadt an der Brücke. München: Lerche 1958 S. 104—108.
- Musil, Alois: Das Braunkohlenflöz in der Umgebung von Brüx. In: Oberdorffer, Kurt (Hrsg.): Brüx. Die Stadt an der Brücke. München: Lerche 1958 S. 99—103.
- Musil, Alois: Die Schwimmsandkatastrophe vom Jahre 1895. (Brüx). In: Oberdorffer, Kurt (Hrsg.): Brüx. Die Stadt an der Brücke. München: Lerche 1958 S. 109—112.
- * Passivum im Außenhandel der ČSR. In: Osteuropa (Wien) 1958, Nr. 4.
- * Plail, Ernst: Aus verwurzelter Überlieferung zu neuem Beginnen. Eine Betrachtung über d. Entwicklung der Staatl. Glasfachschule in Hadamar. In: Sudetenland 1958/59 H. 2 S. 146—49.
- Precioso, A.: Proporce mezi průmyslem a zemědělstvím a její vytváření v Československu. Praha: St. nakl. pol. lit. 1959. 239 S. (Das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft u. ihre Herausbildung in der Tschechoslowakei.)
- * Preidel, Helmut: Handwerk und Handel im frühgeschichtlichen Mitteleuropa. In: Stifter-Jahrbuch VI. Grädfeling: Gans 1959 S. 63—108.
- Purš, J.: K některým otázkám průmyslové revoluce. In: Českosl. časopis historický 5. 1957, 2 S. 266—76. (Zu einigen Fragen der industriellen Revolution.)
- Radimský, J.: Zemědělská statistika z r. 1797. In: Vlastivědný věstník moravský 13. 1958 S. 22—26. (Landwirtschafts-Statistik aus dem Jahre 1797 — in Mähren.)
- Razvitie narodnogo chozjajstva Čechoslovakoj Respubliki. Moskva: Vneštorgizdat 1958. 388 S. (Die Entwicklung der Volkswirtschaft in der Tschechosl. Republik.)
- Razvitie narodnogo chozjajstva Čechoslovakii. Statičeskij sbornik. Moskva: Gosplanizd. 1959. 244 S. (Entwicklung der Volkswirtschaft in der Tschechoslowakei.)

- Statistická ročenka 1956. Vyd. min. zemědělství a lesního hospodářství. Praha 1958. 189 S. (Statistisches Jahrbuch.)
- * Statistická ročenka 1957. Vyd. min. zemědělství a lesního hospodářství. Praha 1958. 355 S. (Statistisches Jahrbuch.)
- R ů ž i č k a, J.: Plátenický obchodní podnik litomyšlských Valdštejnů-Vartemberků v letech 1777—81. In: Sborník Archivních prací. 1957, 1 S. 85—135. (Ein Leinwand-Handelsunternehmen der Grafen Waldstein-Wartenberg in Leitomischl i. d. J. 1777—81.)
- * R y c h t á ř í k, Rudolf: Plánování národních výborů. Praha: St. nakl. pol. lit. 1959. 105 S. (Die Planung der Nationalausschüsse.)
- II sjezd ústřední rady družstev 3.—4. XI. 1956. Praha: Ústřední rada družstev 1957. 145 S. (Der 2. Kongreß des Zentralrates der Genossenschaften am 3.—4. XI. 1956.)
- * S l a p n í c k a, Helmut: Kollektivisierung in der Tschechoslowakei. In: Osteuropa 8. 1958, 1 S. 34—5.
- * Š p í r k, Ludvík: Zemědělské družstevnictví v kapitalistické a lidově demokratické ČSR. Uplatnění Leninova družstevního plánu. Praha: SNPL 1959. 298 S. (Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in der kapitalistischen und der volksdemokratischen ČSR.)
- S t a r k, W.: Der Ackerbau der böhm. Gutswirtschaften im 17. u. 18. Jahrhundert. In: Zs. für Agrargeschichte u. Agrarsoziologie (Frankfurt/M.) 5. 1957, 1 S. 20—41.
- Sprunghafte Steigerung des griechisch-tschechoslowakischen Warenaustausches. In: Osthandel (Wien) 1959, Nr. 1.
- S t e j s k a l, L.: Zemědělská statistika. Statistika rostlinné a živočišné výroby. Praha: St. zemědělská nakl. 1958. 228 S. (Landwirtschafts-Statistik.)
- Š t ě p á n, M.: Přehledné dějiny československých železnic 1824—1948. Praha: Dopravní nakl. 1958. 269 S. mit 85 Abb. (Übersichtliche Gesch. d. tschsl. Eisenbahnen.)
- * S t o č e s, F.: Zkušenosti z komplexního rozboru hospodaření JZD na okrese Praha-západ. In: Nová mysl 1959, 8 S. 852-66. (Erfahrungen aus der Gesamt-Analyse des Wirtschaftens der Landgenossenschaften im Bezirk Prag-West.)
- Š v e c, K.: Společný trh a československý zahraniční obchod. In: Zahraniční obchod (Praha) 1959, Nr. 1. (Der gemeinsame Markt und der tschechoslowakische Außenhandel.)
- S v o b o d a, V.: Tschechoslow. Agrikultur im Jahre 1957. In: International Peasant Union 9, 1958, 2 S. 10—13.
- * S v o b o d a, V.: Krise der tschsl. landwirtschaftl. Produktion. In: Agrarpolitische Rundschau 1958, Sept. S. 14—18.
- T., O.: Maschinen aus der Tschechoslowakei. In: Osthandel (Wien) 1957, Nr. 9/10.
- T e i c h o v á, Alice: Über das Eindringen d. deutschen Finanzkapitals in

- das Wirtschaftsleben der Tschechoslowakei vor dem Münchner Diktat. In: Zs. f. Geschichtswissenschaft 5. 1957, 6 S. 1160—80.
- U b i r i a, M., V. K a d l e c, J. M a t a s: Peněžní a úvěrová soustava Československa za kapitalismu. Praha: St. nakl. pol. lit. 1958. 343 S. (Das Geld- und Kreditwesen in der Tschechosl. unter dem Kapitalismus.)
- * V a l e š, Václav: Nástup k rychlému rozvoji chemie. In: Hospodářské noviny 1959, Nr. 1. (Auftakt zu einer schnellen Entwicklung der chemischen Industrie.)
- V e l t r u s k ý, Ladislav a kolektiv: Československé finance. Schváleno výnosem ministerstva školství a kultury ze dne 12. května 1958 č. j. 39, 784/57 — IV/1 jako učebnice pro vysoké školy ekonomické. Praha: Orbis 1958, 523 S. (Die tschechoslowakischen Finanzen.)
- W a g n e r, Richard: Panství kapitalistických monopolů v Československu. Praha: St. nakl. pol. lit. 1958. 260 S. (Die Herrschaft der kapitalist. Monopole in der Tschechoslowakei.)
- * W e s s e l y, Kurt: Die wirtschaftl. Zusammenarbeit im Ostblock. In: Osteuropa 8. 1958, 4 S. 239—44.
- * Die Wirtschaftsschulen der Tschechoslowakei (Bericht nach Hospodářské noviny vom 30. 10. 1959). In: Wiss. Dienst für Ost-Mittleuropa 9. 1959, 12 S. 455—6.
- K r m i v o v á základna — klíčová otázka našeho zemědělství. In: Věstník čsl. akademie zemědělských věd. 1959, Nr. 1. (Schlüsselproblem unserer Landwirtschaft — Futtermittelbasis.)
- Z i c h, M.: Zvyšování intensity výroby a rentability státních statků. In: Plánované hospodářství (Praha) 1957, Nr. 7. (Die Erhöhung der Produktionsintensität und der Rentabilität staatlicher Güter.)
- * Z i t t e, R.: Die Geschichte der Gablonzer Schmuckindustrie. Kaufbeuren-Neugablonz: Gablonzer Heimatkreis — Verl. d. Leutelt-Gesellschaft 1958. 229 S. (Gablonzer Bücher. 5.)

SOZIALGESCHICHTE

- B a l o g h, J.: Rozbor nemocnosti a povinnosti internistů v boji proti pracovní neschopnosti. In: Časopis lékařů českých R. 97. 1958, 13 S. 393 bis 403. (Die Krankheitsanalyse — und die Pflicht der Internisten im Kampf gegen die Arbeitsunfähigkeit.)
- C é s a r, J.: Řešení rolnické otázky v československé sociální demokracii v letech 1918—20. In: Českosl. časopis histor. 5. 1957, 1 S. 85—108. (Die Lösung der Bauernfrage in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie in den Jahren 1918—20.)
- D r k a l, S.: Dělnické spolky ostravsko — karvinského kamenouhelného revíru (1869—1918). In: Sborník archivních prací 1957, 2 S. 3—54. (Arbeitervereine des Steinkohlenrevieres von Ostrau-Karwin.)
- * F i a l k a, Radomir: Rodinné přídavky a otázky kolem nich. In: Hospodářské noviny 1959, Nr. 2. (Zur Frage der Familienzulagen.)

- Graus, Fr.: Dějiny venkovského lidu v Čechách v době předhusitské. II. Dějiny venkovského lidu od poloviny 13. stol. do roku 1419. Praha 1957. 633 S. Text und 20 Bild-S. (Geschichte der Landbevölkerung in Böhmen in der vorhussitischen Zeit. II: 13. Jahrhundert bis 1419.)
- Grobelný, A.: Hladová léta ve Slezsku 1846—56. In: Slezský sborník 56. 1958, S. 51—78; S. 193—214. (Hungerjahre in Schlesien 1846—56.)
- Havlíčková, Sylvie: Tschechoslowakische Frauen. Prag: Orbis 1957. 24 Bl. mit Abb.
- * Hnutí venkovského lidu v českých zemích v letech 1918—22. K vydání připravili Jaroslav César a Milan Otáhal. Praha: Čs. A. V. 1958. 493 S. (Die Bauernbewegung in den böhm. Ländern 1918—22.)
- Dělnické hnutí na Ostravsku. Sborník prací. Red.: A. Grobelný, B. Sobotík. Ostrava: Krajský nár. výbor 1957, 338 S. (illustr.) (Die Arbeiterbewegung im Gebiet von Ostrau.)
- Hofmann, G.: Blatenský velkostatek v polovině 19. stol. In: Sborník Archivních prací 1958, 2 S. 98—128. (Der Großgrundbesitz Blatná in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts.)
- Holejšovský, J.: Počátek svobodnických knih. In: Sborník Archivn. prací 1958, 1 S. 90—108. (Der Anfang der Freisassen-Bücher.)
- Hroch, M., Veverka, A.: K otázce sociální skladby české obrozenecké společnosti. In: Dějepis ve škole, 4, 1957, S. 153—59. (Zum Problem der sozialen Struktur in Böhmen in der Periode der Wiedergeburt.)
- * Jakš, A., Fiala, J., Kynčil, J.: Hlad a práce. Kapitoly z dějin strany a pracujícího lidu na Kadaňsku. Karlovy Vary: Krajské nakl. 1958, 73 S. (Hunger und Arbeit. Kapitel aus der Geschichte der Partei und des arbeitenden Volkes im Gebiet von Kaaden.)
- * Klocke, Helmut: Wandlungen der Sozialstruktur im europäischen Vorfeld der Sowjetunion seit 1945. II. Der agrarische Bereich. In: Osteuropa 9, 1959, 2/3 S. 91—100; 5/6 S. 360—73.
- Kmoníček, L.: Námezdní práce na zlonickém velkostatku před a po roce 1848. In: Sborník archivních prací 1957, 2 S. 55—112. (Die Lohnarbeit auf dem Zlonitzer Großgrundbesitz vor und nach dem Jahre 1848.)
- Kočí, J.: Příspěvek k rolnické otázce v Čechách v. r. 1848. In: Českosl. časopis historický 5, 1957, 1 S. 59—85; 2 S. 248—66. (Beitrag zur Bauernfrage in Böhmen im Jahre 1848.)
- Konečný, Zdeněk: Dělnické spolky na Ostravsku před první světovou válkou. In: Slezský sborník 56, 1958, Nr. 1. (Die Arbeitervereine im Ostrauer Gebiet vor dem 1. Weltkrieg.)
- Kořálka, J.: Ke vzniku samostatného politického hnutí dělnictva ve střední Evropě. In: Dějepis ve škole 3. 1957. S. 337—49. (Zur Entstehung einer selbständigen politischen Arbeiterbewegung in Mitteleuropa.)
- * Die Leistungen der Krankenversicherung der Angestellten. Bearbeitung v. J. Koloušek, V. Kvíčalová u. a., Übersetzung aus dem Tschech. Prag: Práce 1957. 231 S.

- Léta 1917—1921 na Ostravsku. Sborník tří prací k dějinám dělnického hnutí. Ostrava 1957. 83 S. (Die Jahre 1917—1921 im Ostrauer Gebiet.)
- Matějka, F.: Feudální velkostatek a poddaný na Moravě s přihlédnutím k přilehlému území Slezska a Polska. Studie o přeměnách na feudálním velkostatku v druhé polovině 15. a v první polovině 16. století. Praha: Nakl. česk. akad. věd 1959, 511 S. (Studie a prameny. 18). (Zusammenfassung in deutscher Sprache). (Der feudale Großgrundbesitz und der Untergerbene in Mähren in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts.)
- Mejzl, K. J.: Dělnické hnutí na západní Moravě do založení KSČ. Havlíkův Brod: Krajské nakl. 1957. 261 S., 12 S. ilustr. (Die Arbeiterbewegung in West-Mähren bis zur Gründung der KPČ.)
- Míka, Alois: Problém počátků nevolnictví v Čechách. In: Českoslov. časopis historický 5, 1957, 2 S. 226—48. (Das Problem der Anfänge der Leibeigenschaft in Böhmen)
- Otázky přestavby dělnických mezd. In: Práce a mzda (Praha) 1959, Nr. 1. (Fragen des Lohnumbaus bei Arbeitern.)
- Otázky životní úrovně. In: Sociální revue 1958, Nr. 5—6. (Fragen des Lebensstandards.)
- Pašek, Václav: Zajistit přestavbu mzdových soustav jako další krok ke zvýšení životní úrovně. In: Práce a mzda (Praha) 1958, Nr. 12. (Für die Sicherung des Umbaus der Lohnsysteme als einem weiteren Schritt zur Hebung des Lebensstandards.)
- Petráň, J.: Pohyb poddanského obyvatelstva a jeho osobní právní vztahy v Čechách v době předbělohorské. In: Českosl. časopis historický 5, 1957, 1 S. 26—58; 3 S. 399—447. (Die Bevölkerungsbewegung d. Untertanen und deren persönliche Rechtsverhältnisse in der Zeit vor der Schlacht am Weißen Berge.)
- Plojhar, J.: Gesundheitsschutz in der tschechoslowakischen Republik. Prag: Ministerium f. Gesundheitswesen der ČSR 1958. 38 S., Abb.
- Šolle, Z.: K počátkům dělnického hnutí v Praze. In: Českosl. časopis historický 5, 1957, 4 S. 664—87. (Zu den Anfängen d. Arbeiterbewegung in Prag.)
- Svoboda, J.: Ke studiu sociálního rozvrstvení venkovského lidu v Čechách v druhé polovině 18. stol. In: Českoslov. časopis historický 5, 1957, 3 S. 447—73. (Zur Frage der sozialen Gliederung des Landvolkes in Böhmen in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts.)
- Sýkora, J.: Prosincová generální stávka v r. 1920 na Třebíčsku. In: Dějepis ve škole 4, 1957, S. 97—102. (Der Dezember — Generalstreik 1920 in Trebitsch.)
- *Urban, Rudolf: Gärende Jugend in der Tschechoslowakei und anderen Ostblockstaaten. In: Osteuropa 8, 1958, Nr. 1.
- Věstník ministerstva zdravotnictví. Praha: Min. zdravotnictví 5, 1957. (Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen.)
- Vrbová, P.: Ke vzniku a charakteru tak zvaných dělnických besed v šedesátých letech 19. stol. v Praze. In: Českosl. čas. historický 5, 1957,

- 1 S. 108—36. (Zur Entstehung und zum Charakter der sogenannten Arbeiter-Kasinos in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts in Prag.)
- * Wright, William: E.: The Initiation of Robota Abolition in Bohemia. In: Journal of Central European Affairs 18. 1958, 3 S. 239—253.
- Zbavítel, A.: Dělnické hnutí na Frenštátsku do první světové války. In: Slezský sborník 56, 1958, S. 314—32. (Die Arbeiterbewegung im Gebiete von Frankstadt bis zum 1. Weltkrieg.)

VERWALTUNGS- UND RECHTSGESCHICHTE

- Böhm, Leo: Die königliche Stadt Brüx — Recht, Verwaltung und Wirtschaft. In: Oberdorffer, Kurt (Hrsg.): Brüx. Die Stadt an der Brücke. München: Lerche 1958 S. 22—54.
- * Bohmer, A. (u. a.): Legal Sources and bibliography of Czechoslovakia. New York: Praeger 1959. 7 Bl., 180 S.
- Bystřický, Rudolf: A propos des problèmes fondamentaux du droit international privé de famille en Tchécoslovaquie. In: Bulletin de droit tchécoslovaque (Praha) 16. 1958. 2 S. 180—95.
- Císarřová, Dagmar: La protection de la famille et de la jeunesse en droit pénal tchécoslovaque. In: Bulletin de droit tchécoslovaque (Praha) 16, 1958, 2 S. 196—208.
- Code de la famille, loi no. 265. In: Bulletin de droit tchécoslovaque (Praha) 16, 1958, Nr. 2.
- Donner, Bohdan: K základům mezinárodního dědického práva soukromého v Československu. In: Časopis pro mezinárodní právo. (Praha) Vol. 2. 1958, Nr. 1. (Zu den Grundfragen des internationalen zivilen Erb-rechtes in der Tschechoslowakei.)
- * Hemmerle, Josef: Die Rechtssatzungen des Stadtgerichtes Tachau in Böhmen. In: Zs. für Ostforschung 6. 1957, 2 S. 265—73.
- Janáček, J.: Nově nalezený právní sborník M. Brikcího z Licka. In: Českoslov. časopis historický 5. 1957, 1 S. 136—39. (Ein neu aufgefundener juristischer Codex des M. Brikcí von Licko.)
- Kejř, Jiří: Právní život v husitské Kutné Hoře. Praha: Čs. A. V 1958. 257 S. (Rechtsleben im hussitischen Kuttenberg.)
- * Kloubouch, Jiří: Osvětské právní nauky v českých zemích. Praha: Nakl. čsl. akad. věd. 1958, 357 S. (Die Rechtslehren der Aufklärung in den böhmischen Ländern.) (Rez.: Zs.f. Ostforschung 8. 1959, 2 S. 300—301 v. W. Weizsäcker.)
- Komentár k občianskému zákoníku. Dědické právo. Bratislava: Slov. vyd. polit. lit. 1958. 368 S. (Kommentar zum bürgerlichen Gesetzbuch. Erb-recht.)
- Martinic, J. (u. a.): Základní předpisy o vysokých školách. Praha: St. pedag. nakl. 1958. 303 S. (Grundvorschriften für die Hochschulen.)
- * Plaschka, Richard: Das böhmische Staatsrecht in tschechischer Sicht. In: Zs. für Ostforschung 8. 1959, 1 S. 1—14.

- * R a b l, Kurt: Die Rechtsstellung der Deutschen in der Tschechoslow. In: Zs. für Ostforschung 6. 1957, 2 S. 180—210.
- * R a b l, Kurt: Das Ringen um das Selbstbestimmungsrecht 1918/19. Materialien und Dokumente. München: Lerche 1958. 246 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum Hist.-phil. Reihe. 3.)
- * R a b l, Kurt: „Historisches Staatsrecht“ und Selbstbestimmungsrecht bei der Staatsgründung der Tschechoslowakei 1918/19. In: Zs. f. Ostforschung 8. 1959, 3 S. 388—408.
- R a d v a n o v á, Senta: Quelques questions de la pratique dans la domaine du droit de famille tchécoslovaque. In: Bulletin de droit tchécoslovaque (Praha) 16. 1958, 2 S. 131—52.
- * Das Recht auf die Heimat. 2. Fachtagung. Vorträge u. Aussprachen. Hrsg. v. K. Rabl. München: Lerche 1959. 152 S. (Studien und Gespräche über Heimat und Heimatrecht. Bd. 2.)
- R ö l i n g, B. V. A.: Für Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen. In: Jahrbuch für internationales Recht Bd. 8. 1959, 3 S. 277—89.
- * S c h m i e d, Erich: Das tschechoslowakische Jugendstrafrecht. In: Zs. f. Ostforschung 6. 1957, 2 S. 211—23.
- S c h m i e d Erich: Das tschechoslowakische Strafgesetzbuch vom 12. Juli 1950 [in der Fassung vom 22. Dez. 1956], Übers. u. mit einer Einl. vers. 2. Aufl. Berlin: de Gruyter 1958 VI, 125 S. (Sammlung außerdeutscher Strafgesetzbücher in dt. Übersetzung. 57.)
- * S c h u b e r t, Franz: Das böhmische Staatsrecht im Lichte gegenteiliger Meinungen. In: Zs. für Ostforschung 6. 1957, 2 S. 259—64.
- Školství. Sborník právních předpisů. Praha: St. pedagog. nakl. Sv. 1. 1957. (Das Schulwesen. Rechtsvorschriften.)
- S l a p n i c k a, Helmut: Richterwahlen in der Tschechoslowakei. In: Juristische Blätter (Wien) 74. 1957, H. 24.
- * S l a p n i c k a, Helmut: Die Stellungnahme des Deutschtums der Sudetenländer zum „Historischen Staatsrecht“. In: Zs. f. Ostforschung 8. 1959, 1 S. 15—41.
- * S l a p n i c k a, Helmut: Der Untergang des österr. Rechtsraums. Zerstörte Ansätze einer mitteleurop. Rechtsvereinheitlichung. In: Zs. f. Ostforschung 6. 1957, 2 S. 161—179.
- * S l a p n i c k a, Helmut: Der Weg der tschechischen Rechtswissenschaft von Wien nach Moskau. In: Der Donauraum 2. 1957, 3/4 S. 188—99.
- * Stát a právo. II. Praha: Nakl. akad. věd. 1957. 241 S. (Staat und Recht.) (Besprechung: Zs. f. Ostforschung 8. 1959, 2, S. 301—2 v. H. Slapnicka.)
- V e l e c k ý, K.: K základním otázkám mezinárodního dědictvého práva soukromého v Československu. In: Časopis pro mezinárodní právo (Praha) Vol. 2. 1958, Nr. 1. (Zu den Grundfragen des internationalen privaten Erbrechtes in der Tschechoslowakei.)

KIRCHENGESCHICHTE

- Angelov, B.: L' oeuvre de Cyrille et Méthode et l' idée de l' unité slave dans les anciennes littératures slaves. In: Slavistica sbornik. Po slučaj IV. međunar. kongres na slavistice v Moskva. T. II. Sofia 1958 S. 41—49.
- * Bebr, L.: Úloha církve v politických dějinách předmnichovského Československa. In: Nová mysl 1958, Nr. 12. (Die Rolle der Kirche in der politischen Geschichte der Tschechoslowakei in der Zeit vor „München“.)
- Büttner, Theodora u. Ernst Werner: Circumcellionen und Adamiten. Zwei Formen mittelalterlicher Haeresie. Berlin: Akademie-Verl. 1959. IX, 141 S. Enthält S. 73—141: Werner, E.: Die Nachrichten über die böhmischen „Adamiten“ in religionshistorischer Sicht.
- Cavalli, Fiorello: Il calvario della chiesa sotto i regimini comunisti. In: Civiltà cattolica (Roma) A. 109. vol. 2. 1958 S. 225—40.
- * Dorskocil, Walter: Weihbischof Johannes N. Remiger. Ein Leben im Dienste der Seelsorge und der Jugenderziehung. In: Stifter-Jahrbuch VI. Gräfelfing: Gans 1959 S. 278—84.
- * Huber, A. K.: Die sudetendeutschen Orden und Klöster nach der Vertreibung. In: Stifter-Jahrbuch V. Gräfelfing: Gans 1957 S. 264—72.
- Husa, V.: Tomáš Muntzer a Čechy. Praha: Čs. A. V. 1957. 123 S.
- * Soviet Influence on the Orthodox Church in Czechoslovakia. In: Bulletin Instit. for Study USSR 4. 1957, 10 S. 43—5.
- Lacko, M.: Ad diplomatarium eparchia Mukačevensis Antonii Hodinka suppl. Vindobonensia. In: Orientalia christiana periodica (Roma) 23. 1957 S. 332—52.
- * Lehmann, Ernst: Um Glaube und Heimat. Evangelische Bausteine zum sudetendeutschen Geschichtsbild. Mit einer Weiterführung bis zur Gegenwart von Hugo Piesch und Beiträgen über die Sonderentwicklung in Schlesien von Paul Zahradnik. Melsungen: Verl. Glaube und Heimat 1957. 180 S.
- Neumann, G. J.: Nach und von Mähren. Aus der Täufergeschichte des 16. und 17. Jahrhunderts. In: Archiv für Religionsgeschichte 48. 1957, 1 S. 75—90.
- Nuhlíček, J.: Zlomek urbáře kláštera sedleckého z třicátých let 14. století. In: Sborník archivních prací (Praha) 1957, 2 S. 226—70. (Ein Fragment des Urbars des Sedletzter Klosters aus den 30er Jahren des 14. Jahrhunderts.)
- Peschke, E.: Die religiös-sozialen Ideen des Bruders Thomas Přeloučský. In: Wissenschaftl. Zs. d. Univers. Rostock, Gesellsch.- u. sprachwiss. Reihe 7. 1957/58, 2 S. 283-92.
- Poggius, Florentinus: Todesgeschichte des Johannes Huss und des Hieronymus von Prag. [Briefe]. Beide um ihres Glaubens willen verbrannt zu Konstanz am 6. Juli 1415 und am 30. Mai 1416. Geschildert in Sendbriefen. Konstanz: Bahn 1957. 143 S., 1 Titelb.

- Slizinski, J.: Sladami Braci Czeskich na Śląsku i w Malopolsce. In: Przegląd historyczny (Warszwa) 48. 1957 S. 289—318. (Auf den Spuren der Böhmischen Brüder in Schlesien und Kleinpolen.)
- Szczucki, L., J. Tazbir: Korrespondencja anabaptystów morawskich z arianami polskimi. In: Odrodzenie i Reformacja w Polsce (Warszawa) Vol. 3. 1958 S. 197—215. (Korrespondenz mährischer Anabaptisten mit polnischen Arianern.)
- Uhlig, Mathilde: Die älteste Lebensbeschreibung des heiligen Adalbert. Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht 1957. 92 S. (Schriftenreihe der hist. Kommission bei der Bayer. Akademie der Wissenschaften. Schrift 1.)
- Vašečka, F.: Buržoazný stát a církev. Bratislava: SVA 1957. 307 S. (Bourgeoisie-Staat und Kirche.)
- * Wierer, Rudolf: Der Einfluß des Josefinismus in den kirchlichen Auseinandersetzungen der Tschechosl. Republik von 1918—1938. In: Zs. f. Ostforschung 6. 1957, 3 S. 388—400.
- Zech, Ed.: The Modern Czech Catholic Writers. In: The Central European Federalist 5. 1957, 1. S. 8—11.

KULTURELLES LEBEN UND GEISTESGESCHICHTE

Kulturgeschichte

- Z doby Nerudovy. — Příspěvky k dějinám českého života kulturního a společenského v šedesátých a sedmdesátých letech XIX. století. Praha: Čs. A. V. 1959. 333 S. (Českosl. akad. věd. Sekce jazyka a literatury. Prameny k dějinám české literatury. 3.) (Aus der Zeit Nerudas. — Beiträge zur Geschichte des tschechischen kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts.)
- * Juřík, V.: Pohled na kulturní život naší vesnice. In: Nová mysl 1959. 2, S. 156—70. (Blick auf das Kulturleben unseres Dorfes.)
- * Czechoslovak cultural relations. In: East Europe, Vol. 8. 1959, Nr. 4.
- Sjezd socialistické kultury. Sborník dokumentů. Praha: Orbis 1959. 536 S. (Kongreß der sozialistischen Kultur. Dokumentenband.)

Schul- und Hochschulwesen, Forschung

- Aus der byzantinischen Arbeit der Tschechoslowakischen Republik. Hrsg.: I. Irmscher. Berlin: Akad.-Verl. 1957. 53 S. (Dt. Ak. d. Wiss., Berlin).
- Böhm, J.: O ediční činnosti ČSAV v l. 1953—57. In: Věstník České akademie věd a umění 67. 1958, S. 217—31. (Über die Editionstätigkeit der Tschsl. Ak. d. Wiss. 1953—57.)

- * **Dorner, G.:** Das Gymnasium in Mährisch-Trübau 1803—1945. Fürth: Selbstverlag 1956. 284 S. mit 30 Abb.
- * (**Hemmerle, Rudolf**): Bilder aus der Geschichte der Karls-Universität zu Prag. In: 180 Semester Sängerschaft „Barden“. München 1959. S. 37—45.
- Mainuš, F.:** České školství v pohraničí za nacistické okupace se zvláštním zřetelem k severní Moravě a Slezsku. In: Slezský sborník 57. 1959 S. 277—312. (Das tschechische Schulwesen im Grenzgebiet unter der nazistischen Okkupation unter besonderer Berücksichtigung von Nordmähren und Schlesien.)
- Matyáš, M.:** Sjezd českoslov. fysiků. In: Věstník České Akad. věd a umění 67. 1958, S. 267—71. (Kongreß der tschsl. Physiker.)
- Zd. Nejedlý čestným členem — zakladatelem ČAV.** In: Věstník České Akad. věd a umění 67. 1958, S. 188—93. (Zd. Nejedlý Ehrenmitglied — Gründer der Tschechosl. Akademie der Wissenschaften.)
- L. Pekárek:** Pět let činnosti Fysikálního ústavu ČSAV. In: Věstník České Akademie věd a umění. 67. 1958, S. 424—31. (5 Jahre Tätigkeit der Physikalischen Anstalt der Tschechosl. Akad. der Wiss.)
- * **Portele, Friedrich:** Der Prager Student. In: 180 Semester Sängerschaft „Barden“. München 1959, S. 53—57.
- * **Pflüger, Karl:** Die kulturellen Bausteine der Barden. 1869—1959. In: 180 Semester Sängerschaft „Barden“. München 1959, S. 83—89.
- * **Rösler, Adalbert:** Geschichte der Sängerschaft „Barden“. In: 180 Semester Sängerschaft „Barden“. München 1959, S. 75—82.
- Sančuk, G. E. (u. a.):** K 80-letí prezidenta Československé Akad. nauk Zdeneka Nejedlý (= Nejedlý). In: Voprosy istorii (Moskva) 1958, 3 S. 219 bis 22. (Zum 80. Geburtstage des Präsidenten der Tschsl. Akad. d. Wiss. Zd. Nejedlý.)
- Seibt, Ferdinand:** Johannes Hus und der Abzug der deutschen Studenten aus Prag 1409. In: Archiv für Kulturgesch. 39. 1957, S. 63—80.
- * **Seidel, Fritz, Sander, Egon:** Die Deutsche Technische Hochschule in Prag. In: 180 Semester Sängerschaft „Barden“. München 1959, S. 47—52.
- * **180 Semester Sängerschaft „Barden“.** Festschrift zum 180-semester. Stiftungsfest der Sängerschaft „Barden“ zu München (ehemals Prager Universitäts-Sängerschaft „Barden“) am 27.—29. Juni 1959. München 1959, 116 S.
- Páté valné shromáždění Českosl. akad. věd.** In: Věstník České akad. věd a umění. 65. 1956. S. 1—36. (5. Vollversammlung der Tschsl. Akad. d. Wiss.)
- Školství.** Sborník právních předpisů. Sv. IV. Zprac. autorský kolektiv pod vedením Bedřicha Růžka. Praha: SPN 1959. 1393 S. (Das Schulwesen. Sammelband der rechtlichen Vorschriften Bd. IV.)
- Šorm, F.:** Zpráva o činnosti Akademie v l. 1953—57. In: Věstník České akademie věd a umění 67. 1958, S. 196—211. (Bericht über d. Tätigkeit der Akademie in d. J. 1953—57.)

- Stanovy Českosl. akademie věd. In: Věstník České akademie věd a umění 67. 1958, S. 393—415. (Die Statuten der Tschsl. Akad. d. Wiss.)
- * Urban, Rudolf: Die Lage der Wissenschaft in der Tschechoslowakei. In: Osteuropa — Naturwissenschaft 3. 1959, 1 S. 71—77.
- * Urban, Rudolf: Die Organisation der Wissenschaft in d. Tschechoslowakei. Marburg/L.: Herder-Inst. 1957. IX, 308 S. (Wissenschaftl. Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas. 31.)
- Věstník Slovenskej akademie vied. Bratislava: SAV 1. 1959 (Vierteljahrsschrift).
- K vosmidesjatiletiju prezidentov Českoslovačkej akademii nauk Zdeneka Nejedlý (= Nejedlý). In: Voprosy istorii (Moskva) 1958, 2 S. 20 bis 22. (Zum 80. Geburtstage des Präsidenten der Tschsl. Akademie der Wiss. Zd. Nejedlý.)
- Vysoká škola pedagogická. Olomouc. Sborník. Pedagogikapsychologie. 3. Praha: SPN 1957. 144 S. (Die Pädagogische Hochschule Olmütz.)
- Výstava o životě a díle Zdeňka Nejedlého. In: Věstník České akad. věd a umění 67. 1958, S. 419. (Ausstellung über Leben und Werke von Zd. Nejedlý.)
- Zákon o Českosl. akad. věd a stanovy ČSAV. In: Věstník akad. věd a umění. 67. 1958, S. 386—92. (Das Gesetz von der Tschsl. Akad. d. Wiss. und die Statuten der Tschsl. Akademie d. Wiss.)
- Slavnostní plenární zasedání ČSAV. In: Věstník České akad. věd a umění 67. 1958, S. 8—36. (Feierliche Plenarsitzung d. Tschsl. Akad. d. Wiss.)
- Slavnostní IX. plenární zasedání Čs. akademie věd. In: Věstník České Akad. věd a umění. 67. 1958, S. 359—72. (Die feierliche 9. Plenarsitzung der Tschsl. Akad. d. Wiss.)
- Zbavitel, Dušan: Die Orientalistik in der Tschechoslowakei. Übers. von Josef Fanta. Praha: Orbis 1959. 75 S.

Bildende Kunst

- * Anděl, R., Kabíček, J.: Hradý a zámky libereckého kraje. Liberec: Krajské nakl. 1959. 221 S. (Burgen und Schlösser des Kreises Reichenberg.)
- * Bachmann, Erich: Über einige wiederaufgefundene Gemälde Kupezkys und die Ursprünge seiner Kunst. (Mit Tafeln). In: Stifter-Jahrbuch V. Gräfelting: Gans 1957. S. 152—73.
- * Bachmann, Erich: Die Wölbung der ehemaligen Bethlehemskapelle in Prag. In: Stifter-Jahrbuch VI. Gräfelting: Gans 1959. S. 234—49.
- Bachmann, Hilde: Gotische Plastik aus der Umgebung von Brüx. In: Oberdorffer Kurt (Hrsg.): Brüx. Die Stadt an der Brücke. München: Lerche 1958. S. 55—62.

- * Bachmann, Hilde: Vier neu aufgefundene Skulpturen des 14. Jahrh. in Böhmen und Mähren. (Mit Tafeln). In: Stifter-Jahrbuch V. Gräffeling: Gans 1957. S. 141—51.
- Bartušek, A. (u. a.): Gotická nástěnná malba v zemích českých. 1. 1300 bis 1350. Praha: Nakl. Čs. A. V. 1958. 414 S., 251 Tafeln. (Die gotische Wandmalerei in d. böhm. Ländern.)
- Černý, V.: K studijní problematice barokní. In: Časopis pro moderní filologii (Praha) 40. 1958, S. 164—78. (Zur Studienproblematik des Barock.)
- Dobai, Johannes: Das Frühwerk Gustav Klimts. Wien, phil. Diss. 1959, V, 261, 2 S. 40 M.-Schr.
- Drobná, Z., V. Hlavsa: Karlův most. Praha: Sport. a turist. nakl. 1958. 51 S.
- Dvořák, F.: Jan Kupecký, der große Porträtmaler des Barocks. Praha: Artia 1957. 48 S. Text, 78 Bildbeilagen u. 32 Farbtafeln.
- Frankfurter, Alfred: The nationalism of Czechoslovakia's international style. In: Art News (New York) 56. 1957, 7 S. 38—39, 60.
- Friedl, A.: Magister Theodoricus. Praha: Artia 1957. 110 S. Text, 176 Bildbeilagen, 20 Farbtaf.
- Národní galerie. D. 4. Praha: SNKL 1957. 30 S., 32 S. Illustr. (Die Nationalgalerie. Teil 4.)
- Grundmann, Günther: Das Riesengebirge in der Malerei der Romantik. 2. überarbeitete Aufl., München-Pasing: Bergstadt-Verl. 1958. 202 S. mit Abb. und Taf.
- Hrady a zámky. Sborník krátkých monografií o státních hradech a zámcích v Čechách a na Moravě. Praha: Sport a turist. nakl. 1958. 342 S. (Burgen und Schlösser.)
- * Hubala, Erich: Schloß Austerlitz in Südmähren. (Mit Tafeln). In: Stifter-Jahrbuch V. Gräffeling: Gans 1957. S. 174—200.
- * Kislinger, Josef: Die moderne Galerie des Königreiches Böhmen. In: Stifter-Jahrbuch VI. Gräffeling: Gans 1959. S. 214—20.
- Lamač, Miroslav: Die bildende Kunst in der Tschechoslowakei. Prag: Orbis 1958. 140 S. mit 104 Abb.
- * Lassmann, August K.: Edmund Wilhelm Braun. In: Sudetenland 1958/59, H. 2 S. 143—45.
- Matějček, Antonín — Pešina Jarosl.: Die gotische Malerei in Böhmen. Tafelmalerei 1350—1450. Praha: Artia 1958. 108 S. mit ausführlichem Katalog und 279 Bildtaf., davon 75 farb.
- Menclová, D.: Karlštejn. Praha: Sport. a turist. nakl. 1958. 43 S. (Karlstein).
- Mráz, Bohumír: Karel Postl a základy české krajinomalby. Monografie. Praha 1957. 122 S., 124 S. Abb. (České dějiny. 25.) (Karl Postl und die Grundlagen der böhmischen Landschaftsmalerei.)
- Müller, W. J.: Der Maler Georg Flegel und die Anfänge des Stillebens. Frankfurt/M.: Kramer 1956. 163 S., 25 Bl. Illustr.

- * N a h m, Peter Paul: Drittes sudetendt. Künstlertreffen in Regensburg: In: Stifter-Jahrbuch VI. Gräfelting: Gans 1959. S. 209—13.
- N e u m a n n, J.: L'Art baroque dans les pays tchéques. In: Cahiers d'Histoire. 4. 1958, 3 S. 688—708.
- N e u m a n n, J.: Die neue tschechische Malerei und ihre klass. Tradition. Prag 1958. 104 S. mit 52 Illustr. im Text und 73 Farbtaf.
- * U m ě l e c k é p a m á t k y Č e c h. Praha: Českosl. akad. věd 1957. 938 S. (= Umělecké památky Republiky Československé. Vědecký red.: J. Wirth. Sv. 1.) (Die Kunstdenkmäler Böhmens.)
- P e š i n a, J.: Tafelmalerei der Spätgotik u. d. Renaissance i. Böhmen. Prag: Artia 1958. 200 S. Text, 256 Bildbeilagen u. 9 Farbtaf.
- P e t ' a s, F.: Das jüngste Gericht. Mittelalterliches Mosaik vom Prager Veitsdom. Photographien v. A. Paul. (Dt. von E. Winkler). Prag: Artia 1958. 20 S., 52 Taf.
- P l i c k a, Karel: Die Prager Burg. Prag: Artia 1957, 200 Abb.
- P o c h e, E.: Prahou krok za krokem. Umělecko-historický průvodce městem. 2. vyd. Praha 1958. 264 S., illustr. u. Beil. (Schritt für Schritt durch Prag. Kunsthistorischer Führer durch die Stadt.)
- (Rothemund, Herbert): Kirchliche Kunst des Ostens. Ausstellung Badischer Kunstverein, Karlsruhe. April—Mai 1958. [Katalog]. München: Slawisches Inst. 1958. 34 S. mit z. T. eingeklebt. Abb.
- Š á m a l, J. — D. S t a r á: Řepín a Praha. Praha; Nakl. čs. výtvarných umělců 1956. 115., 15 S. Illustr. (Repin u. Prag.)
- * S c h a f f e r, Xaver: Der Bildhauer Johann Wenzel Grauer. Ein Beitrag zur Biographie der Bildhauerfamilie Tietz. In: Sudetenland 1958/59, H. 2 S. 109—112.
- * S c h a f f e r, Xaver: Der Bildhauer Franz Rotter. In: Sudetenland 1958/59, H. 2 S. 152—3.
- * S c h a f f e r, Xaver: Zur bildenden Kunst der Sudetendeutschen in den letzten 50 Jahren. Ein Rückblick. In: Stifter-Jahrbuch VI. Gräfelting: Gans 1959. S. 221—33.
- * S c h a f f e r, Xaver: Leidenschaftl. Rokoko. Die Plastik des Ferd. Tietz in berühmten Gärten und Residenzen. Augsburg: Kraft 1958. 80 S. mit 48 ganzseit. Abb.
- * S c h r e m m e r, Ernst: Deutsche und europäische Kunst im Dienste des Prager Regimes. In: Sudetenland 1958/59, H. 2 S. 139—41; S. 141—42: engl. Synopse.
- * S [c h r e m m e r], E.: Der Maler Oskar Kreibich. In: Sudetenland 1958/59 H. 2 S. 150—52.
- Š p i e s s, Bedřich: Z počátků sklářství na Tachovsku. In: České lid 1959, 5 S. 219—24. (Von den Anfängen der Glasmalerei in der Gegend von Tachau.)
- Š t ě c h, Karel: Grafika (1934—1958). Zsgest. v. d. Aleš-Galerie Hluboká na Vltavou ČSR. Ausstellung Febr./März 1959 im kulturhistor. Museum Stralsund. Stralsund: Kulturhistor. Museum 1959. 8 Bl. m. Abb.

- Strettiová, O.: Das Barockporträt in Böhmen. Praha: Artia 1958. 168 S. Text mit 70 Illustr., davon 26 farb.
- Umění a svět. Uměleckohistorický sborník. 1. 1956 (1957) Gottwaldov: Krajské museum. (Studie krajského musea v Gottwaldově. Řada společenských věd. Dějiny umění. 12.) (Kunst und Welt. Kunsthistor. Sammelband.)
- Umění. Časopis ústavu pro teorii a dějiny umění Českoslov. akad. věd. Řídí V. Novotný. Praha: Čs. A. V. 5. 1957; 6. 1958. (Die Kunst.)
- Vodák, V.: Nástin dějin českého výtvarného umění XIX. a XX. století. Praha: SPN 1957. 101 S. (Vys. ped. škola v Plzni.) (Abriß einer Geschichte der tschechischen bildenden Kunst im 19. und 20. Jahrhundert.)
- Vydra, J.: Die Hinterglasmalerei. Volkskunst aus tschechoslow. Sammlungen. Prag: Artia 1957. 65 S., 152 S. Illustr.

Musik, Theater, Film

- Brož, Jaroslav — Fr. Myrtil: Historie československého filmu v obrazech. 1898—1930. Praha: Orbis 1959. 235 S. (Geschichte des tschechoslow. Filmes in Bildern. 1898—1930.)
- Burda, J.: Aby se nezapomnělo. Svědectví o padesátileté práci v českém divadelnictví. Praha: Orbis 1958. 663 S. (Daß es nicht vergessen werde. Zeugnisse über die fünfzigjährige Arbeit im tschechischen Theaterwesen.)
- Clapham, J.: The evolution of Dvorak's Symphony "From the New World". In: Musical Quarterly (New York) 44. 1958, Nr. 2 S. 167—84.
- Gregor, V.: Hudební vlastivěda olomouckého kraje. Olomouc: Krajské nakl. 1956. 133 S. (Geschichte des musikal. Lebens im Olmützer Kreis.)
- Helfert, Vladimír: O české hudbě. Praha 1957. 203 S. (Klasikové hudební vědy a kritiky. Ř. 1, 2.) (Über die tschechische Musik.)
- *Honolka, Kurt: Tönende Brücken. Tschechische und slowakische Opern auf den heutigen deutschen Bühnen. In: Stifter-Jahrbuch VI. Gräfelfing: Gans 1959, S. 200—208.
- Javorin, A.: Pražské arény. Lidová divadla pražská v minulém stol. Praha: Orbis 1958. 340 S. (Prager Sommertheater. Prager Volksbühnen im vergangenen Jahrhundert.)
- Kolár, Erik: Spielpuppen in der Tschechoslowakei. Aus dem Tschechischen übersetzt von Štěpán Engel. Prag: Orbis 1957. 23 Bl. mit Abb.
- Literatura o divadle a divadelní hry. Zprac. E. Petrů a j. Olomouc: Univ. knihovna 1957. 253 S. (Theaterliteratur u. Theaterstücke. [Katalog der Bestände in tschechoslowakischen Bibliotheken, 1945—1955.]
- Gustav Mahler: Verzeichnis der Werke. Vorwort: Bruno Walter. Wien: Internat. G. Mahler-Gesellschaft 1959. 14 S.
- *Modes, Th.: Von Wallenstein-Festspielen zum Schiller-Bayreuth. In: Stifter-Jahrbuch VI. Gräfelfing: Gans 1959. S. 191—199.

- * *Tschechoslowakische Musikfragen.* (Auszug aus "Práce" v. 1. 11. 1959). In: *Wiss. Dienst für Ost-Mittleuropa* 9. 1959, 12 S. 457—9.
- Nedbal, K.: *Půl století s českou operou.* Praha: St. nakl. krásné lit., hudby a umění 1959, 414 S. (Ein halbes Jahrhundert mit der tschech. Oper.)
- Pospíšil, Vilém: *Die Tschechische Philharmonie.* Prag: Orbis 1956. 13 S.
- Quoika, Rudolf: *Die Musik der Deutschen in Böhmen und Mähren.* Berlin: Verl. Merseburger 1956. 161 S.
- Šeda, Jaroslav: *Leoš Janáček.* Prag: Orbis 1956. 95 S., 4 Bl. Abb., 1 Titelb.
- * Simbriger, Heinrich: *Über die zeitgenössischen Komponisten aus den deutschen Ostgebieten.* In: *Stifter-Jahrbuch V. Gräefling: Gans* 1957. S. 201—217.
- Špidla, Václav: *Režisser pílzenského teatra im. J.-K. Tyla.* In: *Teatr (Moskva)* 19. 1958, 6 S. 188. (V. Špidla: *Regisseur des Pilsner J. K. Tyl-Theaters.*)
- Vondráček, Jan: *Dějiny českého divadla. Doba obrozenecká 1771—1824.* Praha 1956. 688 S., 56 S. Abb. (Die Geschichte des tschechischen Theaters. Die Zeit der Wiedergeburt 1771—1824.)
- Vondráček, Jan: *Dějiny českého divadla. Doba předbřeznová 1824—1846.* Praha 1957. 490 S. (Die Geschichte des tschech. Theaters. Die Zeit des Vormärz 1824—1846.)
- Vranecký, J. O.: *Tance z Nového Hrozenkova na Valašsku.* Praha: SNKL 1957. 90 S. (Tänze aus Neu-Traubendorf in der Walachei.)
- Wassermann, V.: *Josef Rovenský.* Praha: SPN 1957, 57 S. (Akad. music. umění v Praze.) (Tschechosl. Filmregisseur.)

Archive, Bibliotheken, Museen, Buch- und Pressewesen

- Státní archiv v Janovicích u Rýmařova. Průvodce po archivních fondech.* Praha 1957. 216, 16 S. (Das Staatsarchiv in Janowitz bei Römerstadt. Führer durch die Archivbestände.)
- Státní archiv v Praze. Průvodce po archivních fondech.* Praha: Archivní správa min. vnitra 1958. 385 S. (Das Staatsarchiv in Prag. Führer durch die Archivbestände.)
- * *Die Bibliothek des Statistischen Staatsamtes in Prag (nach Statist. obzor. 1959, Nr. 5 S. 234—37).* In: *Wiss. Dienst für Ost-Mittleuropa* 9. 1959, 7 S. 257—58.
- Derl, Antonín — Anna Vejsová: *Knihovna vysokých škol technických. Ústřední technická knihovna ČSR v minulosti a dnes.* Praha: SPN 1959. 154 S., 12 Taf. (Die Bibliothek der technischen Hochschulen. Technische Zentralbibliothek der ČSR in der Vergangenheit und heute.)
- Dokoupil, V. *Soupis rukopisů mikulovské knihovny.* Praha: St. ped. nakl. 1958. 276 S., 16 Taf. (Soupis rukopisných fondů Univ. knihovny v Brně. 2.) (Handschriften-Verzeichnis der Nikolsburger Bibliothek.)

- * Dvořáček, J.: Das Museum des tschech. Schrifttums. 2. Aufl. Prag: Orbis 1959. 77 S.
- Hamanová, Pavlína: Z dějin knižní vazby od nejstarších dob do konce XIX. století. Praha: Orbis 1959. 276 S., 161 Taf. (Aus der Geschichte des Bucheinbandes von den ältesten Zeiten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts.)
- Hofman, Alois: Die Prager Zeitschrift „Ost und West“. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-slawischen Verständigung im Vormärz. Berlin 1957. 357 S. (Dt. Akad. d. Wiss. zu Berlin. Veröffentlichungen des Instituts für Slawistik. 13.)
- Horák, F.: Pět let základní knihovny ČSAV. In: Věstník České akad. věd a umění (Praha) 67. 1958, S. 144—55. (5 Jahre Bibliothek der tschechosl. Akad. d. Wiss.)
- 70 let musejního spolku. In: Vlastivědný věstník moravský. 13. 1958, S. 1. (70 Jahre Musealverein in Mähren.)
- * Malec, Karel: Soupis bibliografií novin a časopisů vydávaných na území Českoslov. republiky. Praha: Orbis 1959. 217 S. (Verzeichnis der Zeitungs- und Zeitschriften-Bibliographien hrsg. auf dem Gebiete der ČSR.)
- Petrů, Eduard: Z rukopisných sbírek universitní knihovny v Olomouci. Praha: St. ped. nakl. 1959. 101 S., 76 Taf. (Aus den Handschriftensammlungen der Univ.-Bibliothek in Olmütz.)
- Poustka, K.: Okresní archiv v Táboře. Průvodce po fondech a sbírkách. Tábor: Okr. národní výbor 1958. 274 S., 8 Taf. (Das Kreisarchiv in Tabor. Führer durch die Bestände und Sammlungen.)
- Ročenka universitní knihovny v Praze. Praha: St. ped. nakl. 1956. (1958); 1957. (1958). (Jahrbuch der Universitätsbibliothek in Prag.)
- * Schieche, Emil: Die Rosenbergsche Bibliothek vor und nach Juli 1648. In: Stifter-Jahrbuch V. Gräfelting: Gans 1957. S. 102—40.
- * Celostátní výstava archivních dokumentů. Praha: Min. vnitra 1958. 203 S. (Gesamtstaatliche Ausstellung von archivalischen Dokumenten.)
- * Wuensch, F. J.: Deutsche Archive und deutsche Archivpflege in den Sudetenländern. München: Hist. Kommission d. Sudetenländer 1958. II, 307 S. (Wissenschaftl. Materialien z. Landeskunde d. böhm. Länder. 2.)

Sprache und Sprachgeschichte, Namenkunde, Mundart

- Jedlička, A.: Nad novými pravidly českého pravopisu. In: Věstník České akad. věd a umění 67. 1958, S. 463—70. (Über die neuen Regeln der tschechischen Rechtschreibung.)
- Kapitoly ze srovnávací mluvnice ruské a české. I. Studie syntaktické. Praha: Čs. A. V. 1956. 227 S. (Kapitel aus der vergleichenden russischen und tschech. Grammatik. I. Syntaxstudien.)

- Jazykový koutek československého rozhlasu. Třetí výběr. Red. J. Kuchař a Fr. Váhala. Praha: Čs. A. V. 1959. 407 S. (Sprachecke des tschechoslowakischen Rundfunks.)
- Kubátová, L., V. Picková: K montanistické terminologii 16 a. 17. stol. dochované v archivních fondech. In: Sborník archivn. prací (Praha) 1958, 1 S. 65—88. (Zur montanistischen Terminologie im 16. und 17. Jahrh.)
- Schwarz, Ernst: Sudetendeutsche Familiennamen aus vorhussitischer Zeit. Köln, Graz: Böhlau 1957. XV, 373 S., 23 Abb. (Ost-Mitteleuropa in Vergangenheit u. Gegenwart. 3.)
- Schwarz, Ernst: Über deutsche Herkunftsfamiliennamen in Böhmen und Mähren. In: Zs. f. slawische Philologie 26. 1958, S. 61—77.
- * Schwarz, Ernst: Ostdeutsche Pflanzennamen. In: Zs. f. Ostforschung 6. 1957, 3 S. 412—15.
- Trost, Pavel: Eine mundart-kundliche Voraussage. In: Philologica 9. 1957, 5 S. 74—8. Beilage zu Čas. pro moderní filologii 39. 1957, H. 5. (Über die Mundart von Meedl bei Mähr. Neustadt.)

DISSERTATIONEN

ZUR PROBLEMATIK DES BÖHMISCH-MAHRISCHEN RAUMES

Von Rudolf Hemmerle

Diese Bibliographie ist eine Fortsetzung der Bibliographie, welche in der vom Sudetendeutschen Archiv herausgegebenen „Schriftenreihe des Sudetendeutschen Archivs“ Heft 1—3 (1955—1957) veröffentlicht wurde. Sie bringt Titel neuer Dissertationen zur Problematik des böhmisch-mährischen Raumes, die an deutschen und ausländischen Universitäten eingereicht wurden. Es erfolgten auch Nachträge älterer Titel, soweit sie in der „Schriftenreihe“ noch nicht veröffentlicht wurden, und zwar seit dem Jahre 1942.

GESCHICHTE

a) bis zur Gründung der Tschechoslowakei

- Bolland, Jürgen: Die höfische Umgebung König Ottokars II. von Böhmen. Tübingen, phil. Diss. 1945. II, 159 Bl. M.-Schr.
- Csoklich, Friedrich Ernst: Das Nationalitätenproblem in Österreich-Ungarn und die Christlichsoziale Partei. Wien 1952.
- Dosek, Maria: Die Stellung Englands zu den Problemen der Österreich-Ungarischen Monarchie in den Jahren 1906—1909, herausgearbeitet aus d. „Fortnightly Review“. Wien, phil. Diss. 1957. 171 Bl. M.-Schr.
- Grünberger, Josef: Die politischen Tendenzen und Ereignisse der slowakischen Revolution v. J. 1848 bis zum Tode Fürst Felix Schwarzenbergs 1852. Wien, phil. Diss. 1955. II, 158 Bl., 1 Kt. M.-Schr.
- Kammerer, Frithjof: Die Pressepolitik Metternichs. Versuch einer Gesamtdarstellung. Wien, phil. Diss. 1958. III, 282 Bl. M.-Schr.
- Kornauth, Friedrich: Graf Badeni als Ministerpräsident (1. Okt. 1895 bis 28. Nov. 1897). Wien, phil. Diss. 1949. VI, 159, 2 Bl. M.-Schr.
- Layer, Adolf: Tirol und Vorarlberg im Mittelpunkt der Auswanderung. München, phil. Diss. 1947. 194 Bl. M.-Schr. (enthält u. a.: Auswanderung der Wiedertäufer nach Mähren; Die Wanderbewegung in die bayerischen und österreichisch-böhmisch-mährischen Räume).
- Morenz, Ludwig: Magister Nikolaus von Ybbs. Sein Werdegang als Notar der Reichskanzlei und als Protonotar der böhmischen Kanzlei bis zu seiner Wahl zum Bischof von Regensburg im J. 1313. München, phil. Diss. 1956.
- Schopf, Gertrude W.: Die österreichisch-ungarische Monarchie und Seton-Watson. Wien, Diss. 1953.

- Schweighöfer, Rudolf: Die Eigenmächtigkeit der deutschen Fürsten im Spiegel der auswärtigen Politik. Eine Studie zur politischen Einheit des Deutschen Reiches von 843 bis 1077. Frankfurt, phil. Diss. 1957. XX, 354 S. (passim über Böhmen und Mähren).
- Weber, Karl: Die österreichische Sozialdemokratie und das allgemeine Wahlrecht. Wien, phil. Diss. 1957. 144, V Bl. M.-Schr.

b) der Staat der Minderheiten

- Bagley, Tennent Harrington: General Principles and Problems in the International Protection of Minorities. A Political Study. Genève: Impr. populaires 1950. 222 S. = Genève, Thèse Sciences polit.
- Dick, Kurt: Religionsschutz im Völkerrecht. Ein Beitrag zum Problem des Minderheitenschutzes. Frankfurt, jur. Diss. 1941. 119 S. (passim über die Tschechoslowakei).
- Horna, Dagmar: The Diplomatic Struggle for the Boundaries of Czechoslovakia, 1914—1920. Los Angeles, California Univ., Diss. 1954.
- Tehie, John T.: T. G. Masaryk: An Intellectual in Social and Political Action. Columbia Univ., Diss. 1954.

c) Protektoratszeit und 2. Weltkrieg

- Barth, Werner H.: Germany and the „Anschluß“. Texas Univ., Diss. 1954.
- Hulicka, Karel: The Politics of Czechoslovakia, 1938—1951. Berkeley, Calif., Diss. 1952.
- Starr, Luis M.: Bohemian Brigade; Civil War Newsmen in Action. New York: Knopf 1954. 367 S. = Columbia Univ., Diss. 1955.

WIRTSCHAFT, RECHT, SOZIALWISSENSCHAFT

- Kogard, Herbert: Das Entlohnungssystem der Industrierwerke Bat'a-Zlin. Wien, Hochschule für Welthandel, Diss. 1953.
- Maerzke, Karl: Die Entstehung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die Probleme und Besonderheiten der Entwicklung der LPGs in den europäischen Ländern der Volksdemokratien. Berlin, Humboldt-Univ., Landwirtschaftl. Fakultät, Diss. 1959. 214, 18, 8 Bl. M.-Schr. (S. 92—103: Tschechoslowakische Volksrepublik).
- Moskowitz, Saul: Die Entwicklung der sogenannten Parole in USA, in Deutschland und in Zürich. München, jurist. Diss. 1956. LVIII, 1960 Bl. M.-Schr. (enthält u. a.: Statistik der Weißen in Amerika, darunter auch Gesamtzahlen der in den einzelnen Staaten lebenden Personen aus der Tschechoslowakei).

Papadatos, Pierre Achille: Le délit politique. Contribution a l'étude des crimes contre l'état. Genève, Fac de droit, thèse 1954. 204 S. (S. 132—35: Tchécoslovaquie).

Skrabanek, Robert L.: Social Organization and Change in a Czech-American Rural Community: a Sociological Study of Snook, Texas. Louisiana Univ. Diss. Social Science-Sociology 1950.

VERTREIBUNGS- UND VERTRIEBENENPROBLEM

Abrahamson, Günther: Voraussetzungen und Möglichkeiten für städtebauliche Ordnung bei Planung von Anlagen der leichten und mittelschweren verarbeitenden Industrie. Aachen, TH, Diss. 1957. 91, 4 S. (enthält u. a. auch die Siedlung Espelkamp-Mittwald).

Boos, Engelberta: Die wirtschaftliche und soziale Eingliederung von Heimatvertriebenen in die Altstadt Heidelbergs. Ein Beitrag zur soziologischen Untersuchung der Heidelberger Altstadt. Heidelberg, phil. Diss. 1958. X, 102 Bl. M.-Schr.

Bötzer, geb. Hein, Brigitte: Das Vertriebenenproblem in der Münchner Tagespresse 1945—1953. München, phil. Diss. 1957. 3, 173 Bl. M.-Schr.

Fehr, Walter: Die Eingliederung der Gablonzer Industrie in die westdeutsche und österreichische Wirtschaft. Zur Frage der Verpflanzung eines ganzen Gewerbebezuges aus einem Wirtschaftsraum in zwei andere. Wien, Hochschule für Welthandel, Diss. 1957.

Gugel, Karl-Heinz: Innere Kolonisation, insbesondere Ansiedlung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen in der Pfalz. Freiburg i. Br., rechts- und staatswirtsch. Diss. 1957. IV, 188 Bl. M.-Schr.

Hebeda-Anzel, Franz: Die Eingliederung der deutschsprachigen Flüchtlinge in die österreichische Wirtschaft seit 1945. Wien, Hochschule für Welthandel, Diss. 1957.

Lüder, Hans Helge von: Über die wirtschaftliche Lage der Vertriebenen- und Flüchtlingspachtbetriebe in Hessen, Rheinland-Pfalz sowie Teilen von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Dargestellt an den Buchführungsergebnissen von 173 Betrieben des Wirtschaftsjahres 1955/56. Gießen, landwirtschaftl. Diss. 1958. 103 S.

Müller, Heribert: Zur Frage der Umsiedlung der deutschböhmischen Glasveredelungsindustrie nach Westdeutschland. Köln, wirtschafts- und sozialwissenschaftl. Diss. 1951. XIII, 237 Bl. M.-Schr.

Mumme, Walter: Die Bewährung der Flüchtlingsbetriebe. Eine Untersuchung über auslaufende Höfe, insbesondere in den Notstands-Gebieten, die Umgestaltung dieser Höfe zu angemessenen Betriebsgrößen und ihre Überführung in die Hände heimatvertriebener, siedlungswilliger Bauern. Hohenheim, Landwirtschaftl. Hochschule, Diss. 1957. 148 S. (Untersuchung in den Landkreisen Mergentheim, Künzelsau und Crailsheim).

- Neff, Dorothee: Der Heimatverlust bei den Flüchtlingen. Ein Beitrag zum Phänomen der Heimat. Erlangen, Diss. 1956. II, 189 S.
- Säuberlich, Dietrich: Die Flüchtlingsindustrie in Bayern, der Stand ihrer Eingliederung und die Auswirkungen auf die Struktur der bayerischen Wirtschaft. Innsbruck, rechts- u. staatswiss. Diss. 1957.
- Spahn, Franz Josef: Die Einschaltung der Kreditinstitute bei Eingliederungsdarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz. Mit einem Vorwort von Armin Spitaler. Frankfurt/M.: F. Knappe Verl. 1958. 114 S. = Köln, rechtsw. Diss. 1957.
- Wagner, Helmut: Die Eingliederung der Flüchtlinge in die rheinland-pfälzische Wirtschaft. Mainz, jur. Diss. 1956.
- Willigmann, Hans-Ulrich: Die Erpressungskriminalität in der Nachkriegszeit und ihre Bekämpfung. Freiburg i. Br., Diss. 1953. IX, 152 Bl. M.-Schr. (Bl. 51—54: Ausländer und Flüchtlinge).

GEISTESGESCHICHTE

- Langer, Edith A. E.: Beiträge zur hannakischen Volkskunde. Prag, phil. Diss. 1942. 174 Bl. M.-Schr.
- Malik, Joe, Jr.: The Origin of the Slavic Week and Slavic Names for the Days of the Week. Pennsylvania Univ., Diss. 1955.
- Merzbach, Herbert: The Phonological Theory of the School of Prague: an Exposition and Revision. Minnesota Univ., Diss. 1954.
- Regamey, Constantin: La civilisation slave. Lausanne: Fawer and Favre 1950. 20 S. = Lausanne, Leçon inaug. Fac. Lettr. 1949, 31 oct.
- Seemann, Klaus-Dieter: Zum Problem der progressiven Palatalisierung der Gutturale im Urslavischen. Berlin, Freie Univ., phil. Diss. 1956. XVI, 153 Bl. M.-Schr.
- Soric, Alois: Die Entwicklung der periodischen medizinischen Presse Österreichs von ihrer Entstehung bis zum Jahre 1800. Wien, phil. Diss. 1957. 142 Bl. M.-Schr.

KUNSTGESCHICHTE

- Deppen, Gisela: Die Wandpfeilerkirchen des deutschen Barock unter besond. Berücksichtigung der baukünstlerischen Nachfolge von St. Michael in München. München, phil. Diss. 1957. 2, 170 Bl. M.-Schr. (Bl. 110 bis 113: die böhmischen Bauten; Bl. 122—126: Balthasar Neumann).
- Gürth, P. Alcuin Heribert, O.S.B.: Über Wolfgang Dientzenhofer. Materialien zur Geschichte der oberpfälzischen Barockarchitektur. Kallmünz 1959. 76 S., 10 Taf. Abb. = München, phil. Diss.
- Soehner, Halldor: Geschichte des Westernturmes im Abendland. Von seinen Anfängen bis zum Ende der romanischen Periode. München, phil. Diss. 1944. 2 Bände. (Bd. 2: Bl. 256—263: Böhmen und Mähren).

BIOGRAPHIEN

Herrscher und Politiker

- Gottwald, Helga: Der Tod Wallensteins in der zeitgenössischen Berichterstattung. Wien, phil. Diss. 1858. 255 Bl. M.-Schr.
- Kausitz, Rolf: Ferdinand II. (1619—1637) im Spiegel der deutschen Geschichtsliteratur. Graz, phil. Diss. 1953. XIII, 106, 2 Bl. M.-Schr.
- Sanmann — von Bülow, Hedwig: Die Inkorporationen Karls IV. Ein Beitrag zur Geschichte des Staatseinheitsgedankens im späteren Mittelalter. Marburg, phil. Diss. 1942. XIV, 76 S. = Marburger Studien zur älteren deutschen Geschichte. Reihe 2, Stück 8.
- Sokolova, Maria: Les congrès de l'Internationale socialiste entre les deux guerres mondiales. Genève, Thèse sc.écon. 1954. 207 S. (u. a. über Karl Kautsky, Friedrich Adler und Otto Bauer).

Sozialpolitiker und Finanzwissenschaftler

- Linka, Kristiane: Die Güterlehre bei Wieser und Böhm-Bawerk. Wien, Hochschule für Welthandel, Diss. 1956. 138 Bl. M.-Schr.
- Schmid, Rolf: Carl Mengers und Eugen Böhm-Bawerks Anschauungen über den Kapitalzins im Lichte der heute weitgehend herrschenden Lehre. München, staatswirtsch. Diss. 1950. 157 Bl. M.-Schr.
- Stock-Rother, Günter: Schumpeters methodologische Position unter besonderer Berücksichtigung der zeitgenössischen Kritik. Münster, rechts- und staatsw. Diss. 1955. 151, VI Bl. M.-Schr.

Philosophen und Pädagogen

- Bock, Claus Victor: Quirinus Kuhlmann als Dichter. Einsiedeln 1957. 134 S. = Basel, phil. Diss. (S. 52—58: Comenius: Lux e tenebris).
- Joannides, Peter: Neutral monism in Mach. Cornell Univ., Diss. Phil. 1955.
- Merz, Volker: Philosophische Analyse der pädagogischen Grundbegriffe „Erkennen“ und „Gestalten“. Stuttgart, TH, Diss. 1957. 94 S. (passim über E. Husserl).
- Podlech, Adalbert: Der Leib als Weise des In-Der-Welt-Seins. Eine systematische Untersuchung innerhalb der phänomenologischen Existenzphilosophie. Bonn, phil. Diss. 1955. IV, 250 S. (passim über E. Husserl).
- Sodan, Günter: Über den Gebrauch der Ausdrücke „Intention“, „intentional“, „Intentionalität“ und „intendieren“ in der modernen Bewußtseinstheorie. Berlin, Freie Univ., phil. Diss. 1958. 230 S. (passim über Husserl, Oskar Kraus, Marty und Mauthner).

BIOGRAPHIEN

Herrscher und Politiker

- Gottwald, Helga: Der Tod Wallensteins in der zeitgenössischen Berichterstattung. Wien, phil. Diss. 1858. 255 Bl. M.-Schr.
- Kausitz, Rolf: Ferdinand II. (1619—1637) im Spiegel der deutschen Geschichtsliteratur. Graz, phil. Diss. 1953. XIII, 106, 2 Bl. M.-Schr.
- Sanmann — von Bülow, Hedwig: Die Inkorporationen Karls IV. Ein Beitrag zur Geschichte des Staatseinheitsgedankens im späteren Mittelalter. Marburg, phil. Diss. 1942. XIV, 76 S. = Marburger Studien zur älteren deutschen Geschichte. Reihe 2, Stück 8.
- Sokolova, Maria: Les congrès de l'Internationale socialiste entre les deux guerres mondiales. Genève, Thèse sc.écon. 1954. 207 S. (u. a. über Karl Kautsky, Friedrich Adler und Otto Bauer).

Sozialpolitiker und Finanzwissenschaftler

- Linka, Kristiane: Die Güterlehre bei Wieser und Böhm-Bawerk. Wien, Hochschule für Welthandel, Diss. 1956. 138 Bl. M.-Schr.
- Schmid, Rolf: Carl Mengers und Eugen Böhm-Bawerks Anschauungen über den Kapitalzins im Lichte der heute weitgehend herrschenden Lehre. München, staatswirtsch. Diss. 1950. 157 Bl. M.-Schr.
- Stock-Rother, Günter: Schumpeters methodologische Position unter besonderer Berücksichtigung der zeitgenössischen Kritik. Münster, rechts- und staatsw. Diss. 1955. 151, VI Bl. M.-Schr.

Philosophen und Pädagogen

- Bock, Claus Victor: Quirinus Kuhlmann als Dichter. Einsiedeln 1957. 134 S. = Basel, phil. Diss. (S. 52—58: Comenius: Lux e tenebris).
- Joannides, Peter: Neutral monism in Mach. Cornell Univ., Diss. Phil. 1955.
- Merz, Volker: Philosophische Analyse der pädagogischen Grundbegriffe „Erkennen“ und „Gestalten“. Stuttgart, TH, Diss. 1957. 94 S. (passim über E. Husserl).
- Podlech, Adalbert: Der Leib als Weise des In-Der-Welt-Seins. Eine systematische Untersuchung innerhalb der phänomenologischen Existenzphilosophie. Bonn, phil. Diss. 1955. IV, 250 S. (passim über E. Husserl).
- Sodan, Günter: Über den Gebrauch der Ausdrücke „Intention“, „intentional“, „Intentionalität“ und „intendieren“ in der modernen Bewußtseinstheorie. Berlin, Freie Univ., phil. Diss. 1958. 230 S. (passim über Husserl, Oskar Kraus, Marty und Mauthner).

Mediziner

- Hernfeld, Fred: Studie über den Einfluß der österreichischen Tiefenpsychologie auf die amerikanische Psychotherapie der Gegenwart. Wien, phil. Diss. 1953. 198 Bl. M.-Schr. (passim über Sigmund Freud).
- Lantin, Rudolf: Traum und Wirklichkeit in der Prosadichtung Arthur Schnitzlers. Köln, phil. Diss. 1958. (S. 5—13: Schnitzler und Sigm. Freud).
- Rieff, Philip: Freud's Contribution to Political Philosophy. Chicagoo Univ. Diss. 1954.

Komponisten

- Kannewischer, Georg: Emanuel Benedikt Schack. 1758—1826. Sein Leben und seine Werke. o. O. 1932. 79 Bl., 14 Bl. Notenanhang. M.-Schr. = München, phil. Diss. 1951.
- Schuffenhauer, Gerhart: Die tschechoslowakische Volksmusik und ihr Einfluß auf die Opern Friedrich Smetanas. Berlin, Freie Univ., phil. Diss. 1957. 94 S.
- Thompson, Verne W.: Wenzel Johann Tomaschek: his Predecessors, his Life, his Piano Works. Rochester Univ., Diss. Music. 1955.

Dichter und Schriftsteller

- Althöfer, Heinz: Der Biedermeiergarten. München, phil. Diss. 1956. 7, 149, 30 Bl. M.-Schr. (passim über A. Stifter).
- Arns, geb. Lütty, Eva: Ch. Sealsfield. Besonderheiten und Grenzen eines Schriftstellers. Bonn, phil. Diss. 1955. Auszug in: Jahrbuch der Dissert. der philos. Fak. zu Bonn. SS 1955 / WS 1955/56 S. 33.
- Arntzen, Helmut: Satirischer Stil. Zur Satire Robert Musils in „Mann ohne Eigenschaften“. Köln, phil. Diss. 1956.
- Bachem, Rolf: Dichtung als verborgene Theologie. Ein dichtungstheoretischer Topos vom Barock bis zur Goethezeit und seine Vorbilder. Bonn, phil. Diss. 1955. VII, 158 S. (S. 75—80: Exkurs: Adalbert Stifter).
- Berghahn, W.: Die essayistische Erzähltechnik Robert Musils. Bonn, phil. Diss. 1956. M.-Schr.
- Bertram, Franz: Ist der „Nachsommer“ A. Stifters eine Gestaltung der Humboldtschen Bildungsideen. Frankfurt, phil. Diss. 1957. 92 S.
- Bretterbauer, Regina: R. M. Rilkes „Sonette an Orpheus“ und „Duineser Elegien“ in der englischen Literatur. Wien, phil. Diss. 1956. 181, III Bl.
- Büse, Kunigunde: Das Marienbild in der deutschen Barockdichtung. Interpretationen und Untersuchungen. Düsseldorf 1955. 211 S. = Münster, phil. Diss. 1956. (passim über Jacobus Pontanus und Sigm. von Birken).
- Fleischer, Margot: Nietzsche und Rilkes Duineser Elegien. Köln, phil. Diss. 1957. III, 380 S.

- Guttenberg, Maria Theodora von und zu: Pflanzenmotive in der modernen Epik. München, phil. Diss. 1958. 180 Bl. M.-Schr. (Bl. 147—166: Fr. Werfel).
- Hagen, Rainer: Das politische Theater in Deutschland zwischen 1918 und 1933. München, phil. Diss. 1948 (passim über Karl Kraus und Kolbenheyer).
- Heidemann, Christel: Satirische und polemische Formen in der Publizistik von Karl Kraus. Berlin, Freie Univ., phil. Diss. 1958. 133 S.
- Junge, Carl: Die Lyrik des jungen Werfel. Ihre religiöse und ihre strukturelle Problematik. Hamburg, phil. Diss. 1956. 224 Bl. M.-Schr.
- Kayser, Beate: Hofmannsthals Beitrag zur deutschen Literaturwissenschaft. München, phil. Diss. 1958. (passim über A. Stifter).
- Koll, Willi: Das Recht in der Dichtung Ad. Stifters. Köln, rechtswiss. Diss. 1958. 141 S.
- Lambasa, Frank S.: Mythological and Supernatural Elements in four early Plays of Franz Werfel. Jowa Univ., Diss. 1955.
- Mackey, Ilonka: Lou Andreas-Salomé, inspiratrice et interprète de Nietzsche, Rilke et Freud. Laval Univ., Diss. 1954.
- Obergottsberger, Hugo: Der Weltuntergangsgedanke bei Karl Kraus. Wien, phil. Diss. 1958. II, 195 Bl. M.-Schr.
- Pott, Hans-Günter: Die aphoristischen Texte Franz Kafkas. Stil und Gedankenwelt. Freiburg i. Br., phil. Diss. 1958. 227 Bl. M.-Schr.
- Reis, Kurt: Die zweiheitliche Ordnung im Aufbaustil Gottfried Kellers. Köln, phil. Diss. 1957. 299 S. (passim über Stifter).
- Rosebrock, Theo: Der sprachliche Stil in StifTERS „Witiko“. Frankfurt, phil. Diss. 1954.
- Singer, Herbert: Rilke und Hölderlin. Köln: Böhlau 1957. VII. 180 S. (Literatur u. Leben. 3). = Köln, phil. Diss. 1950.
- Townsend, Stanley R.: Kolbenheyer's Conception of the German Spirit and its Conflict with Christianity. Northwestern Univ., Diss. 1952.
- Tracy, Gordon L.: The Four Poetic Cycles of R. M. Rilke in English Translation, with an Critical Discussion of Rilke's Marienleben. Wisconsin Univ., Diss. 1955.
- Trautmann, René: Die Stadt in der deutschen Erzählungskunst des 19. Jahrhunderts (1830—1880). Winterthur: Keller 1957. 157 S. = Basel, phil. Diss. (passim über Stifter).
- Völggyf, geb. Leczuk, Berta: Pater Meinrad Alexius Nossek. Sein Leben, sein Werk. Wien, phil. Diss. 1952. 126, XXII. Bl. M.-Schr.

Sonstige biographische Dissertationen

- Bloustein, Edward J.: The Legal Philosophy of Hans Kelsen. Cornell Univ., phil. Diss. 1955.
- Hermberg, Edzard S.: Hans Kelsen's Theory of the Development of International Law and Organization. Yale Univ., Diss. 1954.

- Krebs, Manfred: Zum Reaktionsmechanismus der Fischer-Tropsch-Synthese. Berlin, Techn. Univ., Diss. 1956. 169 S.
- Richter, Roland: Skisport und Presse unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Skisport-Fachzeitschriften von ihren Anfängen 1888—1950. München, phil. Diss. 1954. 122 Bl. M.-Schr. (passim über Matthias Zdarsky).
- Skalnyk, Hans: Geschichte der Strafrechtsprofessoren an der Wiener Universität in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Bis zur Studienreform). (Bedeutung, Leben, Wirken und Werke). Wien, staatsw. Diss. 1946. 181 Bl. M.-Schr.
- Zortea, Beat: Das Problem der Verbindlichkeit des Völkerrechts in der zeitgenössischen Völkerrechtsdoktrin. Freiburg/Schw., jur. Fak. 1954. X, 84 S. (passim über Kelsen).

VERSCHIEDENES

- Babow, Irving P.: Secular Singing Societies of European Immigrant Groups in San Francisco. Berkeley, California Univ., Diss. Sociology 1954.
- Binoeder, Carl: Zur soziologischen Bedeutung der Herrnhuter Brüdergemeine. Erlangen, Diss. 1956. 73 S.
- Büsing, Günther: Seuchenkarte der Schweinepest in Europa. Hannover, Tierärztl. Hochschule, Diss. 1955. 114 S. (auch Tschechoslowakei).
- Eckert, Johannes: Epizootologie und Seuchenkarte der Geflügelpest in Europa. Hannover, Tierärztl. Hochschule, Diss. 1957. 145 S. (auch Tschechoslowakei).
- Rohrßen, Horst: Seuchenkarte der ansteckenden Blutarmut der Einhufer. Hannover, Tierärztl. Hochschule, Diss. 1956. 91 S. (auch Tschechoslowakei).
- Weber, Ernst: Genetische Analysen von Merkmalen mit fluktuierender Variabilität auf mendelistischer Basis. Hohenheim, Landwirtschaftl. Hochschule, Diss. 1958. 69 S.
- Weiss, André: Le typhus exanthématique pendant la deuxième guerre mondiale en particulier dans les camps de concentration. Genève, thèse méd. 1954. 80 S. (S. 45—68: Le typhus à Theresienstadt).